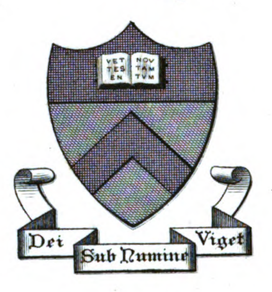
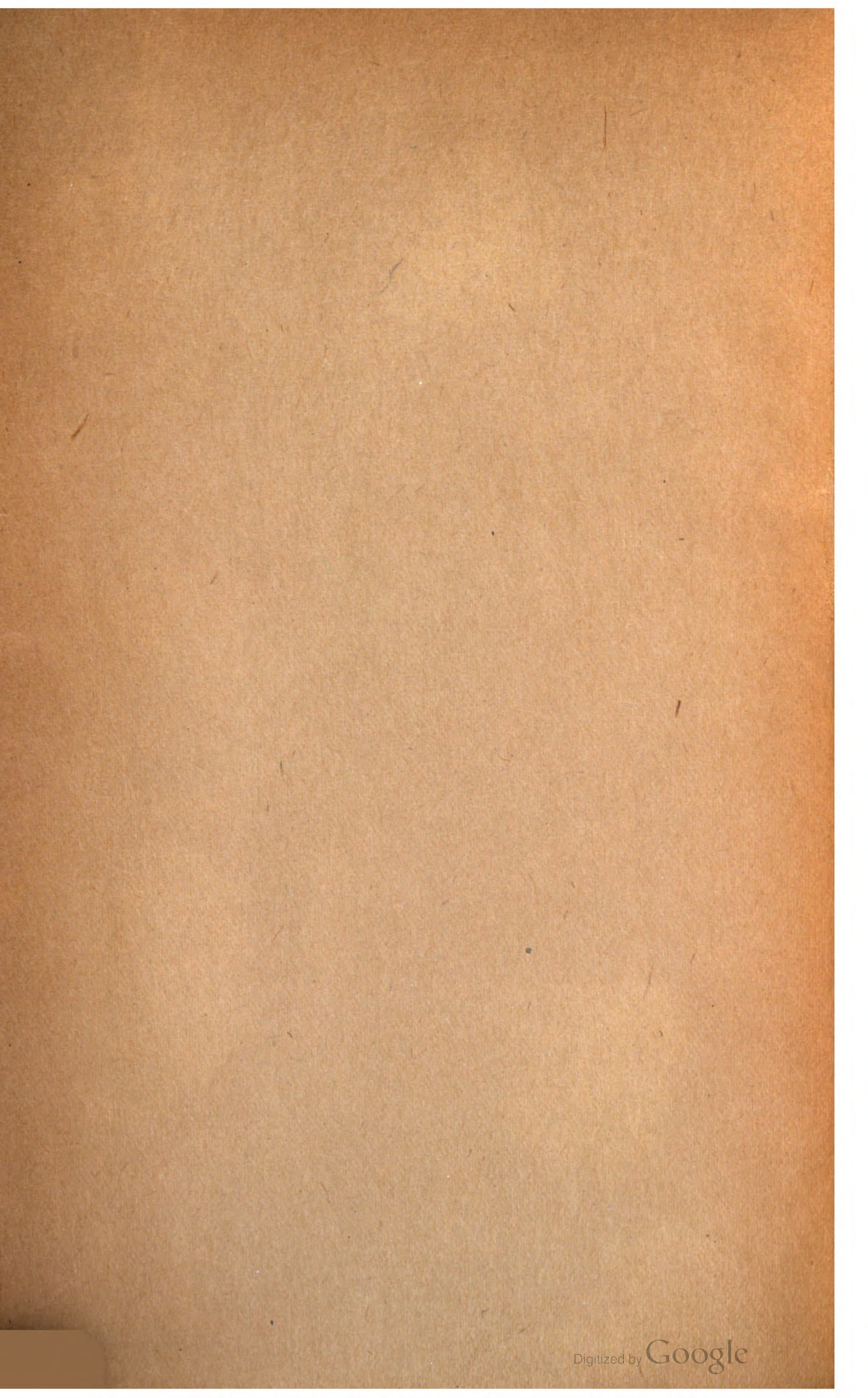

Princeton University Library
32101 066152826



1405
.841



VET TES EN
NOV TAM TVM
Dei
Sub Numine
Viget



Schulthess'
Europäischer Geschichtskalender.

Neue Folge.

Zehnter Jahrgang 1894.

(Der ganzen Reihe XXXV. Band.)

Herausgegeben

von

Gustav Roloff.



München 1895
C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung
Oskar Beck.

C. H. Beck'sche Buchdruckerei in Nördlingen.

Vorwort.

Nachdem nach Abschluß des letzten Jahrgangs Professor Hans Delbrück, der den „Europäischen Geschichtskalender“ seit dem Jahre 1887 herausgegeben hat, die Redaktion infolge Überlastung mit anderen Arbeiten niedergelegt hatte, wurde von der Verlagshandlung mir die Herausgabe übertragen. In seiner äußeren Form erscheint der Kalender fast unverändert; für die Gestaltung der vier Abschnitte, Chronik, Kalendarium, Übersicht und Register, sind im wesentlichen dieselben Grundsätze maßgebend gewesen wie früher. Mehrfach geäußerten Wünschen entsprechend ist auf die Sammlung von wertvollen Notizen der Tagespresse über die Vergangenheit — sogenannten „Enthüllungen“ Bedacht genommen worden, doch hat im vorigen Jahre nur eine derartige Mitteilung Aufnahme finden können. Solche Nachrichten, die in wissenschaftliche Zeitschriften übergehen und hierdurch der Zukunft erhalten werden, sind in der Regel von der Aufnahme ausgeschlossen. Eine Neuerung ist ferner der Hinweis auf wissenschaftliche Aufsätze und sonstige literarische Publikationen, die einzelne wichtige Ereignisse des Jahres behandeln; dem Benutzer, dem Historiker sowohl wie dem Politiker, der sich näher über Einzelheiten unterrichten will, wird diese Sammlung gleichzeitiger Literatur willkommen sein. Der nächste Jahrgang wird an solchen Hinweisen noch mehr als der diesjährige bringen, doch ist es selbstverständlich, daß nicht eine vollständige Sammlung der gleichzeitigen Literatur, sondern nur eine Auswahl der wertvollsten Arbeiten erstrebt werden kann.

Da mir ebenfalls an Stelle Professor Delbrücks die Redaktion des „Staats-Archivs", einer Sammlung der offiziellen Urkunden zur Geschichte der Gegenwart übertragen worden ist, so ist das Verhältnis des „Geschichtskalenders" zum „Staats-Archiv" dasselbe geblieben wie bisher. Wie in früheren Jahrgängen ist bei der Anführung wichtiger Aktenstücke auf ihren Abdruck im „Staats-Archiv" verwiesen, was aber nicht ausschließt, daß solche Aktenstücke von allgemeinerem Interesse auch im „Geschichtskalender" zum Abdruck gelangen können.

Gustav Roloff.

Inhalts-Verzeichnis.

Chronik
der wichtigsten Ereignisse des Jahres 1894.

Januar.

1. Oesterreich=Ungarn. Minister Wekerle verspricht öffentlich Durchführung der liberalen Kirchenpolitik.
1. Großbritannien. Eröffnung des Manchesterkanals.
2. Deutsches Reich und Rumänien. Ratifikation des deutsch=rumänischen Handelsvertrages.
3. Italien. Ueber Sizilien wird der Belagerungszustand verhängt.
7. Frankreich. Senatswahlen.
9. Frankreich. Zusammentritt der Kammern.
10. Belgien Ministerkrisis.
10. Afrika. Erste Besetzung Timbuktus.
15. Türkei und Deutsches Reich. Ordensverleihung des Sultans an die deutsche Kaiserfamilie.
16. Preußen. Eröffnung des Landtags.
19. Deutsches Reich. Erklärung des württembergischen Ministers von Mittnacht über die Stellung Württembergs zur Weinsteuer.
20. Frankreich. Die Kammer genehmigt den Vertrag mit Siam.
22. Deutsches Reich. Der Kaiser ladet den Fürsten Bismarck zur Feier seines Militärjubiläums ein.
22. Serbien. Exkönig Milan nach Belgrad.
24. Serbien. Bildung des Kabinets Simitsch.
26. Deutsches Reich. Fürst Bismarck besucht den Kaiser in Berlin.
26. Rußland. Eröffnung des finnischen Landtages.
29. Frankreich. Angriffe auf die Marineverwaltung in der Kammer.
30. Bulgarien. Geburt eines Thronerben.

Februar.

1. Vereinigte Staaten. Das Repräsentantenhaus ermäßigt die Zollsätze des Mc. Kinleytarifs.
5. Deutsches Reich. Der Kaiser plädirt auf dem Reichskanzlerdiner für den russischen Handelsvertrag.
7. Frankreich. Zusammentritt der internationalen Sanitätskonferenz in Paris.

Mitte. Rumänien. Unbotmäßigkeit von Kavallerieoffizieren.

19. Deutsches Reich. Der Kaiser besucht den Fürsten Bismarck in Friedrichsruh.

19. Kurie. Der Papst feiert sein 50jähriges Bischofsjubiläum.
20. Großbritannien. Das Haftpflichtgesetz wird vom Unterhause abgelehnt und von der Regierung zurückgezogen.
20. Italien. Zusammentritt der Kammern.
21. Frankreich. Die Deputirtenkammer beschließt die Erhöhung der Getreidezölle.
21. Italien. Finanzminister Sonnino legt ein Finanzprogramm vor. Die Zölle werden durch kgl. Dekret erhöht.
25. Oesterreich-Ungarn. Dr. Prix, Oberbürgermeister von Wien, †.
26. Deutsches Reich. Beginn der Reichstagsverhandlungen über den russischen Handelsvertrag.

März.

1. Oesterreich-Ungarn und Frankreich. Depeschenwechsel zwischen Carnot und Kaiser Franz Josef.
1. Großbritannien. Das Kirchspielratsgesetz wird definitiv genehmigt.
1. Großbritannien und China. Vertrag über die Abgrenzung von Birma.
1. Schweden. Der Reichstag genehmigt die Wahlreform.
3. Großbritannien. Rücktritt Gladstones. Premierminister wird Lord Rosebery.
3. Frankreich. Erklärung Spullers über den „neuen Geist“ in der Kirchenpolitik der Regierung.
3. Italien. Die Kammer billigt die Maßregeln der Regierung zur Unterdrückung des Aufstandes.
4. Schweiz. Eine Volksabstimmung verwirft die Revision der Bundesverfassung hinsichtlich der Gewerbegesetzgebung.
5. Oesterreich-Ungarn. Große Demonstration für die Kirchenpolitik der Regierung in Pest.
5. Spanien und Marokko. Abkommen über die Beendigung des Melillastreites.
5. Großbritannien. Schluß des Parlaments.
10. Spanien. Ministerwechsel.
11. Großbritannien. Eröffnung des Parlaments.
12. Frankreich und Rußland. Depeschenwechsel zwischen Carnot und dem Zaren.
13. Brasilien. Das Blockadegeschwader vor Rio giebt den Kampf auf.
16. Deutsches Reich. Annahme des russischen Handelsvertrages.
17. Oesterreich-Ungarn und Frankreich. Depeschenwechsel zwischen Kaiser Franz Josef und Carnot.
18. Deutsches Reich und Frankreich. Vertrag über die Abgrenzung von Kamerun.
18. Belgien. Ministerwechsel.
20. Deutsches Reich und Rußland. Ratifikation des Handelsvertrages.
20. Oesterreich-Ungarn. Verurteilung der Mörder Mraz.
20. Oesterreich-Ungarn. Ludwig Kossuth †.
23. Kurie. Der Papst erläßt eine Enzyklika an die polnischen Bischöfe.
29. Oesterreich-Ungarn und Frankreich. Der Kaiser verleiht Carnot das Großkreuz des Stephanordens.

April.

1. Dänemark. Ende des Verfassungskonflikts.
2. Serbien. Bildung des Kabinets Nikolajewitsch.
5. Oesterreich-Ungarn. Schmeykal, Führer der Deutsch-Böhmen, †.

6. Schweiz. Der Nationalrat genehmigt das Anarchistengesetz.
7. Deutsches Reich und Italien. Zusammenkunft des Deutschen Kaisers und des Königs von Italien in Venedig.
10. Niederlande. Neuwahlen.
12. Oesterreich-Ungarn. Das ungarische Abgeordnetenhaus nimmt die obligatorische Zivilehe an.
14. Schweiz. Schluß der außerordentlichen Bundesversammlung.
15. Portugal. Neuwahlen.
16. Egypten. Ministerwechsel. Nubar Pascha übernimmt den Vorsitz.
20. Rußland. Verlobung des Großfürsten-Thronfolgers mit Prinzessin Alix von Hessen.
21. Vereinigte Staaten. Beginn eines großen Bergarbeiterausstandes.
24. Türkei und Bulgarien. Abschluß des makedonisch-bulgarischen Schulstreites.
27. Bulgarien. Kriegsminister Sawow tritt zurück und wird durch Oberst Petrow ersetzt.
28. Niederlande. Demission des Kabinets.
29. Serbien. Rehabilitirung der Eltern König Alexanders.

Mai.

1. Preußen. Das Abgeordnetenhaus nimmt die Synodalordnung an.
5. Belgien. Eröffnung der internationalen Ausstellung in Antwerpen.
5. Afrika. Vertrag zwischen England und Italien.
6. Preußen. Beginn des Bierboykotts in Berlin.
8. Niederlande. Neubildung des Kabinetts.
10. Oesterreich-Ungarn. Das ungarische Oberhaus lehnt die Zivilehe ab.
12. Afrika. Vertrag zwischen England und dem Kongostaate.
13. Deutsches Reich. Der König von Württemberg spricht sich gegen die Zulassung der Jesuiten aus.
14—17. Deutsches Reich. Internationaler Bergarbeiterkongreß in Berlin.
21. Oesterreich-Ungarn. Das ungarische Abgeordnetenhaus nimmt die Zivilehe zum zweiten Male an.
21. Italien. Die Kammer genehmigt das Heeresbudget.
21. Serbien. Aufhebung der Verfassung von 1888.
22. Preußen. Das Abgeordnetenhaus nimmt das Gesetz über die Landwirthschaftskammern an.
22. Frankreich. Demission des Ministeriums Casimir Périer.
25. Oesterreich-Ungarn. Die Führer der Rumänen werden im Memorandungprozesse verurteilt.
26. Rußland. Ein Ukas verschärft die Kontrole über die Beamten.
29. Bulgarien. Demission des Kabinets Stambulow.
30. Frankreich. Bildung des Ministeriums Dupuy.
31. Bulgarien. Bildung des Kabinets Stoilow.

Juni.

1. Oesterreich-Ungarn. Demission des ungarischen Kabinets Wekerle, Berufung Hédervarys.
1. Bulgarien. Metropolit Clement übernimmt seine Diözese wieder.
2. Rußland. Schluß des finnischen Landtages.
3. Schweiz. Die Volksabstimmung verwirft den Antrag auf Garantie des Rechts auf Arbeit durch die Verfassung.
5. Oesterreich-Ungarn. Wekerle wird wieder mit der Bildung des ungarischen Kabinets betraut. — Eröffnung der galizischen Landesausstellung in Lemberg.

5. Italien. Demission des Ministeriums Crispi.
5. Rußland. Ernennung eines Residenten am Vatikan.
6. Belgien. Annahme des Wahlgesetzes.
7. Marokko. Sultan Muley Hassan †, sein Nachfolger wird Abdul Aziz.
9. Oesterreich-Ungarn. Neubildung des Kabinets.
14. Italien. Neubildung des Kabinets Crispi. Veränderung des Finanzprogramms.
15.—24. Juli. Rußland. Aufenthalt des Großfürsten-Thronfolgers in England.
16. Italien. Attentat auf Crispi.
20. Kurie. Der Papst erläßt eine Enzyklika an alle Fürsten und Völker der Erde.
22. Oesterreich-Ungarn. Das ungarische Oberhaus nimmt die Zivilehe an.
24. Frankreich. Ermordung Carnots.
25. Großbritannien. Beginn des Ausstandes der schottischen Bergarbeiter.
27. Frankreich. Casimier Périer wird zum Präsidenten der Republik gewählt.
29. Italien. Die Kammer genehmigt das Finanzprogramm der Regierung.
30. Asien. Korea erklärt sich für unabhängig.

Juli.

1. Deutsches Reich. Der Kaiser begnadigt die wegen Spionage verurteilten französischen Offiziere.
2. Deutsches Reich. Das Kaiserpaar reist nach Norwegen.
3. Vereinigte Staaten. Der Senat erhöht die vom Repräsentantenhause beschlossenen Zollsätze.
4.—7. Kanada. Interkolonialer Kongreß in Ottawa.
8. Deutsches Reich und Spanien. Der Reichskanzler verweigert die Verlängerung des Handelsprovisoriums.
9. Deutsches Reich. Der Bundesrat beschließt die Zulassung der Redemptoristen und Väter vom hl. Geist.
9. Vereinigte Staaten. Cleveland verhängt den Belagerungszustand über Chicago.
11. Italien. Die Kammer genehmigt ein Anarchistengesetz.
12. Deutsches Reich und Spanien. Deutschland zieht den Handelsvertrag zurück.
17. Italien. Erklärung Crispis über die Kirchenpolitik.
17. Afrika. Sieg des italienischen Generals Baratieri bei Kassala.
20. Norwegen. Das Storthing beschließt, daß vom 1. Januar 1895 eine Trennung des schwedisch-norwegischen Konsulatswesens eintreten soll.
23. Italien. Schluß der Kammern.
24. Norwegen. Der König verweigert die Sanktion des Storthingbeschlusses vom 20. Juli.
25. Asien. Zusammenstoß zwischen japanischen und chinesischen Schiffen.
26. Preußen. Feier des 350jährigen Bestehens der Universität Königsberg.
27. Frankreich. Die Kammer nimmt ein Anarchistengesetz an.
28. Italien. Freisprechung der Angeklagten im Prozesse der Banca Romana.
29. Oesterreich-Ungarn. Erzherzog Wilhelm †.

August.

1\. Preußen. Feier des 200jährigen Bestehens der Universität Halle.
1\. Asien. Kriegserklärung Japans an China.
5\. Deutsches Reich. Der Kaiser reist nach England.
7\. Dänemark. Rücktritt Estrups und teilweise Neubildung des Kabinets.
9\. Vereinigte Staaten und Hawaii. Die Vereinigten Staaten erkennen die Republik Hawaii an.
11\. Deutsches Reich. Die württembergische Zentrumspartei veröffentlicht ihr Programm.
13\. Vereinigte Staaten. Das Repräsentantenhaus genehmigt den vom Senat beschlossenen Zolltarif.
14\. Afrika. Abkommen zwischen Frankreich und dem Kongostaat.
15\. Großbritannien. Das Oberhaus verwirft die irische Pächterbill.
25\. Bulgarien. Amnestie von gemeinen und politischen Verbrechern.
25\. Großbritannien. Schluß des Parlaments.
25\. Asien. Niederlage der Holländer auf Lombok.
27\. Deutsch-Südwestafrika. Major Leutwein unterwirft Hendrik Witboi.

September.

3\. Großbritannien. Kongreß der englischen Gewerkvereine.
4\. Portugal. Ministerwechsel.
6\. Deutsches Reich. Der Kaiser tadelt in einer öffentlichen Rede die agrarische Opposition und fordert im Namen der Religion zum Kampfe gegen den Umsturz auf.
7\. Kurie. Der Papst ernennt einen apostolischen Präfekten für Erythräa.
7.—11. Oesterreich-Ungarn. Der Kaiser besucht die Ausstellung in Lemberg.
8\. Deutsches Reich. Prof. v. Helmholtz †.
8\. Frankreich. Graf v. Paris †.
10\. Italien. Crispi proklamiert im Namen der Religion den Kampf gegen den Anarchismus.
14\. Oesterreich-Ungarn. Eröffnung der Delegationen.
15\. Rußland. Die kaiserliche Familie nach Spala.
16\. Preußen. Erste Polenrede des Fürsten Bismarck.
16\. Oesterreich-Ungarn. Rede Koscielskis in Lemberg.
17\. Oesterreich-Ungarn. Graf Kalnoky bespricht in den Delegationen die auswärtige Politik.
22\. Preußen. Der Kaiser tadelt die polnische Propaganda.
23\. Preußen. Zweite Polenrede des Fürsten Bismarck.
23\. Bulgarien. Neuwahlen zur Sobranje.

Oktober.

1\. Rußland. Das Kaiserpaar reist nach der Krim.
4\. Großbritannien. Unerwartete Einberufung eines Ministerrates.
6\. Oesterreich-Ungarn. Das ungarische Magnatenhaus lehnt den Gesetzentwurf über die freie Religionsübung ab.
6\. Großbritannien. Vergebliche Aufforderung an die Großmächte zur Intervention in Ostasien.
8\. Oesterreich-Ungarn. Das ungarische Oberhaus lehnt den Gesetzentwurf über die Rezeption der Juden ab.
9\. Oesterreich-Ungarn. Das ungarische Oberhaus nimmt den Gesetzentwurf über die Religion der Kinder an.
10\. Oesterreich-Ungarn. Das ungarische Oberhaus genehmigt die staatliche Matrikelführung.

13. Bulgarien. Rücktritt des Ministers Tontschew.
13.—22. Serbien. Reise des Königs nach Oesterreich-Ungarn und Deutschland.
14. Belgien. Neuwahlen zu den Kammern.
19. Oesterreich-Ungarn. Das ungarische Abgeordnetenhaus weist den Gesetzentwurf über die freie Religionsübung an das Oberhaus zurück.
20. Oesterreich-Ungarn. Das ungarische Abgeordnetenhaus weist den Gesetzentwurf über die Rezeption der Juden an das Oberhaus zurück.
22. Italien. Auflösung der sozialistischen Vereine.
23. Frankreich. Zusammentritt der Kammern.
26. Deutsches Reich. Entlassung des Reichskanzlers Grafen Caprivi und des preußischen Ministerpräsidenten Grafen Eulenburg.
27. Großbritannien. Rosebery kündigt einen baldigen Appell an die Wähler wegen der Oberhausfrage an.
27. Bulgarien. Eröffnung der Sobranje durch den Fürsten.
27. Serbien. Bildung des Ministeriums Christitsch.
29. Deutsches Reich. Ernennung des Statthalters der Reichslande Fürsten Hohenlohe-Schillingsfürst zum Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten und des Unterstaatssekretärs im Ministerium für Elsaß-Lothringen zum preußischen Minister des Innern.
31. Spanien. Demission des Ministeriums Sagasta.
Ende. Asien. Die japanische Armee überschreitet den Yalu.

November.

1. Frankreich. Verhaftung des Hauptmanns Dreyfus.
1. Deutsches Reich und Vereinigte Staaten. Der amerikanische Botschafter erklärt, Präsident Cleveland werde dem Kongreß die Aufhebung der Zuschlagstaxe auf den Zucker empfehlen.
1. Rußland. Zar Alexander III. †.
2. Rußland. Zar Nikolaus II. erläßt ein Manifest an die Russen.
4. Spanien. Neubildung des Ministeriums unter Sagasta.
4. Schweiz. Die Volksabstimmung verwirft den Antrag auf die Zollinitiative.
5. Deutsches Reich. Fürst Hohenlohe-Langenburg wird zum Statthalter von Elsaß-Lothringen ernannt.
5. Bulgarien. Erklärung Stoilows über die auswärtige Politik.
6. Vereinigte Staaten. Wahlen zur Repräsentantenkammer.
9. Großbritannien. Rosebery bezeichnet die englisch-russischen Beziehungen als herzlich.
9. Dänemark. Eröffnung des Kopenhagener Freihafens.
10. Preußen. Rücktritt des Landwirtschaftsministers v. Heyden. Sein Nachfolger wird Landesdirektor v. Hammerstein-Loxten.
12. Türkei. Demission des Patriarchen Neophytos.
14. Preußen. Der Justizminister v. Schelling nimmt seine Entlassung. Sein Nachfolger wird Oberlandesgerichtspräsident Schönstedt.
16. Brasilien. Präsident Moraes tritt sein Amt an.
18. Asien. Die Holländer unterwerfen Lombok.
21. Oesterreich-Ungarn. Interpellation im ungarischen Abgeordnetenhause über die politische Rundreise Franz Kossuths.
21. Asien. Die Japaner nehmen Port Arthur.
26. Frankreich. Die Kammer bewilligt die madagassische Expedition.
26. Rußland. Vermählung des Zaren mit Alix von Hessen.
27. Norwegen. Neuwahlen zum Storthing.
November. Türkei. Auftauchen der armenischen Frage.

Dezember.

3. Vereinigte Staaten. Botschaft Clevelands an den Kongreß.
4. Italien. Zusammentritt der Kammern.
5. Deutsches Reich. Eröffnung des Reichstags durch den Kaiser. Schlußsteinlegung des neuen Reichstagsgebäudes.
6. Deutsches Reich. Zwischenfall Liebknecht im Reichstage. Veröffentlichung der Umsturzvorlage.
6. Kurie. Konstitution für die orientalische Kirche.
7. Frankreich. Ferdinand Lesseps †.
9. Deutsches Reich. Gustav Adolf-Feier.
9. Schweden. Gustav Adolf-Feier.
10. Oesterreich-Ungarn. Der König sanktioniert die vom ungarischen Reichstag beschlossenen Ehegesetze.
15. Italien. Vertagung der Kammern.
15. Spanien. Demission des Finanzministers Salvador.
17. Frankreich. Die Kammer genehmigt das Abkommen mit dem Kongostaat.
18. Rußland. General Gurko tritt von seinem Posten als Generalgouverneur in Warschau zurück.
21. Bulgarien. Personalveränderungen im Kabinet.
23. Oesterreich-Ungarn. Der König genehmigt die Demission des ungarischen Kabinets.
24. Italien. Kundgebung der Deputierten für die Rumänen.
24. Asien. Eröffnung des japanischen Parlaments.
26. Preußen. Ende des Berliner Bierboykotts.
27. Frankreich und Spanien. Verlängerung des Handelsprovisoriums.
29. Bulgarien. Beschluß einer weitgehenden Amnestie.

I.

Das Deutsche Reich und seine einzelnen Glieder.

1. Januar. (Württemberg.) Einführung von Portoermäßigungen für Lokalsendungen im inneren Verkehr.

2. Januar. (Berlin.) Ratifikation des deutsch-rumänischen Handelsvertrages. (Seine Annahme im Reichstage s. 1893 S. 161. Text im „Staats-Archiv“ Bd. 56).

Anfang Januar. Arnim und Bismarck.

In einem im November 1893 erschienenen Buche von Hans Blum „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarcks“ war behauptet worden, Graf Harry Arnim habe nach 1871 seine amtliche Stellung als Botschafter in Paris benutzt, unter Verzögerung der Verhandlungen über die Zahlung der Kriegsschuld mit Baron Hirsch zu spekulieren. Da Blum nach seiner eigenen Angabe Beziehungen zu Fürst Bismarck unterhielt, so richtete der Sohn des Botschafters, Graf Arnim Schlagenthin ein Schreiben an den Fürsten und bat um ein Dementi der Blum'schen Behauptung (8. Dez. 1893). Ohne Antwort gelassen veröffentlichte er sein Schreiben in der „National-Zeitung“ (3. Jan.) unter Protest gegen Blums Angriffe auf seinen Vater. Die Verzögerung sei nicht durch Graf Harry Arnim, sondern dadurch veranlaßt, daß neben A. Gen. von Manteuffel mit der franz. Regierung verhandelt habe. In der hierauf folgenden Preßfehde, an der sich u. a. „Allg. Ztg.“, Hamb. Nachr.“, „Rhein. Westf. Ztg.“, „Leipz. Tagbl.“, „Nat. Ztg.“, „Voss. Ztg.“ beteiligen, wird nichts neues von Belang über den Streit beigebracht.

Anfang Januar. (Koloniales.)

Depeschen und Briefe melden näheres über die Plünderung der Station Kubub durch Hendrik Witbooi, der sich wieder in Hornkranz befinde (vgl. 1893 S. 313). In der Presse werden schwere Vorwürfe gegen Maj. v. François erhoben, denen u. a. die „Köln. Ztg.“ entgegentritt.

4. Januar. Rede Liebers.

Der Zentrumsführer Abg. Lieber hält in Frankfurt a./M. eine Rede, in der er die Haltung des Bundes der Landwirte gegen die Handelsverträge und seine Versuche, die Abgg. zu terrorisieren, scharf tadelt und für das Zentrum in der auswärt. Politik Unabhängigkeit von den Vorschriften des Papstes proklamiert.

5./6. Januar. Der Kaiser zur Jagd nach Bückeburg.

6. Januar. (Der Reichskanzler und die ostpreuß. Konservativen.)

Der „Reichs-Anz.“ veröffentlicht einen Briefwechsel zwischen dem Ausschuß des ostpreuß. konf. Vereins und dem Reichskanzler. Der ostpreuß. konf. Verein hatte am 20. Dezember 1893 in einer Zuschrift an den Reichskanzler erklärt, eine Hebung der östlichen Landwirtschaft und ein Ausgleich für die durch die Handelsverträge verursachten Nachteile sei nur zu erreichen durch Aufhebung des Identitätsnachweises und durch eine „internationale Regelung der Währungsfrage, durch welche dem Silber das Recht als vollwertiges Münzmetall zu dienen, wiedergegeben werden soll.“ Graf Caprivi betont in seiner Erwiderung (5. Jan.), er verkenne die schwierige Lage der Landwirtschaft nicht, befürchte aber von den Handelsverträgen keine üblen Folgen für sie und fährt dann fort: „In der Ueberzeugung, daß die von Seiner Majestät dem Kaiser und König im Verein mit Seinen hohen Verbündeten befolgte Handelspolitik der Gesamtheit und den wirtschaftlichen Interessen förderlich ist und daß der Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland auf der Grundlage des Austausches gleichwertiger Zugeständnisse der deutschen Landwirtschaft keine neuen Opfer auferlegt, erkenne ich es gern an, daß die Resolution vom 20. v. M. vermeidet, einem deutsch-russischen Handelsvertrage gegenüber eine prinzipiell ablehnende Stellungnahme zum Ausdruck zu bringen. Ich bin damit einverstanden, daß die Aufhebung des Identitätsnachweises in den Vordergrund gestellt und damit der Boden betreten wird, auf welchem ein Ausgleich widerstrebender Interessen erreichbar ist. Auch nach meiner Anschauung ist für den Fall eines Zustandekommens eines Handelsvertrags mit Rußland die Aufhebung des Identitätsnachweises für die östlichen Provinzen Preußens nützlich, ohne die Interessen der Gesamtheit oder anderer deutscher Landesteile zu beeinträchtigen. Eine Vorlage an den Bundesrat, welche bestrebt sein wird, frühere Bedenken gegen ein solches Gesetz zu beseitigen, ist in Vorbereitung und wird so gefördert werden, daß sie eintretendenfalls gleichzeitig mit jenem Handelsvertrag den gesetzgebenden Faktoren vorgelegt werden kann. Was die gleichfalls von dem Ausschuß erwähnte Währungsfrage angeht, so verkenne ich nicht, daß die jüngsten Vorgänge in Indien und den Vereinigten Staaten derselben eine erhöhte Bedeutung beilegen. Aber ich muß an der Ueberzeugung festhalten, daß die zur Wiederstellung des Silberpreises bisher vorgeschlagenen Wege als gangbar nicht erwiesen sind, und ich bin nicht ohne thatsächlichen Anhalt für die Auffassung, daß ein erneuter Versuch, gemeinsame Beratungen mit fremden Regierungen herbeizuführen, zur Zeit erfolglos bleiben würde. Andererseits verschließe ich mich der Erkenntnis nicht, daß bei der vorhandenen Teilnahme für diese Frage die Gefahr vorliegt, einen so schwierigen und in alle wirtschaftlichen Interessen eingreifenden Gegenstand der Prüfung sachverständiger Männer entzogen und in den Kampf breiter Schichten der Bevölkerung geworfen zu sehen. Ich bin deshalb geneigt im Anschluß an die bereits im Gange befindliche amtliche Prüfung auch noch Sachverständige verschiedener Berufsklassen und Lehrmeinungen über die Frage zu hören, welche Maßregeln geeignet wären, um den gesunkenen Wert des Silbers wieder zu heben. Das erforderliche hierzu ist in die Wege geleitet.“

In den sich hieran anknüpfenden Erörterungen erklären die „Kreuzztg.“, einige ostpreuß. konf. Blätter sowie der Abg. Graf Mirbach, die ostpreuß. Konservativen lehnten trotz dem Entgegenkommen des Kanzlers den russischen Handelsvertrag ab, so lange ihnen nicht zuverlässige Garantien über

die Remonetisierung des Silbers gegeben seien. (Vgl. ferner die Broschüre von Graf Kanitz „Die neuen Handelsverträge", Pr.-Holland 1894).

8. Januar. (Kanzlerkrisis). Die „Voss. Ztg." schreibt:

„Wir haben in den letzten Wochen wiederholt Anlaß gehabt, von Krisengerüchten zu melden. Wiewohl diese Nachrichten offiziös bestritten worden sind, entbehren sie, wie wir zuverlässig hören, nicht jeder Begründung. Thatsächlich hat sich nach Neujahr eine Kanzlerkrisis abgespielt, nur daß sie nicht mit inneren Angelegenheiten, auch nicht mit dem deutsch-russischen Handelsvertrag zusammenhing, sondern mit den Kolonialverhältnissen. Graf Caprivi hatte sein Entlassungsgesuch eingereicht, das vom Kaiser abgelehnt worden ist."

Die „Norddeutsche Allg. Ztg." erwidert darauf:

In den letzten Wochen sind allerlei Krisengerüchte bald da, bald dort durch die Blätter zu verbreiten versucht worden. Das eine Mal wurden aus einer längeren Sitzung des preußischen Staatsministeriums rein willkürliche Schlüsse gezogen, das andere Mal wurde ein Konflikt wegen der Finanzvorlagen ersonnen, welche die verbündeten Regierungen dem Reichstage gemacht haben, und endlich wurde „zuverlässig" und „von gut unterrichteter Seite" ein absolut erfundenes angeblich mit den Kolonialverhältnissen zusammenhängendes Entlassungsgesuch des Reichskanzlers aufgebracht. Haben einzelne Räte der Krone mit einander oder nach einander Vorträge bei Sr. Majestät, so fehlt es nicht an Zeichendeutern, die darin ein Symptom für unsichere Zustände in der Regierung erkennen wollen. An diesem ebenso thörichten wie verwerflichen Treiben waren nicht nur untergeordnete Geister der Journalistik beteiligt, auch ganz ernsthafte Blätter ließen sich in die Täuschung verwickeln. Ob das Motiv der Urheber für die Fabrikation von Krisengerüchten mehr in Böswilligkeit oder in niedriger Sensationssucht besteht, bleibe dahingestellt. Wer die Presse des Auslands, und leider auch des uns befreundeten, verfolgt, kann über die Wirkung nicht im Unklaren sein. Um so mehr erscheint der Rat zur Vorsicht gegenüber derartigen leichtfertigen Ausstreuungen am Platze.

8. Januar. (Bückeburg, Landtagswahl.)

Von den 10 aus allgemeiner, gleicher und direkter Wahl hervorgehenden Landtagsabgg. Schaumburg-Lippes erhalten die Freisinnigen 7, die vereinigten Konservativen und Nationalliberalen 3 Mandate.

Januar. Preußische und bayerische Kommissarien beraten über die Aufhebung der Staffeltarife.

Januar. (Koloniales). Das Deutsche Kol.Bl. (Nr. 1) publiziert einen Bericht des Stationschefs Sigl vom 30. Sept. v. J. über seine erfolgreiche Expedition nach dem Tanganyikasee. Dasselbe Blatt bringt Berichte über die Thätigkeit des Antisklavereikomités unter Hauptmann Langheld.

8. Januar. Übersiedlung des Kaisers von Potsdam nach Berlin.

9. Januar. (Reichstag.) Annahme des auf der internationalen Sanitätskonferenz zu Dresden am 15. April 1893 beschlossenen Übereinkommens nebst Beitrittsprotokoll.

10. Januar. (Reichstag.) Annahme der Anträge Aichbichler und Staudy an die Regierung, eine Vereinfachung der Invaliditäts- und Altersversicherung herbeizuführen.

(Vgl. dazu: R. v. Landmann, Ueber die Vereinfachung der Arbeiterversicherung. Preuß. Jahrbb. Bd. 77 S. 246.)

10. Januar. (Budgetkommission des Reichstags.) Regierung und konservative Partei.

In der Budgetkommission des Reichstags wird die für das Reichsamt des Inneren geforderte 2. Direktorstelle durch die Konservativen und Klerikalen gegen die Stimmen der Nationalliberalen und Vertreter der Linken, auch der Sozialisten, abgelehnt, trotzdem Hr. v. Bötticher unter Hinweis auf die durch die großen sozialen Reformen vermehrte Arbeitslast die Stelle für unentbehrlich erklärt hatte.

Bezeichnend für das Verhältnis der Konservativen zur Regierung ist ferner folgende Stelle der „Kons. Korr." in der sie die kons. Partei gegen den von gouvernementaler Seite erhobenen Vorwurf, Demagogie zu treiben verteidigt: „Wer Augen zu sehen hat, der wird und kann sie vor der Thatsache nicht verschließen, daß heutzutage nur die Juden und mit diesen die bürgerlichen und sozialen Demokraten mit den gegenwärtigen Verhältnissen „zufrieden" sind. Wenn diese Zufriedenheit stören demagogisch wirken heißt, dann freilich — aber auch nur dann — ist der Konservative als Christ und als Monarchist von reinstem Wasser ein schlimmer Demagoge. Vielleicht sieht man in offiziösen und liberalen Kreisen heute auch die Sache lediglich von dieser Seite an? Dann wenigstens wäre Manches zu erklären."

Januar. Die „Kreuzzeitung" kritisiert scharf die auswärtige Politik, wogegen die ultramontane „Köln. Volksztg." Verwahrung einlegt.

11. Januar. Reichstagsersatzwahl, in Neustadt (Oberschlesien.)

Der an Stelle des zurückgetretenen Chytronowski aufgestellte Zentrumskandidat Rittergutsbesitzer Deloch erhält 3896, Bauer Strzoda (Pole) 3419, ein Soz.Dem. 619 St. Stichwahl 25. Januar: Deloch 1808, Strzoda 6366 St. Der Ausfall ist charakteristisch für den Zwiespalt zwischen Zentrum und Polen.

11. Januar. (Reichstag.) Handelsprovisorium mit Spanien, Tabaksteuer.

Genehmigung der Deklaration betreffend den Abschluß eines Handelsdrovisoriums zwischen dem Reich und Spanien für die Zeit vom 1. bis 31. Januar d. J. — Die darauf folgende erste Beratung eines Tabaksteuergesetzes leitet ein Schatzsekretär Graf Posadowsky: Bei der Etatsberatung wurde die Frage der Tabaksbesteuerung bereits aufgeworfen und uns von der linken Seite des Hauses zugerufen: wir sollten erst die Salz- und Zuckersteuer, die Petroleum- und die Getreidezölle abschaffen, dann sollten wir wiederkommen. Ich acceptiere zunächst das Anerkenntnis, daß der Tabak nicht, wie von den Vertretern der Tabaksindustrie wiederholt behauptet ist, ein notwendiges Lebensbedürfnis, sondern ein entbehrliches Genußmittel ist. Wenn den verbündeten Regierungen ein derartiger Rat gegeben wird, so hat die Reichsfinanzverwaltung sich doch die Wirkungen eines solchen Rates klar zu machen. Würden wir die Salz- und Zucker-

steuer, die Petroleum- und Getreidezölle abschaffen, so bedeutete das einen Ausfall von 269¾ Millionen Mark, und zwar um im vorliegenden Fall 45 Millionen Mark aufzubringen. Sollte nun dieser Ausfall im Wege der Matrikularbeiträge aufgebracht werden, so würden auf Preußen 163½ Millionen Mark mehr Matrikularbeiträge entfallen. Preußen könnte nun diese Summe durch Erhöhung seiner Einkommensteuer aufbringen, und zwar würde diese Erhöhung 133 pCt. betragen. Würde man dagegen der anderen Richtung folgen, die da wünscht, daß die wohlhabenderen Klassen in erhöhtem Maße wie bisher zu den Bedürfnissen des Reiches beitragen sollten, so würde die Einkommensteuer in Preußen 300 pCt. betragen, für die Zensiten über 8000 ℳ sich also vervierfachen. Solche Wege kann man unzweifelhaft nicht gehen, die Tabaksindustrie würde dadurch nicht um einen Deut gebessert. — Es wird uns ferner vorgeworfen, wir zögen in den Motiven des Entwurfs ganz falsche Vergleiche. Ein Vergleich Deutschlands mit Frankreich, Oesterreich-Ungarn und England sei unzulässig, weil die letzteren Länder bei weitem mehr verschuldet seien. Diese Behauptung ist ein thatsächlicher Irrtum. Der Einwand würde zutreffend sein, wenn Deutschland ein Einheitsstaat wäre, wie jene Länder. Zu den Reichsschulden müssen aber noch die Schulden der Einzelstaaten hinzugerechnet werden, und dann hat Deutschland 11¾ Milliarden Schulden, also nicht viel weniger wie England und mehr als Italien, wo der Tabak mit 5,6 ℳ, mehr wie Oesterreich, wo er mit 5,19 ℳ besteuert ist, während er bei uns bis jetzt nur mit 1,10 ℳ und in Zukunft mit 2 ℳ pro Kopf besteuert ist. Nach einer vielleicht nicht absolut, aber wohl vergleichsweise richtigen Zusammenstellung über das Vermögen der einzelnen Nationen beträgt das Vermögen pro Kopf durchschnittlich in England 5002 ℳ, in Frankreich 4256 ℳ, in Deutschland 2825 ℳ, in Italien 2025 ℳ, in Oesterreich 2005 ℳ Legt man nun an diesen Stand des Nationalvermögens den Betrag, mit dem diese Staaten durch Zölle und Verbrauchsabgaben, durch die indirekte Besteuerung belastet sind, so ergibt sich, daß das italienische Nationalvermögen mit 0,75, das französische mit 0,73, das englische mit 0,54 und das deutsche nur mit 0,52 pCt. belastet sind. Diese Zahlen lassen erkennen, daß die Behauptung, daß wir, obgleich wir weniger Schulden hätten wie andere Staaten, uns doch steuerlich, so geberdeten, als wenn wir eben so große Schulden hätten, unrichtig ist. Wir erheben den geringsten Prozentsatz an indirekten Abgaben, während wir mit unserer Schuldenlast an dritter Stelle stehen. Rechnet man zu den Abgaben an Zöllen und Verbrauchssteuern des Reiches die der Einzelstaaten hinzu, so ergibt das in Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung 14,64 ℳ, womit also Deutschland ebenfalls an letzter Stelle in der Reihe der fünf Großstaaten steht. Es ist daher in unseren Motiven mit Recht betont worden, daß der Tabak bisher unverhältnismäßig gering zu den Staatslasten herangezogen ist. Es ist in der Presse darauf hingewiesen worden, daß seit 1879 sich die indirekte Belastung Deutschlands mit Zöllen und Verbrauchsabgaben um 400 Millionen Mark erhöht habe, und man deshalb gegen jede weitere indirekte Belastung Front machen müsse. Zunächst sind es nicht 400, sondern 367 Millionen, oder auf den Kopf der Bevölkerung 7,34 ℳ Es wird nun so dargestellt, als ob diese erhöhten indirekten Lasten einzig die ärmere Bevölkerung, die sogenannten arbeitenden Klassen treffen. Ich muß das für eine starke Uebertreibung halten. Zunächst werden durch diese Erhöhung diejenigen nicht getroffen, die in fremdem Brot und Lohn stehen, das ist eine Zahl von 3⅕ Millionen; ferner diejenigen nicht, welche als landwirtschaftliche Arbeiter in Deputaten abgelohnt werden, im Gegenteil, je höher die Getreidepreise, desto höher stellt sich ihr Lohn; ferner werden die Arbeiter

nicht von dem Zoll auf ausländische Waren betroffen, die hauptsächlich einheimische konsumieren. Abgesehen hiervon, stehen dieser Mehrbelastung der deutschen Bevölkerung auch bedeutende Entlastungen gegenüber. Nach einer von mir an der Hand der Statistik angestellten Berechnung beträgt die Arbeiterbevölkerung in Deutschland von den 50 Millionen Einwohnern etwa 24 Millionen. Seit 1879 sind nun 367 Millionen neue indirekte Abgaben erhoben worden. Dem stehen gegenüber 20 Millionen Mark, um welche Massenartikel von Lebensmitteln billiger geworden sind. Für die soziale Gesetzgebung werden von seiten des Reiches und der Arbeitgeber über 147 Millionen Mark jährlich aufgebracht, eine Leistung, die doch lediglich den ärmeren Bevölkerungsklassen zu gute kommt. In dieser Zahl sind nicht einbegriffen die erheblichen Ausgaben für die Verwaltungskosten. Ferner ist es unbestreitbar, daß sich die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung seit 1879 ganz erheblich gehoben hat, und zwar infolge wesentlicher Lohnerhöhungen, diese werden aber von den wohlhabenderen Klassen bezahlt. Nach den Berechnungen für die Invaliden- und Altersversicherung sind die Durchschnittslöhne von 1892 gegenüber 1891 gestiegen. Nach der Statistik der Bahnarbeiter, der geringwertigsten Arbeiter, die überwiegend ihre Arbeit auf dem platten Lande leisten, sind die Löhne derselben von 1880 bis jetzt um 17 pCt. gestiegen. Daß die Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter gestiegen sind, ist eine notorische Thatsache, und gerade in dieser Steigerung liegt zum großen Teile der Rückgang des Reineinkommens aus der Landwirtschaft im Osten; bei diesen sind die Löhne von 1889 bis 1893 um 33 pCt. gestiegen. Die Löhne der industriellen Arbeiter sind zum Teil um 70 pCt. gestiegen. Einen interessanten Anhalt für die Steigerung des Jahres-Einkommens der arbeitenden Klassen gibt die Lohnstatistik der gewerblichen Unfallversicherung, obgleich die Arbeiter, die mehr als 4 ℳ pro Tag verdienen, nur zum Teil darin enthalten sind. Darnach betrug 1887 das Durchschnittseinkommen der gewerblichen Arbeiter 618 ℳ, 1892 648 ℳ, also auch hier im Laufe von 5 Jahren eine Lohnsteigerung um 5 pCt. Nimmt man das Durchschnittseinkommen von allen Arbeitern auf nur 500 ℳ an, und nimmt man an, daß die Löhne seit 1879 um 16 pCt. gestiegen sind, so bedeutet das für die in der Versicherungsstatistik nachgewiesenen 12½ Millionen Arbeiter eine Lohnsteigerung von 80 ℳ pro Kopf, d. h. einen Gesamtbetrag von einer Milliarde. Was will demgegenüber eine Steigerung der indirekten Belastung von etwa 7½ ℳ pro Kopf sagen? Dieser Belastung stehen aber 454 Millionen Steuererlaß im Reich aus den durch Erhöhung der Zölle flüssig gemachten Mitteln gegenüber. Zieht man hiervon die seit 1879 in den Einzelstaaten eingetretenen neuen Steuern und Steuererhöhungen mit 95 Millionen ab, so bleibt immer noch ein Steuererlaß von 359 Millionen für diese ganze Zeit und von 42 Millionen pro Jahr, wovon auf die Arbeiterbevölkerung etwa 29⅔ Millionen entfallen. Es macht sich in gewissen Kreisen die Tendenz geltend, es so darzustellen, als ob die arbeitenden Klassen an dem Staat und seiner Organisation gar kein Interesse hätten, als ob eigentlich der Staat nur eine Art Versicherungsanstalt für die besitzenden Klassen ist. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Ist er auch!) Die Reichsregierung fordert die Erhöhung der Steuern in erster Linie für die Vermehrung des Reichsheeres zur Erhaltung des Friedens, und an der Erhaltung des Friedens hat der Arbeiter ganz ebenso ein Interesse wie der Großfabrikant und Großgrundbesitzer. Früher hieß es nur, die unteren Klassen dürften nicht weiter belastet werden, jetzt sollen auch die mittleren Klassen nicht weiter belastet werden. Ja, wer soll denn in Deutschland eigentlich noch Steuern zahlen und wer soll die Staatsbedürfnisse aufbringen? (Unruhe links.) Wollte man die erhöhten

Staatsbedürfnisse nur denjenigen Zensiten auflegen, welche über 6000 ℳ Einkommen haben, so würde das zu der Konsequenz führen, die man immer für den Fall der Annahme des Börsensteuergesetzes prophezeit, daß nämlich die Bankiers massenhaft auswandern würden. Ich stehe dieser Massenauswanderung der Bankiers ziemlich skeptisch gegenüber. Wollte man aber eine solche direkte Reichssteuer einführen, dann würde wirklich eine Massenauswanderung eintreten; dann würden in der That die wohlhabenden Leute in Deutschland aller Voraussicht nach sich und ihre Vermögensobjekte der deutschen Besteuerung entziehen. Ich muß über die direkte Reichssteuer noch ein Wort sagen, da ja bei der Generaldebatte eine geeignete Gelegenheit dazu nicht war. Durch den geschäftsordnungsmäßigen Beschluß des hohen Hauses ist uns die Erörterung des Reichsfinanzreformplanes und und der damit eng zusammenhängenden Bedeutung der einzelnen Steuern so zu sagen von hinten aufgerollt worden. Eine direkte Reichseinkommensteuer ließe sich steuertechnisch nur dann realisieren, wenn man auf Grund einer einheitlichen Verwaltungsgesetzgebung nach einem einheitlichen Steuergesetz in den Bundesstaaten und im Reich einschätzte. Die natürliche Konsequenz hiervon wäre, daß die Einschätzung der Bundesstaaten selbstverständlich ihre letzte Instanz auch im Bundesstaat hätte. Die Einschätzung für die Reichseinkommensteuer müßte aber schon im Interesse der gleichmäßigen Einschätzung im Reich ihre letzte Instanz in einer Reichszentralbehörde haben. Diese würde nun wahrscheinlich sehr häufig eine ganz andere Entscheidung treffen, wie die oberste Landesbehörde. Das würde zu einer unerträglichen Disparität führen und die Einzelstaaten geradezu zwingen, ihre gesamte eigene Steuergesetzgebung aufzuheben und ihre Landessteuern nur noch als Zuschläge zu den Reichssteuern zu erheben. Damit dregradieren Sie aber die Einzelstaaten eigentlich nur noch zu Provinzen des Reichs. (Zustimmung rechts, Unruhe links.) Damit nehmen Sie den Einzelstaaten das Hoheitsrecht der Steuererhebung, und wenn Sie das nehmen, was bleibt dann übrig? Das ist die Mediatisierung, und dazu kann kein Staatsmann die Hand bieten, der auf dem Boden der Reichsverfassung und des föderativen Gedankens des Deutschen Reichs steht. (Beifall rechts.) Wollen Sie uns gerecht beurteilen, so müssen Sie sich überzeugen, daß wir nur neue indirekte Steuern erheben, bezüglich die bestehenden erhöhen können. Die Tabaksindustrie ist eine einflußreiche und weit verzweigte Industrie. Es gibt unter den Tabaksindustriellen Herren, welche die feste innere Ueberzeugung haben, der Tabak kann mehr aufbringen zu den Bedürfnissen des Reichs. (Widerspruch.) Aber die Disziplin ist bei dieser vorzüglich organisierten Industrie so scharf, daß kein Mann aus der Kolonne springen darf. Diese blühende Industrie hat auch eine so gut gefüllte Kriegskasse, daß sie in großem Maßstabe mobil machen konnte. Wir am Bundesratstische lassen uns aber dadurch nicht bange machen. (Unruhe.) Aus der Agitation der Tabaksindustriellen verdienen einige Worte niedriger gehängt zu werden. In der neuesten Denkschrift der Tabaksvereine heißt es, die Industriellen hätten in maßvoller Weise ihre Rechte geltend gemacht und sich vor jeder Uebertreibung gehütet. Dies Urteil kann ich nicht unterschreiben. In einer Broschüre heißt es gegenüber der Kontrolle und der Fabrikatsteuer: Gelegenheit macht Diebe, und als Gegenwehr würde eine kolossale Zunahme der Defraudationsprozesse eintreten, man würde Tabaksfabrikatsteuer-Strafkammern einrichten müssen — auch ein gutes Zeugnis für die Ehrenhaftigkeit der Industrie, man würde auswandern müssen und der Moloch des Militarismus würde eine entsetzliche Wirklichkeit; darum auf zum Kampf gegen dieses Gesetz! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es kommt noch besser. Die süddeutsche Tabakszeitung bringt die

Fabrikatsteuer mit dem Sozialismus in Verbindung und imputiert uns: da Eigentum Diebstahl ist, so konfiszieren wir Euer Eigentum. Es ist charakteristisch, daß nur ein süddeutscher Tabaksindustrieller den Mut gehabt, eine solche Agitation öffentlich zu brandmarken, und dafür bin ich ihm aufrichtig dankbar. Ich bedauere, daß die Industrie eine absolut ablehnende, intransigente Haltung gegenüber dem ganzen Entwurf eingenommen hat. Wie leicht hätte sich eine Verständigung erzielen lassen! Die Abteilung III des Deutschen Tabaksvereins in Frankfurt a. M. hat „einstimmig" eine weitere Belastung des Tabaks für undurchführbar erklärt, und eine Versammlung in Hamburg hat natürlich auch „einstimmig" beschlossen, es sei durchaus notwendig, daß der Tabak für immer von jeder weiteren Belastung frei bleibe. Nun, diese Hoffnung wird sich nicht erfüllen. Es entspricht dem Gerechtigkeitsgefühl, daß ein solches Genußmittel höher besteuert wird, wenn es sich um eine Erhöhung der Reichsbedürfnisse handelt. Der Tabak ist ein reines Genußmittel. Er soll jetzt nur 60 pCt. des Wertes tragen, während der Branntwein über 200 pCt., das Salz 300 pCt. und der Zucker 60 pCt. trägt. Man hat die große Masse der Bevölkerung gegen die Steuererhöhung mobil gemacht und auch versucht, die träge Masse der Raucher in Bewegung zu setzen. In jedem Zigarrenladen hat man Petitionen ausgelegt und jeder Schusterlehrling hat das Schwert seiner Meinung gegen dieses Gesetz durch seine Unterschrift unter der Petition in die Wagschale geworfen. (Lachen links.) Die verbündeten Regierungen lassen sich dadurch nicht einen Moment beirren. (Lebhafte Zurufe: Ist schon oft so gegangen! Schulgesetz!) Bleiben wir bei der Sache! (Heiterkeit links.) Gegen das Gesetz wendet man hauptsächlich dreierlei ein: Einwände bezüglich des Verhältnisses zwischen Inlandsteuer und Zoll, Konsumrückgang mit seinen angeblich schrecklichen sozialen Folgen, Lästigkeit der Kontrolle. Der Tabakspflanzer kommt beim jetzigen Steuersystem am schlechtesten fort; dieses System legt ihm alle Beschwerden auf, welche er unter dem Monopol fände, ohne ihm eine sichere Abnahme seines Produkts zu gewähren. Selbstverständlich drückt die Gewichtssteuer den minderwertigen Inlandstabak am härtesten, und die Kontrolle lastet nur auf der Inlandsproduktion. Zwischen den Vertretern der Tabaksindustrie und der Regierung ist darüber nicht der geringste Zwiespalt, daß aus dem jetzigen Tabaksteuersystem höhere Einnahmen nicht zu erzielen sind, schon weil der Tabaksbauer eine höhere Steuer für sein Produkt nicht bezahlen kann. Die dem Gesetz nicht freundlich gegenüber stehende „Süddeutsche Tabakszeitung" erkennt dies ausdrücklich als zutreffend an. Eine prozentuale Erhöhung von Inlandssteuer und Zoll ist also unausführbar. Es liegt im Wesen der Materialsteuer, daß sie nur so lange ertragen werden kann, als auch das minderwertigste Produkt sie zu tragen vermag. Steigt die Materialsteuer, so wird das minderwertige Produkt überlastet und man muß zur Fabrikatsteuer, zur Verbrauchsabgabe übergehen. Diese Entwickelung hat sich bei der Branntwein- und der Zuckersteuer vollzogen, und denselben Schritt müssen wir beim Tabak machen, wenn wir höhere Einnahmen haben wollen. Die Einwände der Tabakspflanzer gegen das Gesetz, dem sie sonst sympathisch gegenüberstehen, beruhen darauf, daß sie schon durch das Tabaksteuergesetz von 1879 geschädigt seien, weil sie keinen genügenden Zollschutz genießen. Eine weise Wirtschaftspolitik muß zuerst dahin wirken, daß das, was die eigene Scholle an einheimischem Produkt erzeugen kann, auch unter allen Umständen erzeugt werden muß. Dieser Grundsatz erleidet eine Modifikation, weil die Verwendung des Inlandstabaks qualitativ und quantitativ beschränkt ist, weil beim Tabak der Geschmack mitspricht. Ist der Tabaksbau durch das Gesetz von 1879 wirklich geschädigt? Nach einer Denkschrift des bekannten Sach-

verständigen Dr. Dissené betrug das Verwendungsverhältnis vor 1879: 1/3 inländischer und 2/3 ausländischer Tabak, und hat sich nach 1879 zu Gunsten des ersteren so verschoben, daß 1/2 inländischer und 1/2 ausländischer Tabak verbraucht wird. Das Gesetz von 1879 ist also an dem Rückgang des Konsums des inländischen Tabaks nicht schuld. Der zur Zigarrenfabrikation bereitete inländische Tabak hat immer willige Abnehmer und gute Preise gefunden; nur für Pfeifentabak ist das Angebot immer größer gewesen als die Nachfrage, weil einfach der Pfeifengenuß überhaupt dem der Zigarre weicht. Ein erhöhter Zollschutz wird nötig sein für das Schneidgut, und den gewährt der Gesetzentwurf. Der jetzige Zollschutz erhöht sich dadurch, daß die Fabrikatsteuer auch von dem Zoll erhoben wird, der auf dem Auslandstabak ruht. Auch aus der Anbaufläche ergibt sich, daß der inländische Tabaksbau nicht zurückgegangen ist. Vor der Steuererhöhung von 1879 wurden in Deutschland jährlich 20,280 Hektar mit Tabak bebaut, und in der Periode 1882—91 jährlich 32,000 Hektar. Ein erheblicher Rückgang ist allerdings 1892/93 eingetreten. Solche Schwankungen sind aber auch früher vorgekommen z. B. die Anbaufläche 1878/79 geringer als 1881/82. Auf den Umfang des Tabaksbaues wirkt wesentlich der Bruttoertrag pro Hektar ein. Sind die Erträge hoch, so steigt sofort die Anbaufläche; fallen sie, so geht der Anbau zurück. Auch in Bezug auf die Preise können die Tabakspflanzer keine Schädigung durch das Gesetz von 1879 nachweisen. Der Durchschnittserlös betrug 1873 bis 1878 pro Tonne 415,5 ℳ, 1881—1892 407,5 ℳ Vielleicht ist das Schneidgut etwas zurückgegangen, aber nicht so erheblich, wie von Interessenten behauptet wird. Die Agitation hat den Tabakspflanzern sogar einzureden versucht, daß sie in Zukunft das Dreifache an Steuern zu zahlen hätten, während der ausländische Tabak nur das Doppelte trüge. Diese Berechnung der „Süddeutschen Tabaks-Zeitung“ beruht auf ganz falschen Grundlagen. Die Tabakspflanzer werden vielmehr die Inlandssteuer los, werden von der lästigen Feldkontrolle befreit und erhalten einen höheren Zollschutz und die Aussicht auf größeren Konsum des inländischen Tabaks; sie haben also allen Grund, mit dem Gesetz zufrieden zu sein, und sie handeln gegen ihr eigenes Interesse, wenn sie nicht mit allen Mitteln das Gelingen des Gesetzes unterstützen. Der hauptsächlichste Einwand gegen das Gesetz bezieht sich auf den ungeheuren Konsumrückgang. Die Agitation war sich selbst sehr bald klar, sobald das Kontrollsystem und das Steuererhebungssystem des Gesetzes bekannt wurde, daß dagegen nicht viel zu machen war; deshalb behauptet man, es entständen ein großer Konsumrückgang, große Arbeiterentlassungen und daraus sehr ernste soziale Folgen. Man behauptet, auch durch das Gesetz von 1879 sei ein ungeheurer Konsumrückgang entstanden. Das ist absolut falsch und absolut unerwiesen. (Zustimmung rechts.) Zunächst gibt es in Deutschland gar keine Verbrauchsstatistik. Die den Rückgang behaupten, sollten doch die Unterlagen vorlegen. Wir haben nur eine Statistik über die Zufuhr an Rohmaterial vom Auslande und vor 1879 eine sehr schwankende Statistik über den Ertrag an inländischem Tabak. Die Steuer vor 1879 wurde als Flächensteuer erhoben und zur Ermittelung des Ertrages wurde jeder Tabaksbauer gefragt: Wie viel gedenkst Du zu ernten? Von den Gemeindebehörden wurden danach Zusammenstellungen gemacht und an die weiteren Behörden weitergegeben. Ich habe zwölf Jahre lang Erntestatistik gemacht und weiß, was solche Statistiken wert sind und wie sie entstehen. Die kolossalen Fehler der schematischen Zusammenstellungen verzehnfachen sich, bis sie zur Reichsinstanz kommen. Auf solcher schwankenden unsicheren Basis behauptet man den Konsumrückgang und die kolossalen Arbeiterentlassungen. 1878/79 betrug der Konsum

— aber das ist nicht der Konsum, sondern nur die Zufuhr an Rohmaterial — 1,7 Kilogr. pro Kopf der Bevölkerung, 1879 trat das neue Tabaksteuergesetz bezüglich der Zölle in kraft und sofort sank 1879/80 angeblich der Konsum auf 0,7 Kilogr., d. h. um 74 pCt. Nach dieser Statistik hätte sich also die höchst wunderbare Thatsache zugetragen das $^3/_4$ aller Raucher nicht mehr geraucht oder alle ihren Konsum um $^3/_4$ eingeschränkt hätten. Am 1. Juli 1880 wurde die Steuer erhöht, und wunderbarer Weise stieg der Konsum auf 1,3 Kilogr. pro Kopf. 1881/82 ergab sich wieder ein Konsum von 1,6 Kilogr. d. i. genau derselbe Konsum, der für die drei Jahre vor 1877/78 berechnet ist, also vor der Zeit, wo die Einwirkungen des Tabaksteuerprojektes von 1879 begannen. Die Statistik beweist also nichts für einen Rückgang des Konsums. Dieser Rückgang ist auch für größere Zeiträume nicht nachzuweisen. Der sogenannte Konsum betrug von 1873/74 bis 1876/77 durchschnittlich 1,6 Kilogr. pro Kopf, von 1884/85 bis 1891/92 1,5 Kilogr. Infolge des Gesetzes von 1879 ist also der Konsum angeblich um $^1/_{10}$ Kilogramm zurückgegangen, und das soll einen Konsumrückgang beweisen, wenn man erwägt, wie mangelhaft die Statistik vor 1879 war. Die wesentlich anderen Resultate in der gegnerischen Presse beruhen derauf, daß die Jahre 1871/72 und 1872/73 mit der abnormen Mehreinfuhr eingerechnet werden, und daß der Verbrauch der Bevölkerung pro Kopf nach der Bevölkerungszahl des letzten Jahres der Periode anstatt der Durchschnittszahl der ganzen Periode berechnet wird. Es ist wesentlich ein Kampf um die Fünfpfennig-Zigarre, denn diese bedeutet 50 pCt. des ganzen Konsums. Durch die Fabrikatsteuer würde das Mille zu 35 ℳ — d. h. die Fünfpfennig-Zigarre — mit 3 ℳ, das Hundert mit 30 ₰. mehr belastet werden, als es durch die Steuererhöhung von 1879 belastet wurde. Dadurch ist der behauptete Konsumrückgang unter keinen Umständen zu befürchten. Im Detailverkauf hatte die 35 ℳ-Zigarre vor 1879 einen Preis von etwa $4^1/_2$ ₰., jetzt hat sie einen solchen von 5 ₰. und wird künftig etwa 6 ₰. kosten. Daß nur eine Preiserhöhung von 1 ₰. eintritt, ist von einem hervorragenden Sachverständigen in der Mannheimer Versammlung anerkannt worden. Es ist überhaupt nicht nachgewiesen, daß ein nennenswerter Rückgang durch das Gesetz von 1879 stattgefunden hat, oder höchstens um $^1/_{16}$. Es ist möglich, durch eine andere Qualität und Quantität denselben Preis wie vorher zu erreichen. Die Zigarrenindustrie hat sich schon 1879 so geholfen. Denn es ist eine eigentümliche Erscheinung, daß bei der Enquete von 1878 angenommen wurde, daß ein Doppelzentner Tabak 14000 Stück Zigarren gebe, während jetzt 16,700, ja bis 20,000 Stück darauf gehen. (Widerspruch links.) Die Zigarre scheint also durch die Gesetzgebung von 1879 thatsächlich etwas kleiner geworden zu sein. Die Regierung soll selbst ein Konsumrückgang um $^1/_{12}$ angenommen haben. Das hat uns unendlich fern gelegen, wir haben nur den Ertrag finanziell geschätzt und wir mußten ihn gering schätzen, weil wir genau wußten, daß ebenso wie 1879 mit aller Kraft in den Fabriken gearbeitet werden würde, um die erhöhte Steuer zu vermeiden — man mußte sogar die Ueberstunden zu Gunsten der weiblichen Arbeiter verbieten — und daß die Privaten sich mit 5 Kilogramm steuerfreier Zigarren versehen würden. Wenn eine solche Fabrikatsteuer wirklich einen so unheilvollen Einfluß auf den Umfang der Produktion üben könnte, so bin ich sehr überrascht, daß diese Wirkung nicht durch die großen Preisschwankungen des Tabaks eingetreten ist; denn diese Preisschwankungen, namentlich beim ausländischen Tabak, sind viel stärker, als die Preisunterschiede durch die Steuererhöhungen. Man sagt, das deutsche Volk kann nur einen bestimmten Betrag für seinen Rauchbedarf ausgeben; würde dieser überschritten, so ginge der Konsum

zurück, und man weist, unter Bezugnahme auf andere Länder, darauf hin, daß die Höhe der Steuer im umgekehrten Verhältnis zum Konsum stände. Das ist durchaus unrichtig. In Oesterreich-Ungarn entfallen an Steuer 5,98, an Konsum 2,10 Kilogr. auf den Kopf der Bevölkerung, also erheblich mehr wie bei uns, trotz der sechsfach höheren Steuerbelastung. In Deutschland soll die Ausgabe für Tabak von 1878 bis 1891 von 5,47 auf 5,63 ℳ pro Kopf gestiegen sein, also nur um 16 ₰. Wo existiert denn aber eine Statistik, auf Grund deren solche Behauptungen aufgestellt werden können? Das sind Behauptungen, die, mit Shakespeare zu reden, mindestens aus der Luft gegriffen sind. In einem Regieland wie Oesterreich, gibt es genaue zahlenmäßige Unterlagen. Dort ist im Laufe der Jahre das Konsumquantum pro Kopf gesunken, die Geldausgabe gestiegen, aus einem sehr natürlichen Grunde, weil man eben auch dort immer mehr mit der wachsenden Volksbildung, möchte ich fast sagen, von der Pfeife zur Zigarre und der Zigarette übergeht. Dort betrug der Verbrauch 1875 1,50, 1891 1,30 Kilogr., dagegen die Ausgabe 2,64 resp. 3,41 Gulden. Da werden nun immer die 5,63 ℳ in Deutschland als eine Art mystisch-sakramentale Zahl hingestellt. Man brauchte eben solche Behauptungen, um die ungeheuere Agitation ins Werk zu setzen. In Frankreich, wo das Tabaksmonopol ist, vollzieht sich sich ein Aehnliches. 1872, in welchem Jahre der gewöhnliche Tabak eine Steuerhöhung von 10 auf 12,50, also um 25 pCt. erfuhr, betrug dort der Verbrauch auf den Kopf 0,748 Kilogr., die Ausgabe 7,40 Fr., trotzdem stieg der Konsum im nächsten Jahre auf 0,87 Kilogr., die Ausgabe auf 7,99 Fr., bis 1891 auf 0,943 Kilogr. bezw. 9,67 Fr. Es wird von der Industrie immer behauptet, der Konsumrückgang müßte eintreten, weil die Preise der Tabaksfabrikate infolge der neuen Steuer steigen würden. 1878 wurde das Monopol damit befürwortet, daß durch den weit verbreiteten Zwischenhandel die Preise ganz unangemessen im Detail erhöht würden. Damals wurde behauptet, der Gewinn des Detailhandels wäre viel geringer, als gewönlich angenommen würde, während man jetzt sagt, er müßte einen so hohen Gewinn machen, um überhaupt existieren zu können. Es ist hiernach ein Konsumrückgang nicht nachgewiesen und nicht einmal wahrscheinlich. Was nun den Punkt der Arbeiterentlassungen betrifft, so können Sie sich darauf verlassen, wenn die Regierung glaubte, daß durch Erlaß dieses Gesetzes solche traurigen sozialen Folgen eintreten würden für die in der Tabaksbranche beschäftigten Arbeiter, so würden sie dies Gesetz nicht eingebracht haben. (Na! na! links.) Ich habe die Erfahrung gemacht, daß die Zahl der Arbeiterentlassungen in demselben Verhältnis gestiegen ist, wie der Umfang der Agitation. Zuerst wurde nur ganz schüchtern behauptet, 5—10,000 müßten entlassen werden, dann kam man zu 33,000; man erhitzte sich dann in den großen Agitationsversammlungen, nahm den Mund etwas voller und sprach von 50,000 und und jetzt sind wir auf dem erfreulichen Wege dahin gelangt, daß auf dem Kongreß der deutschen Tabaksinteressenten behauptet wurde, mindestens 80—100,000 würden entlassen werden. Gestatten Sie, daß ich diese 100,000 unter die Lupe bringe. (Heiterkeit.) Eine ganze Zeit habe ich die Zahl von 160,000 Tabaksarbeitern mit einer gewissen harmlosen Gläubigkeit für richtig angenommen. Nun bin ich aber mißtrauisch geworden. In Frankreich gibt es nur 18,000, in Oesterreich-Ungarn nur 36,700 Tabaksarbeiter. An Rohtabacke wurden jährlich verarbeitet bei uns 1,480,000, in Frankreich 622,919, in Oesterreich 722,344 Ztr. Danach würde bei uns ein Tabaksarbeiter jährlich nur 9 Ztr., in Frankreich dagegen, 40,16 und und in Oesterreich 16,96 Ztr. verarbeiten. Ich gestehe ohne Weiteres zu, daß die Zentralisation der Industrie, die Verbesserung und vermehrte Verwendung von Maschinen dahin führt, daß in jenen Ländern mit Monopol

resp. Regie ein größeres Arbeitsquantum geleistet wird; aber wenn die Zahl von 160,000 so absolut richtig wäre, so könnte eine solche Differenz von 40 bezw. 16 zu 9 nicht bestehen. Nach dem Geschäftsbericht der Tabaksberufsgenossenschaft existieren in Deutschland nur 4582 Betriebe mit 107,452 Arbeitern. Der Grund zu der Annahme von 160,000 Arbeitern liegt vielleicht in Folgendem. Bei der Berufsgenossenschaft der Tabaksarbeiter rechnet man nämlich pro Jahr nur 225 Arbeitstage, weil notorisch der Tabaksarbeiter in großem Umfange auch landwirtschaftliche und andere Nebenarbeiten verrichtet, während in den anderen Betrieben durchschnittlich 280 Arbeitstage gerechnet werden. Von diesen 225 Arbeitstagen ist man nun auf 140,000 Arbeiter gekommen, hat noch eine geschätzte Zahl von Hausarbeitern addiert und kam so zu der Zahl von 160,000. Durch diese Gegenüberstellung von 107- und 160,000 Arbeitern und dadurch, daß nur 225 Arbeitstage zur Anwendung kommen, folgt, daß, während die Zigarrenarbeiter in den Monopolländern lediglich Zigarrenarbeiter sind, sie bei uns zum größten Teil in der Hauptsache ländliche Arbeiter sind und nur in der Nebenbeschäftigung Zigarrenarbeiter, namentlich in Süddeutschland und in den westlichen Provinzen. Wenn nun wirklich ein Konsumrückgang stattfindet und eine geringe Arbeiterentlassung eintreten müßte, so würden doch alle die Arbeiter, die nebenbei in landwirtschaftlichen Betrieben thätig sind, jeden Tag dort Beschäftigung finden und zwar deshalb, weil in den Gegenden, wo die Zigarrenindustrie blüht, ein fürchterlicher Mangel an ländlichen Arbeitern ist; dorthin gehen ja gerade die Sachsengänger aus den östlichen Provinzen. Wenn die jugendlichen Arbeiter in Feld und Wald arbeiten würden, so würde das auf sie wie eine Ferienkolonie wirken. (Sehr richtig! rechts.) Von den 107,000 versicherungspflichtigen Tabaksarbeitern, die überwiegend daraus ihren Lebensunterhalt erwerben, sind nämlich der fünfte Teil, etwa 22,000, jugendliche Arbeiter unter 20 Jahren. Glauben Sie nun wirklich, daß, wenn ein Teil der Leute zur Entlassung kommt, das eine Existenzfrage für sie ist? Diese werden in der Landwirtschaft in Hannover, Westfalen, Sachsen und Süddeutschland Arbeit finden. Die Sachsengängerei wird abnehmen. (Rufe links: Hat der Mann eine Ahnung!) Wenn vorübergehend Arbeiterentlassungen notwendig sein sollten, so werden die Tabaksfabrikanten bei ihrer humanen Gesinnung nicht die alten, sondern die jugendlichen Arbeiter entlassen. (Lachen links. Rufe: Haben Sie Ahnung!) Was nun die Kontrollbestimmungen betrifft, so bestehen sie in dem Steuerverschluß des Rohmaterials, in einer Buch- und einer Bestandskontrolle. Die Agitation hat sich besonders gegen den Steuerverschluß des Rohtabaks gerichtet. Man hat dabei vergessen, daß der Rohtabak, soweit er ausländischer Herkunft ist, im Interesse der Zollerhebung schon jetzt überwiegend unter Zollverschluß liegt. Ueberdies wird im Inlande die Ueberwachungsgebühr, die jetzt von den Händlern bezahlt werden mußte, in Zukunft der Reichskasse zur Last fallen. Eine Buchkontrolle und eine Bestandskontrolle hat man auch in Amerika. Man hat ferner gegen die Kontrollvorschriften eingewendet, daß sie die Gefahr in sich tragen, daß Fabrikationsgeheimnisse u. dgl. verraten werden. Sie können das Vertrauen zu den verbündeten Regierungen haben, daß die Geheimnisse, wie das in den Motiven ausdrücklich verheißen ist, bewahrt werden. Wenn ferner die anderen Industrieen, wie z. B. durch das Branntweinsteuergesetz, das Zuckersteuergesetz u. s. w. sich diese eingehende Kontrolle gefallen lassen müssen, dann kann es auch die Tabaksindustrie, dafür werden die Tabakspflanzer von der lästigen Feldkontrolle befreit. Die Hausindustrie wird, da bei Einführung des Fabrikatsteuergesetzes zum Konsum billigerer Zigarren übergegangen wird, gerade daraus einen Vor-

teil ziehen, weil sie vornehmlich die billigeren Fabrikate herstellt. Das amerikanische Fabrikat-Steuersystem beweist, daß es der Hausindustrie gar nicht schädlich ist. Allerdings besteht dort die Banderolensteuer; diese hat aber für den kleinen Händler den Nachteil, daß der Käufer aus der Banderole ersehen konnte, wie teuer sich die Zigarren in der Fabrik stellen. Als der Gesetzentwurf im Reichsschatzamt noch erst vorbereitet war, da ging durch die Presse das Sentiment: ja, die Fakturasteuer, die böte einen Ausweg, wie man die Steuer fassen könnte. Auch in dem Bericht der Kommission für das Börsensteuergesetz von 1885 hieß es, die Besteuerung der Faktura sei notwendig und unentbehrlich — und jetzt wird eine solche Steuerform als unerträglich für die Industrie bezeichnet. In einer Versammlung in Hamburg wurde behauptet, daß die Fabrikatsteuer an der zu leichten Kontrolle scheitern müsse, und es wurde eine Defraudenkasuistik daran geknüpft, als ob alle Interessenten der Tabaksindustrie leichtfertige Personen seien. Da haben die verbündeten Regierungen denn doch einen besseren Begriff von der Ehrenhaftigkeit des Handelsstandes als dessen eigene Vertreter. Von anderer Seite haben wir dann wieder hören müssen: Tabaksklaven, die unter Polizeiaufsicht stehen! Ja man hat sogar gesagt: „Das Schicksal eines Tabaksfabrikanten wird in Zukunft noch beneidenswert sein gegenüber dem Schicksal eines aus dem Zuchthaus entlassenen Sträflings." (Große Heiterkeit.) Aber man wird auch hier mit dem griechischen Weisen sagen müssen: die Hälfte ist besser als das Ganze. Bei der Annahme der Militärvorlage war omnium consensus, daß die neuen Steuern keine Lebens-, sondern Genußmittel treffen müßten. Die Biersteuer haben die verbündeten Regierungen zurückgezogen, weil eine überwiegende Stimmung sich dagegen aussprach. Was blieb also anders übrig als die Tabaksteuer? Durch eine prozentuale Besteuerung des Tabaks waren höhere Erträge absolut nicht zu erreichen. Auch trifft sie zu sehr den Produzenten, ein Einwand, der auch gegen die Weinsteuer erhoben worden ist. Diejenigen, die gegen die Weinsteuer sind, sind hoffentlich für die Tabaksteuer, die den Produzenten entlastet und den Konsumenten belastet. Die Erhöhung der Tabaksteuer wird nicht von der Tagesordnung verschwinden, weil es im Gerechtigkeitssinn des deutschen Volkes liegt, daß der Tabak höher besteuert wird. Als Se. Majestät der Kaiser die Gnade hatte, mich zum Staatssekretär zu ernennen, erschien in einem rheinischen Blatte ein boshafter Artikel, in dem gesagt war, der neue Staatssekretär solle nur eine Art Sitzredakteur für den preußischen Finanzminister sein. Bei der Beratung der Steuergesetze werde der Abg. Richter den Schatzsekretär fragen, wie er sich Dies und Das gedacht hätte, und dieser würde dann unter der Heiterkeit des Hauses verlegen schweigen. Dann werde sich aber der Finanzminister Miquel erheben und in seiner bekannten Beredsamkeit mit so und so vielen Gründen deduzieren, der Schatzsekretär habe sich das so und so gedacht. (Große Heiterkeit.) Dieser Scherz hat einen ernsten Hintergrund; er beweist, daß das Gefühl dafür im Schwinden ist, wo die Verantwortung für diese Vorlagen liegt. Diese Vorlagen sind im Reichs-Schatzamt unter meiner Leitung ausgearbeitet, der Reichskanzler hat sie gut geheißen, der Bundesrat hat sie eingehend beraten, zum Teil sie abgeändert, und die verbündeten Regierungen denken nicht daran, auch nur eine dieser Vorlagen zurückzuziehen oder abzuschwächen, sie hoffen vielmehr, daß Sie dieselben annehmen werden im Interesse des Vaterlandes! (Heiterkeit links. Beifall rechts.)

Abg. Fritzen erklärt, das Zentrum lehne die Vorlage ab, da die 45 Millionen Mark, die die Tabaksteuer mehr bringen solle nur erzielt werden könnten mit der Vernichtung der Existenz einer großen Anzahl von Unternehmern mit der Brotlosigkeit vieler tausend Arbeiter und mit

der Unzufriedenheit der ganzen Bevölkerung. Abg. v. Stumm (Rp.) für die Vorlage.

11. Januar. (Sachsen.) Ein Antrag der sozialistischen Landtagsabgeordneten, in Sachsen das gleiche direkte Wahlrecht für alle Staatsbürger über 21 Jahre einzuführen, wird von der sächsischen II. Kammer gegen die sozialdemokr. Stimmen abgelehnt.

12./13. Januar. (Reichssteuerreform.) Der in Berlin zusammengetretene Deutsche Handelstag erklärt bezüglich der Reichssteuervorlagen mit großer Majorität, „daß er von sämtlichen in Frage stehenden Gesetzentwürfen eine Benachteiligung der wirtschaftlichen Thätigkeit und demzufolge eine Minderung der Leistungs- und Steuerfähigkeit der Nation befürchten muß."

12./13. Januar. (Reichstag.) Tabaksteuer.

Am 12. Januar prophezeit Abg. Meister (Soz.), mit Annahme des Gesetzes würden 50,000 Arbeiter brotlos werden. Am 13. plaidiert der pfälz. Abg. Klemm (nl.) im Interesse der Tabakpflanzer für eine Erhöhung des Tabakzolles, Abg. Schneider (frs. Vp.) wendet sich gegen die Kontrollbestimmungen. Bayer. Finanzmin. v. Riedel befürchtet keinen Rückgang des Konsums und erklärt die Kontrollbestimmungen für keineswegs unerträglich. Abg. v. Hammerstein (dk.) und Abg. Böckel (Antis.) gegen die Vorlage.

13. Januar. Caprivi und Thüngen.

Gegen den Präsidenten des fränkischen Bauernbundes v. Thüngen-Roßbach wird von der Berliner Staatsanwaltschaft Anklage wegen Beleidigung des Reichskanzlers erhoben. Inkriminiert wird ein offener Brief an den Grafen Caprivi, der ursprünglich in der „Bayer. Landeszeitung" erschienen, dann im Berliner „Volk" abgedruckt war. Gegen Thüngen und den Redakteur des „Volk", Oberwinter, soll in Berlin verhandelt werden. Die bayerische Presse sieht in der Zitation Thüngens vor ein Berliner Gericht eine Verletzung der bayer. Gerichtshoheit und protestiert lebhaft gegen die Auslieferung „eines bayer. Unterthanen an ein preuß. Gericht." (Vgl. 18. April.)

13. Januar. (Württemberg.)

Zur Erleichterung der Kommandierung württembergischer Offiziere nach Preußen und umgekehrt sollen künftig die Beförderungsverhältnisse der württembergischen Offiziere mit denen der preußischen Offiziere in Uebereinstimmung gebracht werden." (St.Anz. für Württemberg.")

13. Januar. (Bayern.) Fall Langen.

Ende vorigen Jahres hatte die Münch. Akad. d. Wissensch. den Prof. Langen in Bonn zum Mitgliede vorgeschlagen, der Prinzregent bestätigte jedoch die Wahl vorläufig noch nicht. In der Presse, wo der Vorgang viel besprochen wurde, wurde als Grund der Nichtbestätigung das altkath. Bekenntnis L.'s angegeben. Der Minister des Innern erklärt daher dem Präsid. der Akad., daß diese Anschauung unzutreffend sei; Gründe für die Aufschiebung der Allerhöchsten Entscheidung anzugeben, sei aber nach den Statuten nicht erforderlich.

15. Januar. (Reichstag.) Tabaksteuergesetzentwurf.

Dem Abg. Molkenbuhr (Soz.), der ausführt, daß das Gesetz die Tabakindustrie ruinieren und einen Lohndruck herbeiführen werde, antwortet Finanzmin. Dr. Miquel und sagt zum Schluß: „Wenn Sie dieses Gesetz annehmen, so bringen Sie der Tabaksindustrie Ruhe (Lachen links), entlasten den Bauer, ziehen den reichen und luxuriösen Raucher nach seiner Leistungsfähigkeit heran, Sie entlasten den Raucher geringeren Tabaks und geringerer Zigarren, Sie thun einen gewaltigen Schritt zur Verhütung finanzieller Kalamitäten im Reich und in den Einzelstaaten, Sie thun den ersten starken Schritt zur definitiven Ordnung des Finanzwesens in beiden, Sie verhüten die Ueberlastung der Einzelstaaten mit Matrikularbeiträgen. Ich bin überzeugt, ein zustimmendes Votum wird Ihnen keine Reue bereiten.“ (Lachen links. Beifall rechts.)

Die Vorlage wird an die Stempelsteuerkommission verwiesen.

16. Januar. Eröffnung des preußischen Landtags mit folgender Thronrede:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Indem Ich Sie bei dem Beginn eines neuen Abschnittes der parlamentarischen Thätigkeit begrüße, vertraue Ich, daß das Bestreben Meiner Regierung, den Bedürfnissen des Landes gerecht zu werden, in Ihrer bereitwilligen und einsichtsvollen Mitwirkung auch ferner eine sichere Stütze finden wird.

Die Finanzlage des Staates hat sich noch nicht gehoben.

Die Rechnung des Jahres 1892/93 ergibt, wesentlich infolge des Zurückbleibens der Einnahmen der Staatseisenbahnen gegen den Anschlag, einen Fehlbetrag von rund 25 Millionen Mark, welcher durch eine Anleihe zu decken sein wird.

Die beim Schlusse der letzten Tagung des Landtags ausgesprochene Hoffnung, daß der im Voranschlage für das laufende Jahr vorgesehene Fehlbetrag die veranschlagte Höhe nicht erreichen werde, hat sich zwar in Betreff der eigenen Einnahmen und Ausgaben Preußens bestätigt, wird jedoch infolge des Rückganges der Ueberweisungen des Reiches und der bedeutenden Steigerung der Matrikularumlagen nicht in dem erwarteten Maße erfüllt werden.

In dem Staatshaushalts-Etat für 1894/95, dessen Entwurf Ihnen alsbald vorgelegt werden wird, erweisen sich die Einnahmen des Staates wiederum als unzureichend zur Deckung des Ausgabebedarfs, und es muß dazu der Staatskredit noch in größerem Umfange in Anspruch genommen werden, als für das laufende Jahr. Dieses unerwünschte Ergebnis war, obgleich bei Bemessung des Ausgabebedarfs die strengste Sparsamkeit obgewaltet hat und obgleich bei den Staatseisenbahnen für das nächste Jahr größere Ueberschüsse in Aussicht genommen werden konnten, nicht zu vermeiden, da die Anforderungen des Reiches an die Einzelstaaten in erhöhtem Maße gestiegen sind. Die hieraus erwachsenden Schwierigkeiten können nur durch eine durchgreifende Neuordnung der finanziellen Verhältnisse des Reiches und eine angemessene Vermehrung seiner eigenen Einnahmen gehoben werden.

Die Fürsorge der Staatsregierung für die äußere Lage der Beamten hat sich unter diesen Umständen im wesentlichen darauf beschränken müssen, das System des Aufsteigens im Gehalt nach Dienstaltersstufen auf die höheren Beamten auszudehnen und die Mittel bereit zu stellen um dieses

System für die mittleren und unteren Beamten gleichmäßiger und durch die Mitberücksichtignng diätarischer Dienstzeit günstiger zu gestalten.

Für die Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen nichtstaatlichen mittleren Schulen soll durch eine Vorlage gesorgt werden, welche das Ruhegehalt der Lehrpersonen, sowie das Witwen- und Waisengeld für ihre Hinterbliebenen zu regeln bestimmt ist.

Auch in diesem Jahre wird Ihnen ein Gesetzentwurf wegen Erweiterung des Staatseisenbahnnetzes durch Herstellung neuer Eisenbahnlinien zugehen.

Um den Unternehmern von Eisenbahnen und Kleinbahnen den Realkredit, dessen sie bisher entbehrten, zu eröffnen, bedarf es eines Gesetzes, welches die rechtswirksame Verpfändung des Bahneigentums ermöglicht. Der Entwurf eines solchen wird zu Ihrer Beratung gelangen.

Infolge ungewöhnlicher Dürre im verflossenen Frühjahr sind umfangreiche Landesteile von bedrohlichem Streu- und Futtermangel betroffen worden. Zur Bekämpfung desselben haben im Anschlusse an die Maßnahmen meiner Regierung die Organe der Selbstverwaltung und die landwirtschaftlichen Vereine, wie Ich gern anerkenne, umsichtig und thatkräftig eingegriffen. Dank diesem Zusammenwirken und der späteren fruchtbaren Witterung ist dem befürchteten Notstande gesteuert worden.

Mit um so schwererer Sorge erfüllt Mich die schwierige Lage, in welcher aus anderen Gründen die Landwirtschaft zu einem großen Teile sich befindet. Angesichts der hohen Bedeutung der Landwirtschaft für das Staatswohl erkenne Ich es als die Aufgabe Meiner Regierung, nicht nur fortgesetzt das Gedeihen der Landwirtschaft zu fördern, sondern auch eine Gestaltung der Rechtsverhältnisse des ländlichen Besitzes zu erstreben, die ihn in den Stand setzt, auch ungünstige Zeiten zu überwinden.

Ein so schwieriges Werk ist nicht durchführbar ohne die dauernde Mitarbeit selbständiger, auf öffentlich-rechtlichem Grunde ruhender Organe der Berufsgenossen, an welchen es bisher der Landwirtschaft fehlt. Die Herstellung einer allgemeinen korporativen Vertretung der Landwirtschaft ist daher der erste notwendige Schritt zu dem bezeichneten Ziele. Diese Vertretung wird berufen sein, die Hebung der Landwirtschaft durch gemeinsame Einrichtungen zu betreiben, der Regierung als Beirat zu dienen und bei der Vorbereitung und Durchführung der Maßregeln der Gesetzgebung und Verwaltung mitzuwirken, welche auf die Verbesserung des Kreditwesens und die Beseitigung der Uebelstände gerichtet sind, die auf der übermäßigen Verschuldung des Grundbesitzes und den ungeeigneten Formen derselben beruhen.

Zu diesem Behufe wird Ihnen der Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung von Landwirtschaftskammern vorgelegt werden.

In einer Zeit, in der die Unzufriedenheit vielfach geschürt und der Kampf der Meinungen und Interessen mit zunehmender Schärfe geführt wird, gilt es, durch die versöhnende Wirkung gemeinsamer Arbeit den Ausgleich der Gegensätze zu fördern und ihn zu finden in dem aufrichtigen Streben nach dem unverrückbaren Ziele, dem Wohle des Vaterlandes.

Konservative Blätter begrüßen die der Sorge für die Landwirtschaft geltenden Sätze mit Befriedigung, während freisinnige Stimmen davon eine Steigerung der agrarischen Begehrlichkeit erwarten. Die „Germania“ vermißt vor allem Fürsorge für die idealen Aufgaben der Schule und Kirche.

17. Januar. (Baden.) Tabaksteuer.

Die zweite Kammer fordert mit allen gegen zwei nationalliberale und zwei konservative Stimmen die Regierung auf, im Bundesrat gegen die Tabakfabrikatsteuer zu stimmen. Die nationalliberale Fraktion erklärt in einer besonderen Resolution, daß die Abstimmung sich nur gegen den vorliegenden Gesetzentwurf richte. Einstimmig fordert sodann die Kammer die Regierung auf, gegen die Frachtbrief- und Quittungssteuer im Bundesrat stimmen zu wollen.

Januar. (Enthüllungen über 1870/71.)

Der „Temps“ bringt recht übertrieben klingende Enthüllungen über einen geplanten Massenausbruch franz. Kriegsgefangener in Ulm und Dillingen 1870. Durch Verrat sei das Komplott entdeckt werden.

18. Januar. (Berlin.) Polizei und Arbeitslose.

Eine bereits mehrere Tage vorher demonstrativ angekündigte Versammlung der Arbeitslosen kann nicht stattfinden, da der Einberufer vorher verhaftet und der Versammlungssaal gesperrt wird. Die Menge wird wegen ungesetzlicher Rufe von der Polizei auseinandergetrieben. Die Presse greift die Polizei heftig an. (Vgl. 8. Mai.)

18. Januar. (Graf Herbert Bismarck.)

An dem Krönungs- und Ordensfeste nimmt zum erstenmale seit 1890 Graf Herbert Bismarck Teil.

18. Januar. (Reichstag.) Erste Lesung der Weinsteuer-Vorlage.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: „Meine Herren! Es ist selbstverständlich, daß die Frage der Besteuerung des Weins in Süd- und Westdeutschland, wo der Wein produziert wird, wo er vielfach in harter Arbeit dem Boden abgerungen wird, wo der Wein ein Volksgetränk ist und infolgedessen mit dem Volks- und Kulturleben in ganz anderer Verbindung steht, — es ist selbstverständlich, sage ich, daß aus jenen Gründen die Frage der Weinbesteuerung in Süd- und Westdeutschland eine ganz andere Beurteilung findet, wie in Nord- und Ostdeutschland, wo der Wein überwiegend nur ein aus dem Inland oder Ausland importiertes Getränk ist. Es gibt aber auch in Deutschland, wie mir bekannt ist, eine Anzahl, ich möchte sagen, etwas weichherzige Seelen, die diesem edlen Sorgenbrecher als Steuerobjekt zweifelhaft gegenüberstehen und jedenfalls sympathischer wie seinem etwas plebejischen Kollegen dem Bier, namentlich so lange für letzteres eine neue Steuer von der Regierung nicht vorgeschlagen ist. In Geldsachen hört ja bekanntlich die Gemütlichkeit auf, und ich glaube, vor allen Dingen in Steuersachen in dem Augenblicke, wo dieselben zur Bilanzierung des klaffenden Defizits des Reichshaushaltsetats absolut erforderlich sind. Die verbündeten Regierungen erachten die Weinsteuer als eine durchaus rationelle Steuer, weil sie eine Ergänzung unseres Getränksteuersystems überhaupt ist, weil sie in Abänderung des Zollvereinsgesetzes den ausländischen Wein mit einer Inlandssteuer belegt, weil sie vor allen Dingen eine Luxussteuer ist. (Widerspruch.) — Ja, meine Herren, ich werde mir erlauben, das nachher weiter auszuführen — eine Luxussteuer, insoweit es sich um die Reichssteuer handelt. Der Herr Reichsrat Dr. Buhl, von dem Sie doch zugestehen werden, daß er mit der Materie des Weins durchaus vertraut ist, hat auf der Mainzer Versammlung gesagt: darüber könne ja kein Zweifel bestehen, daß die Weinsteuer in dem überwiegendsten Teil Deutschland eine Luxussteuer ist. Es ist aus der Mitte des Hauses in früheren

Jahren wiederholt die Anregung hervorgegangen, eine gesetzgeberische Aenderung dahin herbeizuführen, daß der Wein zur Kommunalbesteuerung herangezogen werden könne — was bis jetzt bekanntlich auf Grund der Bestimmungen des Zollvereinsgesetzes nicht möglich ist — und infolge dessen konnte auch das Bier nicht zur Kommunalbesteuerung herangezogen werden, weil diese beiden Getränke bei der Besteuerung, namentlich da sie vielfach gleichzeitig ausgeschänkt werden, durchaus pari passu gehen. Also nicht nur bezüglich des Vorschlags von Luxussteuern, sondern auch bezüglich der Kommunalbesteuerung des Weins wird somit einer früheren Forderung des Reichstags nachgekommen. Der Haupteinwand, der gegen das Weinsteuergesetz erhoben wird, ist der, die Weinsteuer würde auf die Winzer zurückgewälzt werden und damit indirekt die Landwirtschaft treffen, und zwar einen Teil der Landwirtschaft, der als ein ganz besonders schwieriger und riskanter bezeichnet wird. Das hohe Haus wird uns nicht bestreiten können, daß wir den Versuch gemacht haben in dem Gesetzentwurf, die Steuer soweit wie möglich vom Winzer abzulegen; wir konnten sie nicht weiter legen, wenn man nicht schließlich zu einer Reichsschanksteuer kommen wollte in Verbindung mit einer Flaschensteuer für den privaten Gebrauch. Wann tritt die Steuerpflicht nach dem Gesetzentwurf ein? Sie tritt ein stets für den Käufer, und zwar dann, wenn der Verbraucher oder Großhändler von dem Produzenten kauft, oder, wenn der Kleinhändler von dem Produzenten kauft. Wenn Sie aber nun bedenken, daß der Wein durch die Kellerbehandlung, durch die Pflege — der Wein wird ja nicht nur geboren, das ist nicht die Hauptsache, sondern er wird auch erzogen, ehe er den Preis erreicht, den er bei der Konsumtion erreicht — welche erhebliche Wertsteigerung durch eine verständige Kellerbehandlung bekommt; wie gering ist nachher der Ertrag der Weinsteuer, der auf der einzelnen Flasche liegt? Wenn man bedenkt, daß der Kellerpreis pro Hektoliter fast ausnahmslos in Süddeutschland unter der Grenze von 50 ℳ pro Hektoliter liegt und schließlich auch die edelsten Flaschenweine hieraus erzeugt werden, — so wird man sagen können, daß die Gefahr nicht so nahe liegt, wie das von den Interessenten geschildert wird: daß der kleine, auf die einzelne Flasche entfallende Betrag schließlich auf den Winzer fällt, vom Großhändler auf den Winzer abgewälzt wird. Es ist ja mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit behauptet worden, daß gerade jetzt durch diese Steuer sich der Druck auf den Winzer vergrößern wird und er, als der schwächere Teil, die Steuer würde tragen müssen. Aus den Einwänden, die gerade von den Interessenten gegen die Gestaltung des Weinsteuerprojekts gemacht sind, möchte ich das Gegenteil folgern. Meine Herren, es ist doch klar, daß sowohl der Großhändler, wie der Kleinhändler, wie der Konsument jetzt versuchen werden, um der Steuer zu entgehen, den Wein so billig wie möglich, und deshalb aus erster Hand zu kaufen. Der Wein ist am billigsten, wenn er von der Kelter fortgekauft ist; er wird voraussichtlich durch die Kelterbehandlung die Grenze überschreiten, durch die er reichssteuerpflichtig wird. Wenn Sie die Tabelle, die dem Gesetzentwurf beigegeben ist, über die Kelterpreise des Weines durchsehen, so werden Sie finden, daß z. B. in Württemberg nur in einem einzigen Jahre, ich glaube 1891, der Preis pro Hektoliter Wein über 50 ℳ betrug. Je mehr sich also der Handel und der Konsument der Reichs-Weinsteuer zu entziehen suchen wird, um so mehr wird er bestrebt sein, den Wein von der Kelter fortzukaufen, und desto mehr wird meines Erachtens die Konkurrenz gerade in der Nachfrage des Weins beim Winzer steigen. Ich glaube, hierin liegt ein gewisses Korrektiv gegen die Gefahr der Auswucherung des Winzers durch den Käufer. Meine Herren, thatsächlich liegt aber in dem Weinsteuerprojekt, wie es von der

Reichsregierung vorgelegt ist, auch eine Art Entlastung des Weins. In Württemberg wird jetzt als Weinsteuer erhoben 11 pCt. des Ausschankes, wobei bekanntlich die Grenze ist, daß nach dem Zollvereinsgesetz in keinem Fall mehr als 11 ℳ pro Hektoliter oder 11 ₰ pro Liter erhoben werden. Nach dem Reichs-Weinsteuergesetz soll bei einem Wein, der die Demarkationslinie der Reichs-Weinsteuer erreicht, pro Liter eine Steuer von nur 7½ ₰ erhoben werden, also schon weniger als jetzt in Württemberg von allem Wein als Einheitssteuer erhoben wird. Wie ich aber vorhin schon hervorgehoben habe, ist der Herbstpreis des Weins in Württemberg nur in einem einzigen Jahre eines zehnjährigen Zeitraums, und zwar 1891 höher gewesen als 50 ℳ Es trifft thatsächlich diese württembergische Einheitssteuer, dieses Umgeld, den Wein jetzt mit einer Steuer von 20 bis 25 pCt., wenn Sie die Einheitssteuer anlegen auf die Kelterpreise. Die württembergische Regierung wird deshalb, wenn dieser Gesetzentwurf Gesetz würde, ihre Landessteuer bis zu 30 pCt. thatsächlich herabsetzen müssen, und ich glaube, daß auf diesem finanziellen Gebiete einerseits der Zwang, die Landessteuer herabzusetzen, andererseits der Ausfall, den sie durch Heranziehung des Weins über 50 ℳ zur Reichs-Weinsteuer erleidet, wesentlich der Grund ist für die württembergische Regierung, gegenüber dem Weinsteuerentwurf eine ablehnende Haltung anzunehmen, wie ja allgemein bekannt ist. Meine Herren, in Baden wird bekanntlich vom Wein erst eine Accise von 3 ℳ und dann ein Ohmgeld von 2 ℳ, also ein Betrag von 5 ℳ pro Hektoliter, von 5 ₰ pro Liter erhoben. Im zehnjährigen Durchschnitt von 1882/92 hat der Kelterpreis in Baden pro Hektoliter 33,6 ℳ betragen; durchschnittlich beträgt also jetzt auch schon die Landessteuer in Baden 15 pCt. des Wertes, ganz denselben Satz, der für die Landessteuer für Wein unter 50 ℳ in Zukunft zulässig sein wird, und der für die Reichssteuer, d. h. für Weine über 50 ℳ, in Aussicht genommen ist. Es folgt also daraus, daß in diesen beiden Ländern der billigste Wein schon jetzt eine gleiche, ja eine höhere Steuer getragen hat, als der Gesetzentwurf voraussetzt. Ich kann deshalb ohne Weiteres nicht zugeben, daß in den Weinländern, aus denen vorzugsweise die Opposition gegen die höhere Besteuerung des Weines hervorgeht, wirklich der Winzer durch die Besteuerung schlechter gestellt sein wird als jetzt. Meine Herren, ein Haupteinwand gegen das Gesetz ist auch hergeleitet worden aus der Demarkationslinie, wenn ich mich so ausdrücken darf, zwischen dem Landeswein und Reichswein, zwischen dem Wein als Volksgetränk und dem Wein als Gegenstand des Luxusgenusses. Es ist namentlich hervorgehoben, daß diese ganze Steuergrenze für unseren inländischen Weinbau den Nachteil mit sich bringen würde, daß eine Verschlechterung der Qualität eintreten würde; man würde dahin streben müssen, billigen Massenwein zu ziehen, der unter der Reichssteuergrenze liegt; den edleren Wein zu ziehen, der jetzt auch von kleineren Winzern gezogen würde, würde nicht mehr lohnen. Ich kann auch diesen Einwand für berechtigt nicht anerkennen. Zunächst unterschätzt man wohl den Vorzug, der darin in diesem Gesetze liegt, daß die billige Masseneinfuhr des ausländischen Weins jetzt zur Inlandssteuer herangezogen werden soll, und gerade die Besteuerung des ausländischen Weins, die Verteuerung, die darin für den billigen ausländischen Wein liegt, dürfte vielleicht dahin führen, daß man sich gerade in Deutschland mehr darauf legt, edlere Gewächse zu ziehen. Denn der billige ausländische Wein — das ist ja wiederholt auf den Versammlungen der Interessenten hervorgehoben — wird als der gefährlichste Konkurrent des billigen inländischen Weines überhaupt und namentlich des billigen süddeutschen Weines bezeichnet. Es liegt also meines Erachtens ein dringendes Interesse des inländischen Weinbaus, auch

der billigeren Produktion, vor, daß dieser ausländische Wein auch zu einer Inlandssteuer herangezogen wird. Wenn ferner gesagt ist, nicht die billigen Weine würden im Preise steigen, sondern die teueren würden im Preise fallen, so scheint mir das auch für die teueren Weine nicht nachgewiesen zu sein. Wenn Sie sich gütigst vergegenwärtigen wollen, daß ein Wein, der unter der Kelter 50 ℳ Fakturapreis kostet, also eine Steuer nur von 7½ ₰ pro Liter trägt, erst bei einem Fakturapreis, bei einem Kelterpreis von 70 ℳ eine Steuer von 10½ ₰ und bei einem Preise von 100 ℳ erst den vollen Steuersatz von 15 ₰ für das Liter trägt, wenn Sie sich ferner vergegenwärtigen wollen, welche Wandlungen der Preis der Weine durch die Erziehung, durch die Kellerbehandlung erfährt, so, glaube ich, liegt gerade für die edleren Gewächse die Gefahr nicht vor, daß es infolge einer solchen Steuer wirklich unlohnend erscheinen könnte, überhaupt edlere Gewächse zu ziehen, und daß eine solche Steuer eine Einwirkung üben könnte nach der Richtung, daß der Preis der edleren Gewächse fällt. Meine Herren, ich glaube aber auch, dieser Gesetzentwurf hat den Vorzug, daß der Wein, insoweit er wirklich Volksgetränk ist, insoweit er unter der Fünfzigmarkgrenze liegt, einheitlicher gefaßt wird. In Württemberg wird jetzt beispielsweise ja eigentlich nur der billige Wein besteuert; denn Württemberg erhebt nur eine Ausschanksteuer von dem in Wirtshäusern ausgeschänkten Wein, und Sie werden mir zugestehen, daß in den Wirtshäusern vorzugsweise der billige Wein konsumiert wird; denn gerade das Wirtshauspublikum dürfte am wenigsten in der Lage sein, sich Wein in den Kellern auf Vorrat zu legen. Auch in Baden wird thatsächlich zu der Accise noch eine Ausschanksteuer, ein Weinohmgeld von zwei Drittel der Hauptsteuer erhoben. In Württemberg ist sogar der Wein für Privatkonsum, der sogenannte Aʒwein, soweit er in einem Quantum über 20 Liter gekauft wird, von der Besteuerung ganz frei. Ich glaube also, durch dieses Weinsteuergesetz wird entgegen dem bisherigen Zustande in Weinländern auch teuerer Wein, der den Charakter eines Luxusgetränks hat, angemessen besteuert, und der billige Wein einheitlich von der Steuer gefaßt. Meine Herren, wenn das richtig wäre, daß die Steuer auf den Produzenten abgewälzt wird, dann müßte ja das Land, in welchem der ordinäre Wein bei weitem am höchsten besteuert ist, im Vergleich mit anderen Ländern verhältnismäßig den billigsten Wein haben. Nun ist in Württemberg, wie ich die Ehre hatte Ihnen nachzuweisen, gerade der Wein jetzt am höchsten besteuert; durch die Einheitssteuer im Vergleich mit dem Kellerpreise ist er besteuert mit 20 bis 25 pCt. seines Wertes. In Baden ist er schon niedriger besteuert, ebenso im Elsaß; in der bayerischen Rheinpfalz trägt er gar keine Steuer. Wenn Sie nun aber die Preise des Weins, wie sie sich beispielsweise in Baden gestalten, mit den Preisen des Weins in Württemberg vergleichen, so werden Sie finden, daß gerade in Württemberg, wo der Wein zur Zeit die höchste Steuer trägt, verhältnismäßig auch die Preise am höchsten sind, höher als in Baden, Bayern und Elsaß-Lothringen. Also die Schlußfolgerung ist nicht erwiesen durch die Thatsachen, daß eine höhere Besteuerung in diesem Umfange geeignet wäre, den Preis des Weines herabzudrücken. Meine Herren, ich komme zu den Weingroßhändlern. Es ist ausgeführt worden, daß ja besonders die Großhändler durch diese Weinsteuer schwer bedrückt würden. Ich habe, soweit diese ganzen Bestrebungen sich gegen das Weinsteuergesetz geltend gemacht haben, das Gefühl, daß das Großkapital, wie es im Handel, und namentlich im Großhandel, angelegt ist, bei der ganzen Opposition eine recht erhebliche Rolle gespielt hat. Es ist ausgeführt worden, der Großhändler wäre ja jetzt gezwungen, sofort Kleinhändler zu werden, denn er könnte noch nicht Weinquanten unter 10 Liter verkaufen, und jeder Großhändler

wäre gezwungen, auch einmal in so kleinen Quantitäten zu verkaufen; wäre er der Kleinhändler, dann müßte er sofort sein ganzes Lager versteuern, was sehr wertvolle Weine enthielt, die eine jahrelange Kellerbehandlung bekommen müßten, um wirklich zu ihrer vollen Blüte gebracht, in ihrem Werte vollkommen ausgebildet zu werden. Ich bemerke zunächst, daß das Gesetz ausdrücklich zuläßt, daß unter gewissen Umständen auch dem Großhändler gestattet werden kann, kleine Quanten, d. h. Quanten unter 10 Liter zu verkaufen. Ich möchte mich aber bezüglich dieses Einwandes auch berufen auf eine Erklärung, die der bayerische Landtagsabgeordnete Herr Dr. Deinhardt in Deidesheim abgegeben und die wirklich außerordentlich charakteristisch und treffend ist. Herr Dr. Deinhardt hat auf der großen Versammlung der Weininteressenten gesagt: „Der deutsche Weinhändler ist im allgemeinen Großhändler in kleinen Weinen und Kleinhändler in großen Weinen.“ Dieselbe Auffassung ist uns mitgeteilt worden bei der Vorberatung des Gesetzes von den Vertretern der Hansastädte, als es sich um die Nachbesteuerung des eingekellerten Weines gehandelt hat. Was will dieser Ausspruch des Herrn Dr. Deinhardt sagen? Er will sagen, daß auch unsere Großhändler überwiegend in ihren Kellern die billigeren Weine haben, die eine verhältnismäßig kürzere Kellerbehandlung erfordern und schnell konsumiert werden, daß sie dagegen Kleinhändler in wirklich edlen Weinen sind, daß die Quote ihres Bestandes, die die edlen Weine enthält, eine verhältnismäßig kleine ist. Wird also selbst der Großhändler durch die Geschäftsweise genötigt, sich als Kleinhändler anzumelden, meine Herren, so wird der Steuervorschuß, den er zu leisten hat, kein so erheblicher sein. Zunächst kann er den überwiegenden Teil seiner Weine auf steuerfreies Lager bringen; es tritt ja dann erst die Besteuerung ein, wenn er den Wein dem steuerfreien Lager entnimmt. Ferner ist in dem Gesetz stipuliert eine sechsmonatige Kreditfrist, und andererseits wird der Händler den überwiegenden Teil seines Weinbestandes schnell zum Verkauf bringen. Derjenige Wein, der lange im Keller lagert, der also lange den Steuervorschuß tragen muß, bildet nur, wie gesagt, eine verhältnismäßig geringe Quote des Gesamtlagers. Es ist auch gegen das Gesetz Front gemacht worden vom Weinhandel und von der Weinproduktion deshalb, weil ausgeführt ist, die Preise würden gedrückt werden. Ich muß nun sagen: ich glaube, daß darin, daß der ausländische Wein der Inlandssteuer unterworfen ist und der Kunstwein auch einer energischen Steuer unterliegen soll, der deutsche Wein einen entschiedenen Schutz erhält. Nach dem Katalog, der von Deutschland aus in Bezug auf unsere Weinproduktion und unseren Weinhandel auf die Chicagoer Ausstellung geschickt ist, ergibt sich, daß z. B. italische Weine verzollt pro Hektoliter franko Pfalz nur 22 bis 25 ℳ pro Hektoliter kosten. Darin kann ja unter Umständen eine sehr bedenkliche Konkurrenz liegen — während unsere Weine nach diesem selben Katalog pro Hektoliter durchschnittlich 57 ℳ kosten. In Frankreich wird angenommen, daß der Preis eines Hektoliters Wein durchschnitttich nur 16 ℳ kostet und in Spanien durchschnittlich sogar nur 7 ℳ. Wenn wir nun diese nur mit einem Zoll belegten billigen Weine auch noch mit einer inneren Steuer belegen wollen, so scheint mir hier in der That ein Schutz der heimischen Industrie vorzuliegen. Ich möchte nun mit ein paar Worten auf die Frage der Besteuerung des Schaumweins und Kunstweins kommen, und zwar besonders deshalb, weil es ja unter Mitgliedern des hohen Hauses, die im allgemeinen der Weinsteuer nicht freundlich gegenüberstehen, doch solche gibt, die vielleicht ein Kompromiß auf der Grundlage einzugehen geneigt sein würden, daß nur der Schaumwein und Kunstwein der Besteuerung unterworfen sein würde. Ich will mit der Erlaubnis des Herrn

Präsidenten eine Aeußerung verlesen, die auf dem Mainzer Weininteressententage bezüglich der Besteuerung des Schaumweins gemacht ist. Es wurde dort von einem Schaumwein-Interessenten Folgendes gesagt: „Dem Schaumwein haftet — ich kann es vom rein geschäftlichen Standpunkte aus nicht anders nennen — ganz allgemein der Fluch an, als ein Luxusartikel zu gelten. Diesem Fluche, der an und für sich schon ein ganz empfindliches geschäftliches Hindernis ist, verdankt die Schaumwein-Industrie die Angriffe der Steuerpolitiker und er ist Schuld daran, daß bei den neuen Reichs-Weinsteuerplänen für den Schaumwein eine Ausnahmestellung mit einer höheren Belastung vorgesehen ist. Meine Herren, dieser Erklärung liegt meines Erachtens thatsächlich ein Körnchen Wahrheit zu Grunde. Wenn man von der Schaumweinsteuer spricht, von dem Genuß des Schaumweins als Luxuswein, so schwebt doch den meisten Menschen immer noch in der Phantasie vor: es ist Champagner und Champagner zu trinken ist Luxus. Aber Schaumwein und Schaumwein ist thatsächlich etwas außerordentlich Verschiedenes, Wir haben den echten französischen Schaumwein, der uns in den Gasthöfen mit dem humanen Preis von 10 bis 15 ℳ verkauft wird. Wir haben ferner den Schaumwein der sogenannten Grenzfirmen, der angeblich nur aus importiertem französischen Rotwein hergestellt wird, der aber diesseits im Zollgebiet fabriziert ist, und der unter französischer Marke in den Handel kommt. Wir haben ferner den echten deutschen Schaumwein, der durch Flaschengährung hergestellt wird; wir haben endlich den sogenannten nachgemachten deutschen Schaumwein, der durch eine Kohlensäureimprägnierung hergestellt wird, und der im Handel schon verkauft wird zum Preise von 1 ℳ pro Flasche. Es gibt nun eine Anzahl Leute, die sagen: „Der Schaumwein ist ein Luxusgegenstand, den kann man besonders besteuern und recht hoch. Wohin würden wir nun kommen, wenn man den Schaumwein allein besteuerte! Wer im Ausbruch der Freude seines Herzens als Sanguiniker sich einmal eine Flasche Schaumwein leisten will, kauft sich eine Flasche, die vielleicht 2 ℳ 50 kostet; aber der stille Phlegmatiker, der aus gleicher Ursache eine Flasche Burgunder zu 10 ℳ trinkt, würde nichts für seinen Genuß bezahlen; der wäre steuerfrei, wenn man den Schaumwein allein besteuert. Man würde diesen Schaumwein lediglich deshalb besteuern, aus dem einzigen Unterscheidungsmerkmal, weil er schäumt; und das scheint mir wirklich für eine Besteuerung gegenüber dem Preise, namentlich der Inlandsgewächse kein genügend ausreichendes Unterscheidungsmittel. Ich möchte noch auf ein Monitum hinweisen, was in den Interessentenkreisen gegen die Motive gesagt wird. Es wird gesagt, die Motive zeigten einen großen Mangel an Kenntnis, wie uns das ja allen unseren Gesetzentwürfen gegenüber vorgehalten wird, darin, daß wir die Claretweine für Nachprodukte erklärten. Der Claret wäre eine schwache Pressung des lothringischen Rotweins, vollständig farblos, der vorzugsweise zur Champagnerfabrikation in Elsaß-Lothringen verwendet wird. Wenn uns dieser Einwand gemacht wird, so kann ich nur sagen: es liegt der Irrtum auf Seiten der Sachverständigen. Wir haben hier in den Motiven nicht von dem Claret gesprochen, sondern von dem Claretwein, der dadurch erzeugt wird, daß von der ersten Pressung noch eine zweite gemacht und mit einem Zusatz von Zuckerwasser versehen in den Handel kommt. Diesen Wein haben wir, da er doch noch zu einem erheblichen Teil wirklich Naturwein ist, allerdings nicht unter die Bestimmung „Kunstwein" rangiert, sondern noch als Naturwein gelten lassen. Die mangelhafte Kenntnis der Sache liegt also nicht auf Seiten der Regierungsvorlage.

Meine Herren, in einem Punkte waren die Interessenten alle einig, nämlich in der Besteuerung des Kunstweines. Auf allen Versammlungen

wurde uns großmütig gesagt: ja den Kunstwein mag die Regierung so hoch besteuern, wie sie nur will. Wir wären dazu sehr gern einverstanden, wenn wir nur wüßten, wo diese schwarze Kunst der Fabrikation von Kunstwein geübt wird. Bei den Erhebungen, die wir angestellt haben über die Fabrikation von Kunstwein, haben wir eigentlich festgestellt, daß unendlich wenig Kunstwein fabriziert wird. Wenn so wenig Kunstwein thatsächlich fabriziert würde, dann könnte wirklich der deutsche Trinker seinen Wein schlürfen in dem glücklichen Gefühl, es gibt ja gar keinen Kunstwein. Es hat sich in der ganzen Agitation nirgends die Kunstweinfabrikation gemeldet; bei den ganzen Verhandlungen im Publikum über dieses Gesetz habe ich nicht feststellen können: wo haben sich nun eigentlich die Herren Kunstweinfabrikanten versammelt? (Heiterkeit.) Ich glaube also, meine Herren, einerseits die Besteuerung des Schaumweins allein, und andererseits die Besteuerung des Kunstweins würde doch ein sehr geringes finanzielles Resultat liefern, eine mit fürstlicher Großmut hingeworfene Börse mit magerem Inhalt! Lediglich die Besteuerung des Schaumweins würde, auch gegenüber der Freilassung des übrigen Weins von der Steuer, durchaus ungerecht sein. Wenn schließlich gesagt ist, meine Herren, daß durch diese Steuer auch ein Konsumrückgang eintreten könnte, so muß ich sagen: ich vermag diese Befürchtung nicht zu hegen. Bei uns ist der Konsum an Wein gegenüber anderen Ländern — ich will nur eins sagen: in Italien fallen auf den Kopf 95 Liter, in Spanien 115 Liter, bei uns nur 6 Liter — nur ein geringer; mit Rücksicht ferner auf die geringe Steuer — jetzt ruht ja auf dem Wein nur eine Reichsabgabe von 57 ₰. Zoll pro 100 Liter —, wird sie sich auch in Zukunft schließlich in der einzelnen Flasche auf einen minimalen Betrag reduzieren, ich kann hiernach nicht annehmen, daß ein Konsumrückgang wegen dieser Steuer eintreten wird. Es ist von der Agitation so dargestellt, als wäre man in Deutschland — und wenn es sich darum handelt, Front gegen eine Steuer zu machen, wird ja immer vollkommene Einigkeit behauptet — in der Opposition gegenüber dem Weinsteuerprojekt nicht nur in den Kreisen der Interessenten, sondern auch in den Kreisen des Publikums vollkommen einig. Ich möchte demgegenüber doch die Aeußerung einer Stimme hier verlesen, von der Sie mir zugestehen werden, daß sie ein gewisses Gewicht hat, wiederum die Stimme des bayerischen Landtagsabgeordneten Dr. Deinhardt-Deidesheim auf der großen Interessentenversammlung in Mainz: Meine Herren, wir Fachleute sehen in der Steuer, wenn wir ihre Folgen als Händler oder als Weinbauern betrachten, ebenso einstimmig einen Fehler, als die große Mehrzahl der Konsumenten bis jetzt die Stener gern begrüßt. Machen wir uns darüber keinerlei Illussionen. Ich habe noch selten ein Steuerprojekt gesehen, das von der Majorität so freudig aufgenommen worden ist, als dieses Weinsteuerprojekt. (Heiterkeit.) Von anderer Seite ist uns gesagt worden, dieses Weinsteuerprojekt würde ja noch einen schlechteren Empfang haben als das Tabaksfabrikatsteuerprojekt. Meine Herren, ein schlechter Empfang ist meines Erachtens immer eine sehr üble Sache; aber manchmal ist ein schlechter Empfang für den Empfänger unangenehmer als für den Empfangenen, und ich möchte wünschen und hoffen, daß die Majorität des hohen Reichstags der Majorität der Konsumenten, deren Stimme in dem eben verlessenen Passus festgelegt ist, beistimmt und diese Weinsteuer ebenfalls mit Freude begrüßt. (Heiterkeit.)

Abgg. Schmidt (frs. Vg.), Bürklin (nl.), Laubach (Z.), Dietz (Soz.) gegen, v. d. Gröben (Dk.) für die Vorlage.

18. Januar. (Herrenhaus.) Interpellation v. Manteuffel und Gen.: „Anknüpfend an die Allerhöchste Thronrede, welche die

schwierige Lage der Landwirtschaft anerkennt, richten wir an die königliche Staatsregierung die Frage, ob dieselbe außer den angekündigten Maßnahmen noch fernere Schritte zur Beseitigung des stetig wachsenden Notstandes in der Landwirtschaft zu thun gedenkt?"

Min. v. Heyden: Der Herr Interpellant hat die Bedeutung der Landwirtschaft für das gesamte Staatswesen in den Vordergrund gestellt. Durch die Thronrede ist ausgesprochen, welche Bedeutung auch die Regierung der Erhaltung eines selbständigen Grundbesitzerstandes beilegt. In der Thronrede ist anerkannt, daß bei vielen ländlichen Grundbesitzern augenblicklich eine schwierige Lage besteht, und es ist unsere Aufgabe, den augenblicklichen Notstand zu beseitigen. Von größerer Bedeutung für das Staatswesen ist aber die Frage, wieder gesunde Verhältnisse in der ländlichen Wirtschaft überhaupt einzuführen. Es ist ferner in Aussicht genommen, eine Organisation der Landwirtschaft zu erstreben, welche sie in den Stand setzt, unglückliche Zeiten zu überwinden. Wenn an der Verschuldung die Restkaufgelder und Erbanteile den erheblichsten Anteil haben, so muß man unterscheiden zwischen der bestehenden Verschuldung und der künftigen Vermehrung der Verschuldung. Wenn man sich darüber klar ist, daß die Erhaltung eines unabhängigen Grundbesitzerstandes notwendig ist, dann muß man zur Aenderung des Erbrechts schreiten: man muß das Anerbenrecht einführen an Stelle der Erbenteile, ablösbare Renten einführen, die durch Renteninstitute abgelöst werden können. Es ergeben sich dabei so weite Aufgaben, daß es unmöglich ist, ohne Inanspruchnahme der Landwirte selbst diese Dinge zum Abschluß zu bringen und sie den Verhältnissen der Landesteile anzupassen. Indem die Staatsregierung anerkennt, daß die Lage des ländlichen Grundbesitzes keine genügende ist, will sie an dem Punkte einsetzen, wo es am notwendigsten ist. Deshalb ist der Entwurf von obligatorischen Landwirtschaftskammern dem Landtage vorgelegt worden. Auf die weiteren Details einzugehen, kann mit Rücksicht auf die Verhandlungen im andern Hause erspart werden. Der Interpellant hat gefragt, ob die Regierung noch andere Maßnahmen geplant hat. Ich leugne gar nicht, wie ich die Interpellation las, gewann ich den Eindruck, das kann und wird den Eindruck machen, als ob das eine Antwort auf die Thronrede sein soll, weil diese nicht für die gegenwärtige, sondern für die zukünftige Notlage Maßregeln in Aussicht nimmt. Da ich aber wußte, daß die Interpellanten eine solche Anfrage vorbereiteten, ehe sie den Inhalt der Thronrede kannten, so konnte ich die Interpellation nicht so verstehen. (Sehr richtig!) Der Interpellant hat sich meist an den Inhalt der Thronrede gehalten, nicht an das, was außerdem noch geschehen konnte. Bezüglich der Rentengüter wird frisch und fröhlich vorgegangen; 5000 Rentengüter sind von den Besitzern bereits übernommen worden. Nach der jetzigen Lage hat die Staatsregierung auf den Gang dieser Entwicklung nur einen geringen Einfluß. Ob der Regierung dabei ein weiterer Einfluß noch eingeräumt werden soll, muß der weiteren Entwickelung überlassen werden. Der Interpellant ist auf Reichsangelegenheiten gekommen. Er hat die Börsenequete erwähnt und den baldigen Erlaß eines Börsengesetzes verlangt. Nachdem die Enquete eben erst abgeschlossen ist, wird man kaum die sofortige Vorlage eines Börsengesetzes beanspruchen können. Was dabei die Landwirtschaft zu wünschen hat, dafür ist von meiner Seite Fürsorge getroffen worden. Wenn der Interpellant glaubt, daß mit der Währungsfrage schneller geholfen werden kann, als mit jeder andern Maßregel, so

glaube ich, daß er die Sache überschätzt. Was in neuerer Zeit durch die Presse gegangen ist, das Schreiben der Ostpreußen an den Reichskanzler und die Antwort des Letzteren, so kann ich erklären, daß die Staatsregierung der Ansicht ist, daß das dauernde Sinken des Silberpreises mit schweren Schädigungen für alle Erwerbsverhältnisse verbunden ist. Es wird nicht beabsichtigt, die gesamte Währungsfrage, wie sie sich darstellt im Gegensatze zwischen Gold- und Doppelwährung, von Grund aus zu erörtern. Dafür liegt Material genug vor, welches jetzt für die praktischen Maßregeln verwendet werden soll. (Hört!) Es wird an der Hand der Maßregeln in Indien und Amerika geprüft werden, inwieweit von Deutschland aus und durch internationale Verhandlungen eine Steigerung des Silberwertes herbeigeführt werden kann. Eine alte Beschwerde der Landwirtschaft, die Doppelbesteuerung, ist in der Beseitigung begriffen. Die Steigerung der Produktion muß gefördert werden, dafür werden neue Mittel vom Landtage gefordert werden. Daß Fälle eintreten können, wo der einzelne sich nicht mehr halten kann, ist zweifellos. Wenn diese Fälle nicht mehr vereinzelt, sondern vermehrt eintreten, so bedauert das die Staatsregierung ebenso wie Sie; ich will helfen dem entgegen zu arbeiten. Wenn auf diesem Gebiete etwas geleistet werden kann, so werden die Landwirtschaftskammern der geeignete Ort sein, um Vorschläge zu machen.

18. Januar. (Abgeordnetenhaus.) Präsidentenwahl. Etat.

Präsident wird v. Köller (deutsch-kons.), 1. Vizepräsident Frhr. v. Heeremann (Z.), 2. Vizepräs. Dr. Graf-Elberfeld (nl.). Hierauf legt Finanzmin. Dr. Miquel den Etat vor.

Der Etat pro 1894/95 balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 1,949,649,391 ℳ; es entfallen auf die dauernden ordentlichen Ausgaben 1,891,612,410 ℳ, auf die außerordentlichen 59,036,981 ℳ, zusammen also 1,949,649,391 ℳ Ausgaben, welchen als ordentliche Einnahmen des Staates 1,879,449,391 ℳ gegenüberstehen, so daß also der Fehlbetrag auf 70,200,000 ℳ sich beläuft, dessen Deckung zunächst durch Aufnahme einer Anleihe in Aussicht genommen ist.

Was die Einzeletats betrifft, so schließt der Etat der Domänenverwaltung mit einer Einnahme von 28,706,770 ℳ und mit einer Ausgabe von 7,418,090 ℳ, so daß der Ueberschuß 21,288,680 ℳ beträgt, um 646,910 ℳ weniger als im laufenden Etat.

Der Etat der Forstverwaltung weist eine Einnahme von 63,504,000 ℳ und eine Ausgabe von 36,080,000 ℳ auf, so daß ein Ueberschuß von 27,424,000 ℳ, d. h. 1,733,000 ℳ weniger als im laufenden Etat verbleibt.

Der Etat der Verwaltung der direkten Steuern veranschlagt die Einnahmen auf 194,422,000 ℳ, die Ausgaben auf 21,565,300 ℳ, so daß der Ueberschuß 172,856,700 ℳ beträgt.

Der Etat der indirekten Steuern weist eine Einnahme von 71,221,000 Mark und eine Ausgabe von 31,990,750 ℳ, somit einen Ueberschuß von 39,230,250 ℳ auf.

Der Etat der Lotterieverwaltung weist eine Einnahme von 79,266,500 Mark und eine Ausgabe von 69,513,000 ℳ mithin einen Ueberschuß von 9,753,500 (+ 772,600) ℳ auf.

Der Etat der Seehandlnng veranschlagt den Geschäftsgewinn des Instituts für die allgemeinen Staatsfonds auf 1,876,000 (+ 41,000) ℳ

Der Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung weist eine Einnahme von 128,188,972 ℳ, d. h. 10,172,257 ℳ weniger als im laufenden Jahre auf, so daß trotzdem die dauernden Ausgaben mit 111,916,732 um 7,182,035 ℳ und die einmaligen Ausgaben mit 116,500 um 339,800 ℳ

niedriger veranschlagt sind, der Ueberschuß doch nur 15,108,740 *M.*, d. h. um 2,650,422 *M.* weniger als im laufenden Jahre beträgt.

Der Etat der Staatsschuldenverwaltung weist eine Einnahme von 298,700 *M.*, eine Ausgabe von 282,309,810 *M.* (+ 2,870,760) auf, der Zinsenzuwachs, welcher bei der dreiprozentigen Anleihe hinzukommt, beläuft sich auf 4,2 Millionen. Zur Verzinsung der bis zum Schlusse des Jahres 1894/95 noch auszugebenden Staatsschuldverschreibungen ist eine Summe 1,9 Millionen oder 1,5 Millionen weniger als im Vorjahre eingestellt. Die gesamte Staatsschuld wird sich für das Etatsjahr auf 6,371,504,353,83 *M.* belaufen. Die Gesamtausgabe für dieselbe (Verzinsung, Tilgung- Renten (Verwaltungskosten u. s. w.) beläuft sich auf 282,309,810 *M.* (+ 2,870,760).

Der Etat der allgemeinen Finanzverwaltung beläuft sich in der Einnahme auf 335,252,575 *M.* (+ 23,463,583). Die Summe der Ausgaben beziffert sich auf 354,820,758 *M.* (+ 38,577,820).

Die Gesamteinnahmen der Eisenbahnen sind auf 963,751,676, d. h. 25,019,595 *M.* höher als im laufenden Etat, die dauernden Ausgaben auf 868,431,355 *M.*, d. h. um 4,455,646 *M.* niedriger als pro 1893/94 veranschlagt.

Bei der allgemeinen Finanzverwaltung ist eine Mehreinnahme von 11,063,583 *M.* eine Mehrausgabe von 38,577,820, bei den eigentlichen Staatsverwaltungen eine Mehreinnahme von 4,949,340 *M.* eine Mehrausgabe von 11,151,606 *M.* veranschlagt. (Vgl. 11. April.)

Finanzmin. Miquel sagt am Schluß seiner Etatsrede: Indem ich Ihnen nunmehr den Etat übergebe, glaube ich nicht, daß, selbst wenn die Beschlüsse des Reichstages eine Verbesserung des finanziellen Verhältnisses mit sich brächten, diese Beschlüsse schon auf den vorliegenden Etat einwirken könnten. Verschiedene der dort vorgeschlagenen Steuern werden eine Wirkung auf das folgende Etatsjahr gar nicht haben. Soweit aber auch eine günstige Wirkung eintreten könnte, wird es immer noch möglich sein, sie am Schlusse unserer Beratungen im Anleihegesetz zu berücksichtigen. Wir haben uns bei unserem Etat an den letzten Reichsetat gehalten. Wir wollen hoffen, daß die Folgerungen aus den Beschlüssen des Reichstages für uns recht günstige Folgen haben.

Hierauf legt der Landwirtschaftsmin. v. Heyden den Gesetzentwurf über die Einführung der Landwirtschaftskammern vor.

Es soll in der Regel je eine Kammer für die Provinz errichtet werden; ihre Aufgabe ist die Beratung der Regierung in landwirtschaftlichen Dingen und Mitwirkung bei der Verwaltung der Märkte und Produktenbörse. Ferner kann sie Beiträge bis zu 1 pCt. des Grundsteuerreinertrages ausschreiben. Ihre Mitglieder werden durch indirekte Wahl von den Grundbesitzern gewählt; das Wahlrecht richtet sich nach dem Grundsteuerreinertrage des Wählers oder Wahlmannes.

19./20. Januar. (Reichstag.) Fortsetzung der Debatte vom 18. über die Weinsteuer, gegen die sich fast alle Redner erklären.

Abg. Payer (Vp.) behauptet, bei den Vorverhandlungen über Württembergs Beitritt zum Deutschen Reiche im Nov. 1870 sei erklärt worden, das Reich werde von seiner Befugnis den Wein zu besteuern mit Rücksicht auf die Weinländer keinen Gebrauch machen. Hierauf antwortet Württembg. Ministerpräsident v. Mittnacht: Der Herr Vorredner hat eben vorhin eines Umstandes Erwähnung gethan, der schon bei der Kon-

ferenz der Finanzminister im August vorigen Jahres und nachher im Bundesrat zur Sprache gekommen ist, der aber auch in der Presse und in Versammlungen namentlich in Württemberg, berührt wurde — ich meine die Thatsache, daß bei den Verhandlungen über den Beitritt Württembergs zur Verfassung des Deutschen Bundes im Jahr 1870 zwischen den württembergischen Bevollmächtigten und den Bevollmächtigten des Norddeutschen Bundes Erklärungen gewechselt worden sind in Absicht auf eine etwaige künftige Besteuerung des inländischen Weines für Bundeszwecke. Da ich, was der Herr Vorredner schon angedeutet hat, einer der damaligen württembergischen Bevollmächtigten gewesen bin, so kann ich über das damals Verhandelte etwas nähere Mitteilungen machen, und ich halte es für gut, wenn, nachdem der Herr Vorredner den Gegenstand überhaupt zur Sprache gebracht hat, diese Mitteilung in authentischer Weise erfolgt. Zufolge einer Anregung des damaligen württembergischen Finanzministers hatten die württembergischen Bevollmächtigten im Herbst des Jahres 1870 zu erklären — ich bemerke, daß dieser württembergischen Erklärung andere Regierungen sich nicht angeschlossen haben; man kann also nicht von einer süddeutschen Angelegenheit reden, sondern nur von einer württembergischen — die württembergischen Bevollmächtigten hatten im November 1870 zu erklären: Sowohl für den Staatshaushalt Württembergs als auch für das Interesse seiner Bevölkerung müsse es vom empfindlichsten Nachteil sein, wenn der Bund in Anwendung des Art. 4 Ziffer 2 der Verfassung unter Aufhebung eines in Württemberg seit Jahrhunderten bestehenden Zustandes es unternehmen würde, den inländischen Wein für Bundeszwecke zu besteuern. (Hört! hört!) Die württembergischen Bevollmächtigten seien deshalb angewiesen, zu beantragen, daß entweder der Wein von den der Bundesbesteuerung zu unterwerfenden Gegenständen ausgenommen, oder daß seine Besteuerung abhängig gemacht würde von der Zustimmung Württembergs. Die Bevollmächtigten des Norddeutschen Bundes haben darauf erklärt: sie seien, und zwar aus formellen Gründen, nicht in der Lage, auf einen dieser beiden erwähnten Anträge einzugehen; aber es biete nach ihrer Ansicht die Eigentümlichkeit des Weines als Besteuerungsgegenstand eine vollkommen ausreichende Gewähr dafür, daß der Bund von seinem verfassungsmäßigen Recht in dieser Beziehung keinen Gebrauch machen werde. (Hört! hört!) Davon, eine auf die Weinerzeugung gelegte Steuer ins Auge zu fassen, würden schon die Erfahrungen namentlich in Absicht auf das finanzielle Resultat abhalten, die man in den norddeutschen Bundesstaaten mit der Weinsteuer, die dort bestanden, gemacht habe. Aber auch die andere, an den Verbrauch des Weines sich anschließende Besteueuerungsform würde allerdings einen größeren Betrag zu ergeben in der Lage sein, aber das doch nur da, wo, wie das in den eigentlichen Weinländern der Fall sei, der Wein Gegenstand des Verbrauchs der ganzen Bevölkerung sei und wo zugleich die erforderlichen Kontrollen den Organen für andere innere Steuern übertragen werden können. Diese beiden Voraussetzungen treffen nur in einem verhältnismäßig nicht umfangreichen Teile des Bundesgebiets zu, und so werde auch die Wahl dieser zweiten Besteuerungsform für den Bund ausgeschlossen. (Hört! hört!) Aus diesen Gründen, welche, wie die Bevollmächtigten des Norddeutschen Bundes nicht zweifelten, auch der Bundesrat des Norddeutschen Bundes teilen werde — aus diesen Gründen werden nach der Ansicht der Bevollmächtigten des Norddeutschen Bundes die württembergischen Bevollmächtigten volle Beruhigung bezüglich der von diesen geäußerten Bedenken schöpfen dürfen. Es haben hierauf die württembergischen Bevollmächtigten, in der Voraussetzung einer entsprechenden Kundgebung auch des Bundesrats des Norddeutschen Bundes, auf die weitere

Verfolgung der von ihnen angekündigten Anträge verzichtet; sie haben diese Anträge auf sich beruhen lassen. Der Bundesrat des Norddeutschen Bundes aber hat nachher im Dezember 1870 den Erklärungen der Bevollmächtigten des Norddeutschen Bundes, wie ich sie angeführt habe, seine Zustimmung, seine Gutheißung erteilt. (Hört! hört!) Dies ist der Hergang von 1870. Nun, meine Herren, aus den Verhandlungen von 1870 hat der Staat Württemberg sicher ein Sonderrecht in Absicht auf die Weinbesteuerung nicht erwirken können; die übrigen süddeutschen Staaten und Weinländer haben damals für den Gegenstand sich nicht besonders interessiert. (Hört! hört!) Sie haben ein Sonderrecht für sich überhaupt nicht beansprucht, und Württemberg konnte von Hause aus nicht hoffen, für sich allein ein Reservatrecht in Absicht auf Weinbesteuerung erreichen zu können. Die Erklärungen von 1870 haben nach meiner Ueberzeugung überhaupt keinen rechtlichen Inhalt, sie enthalten auch kein eigentliches, selbständiges Versprechen, und das war auch der Grund, warum diese Verhandlungen den parlamentarischen Körperschaften im Jahre 1870 nicht mitgeteilt worden sind. Wenn in einer dieser Körperschaften damals von der Weinbesteuerung überhaupt die Rede gewesen wäre, dann hätte man natürlich das Vorgegangene zur Kenntnis der betreffenden Köperschaft gebracht; aber es wäre ganz gewiß dadurch damals in dem Sachverhalt und an dem weiteren Verlauf nichts geändert worden. Durch das Anerkenntnis nun aber, das ich überzeugungsgemäß ausgesprochen habe, daß die Verhandlungen und Erklärungen von 1870 Rechte nicht begründet haben, konnte ich nicht gemeint sein, auszusprechen, daß jenen Erklärungen überhaupt niemals irgend eine Bedeutung innegewohnt habe. Ja, meine Herren, wir württembergische Bevollmächtigte haben uns damals gesagt und sagen dürfen: die Erklärungen sind in entgegenkommender und beruhigender Weise abgegeben worden, es war auch die Absicht, entgegenzukommen und zu beruhigen. Sie sind ausgegangen von einer Autorität, wie Delbrück eine damals gewesen ist, — er ist noch eine. (Heiterkeit.) Sie waren abgegeben im Zusammenhang mit dem doch sehr wichtigen Akte der Neubegründung der deutschen Verfassung, und es hat der Bundesrat des Norddeutschen Bundes es für angemessen gehalten, die Erklärung seines Bevollmächtigten ausdrücklich gut zu heißen. Welcher Wert nun aber, welche Bedeutung, allerdings nach 23 Jahren, nach allem, was in dieser Zeit vorgegangen ist, beigemessen werden kann und beigemessen werden will den Erklärungen, die damals abgegeben wurden in Absicht auf einen Teil des seitdem nicht unberührt gebliebenen Getränkbesteuerungssystems, das hat und hatte die württembergische Regierung nach der einfachen Darlegung des Sachverhalts lediglich abzuwarten. Nun aber der Entwurf einer Reichsweinsteuer vorliegt, so möchte ich nur das eine Wort noch sagen: überraschen konnte es nach dem von mir Angeführten wohl nicht, wenn die württembergische Regierung, obwohl sie von der Notwendigkeit, neue Einnahmen für das Reich zu schaffen, durchdrungen ist, und obwohl sie auch den Wunsch teilt und teilen muß, eine schützende finanzielle Auseinandersetzung zwischen Reich und Einzelstaaten herbeigeführt zu sehen — wenn die württembergische Regierung trotzdem an den Bedenken, die sie in Absicht auf die Weinbesteuerung immer gehabt hat und die auch von anderen Seiten als gerechtfertigt anerkannt wurden festgehalten hat. Meine Herren, die speziell hierauf bezüglichen württembergischen Verhältnisse haben sich nicht gebessert, sie haben sich ungünstiger gestaltet, ungünstiger in Absicht auf den Staatshaushalt Württembergs, ungünstiger auch in Absicht auf die Lage unseres Weingärtnerstandes. (Hört, hört! links.) Dieser Bevölkerungsklasse, die hart arbeitet, aber genügsam ist, die nie verzagt, die aber infolge einer Reihe von Fehljahren nachgerade an der Grenze der wirtschaftlichen Existenz-

möglichkeit angelangt ist (Hört! hört!) — dieser Bevölkerungsklasse auch nur das Geringste noch aufzulegen, was mit einer wirtschaftlichen Schädigung auch nur drohen kann — etwas weiteres will ich nicht sagen, — das kann in der gegenwärtigen Zeit keine württembergische Regierung unternehmen. (Bravo! links.) Man würde das im Lande Württemberg angesichts der Haltung der württemb. Regierung, die sie dieser Frage gegenüber stets eingenommen hat, einfach nicht verstehen. Deswegen haben wir dem GE., wenigstens in der Gestalt, in der er jetzt eingebracht ist im Bundesrate unsere Zustimmung nicht erteilen können. Gegen die Besteuerung des Schaumweins und des Kunstweins von Seiten des Reiches hat auch die württembergische Regierung nichts einzuwenden.

Nachdem sich einige Redner über diese Erklärung, die nach dem Abg. v. Kardorff (Reichsp.) eine traurige Perspektive über die im Bundesrate herrschende Uneinigkeit eröffnet, geäußert haben, erklären Schatzsekr. Graf Posadowsky und Staatssekretär v. Marschall, die württembergische Regierung sei durchaus loyal verfahren und habe dem Bundesrate ihre Abneigung gegen die Weinsteuer nicht verhehlt. Auch daß sie im Reichstage ihrer Anschauung Ausdruck geben wolle, habe sie angekündigt. Es sei nicht möglich und mit dem Wesen des Föderativstaates unverträglich, daß alle Vorlagen im Bundesrate einstimmig gefaßt würden.

Die Vorlage wird an die Stempelsteuerkommission verwiesen.

19. Januar. (Bayern.) Der russische Handelsvertrag in der bayerischen Abgeordnetenkammer.

Dieselbe nimmt mit knapper Majorität folgenden von der Zentrumsfraktion eingebrachten Antrag an: An Se. königl. Hoheit den Prinz-Regenten die Bitte zu richten, die Bevollmächtigten Bayerns zum Bundesrate anzuweisen, mit aller Energie dahin zu wirken, daß 1. bei etwaigem Abschluß eines Zoll- und Handelsvertrages mit Rußland die bis in das Jahr 1893 bestandenen Getreideschutzzölle auch fernerhin aufrecht erhalten bleiben; 2. der Identiätsnachweis, welcher für die landwirtschaftlichen Verhältnisse Süddeutschlands von außerordentlicher Wichtigkeit ist, nicht aufgehoben werde.

Ministerpräsident Frhr. v. Crailsheim: „Wäre es denkbar, daß ein Handels- und Zollvertrag mit Rußland zu stande käme unter Aufrechterhaltung der bisherigen Zölle, so würde es nicht einer Anregung des Landtags bedürfen um die bayerische Regierung zu veranlassen, dahin zu wirken, daß an den bisherigen Getreidezollsätzen nicht gerüttelt werde. Allein darüber dürfte doch kein Zweifel sein, daß das Festhalten an den bisherigen Sätzen eine Negation des Vertrages überhaupt bedeutet. Die bayerische Regierung konnte aber ihre Bemühungen unmöglich an einem Punkte einsetzen, bei welchem dieselben von vornherein aussichtlos waren. Die bayerische Regierung hat vielmehr dahin zu wirken gesucht, daß bei den Kompensationen, welche Rußland im Falle des Abschlusses des Handelsvertrages durch Ermäßigung der Zollsätze zu gewähren hat, die bayerischen Interessen thunlichst berücksichtigt werden, und zwar nicht nur auf industriellem, sondern auch auf landwirtschaftlichem Gebiete. Die Verhandlungen sind noch im Gange, und ich bin nicht in der Lage über den Stand derselben eine nähere Mitteilung zu machen; aber das darf doch gesagt werden, daß die Bedürfnisse Bayerns in Berlin eine bundesfreundliche Aufnahme gefunden haben und daß sie gegenüber der russischen Regierung mit Erfolg vertreten worden sind."

Ueber das Votum der bayerischen Regierung im Falle des Vertragsabschlusses kann der Minister noch keine Auskunft geben.

21. Januar. (Württemberg.) Landesversammlung der „Deutschen Partei."

Dieselbe spricht sich für den russischen Handelsvertrag aus und fordert „eine der Würde des Deutschen Reiches entsprechende Regelung der staatsrechtlichen Stellung des Herzogs v. Koburg." (Vgl. 5. Febr.)

22. Januar. Der Kaiser und Bismarck.

Flügeladjutant Graf Moltke übergibt in Friedrichsruh dem Fürsten Bismarck ein kaiserliches Schreiben, in dem der Kaiser unter Uebersendung einer Flasche alten Rheinweins den Fürsten zur Genesung von der Influenza beglückwünscht. Graf Moltke überbringt ferner eine Einladung zur Teilnahme an dem Militärjubiläum des Kaisers am 27. Januar. Fürst Bismarck bat in seinem Antwortschreiben, mit Rücksicht auf seine geschwächte Gesundheit dem Kaiser seinen Dank unmittelbar vor oder nach dem Geburtstage persönlich aussprechen zu dürfen. Der Kaiser stimmte sofort telegraphisch zu.

Der „Reichs=Anzeiger erklärt (25. Jan.), die Entsendung M.'s zum Fürsten sei der eigensten persönlichen Initiative des Kaisers entsprungen und auch in Regierungskreisen habe niemand von dem hochherzigen Entschlusse Kenntnis gehabt.

Zeitungen aller Richtungen, ausgenommen die sozialistischen, begrüßen die Aussöhnung mit Befriedigung, die Freisinnigen führen dabei aus, daß von politischen Folgen des Ereignisses keine Rede sein könne.

22. Januar. Eduard Zeller, ord. Prof. der Philosophie an der Universität Berlin, wird anläßlich seines 80. Geburtstages zum Wirklichen Geheimen Rat mit dem Prädikat Exzellenz ernannt.

22. und 23. Januar. (Reichstag.) Notstandsdebatte, herbeigeführt durch eine sozialistische Interpellation.

22. Januar. (Bayern.) Debatte über die Reichssteuerreform im Finanzausschusse der Abgeordnetenkammer.

Finanzminister v. Riedel: Das Budget sei ohne Rücksicht auf die Militärvorlage aufgestellt worden; wären die Kosten der Militärvorlage nicht da, so würde der Budgetabschluß keine Schwierigkeit haben. Die bayerische Regierung sei bei der Aufstellung des Budgets von der festen Ueberzeugung ausgegangen, daß die Kosten der Militärvorlage durch eigene Einnahmen des Reiches gedeckt werden würden. Die Frage, was das Reich äußersten Falls zu thun habe, hänge mit der Frage der Reichssteuerreform nicht zusammen; das Gelingen dieser Reform sei abhängig von dem Schicksal sämtlicher Steuern. Falle eine davon, so werde die Reichssteuerreform überhaupt nicht mehr in Frage kommen. Für die heutige Frage werde es genügen, das Reichssteuerreformprojekt außer Betracht zu lassen, hier habe man es nur mit der Frage über die Aufbringung der Mittel zu thun, welche zur Deckung der Kosten der Militärvorlage erforderlich seien. Im Reichstag bestehe große Abneigung gegen die Bewilligung eines Quittungs- und eines Frachtbriefstempels. Mit dem Wegfall dieser beiden Nummern würden 15 Millonen wegfallen und 20 Millionen bleiben. Er, der Finanzminister rechne auf nicht mehr, als auf diese 20 Millionen aus Schaumwein und Kunstwein rechne man auf 5 Millionen, doch sei diese Berechnung

sehr unsicher. Weiter habe man im Reichstag gesagt, man wolle durch eine ergiebige Erhöhung des Tabakzolls helfen. Aber seither trage dieser Zoll nur 3½ Millionen; daß man aus importierten Zigarren zwei Millionen mehr herausbringe, werde schwer halten. Aber Alles dies gerechnet, habe man 27 Millionen. Die persönlichen Erfahrungen, die er in Berlin gemacht habe, seien höchst betrübender Natur, er sei aber gleichwohl der festen Ueberzeugung, daß die allgemeine Meinung noch zu Gunsten der Tabakfabrikatsteuer umschlagen werde; er, der Finanzminister, habe in der letzten Zeit von einem Privaten in der Pfalz einen Brief erhalten, in welchem gesagt sei, die Tabakbauern würden noch auf den Knieen um das gegenwärtige Tabaksteuergesetz bitten. Nicht unmöglich sei es, daß der Zoll auf Tabakfabrikate noch eine kleine Erhöhung erfahre, und daß gewisse Steuer und Zollkontrollmaßregeln, welche an dem Tabaksteuergesetzentwurf besonders beanstandet worden seien, weggelassen werden, auch an der Besteuerung des Rauchtabaks könne noch zu Gunsten der Pfeife des kleinen Mannes etwas nachgelassen werden, kurz und gut, es ließen sich noch eine Reihe von Verbesserungen anbringen, so daß der Tabakbau ganz günstig gestellt sein würde. Wenn die Tabaksteuer angenommen werde, würden wir zwar keinen Haufen Geld kriegen, aber doch so viel, daß der Abschluß des bayerischen Budgets keine Schwierigkeiten mehr bieten würde und Bayern auch fernerhin seine Kulturaufgaben, wie seither, ohne allzu große Opfer erfüllen könnte. Der Bedarf für die Militärvorlage sei 66 Millionen, daneben seien aber drei Posten, die fortgesetzt steigen; wenn der Reichstag keinen Knopf mehr für Militärzwecke weiter zu bewilligen hätte, so müßten doch die noch immer wachsenden Ausgaben für Pensionen, für die Invalidenunterstützung und für die Verzinsung der Reichsschuld fortdauernd aufgebracht werden. Selbst wenn die Reichseinnahmen in der vorausgesetzten Weise wachsen, so wären doch 66 oder wenigstens 64 Millionen an Steuern aufzubringen. Wenn 27 Millionen an Reichssteuern gesichert wären, blieben für uns weitere 4 Millionen an Matrikularbeiträgen zu beschaffen; wenn aber die Tabakfabrikatsteuer angenommen würde, dann würden 36—38 Millionen an Reichssteuern und damit auch das Gleichgewicht im bayerischen Budget gesichert; wäre das aber nicht der Fall, dann ständen wir vor einem Vakuum, das auf 4 Millionen zu berechnen sei. Im Jahre 1879 sei die Steuer auf den Tabak um das 7½fache und der Zoll um das 3fache erhöht worden, gleichwohl habe das Publikum nicht den billigeren Pfeifentabak angenommen, sondern habe sich den teureren Zigarren zugewendet; während früher der Arbeiter auf der Straße und bei der Arbeit die Pfeife hatte, habe er jetzt eine Zigarre im Munde und ähnlich gehe es durch alle anderen Schichten der Bevölkerung. Dieses psychische Moment der Macht der Sitte und Gewöhnung ändere die ganze Auffassung von dem Konsumrückgang, der Arbeiterentlassung u. s. w. Wenn das Tabaksteuergesetz falle und demnach die 40 Millionen nicht beschafft werden, bleibe die alte Steuer auf den Tabakbau und dieser werde immer mehr zurückgehen. Aber wer bezahle den Ausfall? Es sei gar kein Zweifel, daß hiefür die direkten Steuern recht ergiebig erhöht werden müßten. Wenn man sage, es sollten nur die reichen Leute recht bezahlen, so sei zu erwidern, daß wir nur sehr wenig reiche Leute haben, und er, der Minister, getraue sich nicht, weitere 6 Millionen von den sogenannten reichen Leuten herauszubringen. Zu diesen 6 Millionen Defizit kämen noch weitere 2 bis 3 Millionen für neue Erfordernisse, wie sie der Wirtschaftsausschuß des Landtags aufgestellt habe. Die zweite Frage sei, wie das Budget zu begleichen und ob es nötig sei, jetzt auf Tod und Leben alles abzustreichen. Er, der Minister, gebe die Hoffnung nicht auf, daß die Tabaksteuer noch

angenommen werde; bestätige sich dies, dann sei, wie bemerkt, der Abgleich des Budgets gesichert. Andernfalls sei zu beachten, daß bei der Budgetberatung das Nötige zu bewilligen sei und daß äußerstenfalls zur Steuererhöhung geschritten werden müßte. Das Gebiet der indirekten Steuern sei für Bayern erschöpft, und zwar aus dem natürlichen Grunde, weil wir mit den übrigen Staaten ein einheitliches Wirtschaftsgebiet bilden und uns nicht gegen dieselben abschließen können. Wenn, wie auch vorgeschlagen worden sei, eine Reichseinkommensteuer und eine Reichserbschaftssteuer beschlossen würde, was bleibt denn dann für Bayern noch übrig? Wir würden wieder an 2 Millionen Erbschaftssteuer verlieren, und unsere Erbschaftssteuer durch Besteuerung der Deszendenten auszubauen, verbiete sich auch; das wäre eine Besteuerung des Unglücks, während die Besteuerung der Erbschaften von entfernteren Verwandten eine Besteuerung des Glücks ist, und für diese Steuer seien 8 Prozent genug. — Die Frage, ob unsre Einnahmen im Budget nicht erhöht werden können, beantworte er dahin: Von 1892 stehe noch eine Mehreinnahme von 12 Millionen Mark zur Verfügung. Bei der Budgetaufstellung seien mit Rücksicht auf die Erhöhung der Matrikularbeiträge und auf den Bedarf für die nichtpragmatischen Bediensteten die Ausgaben so zu stellen gewesen, daß nicht mehr viel von jenem Ueberschuß übrig blieb. Der Einnahmemehrbetrag von 1892 kehre überhaupt nicht mehr wieder und an den anderen Einnahmeposten lasse sich nicht mehr erhöhen, als schon bei der Aufstellung des Budgets geschehen sei; es könne demnach eine wesentliche Erhöhung der Einnahmen nicht erfolgen. Man könnte von den bewilligten einmaligen Ausgaben, z. B. von den großen Bauten, einzelne Raten herübernehmen, aber das sei der Anfang der Mißwirtschaft, wenn man dauernde Ausgaben auf einmalige Einnahmen fundiere. Die Hoffnung, daß der Reichstag, wenn er jetzt nicht helfe, im nächsten Jahre helfen müsse, sei für Bayern ohne Bedeutung, da der Reichstag dann zu einer norddeutschen Biersteuer greifen werde, was Bayern selbstverständlich nichts helfen würde. Er halte daran fest, daß, wenn die Einzellandtage die Sache mit der Tabaksteuer noch einmal anfassen, dies im Reichstag von großer Wirkung sein werde, zumal dort schon ein ansehnlicher Kern von Zustimmung vorhanden sei. Wenn die Steuer durchgehe, dann glaube er, daß unser Budget wieder auf eine Reihe von Jahren gesichert sein werde.

Januar. Kolonialpolitik. Mehrere Blätter bringen Angriffe gegen die Verwaltung des Gouverneurs von Ostafrika, Oberst v. Scheele.

23./24. Januar. (Abgeordnetenhaus. Etatsberatung.) Die Vertreter der konservativen, freikonservativen und nationalliberalen Partei stimmen im allgemeinen den Ausführungen des Finanzministers vom 18. Januar und den Gedanken der Reichssteuerreform zu, das Zentrum und vor allem die freisinnigen Parteien erklären sich dagegen.

24. Januar. (Braunschweig.) Eröffnung des Landtages.

Januar. Schiller- und Verdun-Preis.

Die Kommission für Erteilung des Schillerpreises schlägt einstimmig Ludwig Fulda, den Verf. des „Talisman“ vor, der Kaiser bestätigt jedoch den Vorschlag nicht. Auch den Vorschlag der Kommission für Verteilung des Verdunpreises (1000 Thlr. in Gold und eine goldne Medaille), den Preis dem Werke Heinrichs v. Sybel „Die Begründung des Deutschen Reiches unter Wilhelm I.“ als dem besten während der letzten 5 Jahre

erschienenen Werke über Deutsche Geschichte, zu verleihen lehnt der Kaiser ab. Beide Vorgänge werden in der Presse lebhaft besprochen. Den Verdunpreis erhält später Erdmannsdörfers Deutsche Geschichte 1648—1740.

25./26. Januar. (Abgeordnetenhaus.) Interpellation der konservativen Partei, ob die königliche Staatsregierung geneigt ist, im Bundesrate dahin zu wirken, daß fernere, eine Ermäßigung der landwirtschaftlichen Zölle enthaltende Handelsverträge nicht zum Abschluß gelangen, ohne daß eine angemessene Ausgleichung mit den Geldwertsverhältnissen der in Betracht kommenden Konkurrenzländer stattgefunden hat oder gleichzeitig stattfindet.

Handelsminister v. Berlepsch hält es für ausgeschlossen, daß ein Staat sich durch einen Handelsvertrag in der Freiheit seiner Währung beschränken ließe.

26. Januar. (Reichstag.) Die Erklärung betreffend die Verlängerung des bestehenden Handelsprovisoriums zwischen dem Reich und Spanien bis einschließlich 31. März d. J. wird ohne Debatte angenommen.

26. Januar. Der Kaiser ernennt den Fürsten Bismarck zum Chef des Kürassier-Regiments v. Seydlitz (Magdeburgisches) Nr. 7, à la suite dessen der Fürst bisher geführt wurde.

26. Januar. (Fürst Bismarck beim Kaiser in Berlin.) Um Mittag wird der Fürst von dem Prinzen Heinrich, dem Generaloberst v. Pape und dem Kommandanten von Berlin auf dem Lehrter Bahnhof empfangen, fährt dann von einer Eskadron Garde-Kürassiere eskortiert an der Seite des Prinzen Heinrich von einer unabsehbaren Menge mit stürmischem Jubel begrüßt nach dem Schlosse. In den ihm bestimmten Gemächern empfängt ihn der Kaiser und bald darauf wird er von der Kaiserin und den ältesten Prinzen begrüßt. Der Kaiserin Friedrich stattete der Fürst einen halbstündigen Besuch ab. Der Reichskanzler, die preuß. Minister gaben beim Fürsten ihre Karten ab, und viele Abgeordnete zeichnen ihre Namen in eine ausgelegte Liste ein. Der Fürst empfängt u. a. den Grafen Lehndorff, den Ministerpräsidenten Graf Eulenburg, den Min. a. D. v. Maybach. Um 7 Uhr abends verläßt der Fürst Berlin wieder, vom Kaiser bis zum Bahnhof begleitet.

27. Januar. Der Kaiser verlangt Vorschläge zur Erleichterung des Infanterie-Gepäcks.

27. Januar. Der Kaiser stiftet „zur Förderung des Studiums der klassischen Kunst unter den Künstlern Deutschlands“ aus seiner Privatschatulle einen Preis von 1000 ℳ

Ende Januar. (Kaiser und Fürst Bismarck.)

Die Zeitungen erschöpfen sich in Vermutungen und Erörterungen über etwaige politische Folgen der Aussöhnung zwischen dem Kaiser und Fürst Bismarck.

29. Januar. (Elsaß-Lothringen.) Eröffnung des Landesausschusses durch den Statthalter.

29. Januar. (Nürnberg.) Germanisches Museum.

Nach den Vereinbarungen, welche zwischen dem Deutschen Reiche, dem Staate Bayern und der Stadtgemeinde Nürnberg bezüglich des Germanischen Museums getroffen worden sind, werden die zur Zeit 85,200 ℳ etatisierten persönlichen und sachlichen Verwaltungskosten des Museums in der Weise getragen, daß das Reich 62,000 ℳ, der bayerische Staat 18,000 ℳ und die Stadt Nürnberg 5200 ℳ beitragen. Von dem künftig sich auf mehr als über 85,200 ℳ belaufenden Mehrbedarf bis zum höchsten Betrag von 99,000 ℳ trägt, soweit derselbe nicht durch die zugesicherten Zuschüsse des Reiches gedeckt wird, der bayerische Staat zwei Drittel, die Stadtgemeinde ein Drittel. („Allg. Ztg.")

29.—31. Januar. (Reichstag.) Erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die anderweitige Ordnung des Finanzwesens im Reiche.

Schatzsekretär Graf v. Posadowski: Meine Herren, als die verbündeten Regierungen den Gesetzentwurf, betreffend die Finanzreform im Reiche, einbrachten, deren integrierender Teil drei Spezialsteuergesetzentwürfe sind, hatten die verbündeten Regierungen den dringenden Wunsch, daß diese Finanzvorlagen von dem hohen Reichstage als ein Ganzes betrachtet würden, und zwar zunächst die Finanzreform zur Beratung gelangte, deren notwendiges Korrelat die drei einzelnen Steuergesetzvorlagen sind. Als der hohe Reichstag beliebte, einen anderen geschäftsordnungsmäßigen Beschluß zu fassen, der Art, daß zunächst die Einzelvorlagen zur Beratung gestellt würden, und erst am Ende der Beratung die Finanzreformvorlage zur Beratung gelangen sollte, so war damals dieser Entschluß den verbündeten Regierungen höchst unerwünscht. Jetzt aber, nachdem einmal die Sache sich so gestaltet hat, glauben die verbündeten Regierungen den Parteien, die nicht aus sachlichen, sondern zunächst wohl aus taktischen Gründen für diesen Beschluß gestimmt haben, dankbar sein zu müssen. Meine Herren, das Finanzreformgesetz ist eine außerordentlich komplizierte Materie, die eine eingehende Kenntnis unseres ganzen Finanzwesens erfordert, und es ist klar, daß weiten Kreisen der Bevölkerung, die von einem solchen Projekt nur durch die Zeitungen Kenntnis erhalten haben, das Verständnis für eine derartige großartige organisatorische Maßregel fern liegt und schwierig ist. Dadurch indessen, daß infolge des Beschlusses des hohen Hauses die Finanzreformvorlage zunächst abgesetzt ist von der Tagesordnung des hohen Hauses, ist den Einzellandtagen Gelegenheit gegeben, über die Vorlage eingehend zu diskutieren, und wir glauben, daß dadurch das Verständnis für die politische und finanzwirtschaftliche Wichtigkeit dieser Vorlage in weiten Kreisen der Bevölkerung gewachsen ist. Wir haben gehört, daß in einer Reihe von Einzellandtagen die Finanzreformvorlage der verbündeten Regierungen den größten Sympathien begegnet ist, und ich habe persönlich den Eindruck, als ob diejenigen, die aus rein taktischen Gründen, weil sie überhaupt eine Finanzreform nicht wollen im Reich, die Vorlage zurückgestellt haben, es zwar sehr böse mit uns gemeint haben, daß aber der

Erfolg für uns ein guter gewesen ist. Meine Herren, ich wiederhole, die verbündeten Regierungen gehen von der Ansicht aus, daß eine feste Regelung der Finanzen zwischen Reich und Einzelstaaten eine politische und finanzielle Notwendigkeit ist und daß mit dieser Vorlage, durch welche das Reich auf seine eigenen Einnahmen angewiesen werden soll derart, daß die Finanzen des Reiches keinen Rückschlag mehr, keine Schwankungen mehr auf die Finanzen der Einzelstaaten ausüben, dem Gedanken der Reichsverfassung Rechnung getragen ist, inhalts deren die Matrikularbeiträge nur ein Notbehelf sein sollen, bis das Reich von seinen eigenen Einnahmen leben kann. Es haben sich in der Oeffentlichkeit und auch wohl in diesem Hause gegenüber der Vorlage der Regierungen drei Gruppen gebildet. Zunächst die Gruppe derjenigen, die das Gesetz pure ablehnen wollen aus der Begründung, daß, wenn man selbst zu einer Reform der Finanzen käme, man diese Reform nicht durch Erhöhung der indirekten Steuern durchführen könne, sondern nur mit Hilfe einer Reichs-Einkommensteuer. Mit dieser Begründung brauche ich, glaube ich, mich nicht weiter zu beschäftigen, weil das Problem der Reichs-Einkommensteuer als ein unlösbares erscheint. Die zweite Gruppe ist die Gruppe derjenigen, die die sachliche Berechtigung und Notwendigkeit der Reichsfinanzreform pure anerkennen und besonders auch bei den Debatten im preußischen Abgeordnetenhause ihr Zeugnis hierfür abgelegt haben, die aber die Reichsfinanzreform im gegenwärtigen Augenblick als eine Art pluspetitio temporis betrachten: als eine Forderung, die zu früh gestellt ist, weil der gegenwärtige Augenblick aus wirtschaftlichen Gründen kein geeigneter ist. Ueber diese Frage werden wir uns im Laufe der Debatte und namentlich inmitten der Kommission, in welcher die Finanzlage des Reiches und der Einzelstaaten eingehend besprochen werden wird, des näheren unterhalten. Eine dritte Gruppe sind diejenigen, die offen einer Finanzreform freundlich gegenüberstehen und die teils pure für die als Korrelat derselben dienenden Einzelsteuern sind, teils diese nur wünschen mit entsprechenden Modifikationen oder Gegenvorschläge gemacht haben. Mit den Gegenvorschlägen dieser Herren möchte ich mich einen Augenblick näher beschäftigen. Es sind uns im Laufe der Debatte und auch in der Presse eine große Anzahl Steuervorschläge entgegengetreten, die ziemlich dahin lauten: ja, wir wollen dem Reiche neue Reichsmittel bewilligen, aber nur nicht gerade auf dem Wege, den die verbündeten Regierungen vorschlagen. Eine ziemlich große Majorität besteht dafür, die Börsensteuer wesentlich zu erhöhen, wesentlich erhöhte Einnahmen aus der Börsensteuer herauszuschlagen. Auch die verbündeten Regierungen stehen auf dem Standpunkte, daß die Börse mehr bringen kann, wie gegenwärtig. Aber wir machen den Vorbehalt, daß wir auch mit der Börse, die ein wirtschaftlich notwendiges Institut ist, nicht verfahren dürfen wie jener, der den Baum umschlägt, um die Früchte zu pflücken. Die Bedeutung der Börse, namentlich der Berliner Börse, liegt zum Teil auch darin, daß derselben in erheblichem Umfange fremde Kapitalien anvertraut sind. Würde man aber die Umsatzsteuern an der Börse, um noch höhere Erträge herauszuschlagen, noch weiter, wie die verbündeten Regierungen vorgeschlagen haben, und zwar derart erhöhen, daß die fremden Kapitalien, die an der Berliner Börse und an einer Anzahl anderer deutscher Börsen arbeiten, das Geschäft hier nicht mehr lohnend finden: so würde die natürliche Konsequenz sein, daß die Anforderungen an die Bestände der Reichsbank stärker werden, daß die Reichsbank voraussichtlich ihren Diskont erhöhen würde, und daß eine derartige ins Ungemessene gesteigerte Besteuerung der Börse in ihren Folgen auch ungünstig zurückwirken würde auf Handel, Industrie und Landwirtschaft. Also die Beträge, die man aus der Börse durch eine

erhöhte Besteuerung herausschlagen kann, sind immerhin begrenzt, wenn wir nicht die Geschäfte an der Börse und die Bedeutung der Börse in Deutschland paralysieren wollen. Es ist auch hier von der Wehrsteuer gesprochen worden, und ich habe eine Aeußerung in der Presse gelesen, die sich darüber sehr abfällig äußert, daß die verbündeten Regierungen sich dem Projekt einer Wehrsteuer gegenüber an Stelle der vorgeschlagenen Steuern ziemlich kühl verhalten haben. Es ist darauf hingewiesen worden — namentlich mit Rücksicht auf eine Aeußerung, die ich bei der Etatsdebatte gemacht habe —: es würden ja jetzt noch jährlich eine so große Anzahl Leute vom Militärdienst frei gemacht, daß es durchaus rentabel und berechtigt wäre, diese Leute zu einer Wehrsteuer heranzuziehen. Es ist in dem Artikel, der mir vorliegt, darauf hingewiesen worden, daß dies ja nur kleine Fehler wären, die diese Leute in ihrer Erwerbsfähigkeit gar nicht beschränken. Ich bedauere auch jetzt, meine Ansicht zur Sache nicht ändern zu können. Ich frage die Herren zunächst: wird die Erwerbsfähigkeit der Leute nicht beschränkt, die schielen, stammeln, schwerhörig oder taub sind auf einem Ohre, einen steifen Finger haben? Wer wird einen Kellner nehmen, der auf einem Ohre taub ist, einen Jäger, der schielt, einen Bedienten, der stammelt, einen Gesellen, der steife Finger hat? Das ist aber die Konsequenz dieser Fehler, daß diese Leute in ihrer Erwerbsfähigkeit wesentlich beschränkt sind und in der Regel nur brauchbar zu den untergeordnetsten, einfachsten Arbeiten sind. Nun sollen wir von diesen Leuten auch noch eine Steuer erheben. Wir könnten von diesen Leuten eine Steuer nur dadurch erheben, daß wir für ganz Deutschland eine gleichmäßige Einkommensteuer einführen und von denjenigen Leuten, die ein selbständiges Einkommen haben oder deren Eltern ein selbständiges Einkommen haben, einen Prozentsatz ihres Einkommens als Wehrsteuer erheben. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß die überwiegende Anzahl aller dieser Leute den ärmsten Ständen der Bevölkerung angehören, auf ihrer Hände Arbeit angewiesen sind, so folgt schon daraus, daß eine solche Steuer nur minimale Erträge bringen kann. Ferner aber vergegenwärtigen Sie sich: bekanntlich wurde die unterste Stufe der alten preußischen Klassensteuer von 1851 deshalb aufgehoben, weil die Schreibereien, um die kleinen Steuerbeträge von einer zum Teil vagierenden Bevölkerung zu erheben, in gar keinem Verhältnis standen zu dem Ertrag der Steuern und zu den Exekutionschikanen, die damit verbunden sind. Ganz dasselbe Verhältnis wird mit dem überwiegenden Teil der Wehrsteuerpflichtigen eintreten. Wollte man eine Wehrsteuer einführen, so könnte man sie nur von solchen Leuten erheben, die vom Militärdienst freigelassen sind und ein gewisses Mindesteinkommen haben, also nur von denjenigen etwa, die jetzt zur preußischen Einkommensteuer herangezogen werden. Dann würde aber der Ertrag der Steuer ein so minimaler sein, daß sie für die Frage der Beschaffung neuer Mittel für das Reich absolut keine Rolle spielen könnte. Wir haben auch wieder einen alten Bekannten bei der ganzen Debatte gefunden: das ist die Liebesgabe, und da diese uns immer wieder vorgerückt wird, sind die verbündeten Regierungen in der ihnen durchaus nicht sympathischen Zwangslage, auch immer wieder diesen Gedanken zu bekämpfen. Der preußische landwirtschaftliche Herr Minister hat im Abgeordnetenhause bei der Etatsdebatte bereits darauf hingewiesen, wie es für den Stand des landwirtschaftlichen Gewerbes ein bedeutungsvolles Zeichen sei, daß die Pacht für die Domänen zurückgegangen sei, und man hat ihm darauf entgegnet: das ist ja gar kein Wunder, wenn die Landwirte immerfort selbst sagen: „das ist ein Gewerbe, bei dem man zu Grunde geht, da kann kein Mensch mehr daran denken, Domänen zu pachten." Deshalb wären angeblich die Pachten aus den Domänen zurückgegangen.

Nun, es ist mir recht erwünscht, daß ich hier ein anderes Dokument für die Lage der Landwirtschaft beibringen kann, was nicht amtlich ist, meine Herren, was aber vielleicht noch viel drastischer ist und von einem Manne ausgeht, dessen persönliche Zuverlässigkeit mir bekannt ist, und der, wenn er hier in diesem Hause säße, auf der linken Seite des Hauses sitzen würde. Dieser Herr hat in dem Kreise, in dem er lebt, zusammengestellt das Schicksal der 126 selbständigen Grundbesitzer, die in seinem Kreise leben, und zwar seit dem Jahre 1881 — es ist ein östlicher Kreis der Monarchie. Er stellt fest, daß von diesen 126 Besitzern seit dem Jahre 1881, also seit 12 Jahren, 42 durch Zwangsverkauf vom Grunde getrieben sind, 9 stehen kurz vor diesem Ereignis, 27 haben sich der Entscheidung durch Verkauf entzogen. Auf diesen Passus weise ich namentlich hin, weil man sehr einfach auf die niedrige Subhastationsstatistik verweist, während so viele Leute verkaufen, ehe sie zur Subhastation kommen, weil sich Banken finden, die ihr Kapital retten wollen und Strohmänner auf das Gut setzen. 39 ferner haben das Gut der Familie bisher erhalten, 6 kommen als Standesherren oder Majoratsbesitzer nicht in Frage, 3 sind vorwärts gekommen. In Prozenten ausgedrückt: 34 pCt. sind gefallen, 7 stehen dicht vor dem Fall, 21 blieben unentschieden, 30,5 haben sich erhalten und kommen nicht in Frage, 2,5 kamen vorwärts. (Hört, hört! rechts.) Meine Herren, ich glaube, das ist ein Dokument, das doch einmal ein klassisches Beispiel von der Lage der Landwirtschaft im Reiche gibt, und ich glaube, meine Herren, unter solchen Verhältnissen kann man nicht die Forderung erheben, daß ein landwirtschaftliches Produkt, das bereits über 200 pCt. seines Wertes als Steuer trägt, noch weiter besteuert werden soll, während man andere Luxusartikel, wie Tabak, die 16 pCt. vom Werte als Steuer tragen, nicht höher besteuern will. Das scheint mir eine ausgleichende Gerechtigkeit nicht zu sein. Meine Herren, es ist uns ja auch eine Inseratensteuer vorgehalten worden. Die verbündeten Regierungen, meine Herren, würden ja einem solchen Gedanken nicht unsympathisch gegenüberstehen; aber ich bemerke doch, daß, wie im Herbst des vorigen Jahres nach der Frankfurter Konferenz auch nur der Gedanke einer Inseratensteuer durchsickerte, eigentlich die gesamte Presse von rechts bis links einstimmig Front gegen diesen Gedanken gemacht hat. Ich habe bei dieser Gelegenheit in einer Zeitung, die sich „Die Reklame" nennt, für die Berechtigung der Inseratensteuer ein ganz interessantes Belegmaterial gefunden. Es ist nämlich nachgewiesen worden, daß eine Firma 1206mal inseriert hat und jedes Inserat von dieser großen Reklamefirma durchschnittlich nur 96 ₰ gekostet hat. Ich glaube, meine Herren, wenn man diese große Firma zu einer mäßigen Inseratensteuer heranzöge, so wäre das eine Steuer, die sie sehr wohl tragen könnte und sie auf die Geschäftsunkosten legte und wieder abwälzte. Aber wenn wir mit der Inseratensteuer wirklich kämen, dann würde man uns einwenden und entgegenhalten: die arme Witwe, die ein Zimmer vermieten will, das Dienstmädchen, das eine Stellung sucht, — und damit würde man auch die Inseratensteuer unmöglich machen. Ich glaube also, meine Herren, auf die Annahme einer Inseratensteuer würde in diesem Hause nicht zu rechnen sein. Es ist wieder uns auch ganz in der Ferne bei Gelegenheit der Debatte eine Biersteuer gezeigt worden, und ich habe erklärt: wenn aus dem Haus solche Anträge kommen, würden die verbündeten Regierungen gewiß auch ein solches Projekt in Erwägung ziehen. Ich glaube nur, meine Herren, wir würden auch da wieder einen sehr heftigen Gegner haben, das wären die Herren aus Bayern und dieselben würden, wenn sie sich überhaupt sagen, das Reich kann gar nicht umhin, sich neue Einnahmequellen zu schaffen, ob wir ein Finanzreformgesetz machen oder nicht, — bei ruhiger Erwägung zu dem

Kalkul kommen, daß die Tabakfabrikatsteuer für sie doch noch günstiger ist wie die Biersteuer; denn die Biersteuer würde für die Herren doch nur den Erfolg haben, daß sie nichts von der erhöhten Biersteuer bekommen, daß sie vielmehr prozentual ihre Matrikularbeiträge erhöhen müssen, und, was besonders ins Gewicht fällt, daß sie für das massenhafte Bier, was aus Bayern zu uns nach Norddeutschland fließt, die erhöhte Uebergangsabgabe entrichten müßten. Ich glaube, die Herren aus Bayern würden doch mit der Fabrikatsteuer ein besseres Geschäft machen Meine Herren, ich möchte noch auf einige psychologische Erscheinungen eingehen, die bei unserem Steuervorschlag hervorgetreten sind in der Oeffentlichkeit und auch in diesem Hause. Es ist uns bei einer Reihe von Steuern gesagt worden: die Leute, die von diesen Steuern getroffen werden, sind sehr gute, sehr patriotische Leute; aber wenn ihnen diese Steuer auferlegt wird, wird die Unzufriedenheit ins Ungemessene steigen, sie werden Sozialdemokraten werden. Ich habe das Gefühl, als ob die Parteien, die der Sozialdemokratie feindlich gegenüberstehen, mit derartigen Drohungen ein recht gefährliches Spiel treiben. Ich glaube, den Sozialdemokraten muß bei solchen Drohungen innerlich das Herz im Leibe lachen; sie brauchen den Baum gar nicht mehr zu schütteln, die Früchte fallen ihnen schon durch den Sturm der Parteien in den Schooß. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten) Die übrigen Parteien aber, glaube ich, haben allen Grund, in dieser Weise nicht mit dem Feuer zu spielen. Sowohl der preußische Herr Finanzminister, als auch der Schatzsekretär haben ja auf steuerlichem Gebiete eine ungeheure Zahl von freiwilligen Mitarbeitern. Ich glaube, es vergeht nicht ein Tag, wo nicht der preußische Herr Finanzminister und der Schatzsekretär eine ganze Anzahl freiwillige, zum Teil bis ins Detail ausgearbeitete Steuerprojekte bekommen und zwar auch von Leuten, die ernsthaft genommen sein wollen und auch ernsthaft zu nehmen sind. Ich glaube aber, wenn die Verfasser aller dieser Steuerprojekte hier in diesem Saale versammelt wären, dann würden wir die überraschende Feststellung machen, daß jeder mit seinen Projekten die Einnahmen des lieben Nächsten besteuert hat, die er für zu hoch hält gegenüber seinen eigenen. (Heiterkeit und Sehr richtig!) Also, meine Herren, mit solchen billigen Vorschlägen gegenüber den reiflich erwogenen Vorschlägen der verbündeten Regierungen kommen wir nicht weiter. Was will nun das Finanzreformgesetz? Das Finanzreformgesetz will herstellen eine feste Relation zwischen Matrikularbeiträgen und Ueberweisungen. Es will die einzelnen Staaten schützen gegen die schwankenden Einnahmen und Ausgaben des Reiches, es will ferner einen Reservefonds bilden, in den die Ueberschüsse der einzelnen guten Jahre fließen, die nicht mehr als Einnahmen in den Etat des übernächsten Jahres eingestellt werden sollen. Es soll ferner dieser Reservefonds dazu dienen, um die Fehlbeträge der mageren Jahre aus den fetten Jahren zu ergänzen, und es will endlich bewegliche Zuschläge zu den Verbrauchssteuern und auch eventuell zu den Zöllen — das ist nach dem Inhalt des Gesetzes nicht ausgeschlossen — erheben, aus denen Fehlbeträge, die nicht aus dem Reservefonds zu decken sind, gedeckt werden können. Wir haben nun gegenüber dem Finanzreformplan vor allem den Einwand gehört, die clausula Franckenstein werde alteriert, und mit der größten Schärfe ist von denjenigen, die seinerzeit gegen die clausula Franckenstein gestimmt haben, jetzt gerade für die Erhaltung der clausula Franckenstein eingetreten worden, während die Redner der Parteien im Abgeordnetenhause, aus deren Reihen der Antrag Franckenstein hervorgegangen ist, diese Bedenken nicht geäußert haben. Das eine ist doch klar, meine Herren: sobald sich Ueberweisungen und Matrikularbeiträge decken, oder sobald, wie es jetzt der Fall ist, die Matrikularbeiträge

die Summe der Ueberweisungen übersteigen, hat die clausula Franckenstein gar keinen Wert mehr, sie ist paralysiert und ihr Wert beschränkt sich auf ein Buchmanöver bei der Reichshauptkasse. Der Gedanke der clausula Franckenstein war doch der, daß, nachdem den Einzelstaaten durch die Gesetzgebung des Reichs die Einnahmen aus indirekten Steuern und aus Zöllen verschränkt sind, sie aus den erhöhten Einnahmen des Reichs an Zöllen und Verbrauchsabgaben auch einen Anteil zur Regulierung ihrer Finanzen an diesen indirekten Einnahmen haben sollten. Daraufhin haben die Einzelstaaten auf Grund dieser Ueberweisungen erhebliche Entlastungen an Steuern einerseits eintreten lassen und andererseits eine ganze Anzahl neuer Staatsausgaben befriedigt und Ueberweisungen an die Kommunen gemacht. Ich habe darüber, wie die Ueberweisungen aus den Zöllen und Steuern auf die Finanzverhältnisse der Einzelstaaten gewirkt haben, eine Zusammenstellung nach Maßgabe der Auskunft aus sämtlichen Einzelstaaten anfertigen lassen. Danach ergibt sich, daß seit dem Jahre 1879 in den Einzelstaaten über 454 Millionen an Steuern erlassen sind, daß seit derselben Zeit 95 Millionen neuer Steuern erhoben oder Steuererhöhungen eingetreten sind, und daß mithin ein Erlaß und Ueberweisungen von über 359 Millionen eintraten. Geht man auf die Verhältnisse zurück, wie sie gegenwärtig in den Einzelstaaten liegen, so ergibt sich, daß über 54½ Millionen jährlich an Steuern und Abgaben zur Zeit erlassen bezüglich Ueberweisungen erfolgt sind, daß über 12 Millionen jährlich neue Steuern und Steuererhöhungen zur Erhebung gelangt sind, und daß mithin der Erlaß bezüglich die Ueberweisungen noch über 42½ Millionen jährlich betragen, also netto der Betrag, den wir ungefähr auf Grund des Reformgesetzes in Form der Pauschalierung, zunächst auf 5 Jahre, den Einzelstaaten überweisen wollen! Diejenigen Mitglieder des hohen Hauses, die auf die Finanzreform nicht eingehen wollen, stehen also auf dem Standpunkt: obgleich die Voraussetzung der Bewilligung der erhöhten Steuern und Zölle, die quotenweise Beteiligung der Einzelstaaten an den erhöhten Einnahmen war, obgleich die Einzelstaaten daraufhin über 42 Millionen jährlich an Steuern und Abgaben erlassen bezüglich überwiesen haben, sollen die Bundesstaaten doch jetzt auf diesem Defizit sitzen bleiben. Das scheint mir, ich möchte fast sagen, nicht den Versprechungen zu entsprechen, die bei der Zollgesetzgebung und bei der Erhöhung der Verbrauchsabgaben seit 1879 unzweifelhaft gemacht worden sind. Meine Herren, wir wollen durch das Finanzreformgesetz auch nicht die clausula Franckenstein aufheben, sondern wir wollen nur den Ertrag der Einzelstaaten aus der clausula Franckenstein pauschalieren. Gegenüber diesem Pauschalierungsvorschlag ist nun so hingeworfen worden, als ob wir mit den Einzelstaaten eine Art societas leonina eingehen wollten, als ob wir die angeblich kolossal wachsenden Einnahmen aus Ueberweisungssteuern und Zöllen, die angeblich bis auf 89 Millionen in den nächsten 5 Jahren anwachsen sollen, den Einzelstaaten gegen ein Linsengericht abkaufen wollten. Meine Herren, ich glaube, die einzelstaatlichen Herren Finanzminister haben sich die Frage auch sehr eingehend überlegt; aber sie stehen auf dem Standpunkt, daß ihnen hier der Sperling in der Hand lieber ist als die Taube auf dem Dache, daß sie lieber eine etwas geringere feste Ueberweisung bekommen wollen, als in dieser die Finanzen der Einzelstaaten zerrüttenden schwankenden Art und Weise einmal Flut und dann wieder Ebbe; und ich glaube, meine Herren, die einzelstaatlichen Finanzminister sind doch nicht so harmlos, um ein so ungünstiges Geschäft mit dem Reiche abzuschließen, wie Sie es darstellen. Ich glaube auch, der preußische Herr Finanzminister hat die Frage sehr genau kalkuliert und überlegt. Ueberdem, meine Herren, ist die Differenz zwischen dem, was

wir als Pauschquantum auf fünf Jahre den Einzelstaaten überweisen wollen und dem, was die Einzelstaaten im Durchschnitt der 10 Jahre seit 1882/83 bekommen haben, gar keine so bedeutende. Der zehnjährige Durchschnitt der Ueberweisungen seit 1882/83 beträgt netto 48,6 Millionen, und wir wollen durch das Finanzreformgesetz 40 Millionen, also 8,6 Millionen weniger, überweisen. Sollte aber die Majorität der Ansicht sein, es muß der zehnjährige Durchschnitt überwiesen werden, und es werden uns die Wege gewiesen, wie wir den Mehrbetrag bekommen können, so werden sich die verbündeten Regierungen gewiß gegen eine solche Erhöhung der Quote ablehnend nicht verhalten. Es ist uns ferner suppeditiert, als ob wir eigentlich sehr schlimme Hintergedanken hätten mit dieser ganzen Finanzreform, als ob wir es nicht ehrlich meinten, daß wir die Finanzen der Einzelstaaten auf eine feste Grundlage stellen wollten; sondern als ob wir eigentlich den diabolischen Hintergedanken hätten, uns eine Art Schatzkammer, eine Art heimlichen Juliusturm für erhöhte Militär- und Marineausgaben anzulegen. Meine Herren, zunächst frage ich den hohen Reichstag gegenüber diesem Einwande: steht ihm denn nicht das Ausgabebewilligungsrecht zu, dürfen denn die verbündeten Regierungen auch nur einen Thaler ausgeben, den Sie nicht beschlossen und genehmigt haben! Ich habe das Gefühl, meine Herren, das Palladium des Budgetrechts liegt in der Ausgabebewilligung. (Widerspruch links.) — Gewiß, meine Herren, die Ausgabebewilligung ist das wichtigste, und wenn Sie neue Ausgaben beschließen, so darf man das doch nicht so darstellen, als ob der Reichstag in seiner Majorität den verbündeten Regierungen damit einen Gefallen thue; wenn Sie in Ihrer Majorität Ausgaben beschließen, so genehmigen Sie dieselben, weil Sie sie im Interesse des Vaterlandes für notwendig halten (sehr wahr! rechts), und so haben Sie auch die Militärvorlage nicht uns zu Gefallen, sondern im Interesse Deutschlands und jedes deutschen Staatsbürgers beschlossen. Meine Herren, man hat ferner von der Beschränkung des Budgetrechtes gesprochen. Ich vermag wirklich nicht zu erkennen, wie darin eine Beschränkung des Budgetrechtes des Reichstages liegen soll, daß wir unter Umständen weniger Matrikularbeiträge erheben dürfen, wie Sie uns etatsmäßig bewilligt haben. Darin scheint mir doch nicht eine Beschränkung des Budgetrechtes des Reichstages, sondern eine Beschränkung des Ausgaberechtes der verbündeten Regierungen, der Reichs-Finanzverwaltung zu liegen. Und dann, was will denn jetzt, meine Herren, das Budgetrecht, soweit es sich um das Einnahmebewilligungsrecht für die Matrikularbeiträge handelt, heißen? Wenn Sie die Sache auf die einfachste Wurzel reduzieren, so heißt es doch nichts anderes, als: wenn die Ausgaben bewilligt sind, wird festgestellt, wie viel Einnahmen haben wir, und quod interest, muß auf Grund der Reichsverfassung in dem Etat als Einnahme aus Matrikularbeiträgen eingestellt werden. Ich kann dieser Form der Einnahmebewilligung keine so große Bedeutung beimessen, in der letzten Konsequenz ist das in der That eine Art Kalkulaturarbeit. Der Schwerpunkt liegt gerade gegenüber den Matrikularbeiträgen in der Bewilligung der Ausgaben. Während also jetzt lediglich die Differenz zwischen Ausgaben einerseits und den Einnahmen aus Zöllen und Steuern andererseits in Form von Matrikularbeiträgen als Einnahme in den Reichshaushaltsetat eingestellt wird, soll in Zukunft, wenn der Etat nicht balanziert durch die eigenen Einnahmen und nicht balanziert durch die Summe der Matrikularbeiträge plus 40 Millionen gegenüber der Summe der Ueberweisungen, ein Spezialgesetz ergehen, ein Spezialgesetz, was bewegliche Zuschläge zu den Verbrauchsabgaben erhebt und was bei seiner Beratung sowohl finanzpolitische wie wirtschaftliche Erwägungen zur Voraussetzung hat: finanz-

politische und wirtschaftliche Erwägungen gegenüber dem jetzigen Verfahren, wonach das quod interest einfach auf die Einzelstaaten kontingentiert wird, denen man die Sorge überläßt, wie sie sich damit in ihren Finanzverhältnissen zurechtfinden. Es ist ferner darauf hingewiesen worden, daß viel richtiger wäre, wie ein Finanzreformgesetz zu erlassen, eine selbständige Reichsfinanzverwaltung mit einem Reichsfinanzminister zu begründen. Ja, meine Herren, das gestehe ich Ihnen ohne weiteres zu, daß es im Interesse der Finanzen des Reiches außerordentlich erwünscht wäre, der etwas molluskenhaften Gestalt der Reichsfinanzverwaltung ein festes Rückgrat zu geben. (Heiterkeit. Zurufe.) — Ich werde Ihnen sofort antworten, Herr Abg. Rickert. Aber gegen den verantwortlichen Reichs-Finanzminister neben dem verantworlichen Reichskanzler liegen doch die allerschwersten verfassungsrechtlichen Bedenken vor; und ich glaube, meine Herren, die Trauben hängen zu hoch und werden von Ihnen nicht gepflückt werden. Der Abg. Rickert hat die Güte gehabt, doch die Richtigkeit meiner Prämisse anzuerkennen, daß eine stärkere Ausbildung der Reichsfinanzverwaltung erwünscht ist. Ich glaube, dem wird der Herr Abg. Rickert zustimmen. Dann können Sie nicht auf dem formalen Wege der Schaffung eines Reichsfinanzministers dazu kommen, sondern nur auf dem sachlichen Wege dieser Reichs-Finanzreform, und das will ich Ihnen nachzuweisen mir gestatten. Meine Herren, wie steht jetzt die Reichs-Finanzverwaltung, bezüglich der Herr Reichskanzler und in seiner Vertretung der Reichs-Schatzsekretär gegenüber den wachsenden Forderungen der Ressorts da? Es liegt ja zu nahe, meine Herren, daß, wenn jetzt die Reichsfinanzverwaltung gegenüber wachsenden Anforderungen der Ressorts Einspruch erhebt, man sich dort sagt, eine gelinde Steigerung der Matrikularbeiträge dieser ewig rinnenden Quelle würde unüberwindbare Schwierigkeiten nicht haben. Entschließen Sie sich aber, meine Herren, dieses Reichsfinananzreform-Gesetz anzunehmen, dann liegt die Sache wesentlich anders; balanziert dann der Etat nicht zwischen den Ausgaben einerseits und den eigenen Einnahmen des Reichs andererseits, dann wird die Reichsfinanzverwaltung gegenüber weitgehenden Forderungen mit Recht den Einwand erheben und die Gegenfrage stellen können: wie soll das, quod interest, gedeckt werden, zu welchen Verbrauchsabgaben sind Zuschläge zu erheben, welche Zuschläge haben Aussicht, in diesem Reichstag eine Mehrheit zu erhalten? Meine Herren, ich verstehe geradezu nicht, wie die, welche diese Reichsfinanzreform bekämpfen, nicht zu erkennen vermögen, welche Stärkung einerseits der Reichsfinanzverwaltung und andererseits des Budgetrechts des Reichstags in dieser Reichsfinanzreform liegen würde. Ich meine, diese Stärkung der Reichsfinanzverwaltung ist eine größere, wie jeder Reichs-Finanzminister, der unter Umständen auch schwach werden kann. Meine Herren, ich möchte sagen: das Staatsschiff des Deutschen Reiches leidet an zwei großen Lecken. Das eine Leck ist die unbeschränkte Möglichkeit der Erhebung von Matrikularbeiträgen; je höher der Betrag ist, um den sie die Ueberweisungen übersteigen, desto gefährlicher und verhängnisvoller ist das für die Finanzen der Einzelstaaten. Das andere Leck, was sich in unserem Staatsschiff befindet, ist meines Erachtens die wachsende Verschuldung ohne den Zwang einer geordneten Tilgung. Meine Herren, dieses Finanzreformgesetz bemüht sich, das eine Leck zu stopfen. Es ist im Abgeordnetenhause das Bild gebraucht worden: wozu überhaupt die ganze Finanzreform? warum soll man sich jetzt den Kopf zerbrechen, ob man sich einen schöneren Geldschrank anschafft, wenn man doch nichts hineinzulegen hat und nichts hineinlegen will? Ja, meine Herren, ich glaube für diejenigen, die uns überhaupt neue eigene Einnahmen versagen, trifft dieses Bild vollkommen zu; diejenigen aber, die grundsätzlich mit uns auf dem

Standpunkt stehen, daß eine Scheidung zwischen den Finanzen der Einzelstaaten und des Reiches politisch und finanztechnisch notwendig ist, trifft dieses Bild nicht zu. Die verbündeten Regierungen sind der Ansicht, daß dieses Finanzreformgesetz eine weise haushälterische Maßregel ist, und die Reichsfinanzverwaltung ist der Ansicht, daß dieses Reichs-Finanzgesetz ein notwendiger Regulator für das Reichsfinanzwesen überhaupt ist. (Bravo! rechts.)

Gegen die Vorlage erklären sich u. a. Rickert (frs. Vgg.), Richter (frs. Vp.), Schädler (Z.), während sie v. Kardorff (Rp.), Graf Limburg-Stirum (Dk.) und Finanzminister Dr. Miquel verteidigen.

31. Januar. Der „Staats- und Reichs-Anzeiger" veröffentlicht folgenden Erlaß des Kaisers an den Reichskanzler:

„Beim Eintritt in ein neues Lebensjahr war es Mir durch Gottes Gnade vergönnt, zugleich auf eine fünfundzwanzigjährige Zugehörigkeit zur Armee zurückzublicken. Waren es auch ernste Gedanken, welche Mir in der Erinnerung an den weihevollen Tag Meines Eintritts in die Armee die hehren Gestalten Meines Mir allzu früh entrissenen Hrn. Vaters und Meines unvergeßlichen Hrn. Großvaters besonders lebendig vor Augen führten, so wurde Ich doch hoch beglückt durch die mannigfachen Beweise treuer Liebe seitens des deutschen Volks, welches mit seinen erlauchten Fürsten darin wetteiferte, Mich an Meinem doppelten Festtage zu ehren und zu erfreuen. Zahlreicher noch als sonst sind die schriftlichen und telegraphischen Glückwünsche, welche Mir von nah und fern zugegangen sind. Eine innige Befriedigung gewährte es Mir, aus denselben wahrzunehmen, wie die von allen patriotisch fühlenden Herzen Meinem Feste entgegengebrachte freudige Teilnahme durch den Mir gewordenen Besuch des um Kaiser und Reich so hochverdienten Staatsmannes noch eine besondere Steigerung erfahren hat. Indem Ich Allen, welche Mir bei dieser Gelegenheit so liebevolle Aufmerksamkeit erwiesen haben, auf diesem Wege Meinen tiefgefühltesten Dank ausspreche, gebe Ich gern Meiner freudigen Zuversicht in die friedliche und segensreiche Weiterentwicklung unseres teuern Vaterlandes Ausdruck. Ich ersuche Sie, diesen Erlaß zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Berlin, den 31. Januar 1894.

An den Reichskanzler. Wilhelm. I. R."

1. Februar. (Kolonialpolitik.)

Die Budgetkommission des Reichstages genehmigt gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten den Antrag Arenberg betreffend die Beseitigung der Hindernisse für die Ausbildung der in den deutschen Kolonien wirkenden Väter vom heil. Geist. Der Antrag Gröber, die Regierung um Einbringung eines Gesetzentwurfes zur Bestrafung des Sklavenraubes und Sklavenhandels zu ersuchen, wird einstimmig angenommen.

1. Februar. (Reichslande.)

Unterstaatssekretär v. Schraut erklärt im Landesausschuß, Elsaß-Lothringen müsse 2,900,000 ℳ mehr an das Reich zahlen und, falls die Tabaksteuer verworfen werde, mit direkten Steuern einspringen. Die Mehrbelastung verhindere gemeinnützige Unternehmungen und störe die begonnene Reform der direkten Steuern.

2. Februar. (Kolonialpolitik.)

Der Dirigent der Kolonialabteilung Wirkl. Geh. Leg.Rat Dr. Kayser

verurteilt in der Budgetkommission des Reichstags scharf den durch die Hamburger Firma Woelber und Brohm getriebenen Sklavenhandel.

5. Februar. (Kamerun.)

Das „Berl. Tagbl.", publiziert „Tagebuchblätter eines deutschen Kolonisten", die heftige Angriffe gegen den Kanzler Leist in Kamerun enthalten.

Anfang Februar. (Aufstand in Kamerun.)

Das „Kolonialbl." publiziert in einer Extranummer den amtlichen Bericht des Kanzlers Leist über den Aufstand in Kamerun. Leist führt den Aufstand auf die Unzufriedenheit der Dahomeys mit ihrer Bezahlung zurück. Da sie von Gravenreuth 1891 aus der Sklaverei Behanzins freigekauft und durch das deutsche Gouvernement vor dem Tode durch Hunger und Krankheiten errettet seien, hätten sie nicht die Löhnung der übrigen Polizeitruppe (20 ℳ als Rekrut, später 30 ℳ monatlich) erhalten, seien aber reichlich verpflegt und nicht selten beschenkt worden. Ein weiterer Grund zum Aufstand seien vermutlich die Verhetzungen der Dahomeyweiber, von denen einige wegen ihrer grenzenlosen Faulheit mit einigen Hieben hätten bestraft werden müssen.

In der Budgetkommission des Reichstages erfährt Leists Bericht durch Prinz Arenberg (Z.) und Bebel (Soz.) starke Angriffe. Ebenso wird die Verwaltung des Hrn. v. François in Südwestafrika abfällig kritisiert, den Herr v. Marschall verteidigt.

In der Presse werden aus Anlaß dieser Vorgänge lebhafte Klagen über „Assessorismus" und „Militarismus" in der Kolonialverwaltung laut; zugleich wird eine selbständigere Stellung der Kolonialabteilung gefordert.

5. Februar. (Reichstag.) Etatsberatung. Herzog von Koburg. Vgl. 21. Januar.

Abg. Friedberg (nl.) befragt den Reichskanzler über die Stellung des Herzogs von Koburg.

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Der Herr Vorredner hat im letzten Teil seiner Rede eine prinzipielle Frage gestellt, dahin gehend, ob es überhaupt zulässig sei, daß ein Ausländer einen deutschen Thron besteige, — wenn ich ihn recht verstanden habe. Auf diese prinzipielle Frage einzugehen, liegt ein praktischer Grund zur Zeit nach keiner Richtung vor, und ich sehe auch nicht, woher in absehbarer Zeit ein Motiv kommen sollte das uns nötigte, uns mit dieser Frage zu beschäftigen. (Sehr richtig!)

Im Uebrigen liegt die Sache formal ganz klar. Es ist nach Landes- und Fürstenrecht zunächst zu entscheiden, ob die Thronfolge in einem einzelnen deutschen Lande in dieser oder jener Weise zu regeln ist. Ist sie dann geregelt, so präsentiert das Land oder sein neuer Souverän einen Bevollmächtigten zum Bundesrat, und es ist dann Sache des Bundesrats, zu entscheiden, ob dieser präsentierte Bevollmächtigte de jure in der Lage ist, das Land zu vertreten. Das ist eine Auffassung, die nicht erst jetzt angenommen, sondern die schon von meinem Herrn Amtsvorgänger in den Akten — immer nur als theoretische Betrachtung möglicher künftiger Fälle — niedergelegt worden ist. Ich glaube, ich kann es mir bei dieser Sachlage versagen, auf die prinzipielle Zukunftsfrage einzugehen: ich will aber noch ein paar Worte über die momentan akut gewesene Frage, die der Souveränetät im Herzogtum Koburg-Gotha hinzufügen.

Es ist nach meinem Dafürhalten zweifellos und, wenn ich recht verstanden habe, auch von dem Herrn Vorredner nicht bestritten worden, daß Se. königl. Hoheit der Herzog von Koburg-Gotha zur Zeit rechtmäßiger

Souverän des Landes ist. Wir können hier die Frage ganz bei Seite lassen, ob er einmal aufgehört hat, Deutscher zu sein: mit dem Augenblick aber, wo er rechtmäßiger Souverän von Koburg-Gotha geworden liegt nicht der mindeste Zweifel darüber vor, daß er jene Eigenschaft wiedererlangt hat.

Also erstens: er ist Deutscher. Zweitens ist zweifellos, daß er berechtigter Souverän von Koburg-Gotha ist. Die Eigenschaft eines deutschen Souveräns schließt aber eo ipso jede Abhängigkeit vom Auslande aus (hört! hört! bei den Nationalliberalen), und es ist nicht möglich, daß ein deutscher Souverän gleichzeitig Unterthan einer fremden Macht sein kann. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) Mögen die Rechtsgelehrten diese Frage erörtern, wie sie wollen; ich behaupte: es ist nicht möglich. Denn wenn ich nur an den Fall eines Krieges zwischen Deutschland und demjenigen Lande denke, dessen Unterthan der neue Souverän, um so zu sagen: im Nebenamte (Heiterkeit) sein sollte, so ergiebt sich die Unmöglichkeit von selbst. Er könnte ja von den Gerichten des anderen Landes wegen Hochverrat belangt werden, wenn er als deutscher Fürst an dem Kriege gegen das andere Land teilnimmt. (Sehr richtig!)

Das ist thatsäch unmöglich; und ich glaube, es ist nicht erforderlich, daß wir auch hierauf weiter eingehen.

Nun ist der Herzog von Koburg-Gotha Deutscher, er ist Souverän, er kann nicht Unterthan einer anderen Macht sein. (Hört! hört!)

Was kann uns nun noch zu Besorgnissen Anlaß geben? Seine königliche Hoheit hat, als er den Thron bestieg, in der formalsten Weise im Beisein Seiner Majestät des Kaisers Schritte gethan, um zu erhärten, daß er Willens ist, seinen Pflichten gegen Deutschland voll zu genügen.

Nun ist in der öffentlichen Meinung — und ich habe das auch bei dem Herrn Vorredner wohl durchklingen hören — eingewandt worden: ja, der hohe Herr hat aber gleichzeitig auch Pflichten gegen England. Wie weit diese Pflichten gegen England gehen, zu untersuchen ist nicht unsere Sache; es gibt englische Auffassungen und Gesetze über eine doppelte Nationalität englischer Staatsbürger. Aber wir haben uns nur an das Faktum zu halten: Seine königliche Hoheit ist Deutscher, hat die Pflichten eines Deutschen, hat die Rechte eines Deutschen; es ist seine Sache, seine früheren Beziehungen zu einer anderen Nation und zu einem anderen Staate so zu regeln, daß sie mit seinen Pflichten gegen Deutschland nicht in Kollision kommen können. (Hört! hört!) und soweit ich gesehen habe und soweit meine Kenntnis reicht, hat Seine königliche Hoheit den festen Willen, seine Pflichten eben in dieser Weise zu regeln. (Hört! hört!)

Ist dies aber der Fall, so hat eine Einmischung unsererseits nicht allein kein praktisches Ziel — was können wir für die Anschauungen der Engländer? wie können wir auf sie einwirken? — sondern ich würde sogar befürchten, daß wir der freien Thätigkeit Sr. königlichen Hoheit des Herzogs von Koburg-Gotha hinderlich werden, wenn wir uns mit diesem Gegenstande weiter beschäftigen. (Lebhafter Beifall.)

Im weiteren Verlaufe der Sitzung wird die Stelle eines neuen Direktors im Reichsamt des Innern, die die Budgetkommission (vgl. 10. Januar) abgelehnt hatte, bewilligt.

6. Februar. Berliner Blätter melden, der Kaiser habe auf dem Kanzlerdiner am 5. Februar die Erwartung ausgesprochen, daß Patriotismus und Bewußtsein der Verantwortlich-

keit den Reichstag zur Annahme des russischen Handelsvertrages veranlassen werde. Der Reichstagspräsident v. Levetzow verteidigte die ablehnende Haltung der Konservativen.

7. Februar. Erkrankung des Königs von Sachsen an Blasenblutungen.

6.—8. Februar. (Abgeordnetenhaus.) Erste Beratung des Gesetzentwurfs über Landwirtschaftskammern. Die Vorlage wird an eine Kommission verwiesen.

8. Februar. (Reichstag.) Die Novelle zum Unterstützungswohnsitzgesetz wird in der 3. Beratung mit einem Amendement Molkenbuhr angenommen.

8. Februar (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Die Vorlage über den Bau des Elbtravekanals wird von den meisten Rednern sympathisch begrüßt und an die Budgetkommission verwiesen.

9. Februar. (Reichstag.) Postetat.

Abg. Schönlank (Soz.): Der General-Postmeister Stephan wurde vor kurzem mit einem Bilde des Kaisers beschenkt, das die Unterschrift trug: „Wir leben im Zeichen des Verkehrs." War das eine Anerkennung für frühere Leistungen oder eine Aufmunterung für die Zukunft? Thatsächlich ist auf dem Gebiete der Postverwaltung eine Art Versteinerung eingetreten; die Reichspost hat sich von den glücklicherweise, muß man sagen, mit dem Postreservat ausgestatteten Ländern Württemberg und Bayern überholen lassen. Es ist in Württemberg das Stadtporto für Briefe und Karten auf 3 und 2 ₰, für den übrigen Verkehr das Briefporto auf 5 ₰ herabgesetzt worden; in Berlin kostet der Brief noch immer 10 ₰. Herr v. Stephan hat das Beispiel nicht nachgeahmt, sondern sich vielmehr in der „Kölnischen Zeitung" ein Pelotonfeuer auf die Württemberger geleistet, das diese aber sehr erfolgreich erwidert haben. Schließlich zieht sich Herr v. Stephan hinter die großen Einnahmeausfälle zurück, die eine Ermäßigung des Portos zur Folge haben würde. Das ist aber nur eine statistische Sophisterei. Viel schlimmer steht es aber auf sozialem Gebiet innerhalb der Postverwaltung. Von Musterbetrieben ist da nichts zu spüren, vielmehr kommt da die kapitalistische Produktionsweise in der schärfsten Form zum Ausdruck. Etwa 100000 Beamte werden übermäßig angespannt, ausgebeutet und schlecht bezahlt. Die große Masse der Postproletarier ist ganz wie bei den Industriebaronen und -Gesellschaften durch eine unübersteigbare Kluft von der leitenden Beamtenschaft getrennt. Die Zahl der diätarisch Angestellten ist eine ganz ungeheuerlich große; diese große Schaar ist völlig abhängig von der Postverwaltung, sie hat nur Pflichten, keine Rechte; das System hat die Tendenz, immer mehr die Beamten durch Diätare zu ersetzen, eine Lehrlingszüchterei im Großen zu erzeugen. Sucht ein solcher Postproletarier Urlaub nach, so muß er die Kosten für den Stellvertreter bezahlen, und mit der Anerkennung der Krankheit durch die Vertrauensärzte hat es erst recht seinen Haken; denn kommt der Urlaub Nachsuchende zum Arzt, so liegen bei demselben schon seine Personalakten und seine Konduitenliste. Was hat Lungenkatarrh oder Rheumatismus mit den Personalakten zu thun? Danach scheint es doch, daß es sich bei der Untersuchung weniger

um die Krankheit als um die Gesinnung des Urlaub Nachsuchenden handelt. In einem Erlasse hat der Ober-Postdirektor Griesebach in Berlin die Briefträger u. s. w., welche Weihnachts- und Neujahrsgeschenke vom Publikum annehmen, als Pflichtvergessene gebrandmarkt und zur Bestrafung gezogen; Herr v. Stephan aber nimmt solche Geschenke selbst an, läßt auch solche verteilen. Der Eisenbahnminister überweist dem Postamt 41 in der Mauerstraße für das Personal des Amts als Gratifikation 500 ℳ, davon erhält der Postdirektor, der doch sonst nicht zum Personal gerechnet wird, 60 ℳ! In Erinnerung muß hier auch gebracht werden, daß der Vorgänger des Herrn Griesebach, Schiffmann, von der Kaufmannschaft zu seinem Jubiläum 10000 ℳ erhalten und angenommen hat! Durch die schlechte Bezahlung werden die Postunterbeamten direkt zu Nebenerwerben gezwungen, und auf diesem Wege wird andern gewerblichen Arbeitern die schlimmste Konkurrenz gemacht. Es ist bereits so weit gekommen, daß unsere Gerichte die Postbeamten, wenn sie wegen Eigentumsvergehen vor Gericht stehen, anders als andere Uebertreter beurteilen, daß sie ausdrücklich auf die erbärmliche Bezahlung der Postbeamten als auf einen mildernden Umstand Rücksicht nehmen. (Redner führt eine Anzahl gerichtlicher Entscheidungen und Erkenntnisgründe dieser Kategorie an.) Eine wunderbare Einrichtung ist auch der berühmte oder berüchtigte Spar- und Vorschußverein für die Postbeamten; es werden nicht weniger als 5 und 6 pCt. Zinsen für die Vorschüsse berechnet, gleichwohl haben 37000 Mann diesen Verein in Anspruch nehmen müssen, also mit ihrem Gehalt nicht auskommen können. Dieser Verein liegt der Verwaltung so am Herzen, daß sie unerlaubte Pressionen auf die Beamten ausübt, um die, welche nicht Mitglieder sind, zum Eintritt zu zwingen. Die von Amtswegen eingeführte Lebensversicherung will nicht recht florieren; trotzdem die Verwaltung 17 pCt. der Prämien zuzahlt, sind nur wenige Tausende ihrer Beamten in der Lage, sich versichern zu können. Aus der Kaiser-Wilhelm-Stiftung wurden von den 65462 ℳ Einnahme nur 2583 ℳ zu Gunsten der Unterbeamten ausgegeben, für die sie doch hauptsächlich bestimmt war, wie sie auch zum großen Teil aus deren Beiträgen stammt. Aus dem Titel 38, der zu Unterstützungen für Unterbeamte und nur in Ausnahmefällen für höhere Beamte bestimmt ist, wird ganz unverhältnismäßig viel an höhere Beamte gegeben. Große Erbitterung erregt ferner unter den Unterbeamten die Bemessung des Wohnungsgeldzuschusses. Die höheren Beamten und zum Teil auch die Assistenten erhalten einen hinreichenden Zuschuß, die Unterbeamten nur einen solchen von 240 ℳ, mit dem in den Städten der Servisklasse a, Berlin, Hamburg, u. s. w. absolut nicht auszureichen ist. Herr Fischer die rechte Hand des Herrn Stephan, verweist großmütig die Postbeamten auf die Aftervermietung von Zimmern und Schlafstellen; ein herrlicher Weg zur Lösung dieser sozialen Frage, wenn man bedenkt, welchen Krebsschaden die Aftervermietung in den sozialen Zuständen der großen Städte bildet. Es muß unter allen Umständen noch eine höhere Servisklasse zu 360 ℳ eingeführt werden. Ein Postbeamter mußte, obwohl unschuldig, 7 Wochen in Untersuchungshaft sitzen; er wurde dann freigesprochen, war aber inzwischen aus dem Postdienste entlassen worden. Was ist aus dem Manne geworden? Hat man ihn wieder angestellt? Hat man ihm eine Genugthuung gewährt? Oder haben in Deutschland nur die ehrlichen Männer wie Ihering-Mahlow und Naporra Anspruch auf eine eklatante Genugthuung? Ein Postsekretär aber, der sich gegen die Vorgesetzten und gegen das Eigentum schwer vergangen hat und flüchtig geworden ist, wird in dem offiziösen Organ des Herrn v. Stephan, der „Deutschen Verkehrszeitung“ als „freiwillig ausgeschieden“ gemeldet. (Hört! Hört! und große Heiterkeit links.) Dieses System läßt

sich wohl am besten als der durch willkürliche Gnaden- und Ungnadenakte temperierte Despotismus bezeichnen. (Sehr gut! links.) Die Postassistenten sind verurteilt, ewig Assistenten zu bleiben, sie müssen dieselben Arbeiten verrichten wie die Postsekretäre, aber nur diese können die höheren Staffeln ersteigen, weil sie die Söhne der Bourgeois sind; jenen bleiben die höheren Karrièren immerdar verschlossen. Mindestens der Weg zum Sekretariat müßte den Assistenten und Oberassistenten eröffnet werden. Aber bei uns heißt es, chinesenhaft sich in Kasten abschließen, und „der Zopf, der hängt uns hinten". In den Post- und Telegraphenschulen erteilen die Ober-Posträte und -Direktoren des Reichs-Postamts den Unterricht während ihrer Dienststunden, und da kommt man uns mit der Forderung eines neuen Direktors, eines Unterstaatssekretärs für das Reichs-Postamt! Die Herren Lehrer beziehen natürlich ihr Gehalt unverkürzt, ebenso aber auch die Schüler der Post- und Telegraphenschule, ja zu Weihnachten erhalten sie für ihre praktische Thätigkeit noch Diäten dazu von 8 ℳ! Hier Verschwendung, bei den Unterbeamten aber ein abscheuliches Sparsystem! Der Willkür auf dem Gebiete der Gehaltsbemessung würde allerdings sofort ein Ende gemacht sein, wenn das System der Dienstalterszulagen eingeführt würde; aber gerade aus diesem Grunde sträubt sich Herr v. Stephan so sehr gegen diese Maßnahme der Gerechtigkeit. Mit den Stellenzulagen werden die Beamten der Zentralverwaltung ganz anders bedacht, als die übrigen im Lande. Am 6. Februar 1879 erließ Herr v. Stephan die Verfügung, welche das Briefgeheimnis für Sozialdemokraten außer Kraft setzte. Das Sozialistengesetz ist am 1. Oktober 1890 außer Kraft getreten, dieser Erlaß aber ist noch heute nicht aufgehoben! Uebereifrige Postdirektoren leben denn auch heute noch diesem Erlaß nach. Allerdings ist ganz von hinten herum auf dem Wege einer Berichtigung der Dienstanweisung die Streichung des in die Dienstanweisung aufgenommenen Erlasses verfügt, aber kein Beamter braucht davon Kenntnis erhalten zu haben. Der Erlaß muß auch durch einen besonderen Erlaß wieder aufgehoben werden: Wenn Heinrich Buße thut, muß er nach Canossa gehen! Aber Herr v. Stephan hat sich in den Polizeigeist so eingesponnen, daß er selbst so ein kleiner Post-Bismarck geworden ist; wie hätte er sonst einen echten und rechten Spitzeldienst gegen den Postassistentenverband einrichten können! Käme der bürgerliche Heinrich Stephan heute aus Stolp wieder und müßte als Postassistent arbeiten, er würde nicht nur der eifrigste Freund des Assistentenverbandes, der lauteste Rufer im Streit, nicht nur ein tüchtiger Verbändler, sondern auch der wütenste Sozialdemokrat auf Gottes Erdboden werden. (Große Heiterkeit, Unruhe bei den Nationalliberalen, Schlußrufe) Ich werde schließen, wenn es mir paßt, nicht wenn es Ihnen paßt! Ein französisches Sprichwort sagt: Wenn man einen Sumpf austrocknen will, darf man nicht die Frösche befragen. (Große Unruhe bei den Nationalliberalen und rechts. Wiederholte Schlußrufe.) Fahren Sie nur so fort, wir werden ernten, was Sie säen!

Direktor im Reichspostamt Dr. Fischer: Meine Herren, die Rede des Herrn Vorredners hat in ihrer Dauer von 1½ Stunden im Fluge eine solche Unzahl von Dingen berührt, daß es schwer möglich sein wird, alles einzeln hier zu erörtern, was zur Sprache gekommen ist. Die Eile, mit der der Herr Redner den ganzen Postetat unter dem Vorwande, zum Gehalt des Herrn Staatssekretärs zu sprechen, einer Kritik unterzogen hat, wird ja begreiflich durch das, was er am Schluß gesagt hat, daß er nämlich der Meinung wäre, im Namen der gedrückten, hungernden Postbeamten hier das Wort ergreifen zu müssen. Meine Herren, ich lege Protest ein gegen das Mandat, welches der Herr Abgeordnete sich in diesem Ausdruck

vindiziert. (Lebhafter Beifall.) Das kommt ihm nicht zu. Mir liegt hier ein Zeitungsausschnitt aus den „Bremer Nachrichten" vor, worin es im Sprechsaal heißt, unterzeichnet „Ein angestellter Postunterbeamter für viele gleichgesinnte Kollegen": Geehrter Herr Redakteur! Mit Ihrem Artikel: „Die Postunterbeamten und die Sozialdemokratie" in der Sonntagsnummer haben Sie ganz recht; es fällt uns Postunterbeamten gar nicht ein, mit den Sozialdemokraten zu harmonieren. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Und der Mann fährt weiter fort: Es ist seltsam, daß sich die Sozialdemokraten als unsere Freunde aufzuspielen suchen, während sie bei anderer Gelegenheit uns feindlich gegenübertreten. Da heißt es denn für uns auch: Gott bewahre uns vor unseren Freunden, vor unseren Feinden wollen wir uns schon selbst schützen! (Lebhafter Beifall.) Nun, meine Herren, wenn mit solchen Worten ehrenhafte Beamte bezeichnet werden, wie es vom Herrn Vorredner geschieht: ich habe eine wahre Blumenlese von Worten, die er gebraucht hat, Postkulis, Postsklaven, Proskriptionslisten, Hungerlöhne; er wirft uns barbarische Behandlung vor, spricht vom Mandarinentum. Ich bin der Meinung, wir wollen das nicht so tragisch nehmen, wie sich das anhört. Ich weiß ja, daß diese Worte weniger für diesen Saal berechnet sind, als für Die, die draußen das lesen sollen. (Sehr richtig!) Sie werden mir also vergönnen, daß ich gegenüber den starken Ausdrücken, in denen der Herr Vorredner sein, wie er meinte, gutes Herz für die Postverwaltung hier zur Schau getragen hat, ihm in ganz gelassener und sachlicher Weise antworte. Ich fange dabei mit dem Dinge an, was uns von allem, was uns vorgeworfen werden kann, am meisten berührt, von der Verletzung des Briefgeheimnisses — und da hat es mich allerdings gefreut, daß, um eine solche Anklage zu begründen, der Hr. Abg. Schönlank auf einen Erlaß zurückgekommen ist, der 15 Jahre alt ist und der unter einem Sondergesetz erlassen worden ist. Neuere Fälle hat selbst das eingehende Studium, dessen der Herr Schönlank sich rühmt, nicht ermitteln können. Er hat einen Fall zur Sprache gebracht, und hat einen Amtsvorsteher mit Namen genannt — er hat gemeint, daß es am Namen läge; einen solchen Scherz berühre ich nicht. — Ich kann ihm erwidern, daß der Fall sich allerdings so zugetragen hat, wie er ihn vorgetragen hat; der Herr Abgeordnete hat nur vergessen, das eine mitzuteilen, daß für den offenbaren Mißgriff, dessen der Herr Amtsvorsteher sich schuldig gemacht hat, er in unzweideutiger Weise von seiner vorgesetzten Behörde rektifiziert worden ist. (Hört! hört!) Damit, meine ich, ist die Sache aus der Welt gethan, und wenn der Herr Abg. Schönlank meinte, daß jeder Erlaß, da er im „Post-Amtsblatt" gestanden habe, auch durch Publikation im „Post-Amtsblatt" hätte aufgehoben werden müssen, so ist das geschehen; denn die Abänderungen der allgemeinen Dienstanweisung werden im „Post-Amtsblatt" bekannt gemacht und es wird dort darauf hingewiesen, daß sie publiziert werden. Ich wende mich dann zu einer Gruppe von Einzelheiten, die der Herr Abgeordnete, wohl, um seiner Rede ein gewisses drastisches Interesse zu verleihen, vorgebracht hat. Er hat sie aus dem Gebiet der Postkriminalistik entnommen. Da ist es mir sehr beruhigend, daß ein selbst so scharfer Kritiker, wie der Abg. Schönlank, anerkannt hat, daß die Zahl der Kriminalfälle bei der Postverwaltung eine verhältnismäßig geringe ist, und es freut mich, dem hohen Reichstage mitteilen zu können, daß die Zahl sogar von Jahr zu Jahr geringer wird. (Bravo!) Ich habe die Liste hier. Sie erstreckt sich auf mehr als 30 Jahre. Vor 30 Jahren fiel eine strafrechtliche Untersuchung im Jahre auf 136 Beamte; im Jahre 1870 — ich nenne das Jahr 1870 absichtlich — betrug diese Zahl eine Verfolgung auf 196 Beamte, und von Jahr zu Jahr hat sich die Zahl

der Beamten, auf welche je eine Verfolgung entfällt, vermehrt, also die Zahl der Kriminalfälle im Verhältnis zur Zahl der Beamten verringert. Gegenwärtig entfällt eine Kriminaluntersuchung auf 352 Beamte. (Hört, hört!) D. h. also seit dem Jahre 1870, seitdem der Herr Staatssekretär v. Stephan an der Spitze der Postverwaltung steht, hat die Zahl der Kriminalfälle im Verhältnis zur Zahl der Beamten sich auf die Hälfte verringert. Ich meine, meine Herren, daß eine solche Thatsache mehr beweist als einzelne drastische Fälle, die auf Grund von Zeitungsberichten hier ins Haus hineingebracht werden (Sehr richtig!) und die im Einzelnen schwer zu widerlegen sind, die aber nach der Art, wie solche Zeitungsberichte entstehen, sicherlich nicht als beweiskräftig von Ihnen gehalten werden. (Sehr richtig!) Nun erlauben Sie mir, meine Herren, auf einen dieser Fälle einmal etwas näher einzugehen, weil er sowohl in der Presse, wie in der Rede des Herrn Abgeordneten eine gewisse Rolle gespielt hat; das ist der Fall Thau. Es handelt sich um einen Hülfsunterbeamten, der hier zur Untersuchung gezogen ist, weil er in Verdacht geraten war, einen Wertbrief, in dem sich 6000 ℳ in Hundertmarkscheinen befunden hatten, unterschlagen zu haben. Der Mann ist vom Gericht freigesprochen worden, allein nicht, wie die Zeitungsberichte und nach ihnen der Herr Vorredner annahm, weil seine Unschuld erwiesen war, sondern im Gegenteil, der mir vorliegende Bericht sagt: Wenn schließlich, heißt es hier in dem Bericht, der dem Herrn Justizminister über den Fall erstattet worden ist — die Freisprechung erfolgt ist, so ist das keineswegs deshalb geschehen, wie man nach dem Bericht des „Vorwärts“ annehmen müßte, weil kein Schatten von Schuld auf dem Angeklagten gehaftet habe; im Gegenteil, das Gericht hat nur nicht die Ueberzeugung von der Schuld gewinnen können. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) — Ja, meine Herren, wissen Sie denn nicht, daß das ein großer Unterschied ist, dann ist es mit Ihren kriminalrechtlichen Kenntnissen sehr schlecht bestellt. Man nennt das absolutio quia non liquet und das ist keine absolute Freisprechung. Nun heißt es in diesem Bericht weiter, daß die gerichtliche Haft über den Angeklagten — es handelt sich, wie ich dabei betone, um eine gerichtliche Haft; denn wenn man den Herrn Vorredner reden hörte, so konnte man glauben, daß wir den Mann 7 Wochen eingesperrt hätten — die gerichtliche Haft hat er sich im wesentlichen zugezogen, weil er sowohl, wie seine inzwischen verstorbene Frau, völlig unwahre Angaben über den Erwerb der in ihrem Besitz gefundenen auffallenden Anschaffungen gemacht hat. Der Mann war 23 Jahre alt, er hatte vor kurzem geheiratet, hatte damals Möbel auf Borg genommen und seit dem 9. Mai, wenige Tage nach dem Diebstahl, wegen dessen er verdächtigt wurde, hatten diese Leute plötzlich für 186 ℳ Sachen angeschafft, darunter einen Regulator, einen Damenmantel für 32 ℳ und solche Dinge mehr. Nach dem Erwerb des Geldes, welches für diese Dinge bezahlt worden war, gefragt, hat die Frau gesagt, sie habe den Hundertmarkschein, von dem der Herr Vorredner gesprochen hat, aus ihren Ersparnissen eingewechselt. Der Mann, darnach gefragt, gab eine andere Angabe, und Beide haben nachher vor Gericht wiederum andere Angaben gemacht, und haben dabei erklärt, sie hätten geglaubt, dem Postinspektor gegenüber nicht die Wahrheit sagen zu brauchen. Sie haben auch vor Gericht nicht die Wahrheit gesagt. Ja, meine Herren, wenn darauf hin die Gerichte Haft beschließen, wo ein dringender Verdacht vorlag, so wird man das wohl nicht mit dem Namen „Kabinetjustiz“, wie der Herr Vorredner es gethan, zu belegen brauchen. Ich wende mich nun zu einer anderen Gruppe von Ausführungen, die der Herr Abgeordnete gemacht hat, und ich gehe gleich ein auf die Hauptsache. Er erhebt die heftigsten Anklagen gegen die Sozial-

politik des Leiters des Reichs-Postamts, er ist dazu übergegangen, diese Politik eine miserable zu nennen, er hat sich gestattet, den Herrn Chef des Reichs-Postamts ein sozialpolitisches Petrefakt zu nennen. Meine Herren, erlauben Sie mir, daß ich Ihnen in aller Ruhe einmal den Nachweis antrete, wie es denn mit dieser angeblichen so miserablen Sozialpolitik in Bezug auf die Punkte bestellt ist, die der Herr Abgeordnete hier zur Sprache gebracht hat. Er hat uns vorgeworfen den Spar- und Vorschußverein, er hat uns vorgeworfen die Kaiser Wilhelm-Stiftung, er hat uns vorgeworfen die Lebensversicherung. Nun, die Herren, die etwas länger im Reichstage sitzen, als der Herr Abg. Schönlank, werden sich erinnern, daß bis zum Erlaß des Gesetzes vom Jahre 1873 für eine große Klasse von Unterbeamten eine Pensionsberechtigung nicht bestand. Die Reichs-Postverwaltung ist in ihrer sozialpolitischen Auffassung der Dinge bereits im Jahre 1868 dazu übergegangen, diesen Mangel des Gesetzes durch eine organisierte Selbsthilfe unter ihrem Personal auszugleichen. Sie schloß Verträge mit guten, soliden, Lebensversicherungen, erreichte durch den Abschluß dieser Verträge Erleichterungen in den Bedingungen, unter denen die Unterbeamten solche Verträge ihrerseits eingehen konnten, und sie gewährte aus den ihr zu Gebote stehenden Unterstützungsmitteln einen Zuschuß zu den Prämien, die sonst noch ermäßigt wurden. Auf Grund solcher Verträge haben denn viele Tausende von Postbeamten und Postunterbeamten ihr Leben versichert, und Tausende von Existenzen, die nach der Lage der damaligen Gesetzgebung sonst nach dem Tode des Ernährers lediglich auf Unterstützungen angewiesen wären, haben es uns gedankt, wenn nach dem Tode des Ernährers das durch diese soziale Fürsorge angeschaffte kleine Kapital die Grundlage einer Existenz für die hinterbliebenen Witwen und Waisen geworden ist. (Sehr gut! rechts.) Wenn Sie das eine misserable Sozialpolitik nennen, dann verstehen Sie unter diesem Ausdruck etwas anderes, als viele Parteien in diesem Hause es verstehen. Was ist es denn mit dem Spar- und Vorschußverein, dem der Herr Abgeordnete das Prädikat „berüchtigt", mit dem er sonst auch nicht sparsam umgegangen ist, angeheftet hat? Meine Herren, die Wahrnehmung wird nicht überraschen, daß in einer so großen Verwaltung die Versuchung vielfach an Beamte herantritt. Sie haben ja die Daten der Kriminalstatistik angehört. Ich kann Ihnen versichern, daß jeder einzelne Fall, wenn er vorkommt, uns sehr nahegeht; und da wir der Meinung sind, daß, wenn man verwalten will, man nicht bloß zu strafen, sondern vorzubeugen hat, damit nicht gestraft wird, so ist im Jahre 1871 auf dem Boden der wirtschaftlichen Selbsthülfe eine Einrichtung ins Leben gerufen worden, durch welche die Leute, die in Verlegenheit kommen, aus den gemeinsam aufgebrachten Mitteln sich helfen können. Das sind die „berüchtigten" Spar- und Vorschußvereine des Herrn Vorredners. Nun weiß ich gar wohl, welche Mühe sich die Herren geben, es so darzustellen, als ob lediglich die schlechte Lage der Postbeamten sie dazu getrieben habe; aber die Sache liegt ganz anders. Es kann auch bei dem ausreichendsten Gehalt durch Krankheit, plötzlichen Tod eines Familienmitgliedes, durch andere erfreuliche Familienereignisse — nehmen Sie einmal Zwillinge an — es können Fälle eintreten, in denen die kleinen Ersparnisse, die gerade im Hause sind, nicht ausreichen. Wenn der Mann Niemand hat, der ihm hilft aus seiner Verlegenheit, dann kommt er in die Hände von Leuten, die ganz andere Zinsen nehmen, als der Vorschußverein; er kommt in die Hände von Leuten, die man im gewöhnlichen Leben „Kravattenmacher" nennt, und wir haben in der Postverwaltung viele Fälle gehabt, wo Geschäftsverbindungen mit dieser schlimmen Industrie unsere Unterbeamten nachher auf die Anklagebank gebracht haben, zu Dieb-

stählen und Unterschlagungen u. s. w. verführt haben. Dem haben wir vorbeugen wollen. Ich kann Ihnen versichern, nichts ist eine wohlthätigere Schöpfung gewesen, als diese. Aus eigener Initiative der Beamten hervorgegangen, besitzen diese Spar- und Vorschußvereine jetzt ein Vermögen von 25 Millionen Mark — beiläufig eine Ziffer, die doch mit dem Schauergemälde, was der Herr Vorredner von den hungernden und darbenden Postbeamten vorgeführt hat, etwas kontrastiert. (Sehr richtig!) Und wenn der Herr darauf hingewiesen hat, daß nur ein Drittel der Mitglieder von den Vorschußvereinen Gebrauch macht, dann ist gerade der Beweis geführt, wie richtig diese Einrichtung ist, wie oft es dort vorkommt, daß nicht bloß die Unterbeamten, sondern daß alle Beamten — ich selbst bin Mitglied — einmal im gegebenen Falle davon Gebrauch machen. Ich weiß nicht, wie man das Herz haben kann, das eine berüchtigte Einrichtung, eine Frucht berüchtigter Sozialpolitik zu nennen. Das Dritte, was er uns vorgeworfen hat, ist die Kaiser Wilhem-Stiftung. Es sind ja viele noch zu meiner Freude im Reichstag, die an dem kleinen wohlthätigen Gesetz von 1871 Teil genommen haben. Der illustre Befürworter des Gesetzes, der damals nicht das einzige Mal für die Postbeamten das Wort ergriff, der selige Graf Moltke, ist allerdings nicht mehr unter uns; aber Sie erinnern sich, um was es sich handelt. Während des französischen Krieges hatten unsere Feldpostrelais nicht bloß den Kriegspostdienst zu versehen, sondern auch die Landespost, die von den Franzosen verlassen worden war. Sie hatten die Taxen erhoben, und nach Bestreiten der Abzugskosten war ein kleiner Ueberschuß übriggeblieben von etwa 120 000 Thalern; daraus ist mit Zustimmung des Reichstags diese Kaiser Wilhelm-Stiftung entstanden, die sich inzwischen durch weitere Zuwendungen auf die Summe vermehrt hat, die der Herr Abgeordnete genannt hat. Nun meinte er, diese Stiftung würde bloß für die höheren Beamten verwendet. Er hat sich bezogen, wie es schon im vorigen Jahre ein anderer Herr gethan, auf die Ausgabeposten, womit einige Freistellen in dem Kaiser Wilhelm-Stift für höhere Töchter errichtet worden sind. Erstens aber gehen die Studien des Herrn Abgeordneten doch noch nicht tief genug; er übersieht, daß diese Ausgabe zwar unter den laufenden erscheint, aber nicht von den laufenden Einnahmen bestritten worden ist, sondern von dem Kapital, von dem durch Sammlung erworbenen Kapital, wozu wir statutenmäßig berechtigt sind. Es ist also keineswegs etwa die ganze Summe entzogen worden der Ausgabe des Jahres; das ist durchaus nicht der Fall. Sodann will ich ihm zu seiner Beruhigung mitteilen, daß wir ähnliche Aufwendungen in anderen Jahren für die Kinder der Postunterbeamten gemacht haben; wir haben die Zahl der Freistellen, die wir in dem vortrefflich eingerichteten Waisenhause in Glienicke haben, die wir von preußischer Seite vorgefunden haben, aus den Kapitalmitteln derselben Kaiser Wilhelm-Stiftung auf die Zahl von 12 Stellen erhöht. In jener Stiftung, die dem Herrn Abgeordneten anstößig ist, haben wir nur vier Freistellen. Wir haben die Zahl der Freistellen in dem Waisenhause zu Bunzlau erhöht. Alle diese sind ausschließlich für Kinder der Unterbeamten bestimmt. Man kann also durchaus nicht sagen, daß wir die Kaiser Wilhelm-Stiftung ausschließlich zu einseitigen Zwecken brauchten. Ich protestiere gegen diese Unterstellung und rate dem Herrn Abgeordneten, ehe er mit solcher Zuverlässigkeit Behauptungen aufstellt, künftig in seinen Quellen etwas besser sich vorzusehen (Bravo! rechts. Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Nun komme ich zur Hauptsache. Die Anklage geht dahin, daß die Postverwaltung darauf ausginge, die Lage der Unterbeamten möglichst herabzudrücken und möglichst mit Tagelöhnern, wie der Ausdruck gebraucht wird, zu wirtschaften. Der Herr Abgeordnete ist so

weit gegangen, zu sagen, wir hätten 100,000 Tagelöhner bei der Reichs-Postverwaltung. Wie er das ausrechnet, das weiß ich nicht. Die Sache ist die, daß unter dem Gesamtpersonal von 137,000 Köpfen, was wir bei der Postverwaltung haben, zunächst eine sehr große Zahl von Leuten ausscheiden, die mit der Post in einem rein kontraktlichen Verhältnisse stehen. In dieser Zahl stecken z. B. die 15- bis 16,000 Posthilfsstelleninhaber, die ehrenamtlich die kleine Mühewaltung des Briefeinsammelns übernehmen, vielleicht eine ganz geringe Entschädigung bekommen. Wenn man die als Tagelöhner bezeichnen will, thut man den Leuten außerordentlich unrecht, es sind meistens recht bemittelte Bauernhofbesitzer. (Sehr richtig! rechts), die sich dieser Ehrenleistung unterziehen. Es befinden sich ferner darin die 7000 Postagenten, die, wie Sie wissen, nur nebenamtlich das Amt bekleiden, die wir als nicht angestellte Beamte bezeichnen, ferner die Postillione, die Posthalter, weiter die 11,000 Unterbeamten, die nur stundenweise, nur als Aushelfer am Sonntag und dergleichen beschäftigt sind zur Durchführung der Sonntagsruhe. Von den 137,000 Menschen scheiden von vornherein also, ich will sagen, etwa 37,000 aus, für die die etatsmäßige Anstellung überhaupt gar nicht in Frage kommen kann. Es bleiben also 100,000. Nun haben wir in der Reichs-Postverwaltung 62,000 etatsmäßige Stellen. Es bleiben also 38,000 Personen, die nicht etatsmäßig als Beamte und Unterbeamte zusammengenommen, bei der Postverwaltung sich befinden. Wir erkennen gern an, daß dieses Verhältnis nicht so günstig ist, wie es sein sollte; wir geben uns auch alle Mühe, dieses Verhältnis zu verbessern. Der gegenwärtige Etat ist dafür ein redender Beweis, denn er schlägt Ihnen vor — und wir haben die Zustimmung Ihrer Budgetkommission dafür gewonnen —, die Zahl der etatsmäßigen Beamtenstellen um mehr als 1000 und die Zahl der etatsmäßigen Unterbeamtenstellen um mehr als 2200 zu vermehren. — Also Sie sehen eine recht kräftige Vermehrung! Und wenn, wie ich hoffe, in gleichem Maße weiter vorgegangen wird, so wird dieses Verhältnis von 62 : 38 in jedem Jahre sich noch besser gestalten. Nun aber weiter. Unter diesen 38,000 Nichtangestellten, befinden sich beinahe 20,000 sogenannte ständige Post-Hilfsboten. Gerade in der Behandlung dieser „ständigen Post-Hilfsboten“ kann ich Ihnen nachweisen, wie verschieden in Wirklichkeit unsere Sozialpolitik von dem Bilde ist, das der Herr Vorredner entworfen hat. Als der Herr Staatssekretär Dr. v. Stephan die Verwaltung übernahm, war die Sache im wesentlichen so, daß wir angestellte Unterbeamte bei größeren Aemtern hatten als Briefträger und Postschaffner. Die Zahl der angestellten Landbriefträger z. B. war eine verschwindend geringe, sie belief sich im Jahre 1870 höchstens auf 3000. Die anderen im Landbestelldienst befindlichen Kräfte wurden lediglich aus Pauschquanten bezahlt. Nun, meine Herren, sind wir dazu übergegangen, bei allen Aemtern der zweiten Gruppe, bei den Postämtern II — und das sind zwischen 700 und 800, die wir jetzt haben — an Stelle der lediglich im Privatdienst der Vorsteher vorgefundenen Kräfte etatsmäßige Unterbeamte herauszubringen. Infolge dessen hat sich das Verhältnis der etatsmäßig angestellten Unterbeamten zu den nicht angestellten Unterbeamten im Laufe der Amtsverwaltung des Herrn Staatssekretärs Dr. v. Stephan erheblich verbessert. Die Quelle, aus der der Herr Abg. Dr. Schönlank geschöpft hat, ist mir wohl bekannt, aber ich kann ihm versichern, daß alle Ziffern, die er daraus entnommen hat, unvollständig und unrichtig sind. (Lachen links.) — Ja, das Lachen wird Ihnen da nichts helfen; es sprechen hier die Thatsachen und Zahlen, mit denen ich hier vorgehe. (Bravo! rechts.) Nun aber weiter: diejenigen Unterbeamten, die als ständige Hilfsboten fungieren, die waren 1870 einfach ad nutum entlaßbar: sie bekamen ihre Löhnung aus der Privattasche

der Vorsteher der Aemter; jetzt bekommen sie einen festgesetzten Sold aus Reichsmitteln, jetzt können sie nur entlassen werden, wenn nicht ganz grobe Vergehen vorliegen — die bei allen Beamten sofortige Entlassung nach sich ziehen, nicht bloß bei dieser Kategorie, —, nach vierwöchentlicher Kündigung: jetzt wird ihnen im Fall der Erkrankung, so gut wie den angestellten Beamten, ihr Diensteinkommen auf 13 Wochen unverkürzt belassen; sie brauchen der Kranken-Unterstützungskasse nicht beizutreten, weil sie virtuell die Rechte der angestellten Beamten bereits haben, und wenn sie in einem solchen Falle dienstunfähig werden, wird nicht bloß für den Fall der Dienstbeschädigung, — wo bekanntlich das Fürsorgegesetz von 1886 Platz greift, — sondern wenn sie infolge von Krankheit dienstunfähig werden, Pension gewährt. Auf Grund des § 37 des Reichsbeamtengesetzes bekommen sie dieselbe Pension, die sie bekommen würden, wenn sie angestellte Unterbeamte wären, ja wenn sie Frau und Kinder hinterlassen, unterstützen wir diese aus dem Unterstützungsfonds nach derselben Analogie wie die Witwe und Waisen eines angestellten Beamten. Nun frage ich, ist das eine „miserable Sozialpolitik"? Ich meine, daß man da thut, was man kann, und mehr kann man von uns nicht verlangen! (Bravo!) Wir vermehren die Zahl der Angestellten, wir heben die Stellung der Nicht-Angestellten, und das — sollte ich meinen — sollte Ihnen genügen! Und damit will ich schließen. Ich hoffe, daß, wenn ich etwas Wichtiges vergessen haben sollte, sich noch später Gelegenheit finden wird, das einzeln zu widerlegen. (Bravo!)

Im ferneren Verlaufe der Debatte verteidigt auch Staatssekretär Dr. v. Stephan die Postverwaltung und lehnt namentlich unterstützt vom Abg. Gröber (Z.) die vom Abg. Schmidt (frs. Vg.) verlangte Herabsetzung des Posttarifs nach Württembergs Beispiel (vgl. 1. Januar) ab.

9. Februar. (Abgeordnetenhaus.) Interpellation Knebel und Genossen:

„Die Futternot des letzten Sommers hat in umfangreichen Gebieten des Staates massenhafte Forstfrevelstrafen zur Folge gehabt auch in solchen Fällen, wo die Strafthat in Anbetracht der außergewöhnlichen Umstände als entschuldbar betrachtet werden muß. Die Unterzeichneten richten an die königliche Staatsregierung die Anfrage, ob und in welchem Umfange dieselbe geneigt ist, für solche Fälle Allerhöchsten Orts die Begnadigung in Antrag zu bringen."

Landwirtschaftsminister v. Heyden: Ich will über den Umfang des auf mich delegierten Begnadigungsrechts miteilen, daß ich befugt bin, bei Forstkontraventionen u. s. w. bis zum Betrage von 30 ℳ Begnadigung eintreten zu lassen. Die Interpellation bezieht sich auf die in Anbetracht der außergewöhnlichen Umstände entschuldbaren Uebertretungen. Das ist kein faßbarer Begriff, nachdem man eine allgemeine Amnestie eintreten lassen könnte. Es bleibt also nur die Beurteilung der einzelnen Fälle. Ich werde diejenigen, die zu meiner Kompetenz gehören, selbst erledigen, die übrigen weiter in die Wege leiten. Ich bin geneigt, eine Verminderung der Strafe eintreten zu lassen. Ein völliger Straferlaß, auch im Falle, wo die Not vorhanden war, würde nicht geeignet sein und die gefährliche Folge haben, daß die Begriffe über das Eigentum für die Folge vollständig verwirrt würden. (Sehr richtig! rechts.) Es ist nicht ausgeschlossen, daß unter völliger Nichtachtung bestehender Verordnungen verwüstend in den Wald eingegriffen wird. Der Vorredner will selbst diese Fälle nicht unbestraft lassen. Es kann also von einem völligen Erlasse der Strafe nicht die Rede sein. Die Staatsregierung und speziell ich werden bei der Beur-

teilung einzelner herantretender Gnadengesuche die außergewöhnlichen Verhältnisse berücksichtigen.

10. Februar. (Russischer Handelsvertrag.)

Der Vorstand der Berliner Kaufmannschaft spricht sich für den Handelsvertrag mit Rußland aus. In den Kreisen des Handels und der Industrie werden fortwährend zustimmende Beschlüsse zum Handelsvertrage gefaßt; aus der Landwirtschaft lauten die meisten Kundgebungen ablehnend.

10. Februar. (Fürst Bismarck und der Handelsvertrag.)

Die „Hamb. Nachr." widersprechen der Behauptung der „Voss. Ztg.", daß Fürst Bismarck, falls er noch im Amte wäre, die Handelsverträge ebenfalls abgeschlossen haben würde. Gegen Herrn v. Ploetz, den Vors. des Bundes der Landwirte soll nach konservativen Blättern der Fürst unmittelbar vor seiner Berliner Reise geäußert haben, er sei nach wie vor ein Gegner des deutsch-russ. Handelsvertrages; nach der „Frankfurter Ztg." soll dagegen der Fürst keine bestimmte Erklärung gegeben haben.

Februar. (Russischer Handelsvertrag.) In einem Rückblick auf den Verlauf der Verhandlungen mit Rußland schreibt die „Köln. Ztg.:

„Die Verhandlungen begannen zu Anfang Oktober v. Js., die letzte Sitzung der Delegierten fand am 7. Februar statt; jetzt liegt der Vertrag in abgeschlossener Gestalt vor, ist bereits dem Bundesrat zugegangen und dürfte vielleicht schon in acht Tagen dem Reichstag unterbreitet werden. Bis spätestens Mitte März dürfte die endgültige Abstimmung im Reichstag erfolgen.

Die Leitung der Verhandlungen lag auf deutscher Seite in den Händen des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn v. Marschall. In Petersburg war der Finanzminister v. Witte, der sich in engster Fühlung mit dem Kaiser hielt, die ausschlaggebende Persönlichkeit. Die deutschen Unterhändler bei den Verhandlungen waren der Gesandte in Hamburg, Dr. Freiherr v. Thielmann, der seit vielen Jahren namentlich in wirtschaftspolitischen Dingen eines großen Ansehens sich erfreut, der Generalkonsul in Antwerpen Freiherr v. Lamezan, der als langjähriger deutscher Konsul in Rußland als einer der besten Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse des Zarenreiches gilt, und der Geheimrat Henle vom Reichsschatzamt; letzterer war für den erkrankten Wirkl. Legationsrat und jetzigen Generalkonsul in Triest, Pritsch, eingetreten. Auf russischer Seite präsidierte der hervorragende Chef der Handelsabteilung im russischen Finanzministerium Herr Timiriasew, dem in dem Herrn Labsin, dem Leiter des Technologischen Instituts in Petersburg, und dem bekannten Schriftsteller Raffalowitsch, russischem Finanzattaché in Paris, tüchtige Hilfskräfte zur Seite standen; auch der Berliner Finanzattaché Kumanin nahm an den Verhandlungen teil. Das Bureau bildete auf deutscher Seite der Konsul in Kowno, Frhr. v. Brück, der Legationsrat Klehmet vom Auswärtigen Amt und der Vizekonsul Dr. Mühlig vom Konsulat in Petersburg; auf russischer Seite der General-Zollinspektor Iwanow, der verdiente Statistiker Stein, Chef des Zollstatistischen Bureaus, und der Sekretär Nellis. Zeitweise war als Sachverständiger für Fragen des Getreidehandels Herr Schostak vom russischen Finanzministerium den Verhandlungen beigegeben.

Seitens der deutschen Unterhändler ist wiederholt mit besonderem Nachdruck anerkannt worden, daß der aus den Vertretern der beteiligten

Reichsbehörden, der preußischen Ministerien, der bayerischen, sächsischen, württembergischen, badischen, elsaß-lothringischen Regierung, der Hansestädte und endlich aus hervorragenden Sachverständigen auf den Gebieten von Landwirtschaft, Handel und Gewerbe zusammengesetzte Zollbeirat, eine gänzlich neue Schöpfung, ihnen für die Verhandlungen in dankenswertester Weise reichen Stoff geliefert und in vielen einzelnen Fragen mit sachverständigem Rate beigestanden hat. Ganz besonderer Dank gebührt hier den Vertretern der Industrie, dem Reichstagsabgeordneten Kommerzienrat Möller-Brackwede, dem Kommerzienrat Vogel-Chemnitz und dem Oberbergrat a. D. Dr. Wachler-Berlin, sowie den Vertretern des Handels Stadtrat Teschendorff in Königsberg, dem Vorsitzenden der Handelskammer zu Lübeck, Herrn Lange und dem Kaufmann Ponfick in Frankfurt a. M. Diese Herren hatten hier mit der Hilfe des Landtagsabgeordneten Bueck und des Dr. Hirsch ein besonderes Bureau gebildet, das sich außerordentlich bewährt hat und sich im Laufe der Zeit voraussichtlich zu einem ständigen Bureau zur Vertretung aller einschlägigen Interessen des Handels und der Industrie herausbilden wird."

13. Februar. (Mischehen von Offizieren.)

In der Budgetkommission des Reichstags führen Zentrumsmitglieder Beschwerde darüber, daß die Kabinetsordre Friedrich Wilhelms IV., wonach evangelische Offiziere, die bei Mischehen das Versprechen der katholischen Kindererziehung geben, zu entlassen seien, in den letzten Jahren streng gehandhabt werde. Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff verteidigt die Ordre und erklärt es eines evangelischen Offiziers für unwürdig, ein solches Versprechen abzugeben.

13. Februar. (Baden.) Bei der Erörterung des Kultusetats spricht sich der Staatsminister gegen die Zulassung religiöser Orden auf Grund der Vereinsfreiheit aus.

Februar. (Preußen.) Amortisationsdarlehen.

Der Minister des Innern verfügt die Gewährung von Amortisationsdarlehen an Grundbesitzer aus öffentlichen Sparkassen, „um die allmähliche Befreiung des Grundbesitzes, namentlich kleineren und mittleren Umfanges von hypothekarischen Schulden zu erleichtern und zugleich den Besitzern Gelegenheit zu geben in Fällen vorübergehenden Geldbedürfnisses ohne erhebliche Kosten und Förmlichkeiten neuen Kredit zu erhalten."

16./17. Februar. (Reichstag.) Kolonialetat.

Abg. Bebel (Soz.) wirft der ostafrikanischen Verwaltung Ungeschick und Brutalität vor. Abg. Richter (frs. Vp) tadelt die bureaukratische Verwaltung in Ostafrika und spricht dem deutschen Besitze jede Zukunft ab. Abg. Hasse (nl.) wünscht, daß der Reichskanzler den Kolonien mehr Interesse entgegenbringe.

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Der Herr Vorredner hat die Güte gehabt, sich auch mit meiner Person zu beschäftigen, und den Wunsch auszusprechen, daß ich nicht kalt gegen die Kolonien sein möchte, und er hat zum Beweise meiner Kälte eine frühere Aeußerung zitiert, etwa dahin gehend, daß wir Gott danken könnten, wenn uns nicht jemand ganz Afrika schenkte. Ich glaube, daß ich die Wärme für die Kolonien habe, die mir mein Amt zur Pflicht macht, und die im Interesse Deutschlands ein Gedeihen unserer Kolonien mir wünschenswert erscheinen läßt. Bis zu dem Grade von Wärme aber, fürchte ich, werde ich es nie bringen, daß ich den Wunsch haben könnte, ganz Afrika in deutschen Besitz zu bringen, selbst

wenn ich mich im Zustande der Fieberhitze befände. Denn ich glaube schwerlich, daß uns irgend eine größere Last aufgebürdet werden könnte als die Last, die jetzt Franzosen, Engländer, Italiener und Deutsche zusammen tragen. (Sehr richtig!) Ich glaube nicht, daß unser Rücken dafür stark genug sein würde. Ich kann aber dem Herrn Vorredner versichern, daß ich mich im übrigen lebhaft für die Kolonien interessiere und zu thun glaube, was meines Amtes nach dieser Richtung ist.

Der Herr Vorredner hat der Regierung vorgeworfen, sie leide an einer gewissen Programmlosigkeit; noch schärfer ist der Vorwurf gestern gemacht worden. Ich halte den Vorwurf für unberechtigt. Was kann denn in diesen Kolonien unser Programm sein? Zuerst sie festhalten; denn wenn wir sie los sind, dann sind wir auch über die Skrupel eines Programms hinweg. (Heiterkeit.) Gehalten müssen sie werden. Gehalten können sie aber nur durch militärische Kraft werden. Wir sind noch nicht in dem Zustand, daß die Kolonien durch ihr eigenes Gleichgewicht sich selbst hielten, sie müssen von uns gehalten werden. Dazu gehört militärische Kraft, dazu gehört also ein gewisses Quantum Militarismus.

Demnächst, wenn wir sie halten, habe ich den Wunsch, daß Deutschland Vorteil aus ihnen zieht, daß sie also so verwaltet werden, solche Kräfte anziehen, daß da Kapitalien gewonnen werden, daß steuerfähige Menschen aufwachsen, die dem Vaterlande, wenn sie zurückkehren, Nutzen bringen. Auch in dieser Beziehung geschieht, glaube ich, was geschehen kann, und da können wir eines gewissen Beisatzes von Assessorismus nicht entbehren; wir müssen also hier schon eine gewisse Mischung von Militarismus und Assessorismus vornehmen. Daß der Assessorismus mit dem Bureaukratismus wieder Hand in Hand geht, ist selbstverständlich, ist aber auch unbedingt notwendig.

Der Herr Vorredner hat Herrn v. Wißmann ein gewiß verdientes glänzendes Zeugnis ausgestellt, aber unter Herrn v. Wißmann kam der Bureaukratismus etwas zu kurz, der Militarismus blühte: Unter Herrn v. Wißmann haben mehr Offiziere im kaiserlichen Dienste gestanden, als heute in Afrika sind. An dem fehlenden Beisatz von Bureaukratismus bei Herrn v. Wißmann werden wir noch einige Jahre laborieren und ich vermute, die Rechnungskommission dieses Hauses wird noch später ernstlich damit zu thun bekommen. (Hört, hört! links.)

Die Verhältnisse, wie sie damals lagen, gaben zu einer geordneten Verwaltung gar keine Möglichkeit, und es ist denn auch ziemlich leicht mit den Geldmitteln umgegangen werden. (Hört, hört! links.)

Vor wenigen Tagen lag mir ein Antrag vor, das Kalkulaturpersonal in Ostafrika zu vermehren, weil mit den Wißmann'schen Rechnungen nicht fertig zu werden sei, weil kein Mensch weder ein noch aus wisse. Also diese Elemente müssen miteinander gemischt werden.

Nun wäre es mir ja ganz recht, auch einen merkantilen Mann zu haben. Ich möchte nicht glauben, daß bei den gegenwärtigen Zuständen unsere Kolonien in der Lage sind, ganz merkantil geleitet zu werden. Die einzige, die auf merkantiler Basis erbaut ist, ist Kamerun; von der könnte man, wenn man die Dinge in ein Schema bringen will, sagen: Das war eins Handelskolonie. Indessen auch da haben sich die Verhältnisse anders gestaltet. Es ist ja bekannt, daß, als die deutschen Firmen, die dort ansässig waren, schließlich nicht mehr weiter kamen, es auch dort einer militärischen Eroberung bedurfte.

Nebenbei, wenn die Herren von kaufmännischer Hilfe sprechen, so setzen sie voraus, daß wir kaufmännische Genies nicht bloß nach der kaufmännischen Richtung, sondern auch Verwaltungsgenies für diese Stellen be-

kommen. Da bitte ich Sie zu berücksichtigen, daß ein Mann von einiger Begabung und von einigen Mitteln wahrscheinlich einen vorteilhafteren Gebrauch von seiner Begabung und von seinen Mitteln machen wird als in diesen Kolonien. (Sehr gut! links. Heiterkeit.)

Es bleibt nichts übrig, als wir trachten, diese verschiedenen Elemente miteinander zu verbinden und solchen Nutzen daraus zu ziehen, daß die Kolonien im ganzen gedeihen.

Der Herr Vorredner empfahl uns nun, aus anderen, holländischen Kolonien, im Plantagenbau erfahrene Leute, wenn ich richtig verstanden habe, herüberzunehmen. Mein Gott, das wäre doch zunächst die Sache derjenigen Gesellschaften, denen die Plantagen gehören. Der Staat treibt keine eigene Plantagenwirtschaft, und nebenbei glaube ich, daß diese Plantagen noch keinen solchen Umfang angenommen haben, daß nicht etwa mit einem halben Dutzend erfahrener Leute aus Java auch dem weitesten Bedürfnis abgeholfen werden kann. (Sehr richtig! und Heiterkeit.)

Die Regierung kann sich damit noch nicht befassen; bei allem Wunsche, die Plantagen zu heben, muß sie es doch in erster Linie den Plantagengesellschaften selbst überlassen.

Also wir suchen die Kolonien zu halten und suchen mit den verschiedenen Mitteln den Kolonien aufzuhelfen. Daß diese Mittel nicht nach einem Schema gewählt werden können. liegt ja auf der Hand. Was in den sonnigen, vertrockneten Steppen von Südafrika möglich ist, paßt nicht unter den Palmen von Ostafrika. Das sind ganz verschiedene Dinge, und darin liegt ja eine große Schwierigkeit in der Regierung unserer Kolonien: Man stellt sich das oft, wie mir scheint, bei uns so vor, daß, wenn eine Regierung nur einen festen Gedanken, ein bestimmtes Programm hätte, die Sache gehen müßte. Ja, das ist nicht der Fall. Wir müssen für jede Kolonie ein anderes Programm machen, und so wie Sie mehr von mir verlangen, als daß ich sage: die Kolonien müssen gehalten werden und es muß aus ihnen das Mögliche zu Nutzen Deutschlands gemacht werden, dann bin ich nicht im Stande, ein Programm aufzustellen; ein solches müßte für jede dieser Kolonien spezifiziert werden, würde im Laufe der Zeit aber Abänderungen unterworfen werden müssen und das könnte fest, petrefakt, überhaupt gar nicht werden, weil ja unsere eigenen Erfahrungen und Eindrücke sich ändern. Vergessen Sie doch nicht, daß wir alle noch jung im Kolonialbesitze, in unseren Ideen über Kolonien sind, daß auch Leute, die hinübergehen, noch keineswegs feste Ideen haben. Fortwährend wechseln die Gedanken, und wir würden unsere Schuldigkeit nicht thun, wenn wir diesen Gedanken nicht nachgingen und versuchten, welcher von ihnen fruchtbar zu machen ist. Daß nun unter zehn solcher Gedanken, die an uns herantreten, neun unfruchtbar sind, das liegt in der Natur der Sache. Das schadet aber auch nichts, wenn wir nur mit dem zehnten Gedanken weiterkommen. (Heiterkeit.) Es ist davon die Rede gewesen, daß Herr v. Scheele in Ostafrika zuviel herumzöge, er sollte mehr regieren und mehr sitzen bleiben. Sehen Sie, meine Herren, das ist auch wieder eine von den Anforderungen, denen gegenüber ich darauf hinweisen könnte, daß gelegentlich genau die entgegengesetzten in diesem Hause erhoben worden sind. (Sehr richtig!) Wie oft ist uns vorgeworfen worden: Ihr regiert vom grünen Tisch. Jetzt haben wir endlich, Gott sei Dank, einen unternehmenden Mann, der damit anfängt, daß er auf die Löwenjagd geht, der nachher eine Expedition nach dem Kilimandscharo macht und nun auf Monate in das Innere des Landes gegangen ist. Es kann uns gar nichts besseres passieren. Der Gouverneur lernt auf diese Weise Land und Leute kennen, und wenn er wiederkommt, wird er die erworbenen Kenntnisse zu verwerten in der Lage sein. Es ist

doch nicht möglich, praktischer zu verfahren. Bei alledem wird der Mann und sein Verfahren angegriffen.

Nun heißt es: Millionäre züchten! Ja, versteht sich, wenn es irgend angeht, mit dem größten Vergnügen! (Heiterkeit.)

Gerade Herr v. Scheele ist der Meinung, daß das in Ostafrika möglich ist. Seine Differenz mit der ostafrikanischen Kolonialgesellschaft hat großenteils ihren Grund darin, daß er sagt: diese Gesellschaft wird ganz von selber, wenn auch eine Reihe von Jahren vergeht, Millionäre züchten. Er ist der Meinung: Die Gesellschaft hat viel zu viel Vorteile bekommen, sie muß auch mit weniger auskommen und wird doch reich. Er vertritt aber auch den Standpunkt, daß es erforderlich ist, sobald wie möglich den Beweis zu führen, daß in unseren Kolonien Geld gewonnen werden kann. Dieser Beweis muß einmal geführt werden, wenn wir die Hoffnung haben wollten, daß noch mehr Geld in den Kolonien angelegt wird; sofern Sie nicht geneigt sein sollten, aus Reichsmitteln mehr Geld zu geben, bleibt uns doch nichts anderes übrig, als das die Privaten ihre Geldbeutel aufmachen. (Sehr gut! links) und Anlagen, die sie sonst in zweifelhaften Werten gemacht haben, künftig in den deutschen Kolonien machen. Ich werde mich des ersten Millionärs, den wir gezüchtet haben, herzlich freuen. (Heiterkeit.) Nun ist uns weiter vorgeworfen worden von dem Herrn Vorredner, die Kolonialpolitik des letzten Jahres habe auf allen Gebieten Mißerfolge zur Folge gehabt. Erstens bestreite ich das. Zweitens, wenn man über diese Sache urteilen will, so muß man sich die Frage stellen: Welche Mittel stehen uns zur Verfügung? Man kann doch nicht Erfolge an die Wand malen und nun erwarten, daß die Regierung sie herunterholt, wenn sie nicht die Mittel hat, heranzukommen. Wir sind in den Geldmitteln und in den persönlichen Mitteln beschränkt. Der Gouverneur von Ostafrika hat mehr als einmal hierher geschrieben: Gebt mir den doppelten Etat, und ich garantiere Euch, in fünf Jahren habe ich die Sache in Ordnung. Wir haben die Geldmittel nicht, und die Finanzlage gestattet auch nicht, sie zu verlangen. Also wir müssen mit weniger auskommen, selbst auf die Gefahr hin, daß die Sache langsamer geht. Das mag ja auch sein Gutes haben. Und was nun die Menschen angeht, so sagt man uns: Wählt erfahrene Leute, namentlich nicht so junge Leute. Ja, wie könnte ich wohl einen erfahreneren Menschen für Südwestafrika finden, als den Herrn v. François! Fünf Jahre ist er da, anfangs ist er allein herumgeritten von einem Ende bis zum anderen, dann hat er eine Schutztruppe gehabt, die, wenn sie komplett war, sich auf 50 Mann belief. Er ist die Thätigkeit selber gewesen. Wenn ich ihm etwas vorwerfen sollte, so ist es das, daß seine Berichte zu spärlich waren. Das aber kommt daher, daß er mehr im Sattel sich befindet als am Schreibtisch. Der Mann ist also so bewährt in Bezug auf Afrika, wie nur einer sein kann. Ich wüßte nicht, wo ich einen besseren hernehmen sollte.

Ja, meine Herren, andere sind Ihnen nun zu jung; indeß, in die Tropen kann kein Alter gehen, da er die Wahrscheinlichkeit für sich hat, daß sein Körper dem Klima und der Witterung dort nicht gewachsen ist. Dann liegt auch der Wagemut einmal mehr in den jungen Leuten als in den alten; wer hier einen Hausstand gegründet hat, ist nicht mehr geneigt, in irgend einer ostafrikanischen Tamba zu wohnen, oder in einem alten verlassenen Hause von Steinen, was vor Jahren vielleicht von irgend einem Kalifen oder Häuptling gebaut ist.

Ich erkenne es deshalb sehr an, wenn trotzdem verheiratete Leute hinübergehen, und auch das möchte ich zu Gunsten der hier vielfach angegriffenen Leute anführen. Wir haben zur Zeit in Ostafrika fünf oder

sechs Frauen, und bei der Auswahl der Offiziere, die nach Ostafrika geschickt werden, ist es für mich ein wesentliches Motiv gewesen, wenn die Herren verheiratet waren und geneigt, ihre Frauen mit hinüber zu nehmen. Denn es ist ja natürlich, daß, wenn draußen nur Kolonien von Männern existieren, und wenn diese auch noch so gebildet sind — wenn ich auch dem „Tropenkoller" keine Wirkung zuschreiben will —, doch nach und nach das gesellschaftliche und vielleicht auch das sittliche Niveau heruntergeht, wenn solche Männer den Verkehr mit Frauen entbehren. Es hat mich also gefreut, daß auch Damen hinübergegangen, die in der Lage sind, einen geselligen Mittelpunkt zu bilden. Herr v. Scheele ist verheiratet, ebenso Herr v. Wrochem, und der zweite François befindet sich in Windhoek mit seiner Frau. Aber die Auswahl ist beschränkt; viele Verheiratete gehen nicht hinaus. Es werden meistens nur junge Leute geneigt sein, hinüberzugehen, und daß ein junger Mann, der herübergeht, den Gedanken dabei hat, etwas zu erleben, auf die Jagd zu gehen, vielleicht einen Löwen zu schießen, daß er ein Abenteuer erleben möchte, ist das etwas Sonderbares? Glauben Sie, daß ein junger Offizier herübergehen wird, nur mit der Anwartschaft, bloß Straßenpolizei in Tanga zu üben? Unter solchen Bedingungen bekommen Sie keine Leute und das ist auch recht. Ich würde von solchem Menschen nicht viel halten; die Leute gehen einmal hinüber, um etwas zu erleben. Wir Deutsche sind darauf stolz, daß die Deutschen immer die Neigung gehabt haben, andere Weltteile zu sehen, sich in ihnen um- und hervorzuthun. Auch das tadle ich nicht.

Nun geraten Sie mit sich selbst in Widerspruch. Wie der Herr Referent ausgeführt hat, ist die Kommission dafür gewesen, daß in Ostafrika bei der Schutztruppe nicht das Patent der Heimat, sondern ein eigenes Patent für Ostafrika den Rang und das Alter geben solle. Den Zustand haben wir gehabt. Wir haben ihn abgeschafft, weil es nicht geht; und es geht nicht, weil wir ganz junge Leute, menschlich ganz junge Leute, nicht in hohe Stellungen bringen mögen, wo sie weder die Reife, noch auch die Lebenserfahrung haben, um überhaupt andere zu kommandieren. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß wir im allgemeinen besser wegkommen, wenn wir diejenigen, die hier den höheren Rang haben, auch dort mit dem höheren Rang bekleiden. Man hat ja immer die Möglichkeit, wenn jemand mit einem älteren Patent hinkommt, ihn in dem Maße zu verwenden, daß er erst Erfahrungen in Afrika macht; aber wenn er sie gemacht hat, wird er im Durchschnitt wertvoller sein, als ein junger thatenlustiger Afrikaner — ganz abgesehen davon, daß ein älterer Mann sich ja schwer unter einem jüngeren Afrikaner fügen wird.

Nun, meine Herren, aber zu den Mißerfolgen! Wo liegen denn die eigentlich? Zuerst in Bezug auf Kamerun! Also, wir haben in Kamerun jahrelang gut und billig gewirtschaftet, bis die Reste einer Expedition nach Kamerun gekommen waren, schwarze Menschen, der wildesten und unbändigsten Art. Die bleiben da, man kann sie nicht wegschicken, sie würden sonst wieder, was sie waren, Sklaven werden; man hat sie freigekauft, man sucht sie zu behalten, man verwendet die Männer bei der Schutztruppe, die Frauen als Arbeiterinnen. Nun werden Sie zugeben, schwarze Frauen zum Arbeiten anzuhalten, die nicht die Neigung zur Arbeit haben, ist schwierig; und ich wiederhole, was ich gestern gesagt habe: ich will über das, was geschehen ist, nicht weiter reden, weil ich nichts näheres weiß; es ist ja ein Beamter hinübergeschickt, um die Sache zu untersuchen. Nun fühlen die Männer — den Begriff „Männer" im afrikanischen Sinne genommen, nicht in dem von Ehegatten im christlichen Sinn — die Männer dieser Frauen sich durch das, was den Frauen geschehen ist, gedrückt. Ich

muß sagen, mir gefällt das an den Männern, denn es ist das immerhin ein gewisses Ehrgefühl, was zum Ausdruck kommt, und es ist recht schön. Jetzt meutern diese Männer. Nun soll mir einer sagen — und ich möchte denjenigen, der im Stande ist, das zu thun, sehen — was hat der Mann, der die Schutztruppe, die Polizeitruppe kommandiert, für Mittel, hinter die Absicht, daß die Schwarzen meutern wollen, rechtzeitig zu kommen? Die Soldaten reden eine ganz andere Sprache; er hat gar keine Mittel, sie in ihrem Verkehr im Innern zu überwachen. So bricht die Meuterei aus. Etwas, was anderen Staaten, die Truppen in fremden Weltteilen haben, tausendmal passiert ist und immer wieder passiert, passiert uns auch. Ist das etwas Ungeheures? ist das ein Mißerfolg? Es nötigt uns dazu, eine Anzahl von Truppen hinauszuschicken, um sicher zu sein, daß diese Meuterei keine größere Ausdehnung annimmt. Das Glück will, daß die Meuterei schon beseitigt ist, ehe die Truppe überhaupt hinauskommt. Das Ereignis war unangenehm, es kostet uns Geld; aber es ist doch nichts, wovon man sagen kann: es ist ein Mißerfolg unserer Kolonialpolitik. Das beweist eben nur, daß wir Binnenländer sind, wenn wir solche Dinge als Mißerfolg der Kolonialpolitik ansehen. (Sehr richtig!) Das kann uns noch hundertmal passieren, wenn wir Kolonien haben, und wird uns noch hundertmal passieren: das ist doch aber gar kein Grund, den Kopf hängen zu lassen. Der nun hinausgeschickte Beamte hat sofort zurücktelegraphiert: Handel und Wandel gehen gut, alles ist vorüber. Also ich kann dieses an sich unangenehme Ereignis in Kamerun nicht für einen Mißerfolg halten.

Nun kommen wir zu Südwestafrika. Hier saß Herr v. François mit seinen zuletzt 39 Mann Schutztruppen. Da wurde die Lage gegenüber dem Hendrik Witboi schwierig, der, wie ich schon früher gesagt habe, halb Prophet und halb Räuber ist, — er hat eine Anzahl Männer, die ihm anhängen, um sich versammelt, lassen Sie es 500, 600 sein — der treibt sein Unwesen: er stiehlt Heerden, er stiehlt Pferde, er stiehlt das, was er an Kleidungsstücken braucht, und so lebt er auf seine Weise gut in den Bergen weiter. Das hätten wir ja noch länger so gehen lassen können; aber nun wurde seine Haltung dadurch gefährlich, daß die uns anhängenden Stämme, über die wir den Schutz übernommen, für die zu sorgen wir eine moralische Verpflichtung hatten, sagten: wenn der uns unsere Heerden stiehlt, was nutzt uns da der deutsche Schutz! Und noch weiter: Hendrik Witboi ging dazu über, sich mit einigen dieser Stämme zu alliieren; wir standen vor dem Entschluß, entweder Südwestafrika aufzugeben oder die Truppe François' so zu verstärken, daß, wenn auch nicht sofort, so doch mit der Zeit, die Möglichkeit gegeben war, diesem Zustande ein Ende zu machen. Das ist geschehen. Die Truppe ist erst auf 200 Mann verstärkt worden und dann sind noch 100 nachgeschickt.

Ehe das alles geschehen ist, habe ich eine Konferenz mit dem verheirateten Bruder, dem Premierleutnant v. François, abgehalten, und mit einem zweiten Bruder, der jetzt noch Neigung hat, in die Kolonie zu gehen. Wir haben durchgesprochen, was zu geschehen hat, und sind darüber ganz klar gewesen, daß voraussichtlich, wenn man nicht viel Glück hat, es nicht wahrscheinlich sei, daß mit einem Schlage diesem Wesen von Hendrik Witboi ein Ende zu machen wäre. Denn wie wollen Sie es machen? — Der Mann verfügt über eine berittene Truppe; die Truppe ficht nicht zu Pferde, sondern steigt ab zum Gefecht, aber entzieht sich jedem Gefecht zu Pferde rechtzeitig. Also, wenn sie uns angegriffen haben, wenn wir auf sie gestoßen sind, und die Sache ihnen ungemütlich wurde, dann steigen sie auf und empfehlen sich. (Heiterkeit.) Einer solchen Truppe gegenüber sind entscheidende Schläge überhaupt nicht möglich oder wenigstens sehr schwer.

Nun wußte Major v. François den einzig richtigen Weg, den er wählen konnte: sobald er die Verstärkung hatte, ehe es noch ruchbar wurde, machte er sich in schnellen Märschen auf nach der Feste Hornkranz, suchte sie von zwei Seiten anzugreifen, zu umstellen und die Leute zu fangen. Das ist nicht geglückt; es ist das auch an sich ein großes Kunststück, mit 200 Mann 600 zu fangen, die darin sitzen. Nebenbei gesagt, hat die Feste Hornkranz eine weite Ausdehnung. Also der Mann ist entkommen; das ist kein Wunder; es wäre ja besser gewesen, es wäre anders gekommen. Was ist nun zu machen? Es bleibt doch nichts weiter übrig, als dem Witboi nachzugehen und ihn immer und immer wieder anzugreifen und ihm so viel Verluste an Menschen, Waffen und Munition beizubringen, daß er zuletzt nicht mehr in der Lage ist, diesen Kampf fortzusetzen. Das hat François gethan, dabei ist er noch. Daß das nicht in ein paar Monaten, vielleicht in zwei, drei Jahren einen durchschlagenden Erfolg geben kann, liegt doch auf der Hand; aber den Erfolg hat er gehabt, daß er in den folgenden Gefechten dem Witboi immer mehr Leute abgeschossen hat, als er uns, so daß also, wenn das so weiter geht, der Moment abzusehen ist, wo dieser Kampf aufhört. Nebenbei bleibt die Möglichkeit, dem Witboi die Waffen und die Munition mit der Zeit abzuschneiden; und ich muß anerkennen, daß in dieser Beziehung von den englischen Behörden uns gegenüber korrekt verfahren worden ist.

Nun begegnet man hier wunderbaren Vorstellungen. Ich habe sagen hören: jetzt wollen wir doch ein Kavallerieregiment hinausschicken! (Heiterkeit.) Das soll der Sache den Garaus machen? Wie soll denn das gemacht werden? Drüben giebts keinen Hafer, und drüben giebts sehr wenig Wasser; und das sind zwei Voraussetzungen, ohne die die Existenz europäischer Kavallerie nicht möglich ist. Die Pferde drüben, die wir brauchen — unsere Schutztruppe ist auch beritten — werden von Kapstadt gekauft: kleine — um den militärischen Ausdruck zu gebrauchen — Katzen, die nicht sehr stark sind, aber die unbezahlbare Eigenschaft haben, sich von Gras zu nähren. Wenn der Marsch zu Ende ist, über Mittag oder zur Nacht, werden sie auf die Weide getrieben — meist ist das Gras trocken, also Heu, davon leben sie, und das setzt sie in den Stand, den Reiter wieder einen Marsch weiter zu tragen. Von solcher Truppe kann man nicht erwarten, daß sie mit der Schnelligkeit einer europäischen Kavallerie operiert. Nun mag eine afrikanische Truppe noch so anspruchslos ausgerüstet sein, sie hat gewisse Bedürfnisse und es muß ihr Munition nachgefahren werden — sie hat zwei Geschütze — es müssen auch Lebensmittel nachgeschickt werden, man muß für die Verwundeten sorgen und dafür ein paar Wagen haben. Nun bitte, stellen Sie sich vor, daß jeder dieser Wagen mit acht bis fünfzehn Ochsen bespannt ist, sonst kommt er nicht vom Fleck. Welche Erschwerung für die Bewegung einer Truppe, solchen Troß mitzuführen!

Es hat aber auch die Größe der Truppe, die verwendet wird, eine Grenze. Wir haben dem Major v. François gegeben, was er an Truppen beansprucht hat. Er konnte auch nicht mehr beanspruchen. Denn wenn er auch mit tausend Mann ausziehen wollte, er kann ihnen kein Wasser geben, weder heute noch morgen. In der Regenzeit fließt reichlich Wasser auf das Land herunter, aber das Land steigt von der Küste rasch auf, und das heruntergekommene Wasser fließt ebenso schnell wieder ab. Und da, wo wir Ansiedlungen gründen, fängt die Kunst meist damit an, daß man in irgend einer Weise hinter Deichen oder in Zisternen während der Regenzeit so viel Wasser auffängt, daß man den Rest des Jahres davon leben kann. Nun möchte ich, daß einer Derjenigen, die den Herrn Major von François dafür tadeln, daß er nicht große Coups gegen Witboi führe,

uns diejenigen Mittel angiebt, wie man mit einer Truppe viele Tage marschieren kann, wenn die Truppe zu groß ist, daß sie mit dem Wasserinhalt der vorhandenen Pfützen genügend getränkt werden könnte.

Nun nehmen Sie weiter an, daß das Gebiet von Südwestafrika vom Norden bis zum Süden ungefähr eben so weit ist wie von Memel bis Konstanz, und in der Breite ungefähr wie von Hamburg bis an das Erzgebirge, und dieses Gebiet, denken Sie sich, hält ein Mann jetzt besetzt mit 300 Mann. Es ist gar nicht möglich, daß er das ganze Gebiet beherrscht, daß er jeden einzelnen Fleck, an dem deutsche Ansiedelungen sind, so schützt, daß die Räuber des Wittboi nichts dagegen unternehmen können. Wittboi zieht auch nicht mit seiner ganzen Masse auf einmal aus, er teilt sie, er schickt einmal hier einen Pulk hin, einmal dorthin, die zerstören hier und da, nehmen hier und da eine Viehheerde weg, und dann verschwinden sie.

Ich bin also der Meinung, daß Herr Major v. François nicht anders hätte handeln können, als er gehandelt hat, und ich sehe in seinen Handlungen nicht den mindesten Grund zu einer abfälligen Kritik.

Nun sind mir trotzdem zahlreiche abfällige Kritiken über ihn zugekommen. Ich habe schon gestern gesagt: gibt es denn etwas, was natürlicher ist? Herr v. François kann den Weißen, die drüben sind, nicht alle Wünsche befriedigen; selbst Missionare klagen über ihn; aber auch das ist natürlich. Der Missionar, der eine Gemeinde um sich versammelt hat, identifiziert sich allmälig immer mit der Gemeinde, und er wird geneigt sein, die Gemeinde in Schutz zu nehmen gegen die Behörde, wenn deren beiderseitige Interessen sich zuwider laufen. Ich würde mich auch gar nicht wundern, wenn selbst aus der Truppe heraus Klagen über den Major von François kämen. Denn daß er nicht in der Lage ist — ich habe nicht die Ehre, ihn persönlich zu kennen — aber daß er gar nicht in der Lage ist, einen höheren Grad von Liebenswürdigkeit zu entwickeln, ist mir unzweifelhaft. Selbst aus den kameradschaftlichen Beziehungen muß der Befehlshaber unter solchen Verhältnissen bis zu einem gewissen Grade heraustreten.

Es ist eine bekannte Erfahrung, daß auf Seeschiffen, wenn sie eine lange Fahrt haben, der Kommandant sich schließlich isoliert von den übrigen Offizieren. Thut er das nicht, so wird er zu vertraulich mit ihnen, und wenn er ihre, letzte Kraft einmal braucht, reicht seine Befehlkraft nicht mehr aus. Ich vermute, daß es hier ebenso ist. Herr Major von François kann nicht Skat spielen mit seinen Untergebenen — um dieses Beispiel zu brauchen — sondern er muß sich von ihnen absondern. Und daß das hier und da Mißvergnügen hervorruft, ist mir ganz begreiflich. Also ich kann nicht anerkennen, daß hier etwas verfehlt worden ist und daß in Südwestafrika Grund gegeben wäre, von Mißerfolgen zu sprechen. Wir haben nicht den Erfolg gehabt, den wir uns gewünscht hätten, wir haben nicht das große Los da gezogen; wir haben aber nichts versäumt, wir sind in nichts zurückgegangen, und wir sind auf der Bahn, auf der wir weiter kommen werden, wenn wir nur das haben, was unseren Kolonialfreunden hier meist fehlt, — Geduld.

Nun die letzte Kolonie Ostafrika. Wo ist denn in unserem Ostafrika der Mißerfolg in den letzten Jahren gewesen? Wir hatten in Ostafrika den Freiherrn v. Soden und haben nach meiner Meinung unter dem Herrn Freiherrn v. Soden eine ausgezeichnete Regierung in Ostafrika gehabt. Ich habe bedauert, daß er abgegangen ist. Das war also Typ Assessorismus und Bureaukratismus. Jetzt ist der Typ Militarismus gekommen, und ich glaube, wir haben das Glück gehabt, wieder einen ausgezeichneten Mann zu finden, und wir haben auch in den letzten Jahren das Glück gehabt, daß er nirgendwo eine Schlappe erlitten hat. Ich würde mich nicht darüber

wundern, wenn ihm das einmal passierte, aber es ist ihm nicht passiert; er hat einen Erfolg nach dem andern gehabt und unsere Herrschaft ausgedehnt. Er ist am Kilima-Ndscharo gewesen und erweitert jetzt unsere Herrschaft nach dem Innern. Sollten wir aber einmal geschlagen werden, sollten Stämme aufrührerisch werden, sollten wir einen Ort verlieren, den wir jetzt haben — wenn man auf so etwas nicht gefaßt sein will, so muß man das Kriegführen lassen und auch das Kolonisieren aufgeben, denn das sind die unvermeidlichen wirtschaftlichen Ausgaben, die dabei gemacht werden müssen. Nach allem diesem bin ich der Meinung, man hat nicht die Berechtigung, zu behaupten, es wären in den letzten Jahren Mißerfolge das Charakteristikum unserer Kolonialpolitik gewesen. (Bravo!)

16. Februar. (Kiel.) Dampfkesselexplosion auf dem Panzerschiff „Brandenburg" bei einer Probefahrt außerhalb des Kieler Hafens. Über 40 Personen getötet.

17. Februar. Der Kaiser sendet folgendes Telegramm nach Kiel an Kapitän z. S. Bendemann:

Tief erschüttert von der furchtbaren Katastrophe drängt es Mich, Ihnen und der gesamten Besatzung Meine aus dem Grunde des Herzens kommende allerwärmste kaiserliche Teilnahme auszudrücken. Der in treuer Pflichterfüllung erlittene Heldentod sichert den Gebliebenen einen Ehrenplatz in Meinem Gedächtniß und in den Annalen der Marine für alle Zeiten. Wir stehen Alle in Gottes Hand. Im festen Vertrauen auf ihn fügen wir uns in Ergebung seinem unerforschlichen Willen und sehen der Zukunft zuversichtlich und getrost entgegen. Ich werde den Gefallenen zur Erinnerung eine Gedächtnistafel in die Garnisonskirche zu Kiel stiften, und im übrigen „Volldampf voraus!" Wilhelm. I. R.

Die Gefallenen werden am 20. Februar auf Befehl des Kaisers mit denselben Ehren wie vor dem Feind Gebliebene bestattet.

17. Februar. (Berlin.) Generalversammlung des Bundes der Landwirte im Feenpalast.

Herr v. Ploetz, der Vorsitzende, weist den von den Gegnern des Bundes erhobenen Vorwurf der Illoyalität zurück und greift die Börse und den Reichskanzler heftig an. Desgleichen mehrere andere Redner. Ein Antrag, jedes Bundesmitglied solle einer der christlichen Konfessionen angehören, wird einstimmig angenommen, ebenso folgende Resolution: „Die zur Generalversammlung des Bundes zu Berlin im Feenpalast versammelten Landwirte Deutschlands bitten den Hohen Reichstag, dem drohenden Handelsvertrage mit Rußland die Genehmigung zu versagen."

19. Februar. Der Kaiser reist zum Besuche des Fürsten Bismarck nach Friedrichsruh, wo er von nachmittags 6 Uhr bis abends 9 Uhr verweilt. Der Kaiser stellt dem Fürsten einen Grenadier des Alexander-Regiments in der neuen Uniform (u. a. Klappkragen statt Stehkragen und erleichtertes Gepäck) vor.

19./20. Februar. (Reichstag.) Kolonialetat.

Abg. Graf Arnim (Rp.): Ich kann die Vorgänge in Kamerun nicht so bedeutungslos hinstellen wie der Reichskanzler. Es ist uns immer peinlich, Mißstände in den Kolonien zur Sprache zu bringen; denn die Herren links ziehen immer den Schluß daraus, unsere Kolonialpolitik ist

Unsinn, wir haben nicht die nötigen Kräfte dazu (Sehr richtig! links), womit sie ja ein sehr unbegründetes Urteil über unsere deutsche Befähigung fällen. Wir kritisieren, damit die bessernde Hand angelegt werde, und alle die Kreise, welche gegenüber der Kolonialpolitik noch zurückhaltend sind, sich damit befreunden. Ueber nationales Empfinden können wir mit den Herren von der äußersten Linken nicht streiten; das wäre dasselbe, als wollten wir mit einem Suahelineger deutsch sprechen. (Lachen links.) Ich freue mich, daß die Herren um Herrn Richter eine wesentlich mildere Sprache hören lassen. Hoffentlich kommt auch die Zeit, wo diese Herren, wenn sie erst deutschen Kaffee aus Afrika trinken, sich mit unserer Kolonialpolitik befreunden, wenn sie auch nicht gerade Schwärmer werden, wie wir es sein sollen. Hoffentlich werden sie es dann unterlassen, das deutsche Kapital immer wieder vor den Kolonien zu warnen. Wenn ein Weltblatt neulich meinte, die Meutereien würden zur Besserung der Verhältnisse führen, so müßte man schließlich Meutereien herbeiführen, um eine Besserung zu erzielen. Der Reichskanzler zieht diese Konsequenz nicht, aber er rechnet die Meutereien zu den wirtschaftlichen Ausgaben. Aus den Worten des Reichskanzlers habe ich entnommen, daß Remedur geschaffen werden soll durch Abberufung des stellvertretenden Gouverneurs Leist. Eigentümlich ist es, daß Wochen über Wochen vergangen sind, bevor wir über diese Vorgänge unterrichtet waren, obgleich wir für 140 000 ℳ ein Kabel nach Kamerun unterhalten. Die Peitschen sind angeblich eingetroffen; übrigens war es nicht sehr geschmackvoll von Herrn Bebel, sie auf dem Tisch des Hauses niederzulegen. Wenn diese Peitschen aus Kamerun stammen, dann muß ich befürchten, daß Herr Bebel bereits dort Beziehungen hat; das könnte mir die Freude an der ganzen Kolonialpolitik verderben. Die Vorgänge beruhen darauf, daß Herr Leist die Natur der Neger nicht richtig verstanden hat. Bei den Afrikaforschern ist es feststehender Grundsatz, Frauen möglichst wenig zu prügeln, und auch die Männer nur wegen Insubordination; sonst aber wegen Diebstahls u. s. w. werden Halseisen angelegt. Zur Arbeit kann man die Frauen durch Prügeln nicht zwingen; sie haben ohnehin viel zu thun, wenn sie auch die schmutzige Wäsche nicht zu waschen brauchen. Das ganze System der Behandlung der Neger entspringt aus einer unglücklichen Sparsamkeit. Hätten die Neger ordentlichen Lohn erhalten können, so hätte man nicht zum Prügeln zu greifen brauchen. Die Herren von der Linken sind also wegen ihrer Sparsamkeit an dem Mißerfolge schuld. Jetzt haben wir einen Schaden von mindestens 200 000 ℳ. Uebrigens geht aus dem Bericht hervor, daß die Revolte schon längst geplant war wegen der Unzufriedenheit der Dahomeer mit der Bezahlung. Jetzt schickt man den früheren Gouverneur Zimmerer wieder dorthin, bei dessen Abreise die Kaufleute aufatmeten. Die Mißstimmung ging damals so weit, daß einige Faktoreien Kamerun verlassen und sich anderswo ansiedeln wollten. Aber man gibt diesem Herrn den Hauptmann Morgen zur Kontrolle mit, der sich in Kamerun großer Zustimmung erfreut und den man ohne Zimmerer sehr froh empfangen würde. Ganz entbehren können wir Militärs und Assessoren nicht, aber der Kaufmann ist schließlich für die Kolonien wichtiger. Bei den Engländern verkehrt der Gouverneur ganz gentlemanlike mit den Kaufleuten; das wünsche ich auch bei uns. Der Reichskanzler warf Wißmann Unordnung in den Rechnungen vor. Für den Oberrechnungshof würde Wißmann nicht passen; aber er hat den deutschen Namen groß gemacht, dem deutschen Ansehen ein solches Fundament geschaffen, daß man diese seine Verdienste bei den Vorwürfen auch hätte erwähnen können. Für die drei Kolonien können wir nicht ein einziges Programm aufstellen. Aber für Kamerun war die Sicherung des Hinterlandes ein festes Pro-

gramm. Aber die Engländer haben Gebiete besetzt, an die sich die Namen unserer deutschen Forscher, Nachtigal, Barth, Flegel knüpfen, und man hat im vorigen Jahre das deutsch-englische und jetzt leider auch ein französisches Abkommen getroffen, welche unsere Entwickelung im Hinterlande hindern. Durch das französische Abkommen wird der Zugang zum Tsad-See verändert und das Adamaua-Gebiet geht uns verloren. Wir erleben dort ähnliche Zustände, wie in Sansibar, wo wir auch das Hauptgebiet, Sansibar selbst, verloren haben und uns mit dem Festlande begnügen mußten. Hätte der Reichskanzler Mittel für Expeditionen gefordert, so hätten wir sie für mehrere Jahre noch bewilligt. Ich bin überzeugt, andere Generationen werden es nicht verstehen, daß wir nicht thatkräftiger uns an der Aufschließung Afrikas beteiligt haben und uns nicht mehr bemüht haben, uns auch eine Kolonialmacht zu schaffen, wie die Engländer und Franzosen. Ich will nicht den Vorwurf auf mich laden, daß ich den Wert von Afrika nicht erkannt hätte. Ich werde nach wie vor für die Kolonialpolitik wirken, selbst auf die Gefahr hin, ein Kolonialschwärmer genannt zu werden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Ich möchte mich zuerst mit der letzten Kritik des Herrn Vorredners über die Verträge mit England und mit Frankreich beschäftigen, weil diese Kritik vielleicht einen Maßstab für seine Kritik überhaupt gibt. Der Herr Vorredner hat den Vertrag mit Frankreich angegriffen, ohne seinen Wortlaut zu kennen; er hat Behauptungen aufgestellt, die ich als unrichtig bezeichnen muß, ohne daß ich auf die Sache näher eingehen könnte. Wir sind mit Frankreich materiell handelseinig, formell nicht. In Bezug auf den Vertrag mit England habe ich dem Herrn Vorredner zu bemerken, daß Yola nicht durch das, was man jetzt den neuen Kurs nennt, abgegeben worden ist, sondern daß das früher geschehen ist, und daß wir alle es bedauern, diese Stadt nicht bekommen zu haben, daß wir aber nicht in der Lage sind, das zu ändern. Im übrigen glaube ich, der Herr Vorredner wird sich in seiner ferneren Kritik dadurch nicht irre machen lassen, er wird sich ja auch nicht überzeugen; ich beschränke mich in Bezug auf den Vertrag mit England auf die Bemerkung, daß England in den Gebieten, um die es sich hier handelt, an Kapital, an Menschenkräften, an Expeditionen das Vielfache von dem eingesetzt hat, was wir eingesetzt haben, daß uns dagegen Terrains zugesprochen worden sind, in denen noch nie ein deutscher Fuß gewesen war. Ich bin der Meinung, daß man mit einem solchen Vertrag ganz wohl zufrieden sein kann.

Nun zu den übrigen Bemerkungen des Herrn Vorredners! Da muß ich zunächst hervorheben: ich habe nicht gesagt, daß keine Abhilfe in Kamerun geschaffen werden solle; im Gegenteil, ich bin bereit, die Abhilfe zu schaffen, wenn sie nötig wird; ich habe nur gesagt, daß die Kritik, wie sie hier ohne Kenntnis der Verhältnisse geübt worden ist, mir keine Möglichkeit zur Abhilfe gibt, und auf diesem Standpunkt stehe ich auch noch. Denn wie hinfällig die Behauptungen des Herrn Vorredners sind, das geht unter anderem daraus hervor, daß er meint, wir müßten doch, da die Peitsche schon hier an Ort und Stelle ist, auch Berichte haben. Nachdem die Berichte über diesen, wie er es nennt, Mißerfolg in Kamerun uns zugegangen sind, ist mit möglichster Beschleunigung von hier das geschehen, was geschehen konnte. Es ist mit dem nächsten Dampfer ein hoher Beamter, der Regierungsrat Rose herausgeschickt worden, um an Ort und Stelle Untersuchungen vorzunehmen. Nach dem Charakter dieser ganzen Angelegenheit handelt es sich um etwas, was wir sonst Disziplinaruntersuchung nennen würden. Da sind Zeugen zu vernehmen, Angeklagte zu

hören, es wird ein längeres schriftliches Protokoll verfaßt, es werden Aufnahmen veranlaßt werden, und wenn der Herr Graf Arnim die Güte hätte, uns noch drei Kabel nach Kamerun zu legen, so würden wir auf diesen drei Kabeln doch nicht im Stande sein, die Berichte hierher kommen zu lassen. Es bleibt uns also nichts übrig, wie die Dinge liegen, als abzuwarten, bis die nächste Post kommt, und die nächste Post kann, nachdem Regierungsrat Rose verhandelt hat, selbst wenn die Verhandlungen ganz schnell gehen, erst im nächsten Monat hier eintreffen. Ich weise also die Beschuldigung, daß wir nicht mit der genügenden Sorgfalt oder nicht mit der genügenden Schnelligkeit gehandelt hätten, auf das Allerentschiedenste zurück.

Der Herr Abgeordnete bezog sich dann auf ein größeres Weltblatt, welches gesagt hätte, man könnte ja aus diesen Dingen etwas lernen, und knüpfte daran an, wir würden hoffentlich zu einer Aenderung des Systems kommen; sodann ging er wieder auf Militarismus und Assessorismus über. Was wir an dem System zu ändern hätten, das weiß ich nicht. Daß von den ausführenden Organen gefehlt sein kann, das ist wohl möglich, und dann wird geändert. Aber das System hat sich nach meiner Ansicht bis jetzt vorzüglich bewährt. Wir haben mit den geringen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, das Mögliche geleistet; und wenn man sagt, ihr habt das nicht durch Kaufleute geleistet, sondern durch Offiziere und Beamte, so müßte mir erst einmal der Beweis geliefert werden, daß Kaufleute mehr geleistet hätten und mehr hätten leisten können. Ich glaube, auch diesen Beweis wird der Herr Vorredner mir schuldig bleiben.

Nachdem die Nachricht von Kamerun hierher gekommen war, ist diesseits geschehen, was geschehen konnte. Ich hatte geglaubt, der Herr Abgeordnete würde uns vielleicht angreifen, weil wir in dem militärischen Aufwande zum Zwecke der Unterdrückung der Meuterei in Kamerun zu weit gegangen wären. Ich glaube nicht, daß das der Fall ist. Wenn man die Sache von hier aus zu leiten hat, so wird man, wie ich glaube, bei dem Eintritt eines solchen Ereignisses am richtigsten thun, die ersten Maßregeln lieber zu groß als zu klein zu nehmen; denn, wenn wir zu wenig thaten, dann würde uns mit Recht der Vorwurf getroffen haben, Ihr habt nicht das gethan, was geschehen mußte, um die Kolonien zu halten. Jetzt sind 120 Mann hinausgeschickt worden. Die Meuterei war längst erdrückt, als die 120 Mann abgesandt waren; ich würde mich nicht gewundert haben, wenn hier die Frage an die verbündeten Regierungen oder an mich gerichtet wäre: Warum thatest du das, es hätten vielleicht 20 Mann genügt. Es ist aber die genannte größere Zahl hinausgeschickt, weil ich von hieraus nicht im Stande war, zu übersehen, ob 20 Mann reichen würden oder nicht.

Ob nun der Kanzler Leist im Stande war, der Meuterei vorzubeugen, und ob ihn dafür ein Vorwurf trifft oder nicht, in dieser Hinsicht beziehe ich mich auf das, was ich neulich geäußert habe, daß ich nämlich nicht im Stande bin, ein Urteil zu fällen, so lange ich es nicht begründen kann; ich kann aber den Herrn Abg. Grafen v. Arnim nicht hindern, auch unbegründete Vorwürfe zu erheben. Wir werden warten müssen, was die Untersuchung ergibt.

Der Herr Abgeordnete sagt, der Kanzler Leist kennt die Neger nicht. Ja, er kennt vielleicht die Bücher nicht, aus denen Herr Graf Arnim seine Kenntnis über die Neger gewonnen hat (Heiterkeit); aber er ist schon geraume Zeit draußen und hat doch schon einige praktische Studien in dieser Beziehung gemacht. Daß der Herr die Meuterei nicht vorhergesehen hat, ist gewiß richtig; indes das ist das Charakteristische aller Meutereien, daß

man sie nicht vorhersieht, denn sonst käme es eben nicht dazu. Ich habe neulich schon auf die Schwierigkeiten hingewiesen, welche darin liegen, daß man es mit Leuten von fremden Sitten, fremden Anschauungen und einer fremden Sprache zu thun hat.

Indirekt hat der Graf Arnim dann der hiesigen Verwaltung in die Schuhe geschoben, die Meuterei wäre aus Sparsamkeitsrücksichten geschehen; wir hätten, wenn ich den Herrn Vorredner richtig verstanden habe, besser gethan, die Leute mit Abzügen vom Solde zu bestrafen. Soviel ich weiß, hat der Herr Vorredner in der Armee gedient, und wenn er in der Armee die Strafen auf Abzügen vom Solde basieren wollte, so glaube ich, würden wir nicht weit kommen, und die bedürfnislosen Schwarzen würden gegen solche Soldabzüge noch ungleich unempfindlicher sein als der preußische Soldat.

Auch der Gouverneur Zimmerer hat sich das Mißfallen oder das Mißtrauen des Herrn Vorredners zugezogen. Das basiert meines Erachtens auf individuellen Eindrücken. Ich bin nicht im Stande, dieses Mißtrauen zu teilen. Ich glaube, daß wir in dem Herrn einen sehr guten Verwalter unserer Kolonie gehabt haben. Er hat derselben einen so hohen Grad von Interesse zugewendet, wie auch sein Vorgänger, der Herr v. Soden, es gethan hat, und die Verwaltung ging vollkommen gut, bis dieser Zwischenfall eintrat.

Der Herr Vorredner ist der Meinung, der Hauptmann Morgen wäre hingeschickt, um Herrn Zimmerer zu kontrollieren. Das ist nicht der Fall. Der Hauptmann Morgen ist zunächst nach Egypten geschickt worden, um Schwarze für die Schutztruppe zu werben. Wir haben mit den Leuten, die wir jetzt haben, keine besonderen Erfahrungen gemacht. Die Kruleute sind in das Innere geschickt, die Dahomeleute haben eben gemeutert, mit Weißen ist nicht weit zu kommen; höchstens als Vorgesetzte, aber nicht als Soldaten sind sie zu verwenden, denn sie halten die Anstrengungen nicht aus. So schien es das Zweckmäßigste, Sudanleute zu werben, und da Herr Morgen mit Afrika Bescheid weiß, so wurde er von meiner Seite bei der Armee erbeten als der Mann, der wohl am ersten in der Lage sein würde, eine Truppe zusammenzubringen. Er ist in Egypten gewesen, hat mit Erfolg geworben, und wird nun die Leute an Ort und Stelle bringen. Ich vermute, er wird die neue Schutztruppe organisieren. Daß er bestimmt sei, Herrn Zimmerer zu kontrollieren, davon ist mir nichts bekannt geworden.

Nun möchte ich darauf kommen, daß der Herr Vorredner auch des Herrn v. Wißmann, obwohl wir uns jetzt in Westafrika befinden, Erwähnung gethan hat. Ich habe Herrn v. Wißmann gar keinen Vorwurf gemacht. Im Gegenteil, ich habe ausdrücklich von ihm gesagt, daß er Ausgezeichnetes geleistet hat. Ich habe ihn nur zitiert, weil hier der Bureaukratismus angegriffen worden ist, um zu beweisen, daß ein gewisses Quantum bureaukratischen Geistes selbst in Afrika nicht zu entbehren ist, und habe als Beispiel die Wißmann'sche Verwaltung angeführt, die gar nicht in der Lage war, eine bureaukratische zu sein, die aber gezeigt hat, daß wir ohne bureaukratisches Element nicht ganz auskommen können.

Im übrigen bin ich am wenigsten geneigt, über den Herrn v. Wißmann abfällig zu urteilen. Ich erkenne seine Leistungen ebenso an, wie es der Herr Vorredner gethan hat.

Am 20. Februar bringt Abg. Lieber (Z.) die Sklavenfrage in den deutschen Schutzgebieten zur Sprache. Wirkl. Geh. Leg.-Rat Dr. Kayser entgegnet, den Deutschen und ihnen gleich zu erachtenden Ausländern sei das Sklavenhalten verboten, die afrikanische Haussklaverei könne dagegen nur allmählich abgeschafft werden.

20. Februar. Der Kaiser nach Wilhelmshaven zur Rekrutenvereidigung. Am 21. kehrt er über Bremen nach Berlin zurück.

21. Februar. (Abgeordnetenhaus.) Staffeltarife.

Auf der Tagesordnung stehen folgende Anträge:

Ein Konservativer: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die königliche Saatsregierung zu ersuchen, die Entscheidung über Beibehaltung oder Aufhebung der Staffeltarife für Getreide und Mühlenfabrikate bis nach der Entscheidung über den deutsch-russischen Handelsvertrag auszusetzen.

Ein Freikonservativer: Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, die Entscheidung über Beibehaltung oder Aufhebung der mit ermäßigten Streckensätzen für Getreide und Mühlenfabrikate eingeführten Tarife auszusetzen, bis seitens der königlichen Staatsregierung über die zur Beseitigung bezw. Milderung des landwirtschaftlichen Notstandes zu ergreifenden Maßregeln Beschluß gefaßt und dem Landtage entsprechende Mitteilung gemacht sein wird.

Min. Thielen: Ich gestatte mir namens der Staatsregierung bezüglich der Frage der Aufhebung der sog. Getreidestaffeltarife vom 1. September 1891 folgende Erklärung abzugeben. Die vielfach erörterte und verschieden beantwortete Frage des Einflusses der am 1. September in Form einer fallenden Skala eingeführten Tarifermäßigung für Getreide, Hülsenfrüchte und Mühlenprodukte (Staffeltarife) hat neuerdings im Hinblick auf den Abschluß des russischen Handelsvertrages und den im Bundesrat eingebrachten Gesetzentwurf auf Aufhebung des Identitätsnachweises bei Ausfuhr von Getreide eine erhöhte Bedeutung gewonnen. — Während im allgemeinen die Landwirtschaft, das Mühlengewerbe und der Getreidehandel in den östlichen Provinzen für die Beibehaltung dieser Tarife eintreten und hierin, sowie in der Aufhebung des Identitätsnachweises vielfach einen Ausgleich für befürchtete nachteilige Folgen des russischen Handelsvertrages erblicken, überwiegt in den mittleren und westlichen Teilen des Landes die Auffassung, daß im Falle der Genehmigung des russischen Handelsvertrages und der Aufhebung des Identitätsnachweises die angeblich schon jetzt infolge jener Tarifermäßigung eingetretenen Schädigungen der dortigen Landwirtschaft, Müllerei und des Getreidehandels einen bedrohenden Charakter annehmen könnten. Wenn auch die Staatsregierung daran festhält, daß die Bildung der Eisenbahngütertarife nach Sätzen, die mit wachsender Entfernung fallen, im allgemeinen auf wirtschaftlich richtigen Gründen beruht, so hat sie sich doch angesichts der erwähnten Thatsachen veranlaßt gesehen, unerwartet in eine erneute Untersuchung des wirtschaftlichen Einflusses der Wirkung der Staffeltarife einzutreten, und die Frage, ob und bezw. durch welche Maßnahmen ein Ausgleich der verschiedenen von diesen Tarifen berührten Interessen zu ermöglichen ist, mit dem in kürzester Zeit zu berufenden Landeseisenbahnrat zu erörtern. Die Staatsregierung wird nicht ermangeln, dem Landtage der Monarchie von dem Ergebnis dieser Erörterung und dem von ihr in dieser Angelegenheit demnächst zu fassenden Beschlusse baldthunlichst Mitteilung zu machen. Ich kann dieser Erklärung hinzufügen, daß der Landeseisenbahnrat auf den 6. März und der Ausschuß des Landeseisenbahnrats auf den 3. März einberufen ist.

Das Haus verzichtet hiernach auf eine Diskussion der Anträge.

21. Februar. (Russischer Handelsvertrag.)

Die zur Besprechung des russischen Handelsvertrags einberufene außer-

ordentliche Plenarversammlung des deutschen Handelstages nimmt folgende Resolution an: „Der Handelstag begrüßt mit großer Genugthuung und Freude den lange ersehnten Abschluß des Handels- und Schiffahrtsvertrags mit Rußland, welcher durch seine zehnjährige Dauer den wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland die nötige Stabilität gewährt. Der Handelstag erklärt das schleunigste Inkrafttreten des Handelsvertrags für ein dringendes Bedürfnis und würde in der Ablehnung desselben eine schwere Schädigung weiter Kreise des Vaterlandes, sowie einen verhängnisvollen wirtschaftlichen und politischen Fehler erblicken."

Auch der Zentralverband deutscher Industrieller spricht sich für den Vertrag aus.

21. Februar. (Kameruner Aufstand.) Der „Reichs-Anz." veröffentlicht den Bericht des Kommandanten der Hyäne, Kap.-Ltnts. Reincke, über die Niederwerfung des Kameruner Aufstandes am 21. und 22. Dezember 1893.

22. Februar. (Berlin.) Zusammentritt der Kommission behufs Erörterung von Maßregeln zur Hebung und Befestigung des Silberwertes.

Mitglieder: Dr. Arendt, Dr. Bamberger, Generalsekretär H. A. Bueck, Rechtsanwalt und Bankdirektor Büsing, Dr. Hammacher, v. Kardorff, Koenigs, Direktor des Schaaffhausenschen Bankvereins Köln (Rhein), Geheimer Bergrat Leuschner, Professor Dr. Lexis in Göttingen, Professor Dr. Lotz in München, Arnold Otto Meyer sen. in Hamburg, Graf v. Mirbach, Bankdirektor Neustadt, Generalkonsul Russel, Frhr. v. Schorlemer-Alst, Dr. Moritz Stroell, Direktor der Notenbank in München.

Kommissarien: Für das Reichsschatzamt Geh. Oberregierungsrat Dr. v. Glasenapp, für die Reichsbank Geh. Oberfinanzrat Hartung, für das Statistische Amt Geh. Regierungsrat Herzog, für das preußische Handelsministerium Geh. Oberregierungsrat Dr. Ullmann, Geh. Oberbergrat und Direktor der Bergakademie Dr. Hauchecorne und Regierungsrat Lusensky, für das landwirtschaftliche Ministerium Geh. Regierungsrat Dr. Wentzel, für das Finanzministerium Regierungsrat v. Günther; für das Königreich Bayern Ministerialrat Dr. Frhr. v. Stengel, für das Königreich Sachsen Geh. Hof- und Bergrat Prof. Dr. Zirkel und für das Königreich Württemberg Bergrat und Münzwardein Dr. Klöpfel.

Die Sitzungen eröffnet Reichsschatzsekretär Graf Posadowsky: „Meine Herren! Namens des Herrn Reichskanzlers habe ich die Ehre, Sie zu begrüßen und Ihnen zu danken, daß Sie seinem Rufe Folge geleistet haben. Die Reichsregierung, in besonderer Berücksichtigung der neuerlichen Vorgänge auf dem Gebiet des indischen und amerikanischen Münzwesens, verschließt sich nicht der Erkenntnis, daß die seit etwa 20 Jahren eingetretene fortgesetzte starke Entwertung des Silbers, welches bis dahin seit Beginn des Jahrhunderts neben dem Gold ohne wesentliche Schwankung des gegenseitigen Wertverhältnisses als Münzmetall gedient hatte, auch für Deutschland, namentlich für seine Silbervorräte, für seine im Umlauf befindlichen Silbermünzen, für seinen Bergbau und für seine Handelsbeziehungen von weittragender Bedeutung ist. Obgleich Deutschland sich im sicheren Besitz der Goldwährung befindet, erkennt die Reichsregierung doch in der zunehmenden Silberentwertung eine ernste wirtschaftliche Frage, die eingehender Prüfung bedarf. In dieser Erkenntnis war schon im Laufe des vorigen

Jahres eine Kommission von Vertretern verschiedener Ressorts gebildet worden, die auf Grund eines vorgeschriebenen Programms ihre diesbezüglichen Arbeiten führen sollte. Um indes den aus den Kreisen des wirtschaftlichen Erwerbslebens geäußerten Wünschen entgegenzukommen, beschloß der Herr Reichskanzler, die Beratung der Silberfrage durch Berufung von sachverständigen Vertretern verschiedener Lehrmeinungen und Berufsstände auf eine breitere Grundlage zu stellen und der so gebildeten Enquetekommission insbesondere die Prüfung der Frage zu übertragen, ob und eventuell durch welche Maßregeln es ausführbar erscheint, den Wert des Silbers wieder zu heben und zu befestigen. Die Kommission soll den Arbeitsplan selbstständig feststellen. Es wird sich hierbei fragen, ob zunächst das vorhandene statistische Material zu sammeln, zu sichten, und eventuell durch neue Erhebungen zu ergänzen ist, um eine von allen Seiten für den Inhalt der Beratungen als maßgebend anerkannte Grundlage zu gewinnen, oder ob Sie sofort in die Erörterungen praktischer Vorschläge eintreten wollen. In letzterem Falle möchte es vielleicht ratsam sein, für die einzelnen, von den Mitgliedern der Kommission aufgestellten oder befürworteten Vorschläge je einen Referenten oder Korreferenten zu ernennen und deren schriftliche Berichte den weiteren Verhandlungen zu Grunde zu legen. In zweifelhaften Einzelfragen technischer oder gewerblicher Natur wird es sich empfehlen, Sachverständige zu hören. Die Verhandlungen werden stenographisch aufgezeichnet werden. Dem Beschlusse der Kommission stelle ich anheim, ob die stenographischen Berichte nach den einzelnen Sitzungen oder insgesamt nach Abschluß der Verhandlungen veröffentlicht werden sollen. Zum Schluß möchte ich hervorheben, daß die Kommission lediglich eine wirtschaftliche und wissentlich-technische Aufgabe hat. Bezüglich der zur Erörterung gelangenden Fragen wird die Auffassung jedes einzelnen Mitgliedes festgestellt werden; Mehrheitsbeschlüsse werden nur in Bezug auf den äußeren Gang der Verhandlungen zu fassen sein. Jeder einzelne Vorschlag wird demnächst seitens der Reichsregierung zum Gegenstande eingehender Prüfung gemacht werden. Die Reichsregierung hegt den aufrichtigen Wunsch, daß Ihre Beratungen dazu beitragen, das Verständnis für die wirtschaftliche Bedeutung der vorliegenden Frage zu fördern und eine Grundlage für praktische Maßnahmen behufs ihrer Lösung zu schaffen."

23. Februar. (Reichstag.) Militär-Etat.

Abg. Bebel (Soz.) klagt über das unverhältnismäßige Anschwellen des Pensionsetats, welches hauptsächlich durch die heute beliebte Art der Pensionierung veranlaßt werde, worauf aber leider der Reichstag keinen Einfluß habe, und verlangt Maßregeln gegen ein noch stärkeres Anwachsen.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Meine Herren! Ueber die Ursachen, welche das Anwachsen des Pensionsfonds zur Folge gehabt haben, hat der Kommissar des Kriegsministeriums in einer Sitzung vom 3. Dezember 1889 in der Budgetkommission sehr ausführliche Aufklärungen gegeben, die damals auch von keiner Seite beanstandet wurden und die auch noch heute zutreffen. Ich habe die Erklärung hier gedruckt vorliegen, ich brauche sie wohl nicht vorzulesen. Denjenigen Herren, welche sich dafür interessieren wollen, stelle ich sie zur Verfügung. Seitdem sind nun neue Umstände hinzugekommen, die ein weiteres Anwachsen des Pensionsfonds herbeigeführt haben. Das ist 1. die sich jetzt schon bemerkbar machende Wirkung der Heeresverstärkung von 1887. Es ist 2. die jetzt ebenfalls hervortretende Wirkung der Heeresverstärkung vom Jahre 1890, zwar noch in geringerem Maße. Die vom Jahre 1893 wird erst später kommen. Dann sind es, was die Mannschaft betrifft, die ja auch am Pensionsfonds beteiligt

ist, 3. die wesentlichen Vermehrungen der Rekruteneinstellungen, die Vermehrungen in den Uebungen des Beurlaubtenstandes und der Ersatzreserve, die allerdings jetzt in Fortfall gekommen sind. Es ist 4. dazu zu zählen die Vermehrung derjenigen inaktiven Offiziere, die jetzt im Rahmen der aktiven Armee Verwendung finden. Es sind das die Offiziere, die keinen Gehalt, sondern nur Pension beziehen und deren Zahl in den letzten Jahren fast um das Doppelte vermehrt worden ist. Es sind in den letzten Jahren 252 Bezirksoffiziere, 48 Offiziere bei den Bekleidungsämtern, 25 Offiziere in Regimentern und Stabsoffizierstellen bei den Bezirkskommandos, 5 Kommandanten für die größeren Truppenübungsplätze, eine Anzahl Offiziere im Kriegsministerium und bei anderen Formationen. Meine Herren, trotz dieser Verabschiedungen hat thatsächlich eine Steigerung in den Ausgaben des Pensionsfonds doch nicht in höherem Maße stattgefunden, als sie stattfand in der Zeit vom Jahre 1884 bis zum Jahre 1889. Sie betrug bei den Offizieren 35 pCt., bei der Mannschaft in derselben Zeit 32 pCt., bei den Beamten 73 pCt. Ich werde darauf später zurückkommen, weshalb diese prozentuale Steigerung bei den Beamten eine so große gewesen ist. Man kann also deshalb meines Erachtens jetzt nicht von einer erheblichen Zunahme der Offizierpensionen sprechen, wenn die Steigerung ganz stetig von 1889 bis 1893 in demselben Verhältnisse, nämlich in dem von 35 pCt. stattgefunden hat. Bei der Mannschaft hat diese Steigerung von 1889 bis 1893 um 41 pCt. stattgefunden und bei den Beamten allerdings nur um 34 pCt. Der Unterschied von 73 in der ersten Periode und 34 in der jetzigen Periode könnte sehr auffällig sein, er ist es aber insofern nicht, als da ein sehr natürlicher Grund vorlag. Anfangs der 80er Jahre wurde geplant, das bekannte $^1/_{80}$ auf $^1/_{60}$ zu erhöhen. Die Beamten, die davon Kenntnis hatten, befanden sich also in der Lage, zunächst zu warten, bis dieses $^1/_{60}$ gesetzlich wurde. In folge dessen hat in der Zeit, die dem Jahre 1884 vorauslag, und in der Zeit von 1884 bis 1889 ein großes Ansammeln von Beamten stattgefunden, die alle auf den Moment warteten. Nachdem nun das Gesetz — ich glaube im Jahre 1887 — zur Verabschiedung gekommen war, trat eine sehr große Anzahl von Verabschiedungen bei den Beamten ein. Es ist also eine Steigerung eingetreten nur bei der Mannschaft; die Vermehrung ist die gleiche geblieben bei den Offizieren und ist allerdings etwas reduziert bei den Beamten aus den Gründen, die ich vorhin hier anführte. Die Zahl der Pensionierungen ist in den letzten Jahren in den Chargen ziemlich gleich geblieben, und ich kann auch nicht behaupten, daß die Armee durch diese Pensionierungen, wie der Herr Abg. Bebel meinte, einer gewaltsamen Verjüngung entgegengeführt ist. Das ist nicht der Fall. Die Armee ist nicht älter und nicht jünger geworden. Ich kann Ihnen hier einige Zahlen mitteilen, aus denen Sie wohl ersehen werden, daß das vollständig der Wahrheit entspricht. Ich will beispielsweise das Alter der kommandierenden Generale anführen. Die kommandierenden Generale haben augenblicklich ein Durchschnittsalter von 61 Jahren. Ich werde in der Aufzählung jahrweise rückwärts gehen: 61, 61, $60^8/_{12}$, $60^3/_{12}$, $60^{11}/_{12}$, 61, im Jahre 1888 65, im Jahre 1884 betrug das Durchschnittsalter 63 Jahre. Ich zähle meinem Range nach zu den kommandierenden Generalen, aber ich habe nicht den Eindruck, daß ich zu jung bin. (Heiterkeit.) Ich glaube, wenn ich 15 Jahre jünger wäre, würde ich mehr leisten können. Im Frieden vergißt man so leicht die Erinnerung an den Krieg, aber zwischen den Leistungen im Kriege und denen im Frieden ist ein Vergleich nicht gut angängig. Im Kriege muß ein General die ganze Nacht aufbleiben, die Meldungen, die Befehle u. s. w. entgegennehmen. Das vergessen die Herren alle, daß wir im Kriege Anforderungen an den Körper und die geistige

Spannkraft eines Mannes stellen müssen, denen, glaube ich, die Mehrzahl der Menschen mit 61 Jahren nicht genügen kann; das ist lediglich ein Vorzug, den man hat, wenn einem der liebe Gott die Gesundheit und die Kräfte so lange erhält, um das zu leisten. Also das kann gar kein großes Wunder sein, wenn wir hier auf 61, und nicht auf 70 Jahre kommen. Ich will auch noch die Altersverhältnisse der anderen Chargen nennen. Die Divisionskommandeure haben — ich werde auch hier wieder aufwärts gehen — von 1894 herauf ein Alter von 55 10/12, 56 2/12, 55 9/12, 55 9/12, 56, 56, 57. So geht das weiter. Ich will dann weiter die Pionier- und Ingenieurinspekteure nennen: 55, 55, 55, 56, 55. Ja, meine Herren, mit der Genauigkeit eines Naturgesetzes fast halten wir uns in diesen Grenzen. Also, wenn wirklich hier eine gewaltsame Verjüngung stattgefunden hätte, so müßte das zum Ausdruck kommen. Wenn z. B. das Durchschnittsalter eines Regimentskommandeurs bei der Infanterie 51 1/12 ist, so müßte dann doch plötzlich ein Sprung auf meinetwegen 34 kommen, aber das kommt nicht vor. Das Durchschnittsalter der Regimentskommandeure von der Infanterie ist 51, 51, 51, 51, 52, 51 — ich lasse die Bruchzahlen weg — in den Jahren 76, 78 und 80 allerdings 50. Meine Herren, ich habe die Ueberzeugung, unsere Regimentskommandeure würden weit besser daran sein vor dem Feinde, wenn sie dreißig Jahre alt wären. Das ist im Frieden nicht durchzuführen; aber Sie können uns nicht den Vorwurf machen, wenn wir Ihnen solche Altersverhältnisse vorlegen, daß wir die Armee gewaltsam verjüngen. Das trifft nicht zu. Ich will die Herren nicht länger mit den trockenen Zahlen aufhalten, stelle sie aber Denjenigen, die sich dafür interessieren, zur Verfügung. Ich meine, daß aus allen diesen Zahlen hervorgeht, daß gerade in der Armee nach bewährten und richtigen Grundsätzen verfahren wird, nach denen Avancementsverhältnisse und Verabschiedungen geregelt werden. Nun möchte ich aber dem Herrn Abg. Bebel gegenüber darauf besonders Bezug nehmen — er deutete an, daß der Reichstag keinen großen Einfluß darauf habe — daß der Art. 66 der Verfassung des Deutschen Reiches und § 7 des Reichs-Militärgesetzes ganz ausdrücklich vorschreibt: Die Bestimmungen über die Zulassung zu den Stellen und Aemtern des Heeres, sowie über das Aufrücken in die höheren Stellen erläßt der Kaiser. Dabei wird es vorläufig, meine Herren, sein Bewenden behalten müssen. Nun habe ich hier noch einige andere Bemerkungen. Vorweg aber möchte ich doch eine Sache zur Sprache bringen, die der Herr Abg. Richter in der Sitzung vom 18. November vorgebracht hat. Er nannte da die Zahl der verabschiedeten Generale und die Zahlen der verabschiedeten Stabsoffiziere, welche gegenwärtig Pension beziehen. — Diese Zahlen sind insofern richtig, als thatsächlich Ende Juni 1893 Pensionen bezogen haben 720 Generale und 3388 Stabsoffiziere. Die Zahlen sind aber insofern unrichtig, als ein Teil dieser Generale nicht die Pension von Generalen beziehen, sondern einige von diesen Herren haben nur den Titel erhalten, beziehen daher nur die Pension von Stabsoffizieren als frühere Regimentskommandeure. Demzufolge ist nach den von mir gemachten Erhebungen die Zahl Derer, die Generalpension beziehen, nur 520. Unter den Stabsoffizieren sind auch sehr viele, die als Hauptleute pensioniert wurden, denen Seine Majestät aber einen höhern Rang, den Rang als Stabsoffizier verliehen hat. Daher beziehen dieselben nur die Hauptmannspensinn, und zwar beziehen die Pension als Stabsoffizier nicht 3888, sondern nur 2306. Das wollte ich zunächst richtigstellen. Nun hat aber der Herr Abg. Bebel hier verschiedene Fälle genannt. Er sagt, es wäre ein offenes Geheimnis, daß die Herren verabschiedet würden aus besonderen Ursachen, daß man sie, ehe man sie verabschieden wollte, noch in eine höhere Charge brächte und nach einem Jahr oder einem halben Jahr

erst verabschiedete. Ich kann nur Bezug nehmen auf § 7 des Reichsmilitärgesetzes, wonach, glaube ich, hier darüber nichts beschlossen oder beraten werden kann, unter welchen Umständen ein Offizier zu verabschieden oder noch länger zu konservieren ist. Meines Wissens sind die Gründe, aus denen Jemand verabschiedet wird, verschiedener Natur. Es ist auch nicht richtig, wenn Herr Abg. Bebel glaubt, daß alle diese Offiziere direkt verabschiedet werden. Sie suchen ihren Abschied selbst nach, meist in der Erkenntnis, daß sie den ihnen gestellten Aufgaben nicht mehr gewachsen sind. So wird es vorkommen, daß ein Offizier seinen Abschied nachsucht 1½ Jahr, nachdem er Generalmajor oder Oberst geworden ist. Ein Anderer hat in diesen Chargen nur ½ Jahr gedient. Daraus geht doch nur hervor, daß bei dem Einen die Motive früher vorgelegen haben müssen, als bei dem Anderen. Warum soll es auch nicht vorkommen, daß, wenn Jemand ein vorzüglicher Regimentskommandeur gewesen ist, er sich als Generalmajor überzeugt, daß er der Brigadeführung nicht gewachsen ist? Ebenso wird es vorkommen, daß ein vorzüglicher Brigadier in der Stellung als Divisionskommandeur, wo an ihn andere Pflichten, z. B. die der Gerichtsherrlichkeit der Manöverleitung u. s. w. herantreten, zu der Ueberzeugung kommt, daß er sich der Sache nicht gewachsen hält. Sodann sagte der Herr Abgeordnete, mit den Gesundheitsverhältnissen wäre es in der Armee so ausgezeichnet. Das ist richtig, daß für die Mehrzahl der Mannschaften die Armee eine gesunde Schule ist und auch die Offiziere sich zum Teil sehr wohl dabei befinden. Das kann ich aber nicht unbedingt zugeben, daß dies bei allen älteren Offizieren zutrifft. Ich habe gefunden, daß gerade unter diesen Herren gewisse Leiden, wie Rheumatismus, sich weit häufiger einstellen, als bei anderen Klassen der Bevölkerung. — Zum Schluß hat der Herr Abg. Bebel damit argumentiert, daß im Frieden eine Menge rüstiger Leute entlassen würden, die im Kriege wieder zur Anstellung gelangten. Ja, nach meinen Erfahrungen werden diese inaktiven Offiziere zwar im Kriegsfalle herangezogen — sie melden sich ja auch meistens freiwillig, denn wenn Not am Mann ist, ist es in Deutschland Brauch, daß Jeder, der noch seine Glieder rühren kann, mit ins Feld rückt —, aber wir nehmen diese Offiziere meist nicht in die Front, in das aktive Heer, sondern in Stellungen, in denen sie geringeren Anforderungen nachkommen können. Der Herr Abg. Bebel hat vielleicht übersehen, daß wir im Kriegsfalle eine große Anzahl stellvertretender Behörden schaffen müssen, zu denen gerade diese inaktiven Offiziere herangezogen werden, wie zu stellvertretenden kommandierenden Generalen, stellvertretenden Chefs des Generalstabs, stellvertretenden Adjutanten u. s. w. Gerade im Kriegsfalle gebrauchen wir ein ganzes Heer von solchen inaktiven Offizieren. Woher sollen wir die nehmen, wenn Alles in der Armee bliebe? Ich glaube also, unsere inaktiven Offiziere sind ein ganz wertvolles und unentbehrliches Material für Kriegsfälle. — Hiernach muß ich die Ausstellungen, die der Herr Abg. Bebel in Bezug auf das Avancement von Offizieren gemacht hat, als unbegründet zurückweisen. (Beifall.)

24. Februar. Auf dem Festmahle des Brandenburgischen Provinziallandtages erwidert der Kaiser auf eine Ansprache des Oberpräs. v. Achenbach:

„Verehrter Herr Oberpräsident! Ich spreche Ihnen Meinen herzlichsten, innigsten Dank aus für die freundlichen Worte, die Sie im Namen der Provinz Brandenburg an Mich gerichtet haben. Aus Ihren Worten klang der Ruf: „Hie guet Brandenburg allewege!" heraus, und an diesen Ruf schließt sich wohl der andere, der Schildruf Meiner Vorfahren: „Hie

gut Hohenzollern allewege!“ Der Rückblick auf die Geschichte unserer Brandenburgischen Lande genügt, um zu zeigen, wie die Hohenzollern und Brandenburg stets zusammengehört haben und durch die Macht der Thatsachen und durch die geschichtliche Entwickelunng unseres Landes nunmehr ein und derselbe Begriff sind. Sie haben zurückgegriffen auf verschiedene Momente, auf Zeitabschnitte, die große Ereignisse der Geschichte unseres Landes und Hauses berühren; Sie haben hervorgehoben, wie Meine Vorfahren und die Väter der hier versammelten Brandenburger zusammengewirkt und gemeinsam gearbeitet haben. Diese Saite anzuschlagen, ist gerade in der heutigen Zeit von besonderer Bedeutung. Es kann auch Brandenburgs Markgraf nur dann für sein Land mit Aussicht auf gedeihlichen Fortgang arbeiten, wenn er sich des Vertrauens seiner Brandenburger durchaus sicher weiß. Daß Meine Vorfahren und besonders derjenige, auf den wir am liebsten zurückblicken als auf den größten Brandenburger, der Große Kurfürst, im stande waren, so Großes für ihr Vaterland zu leisten, beruht auf diesem gegenseitigen Vertrauen von Fürst und Volk, es beruht auf der Erkenntnis vor allem, daß das Hohenzollernsche Herrscherhaus mit einem Pflichtgefühl ausgerüstet ist, welches es aus dem Bewußtsein schöpft, daß es von Gott an diese Stelle gesetzt ist und Ihm allein und dem eigenen Gewissen Rechenschaft zu geben hat für das, was es thut zum Wohle des Landes. Pflegen wir also die Liebe zu unserem Vaterland, lehren wir unsere Jugend, Freude an unserem geeinten, großen Deutschen Reich, in dem Brandenburg doch schließlich die Hauptsäule ist, zu haben! Und vermögen wir das nicht aus eigenem Antrieb, so lernen wir doch von anderen Völkern! Ich greife dabei zurück auf das uns stamm- und religionsverwandte Volk der Holländer, in dem der Große Kurfürst seine erste Jugend zubringen durfte, um das, was er dort lernte, nachher für das große Ganze zu verwerten. Wie dort im Volksbewußtsein das, was das Herrscherhaus für Holland gethan, fest eingewurzelt ist, das geht aus der einfachen, rührenden Begebenheit hervor, die sich zutrug, als einst eine holländische Bauernfrau mit ihren kleinen Kindern an das Haus hintrat, wo in der Mauer die Kugellöcher zu sehen waren von jenem Mörderschuß, durch den Wilhelm von Oranien gefallen war. Als die alte Frau vor diese Stelle gekommen, da wandte sie sich zu ihren Kindern und zeigte mit dem Finger darauf und sagte: „Dat is Wilhelm!“ Nun, dasselbe wollen wir auch thun! Blicken wir zurück auf das Jahr 1866, auf das Jahr 1870, da können wir auch sagen: „Dat is Wilhelm!“ Es sind große Dinge, die Meine erhabenen Vorfahren für uns Alle erkämpft haben! Schon unter dem Großen Kurfürsten war der Brandenburgische Adler auch zu Wasser gefürchtet von unseren Feinden, und nun hat die Provinz Brandenburg jüngst die Güte gehabt, dem Panzerschiff „Brandenburg“ eine Flagge zu schenken, so daß es im vergangenen Herbst zum erstenmal nach 200 Jahren möglich war, den roten Aar in der blauen Luft schweben zu sehen. Ich spreche Ihnen nochmals den herzlichsten Dank aus für diese Gabe. Seitdem ist ein schwerer Tag über das Schiff dahingezogen und bittere Not fiel auf die Mannschaft. Meine Herren, die Leute, die auf der „Brandenburg“ gefallen sind, sind wie Brandenburger gestorben und haben gezeigt, daß sie in der Ausübung ihrer Pflicht selbst bis zum Tode ihrem Eid treu geblieben sind. Zum Dank für Ihre freundliche Gabe und zur Erinnerung an dieses Schiff erlaube Ich Mir, Ihnen hier ein Bild zu überreichen, welches Sie bei Sich in Ihrem Saale aufhängen mögen zur Erinnerung an die Zeit des Großen Kurfürsten. Jetzt erhebe ich aber Mein Glas und rufe: „Hoch lebe die Provinz Brandenburg und hoch leben alle Brandenburger! Hoch! Hoch! Hoch!“

26. Februar. Der Bundesrat beschließt die Aufhebung des Identitätsnachweises.

26. Februar. (Reichstag.) Erste Lesung des Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen dem Reich und Rußland.

Abg. Graf Mirbach (dk.): Bei Gelegenheit des Handelsvertrages mit Rumänien wies ich darauf hin, daß wir im Januar oder etwas später in die Verhandlungen einer Vorlage eintreten würden, die von unendlich viel größerer Bedeutung sein würde; diese Voraussage ist eingetroffen. Der russische Handelsvertrag nimmt in der Handelsvertragspolitik den breitesten Raum ein. Der berufenste Vertreter der verbündeten Regierungen, Herr v. Marschall, hat zweimal mit großem Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Zustimmung zum Vertrage mit Rumänien nicht die Zustimmung zum russischen Vertrage bedinge. Er hat gesagt: diese beiden Dinge müßten selbständig behandelt werden. Ich bin ihm dafür sehr dankbar. Zwischen unserer Stellungnahme und den Personen der Regierung besteht kein Zusammenhang. Wir vermeiden es, in die Prärogative der Krone einzugreifen; das überlassen wir anderen Parteien. (Lachen links. Zuruf Rickerts: Herr v. Ploetz!) Herr v. Ploetz steht nicht in so verantwortlicher Stelle, wie ich hier. Sie können mir auch Herrn v. Wangenheim nennen; der ist niemals Mitglied unserer Fraktion gewesen. (Heiterkeit.) Wir stehen in einem scharfen Gegensatz zur wirtschaftlichen Politik des Reiches und die geistigen Waffen, mit denen gekämpft wird, sind recht ungleich. Die Grenzen, welche uns gezogen sind gegenüber Männern, welche auf Befehl S. Majestät hier stehen, sind sehr eng. Wir müssen uns nach der Tradition unserer Partei einer großen Zurückhaltung befleißigen. Ich meinerseits werde diese Linie nicht überschreiten. Ich werde ohne Voreingenommenheit einen Rückblick werfen auf die Dinge, welche vorliegen. Die verbündeten Regierungen können allerdings nicht ganz ohne Bedenken der Abstimmung entgegensehen, wenn sie die Zahl der Stimmen auf unserer Seite vergleichen mit der Abstimmung von 1891 (über den österreichischen Handelsvertrag). Die Zahl der Stimmen für uns ist seitdem sehr erheblich gewachsen. (Sehr richtig! rechts.) Ein Druck auf die Abstimmung ist nicht ausgeübt worden. Ich weiß aus Erfahrung, daß ein solcher Druck das Gegenteil von dem bewirkt, was er beabsichtigt. Den rumänischen Handelsvertrag hat man als einen Pyrrhussieg bezeichnet. So weit gehe ich nicht, man müßte den russischen Vertrag nicht nach seinem inneren Wert betrachten, sondern diesen inneren Wert als nebensächlich ansehen. Die Politik ist viel zu viel vermischt worden mit rein wirtschaftlichen Fragen. Die Handelspolitik sollte lediglich nach wirtschaftlichen Rücksichten beurteilt werden. (Sehr richtig! rechts.) Beim Vertrag mit Oesterreich und Italien hieß es, wir müßten unsere Verbündeten wirtschaftlich stärken. Ich acceptiere diese Prämisse nicht; aber wenn sie richtig ist, dann folgt daraus, daß Rußland, welches den Dreibund am schwersten bedroht, niemals wirtschaftlich gestärkt werden darf. (Sehr richtig! rechts.) Fürst Bismarck, der allerdings mit einem Besitz von 1000 Aren verknüpft war (Heiterkeit rechts), der aber doch einige Anerkennung im Volke errungen hat, hat einmal kurz vor der Ankunft des Kaisers von Rußland die Beleihung russischer Wertpapiere auf der Reichsbank verboten und dennoch vollzog sich die Zusammenkunft des Kaisers von Rußland und des deutschen Kaisers in bester Weise zu Gunsten Deutschlands. Also politisch bestand das herzlichste Einvernehmen, während wirtschaftliche Maßregeln dieser Art ergriffen wurden. Man sagt ja auch in russischen Blättern, daß durch diesen Vertrag die politischen Verhältnisse zu Frankreich nicht

geändert würden. Die Konzessionen, welche wir Oesterreich gemacht haben, verlieren durch diesen Vertrag vollständig ihre Bedeutung, denn Rußland produziert billiger als Oesterreich, kann es also in jeder Beziehung unterbieten, zumal es bequeme Wasserstraßen nach Deutschland und eine längere Grenze hat. Die russischen Konzessionen verlieren aber an Bedeutung, weil sie nur gelten, soweit nicht landesgesetzliche Vorschriften und Polizeiverordnungen entgegenstehen. Ich erinnere nur an die Behandlung der Fürstin Hohenlohe, einer Schwester des russischen Militärbevollmächtigten Fürst Wittgenstein in Paris, welche von ihrem Bruder große Ländereien erbte. Was ihr, trotzdem man doch ihr gegenüber große Milde walten ließ, widerfahren ist, das wird in viel schärferem Maße jedem anderen widerfahren, der in Rußland Land erwerben wollte. Wir konzedieren dagegen ein sehr wertvolles Recht; bei uns ist es unmöglich, daß wir fremde Nationen behindern in ihrem Erwerbe bei uns. Unsere Grenznachbarn werden also dieses Recht bei uns im vollsten Umfange ausüben, während Deutsche in Rußland durch die Polizei behindert werden dürfen. Unseren Städten im Osten werden dadurch gefährliche Konkurrenten auf den Hals geladen. (Sehr richtig! rechts.) Die wichtigste Bestimmung ist im Artikel 19 enthalten bezüglich der Gütertransporte auf den Eisenbahnen. Früher war man der Meinung, daß die Einräumung solcher Rechte an einen fremden Staat in Bezug auf die Tarife der Eisenbahnen sehr gefährlich sei. Der Export Rußlands ist ja 300 Millionen Mark (Zuruf rechts: Rubel!) oder Rubel größer als der deutsche Export nach Rußland. Rußland importiert Massenartikel und für diese binden wir uns in Bezug auf die Gütertarife. Ich halte das für bedenklich und spreche mein Bedauern darüber aus, daß dies auch seiner Zeit Oesterreich konzediert ist. Man kann den Artikel 19 ganz verschieden beurteilen, je nachdem man annimmt, daß er deutscherseits oder russischerseits verlangt wurde. Ich glaube, die Fassung ist von deutscher Seite verlangt worden. Es handelt sich darum, den Zustand beizubehalten daß der russische Export über deutsche Ostseehäfen erfolgt. Wir haben Differentialtarife nach Königsberg und Danzig etwa auf den Satz von 1,10 ₰. Wenn Rußland seine Tarife noch mehr ermäßigt, würden wir auf 1 ₰. kommen. Der Waggon von der russischen Grenze bis zum Hafen kostet danach 20 ℳ Fracht, während im inneren Verkehr 70 ℳ erhoben werden. Früher bestanden die billigen Transportpreise nur für die Durchfuhr über See. Wir bitten diese Bezeichnung wieder aufzunehmen. Wir unterwerfen unh aber in Bezug auf die Tarise nach dem Schlußprotokoll den Tarifen, welche Rußland in seinen Relationen über Libau festsetzt. Das kann ein Staat eigentlich gar nicht konzedieren, weil dabei auch von Privatbahnen die Rede ist. (Sehr richtig! rechts.) Unsere Handelsverträge kosten uns einen Ausfall von 40—50 Millionen Mark. (Zuruf des Staatssekretärs v. Marschall: Nun, sagen wir 36, ich lasse mit mir handeln. [Heiterkeit.]) Wenn Sie das Buch von Ulrich: „Staffeltarife und Wasserstraßen" einer gründlichen Prüfung unterwerfen, werden Sie finden, daß die Süddentschen in Bezug auf die Staffeltarife vollständig im Irrtum waren. Die Konkurrenz vollzieht sich auf dem Wege der Wasserstraßen. Aber das können wir der süd- und westdeutschen Landwirtschaft nicht verdenken; jedes Moment, welches preisdrückend wirken könnte, wird mißtrauisch aufgenommen. Infolge dessen dringt sie darauf, daß die Staffeltarife aufgehoben werden, trotzdem doch die billige Beförderung der Massengüter auf weite Entfernungen die Aufgabe der Eisenbahn ist. Nehmen Sie uns aber die Staffeltarife, so schädigen Sie die Eisenbahneinnahmen Preußens. Das Ergebnis der Handelsvertragspolitik ist also ein wesentliches Herabgehen der Reichseinnahmen und der preußischen Eisenbahneinnahmen. (Sehr

richtig! rechts.) Wenn Sie die Importe aus Rußland sich ansehen, müssen Sie die Zeit vor 1891 betrachten. 1883—91 war die Importziffer nach Rußland durchschnittlich rund 164 Millionen Mark, also bei 10 pCt. Nutzen ein Ertrag von 16 Millionen. Aber der Schaden, der der Landwirtschaft zugefügt würde, würde viel größer sein. (Zuruf links: Wo ist er denn?) Von dem Kampfzolltarif von 1891 sind Konzessionen gemacht, außerdem fallen uns infolge des russisch-französischen Vertrages einige weitere Konzessionen zu. Die Industrie jubelt laut auf. (Widerspruch links.) Aber was erreicht worden ist, haben Sie durch die Agrarier erreicht. (Sehr richtig! rechts.) Wenn wir die Karten nicht gemischt hätten durch die Abstimmung zum rumänischen Handelsvertrag, dann wäre nichts erreicht worden Wenn die Agrarier nicht gewesen wären, dann hätte die Industrie nichts erreicht. Als der Zollbeirat hier tagte, da sagte ein Industrieller: Einen Vertrag mit Rußland um jeden Preis! Das war eine sehr ungeschickte Vertretung der Interessen, denn was unter einer größeren Anzahl von Personen verhandelt wird, bleibt nicht geheim. Die Abstimmung über den Handelsvertrag unter Benutzung des parlamentarischen Almanachs wird ja zeigen, welche Wertschätzung die Landwirtschaft bei den Herren genießt. Fürchten Sie nicht, daß wir pari passu mit der Herabsetzung der landwirtschaftlichen Zölle eine Ermäßigung der Industriezölle beantragen werden. (Zuruf links: Immer zu!) Ja, Sie würden sich darüber freuen. Man sagt, der Zoll müsse verglichen werden mit dem Wert der Waren. Aber man kann doch die Lage der Landwirtschaft nicht vergleichen mit der Lage der Industrie. Die Industrie kann sich eine Koalition schaffen, die Landwirtschaft nicht. Wir haben einen Versuch gemacht in Bezug auf eine Nebenindustrie, aber es ist mißlungen. Es würde einmal ein interessantes Unternehmen sein, wenn eine Aktiengesellschaft Landwirtschaft betreiben wollte. Daß das bisher nicht geschehen ist, beweist, daß bei der Landwirtschaft nichts zu verdienen ist. (Lachen links.) Redner verweist auf die verschiedenen Dividenden industrieller Aktiengesellschaften, welche 7—14—35 pCt. Dividenden gegeben haben. Landwirschaft und Industrie lassen sich also nicht vergleichen. Die Zölle dürfen nicht in Relation gesetzt werden zu den Werten der Produkte, sondern zur Lage der Landwirte und der Industrie in den betreffendeu Staaten. Deshalb sind z. B. die Industriezölle in Rumänien höher als bei uns. Alle Parteien bemühen sich ja, der deutschen Landwirtschaft zu helfen, um Stimmen zu fangen. Man wirft dem Bunde der Landwirte vor, daß er von dem Grundsatze ausgeht: Majorität, nicht Autorität! So lange das allgemeine Wahlrecht, dieser Hohn auf die Autorität, besteht, müssen wir uns fest organisieren, und diese Organisation ist der Bund der Landwirte, dessen einzige Gegner die Herren vom Bundesrat und von der Linken sind. (Heiterkeit rechts.) Wie sagte Fürst Bismarck? Artige Kinder verlangen nichts, artige Kinder bekommen auch nichts! (Sehr richtig! rechts.) Herr v. Stumm hat für den rumänischen Handelsvertrag gestimmt und die agrarische Agitation dagegen als unrichtig bezeichnet. Wir werden ja sehen, ob sein Votum jetzt anders sein wird. Unser Votum wird dasselbe sein, wie damals; Herr v. Stumm kann für den russischen Handelsvertrag nicht stimmen, denn er hat damals Kompensationen auf anderen Gebieten verlangt, die aber nicht vorhanden sind. Welche angeblichen Konzessionen hat denn eigentlich Rußland gemacht? Es bestand früher ein großer Fischimport nach Rußland von deutschen Häfen, der aber zerstört ist durch die hohen russischen Zölle, die auch jetzt nicht erheblich ermäßigt sind. Für Hopfen ist der Zollsatz ebenfalls ein sehr exorbitanter geblieben, zumal die Arbeitsbedingungen in Rußland billiger sind als in Deutschland. Die Zugeständnisse sind sehr mäßig auf dem Ge-

biet der Textil- und Eisenindustrie; sie bleiben weit zurück hinter dem Zolltarif von 1885, denn der Tarif von 1891 ist ein Kampfzolltarif. Es liegt eine drohende Gefahr vor des Exports der russischen Industrie, welche sich einer Fürsorge der Regierung, billiger Löhne und der Valutadifferenz zu erfreuen hat. Die polnisch-russische Textilindustrie wird der deutschen gegenüber bald konkurrenzfähig sein. Die Ermäßigung der Kohlentarife ist sehr wichtig, aber ihre volle Bedeutung erreicht sie doch erst, wenn der Rubelkurs auf Pari stehen würde. Dazu kommen die großen Fabrikationsprämien welche in Rußland gezahlt werden für Lokomotiven, Schienen &c. Die Opfer, durch welche die Verträge erkauft werden, werden nur der Landwirtschaft auferlegt; nur dadurch ist die Industrie in der Lage, Vorteile zu erringen. Wir werden einmal sehen, ob die Industrie später ihre Dankbarkeit erweisen wird. Die „National-Zeitung" vertröstet die Landwirtschaft auf den Export nach Polen. Der Redakteur weiß wohl nicht, daß in Polen alles sehr schön wächst, daß die Polen in Rußland nicht so belastet sind, wie unsere Landwirtschaft. Bei uns ist die Schafzucht ruiniert zu Gunsten der Textilindustrie, während Rußland die Schafzucht protegiert. Der Export Rußlands besteht zumeist aus landwirtschaftlichen Produkten und aus Holz. Ich bedaure, daß der Zoll für gesägte Blätter herabgesetzt ist; dadurch wird die nationale Arbeit gefährdet. Hunderttausende von Menschen könnten beschäftigt werden bei der Bearbeitung des Nutzholzes, die jetzt nicht möglich ist durch die russische Konkurrenz. Die Preisbildung bestimmt der am billigsten Produzierende. Wenn wir dem russischen Produzenten eine direkte Verbindung gewähren, so kann er noch billiger als jetzt produzieren und gerade für Roggen und Hafer hat der deutsche Markt für Rußland eine sehr große Bedeutung. In Rußland lagern große Mengen Roggen. (Kopfschütteln des Staatssekretärs v. Marschall.) Das ist nicht richtig; nun, dann hätten wir keinen Preissturz zu befürchten; ich glaube aber, das Gegenteil wird der Fall sein. Wir brauchen aus Rußland außer Kaviar nichts. (Heiterkeit.) Der Import von Roggen ist daher für uns von größter Bedeutung und er trifft gerade die ärmsten Böden. Wenn es irgend möglich ist, müßte man für Roggen den Differentialzoll aufrecht erhalten. Daß die ostpreußischen Häfen ein Interesse daran haben, sich den Handel nach Rußland zu sichern, ist selbstverständlich. Das Gebiet, welches hinter ihnen liegt, ist zu gering. Aber man brauchte ihnen doch nicht die Interessen der gesamten Landwirtschaft preiszugeben. Ein Beamter der ostpreußischen Südbahn sagte mir einmal: Mir ist eine russische Jagd mehr wert, als die ganze preußische Landwirtschaft. (Zuruf links: Dummer Kerl!) Wir haben das Gefühl, daß die verbündeten Regierungen der Frage der Aufhebung des Identitätsnachweises gerne nahe treten würden. Ob wir das als artige oder als schlechte Kinder bekommen sollen, lasse ich dahingestellt. Aber eine Kompensation für die Schädigung durch den russischen Handelsvertrag liegt darin für uns nicht (Sehr richtig! rechts), wenn wir auch die Frage an sich nicht unterschätzen wollen. Ich habe nachgewiesen, aus welchen Gründen die Landwirtschaft zusammenhalten muß; deshalb steht für uns die Frage der Aufhebung des Identitätsnachweises erst in zweiter Linie. Die offiziöse Presse hat es uns ja zum Vorwurf gemacht, daß wir die imperative Ehrlichkeit aufrecht erhalten wollen gegenüber gegebenen Versprechungen. Auf Grund dieser Versprechungen müssen wir das Wohl der gesamten Landwirtschaft im Auge behalten. Wenn die Landwirtschaft durch die Handelsverträge geschädigt wird, während der Export der Industrie sich steigert, so ist damit jedenfalls das Fundament verschoben wenn auch an der Spitze eine Verbesserung eingetreten ist. Die verbündeten Regierungen weisen darauf hin, daß alle Fragen untersucht werden müssen

in Bezug auf ihren Wert gegenüber der Sozialdemokratie. Ich halte allerdings jede Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten für vollständig nutzlos; denn sie halten die Gesellschaftsverhältnisse, die wir in ruhiger Entwickelung fortbilden wollen, für vollständig zerrüttet. Zu einer solchen Partei müssen wir stehen wie Feuer zum Wasser. (Zustimmung rechts.) Man muß aber den Aufbau der sozialdemokraeischen Anschauungen erfolgen. Da ist eine Schrift mir aufgefallen, welche ausführte, daß die Basierung des Staates auf der exportierenden Industrie die Arbeiter zur Sozialdemokratie erzieht, weil alle patriarchalischen Verhältnisse aufgelöst werden. (Sehr richtig! rechts.) Wenn eine Krisis eintritt, werden die Arbeiter der Industrie brotlos und die Landwirtschaft ist ruiniert. Frankreich steht mit seinem autonomen Zolltarif trotz des Zollkrieges sehr viel besser da als wir. Redner beruft sich auf die Ein- und Ausfuhrzahlen von 1892. (Zuruf links: 1893! Da steht es ganz anders!) Die Zahlen für 1893 habe ich nicht. Auf die Frage der Valutadifferenz will ich nicht eingehen, trotzdem sie von großer Bedeutung für den Wert der Zollsätze ist. Aber der Rubelkurs ist natürlich nicht allein maßgebend, aber er ruft Ungleichheiten hervor, und beim heutigen Rubelkurs von 2,25 ℳ müßte der Zollbetrag für Getreide 5,50 ℳ, beim Kurse von 200 aber 6,20 ℳ betragen. Herr v. Kardorff hat also die Verpflichtung, seinen Antrag umzuändern und zu stellen zum russischen Handelsvertrage. Das System unserer Handelsverträge besteht in der konsequenten Durchführung der Schädigung der einheimischen und der Begünstigung der auswärtigen Landwirtschaft. Ich will von der Zollherabsetzung um 1,50 ℳ nicht sprechen; sie kann einmal unbedenklich, ein ander Mal verhängnisvoll sein. Ich will mich nur beziehen auf die Ausführungen des Herrn Vopelius, der sich gegen eine Vertragspolitik auf Kosten der Landwirtschaft aussprach. Daß die Sozialdemokraten für die Handelspolitik der Regierung eintreten, ist vollkommen begreiflich. Die Freisinnigen halten die Handelsverträge für wirtschaftlich nicht bedeutend; trotzdem stimmen sie für dieselben. Wir sind aber Anhänger des Fürsten Bismarck und seiner Wirtschaftspolitik und deshalb stimmen wir gegen die jetzige Handelspolitik. Wir können uns hier seit dem 26. Januar auf den Fürsten Bismarck berufen, ohne daß darin irgend eine Schärfe gegen irgendwelche Person liegt. Die Kerntruppen gegen die Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck sind zwar nicht ganz einig; sie werden getrennt marschieren, aber vereint schlagen. 1891 hat die Minorität meiner Partei ihre prinzipiellen Bedenken gegen die Handelsvertragspolitik fallen lassen. Wir bekämpfen die Handelspolitik, weil wir es für ungerecht halten, daß stets und allein die Landwirtschaft die Opfer tragen soll. Wir sehen darin eine schwer wieder auszugleichende Schwächung unserer Finanzen, und eine besondere Erschwerung liegt in der Bindung der landwirtschaftlichen Zölle auf lange Zeit gegenüber der sinkenden Tendenz der Weltmarktpreise für Getreide. Wenn uns Konzessionen auf anderen Gebieten gebracht worden wären, hätten wir unsere Bedenken vielleicht jetzt beim Abschluß der Handelsvertragspolitik fallen lassen. Aber sie sind uns nicht gebracht worden. Wir wollen daran festhalten, daß der Landwirt, weil er der größte Produzent und auch der größte Konsument ist, geschützt werden muß. Wenn in der „Norddeutschen Zeitung" am Ende des vorigen Jahres steht, daß der Zollausfall zuerst allerdings eintritt, aber sich nachher ausgleicht, während das deutsche Volk niedrigere Preise bezahlt, so folgt daraus, daß jede weitere Herabsetzung der Preise der landwirtschaftlichen Produkte ein Vorteil für das deutsche Volk ist. Dann könnte man ja schließlich die Landwirtschaft in Deutschland überhaupt verbieten. So weit sind wir aber doch wohl noch nicht. (Zustimmung rechts.) Unsere Handelspolitik wäre richtig,

wenn die Preistendenz für landwirtschaftliche Produkte eine steigende wäre; da das Gegenteil der Fall ist, halte ich die Politik für verhängnisvoll, Wir sind in der Periode scharfer Konkurrenz der verschiedenen Produktionsgebiete. Frankreich hat seine Zollautonomie verteidigt und betrachtet sie als das wertvollste Gut. (Sehr richtig! rechts.) Das Deutsche Reich ist allerdings nicht in der Lage, für den einzelnen ein Erwerbsminimum zu fixieren, aber es hat wohl die Macht, die größte Produktion zu sichern durch seine Gesetzgebung gegenüber der Konkurrenz des Auslandes. Wir werden die Notwendigkeit eines solchen Schutzes verteidigen bis zum letzten Atemzuge. (Beifall rechts.) Wir schlagen Ihnen vor, die Vorlage an eine ad hoc zu wählende Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen. (Beifall rechts.)

Staatssekretär des Auswärtigen Amts Frhr. v. Marschall: Meine Herren, wenn der Herr Vorredner am Schlusse seiner Ausführungen darauf hingewiesen hat, daß die Sozialdemokraten und Freisinnigen die Kerntruppen der verbündeten Regierungen bildeten bei dieser Vertragspolitik, so konstatiere ich die Thatsache, daß auch in den 80er Jahren zur Zeit der Zollpolitik, die der Herr Vorredner so sehr gerühmt hat, die Sozialdemokraten, die Freisinnigen jetweil geschlossen für alle die Verträge gestimmt haben, die damals vorgelegt worden sind, und mir ist nicht bekannt, daß jemals von Seiten der Rechten diese Unterstützung mit irgend einem Zeichen der Entrüstung zurückgewiesen worden sei. (Sehr richtig! links.) Die Ausführungen des Herrn Vorredners und die scharfe Kritik, die er an Einzelheiten des Vertrages geübt hat, würden auf mich einen tieferen Eindruck machen, wenn er sich nicht gleichzeitig als ein prinzipieller Gegner aller Tarifverträge bezeichnet hätte, und damit die Ueberzeugung nicht feststände, daß, was auch Rußland uns hätte gewähren können als Ausgleich für unsere Konventionaltarife, der Herr Vorredner im wesentlichen dieselbe Rede gehalten haben würde, wie er jetzt gethan. (Sehr gut! links.) Der geehrte Herr hat über ein sehr umfassendes Material verfügt und er hat eine Reihe von Gebieten in den Kreis seiner Erörterungen gezogen, bei denen es mir zweifelhaft ist, ob und inwieweit sie noch mit dem folgenden Vertrage in Zusammenhang stehen. Er hat sogar, als er von dem Bund der Landwirte sprach, den er sehr hübsch mit einem Kinde verglich, sich auf das Gebiet der Kindererziehung begeben, und, wie es scheint, Manches an der Erziehung auszustellen gehabt, was ich in keiner Weise in Abrede stellen will. (Sehr gut! links.) Der Herr Vorredner hat auf eine Aeußerung hingewiesen, die ich gelegentlich der Beratung des rumänischen Handelsvertrages gethan habe, daß nämlich die Zustimmung zum rumänischen Handelsvertrage in keiner Weise ein Präjudiz bilde für den russischen Vertrag. An sich, meine Herren, würde es nichts Absonderliches sein, wenn ich, so lange die Verhandlungen mit einer fremden Macht noch im Laufe sind, öffentlich eine Aeußerung thue, die ich später wieder modifiziere. (Widerspruch rechts.) Allein, meine Herren, ich halte diese Aeußerung voll und ganz aufrecht und erkläre hiermit, daß nach meiner Auffassung für die Mitglieder des hohen Reichstages keine andere Verpflichtung vorliegt, als die, diesen Vertrag aus sich selbst sorgfältig zu prüfen, die Gründe und Gegengründe abzuwägen und dann das Votum nach ihrer Ueberzeugung abzugeben. Einen anderen Druck als nach dieser Richtung werde ich niemals versuchen, auf den Reichstag auszuüben. Der Herr Vorredner hat dann auch das Gebiet der hohen Politik berührt. Ich möchte diese Thatsache konstatieren, daß bezüglich des russischen Vertrages die Initiative zu einer Besprechung politischer Fragen von Seiten derjenigen Herren ausgegangen ist, die bisher den Standpunkt vertreten haben, daß man politische und

wirtschaftliche Fragen nicht verquicken darf. Ich selbst finde kein Bedürfnis, auf dieses Gebiet überzugehen, wenn ich hier für einen Vertrag eintrete, der bestimmt ist, wirtschaftlichen Frieden zu schaffen zwischen zwei großen Nationen, die traditionell in politischer Freundschaft leben. Da weiß ich nicht, warum es notwendig sein soll, diesen naturgemäßen Vorgang mit politischen Momenten zu rechtfertigen, zumal die wirtschaftlichen Gründe, welche für diesen Vertrag sprechen, so ausschlaggebender Natur sind, wie es politische Gründe niemals zu sein vermögen. (Sehr richtig!) Daß für die Gegner dieser Verträge die Frage nicht so einfach liegt, gebe ich zu, aber ich will ihnen nicht vorgreifen; ich lasse den Gegnern in dieser Frage den Vortritt. Sie werden sich der Verpflichtung nicht entschlagen können, uns darzulegen, daß wir ohne politische Bedenken unseren großen mächtigen Nachbarn auf die Dauer und prinzipiell das versagen können, was wir allen anderen Staaten gewährt haben. (Sehr gut!) Nun, meine Herren, hat der Herr Vorredner auch eine Reihe von Bestimmungen in dem Vertrage von dem Gesichtspunkte aus bemängelt, daß wir hier Rußland Dinge gewähren, die Rußland uns nicht gewahrt. Das ist vollkommen richtig. Wir haben von Anfang an nie daran gedacht, weder daran, die russische Fremdengesetzgebung bei uns einzuführen, oder Rußland dazu anzuhalten, unsere Gesetzgebung dazu einzuführen. Wir haben das erreicht, was nach Lage der Dinge erreicht werden konnte, nämlich die Meistbegünstigung. Ich komme nun, bevor ich auf den Vertrag im Ganzen übergehe, auf die Frage der Eisenbahntarife, die der Herr Vorredner eingehend behandelt hat. Der Art. 19 des Schlußprotokolls enthält, wie der Herr Vorredner zugegeben hat, in der Hauptsache nichts weiter als eine Sanktionierung des bestehenden Zustandes. Schon heute fahren die beiden Privatbahnen, die allein in Frage kommen, nämlich die ostpreußische Südbahn und Marienburg-Mlawkaer Bahn zu den russischen billigen Tarifen Getreide nach Königsberg und nach Danzig (Hafen). Daran haben wir sie bisher nicht gehindert und, wenn dieser Vertrag zu stande kommt, haben sie keine Verpflichtung das zu thun. Es ist nicht richtig, daß wir uns den billigen russischen Tarifen unterwerfen; es hängt ab von diesen Privatbahnen, und ich meine, der naturgemäße Erwerbstrieb derselben giebt eine genügende Garantie dafür, daß diese Bahnen nicht zu Tarifen das Getreide fahren werden, bei denen sie keine Geschäfte mehr machen werden. Die große Bedeutung des § 19, der auf unseren Wunsch eingefügt worden ist, besteht darin, daß Rußland sich damit des Rechtes begiebt, nach seinen Getreideausfuhrhäfen Libau und Riga billigere Tarife einzustellen; und wenn dieser Paragraph nicht aufgenommen wäre, könnten die Russen das thun, dann könnten sie, wie Herr Lutz im Feenpalast gesagt hat, das russische Getreide nach ihren Ausfuhrhäfen umsonst fahren und von dort mit billiger Gelegenheit zu uns führen. Dann hätten wir das russische Getreide ebenso billig, noch billiger vielleicht im Lande, ohne daß ein deutsches Eisenbahnrad sich gedreht hätte und ohne daß der Handel von Königsberg, für den der Getreideverkehr Existenzfrage ist, einen Gewinn davon hätte. Das wäre das Resultat, wenn § 19 sich nicht im Schlußprotokoll befände. Die Behauptung des Herrn Vorredners, daß dieses Getreide wieder zurückströmen könne auf der Eisenbahn ins Land, ist theoretisch richtig, praktisch aber falsch; denn nur Der könnte das unternehmen, der die Absicht hat, sein Geld dabei zu verlieren. Wer Getreide ins Innere des Landes bringen will, der führt dasselbe am billigsten von der Grenze aus direkt, statt es erst nach Königsberg-Hafen oder Pillau oder Danzig zu fahren, und wieder zu dem hohen Normaltarif zurückzubringen. Wir haben darüber eingehende Berechnungen angestellt; ich werde dieselben in der Kommission vorlegen. Der Herr Vorredner hat mit einem gewissen

Neid auf Frankreich geblickt. Es ist nicht meine Aufgabe, die französische Zollpolitik zu kritisieren. Ich kann nur sagen, eine Zollpolitik kann für ein Land gut sein, wenn es eine stabile Bevölkerung hat, und kann verkehrt sein für ein Land, das, wie wir in Deutschland, eine jährlich um Hunderttausende wachsende Bevölkerung besitzt. Wenn wir hier in Deutschland eine Zollpolitik inauguriert hätten, wie es Frankreich gethan, mit der wir eine Verminderung der Ausfuhr um 360 Millionen Franken in den letzten zwei Jahren (Hört, hört! links) — so viel sind es nämlich, nicht 11 Millionen — erzielt hätten, und wenn wir, belastet mit diesem Manko an nationaler Arbeit und mit dem Zollkrieg mit der Schweiz, hier vor den Reichstag treten, um eine Erhöhung des Getreidezolles auf 6 oder 7 ℳ zu verlangen, ich glaube, der Reichstag würde uns in seiner großen Mehrheit keinen guten Empfang bereiten. Ich bin überzeugt, daß keine Regierung in Deutschland die Verantwortlichkeit für ein solches Vorgehen übernehmen würde. (Sehr richtig! links.) Man mag Einwendungen gegen diesen Vertrag machen, man mag finden, daß da zu viel gegeben, am anderen Platze zu wenig erreicht ist, — dieser Kritik zu unterliegen, ist das Schicksal aller Tarifverträge. Aber die eine Thatsache bringt man nicht aus der Welt, die besteht und bleibt bestehen, daß dieser deutsch-russische Vertrag in der Geschichte der europäischen Handelspolitik einen Markstein bilden werde von weittragender Bedeutung für die ganze Entwickelung derselben.

Der Herr Vorredner hat die Valutafrage nur gestreift, und auch ich will heute darauf nicht näher eingehen; wir werden ja noch manche Gelegenheit finden, diesen interessanten Punkt des Näheren zu beleuchten. Der Herr Abg. Graf v. Mirbach hat sich gleichfalls für einen Zuschlagszoll ausgesprochen. Ich könnte dieses Projekt einfach dahin kritisieren: ein Differentialzoll bleibt ein Differentialzoll, auch wenn er in der Verkleidung eines Valutazuschlagzolls einhermarschiert (sehr richtig! links), und er ist genau so wirkungslos wie der Differentialzoll, von dem ich eben gesprochen habe. Was nun das Verhältnis zwischen der russischen Valuta und dem Getreidepreis betrifft, so ist es ja richtig, daß ein und derselbe Getreidepreis ausgedrückt in russischen Kreditrubeln, eine höhere Summe darstellt in dem Goldpreis des Weltmarktes, wenn der Rubelkurs hochsteht, und eine niedere Summe, wenn der Rubelkurs tief steht. In diesem Sinne kann man allerdings davon sprechen, daß die Valuta den Getreidepreis beeinflußt. Aber das ist doch nur ein Faktor; nebenher gehen noch eine ganze Reihe von anderen Faktoren, die den Getreidepreis viel intensiver beeinflussen, die die Wirkung des Valutafaktors paralysieren und dem Getreidepreis eine ganz andere Tendenz geben. — Der Herr Abg. v. Kardorff scheint anderer Ansicht. Ich werde dem Herrn Abgeordneten durch eine graphische Darstellung in der Kommission den Nachweis führen, daß sehr häufig der Getreidepreis hochsteht und der Rubelkurs niedersteht, und umgekehrt. (Sehr richtig! links.) Es geht somit der ganze Vorschlag, Zuschlagszölle einzuführen, von einer solchen Voraussetzung aus und führt zu einem nicht gewollten und geradezu widersinnigen Ergebnis, daß nämlich unter Umständen, wenn der Getreidepreis sinkt, wir unseren Zoll erniedrigen müssen, und wenn der Getreidepreis steigt, wir unseren Zoll erhöhen müssen. Man hat davon gesprochen, daß man überhaupt mit einem fremden Staate keinen Vertrag schließen könne, so lange dieser Staat eine schwankende Valuta habe; man dürfe nur Verträge schließen mit solchen Staaten, die eine unbedingte Sicherheit für die Aufrechterhaltung ihrer Valuta bieten. Ich erwidere darauf: eine solche Sicherheit giebt es überhaupt nicht. Es giebt keinen Staat in der Welt, der auf 10 Jahre hinaus die vertragsmäßige Gewähr übernehmen kann, daß er niemals eine Schwankung seiner Valuta haben

wird. (Sehr richtig! links.) So lange es Kriege gibt, so lange es Mißwachs u. s. w. gibt, so lange es die Faktoren gibt, die ihrer Natur nach auf die Valuten eines Staates einwirken, so lange sind auch derartige Schwankungen möglich, und es wäre ein eigentümlicher Zustand, wenn in diesem Augenblick nun alle Verträge eines Staates außer Kraft treten sollten. Die Sicherheit der Valuta ist stets eine relative, und man wird zugeben müssen, daß unter den Staaten, die eine schwankende Valuta haben, Rußland zweifellos derjenige ist, bei dem diese Sicherheit zur Zeit relativ die größte ist. Rußland hat große Goldvorräte angesammelt; es hat durch die Einstellung der freien Silberprägung, durch das Verbot der Einfuhr fremder Silbermünzen seinen Rubelkurs vollkommen losgelöst vom Schicksal des Silbers; es hat eine ganze Reihe von gesetzgeberischen und administrativen Maßregeln ergriffen, um den Rubelkurs zu halten, und wir haben gesehen: mit Erfolg, denn trotz der mannigfachen ökonomischen Krisen, die Rußland namentlich in Folge der Mißernten in den letzten Jahren bestanden hat, ist der Rubelkurs stabil gewesen und in neuerer Zeit sogar erheblich gestiegen. Und dann noch Eines. Wenn man eine gleitende Skala einrichten will, dann muß man sich erinnern, daß, als wir den Fünfmarkzoll im Jahre 1887 einführten, die russische Valuta auf 180 stand. Wenn man also diese Skala hier durchführen will, so würde man bei einem Rubelkurs von 220 Mk. wahrscheinlich nicht sehr weit von einem Zoll von 3,50 Mark sein. Aber diese gleitende Skala hat in allen Ländern, in England, in Frankreich Fiasko gemacht und sie ist aus Gründen, die ich heute nicht näher darlegen will, auch praktisch undurchführbar. Damit, meine Herren, bin ich mit meinen Erörterungen für heute zu Ende. Ich bin mir vollkommen bewußt, daß ich mit dem, was ich hier vertrete und was ich hier sage, ankämpfe gegen eine sehr starke Strömung in weiten Kreisen unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung, und ich bin nicht geneigt, diese Strömung leicht zu nehmen. Im Gegenteil: wenn eine so ruhige und im besten Sinne konservative Bevölkerung, wie unsere landwirtschaftliche, sich zu einem erheblichen Teil einer so hochgradigen Verstimmung hingibt, wie das heute der Fall ist, so weist das auf eine wunde Stelle in unserem wirtschaftlichen Körper hin, dessen Pflege und Heilung die Pflicht des Staates ist. (Sehr richtig! rechts.) Meine Herren, ich finde in dieser agrarischen Bewegung, so manches ich an derselben bedauere, den stärksten Antrieb, daß die Regierungen und alle, die es mit dem Lande wohl meinen, nicht erlahmen mögen in werkthätiger Fürsorge für die Landwirtschaft zu dem Ziele, dessen Erreichung heute das wichtigste ist, nämlich die Erhaltung eines gesunden und kaufkräftigen Bauernstandes und eines gesunden Mittelstandes.

27. Februar. (Reichstag.) Fortsetzung der Beratung über den Russischen Handelsvertrag (Erste Lesung) in Verbindung mit dem Antrage v. Kardorff (Rp.) betr. die Vorlegung eines Reichsgesetzes wegen Erhebung von Zollzuschlägen für die Einfuhr von Roggen, Weizen und Mehl bei bestehendem Disagio in fremden Staaten.

Nach einer Begründung durch den Antragsteller ergreift das Wort: Reichskanzler Graf v. Caprivi: Ich habe nicht die Absicht, an den Antrag des Herrn von Kardorff anzuknüpfen, sondern ich will zurückgehen auf die gestrigen Verhandlungen und mich bezüglich einiger allgemeiner Fragen zu dem Handelsvertrag äußern.

Der vorliegende Vertrag ist bestimmt, eine Brücke für den friedlichen Verkehr zweier großer Nationen zu bilden. Er ist in dieser Beziehung ein Werk von ungewöhnlicher Tragweite. (Sehr richtig! links.) Er ist ge-

prüft von Sachverständigen aller Art, und die Sachverständigen haben gefunden, daß es ein gutes Werk sei. Er trägt sich, auf wirtschaftlichen Motiven aufgebaut, in sich selbst und bedarf nicht der Stützen aus den Gebieten der allgemeinen Politik. Da aber gestern die allgemeine Politik hier gestreift worden ist, werde ich auch nicht umhin können, einige Bemerkungen darüber zu machen.

Ehe ich indes hierauf eingehe, möchte ich in Bezug auf die Insinuationen, die in der Presse in letzter Zeit zahlreich verbreitet worden sind, — Insinuationen, die dahin gingen, daß unter den Bauleuten selbst Streitigkeit und Uneinigkeit ausgebrochen seien, — einige Worte sagen. Man hat sich da zunächst mit meiner Person beschäftigt und hat die Frage, hier und da wohl auch den Wunsch ausgesprochen, daß es am Ende nicht so übel wäre, wenn der Bauleiter bei dieser Gelegenheit vom Gerüst fiele. (Heiterkeit links.)

Das thut er nicht, er hat den Vertrag durchgebracht. Es ist bekannt, daß ich nach schweren Bedenken vor vier Jahren in meine Stelle eingetreten bin. Ich habe sie übernommen und werde darin verharren, so lange es Seiner Majestät dem Kaiser gefällt und so lange meine Kräfte reichen. Ich habe mir die Teilnahme an diesem Vertrage, die nur eine beschränkte war — ich würde ihn nicht haben zum Abschluß bringen können ohne die ausgezeichnete Unterstützung, die ich von vielen Seiten gefunden habe —, zur Ehre angerechnet. Ich würde aber am allerwenigsten auch nur den Teil, den ich daran gehabt habe, haben tragen können, wenn nicht der Bauherr mit der tiefen und festen Ueberzeugung von der Notwendigkeit und Heilsamkeit unserer Wirtschaftspolitik und insbesondere dieses Vertrages hinter mir gestanden hätte.

Nach anderen Richtungen ist insinuiert worden, es wären Streitigkeiten, Spaltungen im preußischen Staatsministerium vorhanden gewesen. Es sind Spaltungen zwischen dem Reiche und Preußen, wo möglich zwischen dem Kaiser und dem König konstruiert worden. Von alledem ist nichts wahr. Das preußische Staatsministerium hat diesem Handelsvertrag einstimmig zugestimmt (Hört, hört!), und wenn in einem früheren Stadium hier und da verschiedene Meinungen geäußert worden sind, so ist das nur ein Beweis davon, wie ernst das preußische Staatsministerium es mit seiner Pflicht sich über diesen Vertrag nach allen Seiten klar zu werden, genommen hat, nicht aber dafür, daß Meinungsverschiedenheiten bestanden hätten, die nicht ihre vollständige Ausgleichung gefunden hätten. Das preußische Staatsministerium steht Mann für Mann hinter diesem Vertrage, und ebenso ist es mit dem Bundesrat. Der Handelsvertrag ist im Bundesrat einstimmig angenommen worden (Hört, hört!) und auch hier sind alle Insinuationen, die man ausgesprochen hat, hinfällig.

Ich möchte jetzt Herrn v. Kardorff noch auf ein Spezialgebiet folgen und ihm begreiflich machen, daß auch das, was er jetzt über Streitigkeiten oder Meinungsverschiedenheiten zwischen Preußen und dem Reiche in Bezug auf die Währungskommission geäußert hat, jeglicher Begründung entbehrt. Er ist falsch unterrichtet, wenn er glaubt, das preußische Staatsministerium hätte den Zusammentritt der Währungsenquete veranlaßt; der ist von mir veranlaßt worden. Er ist falsch unterrichtet, wenn er glaubt, die Währungsenquete verfolgte andere Ziele als die, die mit dem preußischen Staatsministerium besprochen worden sind.

Der vorliegende Vertrag hat von kompetenten Beurteilern des In- und Auslandes Zustimmung gefunden, auch von solchen Leuten, die im Stande sind, ihn vom politischen Standpunkt zu beurteilen, und auch hier hat man den Versuch gemacht, die eine oder andere irrige Meinung zu verbreiten; ich will deshalb aussprechen, daß die leitenden Staatsmänner

von Oesterreich-Ungarn und Italien mir ihre Freude über das Zustandekommen dieses Vertrags haben aussprechen lassen. (Hört, hört!)

Es ist also mit diesen persönlichen Schwierigkeiten, die man in die Sache hat hineintragen wollen, nichts; sie existieren nicht.

Nun weiter, wie steht der Vertrag zu unserer auswärtigen Politik? Darüber zu sprechen, ist unendlich schwer, man begibt sich auf das Gebiet der Hypothese: der eine kann diese Folgerung daran knüpfen, der andere jene; der eine ist nicht zu widerlegen und der andere ebenso wenig. Ich halte es für rätlicher, die Frage so hinzustellen: was sind denn die Ziele unserer Politik und wie weit steht der Handelsvertrag mit ihnen im Einklang? Wie weit widerspricht er ihnen? Die Ziele der deutschen Politik sind seit Jahrzehnten die Erhaltung des Friedens, die Wahrung des deutschen Ansehens, deutscher Ehre, deutscher Würde. Die Wahrung des Friedens! Als wir den ersten Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn schlossen, ist hier ausgesprochen worden, daß das im Interesse des Friedens geschähe; der Dreibund ist erneuert worden um des Friedens willen, er verfolgt friedliche Ziele, und selbst bei der Armeevorlage haben wir Ihnen ausgesprochen, daß diese Armeevorlage bestimmt ist, in erster Linie den Frieden zu erhalten, und erst in zweiter, wenn die dira necessitas uns treibt, den Sieg zu erringen. Also unsere Politik ist friedlich, und man wird nicht in Abrede stellen können, daß auch dieser Handelsvertrag ein friedliches Werk ist. Zu meinem Bedauern hat ein gestriger Redner ihm eine andere Bedeutung gegeben; er hat ihn von einem anderen Standpunkte angesehen, oder richtiger, er hat ihn — nicht mit diesen Worten, aber sachlich — als militärischen Fehler bezeichnet. Er hat gesagt: weil jenseits der Grenze so und so viel Armeekorps ständen, könne man einen solchen Vertrag nicht schließen. Ich halte das nicht für richtig. Wenn der Herr die letzten Konsequenzen seines Gedankens ziehen wollte, so würde er zum Kriege mit Rußland kommen; wenn wir nicht mehr im Stande wären, friedliche Vereinbarungen mit Rußland zu treffen, was würde dann anderes noch übrig bleiben als die Entscheidung mit dem Schwerte? Es mag jenseits der russischen Grenze stehen, was will — uns ist die Freiheit unbenommen, auch diesseits der Grenze aufzustellen, was wir aufstellen wollen. Aber kein Mensch wird, wie mir scheint, mit einiger Wahrscheinlichkeit deduzieren können, daß zunächst der Handelsvertrag nicht abzuschließen wäre, weil Rußland eine gewisse Anzahl von Armeekorps jenseits seiner Grenze stehen hat. Es ist nicht in Abrede zu stellen, daß der Handelsvertrag die Wirkung haben kann und haben wird, daß er die Spannung zwischen den Nationen vermindert, daß er die Friedenszuversicht in Europa unter den Nationen vermehrt. Man hat wohl den Satz aufgestellt, politische Freundschaft und wirtschaftliche Feindschaft ließe sich sehr gut mit einander vereinigen. Es ist nicht zu leugnen, daß das unter gewissen Umständen in sehr starken, geschickten Händen, unter günstigen Verhältnissen, gestützt auf ein großes Ansehen der eigenen Macht, wohl möglich ist. Unwahrscheinlich aber bleibt solcher Fall. Ich will nicht auf die Verhältnisse im Auslande exemplifizieren; es wäre nicht schwierig, dergleichen anzuführen, — ich will aber Sie bitten, Ihren Blick auf das Inland zu richten. Hat denn das Hervorkehren wirtschaftlicher Tendenzen den Frieden im Innern von Deutschland vermehrt? Ich glaube nicht. (Sehr richtig! links.) Je mehr diese Verhältnisse pointiert worden sind, um so mehr ist zwischen verschiedenen Ständen und Berufsklassen Feindschaft ausgebrochen. (Sehr richtig! links.) Sollte nicht dasselbe in noch stärkerem Maße der Fall sein zwischen Völkern, die ohnehin keine gemeinsamen Interessen und die nicht die gemeinsame Vaterlandsliebe haben? Ich glaube wohl.

Man hat dann dem Vertrage vorgeworfen, daß er auf 10 Jahre geschlossen sei, und einer der gestrigen Herren Redner stellte als eine Kompensation hin — bis jetzt sehe ich darin nur einen subjektiven Wunsch nach einer Kompensation — daß er auf drei Jahre geschlossen werden möchte. Ja, was nutzt uns das? Wir haben die übrigen Verträge auf einen Termin bis Anfang des künftigen Jahrhunderts geschlossen; und wenn wir diesen Vertrag für einen ähnlichen Zeitraum abschließen, so ist das nur eine Konsequenz und einfache logische Konsequenz der vorangehenden Verträge. (Aha! rechts.) Wir würden aber die vorhergehenden Verträge nicht aufheben können, die würden weiter laufen. Und wir haben um so weniger Grund, für diesen eine kürzere Dauer zu wünschen, als er die Landwirtschaft nicht schädigt. (Widerspruch rechts.)

Das ist gestern bereits nachgewiesen worden und kann Ihnen noch so oft nachgewiesen werden, als Sie es nur wünschen, die Thatsache aber bleibt bestehen.

Gestern wurde die Behauptung aufgestellt, Fürst Bismarck habe nie Verträge auf 10 Jahre abgeschlossen. Ich habe hier ein Verzeichnis, da sind 5, 6 Tarifverträge und etwa über 1 Dutzend Meistbegünstigungsverträge, die auf 10, 9½ Jahre abgeschlossen sind. Heute wurde das schon eingeschränkt auf die Behauptung, er habe nur die die Landwirtschaft berührenden Verträge nicht auf so lange abgeschlossen. Ja, meines Wissens hat er Verträge der Art überhaupt nicht abgeschlossen, konnte das auch nicht (Sehr richtig! links), weil er bis zum Jahre 1879 in einer Politik sich befand, bei der davon keine Rede sein konnte, denn damals hatte unsere Landwirtschaft keine Zölle. Also auch den Einwand, daß die Verträge für zulange abgeschlossen wären, halte ich für hinfällig.

Wir legen im Gegenteil Wert darauf, nicht allein unsere wirtschaftlichen Verhältnisse auf zehn Jahre zu regeln, sondern auch der Welt zu zeigen, daß wir die Absicht haben, soviel an uns liegt, auf zehn Jahre Frieden zu halten; denn, wenn ich einen Vertrag auf eine längere Zeit schließe und es kommt ein Krieg dazwischen, so ist der Vertrag ja einfach annulliert, er existiert nicht mehr; aber Deutschland, das ein starkes Friedensbedürfnis allen Staaten gegenüber und auch Rußland gegenüber hat, Deutschland, das — um einen Ausdruck meines Herrn Amtsvorgängers zu gebrauchen — „gesättigt“ ist, Deutschland kann sehr wohl einen solchen Vertrag auf einen solchen Vertrag auf zehn Jahre abschließen, und wir haben uns gefreut, dieselbe Gesinnung bei unseren Kontrahenten zu finden.

Nun, wie steht der Vertrag zu dem zweiten Ziele unserer Politik, unser Ansehen in der Welt aufrecht zu erhalten? Wir haben den Wunsch, daß die deutsche Stimme in dem europäischen Konzert gehört werde. Wir haben das bei den Handelsverträgen durchgesetzt. Ich glaube nicht zu viel zu sagen, wenn ich ausspreche, daß die deutsche Regierung in allen diesen Handelsverträgen, in der Konsequenz, in der Aufeinanderfolge dieser Handelsverträge eine führende Rolle gespielt hat, und ich sollte meinen, Deutschland, die Nation könne damit zufrieden sein. Denn was wollen wir? Nach kriegerischem Ruhm trachten wir nicht. Wir wollen den Ruhm haben, Kulturaufgaben zu lösen, die Kultur Europas zu fördern, das friedliche Zusammenleben der Völker zu erleichtern, die europäischen Kräfte zusammenzuschließen und einen Zusammenschluß vorzubereiten für spätere Zeiten, wenn es einmal nötig werden sollte, im Interesse europäischer wirtschaftlicher Politik einen größeren Komplex von Staaten gemeinsam zu umfassen. (Sehr gut! links.) Diesen Zielen sind wir nachgegangen, und ich glaube nicht, daß Jemand wird behaupten können, wir hätten das Ansehen Deutschlands dadurch geschädigt. Ich glaube vielmehr, daß wir dazu beigetragen

haben, das Ansehen Deutschlands zu heben. Es ist und bleibt wahr, das jetzige Geschlecht steht unter dem Zeichen des Verkehrs, und die Erleichterung des Verkehrs, auch über die Grenzen der eigenen Nation hinaus, ist eine der Kulturaufgaben, die alle europäischen Nationen zu lösen haben, immer mit dem Vorbehalt, daß sie ihre eigenen Interessen dabei nicht schädigen. Auch diesem Vorbehalt sind wir gerecht geworden.

Wenn nun dieser Handelsvertrag nicht die Annahme dieses hohen Hauses findet, was würde dann eintreten? Ich glaube, Niemand wird glauben, daß man einfach auf den status quo ante mit Rußland zurückkehren werde. Ein großer Staat wie Rußland läßt sich nicht differenzieren, und ich halte es für zweifellos, daß der Nichtannahme dieses Handelsvertrags die Fortsetzung des Zollkriegs folgen würde. Ich halte es aber ebenso für zweifellos, daß selbst unter den Gegnern dieser Vorlage nicht ein einziger ist, der die Herbeiführung dieses Zustandes leichten Herzens auf sich nehmen würde (Bewegung rechts): ein Zustand, der für unseren Handel, für unsere Industrie, für unsere Rhederei verderblich werden würde und der unverweigerlich — denn insoweit sind alle Berufsstände solidarisch miteinander verbunden — auch für einen Teil unserer Landwirtschaft, in erster Linie für die unseres Ostens, die erheblichsten Schwierigkeiten und Schäden zur Folge haben würde. (Sehr wahr! links.) Wie denkt man sich bei einer so langen Grenze, wie wir sie mit Rußland haben, den Zustand? Was würde die Folge sein? Man sagt: Der Schmuggel. Ja wohl, der Schmuggel, den ich gekannt habe in Ostpreußen, würde wieder aufkommen, und das würde wiederum zur Folge haben, daß es zu Gefechten käme, wie wir sie früher gehabt haben an den Grenzen. Ich entsinne mich der Zeit, wo zu den Aushebungen eine ganze Anzahl Menschen mit Schußwunden kamen, die sie beim Schmuggel bekommen hatten, und dieser Schmuggel würde wieder zu Grenzstreitigkeiten ernstester Art führen, und wohin das weiter führen würde, das brauche ich nicht zu erörtern. (Hört, hört! links.)

Meine Herren, gerade unsere Grenzprovinzen, die durch Jahrzehnte hindurch nach einem Hinterland gedürstet haben, würden es unendlich schwer empfinden, wenn hinter ihnen eine Mauer errichtet würde, hoch wie die chinesische; denn wenn heute noch, trotz des hohen Zolles, ein gewisser Grad von Handel getrieben worden ist, so wollen wir nicht glauben, daß das so weiter gehen würde. Dieser Handel wird noch betrieben, weil er bestehenden Verhältnissen entspricht. Kundschaft und Kredit ändert sich nicht leicht; es hat auch ein Teil unserer Industrie noch heute, um sich den Markt zu erhalten, in der Hoffnung, daß der jetzige Zustand aufhören würde, mit Verlust gearbeitet. Auf die Dauer aber wäre das nicht möglich.

Wir sind zu dem jetzigen Vertrag nur unter dem Zusammenwirken günstiger Umstände gekommen. So günstig werden sie schwerlich wiederkommen. Kommen aber solche Umstände nicht wieder, dann wird die Lage irreparabel. Der Zollkrieg bleibt bestehen.

Er wird schließlich zur Ehrensache und zu einer Sache der Würde; es kann dahin kommen, daß keiner nachgeben will, und es wird dann für absehbare Zeit sein Bewenden dabei haben müssen, daß wir auf einer Grenze von, ich glaube, 1200 Kilom. hermetisch abgeschlossen sind, auf einer Grenze, auf der wir niemals einen sehr lebhaften, aber doch immerhin befriedigenden Verkehr hatten.

Der Grenzschluß würde weiter gehen: er würde auch den Verkehr der Menschen erschweren, und ich gebe den darin gewiß besser informierten ostpreußischen Herren zur Erwägung, ob der Verkehr russischer Arbeiter, den wir jetzt in einem Teile unserer Grenzkreise für dringend notwendig

und unentbehrlich halten, weiter würde bestehen können, wenn der hermetische Verschluß der Grenze erfolgt wäre.

Man hat sich in Deutschland gewöhnt, den Panslavismus oder „Panrussismus“ als etwas Schädliches anzusehen. Ich will über die Sache nicht urteilen; es mag sein, daß darin Gefahren für uns liegen, daß darin Gefahren für die Welt liegen, daß darin eine Abwendung Rußlands vom Westen gefunden werden kann. Ist das aber der Fall, so bitte ich Sie, sich doch einmal vor die Frage zu stellen, wenn wir nun die Hand, die Rußland uns jetzt geboten hat, zurückweisen, wird dann nicht Rußland dem Panslavismus erst recht verfallen? (Sehr richtig! links.) Wo soll es denn hin? Wenn die Hand, die Rußland nach dem Westen ausstreckt, ausgeschlagen wird, dann ist es auf sich angewiesen, dann wird es panslavistisch und dann treten alle die Gefahren ein, die in unserer Vorstellung mit diesem Wort, mit dieser Erscheinung verbunden sind.

Man hat der gegenwärtigen Regierung vorgeworfen, sie hätte die Drähte mit Rußland zerschnitten. Ich glaube nicht, daß wir den Vorwurf verdienen; wir haben von jeher, so lange der — um den Ausdruck zu gebrauchen — neue Kurs existiert, das Bestreben gehabt, mit Rußland auf einem freunschaftlichen Fuß zu stehen. Wenn Sie diesen Vertrag ablehnen, meine Herren, den ich für einen starken, kräftigen, neuen Draht halte, dann wird nicht nur der neue Draht nicht gelegt, sondern Sie zerschneiden dann auch die alten Drähte, und Sie tragen die Verantwortung dafür, und nicht die Regierung!

Ueber den Vertrag selbst zu sprechen, dessen kann ich mich enthalten. Was darüber im wesentlichen zu sagen ist, ist beim rumänischen Vertrag gesagt worden; was an Einzelheiten zu sagen ist, ist zum Teil schon gesagt und wird in der Kommission noch ausführlicher gesagt werden. Es sind auch hier gestern mehr allgemeine Motive gegen die Handelspolitik im ganzen vorgetragen worden, als gegen den deutsch-russischen Vertrag; denn in der That ist dieser das letzte Glied in einer Kette. Wir haben die Kette um dieses Glied verlängert, ohne einen Preis dafür zu zahlen. (Sehr richtig! links.) Der Preis, der gezahlt ist, liegt im österreichischen Handelsvertrag. (Hört, hört! rechts.) Er ist auch da nicht so groß, wie die Mehrzahl von Ihnen glaubt, und der Beweis ist ja jetzt gegeben. Es wird ja gar nicht so viel aus Oesterreich eingeführt. Die Organe einer gewissen Partei stellen uns jetzt schon den österreichischen Vertrag als Muster hin. Dabei kann doch kein Mensch daran gezweifelt haben, daß, wenn man einen Handelsvertrag mit Konventionaltarif abschließt, man dann den Wunsch hat, — und das ist mündlich und schriftlich bei den früheren Handelsverträgen hier ausgesprochen worden — diesen Konventionaltarif auch noch an andere zu verkaufen, und dieses Verkaufen an Andere kann geschehen und geschieht im vorliegenden Falle, ohne daß wir irgend einen Preis dafür zahlen. Wir geben unseren Konventionaltarif an Rußland und bekommen dafür von Rußland nicht unerhebliche Aequivalente. Wir verwerten den Preis, den wir an Oesterreich gezahlt haben, immer wieder in den neuen Verträgen und verwerten ihn ohne irgend einen Zuschuß in dem Vertrag mit Rußland. Das einzige Motiv, das nun schon seit längerer Zeit gegen diesen russischen Vertrag in specie angeführt ist, ist, er würde Deutschland mit Roggen überschwemmen; auch das ist widerlegt worden, (Widerspruch rechts) — ist gestern widerlegt (Widerspruch rechts) und wird weiter widerlegt werden. Daß der Herr hier unten nicht überzeugt werden wird, davon bin ich ohne weiteres überzeugt. Ich würde mir auch die Mühe gar nicht geben, zu ihm zu sprechen, ich spreche aber zu dieser Versammlung im ganzen, und da spreche ich die Ueberzeugung aus, daß es

mit dieser Ueberschwemmung mit Roggen auch nichts ist. Sie brauchen einfach die Statistik des Statistischen Amts zur Hand zu nehmen oder das letzte Heft der Schrift des Professor Conrad, um zu sehen, daß der Roggen aus allen Teilen der Welt kommt, daß im Jahre 1892 die amerikanische Roggeneinfuhr die russische überschritten hat, daß die rumänische Roggeneinfuhr steigt. Es ist ja in den letzten Jahren auch in praxi der Beweis geführt worden, daß wir ohne russischen Roggen leben können. Rußland hat seine Grenzen verschlossen, hat die Ausfuhr verboten, und wir haben keinen Mangel an Roggen. Es ist eine Erfahrung, die die, welche überhaupt lernen wollen, aus den letzten Jahren ziehen können, daß Roggen ein Artikel des Weltmarkts ist wie der Weizen, nicht in dem Umfange, weil überhaupt weniger Roggen in der Welt gebraucht und gebaut wird; aber der Roggen folgt denselben Gesetzen auf dem Weltmarkt wie der Weizen, und wenn wir nicht von Rußland den Roggen bekommen, so bekommen wir ihn von anderen Ländern. (Sehr richtig! links.)

Wie soll denn Rußland zum Ueberschwemmen kommen? Glaubt man denn, daß Rußland, wenn die Preise bei uns niedrig sind, seinen Roggen hierher schicken wird? Das ist früher nicht geschehen und wird auch in Zukunft nicht geschehen. Der russische Roggen sucht den Markt, der ihm am besten zusagt und die höchsten Preise verspricht.

Nun stehen wir ja in der ganzen Frage anders wie Rußland. Wir haben das Bedürfnis nach Roggen; ob wir ihn von dem Lieferanten A. oder B. bekommen, kann uns vollständig gleich sein. Wir brauchen den Roggen, wir wollen keinen hohen Preis zahlen, beide Lieferanten bieten ihn uns zu demselben Preise an. Für Rußland liegt die Sache anders. Rußland hat ein Interesse, seinen Roggen hierher abzusetzen; es hat vielfach kürzere, leichtere Wege hierher, und es sind die gewohnten Verhältnisse, die, wie Sie sich bei jedem Königsberger Kaufmann erkundigen können, einen großen Einfluß üben und die uns über den Zollkrieg weggeholfen haben. Man gibt bei uns dem russischen Kaufmann, den man kennt, einen längeren Kredit, als er wo anders zu beanspruchen hat. Der Russe legt Wert auf diesen Kredit und kommt zu uns, wir gewähren ihm gewisse Erleichterungen für den Absatz seines Roggens, deshalb wünscht er seinen Roggen hierher zu bringen. Für uns liegt kein Grund vor, den russischen Roggen anders zu behandeln als anderen, um so weniger, wenn wir für die Zulassung desselben ein Aequivalent für die Industrie bekommen. Wir sind unabhängig vom russischen Roggen geworden, das haben uns die letzten Jahre gelehrt, und das war gut, daß diese Lehre auf beiden Seiten der Grenze gemacht wurde; der Handelsvertrag wäre sonst vielleicht nicht zu Stande gekommen.

Wenn ich nun von der Ansicht ausgehe, der österreichische Handelsvertrag forderte uns einen gewissen Preis ab, auch andere Handelsverträge haben auf industriellem Gebiete gewisse Preise von uns gefordert, hier stehen wir vor einem Handelsvertrag, der keinen Preis von uns fordert, der nur von uns verlangt, daß wir das Produkt eines Nachbarlandes zulassen sollen, und der uns dafür Vorteile giebt, — so verstehe ich nicht, wie man gegen diesen Handelsvertrag selbst dann stimmen kann, wenn man nicht für den österreichischen Handelsvertrag war. Ich kann mir denken, daß man sagt, der österreichische Vertrag war ein Fehler (Sehr wahr! rechts. Heiterkeit). Der Fehler ist einmal gemacht; es ist ja damals vielfach geäußert worden, Ihr habt uns zu billig an Oesterreich verkauft. Jetzt in dem russischen Vertrage bekommen wir zu dem Geschäft, was wir damals gemacht haben, noch eine Zulage, und da sollen wir sagen: das Geschäft machen wir nicht?! Das ist unmöglich. Ich habe auch bisher nicht gelesen, daß gegen diese und ähnliche Deduktionen ein Beweis geführt, oder gar erbracht worden ist.

Die Gegner dieser Politik quälen sich ab in dem Kampf gegen allgemeine Wirtschaftsgesetze. Sie wollen sich nicht darin finden, daß wir nicht mehr ein Exportstaat für Getreide sind, daß wir den Weltmarkt haben. Das hilft ihnen aber alles nichts, die Dinge sind mächtiger als die Menschen; sie kommen nun und nimmermehr dagegen auf, und in diesem erfolglosen Ankämpfen gegen die Naturgesetze gelangen sie dann dazu, daß sie die Schuld dafür, daß ihre Wünsche sich nicht realisieren lassen, in Menschen suchen.

Ich wollte nicht von Frankreich reden. Wenn aber die Herren Abg. Graf Mirbach und v. Staudy mich dazu provozieren, so will ich doch bemerken, daß einiges in der Rede des Herrn v. Kardorff war, was mir wehe gethan hat. Herr v. Kardorff hat Herrn Méline zitiert, also für eine deutsche Angelegenheit das Urteil eines französischen Staatsmannes. (Hört, hört! links.) Ich hatte mir vorgenommen, das hier nicht vorzubringen. Daß Herr Méline auch Herrn v. Kardorff einmal zitieren wird, glaube ich nicht; ich glaube nicht, daß die Selbstverleugnung eines Franzosen so weit gehen wird.

In dem Bestreben, die Schuld für das, was die Landwirtschaft drückt, auf Menschen zu wälzen, steht voran der gestern mehrfach erwähnte Bund der Landwirte; und Sie wollen mir — ich will zwar nicht in eine Polemik mit den Führern des Bundes der Landwirte eintreten — doch erlauben, ein paar Worte über seine Thätigkeit zu sagen; sie werden verhallen. Ich möchte den Bund und seine Führer warnen. Ich kann von mir aus sagen und habe Zeugen dafür, daß, als der Bund der Landwirte gestiftet wurde, ich Freude empfand, weil ich der Meinung war, endlich würden Sachverständige zusammenkommen, die aus ihrer Kenntnis der Dinge heraus diejenigen Ratschläge geben würden, die heilbringend für die Landwirtschaft werden könnten. Ich muß aber zu meiner Betrübnis gestehen, davon habe ich bisher nichts gesehen. Ich glaube nicht, daß das, was der Bund der Landwirte bisher gethan hat, den Landwirten materiell auch nur eine Mark eingebracht hat. (Sehr richtig! links.) Ich glaube vielmehr, daß er die Landwirtschaft geistig und moralisch geschädigt hat. Er verbreitet das Gefühl und das Bewußtsein einer Degression, die nicht dazu beitragen, die Kräfte zum Ankämpfen gegen schwierige Verhältnisse zu stählen. (Sehr wahr! links.) Es tritt eine Art von Entmutigung ein. Während das Erste, was der Landwirtschaft nach meinem Dafürhalten nötig ist, das Aufraffen und Zusammenfassen der einzelnen Kräfte zu Genossenschaften, zu einer Gesamtheit ist, während das notwendig gewesen wäre, ist die Wirkung des Bundes der Landwirte vielmehr eine trennende, eine die Menschen verfeindende gewesen. (Sehr richtig! links. Unruhe rechts.)

Der Bund der Landwirte hat es fertig gebracht, die Industrie und die Landwirtschaft von einander zu trennen (Unruhe rechts): die Industrie und die Landwirtschaft, die lange zusammengegangen sind, die auch bei dem Zollgesetze von 1887 zusammengingen, wo, wie gestern hier erwähnt wurde, die Landwirtschaft alleinigen Gewinn davontrug und die Industrie mit leeren Händen ausging. Damals hat die Industrie nicht gemurrt, sie hat mitgemacht; jetzt, wo die Landwirtschaft in diesem Vertrage — ich wiederhole es und werde es immer wiederholen, denn es ist unbestreitbar — ohne das geringste eigene Opfer zu bringen (Widerspruch rechts) darin willigen soll, daß die Industrie Vorteile hat, da versagt der Bund der Landwirte und seine Genossen. Also zuerst hat er Industrie und Landwirtschaft von einander gebracht (Unruhe rechts), dann ist er dabei, den Osten vom Westen zu trennen. (Lebhafter Widerspruch rechts, Zustimmung links.) Das ist

die Folge der Uebertreibungen, deren der Bund der Landwirte sich in allen Dingen schuldig macht. Meine Herren, es ist ja jetzt, wenn man von der Landwirtschaft spricht, nachgerade so, als wenn nur auf dem rechten Elbufer Landwirtschaft betrieben würde (Beifall links) und nicht, dem Ertrage nach und der Fläche nach, der größte Teil auf der linken Seite wäre! (Widerspruch rechts.)

Und endlich sind Sie dabei, den kleinen Grundbesitz gegen den großen in Szene zu setzen. (Lebhafter Widerspruch rechts. Beifall links.) Das wollen Sie nicht; ich spreche überhaupt die Leiter des Bundes der Landwirte von dem Willen frei, diese Dinge hervorzurufen; aber sie haben nicht die Kraft, sie aufzuhalten, sie wachsen ihnen über den Kopf. Und warten Sie nur ein, zwei Jahre, warten Sie noch eine Wahl ab, und dann haben Sie die Güte, sich daran zu erinnern, daß ich Ihnen gesagt habe: Sie trennen den großen Besitz von dem kleinen Besitz. (Lebhafte Zustimmung links.)

Ich möchte nun zum Schluß noch darauf hinweisen — was gestern von anderer Seite schon geschehen ist — wie sich denn in der Geschichte die Entwickelung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse zu Rußland gestaltet hat. Ich will Sie hier nicht mit einzelnen Daten quälen. Beinahe hundert Jahre dauern die Versuche, uns Rußland wirtschaftlich zu nähern, uns hier und da einen Vorteil zu verschaffen und — ich sage das mit Trauer — mancher dieser Versuche hat zur preußischen Zeit noch in einer Preußens nicht immer würdigen Weise geendet; jetzt sind wir am Ziel, und ich — und ich glaube: ein großer Teil der Nation — freuen uns dieses Ziels. Ich hoffe aber auch, daß sich auch ein anderer dieses Zieles freuen wird; ich will in dieser Beziehung eine Stelle aus einer Rede des Fürsten Bismarck vom Jahre 1873 verlesen, wo er sagt:

Der Herr Vorredner wird mir zugeben, daß die 51 Jahre Verhandlungen doch auch in ihren Ergebnissen nicht so ganz unfruchtbar geblieben sind; denn, wenn der heutige russische Tarif verglichen wird mit dem von 1821, so möchte sich ein immerhin mäßiger, aber doch nicht abzuleugnender Anspruch auf Anerkennung der Bemühungen der früher preußischen, demnächst norddeutschen und jetzt der Reichsregierung ergeben. Ich verspreche ihm aber, nicht zu ermüden und die Verhandlungen noch 50 Jahre — ich selbst nicht, aber mit meinen Nachfolgern — nicht ruhen zu lassen. (Hört, hört! links.)

Der Nachfolger des Fürsten Bismarck ist bestrebt gewesen, dies Versprechen zu lösen. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Bennigsen (nl.) für die Vorlage und bekämpft die „Kreuzztg." wegen ihrer Angriffe auf den Reichskanzler.

28. Februar. (Sachsen.) Die zur öffentlichen Zeichnung aufgelegten 24 Millionen Mark sächsischer 3proz. Rente von 1892 werden vier Mal überzeichnet.

Ende Februar. (Caprivi-Miquel).

Berliner Blätter, insbesondere die „Vossische Zeitung" bringen Nachrichten über einen Gegensatz zwischen dem Reichskanzler und dem Finanzmin. Dr. Miquel, der als Gegner der Handelspolitik der Reichsregierung bezeichnet wird. Trotzdem die „Nordd. Allg. Ztg." diesen Behauptungen scharf entgegentritt, dauern die Betrachtungen darüber fort. Die „Allg. Ztg." macht für das Entstehen solcher Gerüchte die Trennung des Reichskanzleramtes vom preußischen Ministerpräsidium verantwortlich.

Ende Februar. Anf. März. (Bayern.) Bei Beratung des Kultusetats in der Abg.-Kammer findet eine große Debatte über

Kultur, Wissenschaft und Kirche statt, an der sich u. a. Dr. Pichler (Z.), Dr. Orterer (Z.), v. Vollmar (Soz.), Dr. Andreä (lib.), Frhr. v. Stauffenberg (lib.) beteiligen.

Anf. März. (Abgeordnetenhaus.) Kultusetat.

Abg. Bachem (Z.) führt Beschwerde über ungleiche Behandlung der evangelischen und katholischen Konfession bei Besetzung der Aemter. Ferner bestehe Imparität im Einkommen der evangelischen und katholischen Geistlichen; für evangelische Kirchenbauten werde mehr aufgewendet als für katholische, der Akademie zu Münster werde ihr katholischer Charakter durch Anstellung protestantischer Dozenten beeinträchtigt, die Volksschulen und Universitäten würden nicht paritätisch verwaltet, es müsse die katholische Abteilung im Kultusministerium wieder hergestellt werden. Kultusminister Dr. Bosse: Die Parität dürfe nicht mechanisch sondern müsse eine innerliche sein, die Universitäten könnten nicht konfessionell verwaltet werden. Die Wiederherstellung einer katholischen Abteilung werde das Mißtrauen zwischen den Konfessionen nur vergrößern. In den folgenden Tagen, an denen auch die Frage des polnischen Religionsunterrichts behandelt wird, findet der Minister namentlich Unterstützung bei den Abgg. v. Zedlitz (fk.) und v. Heydebrand (kons.)

(Ueber die Beschwerden Bachems, die in Zentrumsblättern noch weiter erörtert werden, vgl. Graf Paul Hoensbroech, die Parität im Preußischen Staate, Preuß. Jahrbb. Bd. 75 und Caius, Die Akademie zu Münster. Preuß. Jahrbb. Bd. 77).

1. März. (Reichstag.) Schluß der Ersten Lesung des Russischen Handelsvertrags.

Abg. Graf Kanitz (D. R.): Die Reichsfinanzen müßten durch Herabsetzung der Zölle große Einbuße erleiden. Die russischen Zölle blieben trotz der Ermäßigung noch immer prohibitiv, von einer Wiedereroberung des alten Absatzgebietes der Industrie durch den Vertrag könne keine Rede sein. Es sei fehlerhaft, sich durch den Vertrag auf 10 Jahre zu binden.

Nach einer Erwiderung des Staatssekretärs v. Marschall entgegnet Finanzminister Dr. Miquel: Herr Graf Kanitz hat an diejenigen, welche für den Handelsvertrag stimmen, den Appell gerichtet, daran zu denken, daß die Einnahmeausfälle an Zöllen durch Steuern zu decken sein würden; er hat sich auf mich bezogen, daß infolge der Handelsvertragspolitik sich die Zolleinnahmen um etwa 35 Millionen vermindern würden. Darin kann ich ihm nur vollständig beitreten, sofern wirklich eine wesentliche Verminderung der Reichseinnahmen eintritt, wird Fürsorge für den Ersatz derselben durch andere Einnahmequellen getroffen werden müssen. (Sehr richtig! rechts.) Denn das Reich ist nicht reich genug, einfach auf erhebliche Einnahmen verzichten zu können und doch die bedeutend gestiegenen Ausgaben zu decken, welche ja eine Folge der letzten Ereignisse sind. Wenn man aber die Wirkungen des russischen Handelsvertrages auf die Finanzen des Reichs untersucht, wird man doch die Gefahr für die Reichsfinanzen nicht so groß ansehen können, wie es der Graf Kanitz gethan hat. Es ist vollkommen zutreffend, daß ohne Rücksicht auf den Einfluß der Handelsverträge und die zukünftige Einfuhr man auf etwa 35 Millionen Zollausfall kommt. Welchen Einfluß die Handelsverträge haben werden auf die Vermehrung der Einfuhr, und in welchem Maße durch die Vermehrung der Einfuhr dieser Einnahmeverlust gedeckt werden kann, wird wohl niemand von uns mit einiger Sicherheit sagen könnnen. (Sehr richtig! rechts.) Zweifellos korrespondiert

eine Zollherabsetzung mit einer Vermehrung der Einfuhr, wenigstens bei einer Reihe von Artikeln. Am wenigsten ist dies im Großen und Ganzen vielleicht zu befürchten oder zu erwarten bei der Einfuhr von Getreide, welches eine von 1,50 ℳ unabhängige Konsumtionsnotwendigkeit mit sich führt. Wird der russische Handelsvertrag nicht abgeschlossen, bleibt der jetzige Zustand, vielleicht mit Beseitigung des Zollkrieges, jedenfalls aber mit der Differenzierung bestehen, so gibt es nur zwei Möglichkeiten. Gegenüber der Thatsache, daß der Abschluß des deutsch-österreichischen Handelsvertrages nicht ein Vertrag mit Oesterreich gewesen ist, sondern ein Vertrag mit den wesentlich auf dem Gebiet der Getreideproduktion konkurrierenden Staaten, daß dieser Vertrag im großen Ganzen die deutschen Grenzen geöffnet hat für die Einfuhr des Getreides der ganzen Welt, vorläufig mit Ausnahme von Rußland, zu einem Zollsatz von 1,50 ℳ (Zurufe), von 3,50 ℳ (Zuruf rechts: Kommt später!), — kann die Wirkung des Zollvertrages mit Rußland auf finanziellem Gebiet zwar möglicherweise sich dahin gestalten, daß die russischen Importeure gezwungen sind, den höheren Zoll zu bezahlen, ohne wesentliche Einwirkung auf die Preisgestaltung im Inneren oder aber, daß der Import von russischen Zollartikeln, von russischem Getreide überhaupt für die Dauer ausgeschlossen wird. Die Entscheidung in dieser Frage ist nach der Ueberzeugung der Staatsregierung bereits gegeben; sie wurde gegeben beim Abschluß der österreichischen Vertrages. (Sehr richtig!) Die heute noch erörterten Fragen: ob es ratsam ist, Handelsverträge auf längere Dauer abzuschließen, welche Vorbehalte dabei zu machen sind, sind ebenfalls damals definitiv entschieden worden, wir haben also eigentlich gar keine Veranlassung mehr zu weiterer Erörterung. Da der österreichische Handelsvertrag die Gleichbegünstigung für Amerika (Widerspruch rechts), England, Holland, Belgien, Argentinien mit sich brachte, so unterstehen die Preise in Deutschland der entscheidenden Einwirkung des Weltmarktes. Ja, sagt man, aber mit Ausnahme von Roggen. Dafür lassen sich vielleicht einige Argumente anführen. In der Zollverwaltung war man, ich sage das ganz offen, von vornherein der Meinung, daß zwar auf einige Jahre bis zu einer gewissen Grenze die differentielle Behandlung Rußlands betreffs des Roggen aufrecht erhalten werden könnte, daß es aber auf die Dauer dem Handel in seiner außerordentlichen Beweglichkeit gelingen würde, nachdem wir im Wesentlichen unsere Grenzen geöffnet haben, auch für Roggen die Differenzierung illusorisch zu machen. Hiernach hat die Frage, ob dieser Vertrag abgeschlossen werden soll, für die Landwirtschaft auf die Dauer die Bedeutung nicht, die ihr so viele Herren beilegen. Aber könnten wir wirklich die Differenzierung dauernd durchführen, und könnte uns auch der Handel kein X für ein U machen, so sind doch andere Staaten genug vorhanden, um den nötigen Roggen für Deutschland zu liefern. Rumänien, die baltischen Provinzen, selbst Amerika würden sich dann auf die Produktion von Roggen legen und die Lage für die Landwirtschaft bliebe dieselbe. Man hat betont, daß bisher keiner der Redner vom Bundesratstisch oder von der Reichsregierung sich mit der Notlage der Landwirtschaft beschäftigt hat. Ich bekenne ganz offen, daß die Worte des Grafen Kanitz vollständigen Widerhall im Herzen und in der Ueberzeugung nicht nur der preußischen Regierung (Lebhafter Beifall rechts), sondern auch der übrigen Regierungen und der Reichsregierung finden. Ich bekenne mich nicht bloß persönlich, sondern namens der preußischen Staatsregierung (Lebhafter Beifall rechts) und sicher auch namens der Reichsregierung dazu, daß wir die gefährdete und peinliche Lage der Landwirtschaft in allen europäischen Kulturländern in vollem Maße anerkennen, daß wir sie in hohem Grade auch in Deutschland finden, nicht bloß im

Norden und Osten; daß sie aber im Norden und Osten nicht bloß eine peinliche und gefährdete ist, sondern mehr oder weniger schon den Charakter einer Notlage annimmt. (Zustimmung rechts.) Die preußische Regierung ist davon vollständig durchdrungen, daß es Aufgabe der nächsten Jahrzehnte sein wird, mit voller Fürsorge und Aufmerksamkeit diese Lage nicht bloß zu beobachten, sondern auch wirksam ihr entgegenzuarbeiten. (Beifalls rechts.) Aber trotz dieser Ueberzeugung der preußischen Regierung hat sie doch nicht anders konkludieren können, als daß aus der gegebenen Lage heraus sie mit voller Ueberzeugung diesem Vertrage ihre Zustimmung gab. Graf Kanitz hat diese Lage eine Zwangslage genannt; er meint, bei 3,50 ℳ Zoll wird die Landwirtschaft zu Grunde gehen, gleichviel, ob Rußland hinzutritt oder nicht. Es ist völlig zutreffend, daß eine Zwangslage vorhanden war selbst für diejenigen, die ursprünglich nicht auf dem Boden der Verträge standen. Alle diese Fragen waren entschieden, als die Reichsregierung, die verbündeten Regierungen und der Reichstag die Grundlagen der Zollvertragspolitik acceptiert hatten. Nun standen wir vor der Frage: Ist es möglich, auf die Dauer die differentielle Behandlung eines einzigen großen Nachbarstaates aufrecht zu erhalten? Diese Frage allein steht zur Entscheidung. Die politische Seite der Sache hier zu berühren ist meine Aufgabe nicht, das ist auch schon ausgiebig von anderer Seite geschehen; jeder kann sich darüber eine Meinung bilden. Schon, als der Vertrag mit Oesterreich abgeschlossen war, wurden viele Stimmen laut, welche schon damals es für völlig selbstverständlich erklärten, daß man Rußland denselben Getreidezollsatz zugestehe, weil die differentielle Behandlung auf die Dauer undurchführbar sei. Die Reichsregierung hat Rußland den Konventionaltarif nicht ohne Weiteres gewährt, sondern sie hat erhebliche Konzessionen für Industrie, für Handel und Schiffahrt zu erreichen gesucht. Deshalb konnte keine Regierung trotz aller Rücksicht auf die Landwirtschaft einen Zustand aufrecht erhalten, der weder politisch noch wirtschaftlich auf die Dauer durchzuführen war. Wenn ich mich infolge meiner Amtsthätigkeit und meiner sonstigen Berührung mit wirtschaftlichen Verhältnissen nicht bloß mit Gutsbesitzern, sondern auch mit Bauern unterhalte, dann können Sie wohl glauben, daß ich mir wohl überlege, ob eine schwere Schädigung der Landwirtschaft entsteht. Denn dieser Vertrag berührt diejenigen Provinzen, die an und für sich schon getroffen sind. Wenn in Hannover die Schuldenzinsen 19 pCt. des Ertrages ausmachen, in Posen aber 60 pCt. und in Ostpreußen 48 pCt., so muß man zugeben, daß die Notlage im Osten am schlimmsten ist. (Zustimmung rechts.) Aber die Herren suchen die Heilung an einem falschen Punkte; sie glauben eine Besserung durch Ablehnung des Vertrages zu erzielen. Der Zollkrieg mit Rußland hat das Gegenteil bewiesen. Ich habe die Hoffnung, daß nach Abschluß des Vertrages die schweren Sorgen und Befürchtungen sich nicht bewahrheiten werden. Die Erfahrung wird das darthun und ich hoffe, daß dann auch die starken Gegensätze, welche sich entwickelt haben und die sich weiter zu entwickeln drohen, was ich für ein großes Uebel halten würde, wieder verschwinden werden, und daß man sich mit den gegebenen Thatsachen abfindet. Graf Kanitz hat von einem Kampf auf Tod und Leben der Landwirtschaft gesprochen. Man kann von einem solchen Kampf sprechen; denn auf keinem Gebiet hat die neuere Entwicklung gefährlicher für die europäischen Verhältnisse gewirkt, wie auf dem der Landwirtschaft. Durch die Erleichterung aller Verkehrsmittel und die große Konkurrenz aller Länder und trotz des Schutzzolles, der nach meiner Meinung nur eine sekundäre Rolle spielt, sind die Preise in stetem Sinken, und man muß die Befürchtung hegen, daß wir noch nicht am Ende der sinkenden Bewegung sind.

Auf anderer Seite sind die Produktionskosten gestiegen. Aus diesen allgemeinen Gründen resultiert die schwierige Lage der Landwirtschaft. Gegen diese große Wellenbewegung des wirtschaftlichen Lebens muß man ankämpfen. Ein intensivere Wirtschaft, eine Verbesserung der Verkehrsmittel, Landesmeliorationen, gute landwirtschaftliche Schulen, Verbesserung der Kreditverhältnisse, Verbesserung der Gesetzgebung, welche die Bewegung des Grund und Bodens regelt, solche Maßregeln müssen im Auge behalten werden. In diesem Sinne kann ich den Ausdruck „Kampf auf Tod und Leben“ nicht zurückweisen, aber wohl muß ich ihn zurückweisen in Bezug auf diesen Vertrag, der die Bedingungen für die Lage der Landwirtschaft nicht verändert.

Nach weiterer Debatte wird die Vorlage an eine Kommission verwiesen.

2.—6. März. (Reichstag.) Militäretat.

Abg. Bebel (Soz.) trägt Beschwerden über Soldatenmißhandlungen und Uebelstände in der Militärjustiz vor, worauf Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff antwortet. Der Militäretat, an dem die Budgetkommission ca. 10 Millionen gestrichen hat, wird in zweiter Beratung genehmigt.

5./8. März. (Berlin.) Tagung des deutschen Landwirtschaftsrats.

5. März. (Abgeordnetenhaus.)

Das Haus genehmigt einen Antrag Bachem (Z.), in dem die Regierung ersucht wird, dem Hause statistische Mitteilungen über die Ergebnisse des durch das Gesetz vom 29. Juni abgeänderten Wahlverfahrens zu machen unter Vergleichung mit dem früheren Verfahren.

6. März. (Preußen.) Staffeltarife.

Der Landeseisenbahnrat beschließt mit 20 gegen 14 Stimmen die Aufhebung des am 1. September 1891 eingeführten allgemeinen Ausnahmetarifs für Getreide und Mühlenfabrikate (Staffeltarif) zu befürworten. (Vgl. Conrad, „Jahrbb. für Nat.-Oek. und Statistik“ Jahrgg. 1894).

6. März. (Württemberg.) Einberufung des Landtags.

8. März. (Preußen.) Durch Kabinetsordre wird das unter dem 13. April v. J. versuchsweise errichtete Zentraldepartement des Kriegsministeriums als endgültige Einrichtung bestätigt.

Die Geschäftseinteilung bei dem Zentraldepartement ist folgende: Zentraldepartement. Personalangelegenheiten der Offiziere und Mobilmachungsangelegenheiten des Kriegsministeriums, Offizier-Darlehnskassen, Zulassung von Offizieren, Sanitätsoffizieren und Beamten, soweit dieselben nicht der preußischen Armee angehören, zu Dienstleistungen, Uebungen, Besichtigungen ꝛc., bisher bei dem Allgemeinen Kriegsdepartement (Armee-Abteilung), Kriegsministerial-Archiv. 1. Abteilung. Ordensangelegenheiten, Druckvorschriftenetat, Armee-Verordnungsblatt, Militärstatistik und Militärlitteratur, bisher bei dem Allgemeinen Kriegsdepartement (Kavallerieabteilung), Angelegenheiten der Burschen der Offiziere des Kriegsministeriums, Druckvorschriften-Verwaltung, Kriegsministerial-Bibliothek. 2. Abteilung. Personalangelegenheiten der Beamten des Kriegsministeriums und der Intendanturen, Remunerations- und Unterstützungsfonds des Kriegsministeriums und der Intendanturen, Bureau- und Bibliothekkostenfonds des Kriegsmniisteriums und der Intendanturen. Justitiare. Die Bearbei-

tung der Geschäfte des Kriegsministeriums, soweit sie Rechtsangelegenheiten betreffen, bezw. die Abgabe von Rechtsgutachten — Angelegenheiten des öffentlichen Rechts, des streitigen Privatrechts, der freiwilligen Gerichtsbarkeit, Defekts- und Kautionsangelegenheiten, Kompetenzkonflikte, Vermögensnachweise u. s. w.

10. März. (Reichstag.) Der Führer der polnischen Reichstagsfraktion v. Koscielski legt sein Mandat nieder.

10. März. (Reichstag.) Zweite Beratung des russischen Handelsvertrags.

Auf eine Anregung des Abg. Hasse (nl.), die Staffeltarife bereits am 1. August aufzuheben, erklärt Reichskanzler Graf Caprivi, gegen den 1. August lägen wesentliche Bedenken nicht vor; voraussichtlich würden die Staffeltarife für die Dauer des Handelsvertrages aufgehoben werden, aber eine bindende Verpflichtung könne die preußische Regierung nicht eingehen. Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antis.) erwartet von dem Handelsvertrag eine größere Einwanderung russischer Juden und stimmt deshalb gegen den Vertrag, ferner erklären sich dagegen v. Hammerstein (kons.), Hilpert (bayer. Bauernbund), dafür Prinz Radziwill (Pole), Richter (frs. VP.). In namentlicher Abstimmung wird Art. 1 des Vertrages mit 200 gegen 146 Stimmen angenommen.

Geschlossen stimmen dafür die Sozialdemokraten, die freisinnigen Gruppen, die süddeutsche Volkspartei, die Polen, Welfen und Elsässer; die Mehrheit des Zentrums; die Nationalliberalen mit 16 Ausnahmen; von der Reichspartei: Baumbach, Dr. Höffel, Krupp, Leuschner, Merbach, Meyer-Danzig, Müller-Harburg, Schultz-Lupitz, Frhr. v. Stumm; ferner von den Konservativen: Prinz Hohenlohe-Oehringen, der Hospitant Frhr. Zorn v. Bulach und die Wildkonservativen: Prinz Hohenlohe-Schillingsfürst, Graf Dönhoff, Pöhlmann und Uhden.

Gegen Artikel 1 stimmen geschlossen die Antisemiten, die Deutsch-Konservativen mit den erwähnten Ausnahmen und die Mehrheit der Reichspartei. Vom Zentrum die Abgg. Bäuerle, Bender, Bumiller, Burger, Conrad, Deuringer, Haus, Graf Hompesch, Horn, Hubrich, Krebs, Klose, v. Lama, Lehemeier, Lehner, Leonhard, Lerno, Mayer-Landshut, Moritz, Müller-Fulda, Nadbyl, Neckermann, Dr. Pichler, Pingen, Reindl, Rembold, Rudolphi, Dr. Schädler, Schmid-Immenstadt, Schmidt-Warburg, Schöpf, Steininger, Weber, Wenger, Wenzel, Wildegger, Witzlperger, Zott. — Von den Nationalliberalen: Bantleon, Bayerlein, Brunck, Dr. Friedberg, Günther, Dr. Hahn, Frhr. v. Heyl, Hosang, Dr. v. Marquardsen, Münch-Ferber, Graf Oriola, Dr. Paasche, Schulze-Henne, Schwerdtfeger, Weber-Heidelberg, Walter. — Ferner geben ihre Stimme gegen Artikel 1 ab die Mitglieder des Bayerischen Bauernbundes Bachmeir, Bruckmaier, Hilpert, sowie die fraktionslosen Abgeordneten Graf Bismarck-Schönhausen, Mentz und Dr. Sigl.

Die übrigen Artikel werden nach längerer Debatte, in der Gr. Mirbach (Dk.) und Frhr. v. Hammerstein (Dk.) die Aufhebung der Staffeltarife bedauern, ohne namentliche Abstimmung angenommen. (13. März.)

10. März. Deutschland auf der Chicagoer Ausstellung.

Der „Reichs-Anzeiger“ meldet: Der amerikanische Botschafter General Th. Runyon drückte der kaiserlichen Regierung im Auftrage des Präsidenten Cleveland die Anerkennung der Regierung und des Volkes der Vereinigten Staaten für die großartige Beteiligung Deutschlands an der Chicagoer Weltausstellung aus.

12. März. Die Kaiserin reist mit ihren Kindern nach Abbazia.

13. März. Reichstagsersatzwahl in Meseritz-Bomst.

Bei der im Wahlkreise Meseritz-Bomst stattgehabten Reichstagsersatzwahl (infolge des Rücktritts des Abg. v. Unruhe-Bomst) wurden im ganzen 16,920 Stimmen abgegeben. Hiervon erhielt Propst Szymanski (Pole) 7812 Stimmen, v. Dziembowski (deutsche Reichspartei) 5347 Stimmen, v. Mosch (Antisemit) 3520 Stimmen, Stolpe (Sozialdemokrat) 197 Stimmen, Hofbesitzer Dau (freisinnige Volkspartei) 33 Stimmen. Es hat somit eine Stichwahl zwischen Szymanski und v. Dziembowski stattzufinden. Bei der Stichwahl erhalten Dziembowski 9200 und Szymanski 8703 Stimmen (31. März).

14. März. Der Reichstag bewilligt 1,100,000 ℳ als erste Rate zur Errichtung eines Denkmals für Kaiser Wilhelm I., dessen Gesamtkosten auf 4 Millionen festgesetzt werden. Dagegen stimmen die Sozialdemokraten, die freisinnige und süddeutsche Volkspartei.

14. März. (Elsaß-Lothringen.) Der Landesausschuß nimmt den nächstjährigen Etat an, der mit 56,752,000 ℳ balanziert.

15. März. (Preußen.) Synodalordnung.

Das Preuß. Herrenhaus genehmigt in erster Beratung die Novelle zur evangelischen Kirchenverfassung und Synodalordnung, welche eine größere Selbständigkeit der Kirche dem Staate gegenüber, insbesondere Befreiung der Kirche von dem Einflusse des Landtags anstrebt. Die wichtigste Bestimmung lautet:

Artikel 13 Absatz 2 des Gesetzes vom 3. Juni 1876 erhält nachstehende Fassung:

Bevor ein von einer Provinzialsynode oder von der Generalsynode beschlossenes Gesetz dem Könige zur Sanktion vorgelegt wird, ist die Erklärung des Staatsministeriums darüber herbeizuführen, ob gegen den Erlaß desselben von Staatswegen etwas zu erinnern sei.

16. März. (Sachsen.) Schluß des Landtags.

16. März. (Reichstag.) Dritte Beratung des russischen Handelsvertrags.

Abg. Frhr. v. Manteuffel (D. R.) gegen die Vorlage: Ich habe für den österreichischen Vertrag gestimmt wegen der damaligen exorbitant hohen Preisbildung und weil die politische Konstellation seitens der Regierung in den Vordergrund gerückt wurde. Jetzt liegen die Verhältnisse anders; der mitteleuropäische Zollverband hat sich auch verflüchtigt, denn man umschlingt ja jetzt ganz Europa und Asien noch dazu; wenn China nicht eine Mauer hälte, würde man vielleicht noch weiter gehen. (Zuruf: Das kommt noch!) Ich habe es offen ausgesprochen, daß ich damals einen Fehler gemacht habe, ich bin jetzt ein Gegner der Handelsverträge und werde es bleiben. Es ist uns vorgeworfen, daß unsere Haltung sich nur aus persönlichen Rücksichten erklärt. Persönliche Rücksichten sind nicht maßgebend, sondern nur sachliche. Weiterhin erklärt der Redner, die Sozialdemokratie würde den Vorteil von den Handelsverträgen haben, da der Bauernstand und die kleinen Gewerbetreibenden durch die Verträge geschädigt würden. Die Aufhebung der Staffeltarife paralysiere die günstigen Folgen der Aufhebung des Identitätsnachweises für den Osten.

Nach einer Antwort des Abg. v. Stumm (frkons.) und einigen weiteren Erklärungen wird der Handelsvertrag ohne namentliche Abstimmung genehmigt.

16. März. Polnischer Unterricht.

Eine Verfügung des Kultusministers gestattet den fakultativen polnischen Unterricht auf den Mittelklassen der Volksschulen 1—2 Stunden wöchentlich für diejenigen Kinder, die den Religionsunterricht polnisch empfangen. Die polnische Presse findet dies Zugeständnis gering, während die deutsche darin ein weitgehendes Entgegenkommen gegen unberechtigte polnische Ansprüche sieht.

16. März. (Kolonien.) Abgrenzung von Kamerun.

Das „Kolonialblatt" veröffentlicht in einer Extranummer das Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich über die Abgrenzung von Kamerun (s. Afrika) nebst erläuternder Denkschrift.

In kolonialfreundlichen Kreisen wird der Vertrag nicht ungünstig aufgenommen, wenn der Regierung auch manche Vorwürfe gemacht werden. (Vergl. z. B. v. d. Heydt im „Deutschen Wochenblatt" Nr. 12).

März. Der russische Handelsvertrag und die Parteien.

Der Abschluß des Vertrages wird in vielen Industrie- und Handelsstädten mit Jubel und Dankadressen an den Kaiser und den Reichskanzler begrüßt.

Während die vertragsfreundliche Presse triumphiert, kündigen agrarische und konservative Blätter der bisherigen Handelspolitik den Krieg bis aufs Messer an. Die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte" fordert völligen Systemwechsel: „Die Wirtschaftspolitik soll im Reiche wie in Preußen völlig andere Bahnen einschlagen und die Interessen der Landwirtschaft in die erste Linie stellen, nachdem — wie der Herr Finanzminister Miquel erklärte — bis jetzt die Interessen des Handels und der Industrie von der Gesetzgebung 30 Jahre lang vorzugsweise berücksichtigt sind. — Nur gegen das System werden wir streiten bis zum letzten Athemzuge, wir werden es bekämpfen, ganz gleich wie hoch die Stelle ist, die dafür eintritt. Das Gedeihen der Landwirtschaft, das ist das Gedeihen des Vaterlandes und die Sicherheit der Monarchie, und so kämpfen wir im wahrsten Sinne des Wortes für Thron und Vaterland, wenn wir für die Landwirtschaft streiten."

Die „Kreuzzeitung" schreibt: „Es gilt nunmehr, den Vernichtungskampf gegen den kapitalistischen Liberalismus und alles, was sonst noch zu ihm schwört, zum Austrag zu bringen, nachdem die Erfahrung gelehrt hat, daß es in unserem Vaterlande immer noch Elemente gibt, die in Verkennung der realen Bedürfnisse der deutschen produktiven Arbeit der liberalen freihändlerischen Phrase in entscheidenden Augenblicken Heeresfolge leisten. Scharf müssen sich die Geister scheiden — dann erst wird unser Vaterland sich wieder jener ruhigen und gedeihlichen Entwickelung erfreuen, die es dem ersten Staatsmanne des neugeeinten Deutschen Reiches zu danken hatte."

Andere Blätter wie der „Reichsbote" und die „Schles. Ztg." warnen dagegen vor prinzipieller Opposition.

In der Zentrumspresse z. B. der „Kölnischen Volksztg." und „Niederrhein. Volksztg." werden kritische Bemerkungen laut über die Parteiführung und die Haltung des Zentrums gegenüber dem russischen Handelsvertrage, wo es sich in zwei fast gleiche Teile spaltete und somit ohne Einfluß geblieben war. Abg. Lieber, der mit besonderem Nachdruck für den

Handelsvertrag eingetreten war und ihn unter anderem mit Sedan verglichen hatte, antwortet darauf in der „Westfäl. Volksztg." Der Streit zwischen dem agrarischen Flügel des Zentrums unter Führung der Frhrn. v. Schorlemer und Los und dem demokratischen Liebers zieht sich noch lange hin.

17. März. (Preußen.) Beleidigung des Finanzministers.

Die antisemit. Schriftsteller Plack und Schweinhagen, die die ungeheuerlichsten Beschuldigungen gegen den Finanzminister Miquel erhoben hatten, werden zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt.

17. März. (Württemberg.) Die Kammer genehmigt mit 50 gegen 35 Stimmen das Gesetz betr. Pensionierung der Gemeindebeamten.

20. März. Der Kaiser nach Abbazia.

20. März. Ratifikation des russischen Handelsvertrags, der sofort in Kraft tritt. (Text s. „Staats-Archiv" Bd. 56.)

21. März. (Württemberg.) Der württembergische Gesandte in Berlin v. Moser tritt in den Ruhestand.

26. März. (Baden.) Der 4. badische Arbeitertag tadelt heftig die ungeschickte Haltung seiner parlamentarischen Vertreter im Landtage.

27. März. (Bayern.) Parteitag der bayerischen Konservativen in Nürnberg.

Der Reichtagsabg. Lutz führt die Notlage der Landwirtschaft auf die Handelspolitik der Reichsregierung zurück und weist der konservativen Partei die Aufgabe zu, die Auswüchse des Kapitalismus zu bekämpfen.

28. März. Deutsch-russisches Abkommen.

Der „Reichs-Anzeiger" veröffentlicht das zwischen Deutschland und Rußland am 10. Februar geschlossene Abkommen, betreffend die Verpflichtung zur Wiederübernahme von auf dem Gebiet des andern Teils lebenden Reichsangehörigen. Das Abkommen tritt 20 Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

29./31. März. Versammlung deutscher Historiker in Leipzig (vgl. Histor. Ztschr. N. F. Bd. 37).

Anf. April. (Handelspolitik.)

Die Resultate der deutschen Handelspolitik stellt die „Allg. Ztg." zusammen: Seit dem 20. März d. J. genießen die Provenienzen folgender Staaten bei ihrer Einfuhr in das deutsche Zollgebiet volle Meistbegünstigung: Argentinische Republik, Belgien, Chile, Costarica, Dänemark, Dominikanische Republik, Ecuador, Aegypten, Frankreich (einschließlich der Kolonien und des Fürstentums Monaco), Griechenland, Großbritannien (einschließlich der Kolonien), Guatemala, Hawaii, Honduras, Italien (einschließlich San Marino), Korea, Liberia, Madagaskar, Marokko, Mexiko, die Niederlande (einschließlich der Kolonien), Oesterreich-Ungarn (einschließlich Bosnien, Herzegowina und Liechtenstein), Paraguay, Persien, Rumänien, San Salvador, Schweden und Norwegen, die Schweiz, Serbien, Transvaal, Türkei,

Vereinigte Staaten, Sansibar, Rußland, deutsche Zollausschlüsse (einschließlich Helgoland), Kolonien und Schutzgebiete. Mit Spanien besteht bis 15. d. M. ein provisorisches Handelsabkommen, da der am 8. August 1893 abgeschlossene Handelsvertrag noch nicht ratifiziert ist. Der deutsch-spanische Handelsvertrag bestimmt die Meistbegünstigung für die beiderseitigen Boden- und Gewerbszeugnisse, wie sie in den vereinbarten Konventionaltarifen aufgeführt sind. Mit Columbia und Uruguay sind Freundschafts- und Handelsverträge bereits abgeschlossen, aber noch nicht ratifiziert. Mit Portugal bestand bis 1. Februar 1892 ein Handelsvertrag vom 2. März 1872. Das Verhältnis zu diesem Staat ist zur Zeit vertragslos; jedoch sind Vertragsverhandlungen angebahnt. In allen genannten Ländern genießen deutsche Waren die Meistbegünstigung, ferner in China, Japan und Siam. Endlich bestehen mit Samoa und Tonga Freundschaftsverträge, die dem Deutschen Reich Handelsfreiheit sichern."

(Ueber die Wirkung der Handelsverträge vgl. Francke in der Ztschft. des königl. preuß. statist. Bureaus 1894, 1. Vgl. ferner v. Schulze-Gävernitz, Preuß. Jahrb. Bd. 75.)

Ende März-April. (Samoa.)

Auf Samoa brechen neue Unruhen aus. Es wird allgemein anerkannt, daß die gemeinsame Kontrolle von Deutschland, England und den Vereinigten Staaten die Ruhe nicht sichern kann. Englischen Zeitungsstimmen, daß Samoa mit Neuseeland vereinigt werden müsse und Deutschland und die Vereinigten Staaten auf ihre Schutzherrschaft verzichten sollten, tritt die „Nordd. Allg. Ztg." scharf entgegen, da Deutschland auf Samoa größere Interessen als die beiden anderen Mächte zu vertreten habe. In der kolonialfreundlichen deutschen Presse wird dieser energische Einspruch auf ein direktes Eingreifen des Kaisers zurückgeführt.

1. April. (Fürst Bismarcks Geburtstag.)

Der Kaiser übersendet dem Fürsten Bismarck zum Geburtstag folgendes Telegramm: „Euerer Durchlaucht spreche Ich Meinen herzlichsten Glückwunsch aus. Flügeladjutant Graf von Moltke ist beauftragt, Ihnen in Meinem Namen einen Küraß zu überreichen. Der feste Stahl, der dazu bestimmt ist, sich um Ihre Brust zu legen, mag als Symbol deutschen Dankes gelten, der sich in fester Treue um Sie schließt, und dem auch Ich einen beredten Ausdruck Meinerseits verleihen möchte. Wilhelm I. R."

Darauf antwortet Fürst Bismarck mit folgendem Telegramm:

„Euerer Majestät sage ich meinen ehrfurchtsvollsten Dank für den gnädigen Glückwunsch und für die huldreichen Worte, in denen Euerer Majestät Gnade für mich Ausdruck findet. Den neuen Waffenschmuck werde ich als ein Symbol dieser Gnade anlegen und meinen Kindern als dauerndes Andenken an dieselbe vererben. v. Bismarck."

Ueber 11,000 Glückwünsche laufen beim Fürsten Bismarck ein.

2. April. (Koburg.) Eröffnung des Landtages.

Anf. April. (Preußen.) Die preußische Regierung bereitet den Entwurf eines Wassergesetzes vor und fordert von den Behörden Gutachten darüber.

4. April. (Reichstag.) Fortbildungsschulen.

Interpellation Osann: 1. Erkennen die verbündeten Regierungen an, daß nach den an vielen Orten hervorgetretenen Schwierigkeiten vom 1. Oktober 1894 an der Fortbestand und die gesunde Entwickelung der für

den gewerblichen Mittelstand unentbehrlichen Fortbildungsschulen in vielen Teilen Deutschlands ernstlich gefährdet ist? 2. Beabsichtigen die Regierungen noch in dieser Session dem Reichstage eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, welche diese Gefährdung des Fortbildungsunterrichts an Sonntagen beseitigt, ohne die religiösen Interessen zu schädigen? —

Staatssekr. v. Bötticher verneint die erste Frage und erklärt, über die zweite habe der Bundesrat noch keinen definitiven Beschluß gefaßt. Dem Reichstage solle noch in dieser Session eine Vorlage zugehen, den gegenwärtigen Zustand bis zum 1. Oktober 1897 zu erhalten. (Vgl. 17. April; 12. Juni). Dagegen erklären sich konservative und klerikale Abgeordnete.

4. April. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Zweite Beratung des Vertrages zwischen Preußen und Lübeck, betr. den Elbe-Trave-Kanal und des Gesetzentwurfs, betr. die Gewährung eines Beitrages Preußens (von $7^1/_2$ Millionen Mark) zu den Kosten der Herstellung dieses Kanals.

Abg. v. Kröcher (k.) erklärt, daß der überwiegende Teil seiner Fraktion gegen die Vorlage stimmen werde. Kanäle könne man bei der jetzigen Finanzlage nicht bauen, so lange nicht die Frage der Gebühren so geregelt sei, daß sie die Unterhaltungs- und Verwaltungskosten decken und auch eine mäßige Verzinsung aufbringen. Das sei hier nicht der Fall.

Die Minister Thielen und Dr. Miquel heben die Bedeutung des Kanals für Industrie und Landwirtschaft, namentlich bei einem Anschluß an den künftigen Mittellandkanal, hervor. Dr. Miquel betont insbesondere, die Teilnahme Preußens am Bau sei Pflicht bei der Stellung Preußens als Deutschlands Vormacht.

Die Vorlage wird gegen die Stimmen der Deutschkonservativen und einiger Freikonservativen angenommen. Ebenso in der dritten Beratung (6. April).

Anf. April. Der deutsche Botschafter in Wien, Prinz Reuß tritt in den Ruhestand. Der Kaiser verleiht ihm die Brillanten zum Schw. Adlerorden. Der Nachfolger wird der bisherige Gesandte in München Graf Eulenburg.

4. April. Berliner Gewerbeausstellung.

Der Reichskanzler stimmt auf eine Anfrage des Oberbürgermeisters Zelle dem Plane, 1896 eine Berliner Gewerbeausstellung zu veranstalten zu, während er gegen eine deutsche Ausstellung Bedenken hegt. (Vgl. 14. April).

5. April. (Abgeordnetenhaus.) Eisenbahnnachtrags-Etat.

Es werden 300,000 ℳ zur Vermehrung der Eisenbahndirektionen und Aufhebung der Betriebsämter verlangt. Min. Thielen bezeichnet als Hauptpunkt der Neuordnung die Ausscheidung einer Instanz — der Betriebsämter —, um die Verwaltung zu vereinfachen und das Schreibwerk zu vermindern. Die Verhältnisse der 1700 überflüssig werdenden Beamten solle eine eigene Vorlage regeln. — Die Vorlage findet fast allseitigen Beifall.

6. April. (Reichstag.)

Interpellation v. Kardorff: 1. Soll die von dem Herrn Reichskanzler im Bundesrat beantragte Neuausprägung von 22 Mill. Mark Reichssilbermünzen trotz des Rückganges des Silberpreises auf etwa 80 ℳ für das Kilogramm nach den Vorschriften des Münzgesetzes vom 9. Juli 1873

stattfinden, wonach aus dem Kilogramm 200 ℳ geprägt werden, oder ist eine Abänderung des Münzgesetzes in Aussicht genommen? 2. Sollen die beantragten Neuprägungen stattfinden, ehe die Beratungen der Kommission beendet sind, welche der Herr Reichskanzler wünschte, um Mittel zur Hebung und Festlegung des Silberwertes zu finden, obwohl die Ergebnisse dieser Kommissionsberatungen zu einer sofortigen Umprägung der beantragten Neuprägungen führen können? 3. Aus welchen Silberbeständen sollen die Neuprägungen hergestellt werden?

Staatssekr. Graf Posadowsky erklärt, die Regierung beabsichtige keine Aenderung des Münzgesetzes. Die Neuprägungen sollten aus den österreichischen Thalern hergestellt und allmählich vollendet werden. — An der Debatte beteiligen sich neben dem Interpellanten hauptsächlich Graf Kanitz (kons.) und Barth (frs. Vgg.).

6./11. April. (Preußisches Abgeordnetenhaus.) Eisenbahnetat.

Abg. Graf Kanitz (kons.) beklagt das Wachstum der großen Städte, wofür er die Billigkeit des Personentarifs verantwortlich macht. Insbesondere wünscht er eine Erhöhung des Berliner Vororttarifs.

Min. Thielen sagt über die Tariffrage: Nicht die billigen Eisenbahntarife führen die Bevölkerung in die Stadt, sondern namentlich auch die wachsende Genußsucht. Uebrigens bestehen die Arbeiterwochenkarten &c. nicht bloß für Berlin, sondern für das ganze Land. Die Vororttarife und die Arbeiterwochenkarten haben einem schon vorhandenen Notstande abgeholfen, nicht ihn hervorgerufen. Berlin ist seit der Einführung der Vororttarife weniger gewachsen als vorher. Es galt nicht bloß die Arbeiter in den Vororten anzusiedeln, sondern auch die außerhalb sich ansiedelnde Industrie mit Arbeitern aus Berlin zu versehen. Die Arbeiter in den Vororten sitzen mit ihrer Familie in den Gärten in ihren primitiven Lauben; in Berlin würden sie nicht bei der Familie, sondern im Wirtshause sitzen. (Sehr richtig! links.) Wenn die Staatsbahnen das auf diesem Gebiete herrschende Bedürfnis nicht befriedigt hätten, dann hätten Pferdebahnen und demnächst auch die elektrischen Bahnen das gethan. Unser Tarifsystem kann unmöglich bestehen bleiben. Es ist ein Konglomerat mit hunderten von Kämmerchen und Stübchen geworden, es muß vereinfacht werden. Wir werden ein Tarifsystem ausarbeiten müssen, welches weder Rückfahrkarten noch Rundreisehefte noch andere solche Dinge kennt. Solche Dinge sind für die Konkurrenz gemacht. Wann der Moment für solche Reform gekommen sein wird, läßt sich nicht absehen. Ohne die schlechte Finanzlage wären wir vielleicht schon dazu gekommen. Wir werden die Unbequemlichkeiten noch eine Weile ertragen müssen, bis wir wieder festen Boder für solches Risiko unter den Füßen haben. (Beifall.)

Weiterhin werden eingehend besprochen die Gütertarife und die Gehaltsverhältnisse der Eisenbahnbeamten. (Ueber die Gütertarife vgl. Menz, Sozialpolitik im Gütertarif, „Preußische Jahrbb." Bd. 77).

6. April. Der Kaiser besucht den österreichischen Kriegshafen Pola.

7.—8. April. Begegnung des Kaisers mit König Humbert in Venedig.

7. April. (Reichstag.) Stempelabgabengesetz.

Nach dem Antrage der Kommission wird die Check-, Frachtbrief- und Quittungssteuer fast einstimmig abgelehnt.

9. April. (Reichstag.)

Der Handelsvertrag mit Uruguay wird in zweiter Lesung genehmigt, ebenso das Abkommen mit der Schweiz betreffend den gegenseitigen Patent-, Marken- und Musterschutz. — Nach der Annahme der Novelle zum Gesetz über Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen mit einigen von der Kommission beantragten Aenderungen fordert das Haus in einer Resolution gegen die Stimmen der Linken die Regierung auf, die Kontrollmaßregeln bei Einfuhr fremden Viehes zu verschärfen.

9./10. April. Deutscher Innungs- und Handwerkertag in Berlin.

Die Versammlung spricht sich u. a. für den Befähigungsnachweis aus und beschließt die Sitzungsprotokolle dem Kaiser, den Bundesfürsten und den freien Städten vorzulegen.

11. April. (Abgeordnetenhaus.) Etat.

Das Haus genehmigt in 2. Lesung den Etat und den Eisenbahnnachtragsetat. Der Etat balanziert nunmehr mit rund 1,936,000000 ℳ, wobei der Anleihebedarf auf 56½ Mill. Mark herabgesetzt worden ist. (Vgl. 18. Jan.)

12. April. Abreise des Kaisers von Abbazia.

12. April. (Reichstag.)

In dritter Lesung wird der Handelsvertrag mit Uruguay debattelos angenommen, ebenso das Patent-, Muster- und Markenschutzabkommen mit der Schweiz.

12./13. April. (Abgeordnetenhaus.) Erste Beratung der Abänderung der evangelischen Kirchen- und Synodalordnung für die älteren Provinzen.

Abg. Enneccerus gegen die Vorlage: Ganz besonders bedenklich seien Befugnisse der Synode, Mitglieder der Kirchengemeinde vom Wahlrecht auszuschließen, ohne daß es einer staatlichen Genehmigung bedürfe. Die Besorgnisse gegen die Vorlage seien um so gerechtfertigter, als die neue Agende in einzelnen Fällen die Stellung zum Apostolikum zur Voraussetzung für kirchliche Aemter und Stellungen mache. Man werde die Synodalordnung zur Unterdrückung anderer Meinungen benutzen, und das stehe nicht im Einklang mit dem Geiste der evangelischen Kirche. Die freie individuelle Ueberzeugung sei das große Werk der Reformation, das seine Freunde sich nicht einschränken lassen wollen.

Kultusminister Dr. Bosse: Die Vorlage sei eine Vorwärtsentwickelung in der Richtung eines friedlichen und würdigen Verhältnisses zwischen Staat und Kirche. Das rechte Verhältnis zwischen Staat und Kirche zu finden und dieses Verhältnis, selbstverständlich unter voller Aufrechthaltung der Staatshoheit, friedlich und gedeihlich zu erhalten und sicher zu stellen, erachte er als eine der schwierigsten und wichtigsten Aufgaben. Mit dem bloßen Gehenlassen sei hier nichts gethan. Eine unzeitige Unterlassung auf diesem Gebiet werde die Schwierigkeiten in Zukunft mehren und werde sich dann bitter rächen. Die Kirche könne und dürfe sich dem Einflusse des Staats nicht entziehen, aber auch der Staat bedürfe der Kirche und werde ihrer in den uns bevorstehenden Kämpfen noch mehr bedürfen. Die Ausführung des Abg. Stöcker gelegentlich der vorjährigen Etatsberatung hätten in dem Staatsministerinm den Gedanken zur Schaffung des vorliegenden

Gesetzentwurfs angeregt. Orthodox-reaktionäre Tendenzen liegen der Regierung vollständig fern. Wo liege denn auch eine Gefahr für die freie evangelische Ueberzeugung vor? Sollten in der Agendenangelegenheit auf kirchlicher Seite wirklich Uebergriffe Platz greifen, so sei immer noch das Staatsministerium und als oberstes Haupt der evangelischen Kirche der König da, um einschreiten zu können.

Abg. Rickert (freis. Vgg.): betont, daß nur mit Hilfe des Zentrums die Vorlage, die einen vollständigen Bruch mit den früheren Anschauungen der Regierung bedeute, durchgebracht werden könne. Die Vorlage bedeute nicht den Frieden, sondern den Krieg in der evangelischen Kirche!

Abg. Brüel (Welfe): Das Zentrum nehme die Vorlage an, wünsche aber eine selbständigere Stellung der evangelischen Kirche. Abg. Stöcker (dk.) für die Vorlage: Niemand solle aus der Kirche ausgeschlossen werden, aber kein Ungläubiger dürfe ein kirchliches Amt bekleiden. — Die Vorlage wird an eine Kommission verwiesen (13. April).

13. April. (Reichstag.) Getreidemonopol.

Abg. Graf Kanitz (dk.) beantragt, den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach der Einkauf und Verkauf des zum Verbrauch im Zollgebiet bestimmten ausländischen Getreides, einschließlich der Mühlenfabrikate, ausschließlich für Rechnung des Reiches erfolgt und die Verkaufspreise festgestellt werden auf mindestens 215 ℳ per Tonne für Weizen, 165 ℳ für Roggen, 155 ℳ für Gerste und Hafer, 185 ℳ für Hülsenfrüchte, 80 ℳ für Lupinen, 175 ℳ für Malz, 155 ℳ für Mais. Die Preise für Mühlenfabrikate sollen den Mindestpreisen für Getreide entsprechen.

Abg. Graf Kanitz legt die Notlage der Landwirtschaft, die durch die Handelsverträge noch größeren Schaden erleide, ausführlich dar und verteidigt die Höhe der vorgeschlagenen Minimalpreise mit der Höhe der Produktionskosten. — Abg. Barth (freis. Vgg.) gegen den Antrag.

13. April. Der Kaiser in Wien.

14. April. (Reichstag.) Antrag Kanitz.

Abg. Bachem (Z.) gegen den Antrag: Er sei der Ansicht, daß dieser Weg des Grafen Kanitz überhaupt ungangbar sei, soferu wir nicht unsere christlich-germanische Kultur nach ihrer wirtschaftlichen und ethischen Seite hin in Frage stellen wollten. Weshalb wolle man nicht auch die Viehpreise fixieren, die für manche landwirtschaftlichen Gebiete bei uns noch viel wichtiger seien, die Holzpreise u. s. w.? Und wie käme man dazu, nur den Grundbesitzern den Ertrag zu garantieren? Weshalb nicht auch den Landarbeitern einen Lohn von bestimmter Höhe? Und wie bei der Landwirtschaft, so auch bei der Industrie! Und dann wären wir bei dem Minimallohn! Der ganze Antrag sei übrigens zugeschnitten auf die Verhältnisse des Ostens mit seinen im Vergleich zum Westen niedrigeren Löhnen. Die Landwirtschaft im Westen und Süden würde die Kosten tragen müssen, um der im Osten eine höhere Rente zu sichern.

Abg. v. Bennigsen (nl.) bezeichnet den Antrag als gemeingefährlich. Abg. v. d Gröben (dk.) und Liebermann v. Sonnenberg (Antis.) für, Abg. Richter (freis. Vgg.) und Schippel (Soz.) gegen die Vorlage.

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Meine Herren, als der gedruckte Antrag in meine Hände kam, war ich erstaunt über die, wie mir schien, unzulängliche Motivierung. Ganz plötzlich und überraschend trat der Antrag hervor. Lange hatten wir debattiert über die Höhe der Kornzölle in den Handelsverträgen; wir hatten über den Identitätsnachweis gesprochen,

wir hatten das alles als Dinge von hohem Werte, von großem Ernste behandelt, und es war uns von unseren Gegnern nicht einmal, sondern wiederholt vorgehalten worden, daß die Landwirtschaft durch die Handelsverträge ruiniert werden würde. Um was handelte es sich damals? Um 15 Mark Zoll für die Tonne Getreide. Da tritt plötzlich ein Antrag auf, der erklärt: Uns kann nur noch dann geholfen werden, wenn wir nun — lassen Sie es für eine Getreideart 70 und für die andere Getreideart 50 ℳ sein — immerhin Summen, gegen die die 15 ℳ für die Tonne verschwindend waren mehr erhalten. Es war fast wie eine günstige Kritik für den Handelsvertrag, daß man alle die Summen, um die man damals gestritten hatte, plötzlich fallen ließ; dann konnte doch die Regierung die Landwirtschaft nicht so schwer geschädigt haben, wie es angegeben wurde, wenn nur mit Summen, die das Vier=, Fünffache betrugen, der Landwirtschaft noch zu helfen ist. (Sehr gut!) Gewiß, Herr Graf Kanitz hat den Antrag lange in seinem Gemüt getragen, er hat ihn auch damals getragen, als er im Abgeordnetenhaus dafür plaidierte, daß man die Kornzölle fallen lassen sollte, weil die Kornpreise für die Broteſſer zu hoch geworden wären. Ich habe nicht erwartet, daß derselbe Herr nun mit einem solchen Antrage kommen würde. Der Antrag kam mir plötzlich, er überraschte mich, und er überraschte mich um so mehr, als wir noch vor nicht langer Zeit aus Zurufen der konservativen Partei zu schließen berechtigt waren, daß sie auf einen Minimalpreis des Getreides nicht zu kommen gedachten. In der Sitzung vom 23. November v. J. sprach der Herr Staatssekretär Freiherr v. Marschall davon, daß er irgend einen fruchtbaren Keim für die Förderung landwirtschaftlicher Interessen in der aus landwirtschaftlichen Kreisen hervorgegangenen Agitation nicht zu erblicken vermöchte, und fuhr dann fort: Wenn es gelänge, in weiteren Kreisen der landwirtschaftlichen Bevölkerung der Ueberzeugung Raum zu verschaffen, daß es in der Hand der Regierung liegt, den landwirtschaftlichen Produkten einen gewissen Minimalpreis zu garantieren. — (Der stenographische Bericht notiert: „Widerspruch rechts.") Herr v. Marschall fährt fort: Das ist verlangt worden und wird heute vielfach verlangt; ich sage nicht, daß Sie das anstreben, aber die Wirkung der Agitation ist es zweifellos. (Wiederum: „Widerspruch rechts.") (Heiterkeit.) Herr v. Marschall fährt fort: Ja, meine Herren, Sie werden doch nicht in Abrede stellen wollen, daß heute im Lande eine große Agitation im Gange ist, welche der Regierung zumutet, dafür zu sorgen, daß die Preise der landwirtschaftlichen Produkte nicht unter eine gewisse Minimalgrenze sinken. „Widerspruch rechts." (Große Heiterkeit.) Meine Herren, ich nehme dankbar davon Notiz, daß diese Bestrebungen in diesem hohen Hause keine Unterstützung finden; — fährt Herr v. Marschall fort — aber es bleibt doch richtig, was ich sage, daß draußen eine Agitation in diesem Sinne im Gange ist. Zum vierten Male „Widerspruch rechts." (Erneute große Heiterkeit.) Nun wird mir zugerufen: Das sind anonyme Aeußerungen. Ja, wir sind gewöhnt, wenn wir vom Regierungstische sprechen, von Zwischenrufen und mehr oder weniger anonymen Aeußerungen begleitet zu werden; bisweilen ist es, wie wenn wir mit Brummstimmen begleitet würden. (Heiterkeit.) Sie können es uns nicht verdenken, daß diese störenden Aeußerungen doch auf uns einen Eindruck machen; wir kennen ja auch die Stimmen, und wenn wir viermal hintereinander bei einer solchen Frage Widerspruch erfahren haben, so würden wir den Wert dieser Herren unterschätzen, wenn wir ihren Widerspruch unbemerkt ließen. (Heiterkeit.) Es kam also für mich im hohen Maße überraschend, daß, nachdem hier Ende November entschieden in Abrede gestellt war, daß man die Fixierung von Minimalpreisen fordere, jetzt im April der Minimal=

preis als das einzig rettende Mittel uns aufgetischt wurde. Es war aber das, was mich überraschte, nicht allein die Plötzlichkeit dieses Vorgehens — ich habe auch in den Motiven eine Ueberraschung gefunden insofern. als ich dort eine Berechnung der Produktionskosten des Getreides fand, die mit einer nicht lange vorher, wie ich glaubte, von autoritativer Seite aufgestellten in Widerspruch steht. Der Herr Abg. Graf Kanitz baut seinen ganzen Antrag darauf auf, daß die Kosten des Getreidebaues nicht mehr gedeckt werden. Aber die von ihm für die einzelnen Getreidearten normierten Minimalpreise überschreiten denn doch sehr erheblich die Produktionskosten, wie sie in einer Eingabe der ostelbischen Landwirte an Se. Majestät den Kaiser im vorigen Jahre berechnet wurden. Herr Graf Kanitz will 215 ℳ pro Tonne Weizen, 165 ℳ für den Roggen, 155 ℳ für den Hafer. Der Verband der Zentralvereine ostelbischer Landwirte, nach meinem Dafürhalten wiederum Leute, die ich genötigt bin, für kompetent zu halten, und auf deren Urteil ich gern Wert lege, sagt in seinem Antrage:

Die Herstellungskosten für unsere Körner kommen nach sorgfältiger Schätzung im Durchschnitt bei Weizen auf 160, bei Roggen auf 140 und bei Hafer auf 120 ℳ. Das sind 55, 25 und 35 ℳ weniger, als der Antrag Kanitz ansetzt. (Heiterkeit.) Ich bin ja kein Landwirt; aber Sie werden begreiflich finden, wenn ich über diese Zahlen erstaunt bin, und das Staunen ist durch die heutige Debatte nicht vermindert worden; denn von den Herren aus den Antragstellern, die über den Antrag gesprochen haben, hat kein einziger Dinge angeführt, die die nach meinem Dafürhalten unzulänglichen gedruckten Motive weiter erläutern und meine Einsicht hätten fördern können. Sie haben gesprochen über die Not der Landwirtschaft, über eine Menge anderer Dinge; nur warum gerade diese Summe nötig ist, warum sie auf diese Getreidearten verteilt werden muß, warum bloß die Getreideprodukte, warum das Schwein des armen Mannes nicht auch einen Minimalpreis haben soll, das haben sie nicht gesagt. Sie haben es den verbündeten Regierungen heute, wie oft schon, nicht erleichtert, für die Landwirtschaft zu sorgen, weil sie nicht angeführt haben, wie gesorgt werden kann. Denn das glaube ich, hat doch die Mehrzahl der Unterzeichner dieses Antrages selbst nicht geglaubt, daß die verbündeten Regierungen geneigt und imstande sein sollten, auf diesem Wege der Landwirtschaft zu Hilfe zu kommen, ein Weg, auf dem sie nicht nur andere Berufskreise, sondern auch nach meiner Ueberzeugung den Staat und das Reich im Ganzen schädigen würden.

Der Herr Abg. Bachem hat den Wunsch ausgesprochen, daß eine Enquete über die Not der Landwirtschaft, eine landwirtschaftliche Statistik, herbeigeführt werden möge, und ich neige mich diesem seinem Wunsche voll zu, denn auch ich habe lebhaft den Wunsch, der Landwirtschaft zu helfen; aber ich habe aus den Mitteln, die Sie vorgeschlagen haben, bisher keinen Anhaltepunkt gewonnen, an dem ich ansetzen könnte. Die Verhältnisse sind — und das ist ja heut so vielfach hervorgehoben worden, und wird auch, glaube ich, von keinem Herrn dieser Seite in Abrede gestellt werden — im Osten und Westen, bei großen und kleinen Grundbesitzern, bei verschuldeten und unverschuldeten Grundbesitzern, so verschieden, daß ich nicht glaube, die Hilfsmittel lassen sich über einen Kamm scheeren. Also, wenn man helfen soll, so würde doch das Erste sein, daß mehr als mit solchen Behauptungen, wie sie der Antrag Kanitz enthält, und wie sie die Herren Redner heute vorgebracht haben, mit anderen Mitteln vorgegangen wird, um zu erkennen: wo nicht und wo kann geholfen werden?

Nun hat aber die Enquete, die Herr Bachem vorgeschlagen hat, ihre schwierigen Seiten. Sie wird lange dauern, wird viel Geld kosten, und

von meinem Standpunkte aus: sie ist nach meinem Dafürhalten nicht Reichssache. Die ganze Landwirtschaft ist nur dann Reichssache, wenn sie in Konkurrenz mit anderen Gegenständen Gegenstand der Gesetzgebung wird. Eine selbständige Sorge für die Landwirtschaft durch das Reich kennt die Reichsverfassung nicht; also prinzipaliter würde ich der Meinung sein, daß darin eine Aufgabe der Einzelstaaten liegt. Und ich für mein Teil würde einen Vorwurf, daß eine solche Enquete noch nicht vorhanden sei, nicht acceptieren können. Ich halte mich nicht für berechtigt, als Reichskanzler eine solche Enquete zu veranlassen.

Nun, da ich einmal das Wort noch ergriffen habe, und da mir die Gründe, die die Herren Antragsteller geboten haben, keinen Anlaß geben, auf diese Dinge einzugehen, möchte ich mit ein paar Worten noch darüber sprechen, wie denn die verbündeten Regierungen zu dem Antrage stehen. Da muß ich naturgemäß bekennen, daß ich das nicht weiß; denn die verbündeten Regierungen sind noch nicht in der Lage gewesen, sich über den Antrag schlüssig zu machen. Aber, ich glaube doch, so viel mit einiger Sicherheit sagen zu können, daß vom Standpunkt des Reichs, ganz abgesehen von allen Details, die Annahme des Antrags Kanitz in jeder Beziehung unerwünscht wäre. Sie würde uns nötigen, von den Bahnen, welche die Politik des Reiches bisher beschritten hat, abzuweichen (Sehr gut! links), und zwar nicht bloß von den Bahnen, die man als neuen Kurs bezeichnet, sondern auch von den älteren schon. Ob dieser Antrag mit den Handelsverträgen vereinbar ist oder nicht, darüber will ich nicht urteilen. Wenn man juristische Gutachten einforderte, so würde vielleicht ein Teil so, ein anderer Teil so ausfallen, aber das muß ich doch auch aussprechen, daß wir, wenn wir den Antrag annehmen, wozu ja von Haus aus nicht die mindeste Aussicht war, bei den Regierungen, mit denen wir kontrahiert haben, in den Ruf einer mala fides kommen und zwar in hohem Grade. (Sehr gut! links.) Ein vielgelesenes konservatives Blatt hat sich längere Zeit darin gefallen, die Refaktien, die Eisenbahnausnahmetarife, die andere Mächte verwenden könnten, ins Gefecht gegen den Handelsvertrag zu führen. Ja, ich glaube, ein unparteiischer Beobachter würde der Meinung sein, daß, wenn wir trotz der Handelsverträge einen solchen Antrag annähmen, wie der Graf Kanitz ihn uns vorgelegt hat, wir dann ungleich mehr mala fides bewiesen, ungleich weniger zuverlässig handelten, als alles Das wäre, was jene Zeitung an die Wand gemalt hat. Wir würden also in unserer allgemeinen auswärtigen Politik das Vertrauen bei anderen Mächten zu verlieren in Gefahr stehen, das zu erwerben und zu befestigen wir uns bisher jahrelang bemüht haben. (Bravo! links und aus der Mitte.)

Wir haben nirgends, an keiner Stelle der deutschen Erde, uns etwas vergeben und wir haben von Jahr zu Jahr an Vertrauen gewonnen. Wenn aber dieser Antrag angenommen würde und die verbündeten Regierungen darauf eingingen, so würde ich nicht geneigt und wahrscheinlich auch nicht imstande sein, die deutsche Politik nach Außen zu vertreten, denn ich würde alles Vertrauen verloren haben.

Wir haben ferner in unserer Wirtschaftspolitik das Bestreben gehabt, Handel und Export nach dem Ausland auszudehnen. Auch mit dieser Politik würden wir brechen müssen mit dem Tage, wo wir den ausländischen Handel nach dem Rezept des Grafen Kanitz zuschneiden würden. (Sehr richtig! links.)

Wir würden nicht mehr in der Lage sein, Vertrauen bei den ausländischen Kaufleuten zu erlangen, wir würden auf Schwierigkeiten bei jedem Schritt stoßen, und Mißtrauen da begegnen, wo wir Vertrauen brauchen.

Auch für die innere Politik des Reiches wäre mir dieser Antrag sehr bedenklich. Wenn man sich die Einzelheiten etwas mehr ausmalt, als sie in den Motiven angegeben sind, so steigen sofort eine Masse Schwierigkeiten auf, — sie sind auch von einigen der Herren Gegner des Antrages bereits angedeutet worden — Schwierigkeiten, die in das innere politische Leben Deutschlands erheblich eingreifen würden. Welche Eifersucht würde zwischen deutschen Staaten, Stämmen und Städten entstehen, ob sie Verkaufsstellen für Getreide werden sollen oder nicht! Was haben wir schon mit den Transitlägern für Schwierigkeiten. Ich würde die Besorgnis haben, daß auch einzelne deutsche Regierungen der Meinung wären, ein solches Getreidemonopol wäre ein Eingriff in ihre speziellen Rechte, die Verfassung gäbe uns für die Schaffung eines derartigen Reichsmonopols keinen Anhalt. Ich würde befürchten, daß erhebliche Schwierigkeiten, mindestens Friktionen in Deutschland entstünden, die der Reichseinheit und dem Reichsgedanken nicht förderlich wären. Und nun gar für den Reichskanzler! Welches Odium — ja, ich weiß, Sie schlagen das gering an; ich habe auch nichts dagegen — welches Odium würde der auf sich laden, wenn er Chef dieser großen Reichsgetreidehandlung wäre!

Ich würde glauben, daß die Regierung an Vertrauen verlieren würde, wenn sie ein solches Odium auf sich laden müßte, und daß durch diesen Verlust an Vertrauen nicht der Reichskanzler — das wäre ja ganz gleich — aber das Reich geschädigt würde.

Endlich haben Sie den Vorschlag gemacht, diese Vorlage zu benutzen, um unsere Steuerfragen auf eine andere Weise zu regeln. Ja, meine Herren, auch da würden wir ja vollkommen umkehren müssen. Wir haben bisher das Bestreben gehabt — wir sind angegriffen worden, weil wir es nicht genug gehabt hätten; aber wir haben es redlich und ernst gehabt, die Lasten auf die leistungsfähigeren Schultern zu legen, soweit es mit den Interessen des Ganzen vereinbar war. Auf welche Schultern würden wir denn hier die Lasten legen? Auf die der Brotesser! Einer Brotsteuer würden sich aber die ärmsten Klassen am allerwenigsten entziehen können (Sehr richtig! links und bei den Sozialdemokraten), weil der arme Mann der relativ am meisten Brot Konsumierende ist. (Sehr richtig! links und bei den Sozialdemokraten.) Also es wäre eine totale Umkehr in unserer Steuerpolitik, die Sie von uns verlangen! Also ich glaube nicht anmaßend zu sein gegenüber den verbündeten Regierungen, wenn ich sage, daß die nicht das mindeste Interesse an der Annahme des Antrages haben.

Was meine Stellung persönlich zu dem Antrage angeht, so hat es mich mit Bedauern erfüllt, denn ich habe die Ueberzeugung, daß die Antragsteller sich und ihre Sache dadurch schwer schädigen, wenn nicht gar ein Schaden, der noch weiter greift, verursacht werden wird. Ich habe mir vor Monaten schon erlaubt, die Herren vor gewissen Dingen zu warnen; ich habe Sie gebeten, nicht auf die Majorität sich zu basieren und die Autoritäten gering anzuschlagen. Es hat nicht geholfen, Sie sind in den Angriffen auf Autoritäten sehr hoch hinaufgegangen in Ihrer Presse, und schließlich haben Sie, fürchte ich, vielfach Ihre eigene Autorität in Ihren eigenen Kreisen so weit verloren, daß Sie nicht mehr schieben, sondern geschoben werden. Und ich als ein konservativer Mann beklage das, wenn die konservative Partei auf diese abschüssige Fläche gerät, und so schnell auf ihr heruntergleitet.

Ich habe dann weiter mir die Bitte erlaubt, doch nicht trennend zwischen Die zu treten, die staatserhaltend sein können, sondern dahin zu wirken, daß sich die Staatserhaltenden den mannigfachen Gefahren gegenüber, die wir laufen, zusammenschließen. Ich habe Ihnen bei einem an-

deren Anlaß gesagt: Das, was Sie treiben, trennt in der Landwirtschaft den Osten vom Westen, den großen Grundbesitz vom kleinen und trennt Sie von der Industrie. Das Alles muß ich zu meinem aufrichtigen Bedauern aufrecht erhalten — es ist eine harte Pflicht für einen Staatsmann, solche Worte zu sagen, aber nach meiner innersten Ueberzeugung ist es eine Wahrheit, und ich muß sie sagen: Das, was Sie jetzt treiben, trennt Sie viel mehr noch, als was Sie bisher gethan haben, nicht nur von der Industrie, sondern von allem andern, was staatserhaltend ist. Es wird Sie selbst schädigen, denn es ist ganz zweifellos, daß Sie die kleine Landwirtschaft gegen sich haben werden (Widerspruch rechts); — ganz zweifellos! 69 pCt. aller Derjenigen, die vom landwirtschaftlichen Gewerbe als Besitzende leben, sind kleine Parzellenbesitzer! (Hört! hört! links.) Diese Leute werden Sie gegen sich bekommen, die verkaufen kein Getreide; (hört! hört! und sehr richtig! links.) Diese Leute werden sich sagen: wenn die Herren für die große Landwirtschaft sorgen — nun mal heran auch für unser Schwein, auch für das, was wir verkaufen!

Es ist ja nur zu klar, daß dadurch nichts als Mißvergnügen und Unzufriedenheit erregt würde, und daß das Ihnen zuerst heimgezahlt werden wird. Auch das betrübt mich.

Endlich habe ich Sie gebeten, nicht diese agitatorische Methode zu befolgen. Auch diese meine Bitte hat keinen Erfolg gehabt. Ich besorge, daß der Antrag, den Sie jetzt gestellt haben, — nicht im Sinne der Antragsteller, auch nicht im Sinne der Herren, die hier vor mir sitzen, aber in den Händen Derjenigen, die den Antrag draußen benutzen und in die Finger bekommen — ein Agitationsmittel erster Klasse werden wird, und ich habe Ihnen schon einmal gesagt: ich habe Sie gewarnt vor der Benutzung des Antisemitismus, weil ich der Meinung sei, der Antisemitismus liefe schließlich in dasselbe Faß, aus dem die Sozialdemokraten schöpfen. Ich muß diese Besorgnis heute in noch stärkerem Maße haben. Das, was Sie jetzt thun, erregt eine Unzufriedenheit, die nicht der Landwirtschaft zu Gute kommt, sondern die gerade der sozialdemokratischen Partei zu Gute kommen wird — ich könnte Ihnen ja aus dem „Vorwärts" mit Leichtigkeit Sätze vorlesen, die das ganz deutlich sagen: wie die Landwirtschaft diejenige sein wird, die zuerst die Kosten bezahlen wird, wenn das, was Sie wünschen, durchgeht. Das aber wird zu meinem Bedauern schon jetzt nicht mehr zu hindern sein, daß eine Erregung im Lande geschaffen wird, die üble Früchte tragen wird. und das noch einmal hier auszusprechen, habe ich für meine Pflicht gehalten; Sie mögen mir das übel nehmen oder nicht: ich bedauere, wenn Sie andere Wege gehen. (Bravo! links und in der Mitte.)

Der Antrag wird mit 156 gegen 46 konservative und antisemitische Stimmen abgelehnt.

14. April. (Bayer. Landtag.) Kultusetat.

Die Abgeordnetenkammer beendet die Beratung des Kultusetats und bewilligt die Forderungen der Regierung einschließlich der für Kunst und Wissenschaft mit geringfügigen Aenderungen.

14. April. Adolf Friedrich Graf v. Schack † in Rom.

Der Graf hat seine große Gemäldegalerie in München testamentarisch dem Kaiser vermacht. Der Kaiser bestimmt, daß die Galerie in München bleiben soll. Diese Bestimmung wird in München mit Jubel aufgenommen; eine Deputation der Stadtverwaltung reist nach Potsdam, um dem Kaiser den Dank der Bürgerschaft auszudrücken (14. Mai).

14. April. Berliner Gewerbeausstellung.

Der Magistrat beschließt, für die Gewerbeausstellung im Jahre 1896

den städtischen Treptower Park einzuräumen und als Subvention zur Ausstellung 300,000 ℳ zu bewilligen (vgl. 4. April).

15. April. Der Kaiser nach Karlsruhe.

16. April. (Reichstag.) Jesuitengesetz.

Der Zentrumsantrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes vom 4. Juli 1872 wird in dritter Beratung in namentlicher Abstimmung mit 168 gegen 145 Stimmen angenommen. Es stimmten für das Gesetz: Geschlossen das Zentrum, Polen, Bauernbündler und Sozialdemokraten; ferner von den Antisemiten der Abg. Hirschel, die süddeutsche Volkspartei mit Ausnahme von Schmidt und Kercher, ein Teil der Freisinnigen Volkspartei und von der Freisinnigen Vereinigung der Abg. Barth. Gegen das Gesetz stimmten die beiden konservativen Parteien und die Nationalliberalen geschlossen, die oben genannten beiden süddeutschen Volksparteiler, die Freisinnige Vereinigung mit Ausnahme Barth's und von der Freisinnigen Volkspartei die Abgg. Richter, Ritter, Langerhans, Ancker, Herzog, Bohm. Von den anwesenden Antisemiten stimmte Zimmermann mit Nein, während Boeckel und Werner sich der Abstimmung enthielten.

Mitte April. Wollzoll. Antrag Kanitz.

In agrarischen Kreisen wird für Einführung eines Wollzolles agitiert. — Trotz der großen Mehrheit, mit der der Antrag Kanitz abgelehnt ist, ist die konservative und agrarische Presse nicht entmutigt; sie kündigt die Wiederholung des Antrags an.

17. April. (Abgeordnetenhaus.) Etat.

Katholische und polnische Beschwerden, worauf der Kultusminister unterstützt von nationalliberalen Abgeordneten antwortet. (Vgl. Paritätsdebatte Anf. März.)

Der Staatshaushaltsetat wird nach den Beschlüssen zweiter Lesung genehmigt. (Vgl. 11. April.)

17. April. (Reichstag.) Fortbildungsschulen.

Ablehnung der Regierungsvorlage, wonach die im § 120 Abs. 1 der Gewerbeordnung festgesetzte Frist, innerhalb deren die Zentralbehörde für bestehende fakultative Fortbildungsschulen Ausnahmen von der dort über den Unterricht getroffenen Bestimmung gestatten kann, bis zum 1. Oktober 1897 erstreckt werden soll. Die Mehrheit besteht aus dem Zentrum, den konservativen Fraktionen und den Sozialdemokraten. (Vgl. 12. Juni, 4. April.)

18. April. (Reichstag.) Die Steuerkommission des Reichstags lehnt die Tabaksteuer mit 17 gegen 11 Stimmen ab.

18. April. (Bayern.) In der Abg.-Kammer gelangt der Fall Thüngen zur Besprechung.

Justizmin. Frh. v. Leonrod erklärt in der Abgeordnetenkammer, von einem Angriffe auf die für Baiern garantierte Zuständigkeit der Schwurgerichte für Preßvergehen könne beim Prozesse Thüngen keine Rede sein. (Vgl. 13. Jan.)

19. April. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Kaligesetz.

Das Abgeordnetenhaus lehnt in zweiter Beratung mit 147 gegen 142 Stimmen die einzelnen Artikel der Vorlage, betreffend die Monopolisierung des Kalibergbaues, samt den dazu gestellten Anträgen ab.

19. April. (Reichstag.) Börsensteuer. Interpellation Förster. (Schluß.)

Das Börsensteuergesetz wird in dritter Beratung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, freis. Volkspartei und einem Teil der freis. Vrgg. angenommen. Das Gesetz ist gegen die im Nov. v. J. eingebrachte Regierungsvorlage vor allem dadurch verändert, daß die Check-, Quittungs- und Frachtbriefsteuer beseitigt ist (vgl. 7. April).

Nach einer kurzen Besprechung der vom Abg. Förster (Antis.) eingebrachten Interpellation, wie der durch die Zollgesetzgebung hervorgerufene Ausfall in den Reichsfinanzen ohne Schädigung der Landwirtschaft gedeckt werden solle, verliest Reichskanzler Graf Caprivi folgende Erklärung: Die Erwartung der verbündeten Regierungen, der Reichstag werde bereit sein, durch Zustimmung zu den vorgelegten Steuergesetzentwürfen die Mittel zur Deckung der Kosten der Heeresverstärkung, sowie zur Durchführung einer Finanzreform zu gewähren, welche die Matrikularbeiträge in ein festes Verhältnis zu den Ueberweisungen an die Einzelstaaten bringt, haben leider für die gegenwärtige Tagung aufgegeben werden müssen. Damit ist die Möglichkeit ausgeschlossen, noch in dieser Session die zur Durchführung der Finanzreform erforderlichen Mittel zu gewinnen. Die verbündeten Regierungen halten indes mit aller Entschiedenheit an der Auffassung fest, daß es im nationalen und finanzpolitischen Interesse auch der Bundesstaaten geraten ist, zur Erhaltung eines geordneten Finanzwesens der letzteren eine Sicherstellung der Finanzen des Reichs herbeizuführen. Die verbündeten Regierungen werden deshalb nach dem Wiederzusammentritt des Reichstags von neuem mit entsprechenden Vorschlägen in der Hoffnung hervortreten, daß eine Verständigung über die Reform und die Beschaffung der hierzu erforderlichen Mittel erzielt werden wird. Auf Grund der mir erteilten Allerhöchsten Ermächtigung erkläre ich im Namen der verbündeten Regierungen den Reichstag für geschlossen.

Mit einem Hoch auf den Kaiser schließt Präs. v. Levetzow die Sitzung.

April. Über die Reichstagssession schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“:

Der Reichstag hat in dieser Session getagt vom 16. November 1893 bis zum 19. April 1894, zusammen 155 Tage. Während dieser Zeit haben zusammen stattgefunden: 86 Plenarsitzungen, 218 Sitzungen der Abteilungen und 196 Sitzungen der verschiedenen Kommissionen.

Seitens der verbündeten Regierungen sind folgende Vorlagen dem Reichstage unterbreitet worden: 24 Gesetzentwürfe, einschließlich des Reichshaushaltsetats für das Etatsjahr 1894/95, eines Nachtragsetats für 1893/94, eines Nachtrags für 1894/95, sowie des Haushaltsetats für die Schutzgebiete auf das Etatsjahr 1894/95, 12 Verträge resp. Abkommen, 2 kaiserliche Verordnungen, 1 Mitteilung, betreffend die Veranlassung von Wahlen zur Kommission für Arbeiterstatistik, 7 allgemeine Rechnungen über den Reichshaushalt für die Etatsjahre 1884/85 bis 1890/91, 1 Ueberficht der Reichsausgaben und Einnahmen für das Etatsjahr 1892/93, 1 Ueberficht der Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete von Kameruu, Togo und des südwestafrikanischen Schutzgebietes für das Etatsjahr 1892,93, 1 Rechnung der Kasse der Oberrechnungskammer für das Etatsjahr 1890/91, 1 Bericht der Reichsschuldenkommission, 17 Denkschriften, Berichte und Ueberfichten 2c., welche durch Kenntnisnahme erledigt sind.

Es haben die verfassungsmäßige Zustimmung seitens des Reichstags erhalten: 17 Gesetzentwürfe, einschließlich des Reichshaushaltsetats, des Haushaltsetats für die Schutzgebiete und der beiden Nachtragsetats, 12 Verträge resp. Abkommen, 2 kaiserliche Verordnungen. 1 Gesetzentwurf ist abgelehnt. Die Rechnung der Kasse der Oberrechnungskammer und der Bericht der

Reichsschuldenkommission sind durch Erteilung der Decharge erledigt; die Uebersicht der Reichsausgaben und Einnahmen für das Etatsjahr 1892/93 ist unerledigt geblieben. Unerledigt bleiben ferner: 6 Gesetzentwürfe und 7 allgemeine Rechnungen.

Von den Mitgliedern des Reichstags wurden eingebracht: 31 Gesetzentwürfe, 41 Anträge, 5 Interpellationen. — Von den vorgeschlagenen Initiativgesetzentwürfen haben 4 die Genehmigung des Reichstags erhalten, 1 ist zurückgezogen, 26 bleiben unerledigt. Von den Anträgen, welche Gesetzentwürfe nicht enthalten, sind 21 erledigt, 1 abgelehnt, 2 zurückgezogen, 17 bleiben unerledigt.

Die eingebrachten Interpellationen sind im Plenum zur Verhandlung gekommen.

Die Kommissionen haben 53 schriftliche und 67 mündl. Berichte erstattet.

Petitionen sind 60,641 eingegangen; darunter: 26,367 betreffend die Tabaksteuer, 2698 betreffend die Weinsteuer, 1824 betreffend die Erhebung von Reichsstempelabgaben, 6449 betreffend den Handelsvertrag mit Rußland, 6433 betreffend die Beibehaltung des Jesuitengesetzes, 5241 betreffend das Impfgesetz, 2501 betreffend Gewährung eines Ehrensoldes an die Kriegsveteranen, 1896 betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten, 1269 betreffend die Zulassung der Frauen zum Studium der Medizin ꝛc. ꝛc., 1556 betreffend Hausierhandel, Detailreisende ꝛc., 1134 betreffend Abzahlungsgeschäfte, 785 betreffend Abänderung des § 166 des Strafgesetzbuchs, 793 betreffend die Sonntagsruhe, 409 betreffend die Besteuerung der Margarine, 310 betreffend Konsumvereine.

Die Petitionen haben folgende geschäftliche Behandlung erhalten: 95 Petitionen sind dem Herrn Reichskanzler überwiesen, 1331 Petitionen sind durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, 16,051 Petitionen sind durch Beschlüsse des Reichstags für erledigt erklärt, 167 Petitionen sind zur Erörterung im Plenum nicht für geeignet erachtet, 94 Petitionen, über welche ein mündlicher Kommissionsbericht vorliegt, sind nicht mehr zur Verhandlung im Plenum gelangt, 1 Petition wurde zurückgezogen, 8 Petitionen sind, da sie verschiedene Materien behandelten, in mehreren Kommissionen Gegenstand der Beratung und Beschlußfassung gewesen, 42,910 Petitionen sind auch in den Kommissionen nicht mehr zur Beratung und Beschlußfassung gekommen, darunter: 26,367 betreffend die Tabaksteuer, 2698 betreffend die Weinsteuer, 5241 betreffend das Impfgesetz, 2501 betreffend den Ehrensold an Veteranen, 3453 betreffend Hausierhandel, Sonntagsruhe, Konsumvereine, Besteuerung der Margarine, Abänderung des § 166 des Strafgesetzbuchs.

19. April. (Koburg.) Vermählung des Großherzogs v. Hessen mit der Prinzessin Viktoria Melita, Tochter des Herzogs v. Koburg. Anwesend sind u. a. der Kaiser, die Königin v. England, Kaiserin Friedrich, der Thronfolger v. Rußland.

20. April. (Koburg.) Verlobung des Großfürst-Thronfolgers mit der Prinzessin Alix v. Hessen. Die Verlobung erregt wegen des Versprechens der Prinzessin, zur griechischen Kirche übertreten zu wollen, großes Aufsehen in evangelischen Kreisen. (Vgl. Preuß. Jahrbb. Bd. 76.)

20. April. Fürst Bismarck empfängt 28 nationalliberale Reichstagsabgeordnete in Friedrichsruh.

Auf eine Ansprache des Abg. Dr. Hasse antwortete Fürst Bismarck:

„Ich danke Ihnen von Herzen für Ihre freundlichen Worte und Ihnen allen, meine Herren, danke ich für die hohe Ehre, die Sie mir erzeigen, indem Sie mir durch Ihren Besuch hier in Friedrichsruh bekunden, daß die Reichsverfassung und meine Mitarbeit an derselben Sie noch heute befriedigt und Sie mir wegen dieser Mitarbeit Ihre Anerkennung zollen. Es hieß früher, daß die Verfassung mir persönlich auf den Leib geschnitten sei, und daß ich, wie jener Danziger Uhrmacher, der Einzige sei, der die Uhr im Gange halten könne. Wie unrichtig diese Anschauung ist, beweist die Thatsache, daß auch Graf Caprivi unter zu Zeiten schwierigen Umständen nun doch seit 4 Jahren mit dieser Verfassung regiert hat, ohne das Bedürfnis einer Aenderung zu empfinden und ohne in der Verfassung einen Hemmschuh nationaler Thätigkeit zu erblicken, wie dies früher zur Zeit des alten Bundestages der Fall gewesen ist. Ich zweifle nicht daran, daß diese Verfassung, welche sich anknüpft an historisch Gewordenes, oder wie der Geologe sagt, an „gewachsenen Boden", ihre Proben auch ferner bestehen wird, so ernsthaft sie auch sein mögen.

Es liegen manche schwere Aufgaben für die nächsten Reichstage vor. Ich nenne in erster Linie die Deckung des finanziellen Ausfalles unter Schonung des guten Einvernehmens der verschiedenen Klassen der Kontribualen, welche bei der Finanzreform zur Deckung des Ausfalls herbeigezogen werden können, der durch den Verzicht auf erhebliche Beträge der Zölle nötig geworden ist. In zweiter Linie die Notlage der Landwirtschaft, die doch einen zu erheblichen Anteil unserer Landsleute betrifft, um von Reichswegen ignoriert werden zu können. Die Annahme, daß die Landwirtschaft die Reichsgesetzgebung nichts anginge, weil sie unter Artikel 4 der Verfassung nicht aufgeführt sei, zeigt ja doch einen Mangel an Vertrautheit mit unserem Verfassungsleben, mit den Absichten der Gesetzgeber, mit unserem ganzen wirtschaftlichen Leben, wie ich ihn kaum für glaublich hielt, und wie ich ihn nicht an so hoher Stelle gesucht hätte. In jenem Artikel der Verfassung ist auch kein anderes Gewerbe genannt und man könnte mit demselben Recht sagen, alle Handwerker, seien es Schuhmacher, Schmiede oder sonst irgendwelche, gingen das Reich und seine wirtschaftliche Gesetzgebung nichts an. Aber der Reichsgesetzgebung können unmöglich die Geschicke von 20 Millionen Reichsbürgern, die Landwirtschaft betreiben, gleichgiltig sein. Mag die Landwirtschaft nicht ausdrücklich und formell als zur Kompetenz des Reiches gehörig bezeichnet sein, sie gehört eben zur wirtschaftlichen Pflege der Gesetzgebung.

Wir haben eine weitere schwierige Aufgabe zu lösen auf dem Gebiete der Beziehungen der geordneten staatlichen Gesellschaft zur Sozialdemokratie. Ich glaube nicht, daß diese Frage auf die Dauer einfach totgeschwiegen werden kann, sondern daß man ihr früher oder später aktiv näher treten muß. Auf welche Weise, darauf will ich heute nicht weiter eingehen. Wir haben ferner speziell bei uns in Preußen neuerdings die polnische Frage wieder beleben sehen, die in ihrer Ausdehnung auf Oberschlesien, wo dieselbe früher nicht bekannt gewesen, schädlicher wird als sie war, für die mühsam errungene Einigkeit der Bevölkerung und für ein günstiges Verhältnis zu unsern polnisch sprechenden Landsleuten. Man hat die polnische Begehrlichkeit neu aufgemuntert und das ist ein bedenkliches Experiment, zumal in der polnischen Frage eine europäische Frage über Krieg und Frieden liegt.

Ich glaube ja nicht, daß letztere sehr nahe bevorsteht. Es ist weniger die friedliche Gesinnung aller Regierungen, die den Frieden bisher erhält, als die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit der Chemiker in der Erfindung

neuer Pulversorten und der Techniker in der Vervollkommnung der militärischen Ballistik und deshalb die für die Leiter eines kriegslustigen Staates unter Umständen entscheidende Erwägung, daß sie es nicht für erfolgreich halten, loszuschlagen, wenn ihre Heere nicht im Besitze der neuesten Erfindungen sind. Es klingt fast wie Satyre, ist es aber nicht, daß der Chemiker bisher die Schwerter in der Scheide hält und durch seine Erfindungen über Krieg und Frieden entscheidet. Ich will damit nur aussprechen, daß ich nach meinen politischen Erfahrungen an keine nahe bevorstehenden auswärtigen Verwickelungen glaube, weil keine von den großen europäischen Mächten mit ihren Vorbereitungen fertig ist. Aber immerhin sind die Schwierigkeiten, denen wir entgegengehen so groß, daß sie uns gebieterisch die Notwendigkeit nahe legen, wie der Seemann sagt, uns klar zum Gefecht zu halten; dazu rechne ich, daß in den Parteikämpfen Maß gehalten werde, daß die staatserhaltenden Parteien sich weniger trennen, sondern nach Möglichkeit einander nähern und sich wie früher zu einem Kartell zusammenzuthun, dem Bedürfnisse geordneter Zustände folgend, welches sie einigt unter Pflege unserer verfassungsmäßigen Einrichtungen und daher komme ich auf den Punkt, der mir augenblicklich am Herzen liegt, daß wir uns so einrichten müssen, wie wir auf die Dauer im Geiste und Sinne der Verfassung bestehen können. Die Aemter des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten können auf die Dauer nicht getrennt sein, ohne die Verfassung zu fälschen, die Autorität des Reiches zu schwächen. Der Gedanke einer Personal-Union zwischen Reich und Preußen, ähnlich derjenigen wie zwischen Schweden und Norwegen, hat niemals in der Verfassung gelegen, und wir haben, wie die Herren von Ihnen, die alt genug sind, um das mit mir erlebt zu haben, bestätigen werden, zwischen Reichspolitik und preußischer Politik an die Möglichkeit eines gegenseitigen Bekämpfens und Rivalisierens niemals gedacht und wer diesen Gedanken zur Wirklichkeit machen wollte, der, ich will keinen harten Ausdruck gebrauchen, schädigt unwissend vielleicht unsere nationale Existenz, unsere Unabhängigkeit, unsere verfassungsmäßige Sicherheit. Ein Reichskanzler, der nicht auf die Autorität des preußischen Staatsministeriums gestützt ist, schwebt mit der seinigen in der Luft, wie ein Seiltänzer. Die Bedeutung des Reichskanzleramts in unserer Politik im Verhältnisse zu Preußen ist gedacht wie etwa in jenem Beispiele aus der griechischen Mythologie, die vom Antäus, der aus der Berührung mit der vaterländischen Erde immer neue Kräfte sog, und den Herkules in die Luft heben und isolieren muß, um ihn zu erwürgen. Es ist ganz einleuchtend, daß ein Reichskanzler, der gestützt ist auf das gesamte preußische Staatswesen, mehr Bedeutung hat, als einer, der nur auf seinen persönlichen Wirkungskreis und auf die Erfahrungen, die er persönlich in militärischer Stellung sammeln konnte, angewiesen ist.

Das Reich ist gestützt auf die Ministerien aller verbündeten Staaten, deren jedes seinem Lande verantwortlich ist für die Art, wie es sich im Bundesrat verhält, namentlich trifft dies aber auf das preußische Staatsministerium zu und ich bedauere, daß meine Landsleute im preußischen Landtage Interpellationen hierüber völlig unterlassen haben, vielleicht in der Hoffnung, daß, wenn sie artige Kinder wären, sie wieder nach vorn kommen würden und dem Reichskanzler zustimmend, ihn seine Politik ohne preußische Kontrolle betreiben ließen. Ein Reichskanzler, der nicht die Stimmführung für Preußen hat, ist ja in der Gesetzgebung eine ganz ohnmächtige Potenz. Er kommt in der verfassungsmäßigen Ordnung der Dinge gar nicht zur Erscheinung. Er kann die Gesamtpolitik nicht anders vertreten, als in der Uebereinstimmung mit der Mehrheit seiner preußischen Ministerkollegen. Wenn er sich von denen lossagt, so steht er in der Luft. Im Bundesrat

ist er dann nichts anderes als ein Verwaltungsbeamter des Reichspräsidiums. Setzen wir den Namen einmal für den des Kaisers, wie er es ja ursprünglich war. Das ist meines Erachtens das nächste Bedürfnis der Zukunft, was wir politisch zu erstreben haben, daß diese unnatürliche Trennung zwischen dem Reichskanzleramte und dem preußischen Ministerpräsidium aufhöre, und daß der Reichskanzler in der Lage bleibe, das solide Fundament des preußischen Staates hinter sich zu haben; dadurch kann seine Autorität im Reiche und im Auslande nur wachsen. Wenn die übrigen Bundesgenossen Preußen das Präsidium übertragen haben, so geschah das nicht nur, um einen von Preußen ernannten Reichskanzler zu schaffen, sondern im Vertrauen zu der Tüchtigkeit des preußischen Staates in Civil und Militär. Wenn aber dieses hinter ihm wegfällt, so ist der Reichskanzler nichts als ein Luftgebilde. Das Gewicht der Reichsvertretung, wie sie der Reichskanzler führen soll, kann sich nur abschwächen, wenn die Autorität von 10 preußischen Staatsministern mit vielleicht 500 geschulten Beamten und Ministerialräten hinter ihm fortfällt und der Kanzler einhertritt auf der eigenen Spur als freier Sohn der eigenen Natur, auf Wegen, die Niemand kontrolliert, als er selbst. Er kann nach seiner Vergangenheit die Erfahrung nicht besitzen, welche die Erfahrung der 10 Minister mit ihrer Gefolgschaft von Räten aufwiegt. Diese sind der Ballast in unserem Reichsschiffe, und wenn die wegfielen, so wäre es ein Gewinn, wenn der Ausfall der preußischen Unterlage durch ein baierisches oder sächsisches Ministerium hinter ihm ersetzt würde. Daran ist ja kein Gedanke. Sein Schiff fährt isoliert, ohne an einen staatlichen Kurs gebunden zu sein.

Ich fürchte, meine Herren, daß ich weitschweifig wurde und Sie haben mir Ihre Zeit nur sehr kurz bemessen. Ich habe mich aber lange nicht politisch ausgesprochen. Es wird Zeit, daß ich Sie noch meiner Frau vorstellen kann, und Sie sich noch durch einen Trunk und kleinen Imbiß stärken können." („Hamb. Nachr.")

21. April. Der Kaiser nach Eisenach.

21. April. (Preuß. Abgeordnetenhaus. Kanalvorlage.)

Die Staatsregierung soll ermächtigt werden zur Ausführung eines Schiffahrtskanals vom Dortmund-Ems-Kanal bis zum Rhein in der Gegend von Ruhrort und Duisburg mit Anschlußkanälen in der Richtung auf Bochum, Essen, Mülheim an der Ruhr und Ruhrort (Dortmund-Rhein-Kanal) und eines Schiffahrtskanals von Hamm an der Lippe bis zum Dortmund-Ems-Kanal in der Richtung auf Datteln (Kanal Hamm-Datteln) den Betrag von 55,650,000 ℳ nach Maßgabe der von dem Minister der öffentlichen Arbeiten festzustellenden Pläne zu verwenden.

Mit dem Bau dieser Wasserstraßen ist jedoch erst dann vorzugehen, nachdem die Rheinprovinz und die Provinz Westfalen oder andere öffentliche Verbände der Staatsregierung gegenüber in rechtsverbindlicher Form gewisse Verpflichtungen übernommen haben.

Min. Thielen: Der Provinziallandtag von Westfalen habe der Vorlage zugestimmt, die Verhandlungen mit demjenigen der Rheinprovinz schwebten noch, doch sei an einer Zustimmung von dieser Seite nicht zu zweifeln. Zweck der Vorlage sei: einmal das niederrheinische Industriegebiet mit dem Rhein und den östlichen Flußläufen zu verbinden, dann aber solle der geplante Kanal überhaupt ein Glied in der Kette von Wasserstraßen bilden, die den Osten mit dem Westen des Staats zu verbinden bestimmt ist. Der niederrheinischen Industrie erwüchsen aus den hohen Betriebs- und Transportkosten große Schwierigkeiten. Das Bedürfnis des Kanalbaus sei außer Frage. Was die finanzielle Seite des Unternehmens

anlangt, so hätten die beiden besonders beteiligten Provinzen sich bereit erklärt, nach Kräften das finanzielle Risiko auf sich zu nehmen. Zudem werde die Einnahme aus dem Kanal selbst bei geringer Frequenz zur mäßigen Verzinsung genügen. Der Einfluß, den der Kanalverkehr auf die Einnahmen der Eisenbahn sicher ausüben werde, dürfe nicht zu hoch veranschlagt werden; die analogen Erfahrungen der Vergangenheit, z. B. die mit dem Mainkanal gemachten, berechtigten zu dem Schluß, daß der Ausfall der Eisenbahneinnahmen nicht hoch angeschlagen werden dürfe. Der Ausfall aber werde reichlich aufgewogen werden durch die der rheinischen Industrie erwachsenden Vorteile. Gerade die Eisenbahnverwaltung habe das höchste Interesse an der Fortentwickelung der Industrie am Niederrhein. Die Produktionskosten zu verringern, sei unmöglich, da böte die Verringerung der Transportkosten den einzigen gangbaren Ausweg. Bedürfnis und Rentabilität des Projekts sei demnach erwiesen. Was die Wahl unter den fünf vorgeschlagenen Linien betreffe, so sei die Regierung in der angenehmen Lage, bei Wahl der Linie vier sich mit der großen Mehrheit der Interessenten im Einverständnis zu befinden.

Abg. Winkler (K.): Die Konservativen ständen bei der schlechten Finanzlage der Vorlage, von der überdies nur wenige Kreise Vorteil haben würden, nicht sympathisch gegenüber, hätten aber nichts gegen eine Kommissionsberatung.

Abg. Schmieding (nl.) für die Vorlage, Abg. v. Schalscha (Z.): Nicht der Staat sondern die Interessenten müßten den Kanal bauen.

Fin. Min. Miquel: Die Rentabilität des Kanals sei gesichert, der Kanal komme Industrie und Landwirtschaft zu gute.

Die Vorlage wird an eine Kommission verwiesen.

21. April. (Preuß. Abgeordnetenhaus.) Synodalordnung.)

Die nationalliberalen Mitglieder der Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorberatung des Synodalgesetzentwurfes treten aus der Kommission aus.

April. (Bayer. Bauernbund.)

Der Führer des niederbayerischen Bauernbundes und heftige Gegner des Zentrums im Landtage Dr. Ratzinger tritt aus dem Bauernbunde aus und nähert sich dem Zentrum.

23. April. (Bundesrat.) Der Bundesrat stimmt dem Börsensteuergesetz in der vom Reichstage beschlossenen Fassung zu.

23./24. April. (Abgeordnetenhaus.) Landwirtschaftskammern.

Die Bestimmung des Gesetzentwurfs, die Landwirtschaftskammern obligatorisch zu machen, wird von den Ministern Thielen und Miquel, den Abgg. der konservativen Parteien und des Zentrums verteidigt. Die Nationalliberalen sind für fakultative. Abg. Richter (frs. Vp.) greift die Vorlage scharf an. Die Bestimmung wird mit 230 gegen 109 Stimmen angenommen.

24. April. Reichsanleihe.

Die aufgelegte 3proz. Reichsanleihe von 160 Mill. Mark wird $2^1/_2$mal überzeichnet.

26. April. (Herrenhaus.) Annahme der Vorlage über den Elb-Travekanal.

28. April. Der frühere Abg. v. Rauchhaupt, langjähriger Führer der Konservativen im preuß. Abgeordnetenhause †.

28. April. Rückkehr der Kaiserin von Abbazia nach Potsdam.

28. April. (Herrenhaus.) Annahme des Etats- und Anleihegesetzes.

28. April. (Abgeordnetenhaus.) Synodalordnung.

Abg. v. Eynern (nl.) und Dr. Enneccerus (nl.) sprechen scharf gegen, Kultusminister Bosse und Abg. Stöcker (Dk.) für die Vorlage. Das Gesetz wird angenommen gegen die Stimmen der Freisinnigen, Nationalliberalen und einiger Freikonservativer.

30. April. Heinrich v. Sybel.

Der Kaiser ernennt den Direktor der preußischen Staatsarchive Prof. Dr. v. Sybel anläßlich seines 50jährigen Dienstjubiläums zum Wirklichen Geheimen Rat mit dem Titel „Exzellenz".

Ende April. Handelsvertrag mit Spanien.

Die deutsche Presse bespricht die Verzögerung der Genehmigung des Vertrages durch die Cortes. Die „Hamb. Nachr." tadeln, daß die deutsche Regierung den Handelsvertrag vor der Annahme durch die Cortes vor den Reichstag gebracht habe:

„Die richtige Politik diesem Lande gegenüber konnte nur darin bestehen, den kastilischen Hochmut, der sich in demselben Maße stärker zu äußern pflegt, in welchem ihm die innere und äußere Berechtigung dazu fehlt, nicht durch überflüssiges Entgegenkommen noch mehr zu reizen, sondern Spanien als europäische Nonvaleur zu behandeln und alles zu vermeiden, was in Madrid den Anschein erwecken könnte, als lege man in Deutschland besonderen Wert auf die Beziehungen zu Spanien. Dann wäre nicht nur Spanien uns gekommen und wir hätten einen vorteilhaften Vertrag mit ihm erzielt, sondern es wäre uns auch die jetzige demütigende Lage diesem untergeordneten Staate gegenüber erspart geblieben." (Vgl. 25. Mai).

30. April. Der Kaiser besucht die Kaiserin Friedrich in Kronberg.

30. April. (Abgeordnetenhaus.) In der zweiten Beratung der Landwirtschaftskammern wird keine Einigung über das Wahlrecht erzielt.

1. Mai. (Abgeordnetenhaus.) Synodalordnung.

Abg. v. Eynern (nl.) betont, das Gesetz könne nur durch die Stimmen des Zentrums eine Mehrheit erhalten; die Evangelischen würden also mit Hilfe katholischer Stimmen majorisiert. Abg. v. Kardorff (fk.): Die Freikonservativen würden trotz mancher Bedenken für die Vorlage stimmen, da nach den Erklärungen des Kultusministers das Kirchenregiment durch die Vorlage nicht beseitigt werde, und auch bedeutende nicht orthodoxe Mitglieder der Provinzialsynode, z. B. Prof. Beyschlag, sich für das Gesetz ausgesprochen hätten. Abg. Virchow (frs. Vp.) bezeichnet das Gesetz als die Negation der Reformation, den Beginn der Priesterherrschaft und die Niederlage des Staates.

Das Gesetz wird in namentlicher Abstimmung mit 237

gegen 92 Stimmen angenommen. Die Minderheit besteht aus den Nationalliberalen und Freisinnigen.

(Vgl. Beyschlag, Deutsches Wochenblatt Nr. 18).

1. Mai. (Baden.) Finanzgesetz.

Der Staatshaushaltsetat für 1894 und 1895 stellt die ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben auf 132,762,650 ℳ, die Einnahmen, zuzüglich des verfügbaren Ueberschusses aus dem ordentlichen Etat der letzten Jahre, auf 127,393,042 ℳ fest. Die zur Begleichung der Einnahmen und Ausgaben erforderlichen Deckungsmittel im Betrage von 5,230,157 ℳ sind durch einen in den folgenden Etatsperioden wieder zu ersetzenden Zuschuß aus der Amortisationskasse zu beschaffen. („Allg. Ztg.")

2. Mai. (Abgeordnetenhaus.) Interpellationen.

Interpellation Kruse-Knebel: „Beabsichtigt die königliche Staatsregierung, die Errichtung von Zwangsversicherungen gegen Viehverluste für Landesteile, wo ein Bedürfnis vorliegt, einschließlich der durch die Maul- und Klauenseuche herbeigeführten Viehverluste, gesetzlich zu ermöglichen?"

Min. v. Heyden: Die Regierung sei für Zwangsversicherung; über die Versicherung gegen Schweinepest sei bereits ein GE. ausgearbeitet worden.

Interpellation von Mendel-Steinfels: „Beabsichtigt die königliche Staatsregierung in Rücksicht auf die Thatsache der sich immer wieder erneuernden Einschleppung von Viehseuchen (Maul- und Klauenseuche, Lungenseuche, Schweinepest) aus dem Auslande und die damit verbundene überaus schwere Schädigung unseres Nationalvermögens, sei es für Preußen, sei es durch den Bundesrat für das Reich — die Ergreifung und Förderung von Maßregeln, welche bei der Einfuhr von Tieren aus dem Auslande die Gefahr der leichten Uebertragbarkeit der Seuchen auf unsere Viehbestände vermindert?"

Min. v. Heyden: Die Seuchen seien nicht nur auf Einschleppung zurückzuführen. Die Regierung habe auch bisher nach Kräften gegen die Einschleppung der Seuchen zu wirken gesucht. Eine genaue Untersuchung sämtlicher Viehhöfe, in denen ausländisches Vieh aufgetrieben werde, sei eingeleitet. Der Einrichtung von großen Schlachthäusern an der Grenze könne er nicht zustimmen. Auf die Desinfektion der Viehwagen werde größte Sorgfalt verwendet werden.

Interpellation v. Buch: „Gedenkt die königliche Staatsregierung Maßregeln zu ergreifen, um in solchen Landesteilen, in denen ein Versicherungszwang für Gebäude nicht besteht und infolge dessen der Fortbestand der vorhandenen öffentlichen Versicherungsanstalten gefährdet ist, die Möglichkeit einer Versicherung solcher Baulichkeiten, welche zu den sogenannten schlechten Risiken gehören, aufrecht zu erhalten?"

Ministerpräsident Graf Eulenburg erklärt sich gegen den Versicherungszwang und empfiehlt ein zweckentsprechendes Klassensystem für die öffentlichen Versicherungsanstalten.

2. Mai. Der Kaiser nach Potsdam.

3. Mai. Fürst Bismarck empfängt in Friedrichsruh eine Deputation der holsteinischen Militärvereine.

4./5. Mai. (Abgeordnetenhaus.) Debattelose Genehmigung des Gesetzentwurfs betr. Regelung der Verhältnisse der bei der Umgestaltung der Eisenbahnbehörden nicht zur Verwendung gelangenden Beamten.

Hierauf Beratung des Berichts der Budgetkommission über die Finanzlage des Staates.

Die Kommission (Ref. Abg. Sattler nl.) schlägt folgende Resolutionen vor: „1. Es ist eine angemessene Schuldentilgung auf gesetzlicher Grundlage zu erstreben. 2. Im Anschluß an die Beschlüsse der Budgetkommission und des Abgeordnetenhauses vom 30. Mai resp. 28. Juni 1893 ist eine Aenderung des Gesetzes vom 27. März 1882 herbeizuführen, welche die über einen bestimmten Betrag hinausgehenden Ueberschüsse der Eisenbahnverwaltung der Verwendung für allgemeine Staatsverwaltungszwecke entzieht. 3. Die dauernde Ordnung der Staatsfinanzen verlangt, daß eine feste Abgrenzung der Beiträge Preußens für die Bedürfnisse des Reichs erfolgt und daß letzteres nicht allein für die Aufbringung der für seine Aufgaben notwendigen Mittel aus den ihm reichsverfassungsmäßig zustehenden Quellen, sondern auch für Ueberweisungen an die Einzelstaaten in einer die Matrikularumlagen übersteigenden Höhe Sorge trägt."

Abg. Dr. Bachem (Z.) gegen die Resolutionen, die wohl vom Standpunkte des preußischen Budgets gerechtfertigt seien, aber man müsse doch auch auf die Verhältnisse des Reichs Rücksicht nehmen. Eine Vermehrung der indirekten Steuern werde die ärmsten Klassen treffen und sei daher nicht gerechtfertigt. Abg. von Zedlitz (frk.): Das Reich müsse seine Ausgaben aus seinen Einnahmequellen selbst decken; insbesondere seien die indirekten Steuern weiter auszubilden. Auch Preußen müsse sich neue Steuerquellen eröffnen, um mit dem System, die Defizits durch Anleihen zu decken, brechen zu können. Abg. Richter (frs. Vp.) greift den Vorredner und die Resolution scharf an. Die Einbringung der Resolutionen hätte den Zweck gehabt, die Zentrumspartei zu spalten, um auf diese Weise eine Mehrheit für die Steuerprojekte der Regierung im Reichstage zu gewinnen, aber dazu sei die Einbringung zu spät erfolgt. Finanzminister Dr. Miquel wendet sich gegen den Abg. Richter und führt aus, es handle sich hier nicht bloß um das Verhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern, sondern um die große politische Frage des künftigen Verhältnisses zwischen Reich und Einzelstaaten.

Am folgenden Tage verteidigen die Abgg. Enneccerus (nl.), Gr. Limburg-Stirum (kons.), Sattler (nl.) und Finanzminister Miquel die Resolutionen, dagegen erklären sich Abg. Rickert (frs. Vg.) und Rintelen (Z.). Die ersten beiden Resolutionen werden gegen die Stimmen der Freisinnigen, die dritte gegen Freisinnige und Zentrum angenommen.

6. Mai. Brauereiboykott in Berlin.

Um eine Erhöhung des Böttcherlohnes zu erzwingen, wird eine Rixdorfer Brauerei von den Arbeitern boykottiert. Die Brauerei-Genossenschaft droht der Berliner-Gewerkschaftskommission mit Arbeiterentlassung, falls der Boykott nicht zurückgenommen würde. Da der Boykott nicht zurückgenommen wird, werden 20 pCt. der Arbeiter entlassen, worauf die Sozialisten mit der Boykottierung sämtlicher zum Brauerbunde gehörigen Brauereien antworten. (Vgl. „Sozialpolit. Zentralbl." und „Preuß. Jahrbb. Bd. 77).

8. Mai. (Berlin.) Prozeß Adam u. Gen. wegen des Zusammenstoßes zwischen Arbeitslosen und der Polizei am 18. Jan.

Die Anklage richtet sich gegen Redakteure Berliner Blätter, die in ihren Berichten die Maßregeln der Polizei scharf angegriffen hatten. Die Angeklagten werden wegen Beleidigung zu Gefängnis- und Geldstrafen ver-

urteilt. Der Prozeß erregt großes Aufsehen wegen der Leitung der Gerichtsverhandlungen durch den Präs. Brausewetter.

8. Mai. Reichstagsersatzwahl in Schlochau-Flatow.

Von 14,528 Stimmen entfallen auf Rittergutsbesitzer Hilgendorff-Plaßig (konservativ) 5679, Rittergutsbesitzer v. Prondzinski-Gr. Loßburg (Pole) 3506, Redakteur v. Mosch-Steglitz (Antisemit) 3242, Dekan Neumann-Hammerstein (Zentrum) 1893 Stimmen. Es findet somit Stichwahl zwischen Hilgendorff und v. Prondzinski statt, in der Hilgendorff 8348, Prondzinski 6212 Stimmen erhält. (23. Mai).

Mai. Antisemiten und Konservative.

Wegen des Eindringens der antisemitischen Agitation in bisher konservative Wahlkreise finden lebhafte Auseinandersetzungen zwischen der konservativen und der antisemitischen Presse statt.

10. Mai. Bund der Landwirte.

Der Vorsitzende des landwirtschaftlichen Zentralvereins Reichstagsabg. v. Puttkamer-Plauth sagt in einem zu Marienburg gehaltenen Trinkspruche u. a. folgendes über den Bund der Landwirte: In Preußen gibt es ein altes Sprichwort: „Wenn man glaubt, es sei einem Unrecht geschehen, so darf man drei Tage raisonnieren, dann aber muß man Ordre parieren.“ Nun, meine Herren, für uns vom — ich will es rund heraussagen — Bunde der Landwirte ist jene Frist von drei Tagen schon etwas lange vorüber. Wir haben manchmal die Schranken allzu schroff durchbrochen und haben uns dadurch Schaden zugefügt. Möchte diese Stunde dazu beitragen, die Gegensätze zu mildern. Wir müssen bestrebt sein, auf verfassungsmäßigem Wege maßvoll und ruhig zu unserem Ziele zu gelangen.

13. Mai. (Württemberg.) Der König spricht sich vor einer Deputation von Synodalversammlungen gegen die Zulassung der Jesuiten aus.

13. Mai. Kurd v. Schlözer, bis 1892 Botschafter am Vatikan †. (Vgl. über ihn Gebhardt, Nord und Süd, Jahrgg. 1894 Septbr.)

14.—17. Mai. 5. internationaler Bergarbeiterkongreß in Berlin.

Die Beratungen betreffen vornehmlich den Achtstundentag. Es kommt zu lebhaften Differenzen zwischen den deutschen, französischen und belgischen Delegierten einerseits und den englischen andererseits.

15. Mai. 1. Hauptversammlung des deutschen Lehrertags in Stuttgart.

Es wird eine Petition an den Reichstag beschlossen, den Besuchern eines Lehrerseminars die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst zu verleihen. Ferner wird für Einführung einer konsequenten Orthographie plädiert.

16. Mai. Reichstagsersatzwahl in Inowrazlaw.

Krzyminski (Pole) mit 10,612 Stimmen gewählt. Timm (kons.) erhält 1746, Priebe (Antis.) 1449, Bertus (Soz.) 219 Stimmen.

16./17. Mai. Evangelisch-sozialer Kongreß in Frankfurt a./M.

Den Jahresbericht erstattet Gen. Sekr. Pastor Göhre. Referate: Prof. Kremer „die soziale Frage und die Predigt"; Prof. Weber und Göhre „die deutschen Landarbeiter mit besonderer Berücksichtigung der vorjährigen Enquete des Kongresses"; Landger.Rat Kulemann „die Gewerkschaftsbewegung"; Prof. Harnack: „die evangelisch-soziale Aufgabe im Lichte der Geschichte der Kirche".

Göhre und Weber werden von der konservativen Presse wegen ihrer Urteile über die Lage der ostelbischen Landarbeiter heftig angegriffen u. a. von Nathusins in der „Allg. Konf. Monatsschrift" (Juniheft), ferner von der „Kreuz. Ztg." und „Nordd. Allg. Ztg." (Harnacks Referat in den Preuß. Jahrbb. Bd. 76; vgl. ferner Weber, Entwickelungstendenzen in der Lage der ostelbischen Landarbeiter. Preuß. Jahrbb. Bd. 77).

17./18. Mai. (Abgeordnetenhaus.) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs betr. den Bau eines Schiffahrtskanals vom Dortmund-Emskanal nach dem Rhein.

Abg. Seer (nl.) kann nicht für die Vorlage stimmen, weil sie ausschließlich dem Westen Vorteil bringe, während der Osten soeben durch Aufhebung der Staffeltarife geschädigt worden sei. Abg. Hammacher (nl.) tritt unter Hinweis auf die Notwendigkeit und Rentabilität für die Vorlage ein. Abg. v. Quistorp (kons.) hat technische Bedenken und hält die Rentabilität nicht für gesichert. Abg. Rintelen (Z.) beantragt einen Teil der Vorlage zu bewilligen, Min. Thielen erklärt die Vorlage für untheilbar und warnt die Konservativen, den Kanal abzulehnen, weil er anscheinend allein dem Westen Vorteil bringe. Am 18. wendet sich Min. Miquel gegen die Tendenz einen Landesteil gegen den anderen auszuspielen und betont nochmals die Rentabilität des Kanals. Abg. v. Schalscha (Z.) und Abg. Richter (frs. Vp.) gegen, Abg. Wallbrecht (nl.) und Stötzel (Z.) für das Projekt.

In namentlicher Abstimmung wird darauf die Regierungsvorlage mit 186 gegen 116 Stimmen abgelehnt. Mit Ja stimmen die Nationalliberalen mit Ausnahme der Abgg. Schelm, Schoof, Weber-Genthin und Mues, die Freisinnige Vereinigung, von den Freikonservativen die Abgg. Achenbach, von Bockum-Dolfs, Brauer-Forst, Gamp, Haniel, Graf Moltke, Weyerbusch und v. Woyna; vom Zentrum die Abgg. aus den westlichen Provinzen, mit Ausnahme der Abgg. Broekmann, Wallenborn, Schwarze, Schmidt-Warburg, Pingen, Hesse-Paderborn, Rintelen, Rudolphi und Euler; mit Ja stimmen auch die schlesischen Zentrumsabgeordneten Letocha und Stephan-Beuthen und der konservative Abgeordnete v. Plettenberg-Mehrum. Mit Nein stimmen geschlossen die Polen und die Freisinnige Volkspartei, die Konservativen mit der erwähnten Ausnahme, die große Mehrheit der Freikonservativen, die Mitglieder des Zentrums aus den östlichen Provinzen und der Abg. Hahn, sowie die Wild-Konservativen.

21./22. Mai. (Abgeordnetenhaus.) Landwirtschaftskammern.

Ein konservativ-nationallib. Antrag will die Wahlen zu dem Kammern, die durch die Krone nach Anhörung der Provinziallandtage eingeführt werden können, im wesentlichen den Kreistagen übertragen; den Kammern bleibt vorbehalten, das Wahlrecht später zu ändern.

Min. v. Heyden erklärt auch mit dieser Bestimmung der Regierung das Gesetz zur Annahme empfehlen zu können. Nachdem sich mehrere kon-

servative und nationallib. Abgg. für den Antrag, Zentrumsmitglieder und Abg. Rickert (frs. Vgg.) dagegen ausgesprochen haben, wird der Antrag angenommen.

Dafür stimmen die Konservativen, die Freikonservativen, die Nationalliberalen mit einigen Ausnahmen (u. a. die Abgg. Eckels, Puttfarken, Hausmann-Lüneburg, Schulze-Vellinghausen, Lotichius, Knebel) und vom Zentrum die Abgg. Graf Hoensbroech und v. Loë.

Ueber die Kosten der Landwirtschaftskammern bestimmt ein kons.-natl. Antrag, daß sie, soweit sie nicht durch Staatszuschüsse gedeckt sind, auf diejenigen Besitzungen, deren Besitzer wählbar sind, nach dem Maßstabe des Grundsteuerreinertrags verteilt werden. Für die Kosten solcher Einrichtungen und Maßnahmen, welche in besonders hervorragendem oder in besonders geringem Maße einzelnen Wahlbezirken zu Gute kommen, kann die Landwirtschaftskammer auf Antrag der Mehrheit der Vertreter dieser Bezirke eine Mehr- oder Minderbelastung eintreten lassen.

Nach längerer Diskussion wird er angenommen und hierauf zur namentlichen Schlußabstimmung über die Landwirtschaftskammern geschritten und der Gesetzentwurf mit 213 gegen 126 Stimmen in der Kompromißfassung angenommen. Dafür stimmen die beiden konservativen Parteien und ein Teil der Nationalliberalen. Dagegen die Nationalliberalen: v. Benda, v. Cuny, Dr. Eckels, Hische, Hobrecht, Krause, Meyer, Puttfarken, Seyfardt, Roscher, Hofmann, Sander, Schelm, Schulze-Vellinghausen und Walbrecht, die Freisinnigen und das Zentrum.

22. Mai. (Abgeordnetenhaus.) Annahme des Viehseuchengesetzes und des Gesetzes über das Rückhaltsrecht des Vermieters in 3. Lesung.

24. Mai. Reichstagsersatzwahl in Plauen i. V.

Es erhalten von den abgegebenen 20,585 Stimmen Alwin Gerisch (Sozialdemokrat) 9919 Stimmen, Wilhelm Uebel (Kartellkandidat) 6000 Stimmen, Max Schubert (Deutschkonservativ) 2667 und Arnold v. Schwarze (freis. Volkspartei) 1999 Stimmen. In der Stichwahl siegt Gerisch mit 12,580 Stimmen über Uebel mit 10,950 Stimmen (1. Juni).

Die Niederlage der bürgerlichen Parteien ist durch die Freisinnigen, die nach der freis. „Eisenacher Tagespost“ für den Sozialisten gestimmt haben, herbeigeführt werden.

25. Mai. Verhältnis zu Spanien.

Eine kaiserliche Verordnung bestimmt, daß auf die wichtigeren aus Spanien und den spanischen Kolonien kommenden Waren ein 50 prozentiger Zollzuschlag zu den Sätzen des allgemeinen Zolltarifs gelegt wird. Nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ ist der spanischen Regierung zugleich mitgeteilt, daß Deutschland sich nach Verlauf der gegenwärtigen Tagung der Cortes an den Handelsvertrag nicht weiter gebunden erachte, und wenn bis dahin eine Genehmigung desselben nicht erfolgt sei, den Versuch einer handelspolitischen Verständigung mit Spanien für gescheitert ansehen werde. (Vgl. Ende April. Den Text des span. Handelsvertrags s. „Staats-Archiv“ Bd. 56.)

26. Mai. Abkommen zwischen Deutschland und England und England über Togo s. Afrika.

28. Mai—1. Juni. Landwirtschaftliche Konferenz in Berlin.

Zur Beratung über die Ursachen und Abhilfe der landwirtschaftlichen Krisis sind durch den Min. für Landwirtschaft v. Heyden folgende Herren zu einer Konferenz berufen worden: Prof. Dr. Schmoller-Berlin, Prof. Dr. Conrad-Halle, Prof. Dr. Ad. Wagner-Berlin, Prof. Dr. Sering-Berlin, Prof. Dr. Gierke-Charlottenburg, Prof. Dr. Brunner-Berlin, Prof. Dr. v. Miaskowski-Leipzig, Prof. Dr. Paasche-Marburg, Landschaftsdirektor Dr. v. Gustedt auf Berßel (Provinz Sachsen), Rittergutsbesitzer v. Knebel-Döbberitz auf Lübgust, Landesdirektor Klein-Düsseldorf, Präsident des Ober-Landeskulturgerichts Glatzel-Berlin, Generalkommissions-Präsident Beutner-Bromberg, Generalkommissionspräsident Metz-Frankfurt a. O., General-Landschaftsdirektor Von-Königsberg i. Pr., Landschaftsdirektor v. Laer-Münster i. W., Graf v. Kanitz-Podangen, Rittergutsbesitzer Wendorff zu Zdziechowo bei Gnesen, Regierungsrat v. Buch-Frankfurt a. O., Staatsminister Dr. Graf v. Zedlitz-Trützschler auf Nieder-Großenborau, Graf v. Stosch auf Hartau, Landesdirektor v. Levetzow-Berlin, Frhr. v. Huene auf Groß-Mahlendorf, Dr. Frhr. v. Schorlemer-Alst auf Haus Alst, Bankdirektor Dr. Hecht-Mannheim, Landesdirektor Frhr. v. Hammerstein-Loxten-Hannover, Graf v. Dönhoff auf Friedrichsstein, v. Ploetz auf Döllingen, Sombarth-Berlin, Graf v. Mirbach-Sorquitten, Landesdirektor Höppner-Stettin, Oberpräsident Frhr. v. Wilamowitz-Möllendorff-Posen, Geh. Regierungsrat W. H. Bokelmann-Kiel.

Die Beratungen behandeln die Ursachen der steigenden Verschuldung des Grundbesitzes, insbesondere das Erbrecht. (Vgl. Sering in Schmollers „Jahrbuch für Gesetzgebung" u. s. w. 18. Bd., Max Weber im „Sozialpolit. Zentralbl." Nr. 45 und Miaskowski „Deutsche Rundschau" 1895, 2). Die agrarische Presse steht der Konferenz im allgemeinen skeptisch gegenüber; sie sieht das vornehmste Heilmittel in einer Steigerung der Rentabilität der Grundstücke.

29. Mai—5. Juni. (Württemberg.) Debatte über die Verfassungsrevision.

Die demokratische Partei verlangt reine Volkskammer, was die Regierung ablehnt. Die Mehrheit der Kommission hat die Regierungsvorlage in denjenigen Teilen, welche unbestrittene Zugeständnisse enthalten, wie Abschaffung der Stimmübertragung in der Ersten Kammer, Reduzierung der Ritterbank in der Zweiten von 13 auf 8 Sitze, Vermehrung der Vertreter Stuttgarts und anderes, angenommen, dagegen diejenigen Bestimmungen der Vorlage, welche neue sogenannte „Privilegien" schaffen, wie die Einführung von Gewählten der Handels- und Gewerbekammer und der landwirtschaftlichen Gauverbände, abgelehnt.

Die deutsche Partei ist in ihrer Mehrheit für die Kommissionsanträge, welche die Regierung für diskutabel erklärt. Die Ritterkammer erklärt sich gegen die Kommissionsbeschlüsse und für die Regierungsvorlage.

29. Mai. (Herrenhaus.)

Das Haus genehmigt den Gesetzentwurf betr. das Ruhegehalt der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen nichtstaatlichen mittleren Schulen und die Fürsorge für ihre Hinterbliebenen.

30. Mai. (Herrenhaus.)

Genehmigung der Gesetzentwürfe betr. das Rückhaltsrecht des Vermieters an den in die Mietsräume untergebrachten Sachen und betr. die Einrichtung von Landwirtschaftskammern.

31. Mai. Herr v. Thüngen und Oberwinter werden vom

Berliner Landgericht zu Geldstrafen verurteilt. (Vgl. 13. Jan. und 18. April.)

Ende Mai und Juni. **Abkommen zwischen England und dem Kongostaat.**

Die deutsche Regierung protestiert in Brüssel und London gegen das Abkommen zwischen England und dem Kongostaat. (Vgl. Afrika 12. Mai.) Die Presse nimmt lebhaften Anteil an dieser Frage.

31. Mai. **Schluß des preußischen Landtags.**

Nach der vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses am Schlusse der letzten Sitzung mitgeteilten Geschäftsübersicht hat das Haus seit dem 16. Januar getagt. In diesen 91 Tagen (ausschließlich der Sonn- und Festtage, sowie der Vertagung zu Ostern und Pfingsten) haben stattgefunden: 75 Plenarsitzungen, 58 Sitzungen der Abteilungen, 143 Sitzungen der verschiedenen Kommissionen, 193 Sitzungen der Fraktionen.

Dem Hause sind zugegangen außer dem Staatshaushaltsetat für 1894/95, einem Nachtrag zu demselben und den fälligen Rechnungssachen, Staatsvertrage zwischen Preußen und dem Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin, sowie dem Großherzogtum Hessen, betr. den Bau von Eisenbahnen, 20 Rechenschaftsberichte, Denkschriften, Uebersichten und ähnliche Vorlagen, welche sämtlich sowohl im Abgeordnetenhause als im Herrenhause, soweit sie auch der Beschlußfassung des letzteren unterlagen, erledigt sind. An Gesetzentwürfen sind, abgesehen von den Etatsgesetzen, dem Hause zugegangen von der Staatsregierung 12, vom Herrenhause 7. Von diesen 19 Gesetzentwürfen sind 17 vom Herrenhause und vom Hause der Abgeordneten übereinstimmend angenommen, 2 dagegen, und zwar: betr. die Aufsuchung und Gewinnung der Kali- und Magnesiasalze, sowie betr. den Bau eines Schiffahrtskanals vom Dortmund-Ems-Kanal bis zum Rhein, sind vom Abgeordnetenhause abgelehnt. Die Zahl der Regierungsvorlagen betrug demnach im Ganzen 46. Anträge wurden von Mitgliedern des Hauses 10 eingebracht. Davon ist einer erledigt durch Annahme des angeregten Gesetzentwurfs sowohl im Abgeordneten- als im Herrenhause. Auf 2 Anträge sind Resolutionen beschlossen worden. 6 Anträge, darunter 3 in Bezug auf die Staffeltarife, sind nicht zur Beratung gelangt, und endlich ist 1 Antrag nach Erstattung eines schriftlichen Kommissionsberichts unerledigt geblieben. Ein aus der Initiative des Herrenhauses hervorgegangener Gesetzentwurf blieb im Abgeordnetenhause nach Erstattung eines schriftlichen Kommissionsberichts unerledigt. Interpellationen wurden 8 gestellt. Davon ist eine zurückgezogen und eine andere unerledigt geblieben; 6 sind seitens der königlichen Staatsregierung beantwortet und davon 4 einer Besprechung unterzogen worden. Petitionen gingen, abzüglich der zurückgenommenen, 1862 ein. Von den Kommissionen sind darüber 59 schriftliche Berichte erstattet und 139 mündliche Berichte vorbereitet, von denen 48 schriftliche und 134 mündliche im Plenum und 2 mündliche durch Rücknahme der betreffenden Petitionen erledigt sind. Von den Petitionen wurden 115 zur Erörterung im Plenum nicht für geeignet erachtet, 331 durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, 206 der königlichen Staatsregierung überwiesen, 895 durch Annahme von Gesetzentwürfen oder Resolutionen für erledigt erklärt, eine Petition ist beraten, ohne daß ein Beschluß des Hauses zu Stande gekommen ist. Ueber 24 Petitionen haben die Kommissionen sich schlüssig gemacht und für die Plenarberatung Anträge gestellt, wogegen 200 unerledigt geblieben sind, meist wegen verspäteten Eingangs. In den Abteilungen sind die Verhandlungen über die Wahlen sämtlicher Mitglieder des Hauses ge-

prüft, und wurden die Wahlen aus 23 Wahlbezirken der Wahlprüfungskommission überwiesen. Diese hat über 17 Wahlverhandlungen 16 schriftliche Berichte erstattet und einen mündlichen Bericht vorbereitet, welche bis auf einen sämtlich im Plenum erledigt sind. Ueber sechs Wahlverhandlungen, betreffend die Wahlbezirke 4 Danzig, 3 Oppeln, 1 Minden, 2 Minden, 8 Kassel und 4 Potsdam, hat die Kommission noch nicht berichtet. Erledigt sind zur Zeit drei Mandate, und zwar je eins für die Wahlbezirke: 5 Potsdam, 2 Oppeln, 2 Kassel. („N. A. Z.")

Die Urteile der Presse aller Parteien über die Landtagssession lauten in den meisten Fällen ungünstig; die Session sei unfruchtbar und unersprießlich verlaufen.

1. Juni. (Bayer. Landtag.)

Die 5 sozialistischen Abgeordneten stimmen unter Vollmars Führung für das Budget, was in der sozialistischen Presse lebhaft getadelt wird. (Vgl. den sozialist. Parteitag.)

4. Juni. (Bayern.) Schluß des Landtags nach achtmonatlicher Sitzung.

Das Budget ist von 324¼ auf 328 Millionen erhöht worden. Der Etat für Reichszwecke beträgt 50,855,000, der Militäretat 70,275,723 ℳ

4./6. Juni. Polnischer Katholikentag in Posen.

Die Redner sprechen sich im allgemeinen befriedigt über die Lage der Katholiken in Preußen und Oesterreich aus und beklagen die Unterdrückung der Polen in Rußland. Es werden die Zurückführung der Orden, die katholische Volksschule und die Gründung einer polnischen Universität in Posen verlangt.

4. Juni. Wilhelm Roscher, Professor der Nationalökonomie in Leipzig †. (Vgl. über ihn: Bücher, Preuß. Jahrbb. Bd. 77.)

4. Juni. Silberkommission.

Schluß der Sitzungen durch den Schatzsekretär Graf Posadowski mit folgender Rede:

Meine Herren! Unsere Verhandlungen sind beendet. Namens des Herrn Reichskanzlers danke ich Ihnen für die Bereitwilligkeit, mit der Sie seinem Rufe gefolgt sind, und für den sachlichen Eifer, mit welchem Sie sich der schwierigen Frage der Preisregulierung des Silbers gewidmet haben. Ich glaube, daß Uebereinstimmung in dreierlei Beziehung in dieser Versammlung erzielt ist: daß in der That mit dem schwankenden und niedrigen Silberpreise gewisse Schädigungen für unseren Außenhandel und auch für unser inneres Erwerbsleben verknüpft sind; daß Deutschland allein nicht in der Lage ist, wirksame Maßregeln zur Hebung des Silberwertes zu ergreifen; daß eine Hebung des Silberpreises im Wege der Monopolisierung, Kartellierung oder Regalisierung der Silberproduktion jedenfalls nicht ausführbar sein möchte. Streitig ist die Frage geblieben: ob überhaupt und eventuell auf welchem Wege die Steigerung des Silberpreises gegenüber der freien Produktion erreichbar erscheint; welches Schwergewicht den durch den Silbersturz geschädigten wirtschaftlichen Interessen gegenüber den Interessen unseres gesamten Wirtschaftslebens beizumessen ist; welche Relation zwischen dem Gold- und Silberpreise für eine internationale Regelung vorzuschlagen wäre, und ob nicht die von verschiedenen Seiten vorgeschlagenen Heilmittel vielleicht gefährlicher wären als die Silberkrankheit selbst. Als der Herr Reichskanzler seine Absicht, eine Silberenquete einzuberufen, bekannt gegeben

hatte, fand ich schon nach wenigen Wochen, welche der Beratung über die Ausführung jener Absicht gewidmet waren, in einer Zeitung die Klage, daß schon wieder Wochen vergangen seien, ohne daß die Lösung der Währungsfrage ihrem Ziele näher gerückt sei und erst kürzlich las ich den Vorwurf, die Enquete sei nichts, als eine Maßregel zur Verschleppung der Währungsfrage. Man mag in dieser Streitfrage zu den Hoffnungsfreudigen oder zu den Zweifelnden gehören, so wird man doch zugestehen müssen, daß Uebelstände auf monetärem Gebiete, schon im Hinblick auf unseren internationalen Verkehr, außerordentlich schwer zu beseitigen sind, selbst dann, wenn man ihre letzten Ursachen richtig erkannt haben sollte, daß man mit solchen monetären Fragen — soweit man auch in der Bemessung ihrer Tragweite gehen mag — nicht wirtschaftliche Mißstände identifizieren darf, die bei vorurteilsfreier Beurteilung immer nur teilweise auf das Wesen des Geldumlaufs zurückzuführen sein dürften und daß selbst dann, wenn der Versuch internationaler Vereinbarungen auf entsprechend begrenztem Gebiete Aussicht auf Erfolg bieten sollte, es großer Besonnenheit und Mäßigung aller Beteiligten bedürfen würde, wenn nicht Befürchtungen und Zweifel hervorgerufen werden sollen, die selbst beim Mangel jeder sachlichen Berechtigung doch eine Rückwirkung auf unser Kreditwesen und damit auf unser Erwerbsleben zu üben geeignet wären. Die Frage der Silberentwertung ist keine parteipolitische, sondern eine rein wirtschaftliche, durch welche bei der Solidarität wirtschaftlicher Interessen gewisse Zweige des Erwerbslebens überhaupt berührt werden. Die sachkundigen Herren, die diesen Beratungen beigewohnt haben, würden sich ein öffentliches Verdienst erwerben, wenn sie in den Kreisen ihres Einflusses dazu beitrügen, die Ueberzeugung von der Vielseitigkeit der Silberfrage und von den Schwierigkeiten ihrer praktischen Lösung zu verbreiten und damit auf deren sachliche nüchterne Beurteilung hinzuwirken. Die Reichsregierung wird die in dieser Versammlung unterbreiteten Vorschläge einer eingehenden Prüfung unterziehen. Vorschläge, welche sich als heilsam und ausführbar erweisen sollten, werden die Grundlage weiterer Erwägungen bilden.

Die auf dem Boden der Goldwährung stehende Presse begrüßt den Ausgang der Konferenz mit Genugthuung.

Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt über den Gang der Verhandlungen und die gemachten Vorschläge: Es kommen im ganzen in Betracht die Vorschläge der Herren Königs, Lexis, Neustadt und Arendt. Von diesen vier Vorschlägen liefen die der Herren Lexis und Königs darauf hinaus, eine beschränkte Aus- und Umprägung des vorhandenen Silbers in anderer Relation vorzunehmen und im übrigen an der hinkenden Goldwährung festzuhalten. Diese Vorschläge sind von sämtlichen Mitgliedern der Kommission mit Ausnahme der Antragsteller als bedenklich beziehungsweise als zur Erreichung des gewünschten Zieles ungeeignet bezeichnet worden. Der Herr Vorsitzende bemerkte zu dem Vorschlage des Professors Lexis besonders, daß demselben wegen seiner feinen Durcharbeitung von vielen Seiten Anerkennung gezollt sei, daß aber die Aufgabe der Konferenz, Vorschläge zur Hebung und Befestigung des Silberwertes zu machen, damit nicht erreicht werde. Der Antrag Neustadt lief auf eine Regalisierung oder Monopolisierung des Handels in Feinsilber hinaus und zwar für die ganze Welt. Dieser Antrag ist vom Antragsteller selbst zurückgezogen und von der ganzen Kommission als unausführbar bezeichnet worden. Nach dem Antrag Arendt endlich sollen die Staaten die gesamte Silberproduktion während eines fünfjährigen Zeitraumes für gemeinsame Rechnung zu einem im voraus festzusetzenden Preise ankaufen, die Silberbarren in Depot nehmen und darauf Zertifikate ausgeben, welche von allen diesen Staaten zu einem jährlich fest-

zusetzenden Preise in Gold an- und verkauft und als gesetzliche Noten erklärt werden. Der Preis des ersten Vertragsjahres soll der Minimalpreis sein, und im Falle einer Erhöhung des Vertragspreises darf der Preis nicht wieder unter den erhöhten Preis herabgesetzt werden. Bei etwaiger Auflösung des Vertrags soll eine Verteilung des im Depot befindlichen Silbers unter die Vertragsländer nach einem bestimmten Plane stattfinden. Dieser Antrag ist von den Vertretern der Goldwährung als ein überaus gefährliches Experiment, gewissermaßen als die Bildung einer Art von Hausse-konsortium für Silber bezeichnet worden und auch die Hauptvertreter des Bimetallismus, wie insbesondere die Herren Leuschner und v. Kardorff haben den Antrag für sehr bedenklich erklärt und es abgelehnt, sich an der Diskussion desselben zu beteiligen. Die Herren Königs und Lexis, die eine gewisse Mittelstellung in der Währungsfrage einnehmen, haben sich gegen diesen Antrag Arendt ebenfalls erklärt, mit der Motivierung, daß derselbe ganz unausführbar sei, so daß außer dem Antragsteller selbst nur die Herren v. Schalscha und Wülfing denselben, wenn auch mit Vorbehalt, befürworten konnten. Also auch dieser letzte positive Vorschlag ist von der überwiegenden Mehrheit als unausführbar und nicht zum Ziele führend bezeichnet worden. Die Ansichten der außerdem vernommenen Sachverständigen der Geologie und Bergtechnik in Bezug auf die mutmaßliche Zukunft der Gold- und Silberproduktion gingen naturgemäß auseinander. Die Mehrzahl der Sachverständigen hielt jedoch ein Fortdauern, ja selbst eine Steigerung der jetzigen Goldproduktion für durchaus wahrscheinlich.

(Näheres über die Verhandlungen in folgenden Werken: „Die Lösung der Währungsfrage.“ Berlin, Walther. „Wie Deutschland zur Goldwährung kam“, ebenda und Verhandlungen der deutschen Silberkommission“, ebenda. Vgl. ferner Königs, Preuß. Jahrbb. Bd. 76 und „Deutsches Wochenblatt“ Nr. 26.)

5. Juni. (Württemberg.) Die Regierung zieht die Vorlage über Verfassungsänderung zurück, da kein Projekt Aussicht auf Annahme hat.

Juni. (Bund der Landwirte.)

Durch die Presse geht die Nachricht, daß der Bund der Landwirte eine eigene Tageszeitung gründen werde, als deren Redakteur der Herausgeber der Wochenschrift „Die Zukunft“, Maximilian Harden, in Aussicht genommen sei. Die „Kreuzzeitung“ erklärt, in diesem Falle sich nicht mehr an den Bestrebungen des Bundes beteiligen zu können. Harden erklärt in der „Frankf. Ztg.“, ihm sei die Redaktion angeboten, er habe sie aber abgelehnt.

7. Juni. (Kolonialrat.) Beratung über die Grundbuchordnung für Ostafrika.

Der Kolonialrat wird durch folgende Personen gebildet: Geh. Rat v. Hansemann, Staatssekretär a. D. Dr. Herzog, Bankier v. d. Heydt, Assessor a. D. Lucas, Staatsminister v. Hofmann, Dr. Schroeder, Direktor Hernsheim, Kaufmann Adolf Woermann, Kaufmann Thormählen, Staatssekretär a. D. Dr. v. Jacobi, Domherr Dr. Hespers, Fürst Hohenlohe, Konsul a. D. Vohsen, Geheimer Oberpostrat Kraetke, Rechtsanwalt Dr. Scharlach (Hamburg), Geheimer Kommerzienrat Eugen Langen, Geheimer Kommerzienrat Dr. Oechelhauser, Oberst v. Pallezieux, Privatgelehrter Paul Staudinger, Ministerialpräsident a. D. Dr. von Grimm.

9. Juni. Geh. Oberbaurat Schwedler in Berlin †.

Juni. (Baden.) Der Landtag beschließt trotz der ungünstigen Finanzlage die Erhöhung der Beamtengehälter.

12. Juni. Die vereinigten Berliner Kreissynoden sprechen sich für die Einrichtung von Frühgottesdiensten aus, um die Weiterführung der Fortbildungsschulen zu ermöglichen. (Vgl. 17. April.)

13. Juni. Reichstagsersatzwahl Pinneberg-Seegeberg.

Es erhalten Mohr (nl.) 5994, v. Elm (Soz.) 12,231, Kopsch (fr. Volksp.) 5010 und Raab (Antisemit) 2328 Stimmen. In der Stichwahl am 23. Juni wird gewählt v. Elm mit 13,814 St. gegen Mohr mit 13,293 St.

In der bürgerlichen Presse werden lebhafte Klagen über die Uneinigkeit der antisozialistischen Parteien laut. Es kommt namentlich zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen der „Kreuzztg." und nationallib. Blättern.

Mitte Juni. (Preußen.) Dänische Schauspieler, die in Nordschleswig dänische Stücke aufführen wollen, werden ausgewiesen.

Juni. Polnische Propaganda.

Der Erzbischof von Gnesen Dr. v. Stablewski macht eine Visitationsreise durch seine Diözese und wird von den Polen überall mit großem Gepränge empfangen. Die deutsche Presse sieht darin polnische Propaganda und verurteilt sie aufs schärfste, hebt namentlich hervor, daß bei den Aufzügen nur polnische aber keine preußischen Farben verwendet seien.

Mitte Juni. (Kolonialpolitik.) Es werden 8 Offiziere und 250 Mann als Verstärkung nach Südwestafrika geschickt.

17. Juni. Feierliche Grundsteinlegung des Berliner Doms durch den Kaiser.

19. Juni. Zum Attentat auf Crispi (s. Italien) schreibt die „Germania":

„Nun ist er „fein heraus" — Herr Crispi nämlich, der italienische Ministerpräsident. Glück muß der Mensch haben, wenn er in schwierigen Lagen sein Ziel erreichen soll, und dieses Glück ist Herrn Crispi in hohem Maße zu teil geworden: das Attentat ist so recht à propos für ihn gekommen. Die Lage, in der er sich seit 14 Tagen befand, war zuletzt so schwierig geworden, daß es keinen Ausweg mehr für ihn zu geben schien; da, im kritischen Augenblicke, wird ein Attentat auf — seinen Wagen verübt, und mit einem Schlage ändert die Situation sich vollständig: der vorher von Gegnern und ehemaligen Freunden aufs Heftigste angegriffene und bekämpfte Ministerpräsident, der die Hoffnung auf eine längere Dauer seiner Amtsthätigkeit schon aufgegeben haben mochte, wird — wenn man den Berichten des offiziösen Telegraphen glauben darf — plötzlich der „Liebling" der Kammer wie des Volkes."

Der „Vorwärts" schreibt:

„Allzu gelegen kam das Crispische Attentat. Revolver aus nächster Nähe, nicht getroffen, Attentäter von Opfer verhaftet, im Triumph nach der Kammer gefahren — das riecht etwas zu sehr nach dem Zirkus-Theater. Auch der gutgesinnten Welt fehlt der richtige Glaube und Herr Crispi wird gut thun, das nächste Attentat etwas — wahrscheinlicher zu machen. Im übrigen kann man auf einem Revolver ebensowenig sitzen, wie auf einer Bombe."

22. Juni. Der Kaiser und die Kaiserin von Potsdam nach Kiel.

22. Juni. (Baden.) Wahlrechtsanträge.

Die Zweite Kammer nahm mit 52 gegen 8 Stimmen den Antrag des demokratischen Abg. Heimburger auf Einführung direkter Wahlen mit Proportionalvertretung, ferner den Antrag des klerikalen Abg. v. Buol auf Aenderung der Wahlkreiseinteilung und Einführung der direkten Wahl mit 31 gegen 29 Stimmen an. Ein Eventualantrag Heimburgers auf Einführung der direkten Wahl unter dem jetzigen System wurde mit 41 gegen 18 Stimmen genehmigt. („Allg. Ztg.")

25. Juni. Telegramm des Kaisers an Frau Carnot. S. Frankreich.

28. Juni. (Berlin.) Schluß des Landtags.

28. Juni. (Agrarpolitik.)

Der Abg. v. Below-Saleske macht in der „Kreuzztg." als Mittel zur sofortigen Linderung der landwirtschaftlichen Not den Vorschlag, der Ackerbau treibenden Bevölkerung Preußens das Recht zu gewähren, einen Teil der Steuern in Roggen und Hafer zu entrichten, wobei diese Naturalien nach dem dreijährigen Durchschnittspreise zu berechnen und alsbald der Militärverwaltung zu überweisen wären. Der Vorschlag findet wenig Anklang.

Ende Juni—Juli. (Die sozialdemokratische Presse über Carnots Tod.)

Fast durchweg sprechen die Zeitungen ihren Abscheu über den Mord aus. Der „Vorwärts" sucht den Mord als die That eines Wahnsinnigen hinzustellen, das vom sozialistischen Abg. Schippel herausgegebene Wochenblatt der „Sozialdemokrat" schreibt:

„Es wäre charakterlose Feigheit nach oben, wollten wir nach der bürgerlichen Presse in billige Entrüstung über den „Mordbuben" ausbrechen, und den Politiker, der in blindem Eifer auf eigene Faust an der heutigen Gesellschaft mit dem Eisen herumkuriert, einfach als einen verächtlichen moralischen Auswurf und nicht als ein bedauernswertes Opfer elendester Verhältnisse behandeln.

Es wäre Heuchelei, wollten wir auch hier nur die Hand der Polizei und ihrer agents provocateurs erkennen.

Aber es wäre gewissenlose Verblendung und Feigheit nach unten, wollten wir nicht einsehen und es offen heraussagen, daß alle diese „Thaten" — über deren Motive man denken mag, wie man will — sich in ihrer Wirkung gegen die Arbeiterklasse wenden, schlimmer wie die schlimmsten Anschläge, die je die Feinde der Arbeiter ersannen."

30. Juni und 1. Juli. (Hamburg.) Zahlreiche Teilnehmer an dem hier tagenden deutschen Journalisten- und Schriftstellertag besuchen den Fürsten Bismarck in Friedrichsruh. Auf die Ansprache eines Österreichers entgegnet der Fürst u. a.:

„Ich freue mich herzlich, daß wieder ein besseres Zusammengehen als im alten Bundestage statthat, wo die Pferde gleichzeitig vor und hinter den Wagen gespannt waren, so daß wir nicht vorwärts kommen konnten.

Wir mußten leider uns auseinandersetzen durch Gottesurteil mit dem Schwerte. Es war ja ein Bruderkrieg; so nennt man ihn mit Recht. Wir haben alle bedauert, daß wir ihn führen mußten; er war aber unvermeidlich. Wir haben schon 1866 in Böhmen das Gefühl gehabt, wir wollen uns hier so benehmen, daß wir mal wieder kommen können. (Bravo.) Der Krieg ist ja nur bis an die Grenze des Notwendigen gegangen. Sobald wir in Wien erreicht hatten, daß man uns in Deutschland die Sache machen lassen wollte, hatten wir das Bedürfnis, Oesterreich in der bisherigen Stärke zu erhalten, ja womöglich noch stärker zu machen. Denn wir gehören doch zueinander, die Nord- und Süd-Deutschen mit Einschluß unserer Landsleute in Oesterreich; aber in einen näheren Verband konnten wir uns nicht einlassen und Sie doch auch nicht. Sie haben Ihr eigenes Leben im Donaubecken, und das kann nicht von Berlin abhängen. Wir sind uns aber gute Freuude und Bundesgenossen; in dem Sinne bin ich erfreut, die österreichischen, ich kann nicht sagen Landsleute aber Volksgenossen begrüßeu zu können. Auch bei den süddeutschen Reichsgenossen wie bei mir ist dieses Gefühl Sache der Ueberlegung und der geschichtlichen Erinnerung, vielleicht noch lebendiger durch die Stammesverwandtschaft. Der bayerische Stamm wohnt ja diesseit und jenseit der österreichischen Grenze wie die Thüringer diesseit und jenseit von Böhmen; ich nenne diese nicht den sächsischen Stamm, sondern Thüringer; die Sachsen sind dort, wo man plattdeutsch spricht. Wir gönnen unseren Leipziger Freunden gern den Namen Sachsen; eigentlich sind sie aber Thüringer und das ist auch nicht übel." (Große Heiterkeit.)

1. Juli. (Berlin.) Requiem für Carnot in der Hedwigskirche, an dem u. a. der Reichskanzler teilnimmt.

1. Juli. Der Kaiser begnadigt die beiden wegen Spionage in Glatz internierten französischen Offiziere. S. Frankreich. (Vgl. 1893 16. Dez.)

Die deutsche Presse ist nicht durchweg damit einverstanden; mehrere Zeitungen sehen darin ein zu weit gehendes Entgegenkommen gegen Frankreich. Die meisten Blätter erklären aber, daß der Erfolg in Frankreich dem Kaiser Recht gegeben habe. (S. Frankreich).

2. Juli. Der Kaiser und die Kaiserin treten an Bord der Yacht „Hohenzollern" von Kiel aus eine Nordlandsreise an.

Anf. Juli. Die deutsche Presse über die französische Präsidentenwahl.

Die Wahl Casimir Periers wird in der Presse meist günstig beurteilt, nur die sozialistische greift ihn heftig an und imputiert ihm antirepublikanische Bestrebungen.

Anf. Juli. (Metz.) Abg. Dr. Haas.

Es wird bekannt, daß der Reichstagsabg. für Metz, Dr. Haas, seinen Sohn in die französische Militärschule St. Cyr geschickt hat. Haas wird deshalb von allen Seiten heftig angegriffen und aufgefordert, sein Mandat niederzulegen, u. a. vom Metzer katholischen Volksverein, mit dessen Hilfe er gewählt ist. (6. Juli). Er leistet aber keine Folge.

Juli. Infolge der anarchistischen Attentate in Frankreich und Italien sowie des Berliner Bierboykotts bespricht die Presse

legislatorische Maßregeln gegen Sozialdemokratie und Anarchismus.

Am schärfsten äußern sich die mittelparteilichen Blätter. Die „Post“ verlangt einen internationalen Vernichtungskampf gegen die Anarchisten und zugleich energisches Vorgehen der Gesetzgebung gegen die Sozialdemokratie. Die „Allg. Ztg.“ fordert Wiederherstellung des Sozialistengesetzes, das einen unschätzbaren Damm gegen das Eindringen der sozialistischen Agitation in die bürgerlichen Kreise gebildet habe. Einige Blätter schlagen die Deportation der Anarchisten vor, wozu der „Hamb. Corresp.“ bemerkt, daß dem eine genaue Definition des Anarchismus vorhergehen und diese Maßregel nur auf solche Anwendung finden müsse, die sich als thätige Anarchisten gezeigt hätten. Das Blatt plädiert dafür, daß die Polizeien der einzelnen Staaten ihre Beobachtungen einander mitteilten, wozu freilich eine bessere Organisation der Polizei in den romanischen Staaten Vorbedingung sei. Die „Weserztg.“ hat nichts gegen das Austauschen von polizeilichen Informationen, erwartet aber das meiste von der Wachsamkeit der einheimischen Polizei. Das Dresd. Journ.“ fordert Aufhebung des englischen Asylrechts. Ausnahmemaßregeln fordern ferner: der „Hannov. Cour.“, „Dresdener Nachr.“, „Nationallib. Corresp.“, „Hamb. Nachr.“, „Leipz. Tageblatt“ u. a. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ spricht sich sehr reserviert aus: von Repressivmaßregeln sei wenig zu erwarten und überdies würde für eine große legislatorische Aktion gegen die Sozialdemokraten keine Mehrheit im Reichstage vorhanden sein. Ueber die Maßregeln gegen die Anarchisten sagt das Blatt: „Man hat ferner die Ersprießlichkeit und Notwendigkeit internationaler Verständigungen betont, durch die der Asylfreiheit anarchistischer Verbrecher, soweit sie noch besteht, ein Ende gemacht werden soll. Das Ziel des Reformgedankens geht dahin, daß der Anarchist im Betretungsfalle nach seinem Heimatlande zurückbefördert werden soll, wo sein Thun und Treiben sicherer beobachtet und wo nach Ermessen mit ihm verfahren werden kann. Auch hier würde zunächst noch eine Reihe von Unterfragen zu beantworten sein, ehe man ein ganz klares Bild von Art und Umfang der Forderung erhält. Die Hauptsache aber ist selbstverständlich, daß bei allen europäischen Regierungen und den Vereinigten Staaten von Nordamerika Geneigtheit, einer solchen Vereinbarung beizutreten, besteht. Es wäre erfreulich, wenn dies als sicher angenommen werden kann und man so aus dem Bereich guter Wünsche und akademischer Konstruktionen heraus auf einen festen Boden gelangt. Auch dann freilich würde für den Erfolg immer noch alles davon abhängen, daß die Vereinbarung in allen beteiligten Ländern in der Praxis denselben materiellen Inhalt enthält und daß dem entschlossenen Willen, ihre Bestimmungen ernst zu handhaben, dasselbe Maß von Eifer und Geschicklichkeit der Polizeiorgane zur Seite steht. Wo letztere Bedingungen erfüllt sind, würde freilich, wie wir glauben, auch ohne weiteren Ausbau der Gegenmaßnahmen der Anarchismus schon heute und unmittelbar das Leben saurer finden.“

Infolgedessen wird die Regierung heftig angegriffen, daß sie den Kampf gegen den Umsturz zu lau führe, worauf die „Nordd. Allg. Ztg.“ antwortete: „Wir haben die Blätter, die sich über die „Lauheit“ der Regierung in der Ankündigung von Kampfmaßregeln gegen die Anarchisten und die Sozialdemokratie entrüsteten, darauf aufmerksam gemacht, daß zur Schaffung der geforderten schärferen Waffen eine Reichstagsmehrheit gehört. Die Harmlosigkeit, mit der diese Thatsache außer Acht gelassen und im rügenden Tone die unbedingte Notwendigkeit dieser und jener Maßnahme betont wurde, als wenn die Einführung lediglich von dem Belieben der

verbündeten Regierungen abhinge, schien uns in mehr als einem Falle das erlaubte Maß zu übersteigen."

Von mittelparteilichen Blättern wird ferner behauptet, innerhalb der Regierung seien die Anschauungen über diese Frage geteilt; Finanzminister Miquel sei für scharfe Maßregeln, die Graf Caprivi verwerfe. Demgegenüber stellt der „Hamb. Corr." das Vorhandensein einer solchen Differenz in Abrede.

Die freisinnigen, klerikalen und radikalen Blätter — auch konservative z. B. das „Volk" — verwerfen jede Ausnahmemaßregel, da diese bald nicht nur gegen Anarchisten und Sozialdemokraten, sondern auch gegen andere Oppositionsparteien angewendet werden würden. Außerdem werde ein neues Sozialistengesetz die sozialistische Partei innerlich kräftigen, da sich alle Richtungen innerhalb der Sozialdemokratie im Kampfe gegen das Gesetz aufs engste vereinigen würden, während sie sich jetzt unter einander bekämpften und immer weiter auseinandergingen.

Von mittelparteilichen Stimmen erklären sich fast nur die „Preuß. Jahrbücher" gegen Ausnahmemaßregeln. (Bd. 77, 78).

8. Juli. (Der spanische Handelsvertrag.) Der Reichskanzler lehnt die Forderung des spanischen Gesandten, das Handelsprovisorium wieder zu verlängern, ab.

Ueber den Stand der Handelsbeziehungen zu Spanien schreibt der „Reichs- und Staats-Anzeiger" in seinem nichtamtlichen Teile (12. Juli).

In Spanien sind die Cortes am 11. Juli durch königliches Dekret geschlossen worden, ohne daß die zur Begutachtung des deutsch-spanischen Handelsvertrags eingesetzte Senatskommission ihren Bericht über diesen Vertrag an das Plenum erstattet hätte. Hiernach muß das Zustandekommen des Vertragswerks definitiv als ausgeschlossen angesehen werden. Die Schuld hieran und an der hierdurch begründeten Fortdauer des deutsch-spanischen Zollkriegs fällt auf diejenigen spanischen Politiker zurück, welche die Durchberatung des Vertrags während der jetzigen Cortessession zu vereiteln gewußt haben. Wie bekannt, war der frühere deutsch-spanische Handelsvertrag vom Jahre 1883 seinerzeit von spanischer Seite gekündigt worden und demzufolge mit dem 1. Februar 1892 außer Kraft getreten. Trotzdem Deutschland von Anfang an zu neuen Vertragsverhandlungen bereit war, sind dieselben nur langsam in den Gang gekommen und es war erst im August 1893 möglich, zur Unterzeichnung eines neuen Vertrags zu gelangen. Bei der Unterzeichnung kamen beide Teile überein, den Vertrag so bald als möglich den beiderseitigen Parlamenten vorzulegen und den Austausch der Ratifikationen längstens bis zum 31. Dezember 1893 herbeizuführen. Deutscherseits ist dieser Verpflichtung in vollem Umfange entsprochen worden, indem für den Vertrag schon im Dezember die parlamentarische Genehmigung erwirkt wurde und die kaiserliche Regierung sich zur Ratifikation bereit erklärte. Spanischerseits dagegen ist der Vertrag erst im April dieses Jahres an die Cortes, und zwar an den Senat gebracht worden, und auch da fand er keine rasche normale parlamentarische Behandlung; vielmehr beschloß die Kommission, der er überwiesen war, eine Enquete über den Vertrag einzuleiten, die nach Lage der Verhältnisse lediglich den Zweck haben konnte, die Durchberatung des Vertrages zu verschleppen und ihn auf diese Weise zu Fall zu bringen. Während der Zeit vom Außerkrafttreten des früheren Vertrages an hatte Spanien mit geringen Unterbrechungen auf Grund eines Provisoriums, zu dessen Verlängerung sich Deutschland nicht weniger als zehnmal hatte bereit finden lassen, die Vorteile der deutschen Vertragszölle

genossen, ohne daß Deutschland, bei der Höhe der zur Anwendung gelangenden spanischen Zollsätze, einen entsprechenden Ausgleich in der von Spanien gewährten Meistbegünstigung gefunden hätte. Als die letzte Verlängerung dieses Provisoriums am 15. Mai d. J. ablief, konnte es gegenüber der den internationalen Gepflogenheiten wenig entsprechenden Haltung der spanischen Senatskommission für Deutschland nicht in Frage kommen, auf eine nochmalige Erstreckung des Provisoriums einzugehen, und es trat deshalb vom 16. Mai ab der deutsche autonome Zolltarif gegen die Einfuhr aus Spanien in Kraft. Es hätte erwartet werden dürfen, daß die spanische Regierung nach Lage der Verhältnisse sich begnügt haben würde, ihrerseits bis zum Abschluß der Cortesverhandlungen über den Vertrag die an sich hohe zweite Kolonne des spanischen autonomen Zolltarifs auf den Import aus Deutschland anzuwenden und den letzteren nur von denjenigen besonderen Zollbegünstigungen auszuschließen, welche vom 1. Januar d. J. ab auf Grund einiger spanischer Handelsverträge in Kraft getreten waren. Gleichwohl hat die spanische Regierung die Anwendung der ersten Kolonne des Zolltarifs (des Maximaltarifs) auf den deutschen Import verfügt und Deutschland dadurch in die Notwendigkeit versetzt, mit der Verfügung eines 50proz. Zuschlages auf eine Reihe wichtiger spanischer Ausfuhrartikel zu antworten. Bei diesem Gang der Verhältnisse versteht es sich von selbst, daß die kaiserliche Regierung sich nicht länger an den Vertrag gebunden erachtet, und daß sie den Versuch, zu einer handelspolitischen Verständigung mit Spanien zu gelangen, als gescheitert ansieht. Der kaiserliche Botschafter in Madrid ist demgemäß bereits beauftragt worden, der spanischen Regierung unverzüglich eine entsprechende Erklärung abzugeben.

9. Juli. (Jesuitengesetz.) Der Bundesrat lehnt den Antrag des Reichstag auf Beseitigung des Jesuitengesetzes ab. Auf Antrag Bayerns wird beschlossen, daß dieses Gesetz auf die Kongregation der Redemptoristen und auf die Väter vom heiligen Geist fortan nicht mehr angewendet werden soll.

Die klerikale Presse begrüßt den Beschluß und das „Abbröckeln" des Jesuitengesetzes mit Befriedigung, und hofft auch die Zulassung der Jesuiten binnen kurzem zu erreichen. Von einer Dankbarkeit für den Beschluß könne nicht die Rede sein, da der Bundesrat nur eine Ungerechtigkeit gegen die Katholiken beseitigt habe: die bayerische Regierung wird sogar heftig angegriffen, weil sie gegen den Reichstagsbeschluß gestimmt habe.

In der evangelischen Presse findet der Beschluß Tadel, da die Redemptoristen ebenso gefährlich seien wie die Jesuiten.

10. Juli. 70. Geburtstag des Abg. v. Bennigsen.

Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei überreicht dem Führer der Nationalliberalen eine Adresse, außerdem beglückwünschen ihn zahlreiche Deputationen. Fürst Bismarck sendet folgendes Glückwunschschreiben: „Im Rückblick auf unsere langjährige Arbeit an der nationalen Wiedergeburt unseres gemeinsamen Vaterlandes bitte ich Sie, zum heutigen Tage meinen herzlichen Glückwunsch entgegenzunehmen. Wir sind nicht immer in demselben Geleise gefahren, aber unser Ziel war das gleiche. Daß wir die annähernde Erreichung desselben noch Beide erlebt haben und ich Ihnen heute meinen Glückwunsch und Dank für Ihre Mitarbeit noch lebend übermitteln kann, gereicht mir zur besonderen Freude. Ich bitte Sie, mir auch in der Zukunft, die jedenfalls kürzer sein wird, als die 70 Jahre, die wir gleichzeitig lebten, das Wohlwollen zu bewahren, wel-

ches gemeinsame Arbeit uns als Ergebnis des Vorlebens gegenseitig geschaffen hat."

Ferner senden Gratulationen, der Großherzog v. Baden, der Herzog v. Koburg, Graf Caprivi, Herr v. Stephan.

12. Juli. **Fürst Bismarck** reist von Friedrichsruh über Schönhausen nach Varzin.

Anf. u. Mitte Juli. Einige **Cholerafälle** in und bei Danzig.

12./14. Juli. Der **Kaiser** und die **Kaiserin** in Drontheim. Abreise der Kaiserin (14. Juli) über Christiania, Kiel nach Wilhelmshöhe (Ankunft 20. Juli).

14. Juli. (**Bayern**). Durch einen Cyklon werden 20 Ortschaften der Amtsbezirke Ebersberg und Erding teilweise zerstört.

Mitte Juli. **Deutsch-portugiesischer Grenzstreit in Ostafrika.** (Näheres s. Afrika.)

16. Juli. **Fürst Bismarck** wird in Berlin auf der Durchreise von Schönhausen nach Varzin auf dem Bahnhofe von Studenten begrüßt und hält folgende Ansprache:

„Ich freue mich herzlich, daß ich jedes Mal, wenn ich nach Berlin komme, so freundlich begrüßt werde, und eine besondere Freude macht es mir, wenn es unter Mitwirkung der Bürger der Universität geschieht, der ich selbst angehört habe. Ich bin selbst ein halber Berliner, ich war sieben Jahre alt, als ich nach Berlin kam. Alle Oertlichkeiten, die ich wiedersehe, wenn ich nach Berlin komme, sind mir Repräsentanten meiner Vergangenheit; hier wurde ich als Schuljunge spazieren geführt, hier habe ich als Student, als Referendar, als Ageordneter und endlich als Minister gelebt, und ich kann nur sagen, daß ich immer gern in Berlin war, obwohl ich auf dem Lande groß geworden bin. Berlin ist mir behaglich geworden durch Gewohnheit, schon seit der Zeit, wo es noch keine Trottoirs, sondern nur spitze Steine und zwischen Friedrich- und Klosterstraße noch keine Läden gab. Seitdem ist mir Berlin über den Kopf gewachsen — 1837 kannte ich es so, daß ich hätte Droschkenkutscher werden können —, es ist mir über den Kopf gewachsen, wirtschaftlich und politisch! Ich bin ja vielleicht in manchen Beziehungen mit den Berlinern auseinander gekommen, aber mein Heimatsgefühl für Berlin und seine Umgebung — ich bin ein alter, geborener Kurbrandenburger — ist dasselbe geblieben. Berlin, dem Sie, meine Herren Studenten, vorübergehend als Bürger angehören, mag werden wie es wolle, ich wünsche ihm Gedeihen und Wohlergehen, Berlin lebe hoch!"

19. Juli. Der „Reichs-Anz." publiziert den Schriftwechsel **zwischen Deutschland, England und dem Kongostaate** anläßlich des Abkommens vom 12. Mai. Deutschlands Forderungen sind erfüllt (vgl. Afrika).

20. Juli. (**Berliner Bierboykott.**)

Mehrere hundert Saalbesitzer verhängen eine Saalsperre gegen die Sozialdemokraten für die Dauer des Bierboykotts.

22. Juli. Gen. d. Inf. z. D. Graf v. **Bose** in Wernigerode †. Er zeichnete sich 1866 bei Podol und Blumenau, 1870 bei Wörth aus.

26. Juli. Feier des 350jährigen Jubiläums der Universität Königsberg.

Der Kaiser, den Prinz Leopold bei der Feier vertritt, sendet folgendes Schreiben: „Es ist Mir Bedürfnis, der Albertus-Universität zu der Jubelfeier ihres 350jährigen Bestehens Meinen Königlichen Glückwunsch auszusprechen. Gestiftet von Herzog Albrecht mit der Bestimmung, in dem vorgeschobenen Grenzlande eine Bildungsstätte deutschen Geistes und deutscher Kultur zu werden, hat die Albertina Zeiten erlebt, in welchen ihr Ruhm die gebildete Welt durchstrahlte. Aber nie hat sie über diesen weiteren Zielen die, wenn auch bescheidenere, so doch nicht minder verdienstliche Aufgabe vergessen, welche ihr bei ihrer Begründung gestellt war. In dieser Weise hat sie es erreicht, dem Staate einsichtige und thatkräftige Beamte, der Kirche fromme und duldsame Diener am Wort, der leidenden Menschheit sorgfältige und opferwillige Berater in großer Zahl zuzuführen. Zugleich ist sie zum anerkannten Mittelpunkte der geistigen Interessen und des wissenschaftlichen Lebens im Lande geworden. Für alle diese Erfolge ihrer vom kategorischen Imperativ treuer Pflichterfüllung geleiteten Bestrebungen zolle ich der Albertina gern Meine volle Anerkennung. Es bestehen aber noch andere Beziehungen, welche Mich für die wackere ostpreußische Hochschule mit wärmster Sympathie erfüllen. Die Albertina darf sich rühmen, ihrem Herrscherhause in Freud und Leid stets besonders nahe gestanden zu haben. Wie schon König Friedrich Wilhelm I. und Friedrich Wilhelm IV. ihr als Rectores Magnificentissimi angehörten, so hat auch Mein in Gott ruhender Herr Vater die gleiche Würde Jahrzehnte hindurch bekleidet und Mich selbst unter die Zahl ihrer akademischen Bürger aufgenommen. Sein Rektorat ist bezeichnet durch die Einweihung des stattlichen neuen Universitätsgebäudes und durch zahlreiche sonstige Bauten und Einrichtungen, welche auf die Vervollkommnung ihres unterrichtlichen und wissenschaftlichen Rüstzeuges abzielten. Erst vor kurzem habe Ich aus der von Herzen kommenden und zum Herzen gehenden Adresse der Universität von neuem ersehen, wie tief und nachhaltig die Dankbarkeit ist, welche dafür dem Erlauchten Rector Magnificentissimus bewahrt wird, „der ein Held war in der Schlacht, ein Führer in den Künsten und ein Förderer der Wissenschaft." Möge sein Andenken wie überall so auch in der Albertina in Segen bleiben und Segen wirken, und möge es der hohen Schule auch fernerweit beschieden sein, in Gottesfurcht und Vaterlandsliebe, im Dienste der Wahrheit und Wissenschaft ebenbürtig zu wetteifern mit ihren Schwesteranstalten in deutschen Landen!

Gegeben Märaak, den 20 Juli 1894. (gez.) Wilhelm. R.
(ggz.) Bosse.

An die königliche Albertus-Universität.

29. Juli. Der Kaiser beginnt in Oldören die Rückreise.

1. August. Ankunft des Kaisers in Wilhelmshaven.

1./3. August. Feier des 200jährigen Jubiläums der Universität Halle-Wittenberg.

Der Kaiser, vertreten durch Prinz Albrecht, sendet folgendes Schreiben: „Wir Wilhelm von Gottes Gnaden König von Preußen rc. rc. entbieten Unserer getreuen Universität Halle-Wittenberg zu ihrem 200jährigen Jubiläum Heil und Gruß. Gern gedenken Wir hierbei der Verdienste, welche die schon von dem Großen Kurfürsten geplante und von dem ersten Könige Preußens begründete Hochschule in unablässiger treuer Arbeit sich um

deutsche Wissenschaft und Gesittung erworben hat. Ihr war es vergönnt, mit der freilich auch heute noch nicht zum vollen Abschluß gelangten Einführung der deutschen Sprache in das akademische Leben zu beginnen und solchergestalt zur Neubelebung des tiefgesunkenen Nationalgefühls fördersam beizutragen. Unvergessen wird es ihr aber namentlich bleiben, daß sie zuerst den wesentlichen Zusammenhang und die fruchtbringende Wechselwirkung zwischen akademischer Lehre und freier Forschung klar erkannt und damit eine Grundanschauung zur Geltung gebracht hat, welche, dank der einsichtsvollen und zielbewußten Nachfolge der wenige Jahrzehnte später begründeten Georgia Augusta und anderer Hochschulen, zu einem unantastbaren Gemeingute der deutschen Universitäten geworden ist und deren gegenwärtigen Eigenart zu einem guten Teile ausmacht. Es konnte nicht ausbleiben, daß die von einer solchen Auffassung ihres Berufes erfüllte Hochschule auf den verschiedensten Gebieten des geistigen Lebens zu bahnbrechenden Leistungen gelangte. Die Theologie, die Jurisprudenz, die Philosophie und die klassische Philologie sind dafür die beredtesten Zeugen. So erwies die Friedrichs-Universität Halle sich würdig, nachdem die vereinigte Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg redlich und mit Erfolg bemüht gewesen. Neue Lorbeern, vornehmlich im Bereiche der Theologie und Medizin, hat sie den alten hinzugefügt und auch auf allen andern Wissensgebieten hat sie den ehrenvollen Platz behauptet, den ihr eine ruhmvolle Tradition unter den Pflegstätten deutscher Gesittung und Wissenschaft anweist. Daß dem auch für alle Folgezeiten so bleiben möge, das walte Gott!

Gegeben Maeraak, den 20. Juli 1894. gez. Wilhelm R.

3./5. August. Der Kaiser in Wilhelmshöhe.

5. August. Der Kaiser nach Cowes.

Anf. August. Nordamerikanischer Zuckerzoll.

Die landwirtschaftlichen Zentralvereine der Provinz Ostpreußen und Sachsen ersuchen den Reichskanzler gegen die geplante Neuregelung der Zuckerverzollung in Nordamerika im Interesse der deutschen Zuckerproduzenten Einspruch zu erheben.

August. Entsendung von drei Kriegsschiffen in die ostasiatischen Gewässer.

Anf. August. Caprivi und Miquel.

In längeren Leitartikeln der „Nordd. Allg. Ztg." über das Wesen der offiziösen Presse erblicken mehrere Blätter einen Angriff auf den Finanzmin. Dr. Miquel, die sie auf den Reichskanzler zurückführen. Das wiederholt erwähnte Gerücht von dem Gegensatz zwischen Graf Caprivi und Dr. Miquel (vgl. S. 3 und S. 132) findet dadurch neue Nahrung. Die „Nordd. Allg. Ztg." erklärt deshalb, daß diese Artikel in keinem Zusammenhange mit dem Reichskanzler ständen.

August. Maßregeln gegen die Umsturzparteien.

Die Presse setzt die Erörterungen über legislatorische Aktionen gegen die Sozialisten nnd Anarchisten fort. (Vgl. S. 130.) Die „Nordd. Allg. Ztg." kündigt eine Veränderung des preußischen Vereins- und Versammlungsrechtes an, worauf die konservativen und mittelparteilichen Blätter aufangs reserviert, allmählich zustimmend antworten. Die „Köln. Ztg." schlägt eine Reform des Reichstagswahlrechts vor; die absolute Gleichwertigkeit der einzelnen Stimmen müsse beseitigt werden. Ultramontane und freisinnige Stimmen bezeichnen die Absicht, unter Umgehung der Reichsgesetz-

gebung auf landesgesetzlichem Wege das Vereinsrecht zu ändern als ein Mißtrauensvotum gegen den Reichstag.

August. **Konservative, Bund der Landwirte, Antisemiten.**

Der konf. „Reichsbote" wirft dem Bunde d. L. vor, daß er durch die Gründung eines eigenen Blattes, der „Deutschen Tageszeitung", kleine konf. Provinzialblätter ruiniere. Diese Angelegenheit führt zu wiederholten Auseinandersetzungen; zwischen Konservativen und Antisemiten kommt es zu ähnlichen Erörterungen.

11. August. (**Württemberg.**) Die Zentrumspartei publiziert das am 11. Juli in Ulm festgestellte Parteiprogramm, das konstitutionelle Verantwortung für die Abstimmung der württembergischen Bevollmächtigten im Bundesrate verlangt.

August. Die **freisinnige Volkspartei** veröffentlicht den Entwurf eines neuen **Parteiprogramms.**

Die Hauptpunkte sind: Freiheitliche Grundsätze in der Verwaltung des Staates und der Gemeinden, Förderung der Volksbildung, Schonung der wirtschaftlich Schwachen in der Besteuerung, Unterstützung der internationalen Friedensbestrebungen. Große Wirkung bringt der Entwurf nicht hervor; der sozialpolitische Teil wird vielfach verspottet, selbst in der freisinnigen Presse sind die Urteile außer den Eugen Richter nahestehenden Zeitungen nicht selten kühl und in einer Berliner freisinnigen Wählerversammlnng macht sich offener Widerspruch dagegen geltend.

Mitte August. (**Berlin.**) Verhaftung von Anarchisten.

13. August. Besuch der **Kaiserin** bei der Kaiserin Friedrich in Kronberg.

16. August. Die **Kaiserin** von Wilhelmshöhe nach Potsdam.

17. August. Rückkehr des **Kaisers** von England nach Potsdam.

25. August. (**Hamm.**) Antisemitischer Parteitag.

Ein Parteitag der verschiedenen antisemitischen Richtungen berät über die Verschmelzung aller antisemitischen Gruppen zu einer großen Partei, der Ahlwardt als Hospitant beitreten soll.

Eine neue Richtung, die „**deutsch-liberalen**" Antisemiten, fordert in ihrem Programm u. a. Abschaffung des Erbkaisertums und Reform der christlichen Religion, die als Judenchristentum bezeichnet wird.

26. August. **Bergarbeiterkongreß in Essen.**

Ein Delegiertentag von 182 evangelischen und katholischen Vereinen westfälischer Bergarbeiter beschließt die gemeinschaftliche Organisation der Bergleute „auf christlicher Grundlage". Es wird ein Huldigungstelegramm an den Kaiser abgesandt.

26./30. August. (**Köln.**) Deutscher Katholikentag.

Der Vorsitzende Dr. **Orterer** fordert die Rückberufung der Jesuiten. Prof. **Schröers**-Bonn verlangt volle Parität und ermahnt die Katholiken, sich mehr als bisher der Wissenschaft zu widmen, um den Gegnern den Vorwand, infolge geringerer Bildung der Katholiken sei strenge Parität unmöglich, zu nehmen. Frhr. v. **Schorlemer**-Alst empfiehlt in einem

Vortrage über die soziale Frage zum Schutze des Mittelstandes Abänderung der Gewerbeordnung, Einschränkung des Submissionswesens, Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker, Einschränkung des Konsumvereinswesens und strengere Handhabung des Wuchergesetzes. Prof. Schädler führt aus, katholische Kinder müßten in katholischen Schulen erzogen werden, Schule und Lehrerbildungsanstalten müßten durchaus auf christlicher Grundlage aufgebaut werden. Dr. Müller-Marienhausen wünscht Unterstützung der gemeinnützigen katholischen Institute. Abg. Lieber spricht über die Bedeutung der Ideale. Von den Beschlüssen sind folgende hervorzuheben. Die sofortige Durchführung der Sonntagsruhe, fachgenossenschaftliche Organisationen der gewerblichen Arbeiter, durch internationale Vereinbarung ermöglichte Regelung der Arbeitszeit, Gründung von freien Zuschußkassen zu der gesetzlichen Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherung, Gründung gemeinnütziger Baugesellschaften, Schaffung einer gesetzlichen berufsgenossenschaftlichen Organisation des landwirtschaftlichen Standes auf christlicher Grundlage, obligatorische Organisation des Handwerks und Einführung eines Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs. Resolutionen wurden ferner angenommen über die Wiederherstellung der territorialen Unabhängigkeit des Papstes, die Durchführung der völligen Parität, Errichtung einer katholischen Universität und Erteilung des Religionsunterrichts allein durch die Kirche.

Mit dem Verlauf des Katholikentages ist die „Germania“ höchst zufrieden; sie schreibt: „.... Wer im Lande in Kreisen der Katholiken sich umhörte, der wird, was wir hier in unsern Kreisen erlebten, gewiß überall gefunden haben: eine förmliche Spannung auf die weiteren Berichte, die schleunigste und eifrigste Lesung derselben, die innigste Befriedigung darüber. Was aber noch mehr ist, war die Teilnahme an der warmen Begeisterung und der freudigen Erhebung, welche die Kölner Tage beherrschten, die volle Zustimmung zu den dortigen Beschlüssen und Entschlüssen, der feste Vorsatz: im Geiste dieser großartigen Versammlung des katholischen Deutschlands auf den von ihr umschriebenen Wegen, nach den alten und doch immer neuen und den gemäß den veränderten Zeitverhältnissen noch wieder erweiterten Zielen mitzustreben, in voller Kraft und Hingebung.“

Ungünstiger urteilt die protestantische Presse; die „Voss. Zeitung“ nennt den Tag ein prunkendes Schaustück ohne wertvollen Inhalt und die „Köln. Ztg.“ betont, trotz des äußeren Scheins sei die innere Einigkeit des Zentrums keineswegs über allen Zweifel erhaben; man habe auf dem Katholikentage nur ganz allgemeine politische Fragen behandelt, um den Gegensatz zwischen der demokratischen Richtung Liebers und dem agrarisch-adligen Flügel nicht hervortreten zu lassen. „Enttäuschtere Gesichter“, schreibt die K.Z., „hat noch niemand bei den Vertretern der kleinen Zentrumspresse gesehen als am letzten Tage, da in Liebers Rede die Politik, die schöne herzerquickende Politik des demokratischen Zentrumsflügels immer und immer noch nicht zur Sprache kam und die Sonntagsepistel des selbstgefälligen Redners bis zum Ende währte. Konnte doch der unbefangene Zuhörer im Laufe der vier öffentlichen Versammlungen sich keinen größern Gegensatz in den Kreisen der ultramontanen Welt ausmalen, als er ihm hier entgegentrat. Hier die vornehme Ruhe, reiche Erfahrung und unbefangene Wissenschaft eines Schröers, eines Schorlemer-Alst, eines Arenberg, dort die effekthaschende Beredsamkeit, agitatorische Tendenz und politische Rechthaberei eines Orterer, eines Schädler und die unentwirrbare Logik eines Lieber. Wer von diesen waren die „Männer von klarem Begriff und großem Herzen, die niemals die Einigkeit stören?“ Ein weiteres psychologisches Moment zur Erforschung der Volksseele, die in der weiten Brust

der Zentrumspartei wohnt, war die Aufnahme der Redner durch die jedesmal an 5000 Köpfe zählende Zuhörerschaft. Wenn einer der Redner Beifall ernten wollte, brauchte er nur das Wort Jesuiten auszusprechen; tosender, endloser Beifall ließ dann die Halle erzittern, ehe noch die beifalljubelnden Tausend wußten, was noch an das Wort angehängt würde. Als aber Professor Schröers als Fachmann der Wissenschaft hinwies und nachwies, wie so wenige Katholiken den Weg der Wissenschaft wandelten, da war wenig Verständnis und Beifall zu finden, und als der menschenfreundliche Kleriker Müller die elende Lage der verwahrlosten Kinder schilderte und deren Seelenheil als gleichwertig mit der Parität erachtete, da ertönten sogar höhnische Bravos und Zurufe der Ungeduld, denn der politische Magen hungerte nach andern Genüssen."

30. August. (Berlin.) Parteitag der freisinnigen Volkspartei Berlins. (Vgl. 22. September.)

Der Parteitag lehnt die Ausdehnung des allgemeinen direkten Wahlrechts auf die Gemeindewahlen ab, ebenso die Trennung von Staat und Kirche und die Forderung, die Fortbildungsschulen obligatorisch zu machen.

Ein großer Teil der freisinnigen Presse greift diese Beschlüsse und den Abg. Eugen Richter, auf den sie vornehmlich zurückgeführt werden, heftig an; so die „Voss. Ztg.", „Berliner Ztg.", „Volks-Ztg.", „Berl. Tagebl." Abg. Richter antwortet in der „Freis. Ztg."

September. Cholera.

Vereinzelte Fälle von cholera asiatica werden im Regierungsbezirk Kassel bemerkt, im Weichselgebiete ist die Seuche ebenfalls hin und wieder aufgetreten. Mit Rücksicht darauf bestimmt der Kaiser, daß für die Kaisermanöver des ost- und westpreußischen Armeekorps größere Ansammlungen von Zivilpersonen thunlichst zu vermeiden sind.

2. September. Deutscher Weinbaukongreß in Mainz.

3. September. Der Kaiser und die Kaiserin nach Königsberg zur Abhaltung der Kaisermanöver, an denen u. a. die Könige von Sachsen und Württemberg, sowie Prinz Albrecht teilnehmen.

4. September. (Königsberg.) Feierliche Enthüllung des Kaiser Wilhelm-Denkmals in Gegenwart des Kaiserpaares.

6. September. (Königsberg.) An der Galatafel hält der Kaiser, nachdem er ein Hoch auf den König von Württemberg ausgebracht und dieser mit einem Hoch auf das Kaiserpaar geantwortet hat, folgende Rede:

„Ich begrüße Sie, meine Herren, in diesem altehrwürdigen Schlosse als Vertreter dieser mir so teuren Provinz und heiße Sie von Herzen willkommen. Der Empfang der alten Krönungsstadt Königsberg, den ihre Bevölkerung uns bereitet hat, ist Ihrer Majestät und mir zu Herzen gegangen und danken wir ihnen aufs innigste dafür. Es sind nunmehr vier Jahre verflossen, seitdem ich mit Ihnen bei dem mir von der Provinz gebotenen Mahl vereint war. Ich betonte damals, daß die Provinz Ostpreußen als eine hauptsächlich Landwirtschaft treibende vor allen Dingen einen leistungsfähigen Bauernstand erhalten und behalten müsse und daß sie als solche die Säule und Stütze meiner Monarchie sei. Es wird daher mein stetiges Bestreben sein, für das Wohl und die landwirtschaftliche Hebung Ostpreu-

ßens angelegentlich zu sorgen. In den vier verflossenen Jahren haben schwere Sorgen die Landwirte bedrückt, und es will mir scheinen, als ob unter diesem Einfluß Zweifel aufgestiegen seien an meinen Versprechungen, ob sie auch wohl gehalten werden könnten. Ja, ich habe sogar tief bekümmerten Herzens bemerken müssen, daß besonders in den mir nahestehenden Kreisen des Adels meine besten Absichten mißverstanden, zum Teil bekämpft worden sind. Ja, sogar das Wort „Opposition" hat man mich vernehmen lassen. Meine Herren! Eine Opposition des preußischen Adels gegen den König ist ein Unding, sie hat nur dann Berechtigung, wenn sie den König an ihrer Spitze weiß. Das lehrt schon die Geschichte meines Hauses. Wie oft haben meine Vorfahren Irregeleiteten eines einzelnen Standes zum Wohle des Ganzen gegenübertreten müssen. Der Nachfolger dessen, der aus eigenem Recht souveräner Herzog von Preußen wurde, wird dieselben Bahnen wandeln, wie seine großen Ahnen. Und wie einst der erste König ex me mea nata corona [aus mir ist meine Krone geboren] sagte und sein großer Sohn seine Autorität als einen rocher de bronze stabilierte, so vertrete auch ich gleich meinem kaiserlichen Großvater das Königtum. Meine Herren! Was Sie bedrückt, das empfinde auch ich, denn ich bin der größte Grundbesitzer in unserm Staate und ich weiß sehr wohl, daß wir durch schwere Zeiten gehen. Stetig ist mein Sinn darauf gerichtet, Ihnen zu helfen, aber Sie müssen mich dabei unterstützen. Nicht durch Lärm, nicht durch Mittel der von Ihnen mit Recht so oft bekämpften gewerbsmäßigen Oppositionsparteien; nein, in vertrauensvoller Aussprache zu Ihrem staatlichen Oberhaupte. Meine Thür ist allezeit einem jeden meiner Unterthanen offen, und willig leihe ich Ihnen Gehör. Da sei fortan ihr Weg, und als ausgelöscht betrachte ich alles, was geschah. Um mich aber zu vergewissern, ob wirklich ich meinen Versprechungen nachgekommen sei und die Fürsorge, die ich der Provinz einst versprach, in der Weise ausgeführt worden ist, wie ich wünschte, habe ich zusammenstellen lassen, was für die Provinz unter meiner Regierung bisher geschehen ist. Es sind seit der Zeit, als ich zu Ihnen sprach, für Eisenbahnen, zum Erlaß von Darlehen an Deich- und Meliorationsverbände, für Weichselregulierung und Seekanal für Ostpreußen 85,600,000 ℳ und für Westpreußen 24¼ Millionen Mark aus allgemeinen Staatsmitteln aufgewendet worden, zusammen 110 Millionen. Mein Wort habe ich gehalten, aber noch mehr, ich werde fortfahren, in stetem Bemühen für dieses Land zu sorgen, und der nächstjährige Etat wird bereits neue Beweise meiner landesväterlichen Fürsorge bringen. Meine Herren, sehen wir doch den Druck, der auf uns lastet, und die Zeiten, durch die wir schreiten müssen, vom christlichen Standpunkt an, in dem wir erzogen und aufgewachsen sind, als eine uns von Gott auferlegte Prüfung. Halten wir still, ertragen wir sie in christlicher Duldung, in fester Entschlossenheit und mit der Hoffnung auf bessere Zeiten nach unser aller Grundsatz: noblesse oblige. Eine erhebende Feier hat sich vorgestern vor unsern Augen abgespielt. Vor uns steht die Statue Kaiser Wilhelms I., das Reichsschwert erhoben in der Rechten, das Symbol von Recht und Ordnung. Es mahnt uns alle an andere Pflichten, an ernste Kämpfe wider die Bestrebungen, welche sich gegen die Grundlagen unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens richten. Nun, meine Herren, an Sie ergeht jetzt mein Ruf: „Auf zum Kampf für Religion, für Sitte und Ordnung gegen die Parteien des Umsturzes". Wie der Epheu sich um den knorrigen Eichstamm legt, ihn schmückt mit seinem Laub und ihn schützt, wenn Stürme seine Krone durchbrausen, so schließe sich der preußische Adel um mein Haus. Möge er und mit ihm der gesamte Adel deutscher Nation ein leuchtendes Vorbild für die noch zögernden Teile des Volkes werden. Wohlan denn, lassen Sie uns

zusammen in diesen Kampf hineingehen. Vorwärts mit dem Könige, und ehrlos, der seinen König im Stiche läßt. In der Hoffnung, daß Ostpreußen als erste Provinz in der Linie dieses Gefechts stehen wird, erhebe ich mein Glas und trinke auf das Gedeihen Ostpreußens und seiner Bewohner. Die Provinz lebe hoch, hoch, hoch!"

Diese Rede wird in der Presse lebhaft besprochen und mancherlei kommentiert. Im allgemeinen legen die freisinnigen Blätter den Nachdruck auf die Sätze, welche sich gegen die agrarische Opposition richten, die weiter rechts stehenden beschäftigen sich mehr mit dem Aufrufe zum Kampfe gegen den Umsturz.

Die „Freis. Ztg." schreibt: „Die Rede des Kaisers charakterisiert sich als ein Vertrauensvotum für den Reichskanzler Grafen Caprivi gegen die Agrarier .... Die besondere Hervorhebung des Adels, seiner Beziehungen zur Krone und seiner Verpflichtungen für das Gemeinwesen entspricht nicht den heutzutage thatsächlich obwaltenden Verhältnissen. Die Aufforderung des „noblesse oblige" gilt in der Gegenwart für alle diejenigen, welche irgendwie im Volksleben nach ihrer gesellschaftlichen Stellung und nach ihren Geisteskräften oder Vermögensverhältnissen Hervorragendes zu leisten im stande sind. Einen Adel als Stand gibt es heute weder rechtlich noch thatsächlich mehr."

„Köln. Ztg.": „Es ist nicht unbekannt, daß der Kaiser schon seit geraumer Zeit das Treiben der Agrarier mit großem Mißfallen betrachtet hat und daß er der Ueberzeugung ist, daß er nicht das Recht habe, das allgemeine Wohl zu Gunsten eines einzelnen Standes zu schädigen. Wenn dann der Kaiser den Kampf gegen die Umsturzparteien so stark als wünschenswert und nötig betont hat, so hat ihn dabei auch vielleicht die Ansicht geleitet, daß das Treiben des Bundes der Landwirte durch andauernde Verhetzung und Erregung von Unzufriedenheit nur dahin wirken kann, der Sozialdemokratie auch auf solchen Gebieten den Weg zu ebnen, die sich ihnen bisher verschlossen hatten."

Die „Post": „Der Kaiser hat den Ruf zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie ausgegeben. Dieser Aufruf zum Kampfe „für Religion, für Sitte und Ordnung, gegen die Parteien des Umsturzes" wird mächtigen Widerhall erregen, faßt er doch das Gefühl zusammen, das während der letzten Monate in der Nation immer mehr zum Durchbruch gekommen ist: Wo noch Ungewißheit und Unsicherheit geherrscht haben mögen, ihnen macht er ein Ende."

„Schwäbischer Merkur": „Der Kaiser wollte eine Abrechnung halten mit einem Stande oder, wie man den gegenwärtigen politischen Verhältnissen gemäß besser sagen wird, einer Partei, die ihm und dem Staate, den er vertritt, in der letzten Zeit stark zu schaffen gemacht hat: mit den Konservativen, die sich wesentlich aus jenem Lande rekrutieren, wo der Kaiser jetzt verweilt."

Die „Köln. Volkztg." hofft, daß von nun an der Bund der Landwirte seine maßlose Agitation aufgeben und die konservative Partei ihre Oppositionsstellung mehr und mehr verlassen werde.

„Deutsche Tageszeitung" (Organ des Bundes der Landwirte): „Wie werden die treuen Bauern, nicht nur im Osten, sondern allerwärts jubeln über die wiederholte kaiserliche Zusicherung, daß der Bauernstand erhalten werden müsse, über die wiederholte kaiserliche Anerkennung, daß die Landwirtschaft die Säule und Stütze der Monarchie sei! Das Wort aus dem Munde des Kaisers wird ihm unvergessen bleiben. Wie wohl-

thuend berührt nicht das herzliche Zugeständnis der schweren Notlage, das durchklingende großherzige Mitleid mit den von drückenden Sorgen Geängsteten! Seine Majestät der Kaiser fordert eine vertrauensvolle Aussprache. Das ist ein schönes Wort. Seine Majestät verheißt jedem seiner Unterthanen ein offenes und williges Gehör. Das ist eine herrliche Verheißung. Im Hinblick auf dieses Kaiserwort und diese Kaiserverheißung wollen wir fortan ungescheut unsere Sorgen und Wünsche zu dem Throne klingen lassen, in deutscher Treue, in deutscher Offenheit."

„Hamb. Nachr.": „Verzichten wir auf den Streit über Vergangenes und einstweilen Unabänderliches und wenden wir uns gemeinsam den Aufgaben zu, welche die Gegenwart uns stellt, indem wir vereint in den Kampf für Religion, Sitte und Ordnung gegen die Parteien des Umsturzes hineingehen. Damit glauben wir die Deutung der kaiserlichen Rede, welche durch Herausreißen einzelner Stellen aus dem Zusammenhange von allen denjenigen abzuschwächen gesucht wird, denen der Kampf gegen die Parteien des Umsturzes Unbehagen verursacht, richtig gestellt zu haben. Man muß der Rede des Monarchen Gewalt anthun, um zu der Auslegung zu gelangen, welche diejenigen Parteien ihr geben, die stets von einigen „Gewissensbedenken" befallen werden, sobald von Umsturz und dessen Bekämpfung gesprochen wird. Der Appell des Kaisers, ihn zu unterstützen in dem Kampfe, in den mit ihm zusammen hineinzugehen er seine Königsberger Zuhörer aufgefordert hat, wird in den weitesten Kreisen des Landes ohne Rücksicht auf eine Sonderstellung des Adels begeisterten Anklang und bereitwillige Hilfe finden."

Die „Kreuz.-Ztg." unterscheidet in der Kaiserrede zwei Teile; der erste „strafende" schließe mit den Worten, „Als ausgelöscht betrachte ich alles was geschah"; der zweite stelle die Aufgaben für die nächste Zukunft. Die „Kreuz-Ztg." erklärt weiter, die Konservativen hätten nie dem Kaiser selbst Opposition gemacht, sondern nur dem verantwortlichen Diener der Krone, wobei vielleicht manches zu scharfe Wort gefallen sei; dem Rufe des Kaisers würden sie begeistert Folge leisten. Aehnlich sprechen sich die „Kons. Korr." und der „Reichsbote" aus.

7./8. September. Der Kaiser in Marienburg. An der Galatafel (am 8. Sept.) bringt er folgenden Toast auf die Provinz Westpreußen aus:

„Das letzte Mal, als Mich das Mahl mit Ihnen, Meine Herren, vereinte, war es in der alten Handelsstadt Danzig, in dem schönen, alten Emporium des deutschen Handels und der deutschen überseeischen Beziehungen. Damals, in einer ausgezeichneten und zu Herzen gehenden Rede, trat der Vorsitzende des Provinziallandtags für die Provinz und ihren Bauernstand ein, die Wünsche Mir vorlegend, welche die Provinz auf dem Herzen hatte. Am heutigen Tage versammeln wir uns in der altehrwürdigen Marienburg und die Provinz steht, Gott sei Dank, unter dem Einfluß einer guten Ernte. Wie Sie schon erfahren haben, ist Meine landesväterliche Sorge bestrebt gewesen, für Sie zu thun, was in unsern Mitteln liegt. Ich blicke auf Sie als Meine Mitarbeiter zu weiterem Streben und Thun. Dieses Schloß, in dessen Mauern die weißen Mäntel mit dem schwarzen Kreuze von den Rittern einhergetragen wurden, war die Hochburg des Deutschtums gegen den Osten, von ihr ging die Bekehrung der Heiden, von ihr die Kultur in alle Lande hinaus. So möchte Ich der Provinz von Herzen wünschen, daß sie die Marienburg stets als ein Wahrzeichen des Deutschtums ansehen, daß sie stets pflegen und hegen möge deutsche Sitte und

deutschen Glauben, und daß sie sich hiedurch immer fester zusammenschließen möge. Auf das Gedeihen und Blühen der Provinz Westpreußen leere ich Mein Glas. Die Provinz, sie lebe hoch! und nochmals hoch! und zum dritten Mal hoch!"

8. September. Professor v. Helmholtz in Charlottenburg †. Der Kaiser sendet der Witwe folgendes Telegramm.

Marienburg, 8. September 1894, 9 Uhr 25 Min. nachts. Frau v. Helmholtz, Charlottenburg. Die Nachricht von dem Dahinscheiden Ihres Gemahls hat mich um so tiefer erschüttert, als mir sein lebensvolles Bild noch aus unserm letzten Zusammensein in Abbazia vor Augen steht. Ich spreche Ihnen meine herzlichste Teilnahme an diesem schweren Verluste aus und hoffe, daß es in etwas zu Ihrem Troste gereichen wird, daß mit Ihnen die wissenschaftliche Welt, das Vaterland und Ihr König trauern.

10./11. September. (Stuttgart.) Deutscher Anwaltstag.

Die Versammlung behandelt hauptsächlich die durch einen preußischen Zirkularerlaß vom März d. J. angeregte Frage der Beschränkung der freien Advokatur und spricht sich im allgemeinen dagegen aus.

12. September. (Schlobitten.) Der Kaiser veröffentlicht folgenden Dankerlaß an die Provinz Ostpreußen:

Ich kann die Provinz Ostpreußen nicht verlassen, ohne Meiner lebhaften Befriedigung über die Mir während Meines mehrtägigen Aufenthalts überall dargebrachten Zeichen freudiger Teilnahme und treuer Ergebenheit erneuten Ausdruck zu geben. Insbesondere erwähne Ich den überaus herzlichen und großartigen Empfang, welchen Mir und der Kaiserin und Königin, Meiner Gemahlin, die Behörden und Einwohner Meiner Haupt- und Residenzstadt Königsberg an dem Tage bereitet haben, an welchem das Denkmal Meines in Gott ruhenden Herrn Großvaters, Majestät, enthüllt wurde. Wohlthuend war es für Mich hierbei, zu empfinden, daß allerhöchstdessen Andenken noch in ungeschwächter Verehrung fortlebt. Indem Ich Sie beauftrage, hierfür Unsern wärmsten Dank zur Kenntnis der Einwohner der Provinz zu bringen, will Ich gleichzeitig Meine besondere Anerkennung für die freundliche und gute Aufnahme aussprechen, welche diejenigen Kreise und Ortschaften der Provinz, welchen in diesem Jahre durch die größeren Truppen-Zusammenziehungen vermehrte Lasten erwachsen sind, den Truppen haben zu teil werden lassen. Wilhelm R.

12. September. Der Kaiser reist nach Swinemünde, wo bis zum 21. September große Flottenübungen abgehalten werden.

September. (Umsturzbekämpfung.) Infolge der Königsberger Rede des Kaisers ist die Erörterung in der Presse über die Bekämpfung der Umsturzparteien, der Sozialdemokraten und Anarchisten, wieder lebhafter geworden.

Die „Nordd. Allg. Ztg." kommt auf ihre bereits im Juli gemachte Aeußerung, daß Ausnahmebestimmungen gegen die Sozialdemokratie nichts ohne den Zusammenschluß der Ordnungsparteien vermöchten: „Wir erwarten, wenn nicht alles, so doch das Beste von einem energischen und systematischen Entgegenwirken der Ordnungsparteien gegen die sozialrevolutionäre Bewegung, von ihrem Entschluß, den Kampf gegen die Umsturzrichtung zur Zeit als die Hauptsache zu behandeln, der sich alle anderen Ziele unterordnen müssen."

Die „Kreuz-Ztg." lehnt den Gedanken eines Zusammengehens mit den Liberalen ab, da die konservative Partei nicht an der Seite der Atheisten und Juden in den Kampf für die Religion eintreten könne; sie ist viel eher einem Bündnis mit dem Zentrum geneigt. In demselben Sinne äußert sich der „Reichsbote".

Die „Germania" erklärt, der Kampf für die Religion müsse nicht mit den Liberalen geführt werden, sondern gegen sie. Die „Deutsche Reichs-Ztg." schreibt, in dem Kampfe für Religion und Ordnung könnten nur Konservative und Zentrum in Betracht kommen, da diese allein auf dem Boden des Christentums stünden.

Die mittelparteiliche Presse fordert wie früher energisches legislatorisches Vorgehen gegen die Sozialisten; so wird namentlich eine Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts gefordert. Die Kreuz-Ztg. nennt dies verächtlich Hilfsmittel zweiten Ranges, die man sich gefallen lassen könne, von denen man aber nicht viel erwarten dürfe; ein entschiedeneres Mittel sieht die „Kreuz-Ztg." in einem Volksschulgesetz Zedlitzschen Geistes.

14./15. September. (Erfurt.) Parteitag der Konservativen Thüringens.

Die Hauptrede hält Frhr. v. Manteuffel-Crossen: Die konservative Partei sei seit dem Tivolitage die geschlossenste Partei, geschlossener als Sozialdemokraten und Zentrum. Die freisinnige Behauptung, die konservative Partei könne nur eine Regierungspartei sein, sei unrichtig, aber von einer gewerbsmäßigen oder einer persönlichen Opposition gegen Graf Caprivi könne keine Rede sein, wie die Geschichte der Heeresverstärkung beweise. Die kons. Partei suche vor allem die wahrhaft nationalen Elemente, die produktiven Stände und den Mittelstand zu kräftigen und sei daher die beste Stütze einer geordneten Regierung. Frhr. v. Erffa erklärt, die Landwirtschaft könne allein wirkliche Hilfe bei den Konservativen finden.

Es wird ein Ausschuß gewählt, der in Thüringen für die konservative Sache wirken soll.

15. September. (Gotha.) Parteitag der freisinnigen Vereinigung in Thüringen.

Anwesend sind ungefähr 80 Delegierte, darunter die Abgg. Rickert und Pachnicke. Es werden Resolutionen angenommen gegen die Anwendung von Ausnahmegesetzen im Kampfe gegen Sozialisten und Anarchisten, ferner für die Deckung von Mehrausgaben des Reichs durch eine direkte Reichssteuer, für die Einführung einer einheitlichen Volksschule und deren staatlichen Charakter.

16. September. (Varzin.) Huldigungsfahrt von ungefähr 2000 Personen aus der Provinz Posen zum Fürsten Bismarck. Dessen erste Polenrede. Der Führer der Besuchenden, Landesökonomierat Kennemann verliest eine Adresse, worauf der Fürst antwortet:

Meine Herren! Zunächst muß ich leider Ihre Nachsicht in Anspruch nehmen, weil ich seit 2 Tagen von einem unpolitischen Gegner heimgesucht bin. Man nennt ihn „lumbago", zu deutsch „Hexenschuß", ein alter Bekannter seit 60 Jahren. Ich hoffe ihn zwar in kurzem zu überwinden und dann wieder nach allen Richtungen hin gerade stehen zu können, einstweilen aber geniert er mich.

Ich beginne mit einer Aeußerung auf die Worte, mit denen mein Herr Vorredner mich beehrt hat, mit einem Dank, der sich an ihn persönlich und demnächst an Sie alle richtet. Der Herr Vorredner und ich sind gleich alt, 1815 geboren, und verschiedene Lebenswege führen uns hier nach fast 80 Jahren wieder zusammen. Es ist mir eine große Freude, wenn ich auch diesen Lebensweg nicht so unbeschädigt zurückgelegt habe, wie der Herr Landesökonomierat. Wenn ich sage, ich bin ein Invalide der Arbeit, so könnte er das auch; aber seine Arbeit war vielleicht gesünder, das ist der Unterschied zwischen dem Landwirt und dem Diplomaten. Die Lebensweise des letzteren ist ungesunder und fällt mehr auf die Nerven. Zunächst also danke ich Ihnen, meine Herren, und ich würde Ihnen noch dankbarer sein, wenn wir uns alle bedecken wollten. (Heiterkeit.) Mir ist die natürliche Decke mit der Zeit versagt. (Heiterkeit.) Ich kann nicht bedeckt bleiben, wenn Sie es nicht sind.

Ich danke Ihnen, daß Sie keine Anstrengung gescheut haben, Ihr nationales Gefühl in dieser Weise auszudrücken, und diese Anstrengungen waren nicht ganz geringe, eine Nachtfahrt, eine zweite Nachtfahrt auf der Rückreise, unvollkommene Verpflegung, inkommode Coupébenutzung; daß Sie das alles überwunden haben und nicht davor zurückgeschreckt sind, das zeugt von der Stärke des nationalen Gefühls, welches Sie trieb, gerade hier Zeugnis abzulegen. Daß es gerade hier ist, ist für mich eine hohe Ehre, ich sehe darin die Anerkennung meiner Mitarbeit bei der Herstellung der Zustände, deren wir uns nach langer Zerrissenheit in Deutschland heutzutage erfreuen, Zustände, die immerhin ihre Unvollkommenheiten haben mögen, aber das Beste ist des Guten Feind, und wir haben in der Zeit der Herstellung dieser Zustände uns nie gefragt: Was können wir wünschen, sondern, was müssen wir haben! In diesem Maßhalten der germanischen Einigungsansprüche hat eine Hauptvorbedingung des Erfolges gelegen. Wir sind auf diesem Wege zu dem Ergebnis gekommen, welches eine verstärkte Bürgschaft für die Zugehörigkeit Ihrer Heimat zu dem Deutschen Reiche und dem Königreich Preußen bietet. Das Verhältnis der Kopfzahl des deutschen Fundaments unsres Gebäudes zu den, ich will nicht sagen Losen, aber weniger Bereitwilligen ist seitdem für das deutsche Element ein wesentlich günstigeres geworden. Wir stehen in nationaler Beziehung 48 Millionen deutsche Germanen 2 Millionen Polen gegenüber. Daß in einem solchen Verbande die Wünsche der 2 Millionen für die übrigen 48 Millionen nicht maßgebend sein können, liegt auf der Hand, namentlich in einem Zeitalter, wo doch die letzten politischen Entscheidungen auf Majoritätsabstimmungen gestellt sind. Die Kräfte, welche für die Zugehörigkeit dieser Landesteile eintreten, sind parlamentarisch sowohl wie militärisch stark genug, um sie zu verbürgen. Aber auch der Entschluß, diese Kräfte rechtzeitig anzuwenden, kann von keiner Seite bezweifelt werden; niemand hat einen Zweifel, wenn von höchster Stelle erklärt wird, ehe wir das Elsaß wieder aufgeben, müßte unsre Armee vernichtet sein, wie das in anderen Worten ausgesprochen worden ist. Dasselbe hat aber für die Ostgrenze Geltung, und zwar in verstärktem Maße, wir können beides nicht missen, Posen noch weniger als das Elsaß. Wir werden uns, nach dem Kaiserwort, schlagen bis auf den letzten Mann, ehe wir das Elsaß aufgeben, diese Deckung für unsre süddeutschen Landesteile. Aber München und Stuttgart sind durch eine feindliche Position in Straßburg und im Elsaß nicht mehr gefährdet, als Berlin gefährdet sein würde durch eine feindliche Position in der Nähe der Oder. Deshalb ist wohl anzunehmen, daß, wenn es je zur Entscheidung kommt, wir entschlossen sein werden, den letzten Mann und die letzte Münze in unsern Taschen für die Verteidigung

der deutschen Ostgrenze zu opfern, wie sie seit 80 Jahren besteht; und diese Bereitwilligkeit wird hinreichen, die Zugehörigkeit Ihrer Provinz als nach irdischen Begriffen vollständig verbürgt anzusehen. (Bravo!)

Wir haben uns beschränkt in den Ansprüchen Deutschlands auf das, was für unsre Existenz, was zum freien Atmen als große Nation in Europa, die wir sind, notwendig ist. Wir haben nicht an das gedacht, was in früheren Zeiten deutsch sprach und deutsch dachte, hauptsächlich infolge der Propaganda durch deutsche Höfe; man sprach früher im Osten wie im Nordosten und auch anderswo mehr deutsch als heutzutage. Man denke nur an unsern Bundesgenossen Oesterreich, wie geläufig war dort das Deutsche in den Tagen Josephs II. und der Kaiserin Maria Theresia, wo das Deutsche in Oesterreich-Ungarn stärker war als seither und als es zum Teil sein darf. Aber was wir an Ausdehnung dieser äußerlichen Zugehörigkeit aufgaben, haben wir an Intensität unsrer inneren Zusammengehörigkeit reichlich gewonnen. Die älteren Herren, wenn sie zurückdenken an die Zeiten vor Kaiser Wilhelm I., werden den Eindruck haben, daß der Mangel an Liebe zwischen den deutschen Stämmen ein sehr viel größerer war als heute, wir haben in dieser Beziehung doch Fortschritte gemacht, und wenn wir heute Aeußerungen unzweideutigster Art aus Bayern und Sachsen hören, und sie vergleichen mit Stimmungen, die uns bekannt sind aus früheren Zeiten, so müssen wir uns doch sagen, daß Deutschland in der Entwicklung in nationaler Richtung, welche alle europäischen Völker durchgemacht haben, mit raschen Schritten eingeholt hat, um was es zurückgeblieben war. Wir waren noch vor 40 Jahren in der landsmannschaftlichen Liebe gegen alle anderen Nationen zurück, heute ist das nicht mehr der Fall, und unsre Landsleute am Rhein, vom Bodensee und von der sächsischen Elbe bestreiten die Landsmannschaft nicht mehr, sondern sind nicht nur im Ausland, wo sie sich begegnen, sondern auch zu Hause in thatbereiter Liebe einander zugethan; ein einig Volk ist in merkwürdig kurzer Zeit geschaffen. Es ist das der Beweis, daß die ärztliche Kur, welche angewendet wurde, wenn auch mit Blut und Eisen, nur ein Geschwür, das längst reif war, aufgeschnitten und uns ein plötzliches Behagen und Wohlbefinden geschaffen hat. (Bravo!) Möge Gott geben, daß es von Dauer ist, und keinem Wechsel unterworfen; wie es verbreitet ist, das haben mir gerade in der Zeit, wo ich nicht mehr im Amt war, die Kundgebungen bewiesen, die ich von allen deutschen Volksstämmen — aus Baden, Bayern, Sachsen, Schwaben, Hessen — und aus Preußen von allen außerhalb der Provinzen Friedrichs des Großen erfahren habe. Ich habe also das Gefühl einer nationalen Uebereinstimmung aus ganz freiwilligen Kundgebungen, die niemand gemacht hat, die mir mitunter unbequem und unerwünscht gekommen sind, die aber immer mein patriotisches Herz mit Freude erfüllt haben und ein unisono zwischen allen deutschen Stämmen ergeben.

Soviel möchte ich bemerken für das Festhalten des heutigen staatlichen und nationalen Verbandes Ihrer Provinz. Wir singen „Fest steht und treu die Wacht am Rhein!“, aber sie steht an der Warthe und Weichsel ebenso fest. (Beifall.) Wir können nach keiner von beiden Seiten hin auch nur einen Morgen Landes missen und wenn es auch nur des Prinzips wegen wäre, und die Versuche, auf die in der Ansprache des Herrn Vorredners angespielt wurde, die infolge der 48er Bewegung gemacht wurden, diesen Zwang abzuschütteln, in dem wir damals in Preußen und Deutschland lebten, in Bezug auf die Festhaltung der Grenzen, diese Versuche, die Wünsche unsrer polnischen Nachbarn zu befriedigen, haben damit geendet, daß den polnischen Streitkräften, die sich im Vertrauen auf Berliner Zusicherungen unter General v. Willisen gebildet hatten, unter dem ebenfalls

preußischen General v. Colomb die Thore von Posen verschlossen wurden, und daß wir schließlich mit preußischen Truppen das polnische Insurrektionsheer, welches sich übrigens tapfer und ehrlich schlug, in blutigem Kampfe überwinden mußten. Ich bemerke dabei, daß der Kampf auch damals nicht mit dem polnischen Volk im allgemeinen, sondern doch nur mit dem polnischen Adel und seiner Gefolgschaft stattfand. Ich erinnere mich, daß polnische Soldaten, die ich damals in Erfurt, im Jahre 1850, gesprochen habe, ich glaube, es war das 19. Regiment, von den Gegnern nur als von den „Komorniks" sprachen — Sie kennen dieses polnische Wort für Tagelöhner. — So dürfen wir uns auch heute nicht darüber täuschen, daß die Zahl der Gegner eines friedlichen Zusammenlebens beider Stämme minder groß ist, als die Statistik es angeben kann.

Es bringt mich das auf die zweite Frage, die der Herr Vorredner berührte, auf das Zusammenleben beider Stämme in der Provinz. Ich glaube, viele von ihnen werden polnisch sprechende Knechte und Arbeiter haben und dabei doch den Eindruck haben, daß diese Gefahr nicht von diesen unteren Schichten der Bevölkerung ausgeht (Zustimmung); mit denen ist fertig zu werden und von denen geht eine Unruhestiftung nicht aus, die sind weit friedfertiger und keine Förderer einer uns feindlichen Bewegung, abgesehen davon, daß Sie vielleicht eines anderen Stammes sind als der polnische Adel, dessen Einwanderung in die slawischen Gaue sich in dem Dunkel einer grauen Vorzeit verliert. Um die ganze große Zahl der arbeitenden und bäuerlichen Volksklasse vermindert sich also die statistische Zahl der Gegner eines friedlichen Zusammenarbeitens. Die Massen des unteren Standes sind zufrieden mit der preußischen Verwaltung, die vielleicht nicht immer vollkommen sein mag, aber in jedem Falle besser und gerechter ist, als es in den Zeiten der polnischen Republik der Fall war, und damit sind sie zufrieden. Es ist nicht mein Programm gewesen, daß bei der Ansiedelungskommission vorzugsweise auf die Neusiedelung kleiner Leute deutscher Zunge Bedacht genommen wurde, die sind polnischen Bauern nicht gefährlich und es ist für uns auch ziemlich gleichgültig, ob sie polnisch oder deutsch sind; die Hauptsache war, daß der große Grundbesitz Domäne wurde, unter einem Pächter, auf den der Staat fortdauernd Einfluß behält. Das Bedürfnis, rasch zu kolonisieren, ist von anderer, kompetenter Stelle ausgegangen, aber nicht von mir. Ich habe diese Maßregel nur anregen, aber nicht überwachen können, Sie können daraus schon entnehmen, daß die Schwierigkeiten, die ich in meiner 40jährigen politischen Thätigkeit gefunden habe, sich nicht auf die Massen der polnischen Arbeiter und Bauern erstrecken, sie wurden mir vielmehr wesentlich vom polnischen Adel, der unterstützt wird von der polnischen Geistlichkeit, bereitet. (Zustimmung.) Ich fasse den Begriff vielleicht zu eng; mir sind viele Vorgänge bekannt, daß auch deutsche Geistliche (Leider!) um des lieben Friedens willen geholfen haben, zu polonisieren. Es ist das eine Eigentümlichkeit unsres Stammes, die ich nicht gerade tadeln will, daß wir die Konfession oft höher stellen als die Nationalität; bei unsern Gegnern, Polen und Franzosen, ist das umgekehrt, dort steht die Nationalität höher als die Konfession, darunter leiden wir. Aber wir haben ein gewisses psychisches Gegengewicht, wenn die Staatsregierung das deutsche Element rückhaltlos unterstützt. Es ist immer im Familienleben das konfessionelle Element, besonders den stets von mir bewunderten polnischen Frauen gegenüber, von großer Wirkung; zu denen hat der Geistliche mehr Zutritt als der Landrat und der Richter. Aber es bleibt immer ein mächtiges Gewicht in der Wagschale der beiden Nationen, ob die preußische Regierung ihren Einfluß in voller Entschlossenheit und auch mit einer für die Zu-

kunft in keiner Weise anzuzweifelnden Deutlichkeit ausübt — vestigia terrent! Es ist das ja wie 1848, wo in Deutschland eigentlich die polnische Nation und ihre Pflege — nein, nicht 1848, ich meine 1831—32 — mehr im Vordergrund stand als die des Deutschtums. Seitdem ist doch ein Fortschritt in politischer Beziehung zu verzeichnen.

Ich muß mich jetzt etwas auf Ihre Nachsicht berufen für meinen lumbago. (Setzen, Durchlaucht!) Es wird nicht besser durch Sitzen, ich kenne diesen Gast aus langjähriger Erfahrung.

Also ich sprach von der Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens beider Nationalitäten; unmöglich ist das nicht! Sehen wir doch, daß in der Schweiz drei sich gegenüberstehende Nationalitäten, die deutschen, französischen und italienischen Schweizer ohne Bitterkeit über gemeinsame Angelegenheiten sich beraten. Wir sehen, daß in Belgien die germanischen Vlämlinge und die gallischen Wallonen in freiem Staatsverbande zusammenleben. Wir sehen, daß auch mit Polen unter Umständen zu leben ist, wenn wir an Ostpreußen denken, wo die polnischen Masuren, die Litauer und die Deutschen friedlich zusammenarbeiten, ohne daß bisher, weil jede Aufhetzung gefehlt hat, eine nationale Verstimmung bemerkbar war. Nun kann man allerdings sagen, daß dort der katholische Geistliche mit seinen Sonderinteressen fehlt; aber betrachten Sie Ihre Nachbarn in Oberschlesien. Haben dort nicht lange Jahrhunderte die beiden Nationalitäten in Frieden gelebt, obwohl auch dort der konfessionelle Unterschied vorhanden ist? Was ist es nun, was in Schlesien fehlt und es uns dadurch möglich gemacht hat, Jahrhunderte lang dort in konfessioneller Eintracht zu leben? Es thut mir leid, es sagen zu müssen, es ist der polnische Adel und nur der Adel und die polonisierende Geistlichkeit! Nun kann der Adel ja auf Polen noch mehr als auf Deutsche einen großen Einfluß ausüben. Aber die statistische Ziffer, mit der wir als aktiv und aggressiv polnischen Gegnern zu rechnen haben, verringert sich doch bedeutend. Der Adel denkt nur an die Zeit, wo er allein herrschte, und kann die Erinnerung nicht aufgeben an die Zeit, wo er sowohl den König wie den Bauern beherrschte. Nun, dazu ist der polnische Adel doch zu gebildet, daß er glauben könnte, die Zustände der polnischen Adelsrepublik könnten je wiederkehren. Aber ich sollte mich wundern, daß der polnische Bauer die Geschichte Polens so wenig kennen und nicht davor zurückschrecken sollte, eine Wiederholung dieser Zustände herbeizusehnen, denn es wäre für ihn etwas, wie ein nasses Jahr für den Bauern, wenn der Adel wieder zur Regierung käme. Sie finden unter den nationalpolnischen Abgeordneten, die gewählt werden, fast nur Adelige oder deren Verwandte, einen polnischen Bauern als Abgeordneten erinnere ich mich nicht jemals im Reichstag oder Landtag getroffen zu haben. Vergleichen Sie damit die anderen politischen Parteien. Ob es polnische „Bürger“ in unserm Sinne gibt, weiß ich überhaupt nicht, der städtische Mittelstand ist dort eine schwache Seite. Also wenn man den Gegner auf sein richtiges Größenverhältnis zurückführt, wird man mutiger in seinen Entschlüssen, und wenn ich diejenigen entmutigen könnte, die ihrerseits den polnischen Adel noch mehr ermutigen, so würde mich das sehr freuen! (Beifall.) Mit Ihnen, meine Herren, die den beschwerlichen Weg hierher gemacht haben, fühle ich mich einer Meinung, auf andere Elemente habe ich keinen Einfluß. Nun, die Hoffnung wollen wir trotz aller Wechselfälle nicht aufgeben!

In der Ansprache des Herrn Vorredners war auch von „Schwankungen“ die Rede. Ja, diese Schwankungen bezeichnen unsre ganze Polenpolitik von 1815 bis heute, je nachdem polnische hochstehende Familien am Hofe Einfluß gewannen. Sie kennen alle die Familie Radziwill und ihren

Einfluß auf den Hof Friedrich Wilhelms IV. und so geht es weiter. Vergleichen Sie aber doch, wenn wir jetzt eine Stichprobe zwischen der Stimmung im Lande von 1832 und heute machen können, so hat das Bewußtsein, im Großherzogtum Posen deutsche Landsleute zu besitzen, bedeutend zugenommen. Solch ein kindlicher Polenkultus, wie er in meiner Jugendzeit herrschte, wo man in unsern Singstunden uns polnische Lieder lehrte, allerdings zugleich mit der Marseillaise, wäre jetzt undenkbar. Der polnische Edelmann, eines der reaktionärsten Gebilde, die Gott jemals geschaffen hat, war hier verbunden mit der französischen Revolution, und die Sache des Liberalismus wurde durch den Mangel an politischem Scharfblick — ich habe da besonders die Berliner im Auge — mit der Sache der Polen vermengt. Das saß bei jenen Bürgern doch sehr tief.

Wenn Sie die Gesamtheit Ihrer 48 Millionen deutscher Landsleute fragen, und wenn Sie dieses Urteil Ihrer Leute vom Gros der deutschen Armee mit dem vergleichen, was in den Zeiten der Platenschen Polenlieder in den deutschen Herzen spukte, so können Sie doch die Hoffnung auf weitere Entwicklung gewinnen. Es ist doch ein langsamer Fortschritt zu verzeichnen, freilich mit Rückschritten, es ist, wie wenn man einen sandigen Berg hinaufsteigt, oder in der Lava des Vesuvs. Oft gleitet man wieder zurück, aber im ganzen kommt man doch vorwärts. Je stärker sich das Nationalgefühl entwickelt, desto stärker wird ihre Stellung werden in der Diaspora. Lassen Sie den Mut nicht sinken, wenn auch gleichzeitig Wolken am Himmel vorhanden sind, namentlich in diesem regnerischen Jahre; die Wolken werden wieder verschwinden Die Zugehörigkeit von Warthe und Weichsel ist unerschütterlich. Wir haben Jahrhunderte lang ohne die Reichslande gelebt, wie aber unsere Existenz sich gestalten sollte, wenn ein neues Polenreich sich bildete, das hat noch niemand zu denken gewagt. Früher war es eine passive Macht, jetzt würde es, unterstützt von anderen europäischen Nationen, eine aktive Macht werden, und solange es nicht Westpreußen, Danzig und Thorn — ich weiß nicht, was der leicht erregbare polnische Geist noch sonst erstreben würde — in seinen Besitz gebracht hätte, würde es stets der Bundesgenosse unsrer Feinde sein.

Deshalb ist es Mangel an politischem Geschick oder politische Unwissenheit, wenn man sich für die Sicherheit der Ostgrenze auf den polnischen Adel verlassen wollte, oder wenn man glaubte, den irgendwie oder irgendwo dafür zu gewinnen, daß er mit dem Säbel in der Faust für deutschen Besitz eintreten wird, so ist das eine Utopie! Lernen wir aber von den Polen eins, festes Zusammenhalten unter uns! Die Polen haben auch Parteien, aber sowie nationale Interessen in Frage stehen, schwinden alle Parteifragen. Möge es doch bei uns auch so werden, daß wir in solchen Fragen in erster Linie nicht einer Partei angehören, sondern der Nation, und mögen wir unter einander noch so uneinig sein, so muß man in unsern östlichen Grenzländern doch, sobald nationale Fragen herantreten, die Parteistreitigkeiten nach der alten Berliner Redensart vertagen: „Davon nach Neune!“ ... Jetzt heißt es fechten und zusammenstehen. Das ist gerade so wie in kriegerischen Verhältnissen — zu meiner Freude sehe ich ja viele hier, die dergleichen mitgemacht haben — als ob da im feindlichen Feuer, ehe man zur Sturmattacke vorgeht, man sich überlegen wollte, ob man dem benachbarten Fortschrittsmann oder dem Reaktionär Hilfe leistet.

Wir müssen alle Parteiunterschiede vergessen und eine geschlossene Phalanx bilden, innerhalb deren der fortschrittliche Speer dem Feinde ebenso entgegengehalten wird, wie der reaktionäre und absolutistische. Wenn wir uns darüber einigen, und die Gefahren der Zukunft zwingen uns dazu, dann werden wir auch unsre Frauen und Kinder für dasselbe Ziel ge-

winnen. Und haben wir die Frauen erst und die Jugend — und eine nationale Erziehung gehört zu unsern heutigen Aufgaben — dann sind wir gesichert für alle Zeiten. Ich hege das Vertrauen, daß die deutsche Frau hierfür alle Eigenschaften besitzt, und ich bitte Sie deshalb, mit mir ein Hoch auszubringen auf die deutschen Frauen im Großherzogtum Posen; und möge das Deutschtum feste Wurzel fassen in Ihrem Lande! Hoch! Hoch! Hoch!

Meine Herren! Das beste Mittel gegen das Leiden, das ich habe, ist, wie ich eben finde, daß ich mich frei aussprechen kann; ich sah dem Augenblick, mit Ihnen zu sprechen, mit einiger Besorgnis entgegen, aber nun ist mir wieder wohler als vorher. (Jubelnde Zustimmung.)

16. September. Teilnahme der preußischen Polen am polnischen Nationalfeste in Lemberg **s. Österreich.**

17. September. (Dortmund.) Niederlage der Sozialisten.

Bei den Wahlen für das Gewerbegericht siegt die Liste der christlich-patriotischen Partei gegen die sozialistische Liste.

20. September. (Polenfrage.) Artikel der „Köln. Ztg.“ „Polnischer Hochmut und deutsche Demut. (Vgl. 26. Sept.).

Die „Köln. Ztg.“ bringt anläßlich einer Besprechung der Posener Bismarckfahrt einige Ereignisse zur Sprache, die die Unterdrückung des Deutschtums durch die Polen erweisen sollen. So soll der kommandierende General des 5. Armeekorps v. Seeckt die Beteiligung einer Militärkapelle an der Varzinfahrt verboten haben. „Dieses Verbot“, schreibt die „K. Z.“, „muß wohl selbst die besondere Aufmerksamkeit des Kaisers erregt haben; denn wir glauben zu wissen, daß sich der Kaiser bei dem General v. Seeckt nach den Gründen des Verbotes erkundigt hat. Die Antwort, die hierauf dem Kaiser, irren wir nicht, sowohl vom kommandierenden General als vom Oberpräsidenten geworden ist, soll dahin gegangen sein, daß man der Militärkapelle deshalb nicht die Teilnahme gestattet habe, weil die ganze Huldigungsfahrt auf eine böswillige Kundgebung gegen die kaiserliche Politik hinauslaufe. Nun sind wir aber überzeugt, daß eine solche Absicht gar nicht vorlag, und die Reden haben das vollauf bestätigt. Für wie wenig staatsgefährlich man die Fahrt nach Varzin ansah, geht ja auch schon daraus hervor, daß das zweite Armeekorps ohne weiteres dem Komitee zwei Militärkapellen in Uniform zur Verfügung stellte. Der Grund, den die Behörden vorschieben, hat denn auch mit ihrer eigentlichen Haltung gar nichts zu thun, sondern liegt sehr viel tiefer. In der sogenannten Bismarckpresse wird die Sache manchmal so dargestellt, als ob sich die Haltung der Regierung gegen den Reichskanzler richte, aber auch das ist ganz unzutreffend. Die Lösung des Rätsels liegt einfach darin, daß man den Deutschen Posens nicht gestatten will, sich an einer Kundgebung zu beteiligen, die den Polen unerwünscht ist und gegen die diese alle ihnen zur Verfügung stehenden Einflüsse aufwenden.“

Ferner soll der Oberpräsident der Provinz Posen v. Wilamowitz-Möllendorf den Beamten die Beteiligung untersagt haben, während polnische Demonstrationen kein Hindernis fänden; so habe sich ein polnischer Graf, auf dessen Schlosse Prinz Georg v. Sachsen Quartier nahm, geweigert, eine deutsche Fahne zu hissen. „Und fragt man nach dem Grunde einer solchen schwächlichen Haltung, so gibt es nur den einen: Furcht vor den Polen. Es scheint als ob die Regierung, d. h. der preußische Minister des Innern, sich jedes Einflusses auf seine Untergebenen in Posen begeben

hätte; denn für diese scheint in erster Linie der persönliche Einfluß des polnischen Adels maßgebend zu sein. Man erzählt sich dort, daß der sehr gewandte, äußerst liebenswürdige und diplomatisch veranlagte Erzbischof v. Stablewski, der Repräsentant eines alten polnischen Adelsgeschlechtes, einen maßgebenden Einfluß auf den Oberpräsidenten und den kommandierenden General gewonnen habe, einen Einfluß, der sich zuerst gesellschaftlich, dann aber auch politisch bemerkbar mache. Offensichtlich tritt das Bestreben des Erzbischofs hervor, die Rolle eines „Primas von Posen" zu spielen, dafür spricht sein ganzes Auftreten, insbesondere bei den Landfahrten durch die Provinz, wobei er dem sechs- oder achtspännigen Wagen gern ein Geleit von Ulanen in polnischer Nationaltracht vorreiten läßt. Daß der Erzbischof der bevorzugte Berater des Oberpräsidenten ist, zu dem dieser oft seine Zuflucht nimmt, geht schon rein äußerlich daraus hervor, daß der Oberpräsident sehr häufig den Erzbischof aufsucht, so daß es beinahe den Anschein gewinnt, als ob der Oberpräsident den Erzbischof als eine höhere Autorität anerkenne. Von Besuchen des Erzbischofs beim Oberpräsidenten hört man nichts. Wohl aber verlautet, Herr v. Wilamowitz-Möllendorf sei durch seinen vertrauten Verkehr mit dem polnischen Adel und der polnischen Geistlichkeit zu der Ueberzeugung gekommen, es sei überhaupt nicht mehr möglich, sich der fortschreitenden Polonisierung Posens zu widersetzen, und man müsse froh sein, wenn man die Polen nur in einigermaßen milder Stimmung erhalten könne."

21. September. (Koscielski.) Erklärung des Hrn. v. Koscielski in der „N. Fr. Presse" s. Österreich.

21./23. September. (Eisenach.) Parteitag der freisinnigen Volkspartei Thüringens.

Anwesend sind ca. 400 Delegierte aus 170 Wahlkreisen. Die allgemeinen Bestimmungen des Programms, Aufrechterhaltung der bundesstaatlichen Verfassung, Gleichheit vor dem Gesetz, Recht der Meinungsäußerung u. s. w. werden ohne längere Debatte angenommen, dagegen kommt es über die Volksschule zu einem lebhaften Meinungsaustausche, in dem Abg. Richter nur mit Mühe seinen Willen, Ablehnung der Volkseinheitsschule, durchsetzen kann. Ferner wird im Programm die Reform des Einjährig-Freiwilligen-Instituts gefordert.

Viele freisinnige Kreise sind mit dem Verlaufe des Parteitags unzufrieden, so veröffentlicht die „Volks-Ztg." eine Zuschrift, in der es heißt: „Es habe sich auf dem Parteitage eine Unsumme von Unzufriedenheit angehäuft, weil Richter bei jedem kritischen Fall die Kabinetsfrage gestellt habe. Sobald ein der Parteileitung nicht genehmer Antrag Aussicht auf Annahme zu haben schien, drohte Richter mit seinem Rücktritt. Die treuesten alten Anhänger sind verstimmt und werden in ihrem Schaffen erlahmen. Der Parteitag in Eisenach ist der Todestag der freisinnigen Volkspartei, das sei der Ausspruch vieler Delegierten zum Parteitage.... Der Abg. Richter befolgt dieselbe Taktik, die er bereits auf dem Berliner Parteitage versucht hat. Denn schon auf diesem hat der Abg. Richter mit seinem Rücktritt gedroht, wenn die Forderung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für die Kommunen in das Programm aufgenommen würde. Was diese Taktik bedeutet, wird erst dann verständlich, wenn man weiß, daß niemand mit größerer Spottlust sich darauf losstürzte, als der Abg. Richter, wenn der frühere Reichskanzler bei kritischen Gelegenheiten die Kabinetsfrage stellte."

22. September. (Aschaffenburg.) Parteitag der deutschen Volkspartei.

Abg. Hausmann erstattet den Parteibericht, Abg. Galler den Bericht über die Thätigkeit der Reichstagsabgeordneten. Die Versammlung erklärt sich mit der Haltung der Reichstagsabgeordneten einverstanden.

22. September. Der Kaiser in Thorn. Verurteilung der polnischen Propaganda.

Bürgermeister Kohli begrüßt den Kaiser und betont, daß die Bürgerschaft Thorns von jeher wie die Marienburgs ein Hort deutscher Gesinnung gewesen sei. Der Kaiser erwidert: „Die Worte, die Sie soeben als Ausdruck der Treue der Bewohner Ihrer Stadt gesprochen haben, sind Mir zu Herzen gegangen. Die Geschichte der Stadt Thorn ist eine der bewegtesten und interessantesten unter allen Städten Meiner Monarchie. Sie hat aber in allen wechselnden Schicksalen das eine nicht aus dem Auge gelassen, daß sie gerade so, wie Marienburg, seit ihrer Gründung eine deutsche Stadt ist. Ich habe Mich gefreut, wahrzunehmen, daß Thorn das Deutschtum zu bewahren bestrebt ist, und hoffe, daß Meine soeben gesprochenen Worte auch in Thorn das rechte Verständnis finden werden. Es ist zu Meiner Kenntnis gekommen, daß leider die polnischen Mitbürger hierselbst sich nicht so verhalten, wie man es erwarten und wünschen sollte; sie mögen es sich gesagt sein lassen, daß sie nur dann auf Meine königliche Gnade und Teilnahme in demselben Maße wie die Deutschen rechnen dürfen, wenn sie sich unbedingt und voll als preußische Unterthanen fühlen. Ich hoffe, daß die Thorner polnischen Mitbürger sich entsprechend dem, was Ich in Königsberg gesagt, verhalten werden, denn nur dann, wenn wir alle Mann an Mann, geschlossen wie eine Phalanx zusammenstehen, ist es möglich, den Kampf mit dem Umsturz siegreich zu Ende zu führen. In der Erwartung, daß die Stadt Thorn ein Hort dieser Gesinnung bleibe, sage Ich Ihnen Lebewohl!"

Ferner soll der Kaiser in Bezug auf die Polen gesagt haben: „Was Ich heute gesagt habe, mag wohl beachtet werden. Ich kann auch sehr unangenehm werden."

23. September. (Varzin.) Huldigungsfahrt einiger Tausend Westpreußen zum Fürsten Bismarck. Dessen zweite Polenrede.

Auf eine Ansprache des Herrn v. Fournier erwidert der Fürst: „Meine Herren und Damen! Ich fühle mich hochgeehrt durch Ihre Begrüßung und erfreut, hochgeehrt, daß Sie die Weite des Weges, die Unbilden des Wetters nicht gescheut haben, um heute mich hier zu begrüßen, lediglich angezogen durch das Gefühl des gegenseitigen Wohlwollens und der beiderseitigen Liebe zum gemeinsamen Vaterlande. (Großer Beifall.) Keiner von Ihnen hat von mir etwas zu hoffen, zu fürchten oder zu erwarten, was ihn irgendwie dazu treiben könnte, mir die hohe Ehre zu erzeigen, die mir heute widerfährt. Es ist lediglich das Gefühl der gemeinsamen Liebe zum Vaterlande, was uns heut hier zusammenführt (Beifall), und deshalb um so erhebender für mich, daß meine Person zur Adresse dieser Aeußerung gewählt wird. Es ist das eine Auszeichnung, die, soviel ich weiß, noch keinem meiner Vorgänger und Kollegen im preußischen Ministerium widerfahren ist, daß im Dienst oder fünf Jahre nach Ausscheiden aus dem Dienst ihm eine Anerkennung derart zu teil wurde, wie sie mir von Ihnen schon im vorigen Jahre zugedacht war und heut zu teil wird,

wie sie mir vor acht Tagen von unseren Posener Landsleuten zu teil wurde und wie ich sie aus dem Westen und Süden Deutschlands fast ausnahmslos erfahren habe. Es ist für mich erhebend, zugleich auch etwas beschämend, daß meine Leistungen eine so hohe Anerkennung finden; ich habe nichts gethan als meine Schuldigkeit im Dienste eines Herrn, dem ich gerne diente und mit dem mich das Gefühl gegenseitiger Treue verband.

Es sind acht Tage her, daß unsere Landsleute mich an derselben Stelle hier besuchten, und wir haben seitdem Gelegenheit, in der deutschen und in der polnischen Presse mannigfache Aeußerungen unserer Freunde und unserer Feinde über diesen Vorgang zu lesen. Ich ganzen kann ich wohl sagen — verzeihen Sie, wenn ich mich bedecke, meine Damen, ich bin noch nicht ganz so gesund, wie ich gern sein möchte, und wenn die Herren (Nein, nein!) dies auch thun wollten, so würde ich mich berechtigter fühlen — es ist mir eine Freude gewesen, zu sehen, daß die meisten Aeußerungen in der deutschen Presse, auch selbst von Seiten her, bei denen ich sonst nicht immer Wohlwollen finde, doch in dieser unserer Begegnung von vor acht Tagen einen Ausbruch nationaler Gesinnung erkannt haben, gegen den das Uebelwollen der Parteiunterschiede nicht Stand hielt, sondern sie haben sich unbedingt dazu bekannt. Die polnische Presse natürlich nicht, sie drückte bei dieser Gelegenheit in erster Linie ihre Verwunderung aus, daß ich mich nicht stärker ausgedrückt hätte heute vor acht Tagen (Heiterkeit), mit anderen Worten, daß ich mich gegen die Bestrebungen des polnischen Junkertums nicht gröber ausgesprochen habe (lebhafte Heiterkeit); sie haben also doch das Gefühl, daß das zu erwarten gewesen wäre (Sehr gut! Beifall). Es ist das schlechte Gewissen, das aus ihnen spricht; sie waren auf schärfere Kritik noch gefaßt, ein Bewußtsein ihrer eigenen Thaten, die sie kürzlich in Lemberg bethätigt und ausgesprochen haben.

Die polnische Szlachta — ich beschränke meine Kritik auf den polnischen Adel — hat mit der Sozialdemokratie das gemein, daß sie ihre letzten Ziele nicht offen darlegt, aber es ist doch offenbar wieder ein Unterschied; die Sozialdemokratie verschweigt sie, weil sie sie wirklich nicht kennt und nicht weiß, was sie darüber sagen soll, die Polen wissen es aber ganz genau und können doch nicht dicht halten; das klingt überall heraus, jetzt neuerdings in Lemberg und sonst auch bei uns in Posen schwebt ihnen immer vor die Wiederherstellung der alten polnischen Adelsrepublik in einer Ausdehnung vom Schwarzen Meere bis zum Baltischen Meere, 33 Millionen, das ist ihnen ganz geläufig, und wenn es auch einstweilen nur kleine Anfänge sind von einem Pufferstaate, wie sie es nennen und mit dessen Eventualität sich manche deutsche Polenfreunde befreunden. Also entweder ein polnisches Königreich oder eine Republik, wie die alte Bezeichnung lautet, bestehend aus dem heutigen Kongreßpolen mit Warschau als Hauptstadt und Lemberg als Zubehör. Ich weiß zwar nicht, wie auch diese geringere und anfängliche Etappe für ein Großpolen erreicht werden sollte ohne einen vollständigen Zusammenbruch aller europäischen Verhältnisse. Ich will mich in das Wie nicht vertiefen, ebensowenig wie die Polen sich darüber klar sind, wie dies gemacht werden soll. Aber nehmen wir einmal an, daß es ohne große europäische Konvulsionen möglich wäre, ein vergrößertes Herzogtum Warschau, ein Königreich Polen mit Warschau und Lemberg als Hauptstädten hinzustellen — was wäre dann für uns die Folge davon? Ich will garnicht sagen für Oesterreich. Es wäre ein Pfahl im Fleisch für Oesterreich und vor allen Dingen eine Verdeckung unserer neuen und, wie ich hoffe, dauernden Bundesgenossenschaft mit Oesterreich, wenn unter österreichischer Aegide ein solches neues Kongreßpolen geschaffen werden sollte. Die Schwierigkeiten der österreichisch-ungarischen Monarchie würden

in einem solchen Falle bis zur Unmöglichkeit kompliziert werden durch die nie zu befriedigenden Ansprüche dieser dritten Macht in der Trias Ungarn, Cisleithanien und Polen.

Aber ich spreche von einer Utopie, die ja ganz unerreichbar ist. Wie sollte man dazu kommen? Aber wenn es erreichbar wäre, selbst im Frieden, so wäre es für uns ein Unglück. Uns war meiner Ueberzeugung nach, und ich stehe seit vierzig Jahren in der großen europäischen Politik, die russische Herrschaft, die russische Nachbarschaft zwar oft unbequem und bedenklich, aber doch lange nicht in dem Maße, wie es eine polnische sein würde (Lebhafter Beifall), und wenn ich die Wahl zwischen beiden habe, so ziehe ich immer noch vor, mit dem Zaren in Petersburg zu verhandeln zu haben, als mit der Szlachta in Warschau. Es liegt das ja nicht im Bereiche der Wahrscheinlichkeit und Möglichkeiten und ich spreche von phantastischen Konjekturen, aber die Polen rechnen damit, sprechen davon und glauben daran und werden zuweilen ermutigt durch deutsche Gutmütigkeit und deutsches Wohlwollen. (Zustimmung und lebhafter Beifall.)

Das ist, was ich hauptsächlich betone, wogegen ich kämpfe, gegen den Rest von Glauben an das polnische Junkertum, der sich bei manchem deutschen Liberalen noch immer vorfindet. Es ist immer ein Irrtum; ein Schutzstaat gegen russische Invasion ist selbst das starke Großpolen von vor 1772 nie gewesen. Die russischen Armeen marschierten nach Zorndorf und Kunersdorf nach ihrem Belieben quer durch Polen durch und niemand hielt sie auf. Und die Franzosen, wie sie sich im Kriege mit Rußland befanden und auf den Rückzug gerieten, haben bei ihren polnischen Freunden kein Replis und keinen Halt gefunden, sie haben sich nicht aufhalten lassen. Die Polen haben sich tapfer geschlagen im Jahre 1830 und 1831, aber das war eine geschulte polnische Armee unter Leitung des Großfürsten Konstantin, der sich innerlich freute, wenn die von ihm vorzüglich einexerzierte rein polnische Armee den Russen gegenüber Siege gewann und der sich die Hände darüber rieb, daß seine Polen dies thaten (Hört! hört!). Ohne eine solche, ein halbes Menschenalter dauernde Vorbereitung, wie sie die polnische Armee damals hatte — und sie war wirklich eine gute Truppe damals —, wären selbst die Leistungen von 1831 nicht möglich gewesen. Und sie waren doch nicht einmal nachhaltig. Sie konnten sich selbst in dieser Notlage unter einander nicht vertragen. Im Frieden sind sie schon einig, solange sie dem geduldigen Deutschen gegenüberstehen; aber sowie sie frei sind, das Terrain für sich allein haben, sind sie uneinig. So würde es auch später sein.

Nun, ich spreche immer nicht in der Hoffnung und in der unfruchtbaren Absicht, den polnischen Adel zu gewinnen und zu bekehren, sondern ich spreche nur in der Hoffnung, bei unseren deutschen Landsleuten den letzten Rest von Polen-Sympathie, von Sympathie für Polonisierung und für das polnische Junkertum zu bekämpfen und auszurotten und meine deutschen Landsleute zu bewegen, daß sie gegenüber diesen phantastischen Bestrebungen und Sympathien fest zusammenhalten und sie sich auch nicht bis an den Mantel kommen lassen (Heiterkeit, Beifall), viel weniger bis ins Herz hinein, wie es bei uns mitunter früher geschehen ist. (Zustimmung.) Der deutsche Liberale hat immer für den preußischen Adel, sobald er ihm nicht bequem war, sofort die Bezeichnung „Junkertum“ bereit gehabt, von dem polnischen Adel, der ja viel mehr Junker ist, als der preußische und deutsche es je in seinem Leben war und sein konnte, haben sie immer nur von „nationalen Bestrebungen“ gesprochen, während die ganzen polnischen Bestrebungen, mit denen wir zu kämpfen haben, reine Kastenbestrebungen sind, für die Kaste des Adels, gegen die anderen. Wir könnten

ohne den Adel und die Geistlichkeit mit der Masse der polnischen Bevölkerung vollständig in Frieden leben. Sie würde für die Wohlthaten eines geordneten, gesetzmäßig lebenden Staates, für die Möglichkeit, auch gegenüber den stärksten Magnaten Recht zu finden, dankbar sein. Das sehen sie und verlangen nicht mehr. Sie sind auch nicht offensiv gegen das Deutschtum, das ist nur der Adel.

Und das Deutschtum hat sich bisher gegen diese Angriffe immer defensiv verhalten. Wir sind immer defensiv gegenüber den Polen gewesen, und wenn wir einmal einen Vorstoß gemacht haben wie mit dem Ankaufsgesetz, so haben wir sofort in unseren Reihen Leute gehabt, die ein schlechtes Gewissen hatten. Ob dies Gesetz den Polen ein Aergernis ist, darauf kommt es gar nicht an. Dieses Ankaufsgesetz ist ein Bestreben gewesen, mit unserm unversöhnlichen Gegner dort in einer freundlichen Weise aufzuräumen (Große Heiterkeit). Es liegt nicht in unserer Sitte, zu konfiszieren oder zu verjagen oder ein Gesetz zu geben, wonach jeder polnische Edelmann in bestimmter Zeit verkaufen muß, sondern wir geben ihnen den Preis ihres Gutes.

Wir sind, wie ich glaube, etwas zu eilig in dieser Sache vorgegangen. Daß der Fonds bewilligt wurde vom Landtage, war ja sehr erfreulich, aber man hatte zu viel Eile, ihn zu verwenden, man wollte sofort am Donnerstag schon die Früchte von dem sehen, was am Montag gesät worden. Man hätte sich Zeit lassen sollen. Mit der Zeit, auf dem Wege der Rentengüter fand es sich ja wohl, da konnte man allmählich eine deutschtreue Bevölkerung, wenn nicht eine deutsche, in Ruhe herstellen. Aber ich glaube, man mußte zuerst das Hauptobjekt ankaufen und dann den angekauften Besitz des Adels in Händen behalten und sich dann Zeit lassen, ihn nach Umständen zu benutzen. Aber Ueberhastung ist ja immer ein Unglück.

Nun, meine Herren, ich habe vorher das Phantasiegebilde eines polnischen Staates, wie er, glaube ich, nie entstehen wird, aber ein Phantasiegebilde, mit dem doch manche unserer Landsleute als Möglichkeit rechnen, ausgemalt. Wenn das der Fall wäre, so würden gerade Sie in Westpreußen das Hauptobjekt der Versuchungen für polnische Begehrlichkeit sein. Danzig ist für einen polnischen Staat mit Warschau doch ein dringenderes Bedürfnis als Posen; Posen, werden sie denken, läuft ihnen nicht weg, denn da ist ein Erzbischof (Große schallende Heiterkeit), Danzig würde die erste Stadt sein, die ein Warschauer Staat an der Seeküste überhaupt haben müßte. Sie würden nicht eher Ruhe haben. Der Thatsache, daß Westpreußen nie ursprünglich zu Polen gehört hat, während Posen dazu gehört hat, steht also das größere Bedürfnis eines polnischen Reiches nach Danzig gegenüber, und Sie würden, wenn wir jemals Schiffbruch mit den bisherigen europäischen Zuständen litten, mit Danzig weit gefährdeter sein als mit Posen, obwohl der Anspruch ein minderer ist. Posen ist polnischer Besitz gewesen, Westpreußen ursprünglich nicht. Auf dem rechten Ufer der Weichsel wohnten die Preußen, gegen die Herzog Konrad von Masovien den deutschen Orden zu Hilfe rief, weil er sich ihrer nicht selbst erwehren konnte. Und der deutsche Orden hat das Land auf dem rechten Ufer der Weichsel den heidnischen Preußen abgenommen und zivilisiert und hat einen Ordensstaat gegründet, der im 14. Jahrhundert von der Neumark bis nach Esthland reichte und eines der mächtigsten und vor allen Dingen eines der blühendsten und zivilisiertesten Reiche des damaligen Europa war. Ich brauche Ihnen die Geschichte Ihres Landes nicht zu erzählen, sie ist Ihnen nicht fremd. Auch auf dem linken Weichselufer war kein polnischer Besitz, Pommern reichte bis an die Weichsel; das, was man jetzt Pommerellen

nennt, war eine Seitenlinie der pommerschen Herzöge, an der die Polen keinen Anteil hatten und die, wie sie ausstarb mit Mesterin und Svantepolk, an die Erblinie von Waldemar, Markgrafen von Brandenburg, als Lehnsherrn zurückfiel. Dieser konnte es nicht halten in den Kämpfen, die er dort hatte, und er trat es vertragsmäßig an den deutschen Orden ab. So ist der Links-Weichsel-Teil von Westpreußen denn schließlich an den deutschen Orden und mit dem deutschen Orden im Frieden von Thorn an Polen gekommen. Auf diese Weise haben die Polen es erworben. Aber wenn man heute die polnischen Zeitungen liest, so geht daraus hervor, daß man in Polen annimmt, es wäre ganz Preußen von Polen bevölkert worden und als ob Preußen zu Polen gehört hätte und durch das mörderische Schwert des Deutschordens hingeopfert und vernichtet wäre. Umgekehrt, Preußen war ein Hort deutscher Kultur, Westpreußen namentlich am rechten Weichselufer ein deutsches Land, und die Polen haben es bei der Eroberung verwüstet, erobert — teils durch Geld: sie kauften den aufrührerischen Söldnern die Burg Marienburg ab und erstürmten die Stadt Marienburg. Ein Beweis, wie anders die Polen verfahren als die Deutschen, geht daraus hervor, daß sie den tapferen Bürgermeister von Marienburg, er hieß Blug, gefangen und auf das Schaffot gebracht und enthauptet haben. Sie verwüsteten nachher das östliche Weichselufer in ihren Kriegen mit Schweden. Auf diesen Brandstätten wurden Nationalpolen, entlassene Heerkorps, Regimenter mit Offizieren und Mannschaften angesetzt, und dadurch entstand der Polonismus in diesem ursprünglich deutschen Lande, und daß er so eindringen konnte, war ja nur das Ergebnis der Uneinigkeit innerhalb des Ordenslandes. Der Orden war ein hinreichend mächtiges Gebilde, um sich der Polen mitsamt den Jagellonen zu erwehren, wenn seine Einsassen und Unterthanen zu ihm hielten. Es war damals der Abfall der Städte und der Ritterschaft unter Johann von Boysen, die zu den Polen übergingen, ein Abfall, der vielleicht berechtigt war durch die Mißregierung des Ordens, kurz es war Bruch und Zwiespalt innerhalb dieses mächtigen deutschen Ordensstaates notwendig, um den Einbruch der Polen zu gestatten. Polen hat diese Länder damals durch Schwert, Bestechung und inneren Aufruhr gewonnen, es kann sich nicht beklagen, wenn es sie nachher durch das Schwert wieder verloren hat. Wir besitzen sie seit 1815, werden sie hoffentlich in einigen Jahrhunderten immer noch besitzen. (Beifall.)

Ich habe daran immer geglaubt, aber meine Hoffnung einer günstigen Entwickelung der Sache steht heut um so viel fester, wenn ich mir die Aeußerungen Seiner Majestät des Kaisers in Königsberg, in Marienburg zum 17. Armeekorps und zu seinen Offizieren und gestern in Thorn (Lebhafter Beifall) vergegenwärtige. Ich darf annehmen, daß, was Se. Majestät der Kaiser gestern in Thorn geredet hat, sich mit der Schnelligkeit des Telegraphen hinreichend verbreitet hat, um nichts neues zu sein, Sie wissen es alle (Zustimmung). Also wenn wir nicht in der Uneinigkeit des deutschen Ordens vom 15. Jahrhundert, sondern in Geschlossenheit, die die deutsche Nation im Bunde mit ihren Fürsten und ihrem Kaiser bildet, dem Polonismus gegenübertreten, so kann eine ernste Gefahr für uns nicht mehr vorliegen.

Sie ist überwunden, sobald dieser Einklang der amtlichen und der nationalen Ueberzeugung innerhalb der deutschen Länder den Polen gegenüber konstatiert ist. Dann wird die ganze Polenfrage auf ihr natürliches Verhältnis zurückgeführt, einer bedauerlichen aber doch dem gesamten deutschen Reichskörper gegenüber schwachen Opposition und einer Opposition, die nicht die Aussicht hat, in welcher Se. Majestät in Königsberg ihr Berechtigung zusprach, nämlich daß sie vielleicht durch den Kaiser genehmigt und reha-

bilitiert werden könnte. So verstehe ich die Königsberger Aeußerung des Kaisers, in der er sagte, eine Opposition ist nur berechtigt, in der der Kaiser an der Spitze steht. Viele Zeitungen halten das für eine Contradictio in adjecto, für eine Unmöglichkeit. Wir haben es doch erlebt, ich will nur die Zeiten nennen: Zur Zeit des Generals York und der preußischen Auflehnung, kann man wohl sagen, gegen Friedrich Wilhelm den Dritten, indem sie sich konstituierte in Königsberg und dadurch den ersten Anstoß zu unseren Freiheitskriegen und zu unserer großartigen Entwickelung von 1813 gab, die glorreiche Zeit der Provinz Preußen, auf die Sie auch in Ihrer Anrede an mich eben anspielten. Diese Opposition, die darin lag — es war mehr wie Opposition, es war Aufstand —, war ja ganz unmöglich, wenn man nicht sicher war, innerlich die königliche Zustimmung zu haben und den König in die Lage zu bringen, daß er diese, wie die Engländer sagen, „Königliche Opposition“, daß er diese Opposition zur amtlichen Auffassung machte und nach Breslau ging und die Sache annahm. Ich will nicht weiter gehen, wir haben es 48/49 wieder erlebt mit König Friedrich Wilhelm IV., daß Oppositionen stattfanden, die sich bewußt waren, den König entweder als ihren geheimen Oberen zu haben, oder doch überzeugt waren, daß sie ihn gewinnen würden als solchen. Und so kann auch meines Erachtens eine konservative Opposition bei uns nur so stattfinden, daß sie immer getragen ist von der Hoffnung, den König für ihre Sache zu gewinnen, so kann sie nur gemeint sein.

Und so sollten wir nicht bloß dem König gegenüber, sondern auch unseren Landsleuten gegenüber uns zur Regel machen, daß wir nicht mit bitteren Reden in der Presse und im Parlament gegenseitig uns zu kränken suchen, sondern daß wir immer als letztes Ziel im Auge halten, uns gegenseitig zu gewinnen, und daß wir nie den Gegner so verletzen, daß jedes Band zwischen uns zerrissen ist. Dabei habe ich nur solche Gegner im Sinne, die den Staat und die Monarchie überhaupt wollen, also kurz nach preußischen Begriffen königstreue Gegner. Von andern spreche ich nicht, mit denen ist kein Vertrag.

Ob Se. Majestät der König in dem herzerhebenden Aufruf zum Kampfe gegen die Parteien des Umsturzes auch das polnische Junkertum mit gemeint hat, lasse ich unentschieden. Aber für uns ist die polnische Adelsbestrebung eine Partei des Umsturzes. Denn sie bestrebt den Umsturz des Bestehenden. Wir können unsererseits den Zustand, der den Herren vorschwebt, nicht vertragen, wir müssen auf Tod und Leben dagegen kämpfen. Es wird dahin nicht kommen, es wird zu keinem Kampfe kommen, sobald wir Deutsche unter uns und mit unserem Kaiser und den deutschen Fürsten einig bleiben. Und es ist für uns und für die Gesinnung, die Sie hergeführt hat, ein herzerhebender Moment, in dem wir uns zu sagen berechtigt sind, daß Se. Majestät der Kaiser und König sie teilt. Gott erhalte sie, Gott fördere sie, Gott gebe dem Kaiser Räte und Diener, die bereit sind und uns diese Bereitwilligkeit zeigen, im Sinne dieses Kaiserlichen Programms zu handeln. (Stürmischer Beifall.) In diesem Sinne bitte ich Sie mit mir einzustimmen in ein Hoch auf Se. Majestät den Kaiser. Gott schütze ihn.“ (Stürmische Hochrufe.)

24. September. Verträge mit dem Ausland über Warenbezeichnungen.

Der „Reichs-Anzeiger“ macht bekannt, daß in Belgien, Brasilien, Bulgarien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Oesterreich-Ungarn, Rumänien, Rußland, Schweden und Norwegen, der Schweiz, Serbien, Venezuela und den Ver-

einigten Staaten von Nordamerika die deutschen Warenbezeichnungen im gleichen Umfange wie die inländischen zum gesetzlichen Schutz zugelassen sind.

24. September. (Kiel.) Gedächtnistafel.

Feierliche Enthüllung der vom Kaiser gestifteten Gedächtnistafel in der Marine-Garnisonkirche zu Ehren der auf dem Panzerschiffe „Brandenburg" am 16. Februar umgekommenen Mannschaften in Gegenwart des Prinzen Heinrich. (Vgl. 17. Februar.)

26. September. (Polenfrage.) Der „Berl. Börsen-Kourier" veröffentlicht folgende Äußerungen des Erzbischofs v. Stablewski gegen den Artikel der „Köln. Ztg." vom 20. September:

„In jüngster Zeit ist in einem Teile der Presse eine förmliche Polenhetze in Szene gesetzt worden. Wegen harmloser, gleichgültiger, ja wegen selbstverständlicher Vorgänge hat man mich angegriffen, hat man hohe Staatsbeamte, bürgerliche wie militärische Würdenträger mit Vorwürfen überhäuft und sie verdächtigt, bloß weil sie sich wie wohlerzogene vornehme Männer benommen und mit mir freundlichen Verkehr und gutes gesellschaftliches Einvernehmen zu unterhalten verstanden haben. In erster Reihe sind der kommandierende General des 5. Armeekorps v. Seeckt, der Oberpräsident v. Wilamowitz-Möllendorf und der Regierungspräsident Himly die Zielpunkte mannigfacher Verdächtigungen und Unterstellungen gewesen. Woher die Angriffe kommen, leuchtet aus den Zeitungen nicht hervor, die sich zu ihrem Sprachrohr machen; doch „ich kenne die Weise, ich kenne den Text, ich kenne auch die Verfasser".

(Folgen einige persönliche Bemerkungen über Herrn Kennemann, den Führer der Posener auf der Varziner Huldigungsfahrt.)

Man erzählt, daß auf dem Schlosse eines polnischen Grafen das Hissen einer deutschen Fahne verweigert worden sei, während Generalinspektor Prinz Georg von Sachsen und der kommandierende General dort in Quartier lagen. Ich weiß nicht, ob dies zutreffend ist, und ich glaube es nicht. Als der Prinz bei mir zu Gaste war, wehte die Fahne auf meiner Residenz. Daß aber zwischen den Offizieren und den polnischen Gutsbesitzern in den Garnisonen und im Manöver die herzlichsten Beziehungen herrschten, wie sie die Gesetze der guten Gesellschaft zwischen Wirten und lieben Gästen vorschreiben, dafür hat es an Beweisen nicht gefehlt. Als jüngst der Oberst eines posener Regiments im hiesigen zoologischen Garten seine Quartiergeber aus dem Manöver erblickte, ließ er sie von der Militärmusik durch den Vortrag polnischer Liederweisen begrüßen. Er ist deswegen nicht weniger ein wackerer Soldat und guter Patriot, und sicher hätte er es nicht gethan, wenn in dem Verkehr mit den landsässigen Polen irgend etwas hervorgetreten wäre, was sein unzweifelhaft königstreues Empfinden hätte verletzen können.

Ich selbst werde mit mißtrauischen und mißwollenden Augen überwacht, und wer mich nicht mit Mißwollen ansieht, gilt schon deshalb für verdächtig. Jedes harmlose Wort wird mißdeutet, jede herkömmliche Handlung, die sonst nie auffällig erschien, wird als planvolles Beginnen zu einem geheimnisvollen, spezifisch polnischen Zwecke hingestellt. Ich sage bei einer Inspektion einem deutschen Lehrer, der über die Schwierigkeit der Erlernung der polnischen Sprache klagte, in absichtsloser Freundlichkeit: „Heiraten Sie ein polnisches Mädchen und Sie werden schnell genug polnisch verstehen", und sofort berichten gewisse Zeitungen, daß ich meine Inspektionsreisen zu polnischer Propaganda selbst im einzelnen benutze! Wenn ich durch meine Diözese fahre, werde ich von Berittenen in stattlicher Zahl eingeholt und

eskortiert. Jene Zeitungen machen daraus eine ungehörige nationalpolnische Prunkentfaltung. Und doch sind diese Eskorten nur alter Brauch, der geschichtlichen und hierarchischen Stellung des Erbischofs von Gnesen-Posen entsprechend. Ich selbst habe, da ich Probst in Wreschen war, zur Begrüßung und Einholung des Erzbischofs hundertundzwanzig Mann aufs Pferd gesetzt — zehn davon sind mir heruntergepurzelt — und der Erzbischof war Dr. Dinder, ein Deutscher! Nicht dem Deutschen gilt das feierliche Aufgebot und nicht dem Polen, sondern allein dem Erzbischof.

Was kann man uns vorwerfen? Und was fürchtet man von uns? Seit mehr als dreißig Jahren herrscht, was an uns ist, ungetrübte Ruhe im Lande. Wenn schon unsere Gesinnung uns nicht dazu brächte, die einfachste Besinnung würde uns dazu veranlassen. Eine Insurrektion ist heutzutage eine Unmöglichkeit; denn ein einziges Bataillon würde ausreichen, selbst hunderttausend Sensenmänner niederzuwerfen. Die Gefahr droht von einer ganz anderen Richtung. Hier drängt man förmlich den Sozialismus auf das flache Land. Man treibt unsere Arbeiter dazu, auf Grund der Koalitionsfreiheit sich zusammen zu thun, von dem Versammlungsrecht, von der Vertragsfreiheit Gebrauch zu machen, und der Grundbesitzer mag dann sehen, wo er bleibt, der deutsche wie der polnische Grundbesitzer. Das sieht auch der Oberpräsident ein. Herr v. Milamowitz-Möllendorf hat erkannt, daß der Grundbesitzer beider Zungen ohne den polnischen Arbeiter von jenseits der Grenze nicht auszukommen vermag, und hat deshalb ausgesprochen, daß es unthunlich sei, den Zuzug dieser Arbeiter fernzuhalten, man müsse sich mit dieser Notwendigkeit einzurichten suchen. Das hat man entstellt und ihm die Aeußerung in den Mund gelegt: das Vordringen der Polen in die Provinz Posen sei nicht zu hemmen, und man müsse froh sein, sie in guter Stimmung zu erhalten.

Nun geschieht allerdings das Mögliche, die gute Stimmung zu verderben. Die Reden des Fürsten Bismarck aus den achtziger Jahren, die die härtesten Angriffe gegen die Polen enthalten, werden ohne die Antworten und Widerlegungen der polnischen Abgeordneten als Flugblätter verbreitet, chauvinistische deutsche Blätter und chauvinistische polnische Blätter drucken gegenseitig ihre aufreizenden und beleidigenden Artikel ab. Hierbei haben jene Männer die Hand im Spiele, die sich so vortrefflich auf das Geschäft und seine Vorteile verstehen. Die Anregung des Fürsten Bismarck, den Hundert-Millionenfonds zur Erwerbung von Domänen zu verwenden, lockt so manchen mit der Aussicht auf gute Versorgung durch billige Domänenpacht.

Ich frage mich vergeblich, was durch unsere gewaltsame Germanisierung — und offene Gewalt wird man doch nicht anwenden wollen — gewonnen werden soll? Glaubt man vielleicht, Rußland werde im Falle eines für uns unglücklichen Krieges die Provinz Posen nicht antasten, weil sie deutsch geworden? Das wäre ein Aberglaube, den ein Staatsmann nicht teilen kann. Das siegreiche Rußland würde vor allem nach Danzig und dem ganzen Weichselgelände greifen, wie es schon weit größere Gebiete verschlungen hat, unbekümmert darum, daß sie nach Sprache, Religion und Sitte ihm fremd waren. Sei dieser Krieg ferne, der uns keinen Gewinn bringen kann, denn das besiegte und völlig hinter die Weichsel zurückgeworfene Rußland würde aus diesem Verlust nur neue Kraft ziehen, weil es dann rücksichtslos alles russifizieren und aus einem Slavenstaat sich zu dem Slavenstaat machen würde!

Wir fühlen uns als preußische Unterthanen, wir haben den bestehenden staatsrechtlichen Zustand vorbehaltlos anerkannt. Was etwa in zweihundert oder dreihundert Jahren sein wird, das wissen wir nicht, und niemand

kann uns wehren, diese ferne Zukunft nach unserem Gefallen uns auszumalen. An der freudigen und vollen Erfüllung unserer staatsbürgerlichen Pflichten wird dieses Zukunftstraumbild uns nicht hindern. Was Herr v. Koscielski in Lemberg gesagt, mag wenig geschickt gerade von ihm und gerade an der Stelle gewesen sein, wo er gesprochen hat; doch die mit unzulänglichem Bedacht gewählten Worte schaffen die Thatsache nicht aus der Welt, daß die polnischen Abgeordneten in den wichtigsten Fragen, bei der Heeresverstärkung im vergangenen Jahre, bei dem deutsch-russischen Handelsvertrage in diesem Jahre, der Regierung ihre zum teil unentbehrliche Unterstützung gewährt haben. Die unvernünftigen polenfeindlichen Agitationen, die sich jetzt regen, können nur dazu dienen, uns diese Haltung zu erschweren und am letzten Ende sogar unmöglich zu machen. Der Klerus steht treu zu seinem Erzbischof, und die Opposition im eigenen Lager wagt sich noch nicht offen heraus. Niemand aber kann hindern, daß bei jeder Unfreundlichkeit, wie wir erfahren, der polnischen Bevölkerung gesagt wird: „Da seht ihr, welchen Dank ihr für die geleisteten Dienste und für die Opfer erntet, die eure Vertreter haben bringen helfen." Der Sozialismus, den wir so lange glücklich von uns ferngehalten haben, klopft vernehmlich an unsere Thore, und wir erkennen ihn wohl, auch wenn er sich in das häßliche Gewand des Antisemitismus hüllt, der überall nur ein Geschäft und ein Vorwand für selbstische Sonderzwecke ist. Solche Unfreundlichkeit ist es, wenn eine Zusage, betreffend den Unterricht in polnischer Sprache, so erfüllt wird, daß wir als die Dupierten erscheinen, wofür ich übrigens nicht den Kultusminister selbst verantwortlich mache; solche Unfreundlichkeit ist es, wenn ringsher fünfzig evangelische Diakonissenhäuser sich erheben — was ich sehr lobenswert finde —, der Errichtung von katholischen Schwesternhäusern aber Schwierigkeiten bereitet werden, die, wo überhaupt, nur mit großem Zeitverlust sich beseitigen lassen.

Auch die polnische Propaganda in Oberschlesien, über die man sich beklagt, ist nicht unser Werk, sondern die Frucht dieser falschen Politik. Ohne die Maßnahmen des Herrn v. Bitter in Oppeln, durch die die polnische Propaganda dort künstlich groß gezogen worden ist, wäre es nie so weit gekommen, wie geschehen. Dürften die Agitatoren nach ihrem Herzen handeln, sie würdem dem Regierungspräsidenten in Oppeln ein Standbild errichten zum Dank für die Dienste, die er ihnen thatsächlich geleistet. Ich verwerfe die polnische Propaganda in Oberschlesien, denn in diesem Gebiet, das staatsrechtlich seit fünf oder sechs Jahrhunderten von Polen getrennt ist, zu einer Zeit also, da es ein Nationalgefühl in unserem Sinne überhaupt nicht gab, ist für das Erwecken eines polnischen Nationalgefühls in unseren Tagen keine Berechtigung vorhanden. Doch ich kann diese Propaganda unter den obwaltenden Umständen begreifen, und eben die Vertreter der polenfeindlichen Politik sind es, die mir die Hände binden, so daß ich nicht hindern kann, was in Oberschlesien geschieht."

28. September. (Preußen.) Verbot des dänischen Sprachunterrichts in Nordschleswig.

Es wird eine Entscheidung des Kultusministers vom 8. Juli d. J. veröffentlicht, die das von 77 Geistlichen unterzeichnete Gesuch, in den nordschleswigschen Volksschulen dänischen Sprachunterricht einzuführen, ablehnt. (Vgl. Brix, Preuß. Jahrbb. Bd. 78.)

29. September. (Preußen.) Wechsel im Oberpräsidium von Schlesien.

Oberpräsident von Seydewitz tritt in den Ruhestand, sein Nach-

folger wird Fürst Hatzfeld-Trachenberg. Da er katholisch ist, sehen evangelische Blätter in seiner Ernennung ein Eingehen auf die Paritätsforderungen des Zentrums (vgl. S. 92); die ultramontane Presse antwortet, Fürst Hatzfeld sei niemals Mitglied des Zentrums gewesen und habe auch gegen das Zedlitzsche Volksschulgesetz gesprochen.

30. September. (Berlin.) Verhaftung von Oberfeuerwerkern.

Wegen Achtungsverletzung gegen Vorgesetzte wird der gesamte ältere Jahrgang der Oberfeuerwerkerschule verhaftet und nach Magdeburg zur Untersuchung transportiert. Das Ereignis erregt wegen der großen Anzahl der Verhafteten (183 ältere Unteroffiziere) großes Aufsehen, zumal von ihnen anarchistische Rufe ausgestoßen sein sollen. Es stellt sich aber allmählich heraus, daß der Anlaß zur Verhaftung nur in einigen Insubordinationsvergehen bestand und zur Ermittlung der Schuldigen der ganze Jahrgang in Haft genommen werden mußte.

Ende September. (Württemberg.) Landtagswahlbewegung.

In Württemberg hat sich eine selbständige Zentrumspartei organisiert und bereitet eigene Kandidaturen für die Landtagswahl vor. Es kommt darüber zu heftigem Streite mit der Volkspartei, mit der die katholischen Wähler häufig Hand in Hand gegangen waren und deren Wahlkreise nun am meisten vom Zentrum bedroht sind.

Ende September. (Cholera.) Einige Cholerafälle in Oberschlesien.

30. September. (München.) Parteitag der bayerischen Sozialdemokratie. Budgetdebatte.

Abg. v. Vollmar motiviert die Bewilligung des bayerischen Budgets durch die sozialistischen Landtagsabgeordneten. Das bayerische Budget sei nicht mit dem Reichsetat zu vergleichen, den sie stets ablehnen würden, überdies wünsche die bayerische Bevölkerung keinen leeren Prinzipienstreit, sondern unmittelbare Einwirkung auf die Gesetzgebung. Nur wenige Stimmen sprechen sich gegen die Bewilligung des Budgets aus, die Landtagsfraktion erhält ein einstimmiges Vertrauensvotum. (Vgl. 1. Juni und 21. Oktober.)

Der Parteitag tadelt ferner die Handhabung des bayerischen Vereins- und Versammlungsgesetzes und beschließt eine festere Organisation der bayerischen Sozialdemokratie unter der Zentralleitung der Landtagsfraktion.

30. September. (Frankfurt a. M.) Delegiertentag der nationalliberalen Partei. (Umsturz, Polenfrage, Finanzen, Sozial- und Kolonialpolitik. Urteile der Presse).

Anwesend sind über 400 Personen. Es werden 5 Resolutionen des Zentralvorstandes vorgelegt. Die erste fordert von der Regierung Abwehr der Umsturzbestrebungen und ein zielbewußteres Programm als bisher in dieser Beziehung, die zweite erklärt die Zurückweisung der nationalpolnischen Ansprüche als Pflicht aller Patrioten und der Regierung. Beide werden mit großer Majorität resp. einstimmig angenommen. Einstimmig genehmigt wird auch die dritte, die ein sicheres finanzielles Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten, insbesondere Bestreitung der Reichsausgaben durch Reichsmittel verlangt, ebenso die vierte, die sich für Erhaltung eines gesunden Mittelstandes in Stadt und Land ausspricht. Empfohlen wird hierzu u. a.: Zusammen-

schließung der Gewerbsgenossen, gute technische und sittliche Erziehung durch Fortbildungsschulen. Einführung von Handwerkerkammern; gerechte Besteuerung der Landwirte, Entwicklung des Kleinbahnwesens, Schiffbarmachung von Wasserstraßen, Landesmeliorationen, Regelung der Erbrechtsverhältnisse. Die fünfte Resolution fordert zielbewußtere Kolonialpolitik, sowohl in der Verwaltung des eigenen Besitzes wie in den Verhandlungen mit fremden Staaten.

An den Diskussionen beteiligen sich vornehmlich Abg. Hobrecht, Dr. Hammacher, Dr. Böttcher, Dr. Osann, Haas, Duvigneau.

Die nationalliberale Presse bespricht die Resolutionen wie den Verlauf des Delegiertentages höchst anerkennend und hebt hervor, daß die Partei zu den brennenden Tagesfragen in durchaus klarer Weise Stellung genommen habe; die Presse der übrigen Parteien bezeichnet im allgemeinen die Resolutionen als nichtssagend und phrasenreich.

Ende September. Anf. Oktober. (Polenfrage.) Konflikt zwischen Zentrum und Konservativen.

Infolge der zweiten Rede Bismarcks und der Thorner Rede des Kaisers wird die Erörterung der polnischen Frage lebhaft fortgesetzt. Der „Dziennik Poznanski" erklärt, die Polen hätten allein ihre nationalen Interessen gegen deutschen Chauvinismus verteidigt und den Vorwurf der Illoyalität nicht verdient. Der „Kuryer Poznanski" sagt, der Kaiser sei über das Verhalten der Polen falsch informiert. — Die deutsche Presse begrüßt beide Reden mit Jubel, nur die Zentrumspresse, vor allem die „Köln. Volksztg.", tritt für die Polen ein, worüber es zu einer heftigen Fehde zwischen konservativen Zeitungen, z. B. der „Kreuzztg.", und Zentrumsblättern kommt.

Es machen sich Stimmen für die in der letzten Zeit scharf angegriffenen Behörden in Posen geltend, so widerspricht die „Kreuzztg." den Angriffen der „Köln. Ztg." auf den Oberpräsidenten von Posen. (Vgl. S. 150.)

Ende September. Anf. Oktober. (Berlin.) Bierboykott.

Verhandlungen zwischen den Brauereien und den Führern der Arbeiter, Auer und Singer, führen zu keinem Resultat, obwohl die Brauereien die Wiederanstellung aller entlassenen Arbeiter bis auf einige 30 Haupträdelsführer bewilligt hatten. Es scheint, daß die Führer die Aussichtslosigkeit des Boykotts erkannten, den Frieden wünschten, aber von der fanatisierten Masse zur Ablehnung gezwungen wurden.

2. Oktober. (Württemberg.) Zusammentritt der evangelischen Landessynode.

Die Synode hat zu beraten den Gesetzentwurf betr. die Ausübung der landesherrlichen Rechte, wenn der König nicht evangelisch ist. Die Frage ist von Bedeutung, da der jetzige König kinderlos, der vermutliche Thronerbe katholisch ist.

Die wesentlichsten Bestimmungen lauten: Wenn der König einer anderen als der evangelischen Konfession zugethan ist, so geht die Ausübung der landesherrlichen Kirchenregimentsrechte in der evangelischen Landeskirche auf ein Kollegium über, welches aus drei dieser Kirche angehörigen ordentlichen Mitgliedern des Geheimen Rates, dem Präsidenten des evangelischen Konsistoriums und dem Präsidenten der evangelischen Landessynode einschließlich des Vorstandes besteht, und den Namen „Evangelisches Kirchenregiment" führt. Die drei Mitglieder des Geheimen Rates sind in erster

Linie aus den Staatsministern und Chefs der Verwaltungsdepartements, in zweiter Linie aus den übrigen ordentlichen Mitgliedern des Geheimen Rates zu entnehmen. Der Staatsminister oder Departementschef des Kirchen- und Schulwesens ist, wenn er der evangelischen Landeskirche angehört, jedenfalls Mitglied des Evangelischen Kirchenregimentes. Das Kirchenregiment übt seine Befugnisse ohne Anbringen an den König aus.

5.—12. Oktober. Der Kaiser in Hubertusstock, wo er den Reichskanzler Graf Caprivi (am 5.) und den Ministerpräsidenten Graf Eulenburg (am 9.) empfängt.

6. Oktober. (Metz.) Abg. Haas.

Der Reichstagsabg. Dr. Haas wird aus seiner Stellung als Prüfungskommissar und Lehrer an der Hebammenschule entlassen, was in der Presse mit großer Befriedigung bemerkt wird. (Vgl. S. 130.)

7. Oktober. (Eisenach.) Parteitag der Antisemiten. Deutsch-soziale Reformpartei.

Nach stürmischen Verhandlungen wird beschlossen, daß die verschiedenen Gruppen sich zur „Deutsch-sozialen Reformpartei" zusammenschließen sollen, zu der Abg. Ahlwardt als Hospitant zugelassen werden soll.

8. Oktober. Deutschland und Portugal.

Die „Münch. Neuesten Nachr." hatten der Reichsregierung vorgeworfen, die Ansprüche der geschädigten Gläubiger Portugals nicht energisch genug vertreten zu haben, worauf die „Nordd. Allg. Z." antwortet, die Reichsregierung habe so viel erreicht wie Frankreich.

11. Oktober. (Mecklenburg.) Der Landwirtschaftsrat beschließt, der Gesetzgebung die Vermehrung des ländlichen Kleinbesitzes und die Ansiedlung grundbesitzender Arbeiter zu empfehlen.

Oktober. (Umsturzfrage.) Thorner Rede und Presse. Konstantin Rößler. Gegensatz in der Regierung (Caprivi—Eulenburg).

In der Thorner Rede sieht die mittelparteiliche Presse einen neuen Beweis für die Absicht des Kaisers, den Kampf gegen Sozialisten und Anarchisten mit Hilfe der Gesetzgebung zu führen und setzt die Diskussion über dies Thema eifrig fort. Viel besprochen wird eine Broschüre des Geh. Leg.-Rats a. D. Konstantin Rößler (Berlin, H. Walther), der nach einer ziemlich optimistischen Ueberssicht über die Geschichte und Ziele der Sozialdemokratie eine Diktatur des Bundesrats für einige Jahre empfiehlt, um während dieser Zeit durch eine verständige sozialpolitische Gesetzgebung der inneren Entwickelung ruhige Bahnen anzuweisen. Die meisten Blätter, auch die, welche Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokraten vertreten, wollen von dem Vorschlage nichts wissen, nur wenige, z. B. die Münch. „Allg. Ztg." will ihn nicht von vornherein abweisen. (Vgl. Preuß. Jahrbb. Bd. 78.)

Was die Regierung betrifft, so wird Anf. Oktober allgemein angenommen, daß der Reichskanzler keine Neigung hat, im Reichstage eine Aktion gegen den Umsturz zu beginnen, aber nichts gegen ein Vorgehen der Landesgesetzgebung einwenden wird. Doch setzt die „Nordd. Allg. Ztg." wiederholt auseinander, daß Graf Caprivi nicht unbedingt gegen jedes Vorgehen der Reichsregierung ist. Es wird besonders ein Gegensatz behauptet zwischen Graf Caprivi und Graf Eulenburg, dem Befürworter ent-

schiedener Maßregeln. Die Audienz beider Minister in Hubertusstock (s. S. 163) wird als Bestätigung dieser Meinung angesehen. Graf Caprivi soll bereits sein Entlassungsgesuch angekündigt haben, falls er im Staatsministerium überstimmt werde, aber der Kaiser soll erklärt haben, es nicht annehmen zu wollen. Nach Mitte Oktober wird dann berichtet, Caprivi habe seine Zustimmung zum Vorgehen der Reichsregierung gegeben und Eulenburg habe sich zu einer Milderung seiner Aktionsvorschläge verstanden. Diese sollten nunmehr dem Reichstage vorgelegt werden. Positives über die Absichten der Regierung wird dagegen nicht mitgeteilt.

13. Oktober. Deutschland und der koreanische Krieg.

Nach der „Köln. Ztg." ist der englische Vorschlag, die europäischen Mächte sollten schon jetzt ein Eingreifen zwischen Japan und China wegen der koreanischen Frage eintreten lassen, von der deutschen Reichsregierung abgelehnt und ein solches Vorgehen infolgedessen von der diplomatischen Tagesordnung der Mächte für jetzt abgesetzt worden. Dagegen haben die europäischen Mächte Verabredungen über den Schutz ihrer Unterthanen und der Missionen in China getroffen.

13. Oktober. Der Kaiser und die Kaiserin wohnen der Enthüllung eines Denkmals Kurfürst Friedrichs I. zu Friesack bei.

13./16. Oktober. Der Kaiser reist zum Besuche der Kaiserin Friedrich nach Kronberg, von da nach Darmstadt und Wiesbaden, wo das Kaiser Wilhelm Denkmal enthüllt wird (16. Okt.).

16. Oktober. (Potsdam.) Prozeß des ehemaligen Kanzlers in Kamerun, Leist, vor der kaiserlichen Disziplinarkammer. (Vgl. S. 43, 55.)

Der Angeklagte wird beschuldigt, daß er seine Amtsbefugnisse weit überschritten, durch die Auspeitschung der Dahomehweiber sein Amt mißbraucht, dadurch den Aufstand herbeigeführt und durch unsittliche Handlungen das Ansehen des Deutschen Reichs geschädigt habe. Er wird von der Anklage, den Aufstand in Kamerun verursacht zu haben, freigesprochen, dagegen der Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse und wegen unzüchtiger Handlungen für schuldig erklärt und deshalb zur Versetzung in ein anderes Amt und zur Verminderung seines Einkommens um ein Fünftel verurteilt. Der Vertreter der Anklagebehörde Geh. Leg.-Rat Rose legt Revision gegen das Urteil ein.

Die Presse bezeichnet fast einstimmig den Spruch als zu milde.

17.—20. Oktober. Besuch des Königs von Serbien am Berliner Hofe.

18. Oktober. (Berlin.) Fahnenweihe. Rede des Kaisers.

Der Kaiser verleiht den durch die letzte Heeresverstärkung errichteten Halbbataillonen Fahnen, die vor dem Denkmal Friedrichs des Großen feierlich eingeweiht werden, nachdem Tags vorher die Nagelung im Zeughause stattgefunden hat. Anwesend sind: das Kaiserpaar, die Großherzoge von Baden, Mecklenburg, Oldenburg, die Fürsten von Lippe, Reuß und Waldeck, der König von Serbien. Der Kaiser hält dabei folgende Ansprache an die Truppen:

„Nachdem nunmehr für die Feldzeichen, die Ich den vierten Bataillonen Meiner Regimenter verliehen habe, der Segen des Himmels ver-

langt worden, damit sie als Symbol des Ruhmes den Truppen voranleuchten sollen, übergebe Ich dieselben nunmehr den Regimentskommandeuren, den Regimentern. Es ist dies ein dankbar erhebender Tag, weltbewegend in seinen Erinnerungen, gestaltend für unsre deutsche Geschichte. Einen ernsten Gruß bringe ich hinüber nach dem Mausoleum Desjenigen, dessen heutiger Geburtstag dereinst unser ganzes deutsches Vaterland in hellen Jubel entflammte, Desjenigen, dem es vergönnt war, unter den Augen des großen Heldenkaisers, seines Vaters, herrliche Siege zu erfechten und die im Jahre 1861 geweihten Fahnen mit Ruhm zu bedecken. Genagelt in den Räumen, in denen die brandenburgisch-preußische Geschichte in Bildern verewigt ist, in denen die Standbilder der Regenten und der Generale auf sie herabgeblickt haben, die einstigen Schöpfer des preußischen Ruhms, sind die Fahnen hieher geführt vor das Standbild des Preußenkönigs, der in jahrelangem heißem Ringen die Augen der Welt an sie fesselte, desjenigen, dessen letzter Atemzug noch ein Segenswunsch für sein Heer war. So wie damals, im Jahre 1861, als Mein Großvater die Reorganisation seiner Waffen vornahm — mißverstanden von Vielen, angefochten von noch Mehreren, wurde er in Zukunft glänzend gerechtfertigt, — wie jetzt, so auch damals herrschte Zwietracht und Mißtrauen im Volke; die einzige Säule, auf der unser Reich bestand, war das Heer. So auch heute! Die Fahnen, die hier versammelt sind, sind bestimmt für ganze Truppenteile, und hoffe Ich, daß die Halbbataillone, zu denen sie heute zurückgesandt werden, bald als ganze Bataillone im Heere des Vaterlandes dann stehen werden. Sie aber, meine Herren, übernehmen jetzt diese Feldzeichen und mit ihnen die Verpflichtung, die Tradition der Hingabe, der Disziplin bis zum Tode fortzupflanzen, des unbedingten Gehorsams dem Kriegsherrn gegenüber gegen äußere und innere Feinde. Möge der Segen des Allerhöchsten wie bisher unser Heer bewahren und die Augen und die Blicke der Ahnen schützend über Preußens Heer und seine Fahnen wachen. Mit Gott für König und Vaterland!"

In der Presse wird vielfach aus diesen Worten geschlossen, daß die Halbbataillone in ganze verwandelt werden sollen, und es wird eine neue Militärvorlage erwartet.

18. Oktober. (Berlin.) Zusammentritt des Kolonialrats.

Es wird beraten über die Etats der einzelnen Schutzgebiete, die Regelung des Grunderwerbs, die Verbesserung der Verbindung mit Südwestafrika und die Frage der Auswanderung nach den Schutzgebieten.

Oktober. (Bonn.) Bismarck und die Studenten.

Die Bonner Studentenschaft erläßt auf Anregung der Burschenschaft Alemannia einen Aufruf an die deutsche Studentenschaft, dem Fürsten Bismarck zum 80. Geburtstage eine Ehrengabe der Studentenschaft zu überreichen.

20. Oktober. (Potsdam.) Der Kaiser empfängt eine Deputation des Bundes der Landwirte in Ostpreußen, die die unbedingte Königstreue der ostpreußischen Landwirte versichert und dem Vertrauen auf die bauernfreundliche Politik des Kaisers Ausdruck gibt.

21.—27. Oktober. (Frankfurt a. M.) Parteitag der deutschen Sozialdemokratie. Parteigehälter. Bebel—Vollmar. Agrarprogramm. Maifeier. Stellung zur Religion.

Anwesend sind ungefähr 250 männliche und weibliche Delegierte aus Deutschland, Oesterreich, der Schweiz und England.

Es wird beantragt (von Legien-Hamburg), die Gehälter der Parteibeamten und Redakteure zu reduzieren und das Maximum auf 3000 ℳ festzusetzen. Abg. Bebel führt gegen den Antrag aus, solange man in der bürgerlichen Gesellschaft lebe, müsse man die geistigen Arbeiter, die aus der bürgerlichen Gesellschaft hervorgegangen seien, besser bezahlen, um sie der Partei zu erhalten. Nach heftiger Debatte wird der Antrag abgelehnt.

Großen Raum beansprucht die Debatte über die Haltung der Landtagsfraktionen. Der badische Abg. Dr. Rüdt wird wegen seiner Abstimmung für die Zulassung von religiösen Orden scharf getadelt, ebenso bezeichnet Bebel die Bewilligung des bayerischen Budgets (s. S. 125 u. S. 161) für programmwidrig und beantragt ein Mißtrauensvotum gegen die bayerische Landtagsfraktion. Abg. v. Vollmar (München) erklärt, die bayerischen Genossen hätten mit dem Budget eine Anzahl Kulturaufgaben bewilligt, also nicht gegen die Parteiprinzipien verstoßen. Die Abgg. Bebel und Auer sehen in jeder Bewilligung von Mitteln, die zur Aufrechterhaltung der bürgerlichen Gesellschaft dienten, eine Prinzipienverletzung. Grillenberger (Nürnberg) wird einen derartigen Beschluß des Parteitages nicht anerkennen. Nach längerer sehr gereizter Diskussion wird der Antrag Bebel abgelehnt.

In der Beratung über die Stellung der Partei zur Agrarfrage bezeichnen die Abgg. Schönlank und v. Vollmar es als notwendig, die Landarbeiter für die Sozialdemokratie zu gewinnen, da ohne die Landbevölkerung die Sozialdemokratie niemals die politische Macht erobern, bezw. eine wirtschaftliche Umwälzung bewirken könne. Man müsse ein agrarpolitisches Programm aufstellen, das die dem Bauern wie dem Landarbeiter in der heutigen Gesellschaftsordnung zu verwirklichenden Forderungen des Erfurter Programms in einer verständlichen Weise darstelle. Es wird dazu eine Agrarkommission von 15 Mitgliedern eingesetzt.

Für die Maifeier 1895 wird beschlossen, daß nur die Arbeiter, die keinen wirtschaftlichen Nachteil davon zu befürchten hätten, die Feier begehen sollten. Ueber die Stellung der Partei zur Religion wird der Satz des Programms „Religion ist Privatsache", nachdem mehrere Abänderungsanträge abgelehnt sind, beibehalten.

In seiner Schlußrede betont der Vorsitzende, Abg. Singer, der Parteitag habe wiederum von der Einigkeit der Partei ein glänzendes Zeugnis abgelegt.

23.—25. Oktober. (Liebenberg.) Jagdaufenthalt des Kaisers in Liebenberg in der Uckermark bei Graf Eulenburg, deutschem Botschafter in Wien.

23. Oktober. (Bayern.) Feierliche Übergabe der den bayerischen Halbbataillonen verliehenen Fahnen (vgl. 18. Okt.).

25. Oktober. (Umsturzfrage.) Ministerkonferenz. Caprivi—Eulenburg.

Auf Veranlassung des Reichskanzlers findet in Berlin eine Zusammenkunft der stimmenführenden Minister der Einzelstaaten statt zur Beratung der vom Reiche zu ergreifenden Maßregeln gegen den Umsturz. Es wird angenommen, daß Caprivis Ansicht gegen die Eulenburgs durchgedrungen sei. Der Kaiser soll bereits am 23. vor der Abreise nach Liebenberg sich für den Standpunkt des Reichskanzlers erklärt haben. („Köln. Ztg.")

26. Oktober. (Berlin.) Der Reichskanzler hebt das seit 1889 bestehende Verbot der Lombardierung russischer Werte auf.

26. Oktober. (Berlin.) Bittgottesdienst in der Kapelle der russischen Gesandtschaft für die Genesung des Zaren, an dem der Kaiser und der Reichskanzler teilnehmen.

26. Oktober. Reichstagsersatzwahl in Stendal.

Amtsrichter Himburg (dkons.) wird mit 8234 Stimmen gewählt gegen Handelskammersekretär Fischbeck (frs. Volksp. 4630 St.) und Schneider Hinze (Soz. 2159 St.).

26. Oktober. Der Kaiser genehmigt das Entlassungsgesuch des Reichskanzlers Grafen Caprivi und des preußischen Ministerpräsidenten Grafen Eulenburg.

Das Ereignis ruft allgemeine Ueberraschung und die verschiedensten Erklärungsversuche hervor. Nach der „Kreuz-Ztg." verlief die Krisis folgendermaßen: „Die Frage der gegen die „Umsturzparteien" zu ergreifenden Maßregeln hat nur in zweiter Linie dazu beigetragen, die Entscheidung herbeizuführen. War auch ein volles Einvernehmen nicht erreicht, so lag doch die Möglichkeit vor, es anzubahnen, und als Graf Caprivi am Dienstag (24. Okt.) die noch schwebenden Differenzen für bedeutsam genug hielt, um sein Entlassungsgesuch einzureichen, hat der Kaiser in einer darauffolgenden Audienz jenes Gesuch in einer für den Reichskanzler keineswegs ungnädigen Weise abgelehnt und ihn veranlaßt, von dieser Thatsache dem Grafen zu Eulenburg Mitteilung zu machen. Erst danach erfolgte das Entlassungsgesuch des Grafen Eulenburg, so daß der Reichskanzler siegreich den Platz zu behaupten schien. Es ist erinnerlich, mit welchem Lärm der offiziöse Draht und die offiziöse Presse von dem Besuche Notiz nahmen, den der Kaiser dem Reichskanzler am Dienstag machte, und wie, namentlich von der „Köln. Ztg." und von der „Nordd. Allg. Ztg.", betont wurde, daß der Kaiser „hinter dem Kanzler stehe". Es war eine Identifizierung von Kanzler und Kaiser, wie sie stärker nicht möglich war. Wie nun aus bester Quelle verlautet, ist der Kaiser von dieser Deutung seiner Absichten keineswegs erbaut gewesen, und die Hartnäckigkeit, mit der Graf Caprivi darauf bestand, für seine Presse einzustehen, ist in Zusammenhang damit zu bringen, daß einem zweiten Abschiedsgesuch die Genehmigung nicht versagt wurde."

Sehr viel Anklang findet auch folgende Darstellung der „Berliner Neuesten Nachrichten": „Graf Caprivi hatte am Dienstag Morgen sein Entlassungsgesuch eingereicht. Infolgedessen hatte sich der Kaiser vor seiner Abreise nach Liebenberg zum Kanzler begeben und ihm den Rat erteilt, auf seinem Platze zu bleiben. Im Laufe der Aussprache ergab es sich, daß in den Anschauungen des Kaisers und des Kanzlers über die Stellung zur Umsturzbewegung nur sehr geringfügige Abweichungen bestanden. Der Kaiser sprach auch die Hoffnung aus, daß zwischen der Auffassung des Kanzlers und der des Ministerpräsidenten eine Brücke sich werde bauen lassen. In dem Glauben, daß die Krisis beigelegt sei, reiste der Kaiser nach Liebenberg. Inzwischen wurde der gesamte offiziöse Preßapparat zur Unterstützung des Kanzlers in Szene gesetzt. Während der Kaiser in Liebenberg verweilte, wurde ihm das Entlassungsgesuch des Grafen Eulenburg unterbreitet. Dasselbe war ausdrücklich durch die Preßangriffe in der „Köln. Ztg." und ähnlichen Blättern begründet worden. Dem Kaiser sind, wie wir bestimmt wissen, zur Charakterisierung dieser Preßpolitik verschiedene

geistige Elaborate dieses Genre vorgelegt worden. Aus diesen soll der Monarch die Ueberzeugung gewonnen haben, daß ein weiteres gedeihliches Zusammenarbeiten beider Staatsmänner ausgeschlossen sei. Am Freitag Morgen soll der Kaiser nach der Rückkehr nach Potsdam den Chef des Zivilkabinets von Lucanus zum Reichskanzler gesandt haben. Der Kanzler wurde um eine Erklärung darüber gebeten, in welchen Beziehungen er zu einem bestimmten Artikel der „Köln. Ztg.“ stände. Graf Caprivi gab die Erwiderung, daß er auf den bewußten Artikel keinen Einfluß ausgeübt habe, jedoch keinen Anstand nehme, die in demselben entwickelten Anschauungen als ihm sympathisch zu bezeichnen. Eine weitere Erklärung müsse er ablehnen. Mit dieser Antwort begab sich der Chef des Zivilkabinets zum Kaiser zurück. Um 2 Uhr wurde das erneuerte Abschiedsgesuch in der Audienz vom Kaiser genehmigt.“

Ferner wird berichtet, der Kaiser habe während der Krisis die Ueberzeugung gewonnen, daß allein eine Wiedervereinigung des Reichskanzleramts mit dem preußischen Ministerpräsidium die Einheit in der Regierung wieder herstellen könne und um die Wiedervereinigung der Aemter zu ermöglichen, sei das Entlassungsgesuch des Grafen Caprivi, der das Ministerpräsidium nicht wieder übernehmen wollte, angenommen worden. (Vgl. ferner 6. Dez.)

Der oben erwähnte Artikel der „Köln. Ztg.“, der in der Presse viel besprochen wird, lautet: „Die erneuerte Kundgebung des kaiserlichen Vertrauens und der kaiserlichen Beistimmung, die dem Reichskanzler Grafen Caprivi in Bezug auf seine Vorschläge zur weiteren Bekämpfung der Umsturzparteien zu teil geworden ist, wird in sehr erfreulicher Weise dazu beitragen, die Lage zu klären. Man weiß, daß der Reichskanzler ein entschiedener Gegner von Ausnahmegesetzen ist, und daß auch die Erfahrungen, die er während der letzten vier Jahre gemacht hat, ihn in dieser seiner Ueberzeugung nicht haben umstimmen können; wohl aber hat er, und zwar nicht seit heute und gestern und auch nicht erst seit der Ermordung des Präsidenten Carnot, die ihm unterstellten Behörden, vor allem das Reichsjustizamt angewiesen, an der Hand der einzelnen Vorkommnisse zu prüfen, wie weit das gemeine Recht, insbesondere das Reichsstrafgesetzbuch, für eine energische Bekämpfung der Ausschreitungen der Umsturzparteien ausreiche und wie weit die bisherige Handhabung der bestehenden Bestimmungen zu wünschen übrig gelassen habe. Soweit es notwendig erscheint, bestehende Lücken in der Reichsgesetzgebung auszufüllen, hat dabei der Reichskanzler stets als den maßgebenden Gesichtspunkt betont, daß es dringend erwünscht sei, für die Bekämpfung der Umsturzparteien thunlichst alle bürgerlichen Parteien zu gemeinsamer Zustimmung zu vereinigen, nicht aber sie durch übertriebene Maßnahmen zum Kampfe untereinander herauszufordern. Graf Caprivi hat es deshalb wiederholt betont, daß es besser und wirksamer sei, etwas Positives unter thunlichst einheitlicher Zustimmung aller Ordnungsparteien zu erzielen, als weitgehende Forderungen aufzustellen, die scheinbar, aber auch nur scheinbar, den Eindruck einer großen Willensfestigkeit und Thatkraft hervorrufen könnten, die aber thatsächlich lediglich die bürgerlichen Parteien zersetzen und dadurch nur den Zielen gerade der Umsturzparteien dienen würden. Die jüngsten Erscheinungen in der deutschen Presse, die statt einer Sammlung der Kräfte weit mehr eine Fehde aller gegen alle zeigten, vermochten den Kanzler lediglich in seiner Auffassung zu bestärken. Einen schroffen Gegensatz zu dieser Anschauung nahm der preußische Ministerpräsident Graf Botho Eulenburg ein. Er hatte Vorschläge gemacht, von denen ihm selbst von vornherein klar sein mußte, daß er sie weder in dem gegenwärtigen noch in einem neugewählten Reichstag würde

durchsetzen können. Graf Eulenburg hat inzwischen diese seine Vorschläge selbst zurückgezogen; aber wenn er dann auch im Grundsatz den Caprivischen Gesetzentwurf zur Grundlage der weiteren Behandlung machte, so stellte sich doch bald bei der Beratung heraus, daß auch auf dieser Grundlage eine Verständigung schwer zu erzielen war. Der Reichskanzler hielt daran fest, daß keinerlei Bestimmungen getroffen werden dürften, die bei sachgemäßer Anwendung durch die Gerichte und Behörden dazu führen könnten, in Zeiten scharfer politischer Kämpfe auch gegen die bürgerlichen Parteien ausgenutzt zu werden. In der einstündigen Unterredung, die er gestern mit dem Kaiser hatte, sind nun alle diese Anschauungen, wie uns verbürgt mitgeteilt wird, zur vollen Geltung gelangt. Der Kaiser hat sie durchweg gebilligt, den Kanzler seiner vollen Unterstützung versichert, und da sich nach unserer Kenntnis der Dinge die große Mehrheit der Minister der verbündeten Regierungen in der morgigen Bundesratsitzung für eine Beschränkung auf das im jetzigen Reichstag Erreichbare aussprechen wird, so hoffen wir, daß damit die erwünschte Einigkeit vorerst bei der ersten Hälfte der Gesetzgebungsgewalt im Deutschen Reiche hergestellt und gesichert sein wird. Hoffentlich werden auch die lächerlichen und zwecklosen Wortklaubereien und Häkeleien zwischen nationalliberalen und offiziösen Blättern, bei denen innerhalb und außerhalb der Mauern Ilions gesündigt wurde, vor dem sachlichen Ernst einer konkreten Aufgabe verschwinden." (25. Okt.)

Oktober. (Kanzlerwechsel.) Urteile der Presse über Caprivi und seine Politik.

Fast ausnahmslos zollen die Blätter dem Charakter und dem Streben des Grafen Caprivi volle Anerkennung; über seine politischen Leistungen gehen die Meinungen weit auseinander. Am günstigsten urteilen im allgemeinen freisinnige und ultramontane Stimmen, am härtesten konservative Organe.

Die sezess. „Weserzeitung" schreibt: „Auch bei diesem tragischen Ausgange hat der Kanzler seine herkömmliche Ritterlichkeit bewahrt. Der grenzenlose Haß gegen ihn macht ihm zwar die wenig taktvollen Bemerkungen dieses oder jenes Blattes zum Verbrechen, aber wenn man die Entrüstung hierüber an dem Maßstabe dessen mißt, was ununterbrochen an kränkenden Bemerkungen über seine Unfähigkeit, seinen Mangel an festem Willen und an Einsicht gegen ihn geschleudert wurde, so kann man wirklich nur sagen: Mücken seihen und Kameele verschlucken. Und dabei ist Caprivi, der Mann der geraden Wege, an jenen Preßäußerungen sicherlich ganz unschuldig. Seine Unfähigkeit auf dem Gebiete der auswärtigen Politik war ein stehendes Thema seiner Gegner. In Wahrheit aber verläßt er als redlicher, vertrauenswürdiger Mann, von allen Regierungen, deutschen wie fremden, geschätzt, sein Amt."

„Freis. Ztg.": „Auch die politischen Gegner des Grafen Caprivi aber können demselben bei seinem Rücktritt das Zeugnis nicht versagen, daß er sich als einen ehrlichen und gesinnungstreuen Staatsmann gezeigt und politische Selbständigkeit auch nach obenhin bewiesen hat. Im Vergleich zu ihm wird jeder Nachfolger einen sehr schweren Stand haben.

Die demokrat. „Frankfurter Ztg." fürchtet nach Caprivis Abgang eine weitgehende Umsturzvorlage, die zum Konflikt mit dem Reichstag führen könne.

Die (klerik.) „Köln. Volksztg.": „Graf Caprivi war ein ganzer Mann und ein ganzer Minister. Wir sind häufig Gegner, zuweilen scharfe Gegner seiner Bestrebungen gewesen; aber das Zeugnis können wir ihm

nicht versagen: er hat seine Unabhängigkeit gewahrt nach oben wie nach unten, wie ein rechter Staatsmann soll und muß, und wo er auf dem richtigen Wege zu sein glaubte, ist er entschlossen und mit Selbstvertrauen vorangegangen."

„Germania": „Was in einer Strafgesetznovelle eine Reichstagsmehrheit dem Grafen Caprivi allenfalls bewilligt haben würde, dürfte seinem Nachfolger nicht sogleich als Morgengabe in den Schoß fallen. Graf Caprivi hatte ein solches Maß von Vertrauen in weiten Kreisen sich erworben, daß man unter seiner Amtsführung einen Mißbrauch von Vollmachten für die Regierung bei Anwendung von Gesetzen und Verwaltungsvorschriften nicht befürchtete; ohne ein gleiches Maß von Vertrauen kann aber keiner Regierung eine diskretionäre Machtbefugnis eingeräumt werden, die einen Mißbrauch nicht ausschließt, am allerwenigsten in einer Zeit politischer Ueberraschungen, wo heute vielleicht niemand ahnt, wer morgen Reichskanzler und Ministerpräsident sein wird."

„Dziennik Poznanski": „Graf Caprivi hat ein klares, ehrliches Programm gehabt und dies auch bei der Schulgesetzvorlage des Grafen Zedlitz bewiesen, als er sogar dem Willen der Krone nicht unterlag, sondern seine Demission als preußischer Ministerpräsident eingereicht hat. Die Nachricht von der Demission Caprivis haben wir mit Bedauern entgegengenommen, nicht deshalb, weil er den Polen etwaige Wohlthaten erwiesen, sondern weil er ihnen nicht geschadet und sie nicht unterdrückt hat."

„Allg. Ztg.": „Die offiziöse Presse, insbesondere die dem bisherigen Reichskanzler nahestehende, hat die öffentliche Meinung in unerhörter Weise irregeführt, und vor dem Dröhnen ihrer Siegesfanfaren verstummte allmählich auch der letzte leise Widerspruch, der sich gegen die Behauptung von einem völligen Siege des Grafen Caprivi, dem Durchdringen seiner Ueberzeugung im Staatsministerium und an allerhöchster Stelle, zunächst noch ans Licht gewagt hätte." Graf Caprivi habe den Fürsten Bismarck nie ersetzen können und man sehe ihn ohne Bedauern scheiden.

„Nat.-Ztg.": „Es ist beim Rücktritt des Mannes, der mit dem redlichen Willen, dem Vaterlande zu nützen, ein nicht gewöhnliches Talent und aufopfernde Arbeit verband und mit dem wir in wichtigen Fragen zusammengegangen, für uns keine angenehme Aufgabe, ihm unerfreuliche Dinge zu sagen; aber wenn der schließliche Mißerfolg seiner amtlichen Thätigkeit erklärt werden soll, kann es nicht vermieden werden. Unter diesen Erklärungsgründen muß noch der Gegensatz erwähnt werden, in den Graf Caprivi sich im Sommer 1892 durch die unglücklichen Depeschen nach Wien anläßlich des Aufenthalts des Fürsten Bismarck daselbst zu den Empfindungen der großen Mehrheit des deutschen Volkes gesetzt hatte."

Das „Leipziger Tagblatt" tadelt neben dem Zwist mit Bismarck besonders seine Kolonialpolitik.

„Volk": „Bei uns werden nur die Juden und ein Teil der Liberalen den Grafen Caprivi mit Bedauern gehen sehen. Wir wollen ihn, zumal er jetzt politisch tot ist, nicht weiter verdammen. Es mag ja sein, daß er immer nur das Beste des deutschen Volkes im Auge gehabt hat. Er gehörte vielleicht zu jenen Leuten, die „stets das Gute wollen und stets das Böse schaffen."

„Kreuz-Ztg.": „Das Resultat seiner Politik ist unserer Ueberzeugung nach dies: die Unzufriedenheit ist in Deutschland in bedenklichster Weise gestiegen und in gleichem Maße das Vertrauen gesunken, und das gerade in den Kreisen des Volkes, auf die sich Monarchie und Vaterland vor allem stützen müssen. Wie weit Graf Caprivi hieran allein die Verantwortung trifft, wird erst die weitere Entwickelung lehren."

27. Oktober. (Vieheinfuhrverbot.) Es wird ein Verbot auf Einführung lebenden amerikanischen Viehes wegen Seuchengefahr erlassen.

29. Oktober. (Essen.) Verein christlicher Bergarbeiter.

Kaplan Dr. Oberdörffer ermahnt die Arbeiter, die Sozialdemokraten nicht überflüssigerweise zu reizen, da sie möglicherweise mit ihnen einmal in materiellen Fragen zusammengehen könnten. Pfarrer Weber erklärt im Namen der evangelischen Arbeitervereine ein Zusammengehen mit den Sozialisten für ausgeschlossen.

29. Oktober. Der „Reichs-Anzeiger" veröffentlicht die Ernennung des Statthalters von Elsaß-Lothringen, Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst zum Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten, sowie die Ernennung des Unterstaatssekretärs im Ministerium für Elsaß-Lothringen v. Köller zum Minister des Innern.

Hohenlohe war unmittelbar nach Caprivis Rücktritt nach Berlin berufen und infolge dessen allgemein als dessen Nachfolger angesehen worden. Ein Gerücht, daß Finanzmin. Miquel Reichskanzler werden sollte, wird schnell dementiert. Hohenlohe, geb. 1819, kath., war 1866 bis 1870 bayerischer Ministerpräsident, von 1879 bis 1885 Botschafter in Paris, seit 1885 Statthalter.

Oktober. November. Die Presse über Hohenlohe und Köller.

Den Fürsten Hohenlohe begrüßen die meisten nichtklerikalen Zeitungen sympathisch; seine Vergangenheit bürge für eine nationale und im Innern maßvolle Politik. Insbesondere sprechen sie ihre Befriedigung über die Vereinigung des Reichskanzleramts und des Ministerpräsidiums aus. Auch in agrarischen Kreisen wird dem Fürsten Vertrauen entgegengebracht. Die ultramontanen Stimmen lauten verschieden: Die „Augsb. Postztg." ist von der Ernennung eines Katholiken zum Reichskanzler befriedigt, fürchtet aber, daß er einen schweren Stand gegen gewisse evangelische Hetzer haben werde. Die „Deutsche Reichsztg." bezeichnet ihn als kirchenfeindlich; seines liberalen Parteiregiments in Bayern wegen könne man kein Vertrauen zu ihm haben.

Herr v. Köller wird von den Freisinnigen und Sozialdemokraten mit unverhohlenem Mißtrauen empfangen, da er als Reichstagsabgeordneter zu den Führern der Hochkonservativen gezählt habe; mittelparteiliche Blätter erinnern dem gegenüber daran, daß seine Wirksamkeit in Straßburg keinen Anlaß gebe, von ihm eine einseitige Vertretung konservativer Interessen zu befürchten.

30. Oktober. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Frhr. Marschall v. Bieberstein wird zum preußischen Staatsminister ernannt.

27. Oktober—15. November. (Preußen.) Tagung einer außerordentlichen Generalsynode. Neue Agende. Teilnahme des Kaisers.

Die vornehmste Aufgabe der Generalsynode ist die Abfassung einer neuen Agende, woran in der Oeffentlichkeit lebhaftes Interesse genommen wird. Der Kaiser äußert sich hierüber beim Empfang des Synodalvor-

standes (31. Okt.) etwa folgendermaßen: Die Arbeiten der Generalsynode würden gesegnet sein, wenn sie in versöhnlichem Geiste arbeite. Der Anfang habe dieser Erwartung entsprochen. Die Generalsynode müsse sich hüten, ihre Aufgabe nach parlamentarischem Vorbilde zu erledigen, und möge nicht nach Parteirücksichten verhandeln, denn sie stehe auf anderer Grundlage, als die politischen Körperschaften. Er habe den Entwurf einer neuen Agende gebilligt, doch solle kein Zwang ausgeübt werden. Wer die neue Agende ablehne, könne bei der alten verbleiben. Der Kaiser äußerte den Wunsch, daß die Kirchen auch außer der Zeit des Gottesdienstes geöffnet seien. Dadurch werde der religiöse Sinn in manchen Schichten der Bevölkerung befördert und belebt, denn die Religion sei noch eine Macht, und selbst die subversiven Kräfte der Zeit hätten mehrfach davor Halt machen müssen. („Kr.-Ztg.")

Die Hauptpunkte, in denen sich die neue Agende von der alten unterscheidet, sind folgende. In der Kindertaufe wird der Gedanke der „Wiedergeburt" beseitigt und das Dogma der „Erbsünde" abgeschwächt. Das wichtigste ist die veränderte Stellung des „Apostolikums". Die Orthodoxen wollten es als buchstäbliches Bekenntnis aufnehmen, die Liberalen wollten diese Beschränkung der Lehr- und Glaubensfreiheit nicht acceptieren; die Oberkirchenbehörde wollte es zwar aufnehmen, aber nicht als starres Lehrgesetz. Der Streit wird dadurch geschlichtet, daß das Apostolikum in die Agende aufgenommen, aber die Einleitung vor der Verlesung verändert und in folgende Worte gekleidet wird: „Lasset uns in Einmütigkeit des Glaubens mit der gesamten Christenheit also bekennen". Daneben ist „wo es üblich ist" als Form des Gemeindebekenntnisses die Absingung des Liedes „Wir glauben all an einen Gott" gestattet. Ebenso wird dem Apostolikum in der Taufe und der Konfirmation der Charakter des starren Bekenntnisses genommen.

Viel Streit verursachte die Apostolikumsfrage in der Ordination. Der alte Brauch schrieb eine Verlesung des Apostolikums durch den Ordinanden vor, wogegen sich schon seit 1846 Opposition geltend gemacht hatte. Die Agendenkommission schlägt nun Streichung des Apostolikums in der Ordination vor, die Orthodoxen bestehen auf der Beibehaltung der Verlesung, was die Liberalen unbedingt ablehnen. Endlich dringt ein Vermittlungsvorschlag durch: das Apostolikum soll in der Ordination beibehalten werden, aber nicht als lehrgesetzliches Bekenntnis des Ordinanden, sondern als liturgisches Bekenntnis mit der feiernden Gemeinde. Die Liberalen nehmen den Vorschlag an unter ausdrücklicher Betonung, daß der Ordinand das Apostolikum in keinem anderen Sinne als in jedem Hauptgottesdienste zu bekennen habe, und dem Apostolikum keine verpflichtende Kraft beigelegt werde. Hiergegen wird kein Widerspruch erhoben.

Die Annahme der Agende wird dem Kaiser telegraphisch mitgeteilt (10. Nov.), worauf folgendes Telegramm eingeht:

„An den Vorstand der Generalsynode, Berlin: Die Meldung der einmütigen Annahme der Agendenvorlage seitens der Generalsynode hat mich mit Freude und Dank erfüllt. Ich hoffe zu Gott dem Herrn, daß die neue Agende durch freiwillige Aneignung seitens der Gemeinden zur Festigung unseres teuren evangelischen Glaubens und zu reicherer und tieferer Erbauung der Gemeinden dienen werde. Das walte Gott!

(gez.) Wilhelm. R."

(Vgl. über die Generalsynode Beyschlag, „Deutsche Evangelische Blätter" 1894, 12.)

30. Oktober. Reichstagsersatzwahl in Bernburg.

Es erhalten Friedberg (natl.) 10126, Schulze (Soz.) 9255, Baumbach (frs. Vp.) 2135, Fischer (Mittelstandspartei) 2658 Stimmen. Bei der Stichwahl am 13. November erhalten Friedberg 13570 und Schulze 11569 Stimmen.

30. Oktober. (Bayern.) Bauernrevolte in Fuchsmühl.

Die Gemeinde Fuchsmühl in der Oberpfalz führte seit längerer Zeit einen Prozeß gegen den Besitzer eines dortigen Lehngutes, Baron v. Zoller, wegen Waldnutzung. Während der Prozeß noch schwebt, sucht die Gemeinde ihr Recht auf den Wald mit Gewalt geltend zu machen, so daß der Bezirksamtmann von Tirschenreuth Militär requiriert, um den Wald vor Vernichtung zu schützen. Beim Einschreiten des Militärs verlieren mehrere Bauern durch Bajonnetstiche das Leben.

Der Vorgang erregt großes Aufsehen und wird namentlich von der radikalen Presse zu Angriffen gegen die bayerische Regierung benutzt. Die Sozialdemokraten fordern Einberufung des Landtages, auf dem die Regierung Rechenschaft von den Ereignissen ablegen soll.

1. November. (Zuckerzoll.) Deutschland und die Vereinigten Staaten.

Der amerikanische Botschafter macht dem Auswärtigen Amte die amtliche Mitteilung, daß der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika dem Kongresse bei seinem Zusammentritt am 1. Dezember die Aufhebung der Zuschlagstaxe auf Zucker aus Ländern, welche Ausfuhrprämien zahlen, empfehlen wird. (Vgl. S. 136).

1. November. Der Kaiser in Stettin. Kaiser Wilhelms-Denkmal. Toast auf den Zaren Nikolaus II.

Nach der feierlichen Enthüllung des von Hilgers entworfenen Kaiser Wilhelms-Denkmals wohnt der Kaiser einem Festmahle im Kasino des Grenadier-Regiments Friedrich Wilhelm IV. bei, wo er die Nachricht vom Tode Kaiser Alexanders III. erhält und den anwesenden in folgender Ansprache mitteilt: „Wie damals bei der letzten Heerschau Meines Großvaters dem Korps es nicht mehr vergönnt war, unter Führung des damaligen Statthalters von Pommern, Meines verstorbenen Vaters, vor den Augen Meines Großvaters eine Revue zu erleben, wie damals die Schatten des Todes auf dem Haupte Meines Vaters und dem ganzen Jahre lagen, so kommt soeben die Nachricht von einem weittragenden, schweren Ereignis zu unseren Ohren: Se. Majestät der Zar ist soeben gestorben. Nikolaus II. hat den Thron seiner Väter bestiegen, wohl eine der schwersten Erbschaften, die ein Fürst antreten kann. Wir, die wir hier versammelt sind und soeben einen Rückblick auf unsre Traditionen geworfen haben, denken auch der Beziehungen, die uns in alter Zeit in Waffenbrüderschaft und aufs neue mit dem russischen Kaiserhaus verbunden haben. Wir vereinigen unsre Gefühle für den neuen zum Throne gekommenen Kaiser mit dem Wunsche, daß ihm der Himmel Kraft verleihe zu dem schweren Amt, das er soeben übernommen hat. Der Kaiser Nikolaus II. er lebe! Hurrah!

Anf. November. (Baden.) Errichtung einer badischen Gesandtschaft am Münchener und Stuttgarter Hofe.

Die badische Regierung ernennt den Frhrn. v. Bodmann zum Gesandten in München und Stuttgart, wo bisher kein badischer Geschäftsträger existiert hatte. Da diese Neuerung unmittelbar auf den Kanzlerwechsel folgt, so wird die Vermutung laut, die Plötzlichkeit dieses Ereig-

nisses habe die süddeutschen Regierungen zu einem engeren Zusammenschlusse bewogen und deshalb sei der Gesandtschaftsposten errichtet worden. In Karlsruhe wird dem gegenüber erklärt, die Schaffung dieses Postens sei schon längere Zeit beschlossen und nur jetzt erst publiziert worden.

5. November. (Berlin.) Trauergottesdienst für Alexander III. in der Kapelle der russischen Botschaft, an der der Kaiser teilnimmt.

November. Die Presse über den Zaren Alexander III.

Alle größeren Blätter widmen dem Zaren einen langen Nachruf. Sämtlich betonen sie die Makellosigkeit seines persönlichen Charakters und seine Friedensliebe, nicht wenige wie das „Berl. Tagebl." feiern ihn als großen Herrscher und Wohlthäter Europas. Andere erinnern demgegenüber daran, daß der Zar sich in der Behandlung der Ostseeprovinzen und in seiner auswärtigen Politik stets als Feind der Deutschen gezeigt habe und lassen dahingestellt, ob nicht seine friedliche Politik mehr aus dem Bewußtsein der Schwäche als aus überzeugter Friedensliebe entsprungen sei.

5. November. (Reichslande.) Zum Statthalter von Elsaß-Lothringen wird Fürst Hohenlohe-Langenburg ernannt.

Geb. 1832, evangelischer Konfession, stand der Fürst ursprünglich in württembergischen und österreichischen Kriegsdiensten, trat dann in die badische Armee über, in der er als General am Feldzuge von 1870 teilnahm.

November. Paritätsfrage und Ministerwechsel.

Anläßlich der Ministerwechsel führt die klerikale Presse wiederum Beschwerde über ungenügende Wahrung der Parität, so schreibt die „Köln. Volksztg.": „Zwar ist ein Katholik zum Reichskanzler ernannt, dafür aber wieder ein Protestant zum Statthalter von Elsaß-Lothringen, so daß in den höchsten Stellungen der prozentuale Anteil der Katholiken sich nicht gebessert hat. Abgesehen vom Ministerpräsidenten werden wir demnächst nur protestantische Minister haben. Sollte außer dem Konseil-Präsidenten kein katholischer Minister aufzufinden gewesen sein?"

7. November. (Württemberg.) Die evangelische Landessynode genehmigt den Gesetzentwurf betr. die Religionsreversalien. (Vgl. S. 162).

10.—18. November. Reichskanzler Fürst Hohenlohe reist nach München, Straßburg und Baden-Baden. In Straßburg werden ihm große Ovationen gebracht.

10. November. (Berlin.) Der preußische Landwirtschaftsminister v. Heyden tritt zurück und der Landesdirektor in Hannover v. Hammerstein-Loxten wird zu seinem Nachfolger ernannt.

Es wurde bald nach dem Kanzlerwechsel bekannt, daß auch Herr v. Heyden sein Entlassungsgesuch eingereicht habe. Als seine Nachfolger wurden zuerst Graf Udo Stolberg, Oberpräs. von Ostpreußen, und v. Wilamowitz-Möllendorf, Oberpräs. v. Posen, bezeichnet, die aber beide abgelehnt haben sollen.

Herr v. Hammerstein gilt als Gegner der Handelsvertragspolitik und wird daher von liberalen Blättern nicht ohne Mißtrauen empfangen; die „Kreuz-Ztg." fordert ihn auf, zur Milderung der landwirtschaftlichen

Notlage auf Hebung der Preise zu denken, alles übrige seien Mittel von sekundärer Bedeutung.

12. November. (Bayern.) Zusammentritt der Landratsversammlungen (Provinzialvertretungen) in den Kreishauptstädten zur Beratung des Kreishaushalts.

14. November. (Berlin.) Der preußische Justizminister Dr. v. Schelling tritt zurück und an seine Stelle tritt der Oberlandesgerichtspräsident Schönstedt in Celle.

Gleichzeitig mit dem Gerücht von Herrn v. Heydens Rücktrittsabsichten wurden ähnliche Nachrichten über Dr. v. Schelling verbreitet, die zwar dementiert wurden, aber stets wiederkehrten. Es heißt, sein Rücktritt sei nicht freiwillig erfolgt, da er erst nach seinem 50jährigen Dienstjubiläum (im Dez. d. J.) seine Entlassung nehmen wolle. So schreibt die „Nat.-Ztg.": „In zahlreichen Blättern ist die Meldung, daß Herr v. Schelling veranlaßt worden, seine Entlassung früher zu nehmen, als er beabsichtigte, dahin erläutert worden, daß er hierzu im kaiserlichen Auftrage durch den Chef des Zivilkabinets, Herrn v. Lukanus, persönlich aufgefordert worden sei. Da jene Thatsache doch nun einmal der Oeffentlichkeit angehört, so mag noch erwähnt werden, daß Herr v. Lucanus im Justizministerium erschien, als dort gerade Plenarsitzung war. Herr v. Schelling gab den Vorsitz an den Unterstaatssekretär ab, entfernte sich, um den Kabinetschef zu empfangen — und kehrte nicht in die Sitzung zurück."

14. November. (Mecklenburg.) Einberufung des Landtags nach Malchin.

15. November. (Berlin.) Rekrutenvereidigung.

Bei der Vereidigung der Rekruten der Berliner Garnison hält der Kaiser folgende Ansprache:

„Nach dem Mir soeben geleisteten Eide begrüße ich Euch als Meine Soldaten. Wenn Ihr gute Soldaten sein wollt, so müßt Ihr auch gute Christen sein und Religion im Herzen tragen. Als Soldaten Meiner Garde ist Euch ein besonderes Ehrenkleid gegeben worden; vergesset nicht, daß Ihr den Rock Eures Königs tragt: haltet den Rock in Ehren und bedenkt, daß Ihr den Vorzug genießet, den Dienst unter Meinen Augen zu thun und daß Ihr mit Euerem Eintritt in das Heer etwas Vornehmes geworden seid. Blicket jetzt auf die Fahnen, die vor Euch stehen, und an die sich eine ruhmreiche Geschichte knüpft: lasset sie nie beleidigen. Gedenket der Standbilder der Könige und Führer, die auf Euch herniederschauen, denkt an Euren Eid, dann werdet Ihr gute Soldaten sein. Vergesset nie, daß Ihr berufen seid zu Verteidigern unseres Vaterlandes, daß Ihr verpflichtet seid, Ordnung und Religion im Lande zu schützen. Nun geht hin, thut Euern Dienst, der auf Meinen Befehl Euch gelehrt wird!"

15. November. (Bayern.) Die Wahl des Prof. Langen zum korrespondierenden Mitgliede der bayerischen Akademie der Wissenschaften wird bestätigt. (Vgl. S. 14.)

Mitte November. Preßfehde über Freiheit der Wissenschaft.

In der „Kreuz-Ztg." und anderen konservativen Blättern wird Beschwerde geführt, daß die Berliner Professoren der Theologie Harnack und der Nationalökonomie Meitzen die von der Generalsynode angenommene

Agende abfällig kritisiert hätten. Ebenso greift die „Kr.-Ztg.“ die Bonner Professoren Meinhold und Grafe an wegen ihrer Kritik der biblischen Ueberlieferung und bezeichnet sie als „wissenschaftliche Vorkämpfer der Sozialdemokratie“. Der Kultusminister solle solche pflichtvergessene Professoren an ihre Pflicht erinnern. Zwischen „Kreuz-Ztg.“ und „Nat.-Ztg.“, die diesen Angriff zurückweist, entspinnt sich eine längere Fehde.

17. November. (München.) Feierliche Grundsteinlegung zum Neubau des bayerischen Nationalmuseums durch den Prinz-Regenten.

November. Streit in der sozialdemokratischen Partei. Bebel, Grillenberger, v. Vollmar.

Bebel spricht sich in einer Berliner Versammlung abfällig über den Verlauf des Parteitages und insbesondere über die bayerischen Genossen aus, die er als Spießbürger bezeichnet. Seit die Agitation durch Aufhebung des Sozialistengesetzes frei geworden sei, streife die Partei leider ihren sozialen Charakter allmählich ab, um eine rein demokratische zu werden. (14. Nov.) Grillenberger antwortet hierauf in der „Fränk. Tagespost“: Bebel setze sich aus Herrschsucht über die Beschlüsse des Parteitages hinweg, aber die Bayern würden ihn nicht als Prinzipienwächter anerkennen. Bebel wirft den Bayern im „Vorwärts“ vor, sie hätten wenig für die gemeinsamen Ziele geleistet, dagegen große materielle Unterstützung aus der Parteikasse erhalten. Vollmar tritt Bebel in der „Münchener Post“ entgegen. Gegen Bebel wenden sich ferner Abg. Jöst in Mainz und Meister in Hannover, endlich auch der „Vorwärts“, der Bebels Aeußerungen über den Parteitag tadelt. Der Streit zieht sich mit wachsender Heftigkeit bis zur Reichstagseröffnung hin, wo er einstweilen vertagt wird.

20. November. (Köln.) Prozeß Kleser wegen Beleidigung des Frhrn. v. Marschall.

Anfang d. J. erschienen im „Kladderadatsch“ heftige Angriffe gegen zwei höhere Beamte des Auswärtigen Amtes, die Herren v. Kiderlen-Wächter und v. Holstein, die schließlich zu einem Duell zwischen Kiderlen-Wächter und Polstorff, dem Redakteur des „Kladd.“ führten. Die „Westd. Allg. Ztg.“ behauptet nun, jene Angriffe und einige Artikel anderer Blätter gegen das preußische Staatsministerium seien vom Staatssekretär Marschall v. Bieberstein veranlaßt worden, woraufhin Anklage gegen den Redakteur Kleser wegen Beleidigung des Hrn. v. Marschall erhoben wurde. Der Angeklagte hatte zwar alle gegen Hrn. v. Marschall erhobenen Beschuldigungen zurückgenommen, wird aber dennoch zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

21. November. Der Erbgroßherzog Bernhard v. Weimar in St. Martin an der Riviera †.

27. November. (Varzin.) Die Gemahlin des Fürsten Bismarck, Johanna, geb. v. Puttkamer (70 Jahre alt) †.

3. und 4. Dezember. Der Kaiser, begleitet vom Reichskanzler, eröffnet die neue Hochbrücke bei Levensau über den Nord-Ostseekanal und wohnt der Vereidigung der Marine-Rekruten in Kiel bei. Hierbei hält er folgende Ansprache:

„Der Eid ist heilig und heilig ist die Stätte, da ihr ihn schwört. Das zeigt der Altar und das Kruzifix; es bedeutet, daß wir Deutschen

Christen sind, daß wir allezeit erst Gott die Ehre geben bei jedem Geschäft, das wir treiben, zumal bei dem höchsten, bei der Ausbildung zum Schutz des Vaterlandes. Ihr tragt des Kaisers Rock, Ihr seid dadurch den anderen Menschen vorgezogen und gleichgestellt den Kameraden der Armee und Marine; Ihr nehmt eine besondere Stelle ein und nehmt Pflichten auf Euch. Von manchem werdet Ihr um den Rock, den Ihr trägt, beneidet; haltet ihn in Ehren und beschmutzt ihn nicht, und das könnt Ihr am besten, wenn Ihr an Euren Eid denkt, Ihr zumal, Ihr Seeleute, die Ihr so oft die Gelegenheit habt, die Allmacht Gottes bei den verschiedensten Gelegenheiten auf dem Wasser kennen zu lernen. Worin liegt das Geheimnis, daß wir oft in geringerer Anzahl dem Gegner überlegen sind? In der Disziplin. Was ist die Disziplin? Das einheitliche Zusammenwirken, der einheitliche Gehorsam. Daß unsere alten Vorfahren schon darauf hielten, beweist das eine Beispiel: Wie sie einst gegen die Römer in den Krieg zogen, stiegen sie über die Berge und sahen sich plötzlich den gewaltigen Heeresmassen gegenüber. Da wußten sie, was für ein schwerer Augenblick ihnen bevorstand. Sie gaben Gott die Ehre, indem sie zuerst beteten und dann mit Ketten zusammengeschlossen Mann an Mann sich auf den Feind warfen und ihn besiegten! Nun, die wirklichen Ketten brauchen wir nicht mehr; wir haben eine kräftige Religion und den Eid. Bleibt dem treu und denkt daran, mögt Ihr im Inlande oder Auslande sein! Haltet Eure Fahne hoch, die hier schwarz-weiß-rot vor Euch steht und denkt an Euren Eid, denkt an Euren Kaiser!"

5. Dezember 11½ Uhr. Eröffnung des Reichstags im Rittersaale des kgl. Schlosses. Der Kaiser verliest folgende Thronrede:

Geehrte Herren!

Im Namen Meiner hohen Verbündeten heiße Ich Sie beim Beginn Ihrer verfassungsmäßigen Thätigkeit willkommen.

Sie werden Ihre Arbeit in die neue Stätte verlegen, welche durch zehnjähriges ernstes Schaffen als ein Denkmal vaterländischen Fleißes ihrer Vollendung entgegengeführt ist.

Möge Gottes Segen auf dem Hause ruhen, möge die Größe und Wohlfahrt des Reichs das Ziel sein, welches alle zur Arbeit in seinen Räumen Berufenen in selbstverleugnender Treue anstreben!

Diesen Wunsch empfinde Ich besonders lebhaft im Hinblick auf die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Aufgaben, welche unter Ihrer Mitwirkung zur Lösung zu bringen sein werden.

Getreu den Ueberlieferungen der Vorfahren, betrachten Meine hohen Verbündeten und Ich es als die vornehmste Aufgabe des Staates, die schwächeren Klassen der Gesellschaft zu schützen und ihnen zu einer höheren wirtschaftlichen und sittlichen Entwickelung zu verhelfen. Die Pflicht, dieses Ziel mit allen Kräften anzustreben, wird um so zwingender, je ernster und schwieriger der Kampf um das Dasein für einzelne Gruppen der Nation sich gestaltet hat. Von der Ueberzeugung getragen, daß es der Staatsgewalt obliegt, gegenüber den streitenden Interessen der verschiedenen Elemente das Gesamtinteresse des Gemeinwesens und die Grundsätze der ausgleichenden Gerechtigkeit zur Geltung zu bringen, werden die verbündeten Regierungen fortfahren in dem Bestreben, durch Milderung der wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze das Gefühl der Zufriedenheit und der Zusammengehörigkeit im Volke zu erhalten und zu fördern.

Soll aber dieses Bestreben, bei welchem Ich Ihre rückhaltlose Unterstützung erhoffe, in seinem Erfolge gesichert werden, so erscheint es geboten, dem verderblichen Gebahren Derjenigen wirksamer als bisher entgegenzu-

treten, welche die Staatsgewalt in der Erfüllung ihrer Pflicht zu stören versuchen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die bestehende Gesetzgebung nicht die erforderlichen Handhaben hierzu bietet. Die verbündeten Regierungen erachten deshalb eine Ergänzung unseres gemeinen Rechtes für geboten. Es wird Ihnen unverzüglich ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, welcher vornehmlich durch Erweiterung der geltenden Strafvorschriften den Schutz der Staatsordnung verstärken will. Ich hege die Zuversicht, daß Sie für diese ernste Aufgabe Ihre thatkräftige Mitwirkung gewähren werden.

Die seit Einführung der Reichsjustizgesetze gesammelten Erfahrungen haben Mängel der Strafprozeßordnung und der mit ihr im Zusammenhang stehenden Teile des Gerichtsverfassungsgesetzes ergeben. Behufs ihrer Beseitignng wird Ihnen ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, in dessen Rahmen zugleich die Entschädigung unschuldig Verurteilter ihre Regelung finden soll.

Die Untersuchung der Börsenverhältnisse durch die dazu eingesetzte Kommission hat gezeigt, daß die bestehenden Einrichtungen nicht ausreichen, um die Gefahren abzuwenden, denen der Volkswohlstand durch mißbräuchliche Benutzung der börsenmäßigen Formen des Handelsverkehrs ausgesetzt ist. Ein Gesetzentwurf, der den auf diesem Gebiete hervorgetretenen Schäden abzuhelfen bemüht ist, wird vorbereitet und Ihnen, wie Ich hoffe, noch in dieser Tagung vorgelegt werden können.

Dasselbe gilt von einem Gesetzesvorschlag, der dem Handels- und Gewerbestand gegen den Wettbewerb, welcher unlautere Mittel nicht verschmäht, Schutz gewähren und damit auf die Festigung des Vertrauens in Handel und Wandel hinwirken soll.

Das finanzielle Verhältnis der Einzelstaaten zum Reich hat sich in einem für die ersteren bedenklichen Umfange verschoben. Während die Einzelstaaten ein Jahrzehnt lang bedeutende Mehrüberweisungen vom Reich empfingen, ist das Reich gegenwärtig genötigt, zur Deckung seiner eigenen Bedürfnisse erhebliche Zuschüsse von den Einzelstaaten zu fordern. Diesem drückenden Uebelstande vermögen die Mehreinnahmen aus den Reichsstempelsteuern nur zum Teile abzuhelfen. Es ist deshalb die Erschließung weiterer Steuerquellen unerläßlich. Demgemäß wird Ihnen von neuem ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, welcher die anderweite Besteuerung des Tabaks in Aussicht nimmt. Nicht minder halten die verbündeten Regierungen fest an der Forderung einer organischen Auseinandersetzung des Reichs und der Einzelstaaten, um die Finanzwirtschaft des Reichs selbständig zu machen und die Einzelstaaten wenigstens für längere Zeit vor schwankenden und steigenden Anforderungen zu schützen. Behufs baldiger Durchführung jener durch die föderative Gestaltung Deutschlands gebotenen und zur Aufrechterhaltung finanzieller Ordnung unerläßlichen Reform haben sich die verbündeten Regierungen indessen entschlossen, auf die im Vorjahr zu Gunsten der Einzelstaaten geforderten Mehrüberweisungen zu verzichten. Ich gebe Mich der sicheren Erwartung hin, daß nunmehr auf dieser neu gewonnenen Grundlage eine volle Einigung mit Ihnen erzielt werden wird.

In den letzten Jahren hat zu Meiner lebhaften Befriedigung die Zuversicht in die Erhaltung des europäischen Friedens neue Kräftigung erfahren. Getreu dem Geiste unserer Bündnisse pflegen wir mit allen Mächten gute und freundliche Beziehungen.

Zwei uns benachbarte Reiche sind im Laufe der letzten Monate von erschütternden Ereignissen heimgesucht worden. Deutschland hat sich aufrichtig der allseitigen Teilnahme angeschlossen, welche von neuem Zeugnis ablegt von einer Solidarität menschlicher Gefühle und friedlicher Wünsche.

In dem heimgegangenen Kaiser Alexander III. von Rußland betrauere Ich einen Freund und bewährten Mitarbeiter an den Werken des Friedens.

Geehrte Herren! Indem ich Sie nunmehr ersuche, in Ihre Arbeiten einzutreten, gebe Ich der Hoffnung Ausdruck, daß diese zum Heile des Vaterlandes gereichen werden. Sie mögen Zeugnis ablegen dafür, daß von der Einmütigkeit, mit welcher die deutschen Stämme vor nun bald fünfundzwanzig Jahren für die Gründung des Reichs eintraten, ihre Vertreter auch bei dem weiteren Ausbau unserer vaterländischen Einrichtungen geleitet werden."

Die Thronrede wird in der Presse sehr kühl aufgenommen, man vermißt darin bestimmte Vorschläge zur Lösung der angedeuteten sozialpolitischen Aufgaben und ferner wird die kurze Erwähnung des neuen Reichstagsgebäudes kritisiert.

5. Dezember, 1 Uhr. Feierliche Schlußsteinlegung des neuen Reichstagsgebäudes in Gegenwart des Kaisers und der Kaiserin.

Der Reichskanzler, Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst, verliest folgende, dann in den Schlußstein eingelegte Urkunde:

„Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen, thun kund und fügen zu wissen, daß Wir beschlossen haben, im Namen der Fürsten und Freien Städte des Reiches und in Gemeinschaft mit den verfassungsmäßigen Vertretern des Deutschen Volkes den Schlußstein zu dem Hause zu legen, in welchem die gesetzgebenden Körperschaften fortan ihrer Arbeit walten sollen.

Der erhabene Gründer des Reiches, Kaiser Wilhelm I., welcher am 9. Juni 1884 den Grundstein zu diesem Bau legte, hat die Vollendung des Werkes nicht mehr schauen dürfen, und auch sein ruhmgekrönter Sohn, Kaiser Friedrich, ist nach Gottes Ratschluß vor Uns abgerufen.

Wie Wir das Gedächtnis dieser Unserer Vorfahren in der Kaiserwürde dankerfüllten Herzens segnen, so wird, dessen sind Wir gewiß, ihr Andenken für alle Zeiten im Deutschen Volke fortleben.

Zehn Jahre mühevoller Arbeit sind über der Errichtung des Baues dahingegangen. Zur Ehre des geeinten Vaterlandes erhebt er sich, fest gefügt durch deutsche Hände, ein Zeugnis deutschen Fleißes und deutscher Kraft. So soll er nunmehr seiner Bestimmung übergeben werden.

In seinen Räumen walte der Geist der Gottesfurcht, der Vaterlandsliebe, der Eintracht. Dieser Geist erfülle die Männer, welche berufen sind, hier des Reiches Wohlfahrt zu fördern.

Es bleibe der Bau ein Denkmal der großen Zeit, in welcher als Preis des schwer errungenen Sieges das Reich zu neuer Herrlichkeit erstanden ist, eine Mahnung den künftigen Geschlechtern zu unverbrüchlicher Treue in der Pflege dessen, was die Väter mit ihrem Blute erkämpft haben.

Das walte Gott!

Gegenwärtige Urkunde haben Wir in zwei Ausfertigungen mit Unserer Allerhöchsteigenhändigen Unterschrift vollzogen und mit Unserem größeren Kaiserlichen Insiegel versehen lassen. Wir befehlen, von diesen Ausfertigungen die eine in den Schlußstein des Hauses niederzulegen, die andere in Unserem Archiv aufzubewahren.

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt Berlin am fünften Dezember des Jahres Eintausend acht Hundert und vier und neunzig.

gez. Wilhelm.

gegengez. Fürst zu Hohenlohe."

Nach Verlesung der Urkunde überreicht der königlich bayerische Bevollmächtigte zum Bundesrat, Graf Lerchenfeld-Köfering, Sr. Majestät die Kelle mit folgender Ansprache:

„Am 9. Tage des Juni 1884 hat Euerer Kaiserlichen Majestät erhabener Großvater, des Reiches Begründer, auch den Grundstein zu diesem Hause gelegt, in dessen Räumen die Vertreter der Bundesregierungen und die Vertreter des Deutschen Volkes künftig tagen werden. — Unter Allerhöchstseinem Schutz und Allerhöchstseiner Fürsorge, unter dem Schutz und der Fürsorge Sr. Majestät des Kaisers Friedrich und Euerer Kaiserlichen Majestät haben kunstfertige Hände aus allen Teilen des Reiches den Bau gefügt, der ein Wahrzeichen sein soll des Deutschen Reiches Einheit. Heute steht der Bau vollendet bis auf den letzten Stein, den Euere Kaiserliche Majestät mit eigener Hand befestigen wollen als Besiegelung des ganzen Werkes. Möge Weisheit und Maß, Kraft, Einigkeit in diesen Räumen wohnen. Mit diesem Wunsche bitte ich Euere Kaiserliche Majestät namens des Bundesrates, aus meinen Händen die Kelle entgegenzunehmen."

Der Kaiser wirft mit der vom Grafen Lerchenfeld entgegengenommenen Kelle den bereitgehaltenen Mörtel in die Vertiefung, worauf vier Meister des Maurer- und Steinmetzgewerks den Schlußstein einsetzen.

Alsdann übergibt der Präsident des Reichstages, Herr v. Levetzow, Sr. Majestät den Hammer unter nachstehender Ansprache:

„Mit demselben Hammer, welchen unserm Kaiser Wilhelm dem Ersten hochgesegneten Andenkens vor länger als 10 Jahren zur Grundsteinlegung namens des Reichstages ich darbringen durfte, wollen Euere Kaiserliche und Königliche Majestät heute einen großartigen Bau abschließen, den unter Allerhöchster Obhut, unter lebendiger Teilnahme des ganzen Vaterlandes viele Hunderte deutscher Künstler und Handwerker mit Liebe und Fleiß ersonnen und aufgeführt haben.

Seine Grundmauern sind fest, seine Hallen weit, seine Zinnen hoch, — und fest in Treue, weit in Voraussicht, hoch in den Gedanken, sei immer das, was je und je in diesem Hause möge beraten und beschlossen werden!

Einer großen Zeit, die das uns brachte, was Geschlechter erträumt und ersehnt haben, entstammen Plan und Mittel, — und nur auf gute, gesegnete, friedliche Zeiten, auf ein starkes Reich, ein kraftvoll und gerechtes Regiment, ein treues, freies, wehrhaftes, zufriedenes Volk, vertreten durch patriotische, weise und maßvolle Männer, blicke in Jahrhunderten des Reiches neues Rathaus, ein rechtes Sinnbild deutscher Einigkeit!

Das walte Gott in Gnaden!

Dies Werkzeug, vom Reichstag ehrfurchtsvoll überreicht, geruhen Euere Kaiserliche und Königliche Majestät huldvoll entgegen zu nehmen, um damit zur Weihe des Baues den letzten Hammerschlag zu führen."

Der Kaiser vollzieht die drei Hammerschläge mit den Worten:

Pro gloria et patria!

Hierauf ergriff die Kaiserin den Hammer, es folgten die Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses, der Reichskanzler, die Ritter des Schwarzen Adlerordens und die kommandierenden Generale, die stimmführenden Bevollmächtigten zum Bundesrat, der Präsident und der Gesamtvorstand des Reichstags, der erste Präsident des ersten Deutschen Reichstages Dr. v. Simson, die Mitglieder des preußischen Staatsministeriums, die auf Einladung erschienenen inaktiven Staatsminister, die Chefs der Reichsämter, die Mitglieder der Reichstagsbau-Kommission, der Oberpräsident des Stadtkreises Berlin, Dr. v. Achenbach, der Polizeipräsident Freiherr v. Richthofen, der Oberbürgermeister Zelle, die Mitglieder der Reichstagsbau-Verwaltung.

5. Dezember, 4 Uhr. (Reichstag.) Erste Sitzung, letzte im alten Reichstagsgebäude.

Präsident v. Levetzow: Meine Herren! Nach § 1 unsrer Geschäftsordnung liegt es mir als dem bisherigen Präsidenten ob, die erste Sitzung des Reichstags zu eröffnen, was ich hiermit thue.

Es würde, wie ich glaube, Ihren Gefühlen wie den meinigen nicht entsprochen haben, wenn wir aus diesem Hause, das den Reichstag lange Zeit beherbergte, ohne Abschied scheiden wollten. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb, und weil in dem neuen Reichstagsgebäude die Zurüstungen für die heutige Einweihungsfeier noch zu beseitigen sind, habe ich mir erlaubt, Sie hierher einzuladen. (Beifall.)

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten fährt der Präsident fort: Meine Herren, es schlägt nun die Stunde der Trennung von diesem Hause, welches den Reichstag 23 Jahre lang beherbergt hat. Mit vielem Geschick und großem Fleiß wurde im Jahre 1871 dieses Haus zum provisorischen Gebrauch für den Reichstag eingerichtet, nachdem der Plan, ein dem erstandenen Reiche würdiges Reichstagsgebäude zu errichten, schon gefaßt und die Mittel dazu aus der französischen Kriegsentschädigung reserviert waren. Am 16. Oktober 1871 hat der Reichstag unter dem Präsidium des Dr. Simson hier seine erste Sitzung gehalten. 21 von seinen damaligen Mitgliedern gehören noch heute dem Reichstage an, manche von ihnen allerdings nicht ununterbrochen. Jene 21 sind die Herren Abgg. Bebel, v. Benda, Dr. v. Bennigsen, Dr. Bock (Aachen), Dr. Böhme, v. Gerlach, v. Grand-Ry, Dr. Hammacher, Dr. Frhr. v. Heeremann, v. Kalckstein, v. Kardorff, v. Kehler, Lender, Dr. Lieber (Montabaur), Dr. Lingens, Dr. v. Marquardsen, Richter, Dr. Rudolphi, v. Stein, Frhr. v. Stumm und Uhden. Gar viele, m. H., von den Männern, welche an jenem Tage auf diesen Bänken saßen, sind inzwischen zu ihren Vätern heimgegangen; und wie oft haben wir nicht traurig von unseren Sitzen uns erhoben, um das Andenken heimgegangener Kollegen zu ehren. Als der Reichstag dies Haus bezog, war die auf die Begründung des Reichs bezügliche Gesetzgebung der Hauptsache nach abgeschlossen; aber der legislative Ausbau des Reiches vollzog sich hier. Ich erinnere nur an die Justizgesetzgebung, an die sozialen Gesetze, die Gesetze, welche die Stärkung der Wehrkraft und Marine beabsichtigten, die Handels- und Wirtschaftspolitik, die kolonialen Bestrebungen, die Verfassung und Verwaltung der Reichslande. Hier erhielten wir die für das ganze Vaterland tief erschütternde Kunde von dem Ableben unseres alten Kaisers, des Begründers des Deutschen Reiches; hierher wurden wir berufen, als der überall überaus schmerzlich empfundene frühzeitige Tod unseres Kaisers Friedrich eingetreten und des jetzigen Kaisers Majestät die Regierung übernommen hatte. Wie überall, so haben auch in diesem Hause gute und böse Tage gewechselt. Oft war der Redekampf hart, die Meinungsverschiedenheit groß, die Sitzung erregt, die Arbeit schwer; aber auch manche liebe Bekanntschaft ist hier geschlossen, manche Freundschaft begründet, manche Uebereinstimmung der Meinungen mit Freuden konstatiert worden, und stets hat über uns die Fahne des Reichs, zu der wir halten, geweht. (Beifall.) M. H.! Heimisch fühlten wir uns in diesem Hause, und die Erinnerung an die hier verbrachten Tage und Stunden wird in uns lebhaft bleiben. Scheiden thut immer weh, und deshalb werden wir auch nicht ohne eine Anwandlung der Wehmut heute unsern Auszug halten. Begleiten möge uns das Vorhaben, daß wir allüberall dem Vaterlande dienen wollen. (Beifall.) M. H., im Begriffe, diesen Platz für immer zu verlassen, empfinde ich es besonders lebhaft, was ich

nie vergaß und nie vergessen werde, daß während der langen Dauer meiner Amtsführung der Reichstag in keinem Augenblick sein Wohlwollen, seine Unterstützung, seine Nachsicht mir vorenthalten hat. Der Ausdruck herzlichen Dankes dafür sei mein letztes Wort von diesem Platze. Hiermit schließe ich die Sitzung und das Haus.

6. Dezember. (Reichstag.) Präsidentenwahl. Sitzenbleiben der Sozialisten beim Hoch auf den Kaiser.

Präsident v. Levetzow: Quod felix faustumque sit! Ich eröffne die Sitzung, die erste in dem neuen Hause. Meine Herren! Ein großartiger Bau, der seines gleichen sucht, weite Hallen, prächtige Säle anstatt unserer bisher gewohnten einfachen Heimstätte, die wir wegen ihrer Wohnlichkeit, ihrer praktischen Einrichtung und ihrer Bequemlichkeit noch oft vermissen werden (lebhafte Zustimmung), nehmen von heute ab den Reichstag auf. Schon der Anblick so vieler Herrlichkeiten, wie sie deutsche Kunst, deutsches Gewerbe, deutsches Handwerk hier vereinigt haben, muß ein deutsches Herz erheben und erfreuen, muß uns dankbar stimmen für den genialen Baumeister (Lebhafter Beifall), der das Werk ersonnen und ausgeführt hat. (Erneuter Beifall.) Ihm und seinen Gehilfen sei unser Dank dargebracht. Meine Herren! Dieser Reichstag und Bundesrat ist dem Vaterland zu Nutz und Frommen errichtet, auf daß hier ein dauerhafter Webstuhl stehe, bestimmt, wesentlich mitzuwirken an den ferneren Geschicken des Reiches. Aber nicht nur für die Gegenwart und Zukunft wird dieses Haus dienen, es erinnert auch an eine große Zeit, an diejenigen, die für die Aufrichtung gekämpft und geblutet haben mit dem Schwert und mit dem Geist, mit der Faust, mit ihrer Einsicht, ihrer Festigkeit und ihrem hohen Mute. Sie haben die Grundlage und die Mittel in schweren Tagen uns gewonnen. Nicht bloß nach seiner eigentlichen Bestimmung und seiner monumentalen Gestaltung, sondern auch weil es ein Denkmal jener Helden, eine natürliche Siegessäule ist, hat das Haus einen hohen vaterländischen Wert. (Beifall.) Diesen vaterländischen Wert zu erhalten, zu pflegen und zu erhöhen, ist die Aufgabe des Reichstags. Diese Aufgabe kann und wird nur gelöst werden, wenn wir und unsere Nachfolger uns mit allem, was wir beraten und beschließen, uns ganz und gar in den Dienst des Vaterlandes stellen (Beifall), wenn wir nur dienen wollen dem Kaiser, dem Reiche und dem Volke. Ihr Wohl ist Zweck und Ziel dieses Hauses, die suprema lex des Reichstags. Dem Kaiser als dem Haupte, dem Reich und dem Volk, auf daß sie alle Zeit einig und vereint, stark und gesegnet bleiben, gilt der Ruf, unter dem wir von diesem neuen Heim Besitz nehmen: Se. Majestät der Kaiser lebe hoch! hoch! hoch! (Die Mitglieder des Hauses mit Ausnahme der wenigen im Saale anwesenden Sozialdemokraten haben sich von den Sitzen erhoben und stimmen dreimal begeistert in diesen Ruf ein. Großer Lärm, Rufe rechts: Pfui, schämt Euch; Frechheit! Hinaus! Rufe bei den Sozialdemokraten: Nur langsam, schämt Euch selbst!)

Nachdem Abg. v. Levetzow zum Präsidenten, die Abgg. v. Buol (Z.) und Bürklin (nl.) zum ersten und zweiten Vizepräsidenten wiedergewählt sind, ergreift das Wort Präsident v. Levetzow: Ich habe zu meinem großen Leidwesen eines Vorganges zu gedenken, der sich hier im Hause ereignet hat. Es kam nicht unerwartet, daß ein Hoch auf Se. Majestät den Kaiser ausgebracht wurde, und es sind einige Mitglieder auf der äußersten Linken dieses Hauses auf ihren Plätzen sitzen geblieben. Das entspricht nicht der Sitte deutscher Männer (lebhafte Zustimmung rechts und links), nicht der Gewohnheit dieses Hauses (erneute Zustimmung), es beleidigt die Gefühle der Mitglieder dieses Hauses (großer Beifall) und ich kann nur

bedauern, daß ich kein Mittel habe, um ein derartiges Verfahren zu rügen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Singer (Zur Geschäftsordnung): Ich bitte um die Erlaubnis, gegenüber der Bemerkung des Herrn Präsidenten ebenfalls eine Bemerkung machen zu dürfen und hier zu erklären, und zwar namens meiner Fraktion, daß wir uns nie und nimmermehr dazu verstehen werden und zwingen lassen, ein Hoch auszubringen auf jenen Mann, der gesagt hat, es könnten (Großer Lärm im ganzen Hause, Rufe: Pfui, hinaus! Glocke des Präsidenten).

Präsident v. Levetzow: Herr Abg. Singer, ich kann nicht zugeben, daß die Person Seiner Majestät in die Debatte gezogen wird.

Abg. Singer (fortfahrend): Ich muß mich dem Gebot des Herrn Präsidenten fügen, erkläre aber, daß wir gegenüber dem Umstande, wonach befohlen war oder in Aussicht gestellt worden ist, zu befehlen, daß Soldaten, die Söhne des Volkes, auf ihre Brüder, ihre Mütter und Väter schießen sollen, und gegenüber der Thatsache, daß wir jetzt eine Gesetzvorlage zu machen haben, die sich gegen uns richtet, es mit unserer Würde und Ehre nicht vereinbar finden, in ein solches Hoch einzustimmen. (Lebhafter Widerspruch.)

6. Dezember. (Umsturzvorlage.) Dem Reichstag geht folgender „Entwurf eines Gesetzes, betreffend Änderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs, des Militärstrafgesetzbuchs und des Gesetzes über die Presse" zu.

Artikel I.

In dem Strafgesetzbuch werden die §§ 111, 112, 126, 130, 131 durch nachstehende unter den gleichen Zahlen aufgeführte Bestimmungen ersetzt und die folgenden neuen §§ 111a, 129a eingestellt.

§ 111.

Wer auf die im § 110 bezeichnete Weise zur Begehung einer strafbaren Handlung auffordert, ist gleich dem Anstifter zu bestrafen, wenn die Aufforderung die strafbare Handlung oder einen strafbaren Versuch derselben zur Folge gehabt hat.

Ist die Aufforderung ohne Erfolg geblieben, so tritt Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder Gefängnisstrafe bis zu Einem Jahre und, sofern es sich um die Aufforderung zu einem Verbrechen handelt, Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren ein. Die Strafe darf jedoch, der Art oder dem Maße nach, keine schwerere sein, als die auf die Handlung selbst angedrohte.

§ 111a.

Gegen denjenigen, welcher auf die im § 110 bezeichnete Weise ein Verbrechen oder eines der in den §§ 113 bis 115, 124, 125, 240, 242, 253, 305, 317, 321 vorgesehenen Vergehen anpreist oder als erlaubt darstellt, finden die Strafvorschriften Anwendung, die nach § 111 Absatz 2 für den Fall der Aufforderung zur Begehung einer solchen strafbaren Handlung gelten.

§ 112.

Wer einen Angehörigen des deutschen Heeres oder der Kaiserlichen Marine auffordert oder anreizt, dem Befehle des Oberen nicht Gehorsam zu leisten, wer insbesondere eine Person, welche zum Beurlaubtenstande gehört, auffordert oder anreizt, der Einberufung zum Dienste nicht zu folgen, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. Diese Strafvorschrift findet auch auf denjenigen Anwendung, der einen Angehörigen des Landsturms auffordert oder anreizt, dem Aufrufe nicht Folge zu leisten.

Gefängnis von Einem Monat bis zu drei Jahren trifft denjenigen, der es unternimmt, einen Angehörigen des aktiven Heeres oder der aktiven Marine zur Beteiligung an Bestrebungen zu verleiten, welche auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung gerichtet sind.

Hat der Thäter in der Absicht gehandelt, ein bestimmtes, auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung gerichtetes Verbrechen zu fördern, so tritt Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren ein; auch kann auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden.

§ 126.

Wer durch Androhung eines Verbrechens den öffentlichen Frieden stört, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

Hat der Thäter in der Absicht gehandelt, auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung hinzuwirken, oder darauf gerichtete Bestrebungen zu fördern, so tritt Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren ein; auch kann auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden.

§ 129a.

Haben Mehrere in der Absicht, auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung hinzuwirken, die Ausführung eines Verbrechens verabredet oder sich zur fortgesetzten Begehung mehrerer, wenn auch im Einzelnen noch nicht bestimmter Verbrechen verbunden, so werden sie, auch ohne daß der Entschluß der Verübung des Verbrechens durch Handlungen, welche einen Anfang der Ausführung enthalten, bethätigt worden ist, mit Zuchthaus bestraft.

§ 130.

Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegen einander öffentlich anreizt, wird mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.

Dieselbe Strafe trifft denjenigen, welcher in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die Religion, die Monarchie, die Ehe, die Familie oder das Eigentum durch beschimpfende Aeußerungen öffentlich angreift.

§ 131.

Wer erdichtete oder entstellte Thatsachen, von denen er weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß sie erdichtet oder entstellt sind, öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, wird mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.

Artikel II.

In dem Militärstrafgesetzbuch erhält der § 42 Absatz 2 folgende Fassung:

Wird gegen eine Person des Beurlaubtenstandes während der Beurlaubung wegen einer in dem Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich Teil II Abschnitt 6 (Widerstand gegen die Staatsgewalt) oder Abschnitt 7 (Verbrechen und Vergehen wider die öffentliche Ordnung) vorgesehenen strafbaren Handlung auf Gefängnis von mehr als sechs Wochen erkannt oder erfolgt die Verurteilung einer Person des Beurlaubtenstandes während der Beurlaubung wegen einer strafbaren Handlung der im § 37 Absatz 2 Nr. 2 bezeichneten Art, so kann ein besonderes Verfahren des Militärgerichts zur Entscheidung darüber angeordnet werden, ob auf Dienstentlassung oder auf Degradation zu erkennen ist.

Artikel III.

In dem Gesetz über die Presse vom 7. Mai 1874 (Reichs-Gesetzbl. S. 65) wird die Nr. 3 des § 23 durch die nachfolgende Bestimmung ersetzt:

§ 23.

3. wenn der Inhalt einer Druckschrift den Thatbestand einer der in den §§ 85, 95, 111, 111a, 112, 126, 130 oder 184 des Deutschen Strafgesetzbuchs mit Strafe bedrohten Handlungen begründet.

Artikel IV.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

Anf. Dezember. Urteile der Presse über die Umsturzvorlage.

„Freisinnige Zeitung“: Die Vorlage werde wenig Einfluß auf die Sozialdemokratie haben. „Die Hauptbestimmungen der Novelle in den §§ 130 und 131 werden mindestens so oft Preßerzeugnisse und öffentliche Reden von Angehörigen anderer Parteien treffen, als Sozialdemokraten. Die Strafbestimmung gegen den Angriff auf die Religion würde voraussichtlich eine größere Rolle spielen in den religiösen Kämpfen der Gegenwart als im Verhältnis zur Sozialdemokratie.“

„Volks-Zeitung“. Wenn die Vorlage, namentlich § 130 Gesetz würde, könne „Deutschland getrost ausscheiden aus der Reihe der sogenannten Kulturländer, in die man es, bisher wenigstens, immer noch verwiesen hat. Dann ist die Ruhe des Kirchhofs ausgebreitet über das große Volk, das sich so gern „das Volk der Denker“ nennt“.

Die „Staatsbürgerzeitung“ verwirft das Gesetz, weil es eine unbedingte Knebelung der freien Meinungsäußerung bedeute.

Das „Volk“: „Ob die Umsturzvorlage der Sozialdemokratie auch nur einen ihrer bisherigen Anhänger rauben wird, ist uns zweifelhaft. Daß sie keinem mit der Not des Lebens kämpfenden Bauern, Handwerker oder Beamten Hilfe bringen oder ihn gar vor dem Anschluß an die Sozialdemokratie bewahren wird, ist sicher. Was unter diesen Umständen eine Vorlage soll, die übrigens auch ganz andere Leute wie die Sozialdemokraten und Anarchisten mit ihren Fangarmen bedroht, das mag die Weisheit anderer beantworten.“

„Die Post“: „Die Umsturzvorlage bezweckt selbstverständlich nicht, die Sozialdemokratie zu beseitigen; sie soll nur die dazu in der Hauptsache bestimmte Politik positiver Reform nach der Seite der Repression ergänzen. Sie erschöpft auch keineswegs noch alle Mittel der Abwehr, welche auf diesem Gebiete gegeben sind. Aber sie ist ein erster und bedeutungsvoller Schritt in der Richtung, die sozialdemokratischen Umsturzbestrebungen als eine imminente Gefahr für die Existenz unserer Staats- und Rechtsordnung mit der auch für das Gewissen der weitesten Kreise laut vernehmbaren Stimme des Gesetzes deutlich zu charakterisieren, und deshalb voller Zustimmung und kräftigster Unterstützung wert.“

Die „Kreuz-Ztg.“ steht der Vorlage nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, erwartet aber wenig von ihrer Wirksamkeit. „Die Sozialdemokratie wird durch dieses Vorgehen gegen sie zunächst den Hader in ihren eigenen Reihen auslassen und sich wieder geschlossener zeigen wie zuvor, auf der anderen Seite wird sie Mittel finden, um die Klippen des Gesetzes zu umschiffen, ohne daß sie nötig hat, mit ihrer Agitation nachzulassen. Ihr Nährvater ist die Unzufriedenheit, und zwar nicht ausschließlich die Unzufriedenheit in den untersten Volksschichten, sondern auch diejenige, die dank einer verkehrten Gesetzgebung auch in den Mittelständen Platz gegriffen hat. Sie wird bestehen bleiben, so lange die menschliche Arbeitskraft ausschließlich in den Dienst des Kapitals und der Börse gestellt ist. Nur wirkliche, von christlichem Geiste getragene soziale Reformen können uns Besserung bringen.“

„Germania": „Von den bürgerlichen Parteien wird wohl keine, wie wir glauben, und höchstens eine der kleinen Links-Parteien die Vorlage, wie sie geworden, a limine abzuweisen entschlossen sein. Es wird zu Kommissionsberatungen kommen, die darüber entscheiden, was von der Vorlage ganz verworfen, und was geändert, was gelassen und — was zugesetzt wird. Denn wird einmal überhaupt auf diesem Gebiete etwas gethan, dann können doch z. B. noch einige Bestimmungen zum Schutze der Sittlichkeit hinzukommen."

„Nat.-lib. Koresp.": „Im allgemeinen wird man, vorbehaltlich der Prüfung von Einzelheiten, anerkennen müssen, daß diese Vorschläge sich in sehr maßvollen Grenzen halten und das Geschrei über einen Angriff auf unsere „kümmerlichen" Freiheitsrechte als maßlos übertrieben erscheinen lassen."

Ebenso äußern sich im allgemeinen zustimmend — abgesehen von einigen Abänderungsvorschlägen im einzelnen — die „Köln. Ztg.", „Allg. Ztg.", „Nat.-Ztg.", „Hannov. Kourier", „Schwäb. Merkur".

„Vorwärts": „Endlich ist sie da, die Umsturzvorlage, deren Geburtswehen bereits einem Reichskanzler und einem preußischen Ministerpräsidenten die Aemter gekostet haben und alle bürgerlichen Parteien monatelang in Aufregung erhielten, nicht aber die Sozialdemokratie. Und mit dem nämlichen Gleichmut, mit dem wir sie erwarteten, betrachten wir sie jetzt, da sie vor uns liegt: ein ohnmächtiges Ding, ohnmächtig und wäre sie zehnmal schärfer noch abgefaßt, zehnmal wuchtiger ausgefallen und von zehnmal geschickteren Händen geführt, als die sind, die jetzt zu ihrer Handhabung bereit gehalten werden." Die Wirkung des Gesetzes könne allein in kleinlichen Quälereien bestehen, die Arbeiterbewegung werde es nicht hindern.

9. Dezember. (Gustav Adolf.) Anläßlich der 300. Wiederkehr des Geburtstages von Gustav Adolf finden in allen evangelischen Kirchen Deutschlands Gustav Adolf-Feiern statt.

11. Dezember. (Reichstag.) Strafrechtliche Verfolgung des Abg. Liebknecht. Etatsberatung. Erste Rede Hohenlohes. Etatsrede Posadowskys. Abg. Richter und Staatssekr. v. Bötticher über den Kanzlerwechsel.

Dem Reichstage ist folgendes Schreiben zugegangen:

Der Staatsanwalt des Landgerichts I. Berlin beabsichtigt auf Grund des stenographischen Berichtes vom 7. Dezember d. J. die strafrechtliche Verfolgung des Reichstagsabgeordneten Liebknecht wegen Majestätsbeleidigung einzuleiten, und hat die Einholung der Genehmigung des Reichstages zur Einleitung des Strafverfahrens beantragt. Ew. Exzellenz beehre ich mich ergebenst zu ersuchen, gefälligst die Beschlußfassung des Reichstags über den Antrag herbeiführen zu wollen. gez. Fürst Hohenlohe.

Das Schreiben wird an die Geschäftsordnungskommission zur schleunigen Berichterstattung verwiesen.

Die erste Beratung des Etats eröffnet Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe: „Meine Herren, wenn ich heute bei der ersten Beratung des Etats das Wort ergreife, so geschieht es, um Ihnen meine Ansichten über einige der wichtigsten Fragen, die den Gegenstand Ihrer Beratungen in der gegenwärtigen Session bilden werden, darzulegen. Ich will Ihnen kein Programm entwickeln. Ein solches würde nur dann am Platze sein, wenn mein Eintritt in die Geschäfte mit einem sogenannten Systemwechsel ver-

bunden gewesen wäre. Das ist nicht der Fall und konnte um so weniger der Fall sein, als die meisten Gesetzentwürfe, die Ihnen vorgelegt werden, schon zur Zeit meines Herrn Amtsvorgängers beschlossen oder vorbereitet waren. Damit will ich nicht sagen, daß ich in allen Punkten die Wege meines Vorgängers gehen werde. (Bravo! rechts.) Aber das muß ich hervorheben, daß ich die vollendeten Thatsachen zu respektieren habe und daß ich die vertragsmäßig eingegangenen Verpflichtungen loyal ausführen werde.

Ich berühre nun zunächst die Finanzfrage. Der Etat wird von sachkundiger Seite durch den Herrn Staatssekretär des Schatzamts erläutert werden. Ich kann mich daher für jetzt darauf beschränken, auf einen Punkt, der mir im Interesse des Reichs der wichtigste scheint, hinzuweisen. Es ist das Verhältnis des Reichs zu den Einzelstaaten in finanzieller Beziehung. (Sehr richtig! rechts.) Eine Abhilfe scheint mir hier dringend geboten. (Sehr wahr! rechts.) In der That bietet auch der vorliegende Abschluß des Etatsentwurfs noch das Bild des Zufalls, wie es sich für die leistungsverpflichteten Bundesstaaten alljährlich aus dem Verhältnis der Matrikularbeiträge zu den Ueberweisungen ergibt. Die Beibehaltung dieser in der Verfassung als ein vorübergehender Notbehelf gedachten Einrichtung birgt sowohl für die innere politische Festigkeit des Reiches wie für die haushälterische Ordnung der Bundesstaaten die schwersten Gefahren in sich. Das Reich hat zwar ein Defizit nicht zu fürchten, weil es in der Lage ist, für seine steigenden, durch eigene Einnahmen nicht gedeckten Bedürfnisse stets die Steuerkraft der Einzelstaaten in Anspruch zu nehmen. Diese finanzielle Haftbarkeit der Einzelstaaten erscheint aber geeignet, im Reiche das Gefühl der Verantwortlichkeit für die Beschaffung von Deckungsmitteln zu mindern und läßt eine formale Grenze, wie solche im Einzelstaate gegenüber den wachsenden Forderungen der Ressorts gegeben ist, vermissen. Noch schwerer, wie die Höhe der Leistung, drückt die in dem schwankenden Verhältnisse zwischen Ueberweisungen und Matrikularbeiträgen liegende Unsicherheit auf die Finanzpolitik der einzelnen Bundesstaaten, welche trotz aller Pläne und Voraussichten von der wechselnden Gestaltung der Reichsfinanzen abhängt. Eine Finanzreform, welche dieses bedenkliche finanzielle Abhängigkeitsverhältnis beseitigt, ohne die föderative Interessengemeinschaft zu lockern, ist für das Reich eine politische, für die Bundesstaaten eine staatswirtschaftliche Notwendigkeit. (Sehr wahr! rechts.) Es muß hiernach daran festgehalten werden, jenes Ziel auf der allgemeinen Grundlage des vorjährigen Entwurfs, wenn auch in wesentlich beschränktem Umfange, zu erreichen.

Im Zusammenhang mit der Gestaltung unserer Finanzen steht die Kolonialfrage. Als jüngste Macht ist das Deutsche Reich in eine Kolonialpolitik eingetreten. Die Beweggründe, welche das Reich dazu geführt haben, sind wirtschaftlicher, nationaler und religiöser Natur. Schon vor der Begründung des Reichs haben einsichtige Männer darauf hingewiesen, daß Deutschland, um sich den Wettbewerb auf dem Weltmarkt zu sichern und damit auch seine internationale Machtstellung zu bewahren, darauf bedacht sein müsse, sich neue und unabhängige überseeische Absatzgebiete zu schaffen und den überschießenden Kräften der Heimat, statt sie sich zu entfremden, einen neuen Raum zur Entfaltung zu gewähren. Die bisherige Entwickelung in dem kurzen Zeitraum von 10 Jahren hat bewiesen — und die dem Reichstag vorgelegten Denkschriften legten davon Zeugnis ab —, daß diese Auffassung zutrifft. Der Handel in unseren Kolonien nimmt, wenn auch nur allmählich, zu; die Plantagen, wenn auch unter schwerer Arbeit und Opfern, gewinnen an Ausdehnung, und große Gebiete sind geeignet, deutschen Auswanderern eine Existenz zu gewähren. (Sehr richtig! rechts.) Die koloniale Bewegung ist aber auch eine nationale. Sie ist dem erstarkten

Nationalgefühl entsprungen, welches nach Gründung des Reichs ein Feld der Thätigkeit für das gekräftigte nationale Empfinden sucht; sie ist eine wertvolle Stärkung des Einheitsgedankens und keine Regierung wird dieses neue und feste, die einzelnen Stämme der Nation und die verschiedenen Schichten der Bevölkerung umschließende Band entbehren können und wollen. (Bravo! von mehreren Seiten.) Die deutsche Kolonialpolitik hat aber auch eine ideale und religiöse Grundlage. Es wäre eine Minderung des deutschen Namens in der Welt, wenn nicht auch das deutsche Volk teilnehmen wollte an der Kulturmission, welche die letzten Greuel der Sklaverei beseitigt und das Licht des Christentums in den dunklen Weltteil hineinträgt. (Bravo!) Diese verschiedenen Beweggründe traten zu Anfang vereinzelt auf; sie treffen mehr und mehr zusammen und die verbündeten Regierungen sind entschlossen, jede dieser Richtungen gleichmäßig zu fördern. (Bravo!) Die Aufrechterhaltung unseres Kolonialbesitzes ist ein Gebot unserer nationalen Ehre und ein Zeichen unseres nationalen Ansehens. Wir werden ihn zu verteidigen wissen. (Lebhaftes Bravo.) Wir werden ihn aber so gestalten müssen, daß er wirtschaftliche Selbständigkeit erlangt, von den Nachbargebieten nicht überflügelt wird, und daß die Zukunft der deutschen Kolonialpolitik nicht beeinträchtigt wird. (Bravo! auf allen Seiten.) Zur Erlangung dieses Zieles bedarf die Regierung der Unterstützung aller Kräfte der Nation. Sie wird am wenigsten auf die Unterstützung der christlichen Missionsgesellschaften verzichten (Bravo! rechts und in der Mitte), ohne deren opferfreudige und segensreiche Thätigkeit das gesamte Kolonialwerk in Frage gestellt wäre. Die Regierung wird ihrerseits die Missionen auf alle Weise fördern und ihnen die volle Freiheit in der Ausübung ihres Berufes in allen Schutzgebieten gestatten. (Bravo!) Wie dies bereits schon einmal an dieser Stelle hervorgehoben worden ist, wird die durch die Kongoakte gewährte Kultusfreiheit auch in denjenigen Gebieten beobachtet werden, auf welche sie formell keine Anwendung findet. (Bravo!) Bei Beobachtung dieser Grundsätze hoffen die verbündeten Regierungen, die thätigen Anhänger der Kolonialpolitik zu neuem Eifer zu ermuntern und die Schutzgebiete dem allgemeinen Besten nutzbar zu machen, ohne durch übertriebene Maßnahmen andere wichtige Interessen des Reichs bloßzustellen.

Die von Jahr zu Jahr glücklicherweise sich steigernden Handelsbeziehungen über See legen der Regierung die erhöhte Pflicht auf, den deutschen Unternehmern mit ihrem Schutz zu folgen. In wirksamer Weise wird er nur von unseren Kriegsschiffen geleistet werden können, und die Anwesenheit deutscher Geschwader in den chilenischen, brasilianischen und chinesischen Gewässern hat Leben und Eigentum der Reichsangehörigen vor Unglück bewahrt. Es hat sich aber gerade im letzten Jahre gezeigt, daß, wenn an verschiedenen Teilen der Erde kriegerische oder sonstige Unruhen ausbrechen, unsere Kreuzer nicht ausreichen, um den bedrohten Landsleuten die erbetene Hilfe zu leisten. Diese allseitig bekannt und fühlbar gewordenen Uebelstände legen uns die Pflicht auf, unsere Kriegsmarine derartig zu vergrößern, daß sie mindestens im Stande ist, unseren überseeischen Interessen den Schutz zu gewähren, ohne welchen Unternehmungen des Handels und Verkehrs überhaupt nicht bestehen können.

Es ist eine unbestrittene und beklagenswerte Thatsache, daß die Lage der deutschen Landwirtschaft infolge des Wettbewerbs großer fruchtbarer Länderstrecken und durch die in ungeahntem Umfang vermehrten Verkehrswege im letzten Jahrzehnt eine sehr ungünstige geworden ist. (Sehr richtig! rechts.) Zwar kann ich nicht anerkennen, daß Industrie und Landwirtschaft im Gegensatz zu einander stehen. Ich muß aber zugeben, daß die gesetzgeberischen Maßnahmen der letzten Jahre der Natur der Sache nach mehr

der Industrie, als der Landwirtschaft zu Gute gekommen sind (Hört, hört! rechts), und daß die letztere einer besonderen Pflege der Regierungen bedarf, um den Vorsprung einzuholen, den die erstere gewonnen hat (Bravo! rechts). Es ist eine verantwortungsvolle Aufgabe, die geeigneten Mittel zu finden, um berechtigte Wünsche zu erfüllen. Wir wollen unsere Kräfte nicht in der Lösung unerfüllbarer Probleme verbrauchen, aber wir werden mit Ernst und gutem Willen die Ursachen des Uebels zu heilen suchen. (Bravo! rechts.)

Was die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse betrifft, so wird der einmal betretene Weg zur Erhaltung des Mittelstandes und zur Förderung des Wohles der unteren Volksklassen nicht mehr verlassen werden. Die Gewerbegesetzgebung kann noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Einige Auswüchse des Hausierhandels müssen beseitigt werden (Bravo! rechts), um die Handwerker und kleineren Kaufleute zu schützen. Den gleichen Zweck hat der Gesetzentwurf, welcher den Warenverkauf von Konsumvereinen an Nichtmitglieder verbietet. Eine unrichtige Praxis hat das Genossenschaftswesen aus dem ihm zugewiesenen Rahmen heraustreten lassen. Die seit Jahren angebahnten Maßnahmen zum Wohl der arbeitenden Klassen und zur Abwendung der Gefahren, welche dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter in den größeren Betrieben drohen, bedürfen einer Ergänzung, bei welcher der Gesichtspunkt der Schonung der Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie im eigenen Interesse der Arbeiter nicht außer Acht gelassen werden darf. Verschiedene Einrichtungen auf dem Gebiete des Versicherungswesens haben sich zu verwickelt erwiesen und sind zum Teil für die Arbeitgeber, zum Teil für die Arbeitnehmer mit so vielen Belästigungen verbunden (sehr wahr! rechts), daß die aus jenen Einrichtungen erhofften Wohlthaten in ihrer Wirkung geschmälert worden. (Sehr richtig! rechts.) In dieser Beziehung Verbesserungen herbeizuführen, wird die Sorge der verbündeten Regierungen sein. (Lebhaftes Bravo.)

Die Erfahrungen auf dem Gebiete des Börsenwesens haben zu dem Ergebnis geführt, daß ein Entwurf über die Ordnung der Börse in Vorbereitung begriffen ist. Es wird sich nur darum handeln können, die Auswüchse zu beseitigen, welche durch mißbräuchliche Benutzung der Börseneinrichtungen zum Schaden der Börse selbst und unseres ganzen wirtschaftlichen Lebens entstanden sind. Je mehr es gelingt, diese Auswüchse zu beseitigen, desto größer wird der Nutzen sein, der dadurch dem reellen und soliden Börsenverkehr erwächst, der ohne Schädigung unserer internationalen Handelsbeziehungen nicht beeinträchtigt werden kann.

Eine wichtige Vorlage ist der Gesetzentwurf, welcher Ergänzungen des Strafgesetzbuchs, des Militärstrafgesetzbuchs und des Gesetzes über die Presse zum Gegenstande hat. Es ist dies keine aus augenblicklicher Stimmung oder vorübergehender Erregung hervorgegangene Vorlage. Sie ist vielmehr das Echo immer lauter geäußerter Wünsche weitester Volkskreise (Sehr wahr! rechts), die mit wachsender Besorgnis den Lebensnerv des Staates bedroht sehen. Es kann nicht geleugnet werden, daß diese Besorgnisse begründet sind und zum Teil ihre Ursache darin finden, daß durch das Reichs-Strafgesetzbuch bewährte Vorschriften, wie sie in der Gesetzgebung der einzelnen deutschen Staaten bestanden hatten, ohne Ersatz aufgehoben worden sind. Man hat versucht, auf dem Wege des Ausnahmegesetzes vom 25. Oktober 1878 Abhilfe zu schaffen. Ob das Gesetz gute oder geringe Wirkung gehabt hat, lasse ich dahingestellt. Man hat es wieder fallen lassen, und die gegen die Monarchie, die Religion und alle Grundlagen unserer Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen konnten ungehindert ihren Fortgang nehmen. Dem kann der Staat nicht unthätig zusehen. (Sehr wahr! rechts.) Wir suchen die Abhilfe nicht in einem Aus-

nahmegesetz, aber in einer Verschärfung und Ergänzung der Bestimmungen des gemeinen Rechts. (Bravo! rechts.) Wir werden Gelegenheit haben, diese Fragen bei der Beratung des betreffenden Gesetzentwurfes zu erörtern.

Zum Schluß muß ich noch eine auf meine politische Vergangenheit bezügliche Bemerkung machen, zu der mich Aeußerungen der Tagespresse veranlassen. Ich habe da gesehen, daß man auf meine Beteiligung an den kirchenpolitischen Bewegungen am Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre hingewiesen und daraus Schlüsse für die Zukunft gezogen und daran Besorgnisse geknüpft hat. Ich brauche kaum zu versichern, daß diese Besorgnisse jeder Begründung entbehren. (Bravo!) Wenn ich auch meine damalige Haltung als eine durch die Verhältnisse berechtigte ansehe, so liegt meine Thätigkeit jener Zeit fast dreißig Jahre zurück und gehört der Geschichte an. Seitdem haben sich die Zeiten geändert. Die Gegenwart bringt andere Pflichten. Unsere Zeit weist mehr als je darauf hin, daß es nötig ist, ein freundliches, verständnisvolles Zusammenwirken der staatlichen und kirchlichen Autorität zu pflegen und zu fördern. (Lebhaftes Bravo! rechts und aus der Mitte.) Meine amtliche Thätigkeit im Reichsland gibt Zeugnis dafür, daß ich diese Grundsätze auch praktisch zur Anwendung zu bringen weiß. (Bravo! rechts und aus der Mitte.) Auch in meiner neuen Stellung werde ich mich bemühen, den Frieden zwischen Staat und Kirche aufrecht zu erhalten. (Lebhaftes Bravo! rechts und aus der Mitte.)

Hierauf legt Schatzsekretär Graf Posadowsky den Etat vor.

Der Entwurf des Reichshaushaltsetats für 1895/96 veranschlagt die Einnahmen und Ausgaben auf 1,247,256,963 ℳ, wovon 1,100,554,613 ℳ auf fortdauernde, 98,844,584 ℳ auf einmalige Ausgaben im ordentlichen Etat und 47,856,866 ℳ auf einmalige Ausgaben im außerordentlichen Etat entfallen. Die Einnahmen und Ausgaben waren für das laufende Etatsjahr durch das Etatsgesetz auf 1,286,536,060 ℳ festgesetzt, wovon 1,079,937,442 ℳ auf fortdauernde, 76,323,243 ℳ auf einmalige ordentliche und 130,275,375 ℳ auf einmalige außerordentliche Ausgaben entfielen. In den Einzeletats sind an fortdauernden Ausgaben ausgeworfen für: Reichstag 422,953 ℳ (im laufenden Jahre 422,953 ℳ), Reichskanzler und Reichskanzlei 153,780 (153,460) ℳ, Auswärtiges Amt 2,006,800 (1,983,340) ℳ, Gesandtschaften, Konsulate und Schutzgebiete 7,247,000 (7,073,500) ℳ; allgemeine Fonds des Auswärtigen Amts 1,302,687 (1,247,000) ℳ Reichsamt des Innern 895,130 (853,850) ℳ; dessen allgemeine Fonds 22,539,743 (21,934,203) ℳ; Statistisches Amt 906,710 (882,380) ℳ; Gesundheitsamt 266,435 (238,130) ℳ; Patentamt 1,543,015 (1,419,915) ℳ; Reichs-Versicherungsamt 1,285,725 (1,319,605) ℳ; Reichsheer 476,238,465 (480,021,905) ℳ; Marine 55,994,656 (50,696,124) ℳ; darunter Betrieb der Flotte 12,444,733 (10,072,810) ℳ; Instandhaltung der Flotte und der Werftanlagen 17,865,290 (15,202,469) ℳ Reichs-Justizverwaltung 2,085,366 (2,065,752) ℳ Reichsschatzamt 374,321,990 (360,528,435) ℳ; darunter Ueberweisungen der Bundesstaaten 369,187,000 (355,450,000) ℳ Reichs-Eisenbahnamt 346,900 (334,940) ℳ Reichsschuld 75,193,800 (71,739,800) ℳ Rechnungshof 735,503 (631,583) ℳ Allgemeiner Pensionsfonds (55,034,754 [48,245,438]) ℳ Reichs-Invalidenfonds 26,393,714 (27,258,592) ℳ Einmalige Ausgaben sind im ordentlichen Etat ausgeworfen beim Auswärtigen Amt 6,791,100 (4,697,009) ℳ, Reichsamt des Innern 3,609,860 (4,305,270) ℳ, Post- und Telegraphenverwaltung 9,397,895 (8,699,983) ℳ, Reichsheer 55,113,540 (38,332,940) ℳ, Marine 23,025,050 (18,995,650) ℳ, Reichs-Justizamt 541,339 (1,000,000) ℳ, Reichs-Schatzamt 195,800 (161,400) ℳ, Reichsschuld 170,000 (170,000) ℳ Im außerordentlichen Etat sind ausgeworfen für: Reichsamt des Innern 1,565,774

(20,710,000) M, Reichsheer 34,167,892 (92,728,425) M, Marine 7,342,800 (4,231,200) M, Eisenbahnverwaltung 4,781,000 (12,605,750) M.

Von den Einnahmen sind veranschlagt: Zölle 347,612,000 (349,706,000) Mark, Tabaksteuer 11,331,000 (11,082,000) M, Zuckersteuer 77,097,000 (75,406,000) M, Salzsteuer 43,657,000 (42,742,000) M, Maischbottich- und Branntweinmaterialsteuer 18,820,000 (17,988,000) M, Verbrauchsabgabe von Branntwein 98,957,000 (100,093,000) M, Brausteuer 25,603,000 (24,856,000) M, Spielkartenstempel 1,312,030 (1,255,030) M, Wechselstempel 7,727,000 (7,588,000) M, Börsensteuer 41,242,000 (24,524,000) M, Post- und Telegraphenverwaltung: Einnahme 279,138,390 (270,768,400) M, Ausgabe 251,205,581 (242,364,383) M. Mithin Ueberschuß 27,932,879 (28,404,017) Mark. Ueberschuß der Eisenbahnverwaltung 23,173,000 (23,081,100) M, Bankwesen 7,182,100 (7,244,800) M, Ueberschüsse früherer Jahre (14,476,980 (1,372,033) M, Matrikularbeitrag 413,567,385 (397,507,820) M. Durch Anleihe sollen gedeckt werden 44,375,411 (118,339,575) M.

Der Schatzsekretär betont die Notwendigkeit, die Einnahmen des Reichs zu vermehren und sagt am Schlusse seiner Rede: Wenn Sie sich nun unparteiisch das Bild vergegenwärtigen, das Ihnen dieser Etatsentwurf gibt, so müssen Sie dreierlei zugestehen. Erstens: wir stehen unzweifelhaft, wie bisher, vor steigenden Ausgaben, wir stehen andererseits auch vor schwankenden Anforderungen an die Steuerkraft der Einzelstaaten, denn in jedem Etat sind Faktoren, wie ich Ihnen ausgeführt habe, die so wechselnder Natur sind, daß sie einen um 50 bis 60 Millionen größeren Fehlbetrag gegenüber dem vorliegenden Etat herbeiführen können, sobald andere Verhältnisse eintreten. Meine Herren, wir stehen ferner vor einer steigenden Verschuldung, ohne bisher auch nur die Möglichkeit gesehen zu haben, an die Tilgung unserer Schulden zu denken. Darüber darf man sich keine Illusionen machen, daß das Reich fortgesetzt auch wieder Anleihekredite wird in Anspruch nehmen müssen, und daß jeden Augenblick neue Forderungen eintreten können, die uns dazu zwingen. Das ist unzweifelhaft. Aber gerade diese Aussicht muß uns dazu führen, auf irgend einem finanz-reformatorischen Wege mindestens die Möglichkeit zu geben, eine allmähliche Schuldentilgung als Gegengewicht einzuführen. Meine Herren, ich bitte Sie, bei Beurteilung dieses Etats nicht auszugehen von der vorliegenden Spannung von 33⅓ Millionen, sich nicht damit zu trösten, daß das laufende Jahr ein besonders günstiges Bild bietet, daß sich die steigenden Einnahmen gegenüber dem Etatsanschlag für 1895/96 wiederholen könnten und auch vielleicht für 1895/96 die Spannung zwischen Matrikularbeiträgen und Ueberweisungen eine geringere sein wird. Meine Herren, darum handelt es sich nicht. Das ist eine ganz nebensächliche Frage, wenn man von einer Finanzreform im Reiche spricht, ob die Spannung 10 Millionen oder 30 Millionen beträgt, sondern es handelt sich darum, endlich die Einzelstaaten, die in ihren Haushalten durch den jetzigen Zustand erheblich gefährdet werden, zu schützen gegen wechselnde Anforderungen der Reichs-Finanzverwaltungen. Ich habe an sämtliche Regierungen der Einzelstaaten die Anfrage gerichtet, wie sich ihre Verhältnisse stellen würden, wenn diese Lücke zwischen Ueberweisungen und Matrikularbeiträgen nicht durch neue Einnahmen gedeckt wird. Aus Preußen habe ich die Antwort bekommen: wir stehen dann vor einem Defizit von 35 Millionen, das durch Schulden zu decken ist, von den anderen Einzelstaaten habe ich die Antwort bekommen: wir müßten entweder angesammelte Reservekapitalien, die zu ganz anderen Zwecken bestimmt sind, zum Schaden des Landes verwenden, um den Anforderungen der Reichs-Finanzverwaltung nachgeben zu können, oder wir sind gezwungen, steigende Einkommensteuern einzuführen. Meine Herren,

nie vergaß und nie vergessen werde, daß während der langen Dauer meiner Amtsführung der Reichstag in keinem Augenblick sein Wohlwollen, seine Unterstützung, seine Nachsicht mir vorenthalten hat. Der Ausdruck herzlichen Dankes dafür sei mein letztes Wort von diesem Platze. Hiermit schließe ich die Sitzung und das Haus.

6. Dezember. (Reichstag.) Präsidentenwahl. Sitzenbleiben der Sozialisten beim Hoch auf den Kaiser.

Präsident v. Levetzow: Quod felix faustumque sit! Ich eröffne die Sitzung, die erste in dem neuen Hause. Meine Herren! Ein großartiger Bau, der seines gleichen sucht, weite Hallen, prächtige Säle anstatt unserer bisher gewohnten einfachen Heimstätte, die wir wegen ihrer Wohnlichkeit, ihrer praktischen Einrichtung und ihrer Bequemlichkeit noch oft vermissen werden (lebhafte Zustimmung), nehmen von heute ab den Reichstag auf. Schon der Anblick so vieler Herrlichkeiten, wie sie deutsche Kunst, deutsches Gewerbe, deutsches Handwerk hier vereinigt haben, muß ein deutsches Herz erheben und erfreuen, muß uns dankbar stimmen für den genialen Baumeister (Lebhafter Beifall), der das Werk ersonnen und ausgeführt hat. (Erneuter Beifall.) Ihm und seinen Gehilfen sei unser Dank dargebracht. Meine Herren! Dieser Reichstag und Bundesrat ist dem Vaterland zu Nutz und Frommen errichtet, auf daß hier ein dauerhafter Webstuhl stehe, bestimmt, wesentlich mitzuwirken an den ferneren Geschicken des Reiches. Aber nicht nur für die Gegenwart und Zuknnft wird dieses Haus dienen, es erinnert auch an eine große Zeit, an diejenigen, die für die Aufrichtung gekämpft und geblutet haben mit dem Schwert und mit dem Geist, mit der Faust, mit ihrer Einsicht, ihrer Festigkeit und ihrem hohen Mute. Sie haben die Grundlage und die Mittel in schweren Tagen uns gewonnen. Nicht bloß nach seiner eigentlichen Bestimmung und seiner monumentalen Gestaltung, sondern auch weil es ein Denkmal jener Helden, eine natürliche Siegessäule ist, hat das Haus einen hohen vaterländischen Wert. (Beifall.) Diesen vaterländischen Wert zu erhalten, zu pflegen und zu erhöhen, ist die Aufgabe des Reichstags. Diese Aufgabe kann und wird nur gelöst werden, wenn wir und unsere Nachfolger uns mit allem, was wir beraten und beschließen, uns ganz und gar in den Dienst des Vaterlandes stellen (Beifall), wenn wir nur dienen wollen dem Kaiser, dem Reiche und dem Volke. Ihr Wohl ist Zweck und Ziel dieses Hauses, die suprema lex des Reichstags. Dem Kaiser als dem Haupte, dem Reich und dem Volk, auf daß sie alle Zeit einig und vereint, stark und gesegnet bleiben, gilt der Ruf, unter dem wir von diesem neuen Heim Besitz nehmen: Se. Majestät der Kaiser lebe hoch! hoch! hoch! (Die Mitglieder des Hauses mit Ausnahme der wenigen im Saale anwesenden Sozialdemokraten haben sich von den Sitzen erhoben und stimmen dreimal begeistert in diesen Ruf ein. Großer Lärm, Rufe rechts: Pfui, schämt Euch; Frechheit! Hinaus! Rufe bei den Sozialdemokraten: Nur langsam, schämt Euch selbst!)

Nachdem Abg. v. Levetzow zum Präsidenten, die Abgg. v. Buol (Z.) und Bürklin (nl.) zum ersten und zweiten Vizepräsidenten wiedergewählt sind, ergreift das Wort Präsident v. Levetzow: Ich habe zu meinem großen Leidwesen eines Vorganges zu gedenken, der sich hier im Hause ereignet hat. Es kam nicht unerwartet, daß ein Hoch auf Se. Majestät den Kaiser ausgebracht wurde, und es sind einige Mitglieder auf der äußersten Linken dieses Hauses auf ihren Plätzen sitzen geblieben. Das entspricht nicht der Sitte deutscher Männer (lebhafte Zustimmung rechts und links), nicht der Gewohnheit dieses Hauses (erneute Zustimmung), es beleidigt die Gefühle der Mitglieder dieses Hauses (großer Beifall) und ich kann nur

bedauern, daß ich kein Mittel habe, um ein derartiges Verfahren zu rügen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Singer (Zur Geschäftsordnung): Ich bitte um die Erlaubnis, gegenüber der Bemerkung des Herrn Präsidenten ebenfalls eine Bemerkung machen zu dürfen und hier zu erklären, und zwar namens meiner Fraktion, daß wir uns nie und nimmermehr dazu verstehen werden und zwingen lassen, ein Hoch auszubringen auf jenen Mann, der gesagt hat, es könnten (Großer Lärm im ganzen Hause, Rufe: Pfui, hinaus! Glocke des Präsidenten).

Präsident v. Levetzow: Herr Abg. Singer, ich kann nicht zugeben, daß die Person Seiner Majestät in die Debatte gezogen wird.

Abg. Singer (fortfahrend): Ich muß mich dem Gebot des Herrn Präsidenten fügen, erkläre aber, daß wir gegenüber dem Umstande, wonach befohlen war oder in Aussicht gestellt worden ist, zu befehlen, daß Soldaten, die Söhne des Volkes, auf ihre Brüder, ihre Mütter und Väter schießen sollen, und gegenüber der Thatsache, daß wir jetzt eine Gesetzvorlage zu machen haben, die sich gegen uns richtet, es mit unserer Würde und Ehre nicht vereinbar finden, in ein solches Hoch einzustimmen. (Lebhafter Widerspruch.)

6. Dezember. (Umsturzvorlage.) Dem Reichstag geht folgender „Entwurf eines Gesetzes, betreffend Änderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs, des Militärstrafgesetzbuchs und des Gesetzes über die Presse" zu.

Artikel I.

In dem Strafgesetzbuch werden die §§ 111, 112, 126, 130, 131 durch nachstehende unter den gleichen Zahlen aufgeführte Bestimmungen ersetzt und die folgenden neuen §§ 111a, 129a eingestellt.

§ 111.

Wer auf die im § 110 bezeichnete Weise zur Begehung einer strafbaren Handlung auffordert, ist gleich dem Anstifter zu bestrafen, wenn die Aufforderung die strafbare Handlung oder einen strafbaren Versuch derselben zur Folge gehabt hat.

Ist die Aufforderung ohne Erfolg geblieben, so tritt Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder Gefängnisstrafe bis zu Einem Jahre und, sofern es sich um die Aufforderung zu einem Verbrechen handelt, Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren ein. Die Strafe darf jedoch, der Art oder dem Maße nach, keine schwerere sein, als die auf die Handlung selbst angedrohte.

§ 111a.

Gegen denjenigen, welcher auf die im § 110 bezeichnete Weise ein Verbrechen oder eines der in den §§ 113 bis 115, 124, 125, 240, 242, 253, 305, 317, 321 vorgesehenen Vergehen anpreist oder als erlaubt darstellt, finden die Strafvorschriften Anwendung, die nach § 111 Absatz 2 für den Fall der Aufforderung zur Begehung einer solchen strafbaren Handlung gelten.

§ 112.

Wer einen Angehörigen des deutschen Heeres oder der Kaiserlichen Marine auffordert oder anreizt, dem Befehle des Oberen nicht Gehorsam zu leisten, wer insbesondere eine Person, welche zum Beurlaubtenstande gehört, auffordert oder anreizt, der Einberufung zum Dienste nicht zu folgen, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. Diese Strafvorschrift findet auch auf denjenigen Anwendung, der einen Angehörigen des Landsturms auffordert oder anreizt, dem Aufrufe nicht Folge zu leisten.

Gefängnis von Einem Monat bis zu drei Jahren trifft denjenigen, der es unternimmt, einen Angehörigen des aktiven Heeres oder der aktiven Marine zur Beteiligung an Bestrebungen zu verleiten, welche auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung gerichtet sind.

Hat der Thäter in der Absicht gehandelt, ein bestimmtes, auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung gerichtetes Verbrechen zu fördern, so tritt Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren ein; auch kann auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden.

§ 126.

Wer durch Androhung eines Verbrechens den öffentlichen Frieden stört, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

Hat der Thäter in der Absicht gehandelt, auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung hinzuwirken, oder darauf gerichtete Bestrebungen zu fördern, so tritt Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren ein; auch kann auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden.

§ 129a.

Haben Mehrere in der Absicht, auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung hinzuwirken, die Ausführung eines Verbrechens verabredet oder sich zur fortgesetzten Begehung mehrerer, wenn auch im Einzelnen noch nicht bestimmter Verbrechen verbunden, so werden sie, auch ohne daß der Entschluß der Verübung des Verbrechens durch Handlungen, welche einen Anfang der Ausführung enthalten, bethätigt worden ist, mit Zuchthaus bestraft.

§ 130.

Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegen einander öffentlich anreizt, wird mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.

Dieselbe Strafe trifft denjenigen, welcher in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die Religion, die Monarchie, die Ehe, die Familie oder das Eigentum durch beschimpfende Aeußerungen öffentlich angreift.

§ 131.

Wer erdichtete oder entstellte Thatsachen, von denen er weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß sie erdichtet oder entstellt sind, öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, wird mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.

Artikel II.

In dem Militärstrafgesetzbuch erhält der § 42 Absatz 2 folgende Fassung:

Wird gegen eine Person des Beurlaubtenstandes während der Beurlaubung wegen einer in dem Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich Teil II Abschnitt 6 (Widerstand gegen die Staatsgewalt) oder Abschnitt 7 (Verbrechen und Vergehen wider die öffentliche Ordnung) vorgesehenen strafbaren Handlung auf Gefängnis von mehr als sechs Wochen erkannt oder erfolgt die Verurteilung einer Person des Beurlaubtenstandes während der Beurlaubung wegen einer strafbaren Handlung der im § 37 Absatz 2 Nr. 2 bezeichneten Art, so kann ein besonderes Verfahren des Militärgerichts zur Entscheidung darüber angeordnet werden, ob auf Dienstentlassung oder auf Degradation zu erkennen ist.

Artikel III.

In dem Gesetz über die Presse vom 7. Mai 1874 (Reichs-Gesetzbl. S. 65) wird die Nr. 3 des § 23 durch die nachfolgende Bestimmung ersetzt:

§ 23.

3. wenn der Inhalt einer Druckschrift den Thatbestand einer der in den §§ 85, 95, 111, 111a, 112, 126, 130 oder 184 des Deutschen Strafgesetzbuchs mit Strafe bedrohten Handlungen begründet.

Artikel IV.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

Anf. Dezember. Urteile der Presse über die Umsturzvorlage.

„Freisinnige Zeitung": Die Vorlage werde wenig Einfluß auf die Sozialdemokratie haben. „Die Hauptbestimmungen der Novelle in den §§ 130 und 131 werden mindestens so oft Preßerzeugnisse und öffentliche Reden von Angehörigen anderer Parteien treffen, als Sozialdemokraten. Die Strafbestimmung gegen den Angriff auf die Religion würde voraussichtlich eine größere Rolle spielen in den religiösen Kämpfen der Gegenwart als im Verhältnis zur Sozialdemokratie."

„Volks-Zeitung". Wenn die Vorlage, namentlich § 130 Gesetz würde, könne „Deutschland getrost ausscheiden aus der Reihe der sogenannten Kulturländer, in die man es, bisher wenigstens, immer noch verwiesen hat. Dann ist die Ruhe des Kirchhofs ausgebreitet über das große Volk, das sich so gern „das Volk der Denker" nennt".

Die „Staatsbürgerzeitung" verwirft das Gesetz, weil es eine unbedingte Knebelung der freien Meinungsäußerung bedeute.

Das „Volk": „Ob die Umsturzvorlage der Sozialdemokratie auch nur einen ihrer bisherigen Anhänger rauben wird, ist uns zweifelhaft. Daß sie keinem mit der Not des Lebens kämpfenden Bauern, Handwerker oder Beamten Hilfe bringen oder ihn gar vor dem Anschluß an die Sozialdemokratie bewahren wird, ist sicher. Was unter diesen Umständen eine Vorlage soll, die übrigens auch ganz andere Leute wie die Sozialdemokraten und Anarchisten mit ihren Fangarmen bedroht, das mag die Weisheit anderer beantworten."

„Die Post": „Die Umsturzvorlage bezweckt selbstverständlich nicht, die Sozialdemokratie zu beseitigen; sie soll nur die dazu in der Hauptsache bestimmte Politik positiver Reform nach der Seite der Repression ergänzen. Sie erschöpft auch keineswegs noch alle Mittel der Abwehr, welche auf diesem Gebiete gegeben sind. Aber sie ist ein erster und bedeutungsvoller Schritt in der Richtung, die sozialdemokratischen Umsturzbestrebungen als eine imminente Gefahr für die Existenz unserer Staats- und Rechtsordnung mit der auch für das Gewissen der weitesten Kreise laut vernehmbaren Stimme des Gesetzes deutlich zu charakterisieren, und deshalb voller Zustimmung und kräftigster Unterstützung wert."

Die „Kreuz-Ztg." steht der Vorlage nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, erwartet aber wenig von ihrer Wirksamkeit. „Die Sozialdemokratie wird durch dieses Vorgehen gegen sie zunächst den Hader in ihren eigenen Reihen auslassen und sich wieder geschlossener zeigen wie zuvor, auf der anderen Seite wird sie Mittel finden, um die Klippen des Gesetzes zu umschiffen, ohne daß sie nötig hat, mit ihrer Agitation nachzulassen. Ihr Nährvater ist die Unzufriedenheit, und zwar nicht ausschließlich die Unzufriedenheit in den untersten Volksschichten, sondern auch diejenige, die dank einer verkehrten Gesetzgebung auch in den Mittelständen Platz gegriffen hat. Sie wird bestehen bleiben, so lange die menschliche Arbeitskraft ausschließlich in den Dienst des Kapitals und der Börse gestellt ist. Nur wirkliche, von christlichem Geiste getragene soziale Reformen können uns Besserung bringen."

„Germania“: „Von den bürgerlichen Parteien wird wohl keine, wie wir glauben, und höchstens eine der kleinen Links-Parteien die Vorlage, wie sie geworden, a limine abzuweisen entschlossen sein. Es wird zu Kommissionsberatungen kommen, die darüber entscheiden, was von der Vorlage ganz verworfen, und was geändert, was gelassen und — was zugesetzt wird. Denn wird einmal überhaupt auf diesem Gebiete etwas gethan, dann können doch z. B. noch einige Bestimmungen zum Schutze der Sittlichkeit hinzukommen.“

„Nat.-lib. Koresp.“: „Im allgemeinen wird man, vorbehaltlich der Prüfung von Einzelheiten, anerkennen müssen, daß diese Vorschläge sich in sehr maßvollen Grenzen halten und das Geschrei über einen Angriff auf unsere „kümmerlichen“ Freiheitsrechte als maßlos übertrieben erscheinen lassen.“

Ebenso äußern sich im allgemeinen zustimmend — abgesehen von einigen Abänderungsvorschlägen im einzelnen — die „Köln. Ztg.“, „Allg. Ztg.“, „Nat.-Ztg.“, „Hannov. Kourier“, „Schwäb. Merkur“.

„Vorwärts“: „Endlich ist sie da, die Umsturzvorlage, deren Geburtswehen bereits einem Reichskanzler und einem preußischen Ministerpräsidenten die Aemter gekostet haben und alle bürgerlichen Parteien monatelang in Aufregung erhielten, nicht aber die Sozialdemokratie. Und mit dem nämlichen Gleichmut, mit dem wir sie erwarteten, betrachten wir sie jetzt, da sie vor uns liegt: ein ohnmächtiges Ding, ohnmächtig und wäre sie zehnmal schärfer noch abgefaßt, zehnmal wuchtiger ausgefallen und von zehnmal geschickteren Händen geführt, als die sind, die jetzt zu ihrer Handhabung bereit gehalten werden.“ Die Wirkung des Gesetzes könne allein in kleinlichen Quälereien bestehen, die Arbeiterbewegung werde es nicht hindern.

9. Dezember. (Gustav Adolf.) Anläßlich der 300. Wiederkehr des Geburtstages von Gustav Adolf finden in allen evangelischen Kirchen Deutschlands Gustav Adolf-Feiern statt.

11. Dezember. (Reichstag.) Strafrechtliche Verfolgung des Abg. Liebknecht. Etatsberatung. Erste Rede Hohenlohes. Etatsrede Posadowskys. Abg. Richter und Staatssekr. v. Bötticher über den Kanzlerwechsel.

Dem Reichstage ist folgendes Schreiben zugegangen:

Der Staatsanwalt des Landgerichts I. Berlin beabsichtigt auf Grund des stenographischen Berichtes vom 7. Dezember d. J. die strafrechtliche Verfolgung des Reichstagsabgeordneten Liebknecht wegen Majestätsbeleidigung einzuleiten, und hat die Einholung der Genehmigung des Reichstages zur Einleitung des Strafverfahrens beantragt. Ew. Exzellenz beehre ich mich ergebenst zu ersuchen, gefälligst die Beschlußfassung des Reichstags über den Antrag herbeiführen zu wollen. gez. Fürst Hohenlohe.

Das Schreiben wird an die Geschäftsordnungskommission zur schleunigen Berichterstattung verwiesen.

Die erste Beratung des Etats eröffnet Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe: „Meine Herren, wenn ich heute bei der ersten Beratung des Etats das Wort ergreife, so geschieht es, um Ihnen meine Ansichten über einige der wichtigsten Fragen, die den Gegenstand Ihrer Beratungen in der gegenwärtigen Session bilden werden, darzulegen. Ich will Ihnen kein Programm entwickeln. Ein solches würde nur dann am Platze sein, wenn mein Eintritt in die Geschäfte mit einem sogenannten Systemwechsel ver-

bunden gewesen wäre. Das ist nicht der Fall und konnte um so weniger der Fall sein, als die meisten Gesetzentwürfe, die Ihnen vorgelegt werden, schon zur Zeit meines Herrn Amtsvorgängers beschlossen oder vorbereitet waren. Damit will ich nicht sagen, daß ich in allen Punkten die Wege meines Vorgängers gehen werde. (Bravo! rechts.) Aber das muß ich hervorheben, daß ich die vollendeten Thatsachen zu respektieren habe und daß ich die vertragsmäßig eingegangenen Verpflichtungen loyal ausführen werde.

Ich berühre nun zunächst die Finanzfrage. Der Etat wird von sachkundiger Seite durch den Herrn Staatssekretär des Schatzamts erläutert werden. Ich kann mich daher für jetzt darauf beschränken, auf einen Punkt, der mir im Interesse des Reichs der wichtigste scheint, hinzuweisen. Es ist das Verhältnis des Reichs zu den Einzelstaaten in finanzieller Beziehung. (Sehr richtig! rechts.) Eine Abhilfe scheint mir hier dringend geboten. (Sehr wahr! rechts.) In der That bietet auch der vorliegende Abschluß des Etatsentwurfs noch das Bild des Zufalls, wie es sich für die leistungsverpflichteten Bundesstaaten alljährlich aus dem Verhältnis der Matrikularbeiträge zu den Ueberweisungen ergibt. Die Beibehaltung dieser in der Verfassung als ein vorübergehender Notbehelf gedachten Einrichtung birgt sowohl für die innere politische Festigkeit des Reiches wie für die haushälterische Ordnung der Bundesstaaten die schwersten Gefahren in sich. Das Reich hat zwar ein Defizit nicht zu fürchten, weil es in der Lage ist, für seine steigenden, durch eigene Einnahmen nicht gedeckten Bedürfnisse stets die Steuerkraft der Einzelstaaten in Anspruch zu nehmen. Diese finanzielle Haftbarkeit der Einzelstaaten erscheint aber geeignet, im Reiche das Gefühl der Verantwortlichkeit für die Beschaffung von Deckungsmitteln zu mindern und läßt eine formale Grenze, wie solche im Einzelstaate gegenüber den wachsenden Forderungen der Ressorts gegeben ist, vermissen. Noch schwerer, wie die Höhe der Leistung, drückt die in dem schwankenden Verhältnisse zwischen Ueberweisungen und Matrikularbeiträgen liegende Unsicherheit auf die Finanzpolitik der einzelnen Bundesstaaten, welche trotz aller Pläne und Voraussichten von der wechselnden Gestaltung der Reichsfinanzen abhängt. Eine Finanzreform, welche dieses bedenkliche finanzielle Abhängigkeitsverhältnis beseitigt, ohne die föderative Interessengemeinschaft zu lockern, ist für das Reich eine politische, für die Bundesstaaten eine staatswirtschaftliche Notwendigkeit. (Sehr wahr! rechts.) Es muß hiernach daran festgehalten werden, jenes Ziel auf der allgemeinen Grundlage des vorjährigen Entwurfs, wenn auch in wesentlich beschränktem Umfange, zu erreichen.

Im Zusammenhang mit der Gestaltung unserer Finanzen steht die Kolonialfrage. Als jüngste Macht ist das Deutsche Reich in eine Kolonialpolitik eingetreten. Die Beweggründe, welche das Reich dazu geführt haben, sind wirtschaftlicher, nationaler und religiöser Natur. Schon vor der Begründung des Reichs haben einsichtige Männer darauf hingewiesen, daß Deutschland, um sich den Wettbewerb auf dem Weltmarkt zu sichern und damit auch seine internationale Machtstellung zu bewahren, darauf bedacht sein müsse, sich neue und unabhängige überseeische Absatzgebiete zu schaffen und den überschießenden Kräften der Heimat, statt sie sich zu entfremden, einen neuen Raum zur Entfaltung zu gewähren. Die bisherige Entwickelung in dem kurzen Zeitraum von 10 Jahren hat bewiesen — und die dem Reichstag vorgelegten Denkschriften legten davon Zeugnis ab —, daß diese Auffassung zutrifft. Der Handel in unseren Kolonien nimmt, wenn auch nur allmählich, zu; die Plantagen, wenn auch unter schwerer Arbeit und Opfern, gewinnen an Ausdehnung, und große Gebiete sind geeignet, deutschen Auswanderern eine Existenz zu gewähren. (Sehr richtig! rechts.) Die koloniale Bewegung ist aber auch eine nationale. Sie ist dem erstarkten

Nationalgefühl entsprungen, welches nach Gründung des Reichs ein Feld der Thätigkeit für das gekräftigte nationale Empfinden sucht; sie ist eine wertvolle Stärkung des Einheitsgedankens und keine Regierung wird dieses neue und feste, die einzelnen Stämme der Nation und die verschiedenen Schichten der Bevölkerung umschließende Band entbehren können und wollen. (Bravo! von mehreren Seiten.) Die deutsche Kolonialpolitik hat aber auch eine ideale und religiöse Grundlage. Es wäre eine Minderung des deutschen Namens in der Welt, wenn nicht auch das deutsche Volk teilnehmen wollte an der Kulturmission, welche die letzten Greuel der Sklaverei beseitigt und das Licht des Christentums in den dunklen Weltteil hineinträgt. (Bravo!) Diese verschiedenen Beweggründe traten zu Anfang vereinzelt auf; sie treffen mehr und mehr zusammen und die verbündeten Regierungen sind entschlossen, jede dieser Richtungen gleichmäßig zu fördern. (Bravo!) Die Aufrechterhaltung unseres Kolonialbesitzes ist ein Gebot unserer nationalen Ehre und ein Zeichen unseres nationalen Ansehens. Wir werden ihn zu verteidigen wissen. (Lebhaftes Bravo.) Wir werden ihn aber so gestalten müssen, daß er wirtschaftliche Selbständigkeit erlangt, von den Nachbargebieten nicht überflügelt wird, und daß die Zukunft der deutschen Kolonialpolitik nicht beeinträchtigt wird. (Bravo! auf allen Seiten.) Zur Erlangung dieses Zieles bedarf die Regierung der Unterstützung aller Kräfte der Nation. Sie wird am wenigsten auf die Unterstützung der christlichen Missionsgesellschaften verzichten (Bravo! rechts und in der Mitte), ohne deren opferfreudige und segensreiche Thätigkeit das gesamte Kolonialwerk in Frage gestellt wäre. Die Regierung wird ihrerseits die Missionen auf alle Weise fördern und ihnen die volle Freiheit in der Ausübung ihres Berufes in allen Schutzgebieten gestatten. (Bravo!) Wie dies bereits schon einmal an dieser Stelle hervorgehoben worden ist, wird die durch die Kongoakte gewährte Kultusfreiheit auch in denjenigen Gebieten beobachtet werden, auf welche sie formell keine Anwendung findet. (Bravo!) Bei Beobachtung dieser Grundsätze hoffen die verbündeten Regierungen, die thätigen Anhänger der Kolonialpolitik zu neuem Eifer zu ermuntern und die Schutzgebiete dem allgemeinen Besten nutzbar zu machen, ohne durch übertriebene Maßnahmen andere wichtige Interessen des Reichs bloßzustellen.

Die von Jahr zu Jahr glücklicherweise sich steigernden Handelsbeziehungen über See legen der Regierung die erhöhte Pflicht auf, den deutschen Unternehmern mit ihrem Schutz zu folgen. In wirksamer Weise wird er nur von unseren Kriegsschiffen geleistet werden können, und die Anwesenheit deutscher Geschwader in den chilenischen, brasilianischen und chinesischen Gewässern hat Leben und Eigentum der Reichsangehörigen vor Unglück bewahrt. Es hat sich aber gerade im letzten Jahre gezeigt, daß, wenn an verschiedenen Teilen der Erde kriegerische oder sonstige Unruhen ausbrechen, unsere Kreuzer nicht ausreichen, um den bedrohten Landsleuten die erbetene Hilfe zu leisten. Diese allseitig bekannt und fühlbar gewordenen Uebelstände legen uns die Pflicht auf, unsere Kriegsmarine derartig zu vergrößern, daß sie mindestens im Stande ist, unseren überseeischen Interessen den Schutz zu gewähren, ohne welchen Unternehmungen des Handels und Verkehrs überhaupt nicht bestehen können.

Es ist eine unbestrittene und beklagenswerte Thatsache, daß die Lage der deutschen Landwirtschaft infolge des Wettbewerbs großer fruchtbarer Länderstrecken und durch die in ungeahntem Umfang vermehrten Verkehrswege im letzten Jahrzehnt eine sehr ungünstige geworden ist. (Sehr richtig! rechts.) Zwar kann ich nicht anerkennen, daß Industrie und Landwirtschaft im Gegensatz zu einander stehen. Ich muß aber zugeben, daß die gesetzgeberischen Maßnahmen der letzten Jahre der Natur der Sache nach mehr

der Industrie, als der Landwirtschaft zu Gute gekommen sind (Hört, hört! rechts), und daß die letztere einer besonderen Pflege der Regierungen bedarf, um den Vorsprung einzuholen, den die erstere gewonnen hat (Bravo! rechts). Es ist eine verantwortungsvolle Aufgabe, die geeigneten Mittel zu finden, um berechtigte Wünsche zu erfüllen. Wir wollen unsere Kräfte nicht in der Lösung unerfüllbarer Probleme verbrauchen, aber wir werden mit Ernst und gutem Willen die Ursachen des Uebels zu heilen suchen. (Bravo! rechts.)

Was die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse betrifft, so wird der einmal betretene Weg zur Erhaltung des Mittelstandes und zur Förderung des Wohles der unteren Volksklassen nicht mehr verlassen werden. Die Gewerbegesetzgebung kann noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Einige Auswüchse des Hausierhandels müssen beseitigt werden (Bravo! rechts), um die Handwerker und kleineren Kaufleute zu schützen. Den gleichen Zweck hat der Gesetzentwurf, welcher den Warenverkauf von Konsumvereinen an Nichtmitglieder verbietet. Eine unrichtige Praxis hat das Genossenschaftswesen aus dem ihm zugewiesenen Rahmen heraustreten lassen. Die seit Jahren angebahnten Maßnahmen zum Wohl der arbeitenden Klassen und zur Abwendung der Gefahren, welche dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter in den größeren Betrieben drohen, bedürfen einer Ergänzung, bei welcher der Gesichtspunkt der Schonung der Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie im eigenen Interesse der Arbeiter nicht außer Acht gelassen werden darf. Verschiedene Einrichtungen auf dem Gebiete des Versicherungswesens haben sich zu verwickelt erwiesen und sind zum Teil für die Arbeitgeber, zum Teil für die Arbeitnehmer mit so vielen Belästigungen verbunden (sehr wahr! rechts), daß die aus jenen Einrichtungen erhofften Wohlthaten in ihrer Wirkung geschmälert worden. (Sehr richtig! rechts.) In dieser Beziehung Verbesserungen herbeizuführen, wird die Sorge der verbündeten Regierungen sein. (Lebhaftes Bravo.)

Die Erfahrungen auf dem Gebiete des Börsenwesens haben zu dem Ergebnis geführt, daß ein Entwurf über die Ordnung der Börse in Vorbereitung begriffen ist. Es wird sich nur darum handeln können, die Auswüchse zu beseitigen, welche durch mißbräuchliche Benutzung der Börseneinrichtungen zum Schaden der Börse selbst und unseres ganzen wirtschaftlichen Lebens entstanden sind. Je mehr es gelingt, diese Auswüchse zu beseitigen, desto größer wird der Nutzen sein, der dadurch dem reellen und soliden Börsenverkehr erwächst, der ohne Schädigung unserer internationalen Handelsbeziehungen nicht beeinträchtigt werden kann.

Eine wichtige Vorlage ist der Gesetzentwurf, welcher Ergänzungen des Strafgesetzbuchs, des Militärstrafgesetzbuchs und des Gesetzes über die Presse zum Gegenstande hat. Es ist dies keine aus augenblicklicher Stimmung oder vorübergehender Erregung hervorgegangene Vorlage. Sie ist vielmehr das Echo immer lauter geäußerter Wünsche weitester Volkskreise (Sehr wahr! rechts), die mit wachsender Besorgnis den Lebensnerv des Staates bedroht sehen. Es kann nicht geleugnet werden, daß diese Besorgnisse begründet sind und zum Teil ihre Ursache darin finden, daß durch das Reichs-Strafgesetzbuch bewährte Vorschriften, wie sie in der Gesetzgebung der einzelnen deutschen Staaten bestanden hatten, ohne Ersatz aufgehoben worden sind. Man hat versucht, auf dem Wege des Ausnahmegesetzes vom 25. Oktober 1878 Abhilfe zu schaffen. Ob das Gesetz gute oder geringe Wirkung gehabt hat, lasse ich dahingestellt. Man hat es wieder fallen lassen, und die gegen die Monarchie, die Religion und alle Grundlagen unserer Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen konnten ungehindert ihren Fortgang nehmen. Dem kann der Staat nicht unthätig zusehen. (Sehr wahr! rechts.) Wir suchen die Abhilfe nicht in einem Aus-

nahmegesetz, aber in einer Verschärfung und Ergänzung der Bestimmungen des gemeinen Rechts. (Bravo! rechts.) Wir werden Gelegenheit haben, diese Fragen bei der Beratung des betreffenden Gesetzentwurfes zu erörtern.

Zum Schluß muß ich noch eine auf meine politische Vergangenheit bezügliche Bemerkung machen, zu der mich Aeußerungen der Tagespresse veranlassen. Ich habe da gesehen, daß man auf meine Beteiligung an den kirchenpolitischen Bewegungen am Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre hingewiesen und daraus Schlüsse für die Zukunft gezogen und daran Besorgnisse geknüpft hat. Ich brauche kaum zu versichern, daß diese Besorgnisse jeder Begründung entbehren. (Bravo!) Wenn ich auch meine damalige Haltung als eine durch die Verhältnisse berechtigte ansehe, so liegt meine Thätigkeit jener Zeit fast dreißig Jahre zurück und gehört der Geschichte an. Seitdem haben sich die Zeiten geändert. Die Gegenwart bringt andere Pflichten. Unsere Zeit weist mehr als je darauf hin, daß es nötig ist, ein freundliches, verständnisvolles Zusammenwirken der staatlichen und kirchlichen Autorität zu pflegen und zu fördern. (Lebhaftes Bravo! rechts und aus der Mitte.) Meine amtliche Thätigkeit im Reichsland gibt Zeugnis dafür, daß ich diese Grundsätze auch praktisch zur Anwendung zu bringen weiß. (Bravo! rechts und aus der Mitte.) Auch in meiner neuen Stellung werde ich mich bemühen, den Frieden zwischen Staat und Kirche aufrecht zu erhalten. (Lebhaftes Bravo! rechts und aus der Mitte.)

Hierauf legt Schatzsekretär Graf Posadowsky den Etat vor.

Der Entwurf des Reichshaushaltsetats für 1895/96 veranschlagt die Einnahmen und Ausgaben auf 1,247,256,963 ℳ, wovon 1,100,554,613 ℳ auf fortdauernde, 98,844,584 ℳ auf einmalige Ausgaben im ordentlichen Etat und 47,856,866 ℳ auf einmalige Ausgaben im außerordentlichen Etat entfallen. Die Einnahmen und Ausgaben waren für das laufende Etatsjahr durch das Etatsgesetz auf 1,286,536,060 ℳ festgesetzt, wovon 1,079,937,442 ℳ auf fortdauernde, 76,323,243 ℳ auf einmalige ordentliche und 130,275,375 ℳ auf einmalige außerordentliche Ausgaben entfielen. In den Einzeletats sind an fortdauernden Ausgaben ausgeworfen für: Reichstag 422,953 ℳ (im laufenden Jahre 422,953 ℳ), Reichskanzler und Reichskanzlei 153,780 (153,460) ℳ, Auswärtiges Amt 2,006,800 (1,983,340) ℳ, Gesandtschaften, Konsulate und Schutzgebiete 7,247,000 (7,073,500) ℳ; allgemeine Fonds des Auswärtigen Amts 1,302,687 (1,247,000) ℳ Reichsamt des Innern 895,130 (853,850) ℳ; dessen allgemeine Fonds 22,539,743 (21,934,203) ℳ; Statistisches Amt 906,710 (882,380) ℳ; Gesundheitsamt 266,435 (238,130) ℳ; Patentamt 1,543,015 (1,419,915) ℳ; Reichs-Versicherungsamt 1,285,725 (1,319,605) ℳ; Reichsheer 476,238,465 (480,021,905) ℳ; Marine 55,994,656 (50,696,124) ℳ; darunter Betrieb der Flotte 12,444,733 (10,072,810) ℳ; Instandhaltung der Flotte und der Werftanlagen 17,865,290 (15,202,469) ℳ Reichs-Justizverwaltung 2,085,366 (2,065,752) ℳ Reichsschatzamt 374,321,990 (360,528,435) ℳ; darunter Ueberweisungen der Bundesstaaten 369,187,000 (355,450,000) ℳ Reichs-Eisenbahnamt 346,900 (334,940) ℳ Reichsschuld 75,193,800 (71,739,800) ℳ Rechnungshof 735,503 (631,583) ℳ Allgemeiner Pensionsfonds (55,034,754 [48,245,438]) ℳ Reichs-Invalidenfonds 26,393,714 (27,258,592) ℳ Einmalige Ausgaben sind im ordentlichen Etat ausgeworfen beim Auswärtigen Amt 6,791,100 (4,697,009) ℳ, Reichsamt des Innern 3,609,860 (4,305,270) ℳ, Post- und Telegraphenverwaltung 9,397,895 (8,699,983) ℳ, Reichsheer 55,113,540 (38,332,940) ℳ, Marine 23,025,050 (18,995,650) ℳ, Reichs-Justizamt 541,339 (1,000,000) ℳ, Reichs-Schatzamt 195,800 (161,400) ℳ, Reichsschuld 170,000 (170,000) ℳ Im außerordentlichen Etat sind ausgeworfen für: Reichsamt des Innern 1,565,774

(20,710,000) M, Reichsheer 34,167,892 (92,728,425) M, Marine 7,342,800 (4,231,200) M, Eisenbahnverwaltung 4,781,000 (12,605,750) M.

Von den Einnahmen sind veranschlagt: Zölle 347,612,000 (349,706,000) Mark, Tabaksteuer 11,331,000 (11,082,000) M, Zuckersteuer 77,097,000 (75,406,000) M, Salzsteuer 43,657,000 (42,742,000) M, Maischbottich- und Branntweinmaterialsteuer 18,820,000 (17,988,000) M, Verbrauchsabgabe von Branntwein 98,957,000 (100,093,000) M, Brausteuer 25,603,000 (24,856,000) M, Spielkartenstempel 1,312,030 (1,255,030) M, Wechselstempel 7,727,000 (7,588,000) M, Börsensteuer 41,242,000 (24,524,000) M, Post- und Telegraphenverwaltung: Einnahme 279,138,390 (270,768,400) M, Ausgabe 251,205,581 (242,364,383) M. Mithin Ueberschuß 27,932,879 (28,404,017) Mark. Ueberschuß der Eisenbahnverwaltung 23,173,000 (23,081,100) M, Bankwesen 7,182,100 (7,244,800) M, Ueberschüsse früherer Jahre (14,476,980 (1,372,033) M, Matrikularbeitrag 413,567,385 (397,507,820) M. Durch Anleihe sollen gedeckt werden 44,375,411 (118,339,575) M.

Der Schatzsekretär betont die Notwendigkeit, die Einnahmen des Reichs zu vermehren und sagt am Schlusse seiner Rede: Wenn Sie sich nun unparteiisch das Bild vergegenwärtigen, das Ihnen dieser Etatsentwurf gibt, so müssen Sie dreierlei zugestehen. Erstens: wir stehen unzweifelhaft, wie bisher, vor steigenden Ausgaben, wir stehen andererseits auch vor schwankenden Anforderungen an die Steuerkraft der Einzelstaaten, denn in jedem Etat sind Faktoren, wie ich Ihnen ausgeführt habe, die so wechselnder Natur sind, daß sie einen um 50 bis 60 Millionen größeren Fehlbetrag gegenüber dem vorliegenden Etat herbeiführen können, sobald andere Verhältnisse eintreten. Meine Herren, wir stehen ferner vor einer steigenden Verschuldung, ohne bisher auch nur die Möglichkeit gesehen zu haben, an die Tilgung unserer Schulden zu denken. Darüber darf man sich keine Illusionen machen, daß das Reich fortgesetzt auch wieder Anleihekredite wird in Anspruch nehmen müssen, und daß jeden Augenblick neue Forderungen eintreten können, die uns dazu zwingen. Das ist unzweifelhaft. Aber gerade diese Aussicht muß uns dazu führen, auf irgend einem finanz-reformatorischen Wege mindestens die Möglichkeit zu geben, eine allmähliche Schuldentilgung als Gegengewicht einzuführen. Meine Herren, ich bitte Sie, bei Beurteilung dieses Etats nicht auszugehen von der vorliegenden Spannung von 33⅓ Millionen, sich nicht damit zu trösten, daß das laufende Jahr ein besonders günstiges Bild bietet, daß sich die steigenden Einnahmen gegenüber dem Etatsanschlag für 1895/96 wiederholen könnten und auch vielleicht für 1895/96 die Spannung zwischen Matrikularbeiträgen und Ueberweisungen eine geringere sein wird. Meine Herren, darum handelt es sich nicht. Das ist eine ganz nebensächliche Frage, wenn man von einer Finanzreform im Reiche spricht, ob die Spannung 10 Millionen oder 30 Millionen beträgt, sondern es handelt sich darum, endlich die Einzelstaaten, die in ihren Haushalten durch den jetzigen Zustand erheblich gefährdet werden, zu schützen gegen wechselnde Anforderungen der Reichs-Finanzverwaltungen. Ich habe an sämtliche Regierungen der Einzelstaaten die Anfrage gerichtet, wie sich ihre Verhältnisse stellen würden, wenn diese Lücke zwischen Ueberweisungen und Matrikularbeiträgen nicht durch neue Einnahmen gedeckt wird. Aus Preußen habe ich die Antwort bekommen: wir stehen dann vor einem Defizit von 35 Millionen, das durch Schulden zu decken ist, von den anderen Einzelstaaten habe ich die Antwort bekommen: wir müßten entweder angesammelte Reservekapitalien, die zu ganz anderen Zwecken bestimmt sind, zum Schaden des Landes verwenden, um den Anforderungen der Reichs-Finanzverwaltung nachgeben zu können, oder wir sind gezwungen, steigende Einkommensteuern einzuführen. Meine Herren,

auch diejenigen Herren, die auf dem Standpunkt stehen, man solle die Bilanz zwischen Ueberweisungen und Matrikularbeiträgen nicht herbeiführen durch neue indirekte Steuern, sondern solle es ruhig den Einzelstaaten überlassen, ihre Matrikularbeiträge weiter aufzubringen und sie dadurch dazu nötigen, steigende Einkommensteuern zu erheben — meine Herren, ich glaube, die Herren, welche diese Ansicht haben, gehen einen falschen finanzpolitischen Weg, denn dann wird man sehr bald zu einem Prozentsatz der Einkommensteuern kommen, der nicht mehr gesteigert werden kann, und man wird vielleicht im Deutschen Reich zu einem Mittel greifen, das Ihnen äußerst unsympathisch sein würde, aber das bis jetzt alle Staaten angewandt haben, die nicht rechtzeitig ihre Finanzreform auf eine gesunde gesetzliche Grundlage gestellt haben, d. h. man wird im Moment der Not zu kräftigen Staatsmonopolen seine Zuflucht nehmen. Man mag aus den Erfolgen der Finanzwirtschaft des laufenden Jahres deduzieren so günstig wie man will, man mag günstigere Folgerungen für den Etat des Jahres 1895/96 ziehen, so wird man doch zu der Ueberzeugung kommen, daß gerade, wenn man eine Finanzreform, eine Gesundung unserer Reichsfinanzen auf gesetzlicher Grundlage wünscht, ein Zeitpunkt steigender Einnahmen der geeignete dazu ist. Gerade steigende Einnahmen bieten die Möglichkeit, mit verhältnismäßig geringen neuen Steuerforderungen die Lücke zwischen Ueberweisungen und Matrikularbeiträgen ausfüllen zu können. Wartet man aber ab, bis diese Spannung eine sehr große ist, dann befürchte ich, meine Herren, werden wir zu einer Finanzreform nie mehr kommen, weil es nicht möglich sein wird, ohne sehr tiefgreifende, einschneidende Steuermaßregeln die Summe noch zu beschaffen, die notwendig ist, um einerseits die Spannung zwischen Matrikularbeiträgen und Ueberweisungen auszufüllen und andrerseits einmal mit einer Schuldentilgung zu beginnen. Die verbündeten Regierungen geben sich der Hoffnung hin, daß Sie bei der sachlichen Prüfung des Etats sich diesen Gesichtspunkten nicht verschließen werden.

Abg. Bachem (Z.) und Abg. Richter (frs. Vp.) polemisieren gegen die Ausführungen des Schatzsekretärs über die Reichssteuerreform; über den Kanzlerwechsel sagt Abg. Richter: Welches sind denn nun die Gründe gewesen, die zu dem Kanzlerwechsel geführt haben? (Heiterkeit.) Daß es keine privaten Gründe gewesen sind, unterliegt keinem Zweifel; es sind Gründe politischer Natur. Daß es nicht Gründe waren, die mit parlamentarischen Beschlüssen zusammenhängen, unterliegt auch keinem Zweifel; denn Graf Caprivi hat sich seit der Wahl dieses Reichstages stets in den wichtigsten Beschlüssen die Zustimmung der Mehrheit des Hauses erworben. Die Gründe liegen, nach dem, was bisher bekannt geworden ist, in den Verhandlungen, die gepflogen wurden bei der Vorberatung der Umsturzvorlage. Nun ist darüber bekannt geworden, daß Graf Caprivi sich der Zustimmung des gesamten preußischen Ministerrates in Bezug auf die Grundlagen der Vorlage, mit Ausnahme des Ministerpräsidenten, erfreute. Es ist weiter bekannt geworden, daß am folgenden Dienstag die Zustimmung der Krone zu den Grundlagen der Vorlage erklärt wurde. Es ist weiter bekannt, daß am folgenden Donnerstag die leitenden Minister der übrigen deutschen Staaten ebenfalls sich mit den Grundlagen einverstanden erklärt haben. Und gleichwohl ist am folgenden Freitag, innerhalb 24 Stunden, der Kanzlerwechsel erfolgt, der Rücktritt eines Ministers, der, wie kaum irgend jemals ein Staatsmann, sich gerade in dieser entscheidenden Frage der Zustimmung aller maßgebenden Faktoren zu erfreuen hatte. Man sagt, ein ungeschickter Zeitungsartikel, den Graf Caprivi selbst von sich wies, den aber zu dementieren er sich nicht entschlossen habe, habe den Wechsel herbeigeführt. (Heiterkeit.) Nun kann ich mir denken, daß in der Redaktion

einer Zeitung ein einziger Artikel einen Wechsel zur Folge haben kann (Heiterkeit), aber mein Auffassungsvermögen reicht dafür nicht aus, daß ein ungeschickter Zeitungsartikel einen solchen Wechsel in der Politik dem Inlande und dem Auslande gegenüber, in der wichtigen, verantwortlichen Stellung des Reichskanzlers verursachen kann. Vielleicht ist Herr v. Bötticher, der die Gegenzeichnung vollzogen hat, in der Lage, uns die Gründe für den vollzogenen Kanzlerwechsel anzugeben. (Große Heiterkeit.)

Im folgenden spricht sich der Redner anerkennend über die Vereinigung des Ministerpräsidiums mit dem Reichskanzleramt aus. Auf die Umsturzvorlage eingehend, behauptet er, Graf Eulenburg habe während der Vorbereitung des Gesetzentwurfs Vorschläge gemacht, die nur im Wege des Staatsstreichs und Eidbruchs durchgesetzt werden könnten.

Staatssekretär Dr. v. Bötticher erklärt, über die Gründe der Entlassung Caprivis nichts mitteilen zu wollen, denn sagt er, nach Art. 15 der Verfassung hat der Kaiser das Recht, den Reichskanzler zu berufen, und jeder im Lande, also auch die Mitglieder dieses Hauses, einfach die Pflicht, von der Ernennung Kenntnis zu nehmen. (Beifall rechts.) Im übrigen aber, wenn der Abg. Richter, zwar heute nicht, aber in seiner Presse früher darauf aufmerksam gemacht hat, daß die Frage bestritten werden könnte, ob, wenn der Reichskanzler entlassen werden soll, der Stellvertreter desselben berufen sei, die Entlassungsordre zu kontrasignieren, so bin ich einigermaßen erstaunt darüber gewesen, daß dies überhaupt zweifelhaft werden könnte. Die Argumentation, welche dafür angegeben wird, ist die, daß man sagt: Wenn der Reichskanzler aufhört zu existieren, so ist dies auch in Bezug auf seinen Stellvertreter der Fall. Das ist aber grundfalsch, denn nach dem Stellvertretungsgesetz ist der Stellvertreter Vertreter einer dauernden Funktion, und dieselbe wird fortgeführt, gleichviel, ob der Reichskanzler, der die Ernennung gegengezeichnet hat, im Amte bleibt oder nicht. Die Aeußerung über den Grafen Eulenburg weist der Staatssekretär zurück; dessen Anträge wären durchaus gesetzmäßig gewesen und hätten höchstens eine Reichstagsauflösung in Aussicht genommen.

12. Dezember. (Reichstag.) Etatsberatung. Kanzlerwechsel, Sozialdemokratie, Schutz der Landwirtschaft.

Abg. v. Kardorff (D. Rp.) spricht dem Reichskanzler sein Vertrauen aus und polemisiert gegen Abg. Richter. Ueber den Kanzlerwechsel sagt er: Wenn der Reichskanzler und der Ministerpräsident von Preußen zu gleicher Zeit ihr Amt niederlegen, so ist es nach meiner Ansicht aus konstitutionellen Gründen nötig, daß das gesamte Ministerium dem Monarchen ihre Portefeuilles zur Disposition stellt, ferner auch deshalb, damit die Freiheit der Krone in ihren Entschließungen gewahrt wird.

Abg. Rickert (frs. Vgg.) will keine neuen indirekten Steuern bewilligen; er tadelt die hohen Ausgaben für die Kolonien und die Marine und stellt die Lage der Landwirtschaft als keineswegs bedenklich dar, worauf Schatzsekretär Graf Posadowsky und Abg. v. Manteuffel (kons.) erwidern und die Notwendigkeit, einen kräftigen Bauernstand zu erhalten, betonen. Abg. Liebknecht (Soz.) führt aus, das Sitzenbleiben der Sozialdemokraten beim Hoch auf den Kaiser sei nicht ohne Beispiel und den Prinzipien seiner Partei angemessen. Im folgenden bezeichnet der Redner es als unwürdig, daß man nichts von den Gründen des Kanzlerwechsels erfahre und verwahrt die Sozialdemokratie gegen den Vorwurf, die anarchistischen Attentate, die allein von Irrsinnigen unternommen seien, hervorgerufen zu haben. Er polemisiert gegen die Kolonialpolitik, die neuen Steuern und schließt nach der Versicherung, daß die Annexion Elsaß-Lothringens die Schuld an der

ungünstigen politischen Weltlage und den zerfahrenen inneren Zuständen trage, mit den Worten: die Sozialdemokratie ist auf der Grundlage der Wissenschaft begründet und die Streitigkeiten führen alle zur Einigung der Partei; jede Hoffnung auf Spaltungen ist nutzlos. Der internationale Sozialismus wird Herr werden über den internationalen Anarchismus, den von oben und den von unten!

13. Dezember. (Reichstag.) Schluß der Etatsberatung.

Abg. Dr. Böttcher (nl.) empfiehlt Sparsamkeit in den Ausgaben und sorgfältige Prüfung der einzelnen Forderungen, ist aber zur Erweiterung der Einnahmen durch neue indirekte Steuern bereit. Ein Schutz des Mittelstandes in Stadt und Land durch den Staat sei dringend erforderlich, ebenso die Abwehr der revolutionären Bestrebungen. Nachdem Abg. Payer (südd. V.P.) gegen den Etat gesprochen und u. a. den höfischen und militärischen Charakter der Reichstagseinweihung getadelt hat, fordert Abg. Zimmermann (Antis.) Schutz der durch die Handelsverträge geschädigten Landwirtschaft und wendet sich gegen die geplante Tabaksteuer. Er tadelt ferner Uebelstände auf dem Gebiete der Rechtspflege und fordert energische antisemitische Maßregeln als beste Bekämpfung des Umsturzes.

10./13. Dezember. Aufenthalt des Kaisers in Hannover und Springe.

Dezember. (Berlin.) Neue offiziöse Zeitung.

Die preußische Regierung begründet eine Zeitung die „Berliner Korrespondenz", mittelst deren der Presse von Zeit zu Zeit Nachrichten über die Absichten der Regierung zugehen sollen.

14./15. Dezember. (Reichstag.) Interpellation über die Notlage der Zuckerindustrie.

Abg. Paasche (nl.) bringt folgende Interpellation ein: Welche Maßregeln in Bezug auf eine Abänderung des geltenden Zuckersteuergesetzes gedenken die verbündeten Regierungen zu ergreifen, um die Schädigungen, welche der deutschen Landwirtschaft und der deutschen Zuckerindustrie durch die ausländischen Besteuerungsformen des Zuckers erwachsen, zu beseitigen?

In der Begründung führt der Interpellant aus, daß durch die nordamerikanische Gesetzgebung eine Ausschließung des deutschen Zuckers vom nordamerikanischen Markte zu befürchten sei und die deutsche Landwirtschaft dadurch großen Schaden erleiden werde. Er empfiehlt eine Erhöhung der Ausfuhrprämien. Staatssekretär Graf Posadowsky erkennt die traurige Lage der Zuckerindustrie, namentlich der kleinen Fabriken, und ihre Bedeutung für die Landwirtschaft an. Die Ursache der Kalamität sei der hohe amerikanische Zuschlagszoll und die Ueberproduktion. Da das Verhältnis zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten noch nicht geklärt sei, könne er noch keine bestimmten Vorschläge zur Abhilfe machen, wohl aber eine wohlwollende Prüfung der Frage durch die Regierung verheißen. Abg. Richter (frs. Vp.): Die Ueberproduktion sei die Ursache der niedrigen Preise, daran würden auch erhöhte Exportprämien nichts ändern. Abg. Graf Kanitz (Dk.) befürchtet, daß die amerikanischen Tarife in Kraft bleiben werden und fordert für die Landwirtschaft eine andere Erwerbsquelle, damit sie wegen der niedrigen Getreidepreise nicht mehr zum Rübenbau gezwungen sei. Am folgenden Tage plädieren die Abgg. Graf Mirbach (Dk.) und Friedberg (nl.) für die Erhöhung der Ausfuhrprämien, die Abgg. Meyer (frs. Vg.) und Wurm (Soz.) dagegen.

Dezember. Über die deutsche Zuckerindustrie stellt die „Nordd. Allg. Ztg." folgende Angaben zusammen:

Mit der Verarbeitung von Rüben zur Zuckergewinnung haben sich in der Kampagne 1893/94 in Deutschland 405 Fabriken befaßt, vier mehr als in der vorhergegangenen Kampagne. Verarbeitet wurden 10,644,352 To. (1892/93 9,811,940 To.) Rüben, und hiervon waren etwa 12 pCt. von den Fabriken selbst gewonnen und 33½ pCt. von den Aktionären vertragsmäßig geliefert. Die verarbeiteten Rüben sind geerntet worden auf 386,481 Hektar (1892 auf 352,015 Hektar), so daß als durchschnittlicher Ertrag der Rübenernte für 1893 eine Menge von 27,5 To. sich ergibt (1892 27,9 To.). Das Ergebnis der Rübenernte war infolge der ungewöhnlichen Trockenheit des Jahres 1893 und teilweiser Beschädigung durch Insekten in den verschiedenen Bezirken ungleich, in vielen zufriedenstellend, in anderen dagegen gering, in einigen sogar eine vollständige Mißernte. Der Durchschnittspreis von 100 Kilogr. Kaufrüben ist zu 2,12 ℳ ermittelt worden. Der Zuckergehalt der 1893 geernteten Rüben war meist gut, weshalb die Ausbeute eine verhältnismäßig hohe war; im Durchschnitt waren zu 1 To. Rohzucker nur 8,09 To. Rüben erforderlich gegen 8,35 To. 1892/93. Gegen Entrichtung des Eingangszolles sind an ausländischen Erzeugnissen 448 To. Raffinaden, 600 To. Rohzucker und 120 To. Syrup, gegen Entrichtung der Zuckersteuer an inländischen Erzeugnissen 515,642 To. feste Zucker und 407 To. Zuckerabläufe in den freien Verkehr gesetzt worden. Nach dem Zollausland wurden mit Anspruch auf Ausfuhrzuschuß ausgeführt 436,675 To. Zucker der Klasse a (Rohzucker und Raffinaden unter 98 pCt. Zuckergehalt), 255,088 Tonnen der Klasse b und 6256 To. der Klasse c; die Zücker der Klasse a gingen vorwiegend nach Großbritannien (250,149 To.), den Vereinigten Staaten von Amerika (105,245 To.), den Niederlanden (40,261 To.), dem Hamburger Freihafen (12,061 To.), Britisch-Nordamerika (7946 To.) und Italien (5258 To.), die der Klasse b namentlich nach Großbritannien (209,717 To.), Rußland (6719 To.), Dänemark (6574 To.), Schweden (5484 Tonnen) und Norwegen (5211 To.). Der Zuckerverbrauch im deutschen Zollgebiet ist zu 516,630 To. Konsumzucker oder 10,1 Kilogr. auf den Kopf der Bevölkerung ermittelt, gegen 501,319 To. oder 9,9 Kilogr. auf den Kopf im Jahre 1892/93 und 9,0 Kilogr. auf den Kopf im Durchschnitt der Jahre 1886/87 bis 1893/94.

14. Dezember. (Preußen.) Der Justizminister Schönstedt fordert in einer Verfügung dringend die Beschleunigung der Strafsachen.

Dezember. Die Presse über die strafrechtliche Verfolgung Liebknechts. (Vgl. 6., 11. und 15. Dezember.)

Die „Nordd. Allg. Ztg." führt aus, daß der § 30 der Reichsverfassung: „Kein Mitglied des Reichstages darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufes gethanen Aeußerungen gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden", nicht anwendbar sei auf die im Sitzenbleiben beim Hoch auf den Kaiser liegende revolutionäre Demonstration, die vielmehr ganz unabhängig von dem Privilegium der Redefreiheit dastehe, also strafrechtlich verfolgbar sei.

Die „Volks-Ztg." und „Berl. Ztg." erklären das Sitzenbleiben für Meinungsäußerung und also straffrei; die „Voss. Ztg." meint, die Verfolgung sei gegen den Sinn des Gesetzes. Der „Hamb. Korr." hält

die Verfolgung Liebknechts für politisch bedenklich, weil sie fruchtlos bleiben werde, wenn der Reichstag die Immunität schützt, und weil Singer, der weit schlimmer gefehlt habe, straflos bleiben müsse. Die „Kreuz-Ztg." hält die rechtliche Möglichkeit einer Verfolgung Liebknechts für zweifellos; wenn der Reichstag die Genehmigung zur Einleitung des Strafverfahrens verweigere, habe die Staatsanwaltschaft das nobile officium, nach der Session gegen Liebknecht vorzugehen. Die „Nat.-Ztg." ist gegen die Genehmigung des Strafantrags: „Man wird im Volke mit der Ablehnung des Antrags überwiegend einverstanden sein, wenn — aber auch nur dann! — gleichzeitig die Einleitung zu einer ausreichenden Verschärfung der Disziplinargewalt innerhalb des Reichstags getroffen und eine solche dann rasch bewirkt wird. Mehr als ausreichender Grund dazu war seit langen Jahren vorhanden; es braucht aus neuerer Zeit nur an die Ahlwardt-Skandale erinnert zu werden." Die „Germania" schreibt: „Wahrlich, wenn nicht mit der Immunität der Reichstagsmitglieder so große Interessen verknüpft wären, den sozialdemokratischen Schreiern und Demonstranten könnte man eine tüchtige Strafe schon gönnen. So aber muß die Immunität bis aufs Aeußerste gewahrt werden, zumal die Disziplinierung durch den Präsidenten, die Zurückweisung durch das gesamte Haus, die Verurteilung durch die öffentliche Meinung u. dgl. ja auch Strafe sind und für den Volksgeist, der so wieder einmal das wahre Wesen der Sozialdemokratie kennen lernt, sogar mehr Wirkung haben, als einige Monate Gefängnis."

15. Dezember. (Reichstag.) Strafrechtliche Verfolgung Liebknechts. Verschärfung der Disziplinargewalt des Reichstags.

Nach Schluß der Interpellation über die Zuckerfrage folgt der Bericht über den Antrag auf Genehmigung der strafrechtlichen Verfolgung des Abg. Liebknecht wegen Majestätsbeleidigung. Die Kommission beantragt: „Die vom Staatsanwalt am Landgericht I Berlin beim Reichstage nachgesuchte Genehmigung zur Einleitung des Strafverfahrens gegen den Reichstagsabgeordneten Liebknecht wegen Majestätsbeleidigung während der Dauer der gegenwärtigen Sitzungsperiode nicht zu erteilen." Eingegangen ist dazu folgende Resolution der Abgg. Abt (nat.-lib.) und Genossen: „Die Kommission für die Geschäftsordnung aufzufordern, unter dem Vorsitz des Präsidenten des Reichstags alsbald den Entwurf einer Abänderung und Vervollständigung der Geschäftsordnung auszuarbeiten und dem Reichstag zur Beschlußfassung vorzulegen, durch welchen die Disziplinargewalt des Reichstags und des Präsidenten gegen die Reichstagsmitglieder während der Ausübung ihres Berufs in angemessener Weise verstärkt wird."

Der Referent Abg. Pieschel berichtet über die Kommissionsverhandlungen und teilt mit, daß man in der Kommission darüber einverstanden war, daß der Vorfall, um den es sich handelt, den Gepflogenheiten des Hauses widerstreite. Abg. Roeren (Z.): Die Genehmigung der Verfolgung müsse die Immunität des Hauses vernichten. Gegen eine Verschärfung der Geschäftsordnung habe das Zentrum nichts, aber im Anschluß an den vorliegenden Fall könne es die Resolution Abt nicht annehmen, weil es den Anschein haben werde, als ob der Reichstag durch die Staatsanwaltschaft zu seinem Beschlusse veranlaßt worden sei.

Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst: Der Herr Vorredner hat mit Beredsamkeit das Recht der Immunität des Reichstags verteidigt; er hat Besorgnisse aus dem Antrag abgeleitet, denen ich entgegentreten muß. Wenn er z. B. gesagt hat, daß künftig nach einer Sitzung der Staatsanwalt aus den Aeußerungen, die hier in der Sitzung gefallen sind, einen Grund zur Anklage entnehmen könne, so möchte ich nur darauf

hinweisen, daß es sich da eben um Aeußerungen, die gefallen sind, um Worte, daß es sich aber im vorliegenden Falle nicht um Aeußerungen, sondern um Thatsachen handelt. Ich möchte zunächst einmal die Thatsachen feststellen, wie sie gekommen sind. In der Sitzung vom 6. dieses Monats hat ein Teil der sozialdemokratischen Partei sich geweigert, aufzustehen bei dem Hoch, das auf Seine Majestät den Kaiser ausgebracht wurde. Diese Demonstration hat das monarchische Gefühl der Mehrheit des Reichstags, wie wohl nicht bestritten werden kann, verletzt. Gegenüber der allgemein sich geltend machenden Entrüstung der Mehrheit des Reichstags war der Herr Präsident, wie er selbst erklärte, nicht in der Lage, Abhilfe zu schaffen und eine Sühne eintreten zu lassen. Unter diesen Umständen blieb zur Herbeiführung dieser Sühne nichts anderes übrig, als die Hilfe der Gerichte in Anspruch zu nehmen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Der Reichstag sollte durch den Antrag des Staatsanwalts, den ich dem Reichstag übergeben habe, in die Lage versetzt werden, zu entscheiden, ob er die Verletzung seiner monarchischen Gefühle ahnden wolle oder nicht. (Sehr gut! rechts.) Daß eine solche Verletzung der monarchischen Gefühle der Majorität des Reichstags stattgefunden hat, geht auch aus dem Umstande hervor, daß, wie man mir gesagt hat, und was ich nicht zu bezweifeln habe, den sozialdemokratischen Abgeordneten mitgeteilt worden ist, es werde ein Hoch auf Seine Majestät den Kaiser ausgebracht werden. Trotzdem blieb — ein Teil der Herren ging hinaus — Herr Liebknecht sitzen. Darin mußte der Reichstag, wie er es auch durch laute Kundgebungen bethätigt hat, eine Verletzung seiner Würde und seiner monarchischen Gefühle erblicken. Nun hat allerdings der Herr Abg. Liebknecht in einer späteren Sitzung gesagt, er sei nur aus Zufall sitzen geblieben und eine absichtliche Demonstration habe nicht stattgefunden. Ich will die Wahrheit seiner Erklärung in keiner Weise in Zweifel ziehen; indessen möchte ich doch fragen: warum hat denn der Herr Abg. Liebknecht geschwiegen, als dann der Herr Abg. Singer in einer sehr gehässigen Weise die Thatsache des Sitzenbleibens kommentiert und interpretiert hat? (Sehr richtig! rechts.) Das sind die Thatsachen, die mich dazu geführt haben, den Antrag des Staatsanwalts Ihnen zu überweisen. Sie haben, meine Herren, das Recht, darüber zu urteilen und zu entscheiden, wie es Ihnen beliebt. (Bravo! rechts, Zuruf links.)

Abg. Graf Mirbach (Dk.): Die Konservativen würden in allen Fällen, wo es sich um die Verletzung eines deutschen Souveräns handele, die Strafverfolgung eintreten lassen. Abg. Singer (Soz.) gegen die Genehmigung und die Resolution. Preuß. Minister des Innern v. Köller: Die Regierungen hätten nicht um die Genehmigung des Antrags der Staatsanwaltschaft gebeten; sie hätten den Antrag einfach vorgelegt und überließen es der Entschließung des Reichstags, ob dem allgemein gerügten Vorkommnisse die Strafe auf dem Fuße folgen solle. „Wenn Sie ihn ablehnen, ja nun, — dann nicht." Der Reichstag müsse die Grenzen der Immunität feststellen und verhindern, daß sich derartige Dinge wiederholten. Abg. v. Bennigsen (nl.) spricht für den Kommissionsantrag und die Resolution, die ganz unabhängig von dem Anklagegesuch der Staatsanwaltschaft und vor dessen Bekanntwerden angeregt worden sei. Preuß. Justizminister Schönstedt: Der Reichstagspräsident habe am 6. Dezember bemerkt, es stehe ihm keine Befugnis zu, gegen Liebknecht einzuschreiten, daher habe die Regierung erwägen müssen, ob nicht andere Mittel vorhanden seien oder ob hier eine Lücke in der Verfassung ausgefüllt werden müsse. Diesem Versuche diene der Antrag des Staatsanwalts. Mit Rücksicht auf die Erklärung Bennigsens über die Entstehung der Resolution Abt erklärt Abg. Roeren, das Zentrum werde für die Resolution stimmen. Abg.

Bebel (Soz.): Er sei in den siebziger Jahren oft beim Hoch auf den Kaiser sitzen geblieben, ohne daß davon Notiz genommen sei. Auf der rechten Seite säßen übrigens viele, die in den letzten Jahren das Hoch nicht mit Freuden ausgebracht hätten. Die Resolution Abt beweise die deutsche Bedienten-natur. (Präsident v. Levetzow ruft den Redner wegen Beleidigung der deutschen Nation zur Ordnung.)

Hierauf wird in namentlicher Abstimmung der Kommissionsantrag (Ablehnung der Genehmigung zur Strafverfolgung) mit 168 gegen 58 Stimmen angenommen. Abg. Liebknecht enthält sich der Abstimmung.

Die Resolution Abt und Genossen wird gegen die Stimmen der vier Parteien der Linken angenommen.

17. Dezember. (Reichstag.) Umsturzvorlage. Vertagung des Hauses.

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Nieberding: Die Regierung erwarte eine unbefangene Prüfung der Vorlage. Diese solle keineswegs die Presse knebeln oder der öffentlichen Meinung einen Maulkorb anlegen, sondern sie richte sich allein gegen die Auswüchse der öffentlichen Diskussion, die das öffentliche Urteil irre führen. Sie sei auch kein Ausnahmegesetz, allein gegen die Sozialdemokraten gerichtet, sondern suche generell Ausschreitungen gegen die staatliche und gesellschaftliche Ordnung auf dem Boden des gemeinen Rechts zu bekämpfen. Wenn in Deutschland auch noch keine solche anarchistischen Verbrechen wie im Auslande begangen seien, so zeige doch die Verherrlichung dieser Verbrechen und der ganze Ton in der Presse der Umsturzparteien (wovon Redner einige Proben verliest) die Notwendigkeit, gegen dies Treiben einzuschreiten. Werde die Vorlage abgelehnt, so würden wir entweder auf der schiefen Ebene weiter treiben oder es müßte ein neues Ausnahmegesetz geschaffen werden.

Abg. Singer (Soz.) beantragt die Vertagung und bezweifelt zugleich die Beschlußfähigkeit des Hauses. Da die Beschlußunfähigkeit konstatiert wird, schließt der Präsident v. Levetzow mit folgenden Worten die Sitzung: Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 158 Mitgliedern, das Haus ist also nicht beschlußfähig. Wir müssen hier also abbrechen. Ich sehe mich zu meinem tiefsten Bedauern in der Uebung meiner Amtspflicht, die Arbeiten des Hauses zu fördern, durch den Vertagungsantrag und die dadurch konstatierte Beschlußunfähigkeit behindert. Es würde ganz vergeblich sein, heute oder morgen eine Sitzung noch abzuhalten; deshalb lade ich Sie ein, zur nächsten Sitzung Dienstag, den 8. Januar, nachmittags 2 Uhr zusammen zu kommen. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Tagesordnung. Ich bitte Sie aber, recht vollzählig zu erscheinen, damit Land und Haus nicht wieder ein so beschämendes Schauspiel erleben, wie heute. (Beifall.)

21. Dezember. Übersiedlung des Fürsten Bismarck von Varzin nach Friedrichsruh.

21. Dezember. (Bonn.) Meinhold und Grafe (vgl. S. 175).

Den von der orthodoxen Presse angegriffenen Professoren der Theologie Meinhold und Grafe wird von 200 Theologen und 140 Nichttheologen unter Protest gegen jene Angriffe eine Vertrauensadresse überreicht.

26. Dezember. (Berlin.) Ende des Bierboykotts. (Vgl. S. 162). Urteile der Presse und der Parteien.

Die boykottierten Brauereien und die Führer der Arbeiter schließen

ein Kompromiß, in dem die ursprünglichen Forderungen der Böttcher aufgegeben werden. Die Hauptbestimmung des Uebereinkommens ist die Gründung eines Arbeitsnachweises unter gemeinschaftlicher Leitung der Arbeitgeber und Arbeiter, in dessen Listen sich die arbeitsuchenden Brauereiarbeiter eintragen lassen sollen. Die Brauereien haben unter den Eingetragenen das Recht der freien Auswahl und sind nicht verpflichtet, Gründe für die Ablehnung von Bewerbern anzugeben. „Jedoch soll die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, Gewerkschaft oder Vereinigung bezw. die Thätigkeit für eine der vorgedachten Organisationen den Brauereien keinen Grund zur Ablehnung geben. Auf Verlangen eines Arbeitnehmers, welcher angibt, daß er wegen seiner Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, Gewerkschaft oder Vereinigung, bezw. wegen seiner Thätigkeit für eine der vorgedachten Organisationen zurückgewiesen ist, tritt das Schiedsgericht in Funktion. Das Schiedsgericht ist berechtigt, von dem Arbeitgeber Angabe des Grundes für die Nichtanstellung zu verlangen."

Wegen dieser Bestimmungen, die sich auch auf die im Oktober abgelehnten Rädelsführer erstrecken, wird in der mittelparteilichen Presse das Abkommen als Niederlage der Brauereien betrachtet, da sie jetzt in der Auswahl ihrer Arbeiter beschränkt seien. Bei ähnlichen Gelegenheiten würden die Arbeitgeber allein mit Hilfe der Staatsgewalt Erfolge erzielen können. Die Brauereien und die freisinnige Presse verweisen dagegen auf das Aufgeben der ursprünglichen sozialistischen Forderungen und behaupten, der Arbeitsnachweis sei schon länger geplant worden und komme den nichtsozialistischen Arbeitern und den Brauereien ebenso zu statten wie den Sozialdemokraten. Die sozialistische Presse bezeichnet das Kompromiß nicht als vollen Sieg, aber als Erfolg von großer Tragweite.

28. Dezember. (Berlin.) Sozialistische Volksversammlungen über das Ende des Bierboykotts.

In zahlreichen Versammlungen referieren Arbeiterführer über die mit den Brauereien getroffene Uebereinkunft und empfehlen sie zur Annahme. Sie wird zwar in fast sämtlichen Versammlungen genehmigt, doch macht sich heftiger Widerspruch dagegen geltend, da sie eine Niederlage der Arbeiterschaft bedeute und einseitig von den Führern über die Köpfe der Arbeiter hinweg abgeschlossen sei. Hier und da wird den Führern Verrat vorgeworfen. Die Versammlungen beweisen, daß die Führer von Anfang an nur ungern, gedrängt von der Masse, den Kampf mit den Brauereien aufnahmen.

28. Dezember. (München.) Die Fuchsmühler Vorgänge vor Gericht. (Vgl. 29. Oktober.)

Die Redakteure mehrerer Blätter, die das Fuchsmühler Ereignis, namentlich das Eingreifen des Militärs kritisiert hatten, werden wegen groben Unfugs zu Geldstrafen verurteilt.

II.

Die Österreichisch-Ungarische Monarchie.

1. Januar. (Ungarn.) In einer Ansprache an die liberale Partei verspricht Ministerpräsident Wekerle die Durchführung der liberalen Kirchenpolitik.

2. Januar. Der Kaiser nach Mürzsteg zur Jagd.

Anf. Januar. Plener und Wekerle.

Beratung der Finanzminister v. Plener und Wekerle in Pest, später in Wien über die Valutaregulierung. Sie einigen sich im Laufe der Jahre 1894 und 95 je 100 Millionen Gulden Staatsnoten einzuziehen und diese teils durch Goldkronen teils durch Silberkronen zu ersetzen.

Anf. Januar. Tschechisch-sozialistische Tumulte in Prag und Pilsen.

10. Januar. Eröffnung der Landtage von Dalmatien, Galizien, Kärnten, der Bukowina und Vorarlberg.

Mitte Januar. Beilegung der Differenzen zwischen Serbien und Österreich-Ungarn bezüglich der serbischen Obrt-Steuer.

15. Januar. (Böhmen.) Omladina.

Beginn der Gerichtsverhandlung gegen die Omladinisten unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. (Vgl. 1893 S. 200.) Es wird festgestellt, daß die jungtschechischen Abgeordneten Beziehungen zur Omladina unterhielten. Ob sie freilich ihre letzten Ziele kannten, steht dahin. (Vgl. 21. Febr.)

15. Januar. (Ungarische Kirchenpolitik.)

Eine Versammlung der liberalen Partei spricht ihr unbedingtes Vertrauen zur Kirchenpolitik der Regierung aus. Trotzdem treten gegen 20 Mitglieder aus der liberalen Partei aus, darunter der frühere Ministerpräsident Graf Szapary.

16. Januar. Der Kaiser zu mehrwöchigem Aufenthalte nach Pest.

16. Januar. (Böhmen.)

Der Landtag überweist den Antrag Dr. Baschaty's auf Errichtung eines obersten Gerichtshofes für die Länder der böhmischen Krone mit allen Stimmen gegen die Stimmen der deutschen Linken einem Spezialausschusse.

Im mährischen Landtag wird derselbe Antrag gegen die Stimmen der Tschechen abgelehnt (17. Jan.).

18. Januar. (Ungarn.) Kirchenpolitik.

Ein großer ungarischer Katholikentag in Pest protestiert gegen die kirchenpolitische Vorlage. Namentlich in ländlichen Kreisen ist die Agitation der Klerikalen, die die Anschauung des Kaisers zu vertreten behaupten, erfolgreich.

25. Januar. Das Wiener „Fremdenblatt" und die größeren Blätter bringen sympathische Berichte über die Annäherung zwischen Kaiser Wilhelm und Bismarck.

25. Januar. (Böhmen.)

Der Landtag lehnt mit allen Stimmen gegen die der Tschechen den Antrag Podlipnys ab, seine Tagesordnung wegen Aufhebung des Ausnahmezustandes in Prag und Umgebung an einen Ausschuß zu verweisen.

Januar. (Österreich.) Antisemitismus.

Im niederösterreichischen Landtage und dem Wiener Gemeinderate stürmische Szenen zwischen Liberalen und Antisemiten. Ministerpräs. Fürst Windischgrätz erklärt einer Deputation des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus, die Regierung werde an der Gleichberechtigung aller Religionsgemeinschaften festhalten.

4. Juli. (Ungarn.) In Debreczin findet eine große Volksversammlung zu gunsten der kirchenpolitischen Vorlagen statt.

5. Februar. Rückkehr des Kaisers nach Wien.

6. Februar. Billroth, Professor der Chirurgie an der Universität Wien, in Abbazia †.

Anf. Februar. Schließung der technischen Hochschule in Graz wegen unbotmäßiger Haltung der Studenten.

11. Februar. (Pest.) Ein liberaler Katholikentag erklärt sich für die kirchenpolitische Vorlage.

13. Februar. (Parteien in Böhmen.)

Im Landtage verteidigen Dr. Rieger (Alttsch.) und Graf Buquoy die Koalitionspolitik gegen die Angriffe der Jungtschechen und schließen mit der Versicherung unbedingter Anhänglichkeit an die Dynastie. Rieger ermahnt seine Landsleute insbesondere zum Frieden mit den Deutschen und zur Anerkennung des Ausgleichs; Buquoy erwartet von der Regierung eine energische Bekämpfung der Umsturzgefahr. Am folgenden Tage betont Hallwich die Versöhnlichkeit der Deutschen. Der böhmische Adel scheidet sich immer mehr von den radikal-demokratischen Jungtschechen.

Februar. (Galizien.) Die Ruthenen fordern im Landtage die deutsche Sprache als Unterrichtssprache.

Januar. Februar. (Ungarn.) Nationalitäten. Kirchenpolitik.

Die nichtmagyarischen Nationalitäten planen einen Nationalitätenkongreß. Die ungarische Regierung tritt dem entgegen, indem sie Versammlungen, in denen die Delegierten gewählt werden sollen, verhindert.

Die Serben erklären sich gegen die kirchenpolitische Vorlage, ebenso wird in Siebenbürgen stark dagegen agitiert.

16. Februar. (Böhmen.) Der Verwaltungsgerichtshof beschließt die Aufhebung der ministeriellen Anordnung, doppelsprachige Sprachentafeln in Prag anzubringen.

18. Februar. (Kossuth und Kirchenpolitik.)

Kossuths Schwester richtet ein Schreiben an den Abg. Henntaller, ein Mitglied der Unabhängigkeitspartei, worin sie im Namen ihres Bruders die ablehnende Haltung eines Teiles der Partei gegen die kirchenpolitische Vorlage tadelt.

19./22. Februar. (Ungarisches Abgeordnetenhaus.) Beginn der Beratung der kirchenpolitischen Vorlage.

Graf Apponyi gegen die Vorlage beantragt ein einheitliches Eherecht und eine staatliche Judikatur. Mit der Eheschließung sollen die gegenwärtigen kirchlichen Organe betraut werden. In Fällen, wo kirchliche Hindernisse eintreten, die Staatsgesetze aber kein Hindernis kennen, soll der Zivilehebeamte die Trauung vornehmen. (20. Febr.) Justizmin. Szilagyi erklärt, durch diese Notzivilehe würde eine einheitliche Jurisdiktion unmöglich gemacht werden. Der Antrag widerspreche der Souveränetät des Staates und den Prinzipien des Liberalismus. (22. Febr.)

In den folgenden Tagen verteidigen namentlich Kultusmin. Csaky, Min.-Präs. Dr. Wekerle und Justizmin. Szilagyi die Vorlage gegen die Angriffe des früheren Ministerpräsidenten Graf Szapary. Von der Unabhängigkeitspartei erklärt sich nur ein kleiner Teil unter Ugrons Führung gegen die Vorlage.

21. Februar. (Prag.) Urteil im Omladinaprozeß. (Vgl. 15. Januar.)

Die Führer des Geheimbundes werden teilweise wegen Hochverrats, Majestäts-Beleidigung, Ruhestörung und Geheimbündelei, teils bloß wegen Ruhestörung zu einer Strafe von 13 Monaten bis zu 8 Jahren schweren Kerkers, verschärft durch Fasten, Dunkelkammer und hartes Lager an jedem 17. August, verurteilt. Die übrigen Angeklagten werden teils wegen Verbrechens der Ruhestörung, teils wegen Uebertretungen zu einer Strafe von 14 Tagen Haft bis zu 18 Monaten schweren, durch Fasten verschärften Kerkers verurteilt. Von den 76 Angeklagten werden acht freigesprochen.

21. Februar. (Wien.) Mehrere Volksversammlungen in Wien verlangen die Einführung des allgemeinen Wahlrechts.

22. Februar. Die österreichischen Landtage.

Die „Allg. Ztg." schreibt: „In einer Zeit, in welcher die Parlamente der größten Staaten versammelt sind, kann der Abschluß der Session der österreichischen Landtage keinen Anspruch auf die Aufmerksamkeit weiterer Kreise erheben. Es mag daher genügen, die Rückschau auf die Landtagssession dahin zusammenzufassen, daß das Ergebnis im allgemeinen zufriedenstellend war. Es gilt dies sowohl von der Klärung der Parteiverhältnisse, als von der sachlichen Arbeit. Sieht man von den Skandalszenen ab, die von den gewerbsmäßigen parlamentarischen Ruhestörern im niederösterreichischen Landtag fast täglich hervorgerufen wurden, und die noch gestern der Statthalter aufs schärfste verurteilte, so war der Verlauf der Landtagsverhandlungen in den Kronländern ein ruhiger. Auch die nationalen Parteien wirkten friedlicher zusammen, und selbst im böhmischen Landtag machte sich eine größere Verträglichkeit, als in früheren Jahren, be-

merkbar, so daß sich auch der Boden der Landtage als für die Verwirklichung des Gedankens der Parteien-Koalition fruchtbar erwiesen zu haben scheint. Im Zusammenhang damit war auch die Ausbeute an Arbeitsergebnissen größer, als seit langer Zeit. Die Zahl der fertiggestellten Gesetze, die den Kronländern Verbesserungen bringen betreffs des Lokalbahn- und Straßenwesens, der Landwirtschaft, des Sanitätswesens und der Schulangelegenheiten, ist ungleich größer, als sie die Landtagsverhandlungen der letzten Jahre aufzuweisen hatten.

22. Februar. (Wien.) Das Abgeordnetenhaus beginnt seine Sitzungen.

25. Februar. Oberbürgermeister von Wien, Dr. Prix, †.

27. Februar. Der Kaiser nach Mentone. Ankunft am 1. März. (S. Frankreich.)

27. Februar. (Wien.) Abgeordnetenhaus.

Ministerpräs. Fürst Windischgrätz erklärt anläßlich einer jungtschechischen Interpellation, er könne den Ausdruck „böhmische Frage" nicht acceptieren. Er wird deshalb von den jungtschechischen Blättern heftig angegriffen, während ihm konservative böhmische Zeitungen zustimmen.

5. März. Ungarische Kirchenpolitik.

Eine Versammlung von über 100,000 Personen demonstriert für die Kirchenpolitik der Regierung. Es wird ein Begrüßungstelegramm an den König und eine Petition an die Häuser des Reichstags beschlossen.

Februar. März. Österreichisch-russischer Handelsvertrag.

In den Verhandlungen zwischen Oesterreich und Rußland stößt vornehmlich die russische Forderung, den Getreidezoll auf einen Gulden herabzusetzen, auf Schwierigkeiten. Die provisorische Regelung der Handelsbeziehungen wird vom österreichischen Abgeordnetenhause nach kurzer Debatte angenommen (9. März); das ungarische Abgeordnetenhaus genehmigt die Vorlage ebenfalls, nachdem Finanzmin. Wekerle erklärt hat, von einer Herabsetzung der Zölle für landwirtschaftliche Produkte sei keine Rede (14. März). Das Herrenhaus in Wien und das Oberhaus in Pest stimmen der Vorlage zu (14. März).

März. (Österreich.) Wahlreformpläne.

Die Regierung will eine neue Kurie von 43 Abgeordneten schaffen, gewählt von den kleinsten Steuerzahlern, die weniger als fünf Gulden Steuer zahlen, und den Arbeitern, die in die Krankenkassen eingeschrieben sind. Diese Bestimmung würde die ländlichen Arbeiter ausschließen, da die Krankenkassen nur für die Industriearbeiter vorgeschrieben sind. Die Linke und die Polen sind hiermit einverstanden, Graf Hohenwart will dagegen die Stimmen des Großgrundbesitzes und der Handelskammern in der bisherigen Anzahl belassen, aber die Stimmen des Bürger- und Bauernstandes um $1/3$ vermindern. Ferner sollen $2/3$ der Abgeordneten nicht direkt durch die Wähler, sondern durch die Landtage, $1/3$ durch Volkswahl in den Reichsrat entsandt werden.

16. März. Der Kaiser verläßt Mentone, Depeschenwechsel mit Carnot, s. Frankreich.

20. März. (Böhmen.) Die Mörder Mrvas werden zu zehn Jahren schweren Kerkers verurteilt. (Vgl. 1893 S. 200.)

20. März. Kossuth in Turin †.

Große Trauer in Pest; die Blätter erscheinen mit Trauerrändern. Die Leiche soll in Pest beigesetzt werden, die Stadt trägt die Kosten der Ueberführung. Die Linke verlangt für Kossuth dieselben Ehren wie für Deák, Beerdigung auf Staatskosten und Aufnahme eines Dankesvotums in die Gesetze, worauf die Regierung wegen der Feindschaft Kossuths gegen die Dynastie nicht eingehen will. In Pest finden viele Demonstrationen zu Ehren Kossuths statt, die nicht selten in Tumulte auslaufen.

Die nichtmagyarischen Nationalitäten nehmen keinen Anteil an der Trauer, verurteilen sogar entschieden Kossuths Politik.

Das Abgeordnetenhaus beschließt auf Antrag des Präsidenten Banffy, Kossuths Verdienste protokollarisch zu verewigen und eine Abordnung nach Turin zu senden, um einen Kranz an der Bahre niederlegen zu lassen. (23. März.) Auch das Oberhaus gedenkt Kossuths ehrend. (24. März.)

27. März. (Wien.) Bauerntag für Deutsch-Österreich.

In den Beschlüssen, die sich scharf gegen Sozialdemokratie und Judentum wenden, heißt es:

„Wir sprechen uns für eine zweckdienliche gesetzliche Organisation der Landwirte aus, und zwar: 1. für die Gründung von obligatorischen landwirtschaftlichen Genossenschaften als den untergeordneten Organen der Landwirtschaftspflege und 2. zur Vermittlung zwischen Genossenschaften und dem Ackerbauministerium: a) für die Errichtung von Landeskulturräten als den eigentlichen gesetzlichen Organen, betreffend das Meliorationswesen; b) für die Schaffung von Ackerbaukammern mit getrennter Sektion für Großgrundbesitz und Bauernstand, als den Organen zur Einleitung und Durchführung der so dringend notwendigen Agrarreform."

(Vgl. Hainisch, Die geplante Agrarreform in Oesterreich. Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik. Bd. 7.)

25./30. März. (Wien.) Cisleithanisch-sozialistischer Parteitag.

Es wird vornehmlich die Eventualität eines Massenstriks der Kohlen- und Verkehrs-Arbeiter erörtert und eine Agitation für Einführung des allgemeinen Wahlrechts beschlossen. Delegierte aus dem Deutschen Reiche, wie Bebel und Singer, beteiligen sich lebhaft an den Beratungen.

28. März. (Wien.) Gemeinsame Ministerkonferenz zur Feststellung des den Delegationen vorzulegenden Voranschlags für 1895.

29. März. Kaiser Franz Josef besucht den deutschen Kaiser in Abbazia.

29. März. Der Kaiser verleiht Carnot das Großkreuz des Stephanordens.

März. April. (Böhmen.) Jungtschechen und Omladinisten.

Die Omladinisten verlangen von den Jungtschechen eine radikalere Politik und beginnen sich von ihnen zu trennen und eine selbständige Agitation zu treiben. Ihr Organ ist der Brünner „Lidove Noviny".

1. April. (Pest.) Die Bestattung Kossuths findet unter Teil-

nahme einer ungeheuren Menschenmenge statt. Das Kabinet nimmt nicht teil.

Man sucht die Feier jedes antihabsburgischen Charakters zu entkleiden, so erklären viele ungarische Blätter, auch solche von der äußersten Linken wie der „Egyertetes“, die Kossuthfeier richte sich nicht gegen die Dynastie und schlagen eine große loyale Kundgebung im Parlament vor.

3. April. (Wien.) Abgeordnetenhaus. Budget.

Der Bericht des Budgetausschusses beziffert das Gesamterfordernis auf 620,695,505 fl., während die Regierung nur 618,694,237 in Anschlag gebracht hatte. Die Gesamtdeckung stellt sich nach den Aufstellungen des Ausschusses auf 623,082,030 fl. gegen jene des Vorjahres mit 612,511,620 fl. und es ergibt sich gegenüber dem Erfordernisse ein Ueberschuß von 2,579,727 fl., während die Regierungsvorlage nur einen solchen von 411,542 fl. ansetzte. Die Regierung hatte als Gesamtdeckung 620,301,787 fl. angesetzt. Der Berichterstatter Abg. Szczepanowski führt aus, daß die Situation im abgelaufenen Jahre durch einmalige außerordentliche Einnahmen von mehr als 6 Millionen sich günstiger gestaltete, und daß heuer eigentlich der geringe präliminierte Ueberschuß sich durch die nachträglichen Regierungsvorlagen in ein Defizit verwandelt hätte. Der Budgetausschuß jedoch, im Einverständnisse mit dem Finanzminister, war der Ansicht, daß die finanzielle Situation des Reiches eine wesentlich günstigere Gestaltung des Voranschlags gestattet. Durch eine bedeutende Erhöhung der Einnahmen wurde der Voranschlag mit einem erwarteten Ueberschusse von mehr als 2½ Millionen abgeschlossen.

3./4. April. (Hermannstadt.) Generalversammlung des Zentralkomités der rumänischen Nationalpartei.

Die Versammlung verfaßt eine Manifest, worin betont wird, daß der Memorandumprozeß (vgl. 7. Mai ff.) sich gegen die ganze rumänische Nation richte. Das nationale Programm von 1881 soll nach wie vor festgehalten werden.

4. April. (Galizien.) Kosciuskofeier.

Anläßlich eines vor 100 Jahren von Kosciusko über die Russen erfochtenen Sieges finden in den größeren Städten Festlichkeiten statt. Die Feier hat einen demokratischen Anstrich; der Hochadel hält sich davon fern und der Erzbischof Dunajewski weicht ihr durch eine Reise nach Rom aus. In Krakau kommt es zu Ausschreitungen des Pöbels.

5. April. Schmeykal, Führer der Deutsch-Böhmen, in Böhm. Leipa †.

5. April. Der Kaiser empfängt den Fürsten Ferdinand v. Bulgarien.

5./7. April. (Wien.) Abgeordnetenhaus. Generaldebatte des Budgets.

Pacak (Jungtsch.) spricht sich gegen das wirtschaftliche und politische Uebergewicht Ungarns aus und greift den Ministerpräs. an wegen seiner Erklärung, er kenne keine böhmische Frage (vgl. S. 203). Sulkje (Slovene) ist vorläufig gegen die Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Foregger tadelt die Begünstigung der Slovenen durch die Regierung. Finanzminister v. Plener bezeichnet die Finanzlage als günstig und sieht

für die nächsten Jahre Ueberschüsse voraus trotz der steigenden Bedürfnisse für die gemeinsamen Angelegenheiten, namentlich für Heer, Lokalbahnen, Valutaregelung u. s. w., welche eine Erhöhung der Einnahmen nötig machten, die hauptsächlich auf dem Gebiete der Branntweinsteuer zu suchen seien. Ueber die Wahlreform erklärt er, es sei natürlich, daß das Kräfteverhältnis der großen Parteien nicht durch eine radikale Wahlreform verschoben werden solle. Die gemäßigten Parteien dürften das Reich nicht einem solchen Experimente aussetzen, weshalb man sich zur Abwehr dieses umwälzenden Versuchs und zur Aufstellung neuer Grundsätze für die Aenderung des Wahlrechts geeinigt habe. Das Hereinzerren der Krone in die Debatte sei ungehörig, da einzig und allein die Regierung die Verantwortung trage; die Regierung werde sich von ihrem wohlüberlegten Standpunkt nicht abdrängen lassen. Das Wahlrecht der Arbeiter bilde kein novum, sondern sei die Ausgestaltung des thatsächlich bestehenden Systems; der neuen, hinsichtlich der Steuerleistung äußerst schwachen Gruppe könnten nicht allzuviele Mandate zugewiesen werden, um das Kräfteverhältnis der bisherigen Gruppen nicht zu stören. Die Regierung wolle die Wahlreform ernstlich.

In der Besprechung der Valutavorlage verwahrt sich der Finanzminister gegen die Behauptung, die Regierung hätte durch Uebergabe der Geldbestände an die Bank dieser ein Geschenk gemacht. Die Befürchtungen, daß alle Privat- und Staatsschulden mit Gold zu zahlen seien, seien unbegründet, da noch eine Reihe von Jahren das Silberkourant beizubehalten sei, auch die obligatorische Einführung der Kronenrechnung, welche nur aus technischen Gründen noch nicht erfolgt sei, werde die Zahlungsverhältnisse nicht ändern. Betreffs der Sprachenfrage führt der Minister aus, daß die Deutschen in Böhmen Zeichen großer Mäßigung gegeben hätten, indem sie im Landtage den Gedanken aussprachen, daß die beiden Landessprachen gelernt werden müßten. Die gegen den Statthalter Grafen Thun vorgebrachten Rekriminationen bezeichnet der Minister als Uebertreibungen; in einem so leidenschaftlich aufgeregten Lande wie Böhmen sei es schwer, die Autorität der Behörden aufrecht zu erhalten. Der Minister gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß das böhmische Volk den von den jungtschechischen Rednern geäußerten Haß gegen die Armee und andere Institutionen nicht teile; thatsächlich lasse sich auch die Anerkennung der Armee mit der Oppositionsstellung wohl verbinden. Durch die Koalition sei eine bedeutende Arbeit bereits geleistet, die Koalition schließe auch die anderen Gruppen nicht aus; denn die gemeinsame Arbeit sei die Basis der neuen Konstellation. (Lebhafter Beifall.)

Der Eintritt in die Spezialberatung wird mit großer Majorität beschlossen. (7. April.)

6. April. Der deutsche Kaiser in Pola.

Einen Trinkspruch des Admirals v. Sterneck erwidert der Kaiser und schließt: „Wohin immer Sie der Ruf des Kaisers Franz Josef, Meines besten Freundes, mit dem Ich in innigster Freundschaft und treuester Waffenbrüderschaft vereint bin, führen möge: „Volldampf voraus!"

10./11. April. (Wien.) Abgeordnetenhaus. Budget.

Der radikalste Flügel der Jungtschechen stimmt gegen das Kapitel „Hofstaat", was Ministerpräs. Fürst Windischgrätz als illoyal bezeichnet. Der Jungtscheche Gregr greift die Regierung, der er alle sittliche Berechtigung abspricht, den böhmischen Hochadel (vgl. S. 201) und die Polen aufs schärfste an; er verwirft die Wahlreform der Regierung und fordert Aufhebung des Prager Ausnahmezustandes. Fürst Windischgrätz ent-

gegnet, die sittliche Berechtigung der Koalitionsregierung bestehe in der Abwehr extremer und radikaler Parteien. (11. April.)

12. April. (Pest.) Abgeordnetenhaus. Die obligatorische Zivilehe wird mit 281 gegen 106 Stimmen angenommen.

Die dritte Beratung findet 18. April mit demselben Resultat statt.

13./14. April. Der deutsche Kaiser in Wien.

14. April. (Pest.) Abgeordnetenhaus. Abg. Ugron beantragt ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung wegen ihrer Haltung bei der Kossuthfeier.

Ministerpräs. Dr. Wekerle: Er könne sich mit Ugron nicht in eine Polemik einlassen, da derselbe über die Stellung und die Pflichten einer konstitutionellen Regierung sich im Unklaren zu befinden scheine, denn die Regierung sei der unter die Kontrolle der Volksvertreter gestellte Träger der Exekutivgewalt der Krone und könne die Krone nicht so hinstellen lassen, als ob dieselbe nur ein aller Rechte entbehrendes einfaches Symbol wäre. Die Regierung habe von vornherein gewußt, daß, was immer sie thun würde, dem Einen zu viel, dem Andern zu wenig scheinen würde, denn Kossuth wäre einerseits eine zu große Gestalt gewesen und hätte andererseits bis zum letzten Atemzuge im Gegensatz zu der gesetzlichen Ordnung Ungarns gestanden. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Es würde eine große Feigheit gewesen sein, der Pietät für Kossuth nicht Rechnung zu tragen, es würde aber eine noch größere politische Schwäche gewesen sein, sich nur von der Sentimentalität leiten und auch nur den Keim einer noch so geringen Erschütterung des Vertrauens in die Stabilität der öffentlichen Zustände aufkommen zu lassen. (Stürmischer Beifall rechts.)

Ugrons Antrag wird mit 218 gegen 14 Stimmen abgelehnt.

14./18. April. (Wien.) Abgeordnetenhaus. Preßangelegenheiten.

Justizmin. Graf Schönborn hat bestimmt, daß bei Beschlagnahme von Druckschriften die Bekanntmachung der Gründe in der Regel wegfallen soll. Gegen diesen Erlaß erklären sich alle Parteien, Dr. Ruß erklärt, die deutsch-liberale Partei sei dadurch peinlich überrascht. Infolgedessen erklärt der Justizminister im Preßausschusse, der Erlaß über die Bekanntgabe konfiszierter Artikel enthalte keinerlei Verschärfung der bereits bestehenden Vorschriften, sondern bezwecke nur, die Praxis durch ein geregeltes Verfahren in ein festes Geleise zu bringen. Eine gesetzliche Verpflichtung zur Angabe von Gründen einer Konfiskation bestehe nicht, doch entspreche solche Angabe der Billigkeit und Zweckmäßigkeit. Binnen kurzem sollte die Angelegenheit geregelt werden. (18. April.)

16./19. April. (Wien.) Abgeordnetenhaus. Beratung des Budgets der Heeresverwaltung.

Abg. Lueger (Antis.) wirft der Armeeverwaltung vor, die Offiziere zum Duell zu zwingen und tadelt den Korpskommandanten Frhr. v. Schönborn, daß er einem Bankett von „Großkapitalisten und deren Knechten“ beigewohnt habe; die Armee „sei keine österreichische mehr, sondern eine Rothschildarmee“. (Schönborn hatte am 12. April auf einem von der Stadt Wien veranstalteten Fest in einem Trinkspruch erklärt, die Armee werde das Eigentum der Bürger gegen innere Feinde schützen.) Der Landesverteidigungsminister Graf Welsersheimb verteidigt Schönborn und sagt

über das Duell: Wenn alle Gesetze früherer Zeiten und die allerschärfsten Strafen das „Duellunwesen" auszumerzen nicht vermocht hätten, würde dies auch durch Parlamentsbeschlüsse nicht gelingen. Er bekämpft die Anschauung, daß das Duell in der Armee begünstigt werde und betont, der Soldat habe nicht nötig, durch das Duell Mut zu beweisen. Die Ehrengerichte verhinderten in weitaus den meisten Fällen das Duell. Ferner gab der Minister an, daß im Vorjahre 278 Fälle des Mißbrauchs militärischer Machtbefugnisse untersucht und in 30 derselben ein höherer Strafsatz bis zu fünfjährigem Kerker, in 218 Fällen ein niederer Strafsatz verhängt worden sei. Bei einem Präsenzstande von 300,000 Mann, der während der Waffenübungen, wo die Neigung zu derartigen Pflichtverletzungen am meisten naheliege, auf 400,000 Mann anwachse, involviere die angegebene Ziffer keine bedenkliche Neigung zu Soldatenmißhandlungen. Auf eine Anfrage, bezüglich der Ernennung Einjährigfreiwilliger zu Reserveoffizieren, erwidert der Minister, die Ergebnisse des neuen Wehrgesetzes seien sehr befriedigend und mit den Einjährigfreiwilligen sehr günstige Resultate erzielt worden. (19. April.)

19. April. (Karlowitz.) Eine Volksversammlung protestiert gegen die Kirchenpolitik der ungarischen Regierung und betont die Solidarität mit den übrigen nichtmagyarischen Nationalitäten.

20. April. (Wien.) Der Kaiser eröffnet die internationale Ausstellung für Volksernährung und Armeeverpflegung.

21./25. April. (Wien.) Abgeordnetenhaus. Unterrichtsbudget.

Min. Madeyski erklärt, Kirche und Staat müßten selbständig, aber nicht getrennt von einander sein, vielmehr in ethischen und humanitären Aufgaben zusammenwirken. Schule, Kirche und Familie müßten die Jugend zur Erfüllung ihrer Aufgabe im öffentlichen Leben vorbereiten; die Fanatisierung der Jugend in Böhmen durch die nationale und soziale Agitation sei durchaus verwerflich.

Der konservative Klub fordert Abänderung des interkonfessionellen Volksschulgesetzes. (23. April.) Dr. Sueß (dtschlib.) betont, die Linke hielte am Volksschulgesetz fest, und wendet sich gegen den Antisemitismus. (25. April.)

23. April. (Wien.) Der Kaiser empfängt den ungarischen Ministerpräs. Dr. Wekerle.

24./26. April. (Pest.) Abgeordnetenhaus. Genehmigung der Handelsverträge mit Spanien (24.) und Rumänien (26.).

In der Debatte über den Handelsvertrag mit Rumänien weist der Handelsminister die Angriffe der Opposition zurück und erklärt, in dem Momente, wo Rumänien den Zollkrieg aufgab, habe die Monarchie die Retorsionsmaßregeln aufheben und die Jahrhunderte alten Handelsbeziehungen mit Rumänien sichern müssen, um der Industrie und dem Handel die Absatzgebiete, welche Ungarn während des Zollkrieges zu Gunsten Englands, Frankreichs und Deutschlands verlor, zurückzugewinnen. Die Behauptung, daß die landwirtschaftlichen Interessen in dem Vertrage geopfert worden seien, sei unrichtig, da Ungarn kein neues Zugeständnis gemacht habe. Die Interessen der Landwirtschaft auf dem veterinärpolizeilichen Gebiete seien gewahrt, ein Aufschwung des ungarischen Exports infolge des Vertrages sei zu erhoffen. (Lebhafter Beifall.)

Der Vertrag wird am 26. April angenommen.

Ende April. (Ungarn.) Unruhen.

Es finden Unruhen unter der ländlichen Arbeiterschaft und unter dem Proletariat von Hodmezoe Vasarhely statt, die auf die schlimme materielle Lage der Arbeiter und sozialistische Umtriebe zurückgeführt werden. Es wird behauptet, daß für den 1. Mai ein blutiger Putsch geplant war.

1. Mai. (Wien.) Viele Volksversammlungen fordern das allgemeine Wahlrecht.

7./10. Mai. (Pest.) Magnatenhaus. Ablehnung der kirchenpolitischen Vorlage.

Fürstprimas Kardinal Vaszary: Er müsse aus dogmatischen Gründen das Zivilehegesetz ablehnen, welches die Lehre der Kirche über die Unlöslichkeit der Ehe und deren sakramentalen Charakter negiere; er habe dem Papst und dem König Treue geschworen; durch die Ablehnung der Regierungsvorlage werde er dem Vaterlande nicht untreu werden, wohl aber durch die Annahme der Kirche. Justizminister Szilágyi betont die Souveränetät des Staates auf dem Gebiete der Zivilgesetzgebung, daher auch hinsichtlich des Eherechts und widerlegt die Argumente des Kardinals Vaszary, indem er erklärt, das Gesetz über die Zivilehe verletze keinerlei Dogmen und enthalte keinen Gewissenszwang, biete vielmehr Garantien für die Reinheit und Heiligkeit des Ehelebens. Die Lösung der Ehe sei oftmals besser und heilbringender, als das eines jeden sittlichen Wertes entbehrende Zusammenleben der Ehegatten. Der Minister verweist auf Belgien und Frankreich, wo die Zivilehe seit langem eingeführt ist. Er verwahrt sich gegen den Vorwurf, daß die Vorlage auf protestantischer Basis stehe. (7. Mai.)

Patriarch Brankowitsch (Serbe): Seine Kirche erkenne nur die von einem Priester geschlossene Ehe an; von Gewissensfreiheit könne nicht die Rede sein, wenn der Staat gute Christen zur bürgerlichen Form der Eheschließung zwinge. Graf Stephan Keglevich weist die Berechtigung des Staates zu dieser Reform aus der geschichtlichen Entwicklung des Eherechts nach und meint, es werde sich eine Reform des Magnatenhauses als notwendig erweisen, wenn dasselbe sich dem einmütigen Willen der Nation entgegenstelle. Die schroffe Zurückweisung der versöhnlichen Haltung der Regierung bei den Vorunterhandlungen seitens der Kirche habe die öffentliche Meinung veranlaßt, mit elementarer Gewalt für die Reform sich zu äußern. (8. Mai.)

Der protestant. Bischof Szasz spricht für die Vorlage. Banus Graf Khuen: Er werde für die Vorlage stimmen, obwohl er sich bewußt sei, daß die Einführung dieser, wie jeder Reform, mit einer gewissen Erschütterung verbunden sein werde; die Nichtannahme der Vorlage würde nur die peinliche Lage verlängern. Bei der Durchführung müßten alle Faktoren vereint über die Schwierigkeiten des Augenblicks hinweghelfen. Der rumänische Metropolit Miron Roman gegen die Vorlage. Justizminister Szilágyi: Die Vorlage bezwecke die Herstellung einer Rechtseinheit der verschiedenen Nationen und Kirchen; sie verfolge auch nicht das Ziel, die einzelnen Nationalitäten zu Gunsten der ungarischen Sprache zu unterdrücken, sie bezwecke nur die Schaffung einer politischen Einheit. (Lebhafter Beifall.) Die Vorlage ziele ferner nicht auf die Verminderung der Religiosität ab. Die Pflege der inneren Religiosität sei Sache der Kirche. Ein Staat, der die Rechte der Kirche achtet, könne nicht seine Macht zur Durchführung der inneren Rechte der Kirche leihen. Schätze, welche die Kirche mit dem Machtgebot des Staates sammele, seien falsches wertloses Klein-

geld. Er erwarte von dem Hause, daß es der Notwendigkeit seinen Tribut leiste. (Stürmischer Beifall links.) (9. Mai.)

Nachdem am 10. Mai noch Min.-Präs. Dr. Wekerle die Vorlage verteidigt hatte, wird sie mit 139 gegen 118 Stimmen abgelehnt.

10. Mai. (Pest.) Die Ablehnung der kirchenpolitischen Vorlage ruft Straßendemonstrationen gegen das Oberhaus und Kundgebungen für das Ministerium hervor.

Der offiziöse „Nemzet" erklärt, die Abstimmung des Magnatenhauses habe weder auf die äußere Stellung des Kabinets noch auf dessen innere Politik Einfluß; es entstünden ihm dadurch allein neue Pflichten und Arbeiten.

Die Presse bringt heftige Artikel gegen Hofkreise und den Minister des Aeußern Kálnoky, die die Opposition in ihrem Widerstande ermutigt hätten. In der That haben mehrere Hofwürdenträger gegen die Vorlage gestimmt.

7.—25. Mai. (Klausenburg.) Memorandumprozeß.

Im Juni 1892 hatte eine Deputation von dreihundert Rumänen aus Siebenbürgen und Ungarn dem Kaiser und König Franz Josef nach Wien ein Memorandum über die gefährliche politische Lage in den Ländern der hl. Stephanskrone und über die Unterdrückung der Rumänen überreicht. Infolge der großen Aufregung der ungarischen öffentlichen Meinung empfing sie der Kaiser nicht. In Ungarn wurde es als Hochverrat und Verletzung des Ausgleichs von 1867 bezeichnet, daß sich die Rumänen an den Kaiser in Wien anstatt an den König in Pest wandten. Bald darauf wurden 25 Mitglieder der Deputation wegen Aufreizung gegen die bestehende Staatsgewalt angeklagt.

Der Gerichtshof verlangt, die Verteidiger sollen ungarisch sprechen; die Angeklagten verzichten auf Verteidigung und verweigern die Beantwortung der Fragen des Gerichtshofs. Der Staatsanwalt verlangt Verurteilung wegen einer gegen die Union Ungarns und Siebenbürgens gerichteten Druckschrift. Die Angeklagten erklären die Verantwortung für das Memorandum solidarisch zu übernehmen und die magyarischen Geschworenen als kompetente Richter nicht anerkennen zu können. 22 Angeklagte werden wegen Aufreizung zu Gefängnisstrafen von 8 Monaten bis zu 5 Jahren und in die Kosten verurteilt. (25. Mai.)

Mai. (Mähren und Schlesien.) Ausstand der Bergarbeiter.

Sie fordern die Achtstundenschicht und Lohnerhöhung. Es kommt wiederholt zu Ausschreitungen, da die Streikenden die Weiterarbeitenden, aufgereizt von sozialistischen und tschechischen Agitatoren, zum Ausstand zwingen wollen. Bei einem Versuche, die Gruben des Grafen Wilczek zu stürmen, greifen sie die Gensdarmen an, die Feuer geben. 9 von den Tumultuanten fallen, über 20 werden verwundet.

10. Mai. (Wien.) Abgeordnetenhaus. Interpellation über den Ausstand in Mähren.

Min. Bacquehem erklärt auf eine Anfrage, die Gensdarmen hätten in der Notwehr gehandelt. Ein Antrag Pernerstorfer (Dt.Nat.), eine Untersuchungskommission von 20 Abgeordneten an Ort und Stelle zu senden, wird abgelehnt.

Das Haus kommt wiederholt auf die Vorgänge zurück.

11. Mai. (Wien.) Das Abgeordnetenhaus nimmt die Valutavorlage mit 166 gegen 106 Stimmen an (vgl. S. 200).

Der Annahme gingen lange Debatten im Hause und in den Klubs vorher, da ein Teil der Polen und des Hohenwartklubs dagegen war.

12. Mai. (Ministerium Wekerle.) Der Kaiser erteilt dem ungarischen Ministerpräsidenten Wekerle die Ermächtigung, die kirchenpolitische Vorlage dem Abgeordnetenhause zum zweiten Male vorzulegen.

13./14. Mai. (Pest.) Kongreß der ungarischen Sozialisten.

Es wird hauptsächlich die Lage der Landarbeiter besprochen und beschlossen, auf die Besserung ihrer Lage im Rahmen der Gesetzlichkeit hinzuwirken.

16./21. Mai. (Pest.) Abgeordnetenhaus. Abermalige Beratung der kirchenpolitischen Vorlage.

Ministerpräs. Dr. Wekerle: Die Argumente des Magnatenhauses seien nicht derart, daß die Regierung in der Aufrechthaltung ihres früheren Standpunktes schwanken würde. Die Regierung beharre vielmehr strikte auf ihrem früheren Standpunkt und unterbreite dem Hause folgenden Beschlußantrag: Das Abgeordnetenhaus hält an dem hinsichtlich des Eherechts bereits angenommenen Gesetzentwurf fest und sendet denselben an das Magnatenhaus mit der Aufforderung zurück, ihn neuerdings in Erwägung ziehen und annehmen zu wollen. (Langanhaltender Beifall.) (16. Mai.)

Abg. Graf Apponyi: Wiener Einflüsse hätten sich im Oberhause nicht geltend gemacht; die Hofwürdenträger hätten nur ihr verfassungsmäßiges Recht ausgeübt. Er verlangt Aufgabe der obligatorischen Zivilehe und Auflösung des Hauses. Justizminister v. Szilagyi: Das Prinzip des Zweikammersystems sei, daß das auf Privilegien basierende Magnatenhaus sich dem Willen der Nation beuge; ein Kompromiß in dieser Angelegenheit sei unmöglich. Falls es sich als nötig erweise, werde die Regierung behufs Durchsetzung des Willens der Nation die Zahl der lebenslänglichen Mitglieder des Magnatenhauses vermehren. Das Haus müsse jedoch mehrmals den Willen der Nation in imposanter Weise darthun. (17. Mai.)

Am 19. Mai erklärt der Justizminister in Erwiderung auf heftige Angriffe Ugrons, die Sanktionierung der Vorlage sei, wenn dieselbe nicht wesentlich verändert werde, in Aussicht gestellt, ja sogar gesichert. Die Berufung hierauf könne man nicht ein Hineinzerren der Krone in den Parteikampf nennen. Die Initiative auf dem Gebiete der Gesetzgebung stehe der Krone zu. Die Regierungspartei allein habe eine Majorität für die Vorlage gebildet und hiezu der fremden Stimmen nicht bedurft. Das Hauptgewicht der Gesetzgebung liege im Unterhause. Das Votum des Oberhauses sei nicht der Ausdruck des Volkswillens. Wenn jedoch das Unterhaus ein Kompromiß im Interesse des Landes für das Beste halte, stehe ihm die Bestimmung in dieser Richtung zu. (Lebhafter Beifall.)

Ministerpräsident Dr. Wekerle: Die Regierung halte an ihrem Standpunkt fest, weil das Abgeordnetenhaus als wahrer Willensausdruck der öffentlichen Meinung der Nation anzusehen sei, und weil sich die Majorität der unabhängigen nichtgeistlichen Magnaten für die Vorlage ausgesprochen, für die Not-Zivilehe aber sich keine einzige Stimme erhoben habe, endlich auch weil die Regierung überzeugt sei, daß der konfessionelle

Friede nur durch die obligatorische Zivilehe hergestellt werden könne. Die Regierung habe nie daran gedacht, die Auflösung des Parlaments zu beantragen. Nach weiterer Verteidigung der Vorlage durch den Justizminister und den Kultusminister Graf Csáky wird der Antrag Wekerles auf Zurücksendung des Zivilehegesetzentwurfes an das Oberhaus, behufs neuerlicher Verhandlung, mit 271 gegen 104 Stimmen angenommen. (21. Mai.)

26. Mai. (Wien.) Abeordnetenhaus. Annahme des Handelsvertrags mit Spanien und der Handelskonvention mit Rumänien.

Die Genehmigung des Vertrages mit Spanien erfolgt unter Annahme einer Resolution, in der die Regierung aufgefordert wird, der Förderung der freien Schiffahrt zu direkter Verbindung zwischen Triest und Spanien besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden; die der Handelskonvention mit Rumänien unter Annahme einer Resolution, in der die bestimmte Erwartung ausgesprochen wird, daß während der Dauer der Handelskonvention ein Viehseuchen-Uebereinkommen mit Rumänien nicht abgeschlossen werde. Ferner nimmt das Haus die Zusatzerklärung zum internationalen Uebereinkommen vom 14. Oktober 1890 über den Eisenbahnverkehr an.

26.—30. Mai. (Wien.) Abgeordnetenhaus. Annahme des Handelsvertrags mit Rußland (unterzeichnet am 18. Mai).

Artikel 1 stipuliert die Behandlung auf Grund der meistbegünstigten Nation für die beiderseitigen Staatsangehörigen. Artikel 2 stellt die Verpflichtung seitens Oesterreich-Ungarns fest, von der Einfuhr russischer Cerealien während der Konventionsdauer keine höheren Zölle zu erheben, als die des gegenwärtigen österreichisch-ungarischen Zolltarifs, ferner die Verpflichtung Rußlands, während der Konventionsdauer von den in dem russisch-deutschen Handelsvertrag enthaltenen Artikeln keine höheren Zölle zu erheben, als die in diesem Vertrag vorgeschriebenen. Artikel 3 nimmt von der Konvention aus: 1) die österreichisch-ungarischen Begünstigungen für Liechtenstein, Bosnien und die Herzegowina; 2) die Grenzbegünstigung zur Erleichterung des örtlichen Verkehrs innerhalb der Grenzzone bis zu 15 Kilometer; 3) die auf die meistbegünstigten Staaten nicht anwendbaren österreichisch-ungarischen Zollerleichterungen; speziell werden angeführt rumänisches Rohpetroleum, solange sich die Erleichterung ausschließlich auf Rumänien bezieht, serbisches Getreide und serbische Landwirtschaftsartikel, italienische Weine, solange sich die Zollerleichterungen ausschließlich auf Italien beziehen, endlich Italien und die Schweiz für gewisse Artikel lokalen Ursprungs, solange sich dieselben ausschließlich auf Italien, beziehungsweise die Schweiz erstrecken und die in den betreffenden Verträgen vereinbarten Bedingungen nicht überschreiten; 4) die gegenwärtigen und künftigen Begünstigungen der Einfuhr oder der Ausfuhr für das Gouvernement Archangel und die Nord- und Ostküsten des asiatischen Rußland. Artikel 3 stipuliert ferner die Unanwendbarkeit der Konvention auf den Vertrag Rußlands mit Schweden und Norwegen und auf die russischen Handelsverbindungen mit den angrenzenden Ländern Asiens. Artikel 4 erklärt, die Konvention sei dazu bestimmt, die einschlägigen Bestimmungen des Handels- und Schiffahrtsvertrages vom 2./14. September 1860 zu ersetzen. Der letzte Vertrag bleibt, insoweit er durch die Konvention nicht berührt erscheint, in Kraft bis zu der beiderseits binnen einer kürzeren oder weiteren Frist in Aussicht genommenen Revision. Artikel 5 stipuliert den Geltungsbeginn vom 31. Juli, resp. 12. August, oder womöglich früher, und die Geltungsdauer bis zum 19./31. Dezember 1903. Falls eine Kündigung nicht innerhalb 12 Monaten vor dem Abberufungstermin erfolgt, verbleibt die Kon-

vention in Geltung bis zum Ablaufe eines Jahres vom eventuellen Kündigungstage an.

Handelsminister Graf Wurmbrand betont, daß Oesterreich, wenn es den Vertrag nicht geschlossen hätte, von Deutschland rücksichtlich des Konventionaltarifs nicht nur differenziert werden, sondern gegenüber Rußland wahrscheinlich unter den Maximaltarif gefallen wäre. Die österreichische Industrie, die auf den Osten angewiesen sei, wäre schwer geschädigt worden. Die Vorteile des russischen Handelsvertrages wären so bedeutend, daß die als Gegenkonzession zugestandene Bindung der Getreidezölle nicht ins Gewicht fiele. Es würde Aufgabe der Regierung sein, gegen eventuelle Ausschreitungen im Veredlungs- und Mehlverkehr vorzusorgen, auch darauf zu sehen, daß die Bestimmungen über den Grenzverkehr mit Italien und Serbien auf diesen Grenzverkehr beschränkt blieben. Die Regierung hielte auch Rußland gegenüber diesen Standpunkt ein. Mit dem russischen Vertrage wäre die Reihe der Verträge Oesterreichs mit den größeren europäischen Staaten abgeschlossen. Durch diesen Vertrag wäre eine Stetigkeit geschaffen worden, die mit der in Aussicht gestellten Hebung des Verkehrs und mit der Stabilität des Geldes die Hebung der Industrie sichern würde. Die Regierung würde bestrebt sein, durch ihre Tarifpolitik die gegenwärtigen Verhältnisse zu unterstützen. Der Minister betonte ferner auch die politische Bedeutung des Vertrages und konstatierte mit Freuden das beim Abschluß des Vertrages von Rußland gezeigte Entgegenkommen, aus dem man entnehmen dürfe, daß Rußland in dem Vertrage ein Zeichen gegenseitiger freundlicher Beziehungen erblicke. Darin läge die allergrößte Bürgschaft für eine friedliche Zukunft und eine gedeihliche Entwicklung der Volkswohlfahrt. (Lebhafter Beifall.)

Der Vertrag wird hierauf mit großer Mehrheit angenommen.

30. Mai. (Ministerpräsident Wekerle.) Der Kaiser erteilt dem ungarischen Ministerpräsidenten eine Audienz.

31. Mai. (Wien.) Abgeordnetenhaus. Vorlage eines neuen Preßgesetzes.

Die Erlaubnis zum Verkauf von periodischen der Behörde angezeigten Druckschriften erteilt die politische Landesbehörde. Sie darf niemandem, der nach der Gewerbeordnung zum selbständigen Betriebe eines Gewerbes berechtigt ist, versagt werden. Die Bestimmungen der Gewerbeordnung über Entziehung der Berechtigung eines Gewerbebetriebes gelten auch für den Verkauf der Druckschriften.

1. Juni. (Wien.) Entlassung Wekerles, Berufung Héderváry.

Der Kaiser nimmt die Demission des Ministeriums Wekerle an und betraut den Banus Grafen Khuen-Héderváry mit der Bildung eines neuen Kabinets. Der Banus, der für die Zivilehe gestimmt hat, erklärt sich zur Bildung eines neuen Ministeriums bereit, doch nur unter der Bedingung, daß das ganze Programm der bisherigen Regierung vollständig aufrecht erhalten bleibt und die kirchenpolitischen Reformen im Sinne der Vorlagen des Ministeriums Wekerle sofort durchgeführt werden.

1. Juni. (Wien.) Herrenhaus. Verträge.

Das Herrenhaus nimmt ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung den Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Spanien an, ferner die Handelskonvention mit Rumänien, sowie die Zusatzerklärung zu dem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahn-Frachtverkehr.

1. Juni. (Wien.) Abgeordnetenhaus. Bergarbeiterfrage.

In einer Debatte über die Verhältnisse in den mährischen Kohlengebieten erklärt der Minister des Innern Marquis de Bacquehem, die Regierung suche eine Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitern herbeizuführen. Auf eine Anfrage erklärt Ackerbauminister Graf Falkenhayn, ältere Arbeiter seien nicht entlassen worden.

2. Juni. (Wien.) Das Abgeordnetenhaus nimmt die Delegationenwahlen vor.

Anf. Juni. (Wien.) Die Presse über die ungarische Ministerkrisis.

„Neue Freie Presse": Mit dem Rücktritt Wekerles habe sich ein großes Ereignis von geschichtlicher Bedeutung vollzogen; es werde jedoch kein Ministerium in Ungarn eine Mehrheit finden, das nicht das Zivilehegesetz verwirklichen könne.

„Fremdenblatt": Indem die Krone bis auf einen Punkt Konzessionen gemacht habe, werde die Annahme gestärkt, daß es sich nicht um einen Bruch mit den liberalen Prinzipien und der liberalen Partei handle, sondern nur um eine andere Methode, um die von dem Kabinet Wekerle inaugurierte Politik ohne innere Erschütterungen und ohne Vergewaltigung einzelner Faktoren der Gesetzgebung zur Durchführung zu bringen. Eine Staatskrise in Ungarn sei unmöglich, wenn die neugeschaffene Lage loyal aufgefaßt werde und die liberale Partei dem Grafen Khuen-Héderváry mit Vertrauen begegne.

„Vaterland": Es könne auch der neuen Richtung nicht mit voller Beruhigung entgegen sehen, da auch Graf Khuen-Héderváry nicht konservativ sei und für die Zivilehe gestimmt habe, doch hege es das Vertrauen, der neue Ministerpräsident werde in dem kirchenpolitischen Kampfe auf die Einhaltung der deakistischen Ueberlieferungen dringen.

2. Juni. (Pest.) Gründe der Demission. Beschluß der liberalen Partei.

In der Konferenz der liberalen Partei erklärt Wekerle, die Krone habe die von der Regierung verlangten Garantien zur Durchführung der Ehegesetzvorlage nicht in allen Teilen genehmigt, sondern den Pairsschub abgelehnt. Deshalb habe das Kabinet demissioniert. Der konstitutionelle Sinn des Monarchen biete die Gewähr dafür, daß die Vorlage im wesentlichen unverändert Gesetzeskraft erlangen werde. Die liberale Partei beschließt, an ihrem kirchenpolitischen Programm festzuhalten und dankt den Ministern für ihre männliche Haltung.

In der Presse wird auch als Hauptgrund der Entlassung des ungarischen Ministeriums die Unzufriedenheit des Kaisers mit dessen Haltung in der Kossuthfeier und seiner allmächtigen Stellung in Ungarn, die das monarchische Prinzip gefährde, angegeben. Hohe Aristokraten sollen namentlich in dieser Beziehung ihren Einfluß bei Hofe gegen Wekerle geltend machen.

Anf. Juni. Stimmung in Ungarn. Kálnoky.

Während die Opposition triumphiert, hält die regierungsfreundliche Presse die Hoffnung, die kirchenpolitischen Vorlagen noch durchzuführen, fest. Das ablehnende Votum des Magnatenhauses wird zum Teil, da mehrere Hofwürdenträger mit „nein" gestimmt haben, auf den Einfluß des Hofes und vor allem des Grafen Kálnoky zurückgeführt, der deshalb heftig angegriffen wird.

4. Juni. Der Kaiser reist nach Pest.

4. Juni (Pest.) Ministerkrisis.

Graf Khuen-Hédervary berichtet nach vergeblichen Versuchen, ein Kabinet zu bilden, dem Kaiser, seine Mission sei gescheitert und er lege seine Aufgabe in die Hände des Monarchen zurück.

5. Juni. (Pest.) Der Kaiser empfängt Wekerle, der wieder mit der Kabinetsbildung betraut wird.

5. Juni. (Wien.) Valutavorlage. Vertagung des Reichsrats.

Das Herrenhaus nimmt die Valutavorlage in 3. Lesung an, worauf Ministerpräsident Fürst Windischgrätz den Reichsrat vertagt.

5. Juni. (Lemberg.) Galizische Landesausstellung.

Eröffnung der galizischen Landesausstellung durch Erzherzog Karl Ludwig in Vertretung des Kaisers. Der Präsident des Ausstellungskomitees Fürst Sapieha betont in der Eröffnungsrede, daß sich Ruthenen und Polen in gleicher Weise an der Ausstellung beteiligt hätten.

6. Juni. Pest wählt Wekerle zum Ehrenbürger.

9. Juni. (Pest.) Beendigung der Ministerkrisis.

Nach mehrtägigen Verhandlungen zwischen dem Kaiser und Wekerle kommt folgendes Kabinet zustande: Wekerle Präsidium und Finanzen, Szilagyi Justiz, Hieronymi Inneres, Lukacs Handel, Baron Lorant Eoetvoes Kultus und Unterricht, Fejervary Landesverteidigung und provisorisch Ackerbau, Graf Julius Andrassy Minister a latere, Josipovich, kroatischer Minister ohne Portefeuille. Neue Mitglieder sind Andrassy (Sohn des früheren Ministers des Ausw.) und Eoetvoes.

Die Lösung der Krisis verzögerte sich, weil der Kaiser die Entlassung des Justizministers Szilagyi, der sich am schrofffsten gegen das Oberhaus ausgesprochen hatte, verlangte, Wekerle aber gedrängt von der liberalen Partei auf Beibehaltung Szilagyis, der gerade dadurch an Popularität gewonnen hatte, bestand.

11. Juni. Der Kaiser nach formeller Genehmigung des Kabinets nach Wien.

12. Juni. (Pest.) Erklärung Wekerles im Parlament.

Im Abgeordnetenhause erklärt Wekerle, der Grund seiner Demission sei die Verweigerung des Pairsschubs gewesen. Die Krone halte aber die Ehegesetzreform ebenfalls für notwendig und deshalb sei auf ein Nachgeben der Magnaten zu hoffen. Infolge dieser Vertrauenskundgebung der Krone habe er die Regierung ohne die verlangten Garantien, die nun vermutlich nicht mehr notwendig seien, übernommen. Abg. Graf Apponyi erklärt, der Regierung kein Vertrauen entgegen bringen zu können, während Abg. Eoetvoes (Unabhängigkeitspartei) infolge der Haltung der Minister während der Krisis Vertrauen zu ihnen gewonnen hat. Abg. Ugron tadelt das Hineinziehen der Krone in die Debatte und fragt an, warum die liberale Partei Szilagyi gehalten und ein Kabinet Khuen-Hédervary verhindert habe. Wekerle lehnt darüber eine Erklärung ab.

Im Oberhause gibt Wekerle dieselbe Erklärung über die Ministerkrisis ab.

14. Juni. (Mähren.) In mährischen Bergwerken werden durch schlagende Wetter über 200 Bergleute getötet.

Mitte Juni. (Galizien.) Zahlreiche Cholerafälle in Galizien.

16. Juni. (Pest.) Das Abgeordnetenhaus nimmt die Valutavorlage an.

16. Juni. (Prag.) Zweisprachige Straßentafeln.

Die Statthalterei hebt die Verordnungen des hiesigen Magistrats auf, welche die Beseitigung der von Privatpersonen angebrachten Straßentafeln verfügten. In dem Erlasse der Statthalterei wird bemerkt, daß sich der Bürgermeister durch Androhung der in der kaiserlichen Verordnung vom 20. April 1854 enthaltenen Strafbestimmungen ein ihm nicht zustehendes Recht angemaßt habe. (Vgl. 12. August.)

18. Juni. (Pest.) Abgeordnetenhaus. Russischer Handelsvertrag.

Finanzminister Lukacs legt dar, daß der Vertrag die Landwirtschaft nicht schädige, da die Tarife nicht herabgesetzt seien. Das Haus nimmt hiernach den Handelsvertrag mit großer Mehrheit an.

18. Juni. (Krakau.) Kardinal Fürstbischof Dunajewski †.

21. Juni. (Wien.) Materielle Lage der Staatsbeamten.

Der Kaiser empfängt eine Deputation der Staatsbeamten, welche ihm die Petition um Verbesserung ihrer Lage unterbreitet, und entgegnet derselben, daß er die traurige Lage der Staatsbeamten erkenne. Er werde sich über die Angelegenheit, deren Ordnung finanziellen Schwierigkeiten begegne, Bericht erstatten lassen und sehe ein, daß eine Abhilfe notthue. Was sich thun lasse, werde geschehen.

Im Juli tritt eine Konferenz von Vertretern der verschiedenen Ministerien zusammen, um über die Aufbesserung der Gehälter zu beraten.

21. Juni. (Pest.) Magnatenhaus. Debatte über die Zivilehe.

Nachdem mehrere Redner für und gegen die Vorlage gesprochen haben, erklärt der Justizminister Szilagyi, der Verlauf der Debatte habe bewiesen, daß die der Reform feindliche Opposition einig in der Negation, jedoch uneinig in ihren Abänderungsanträgen sei. Er betont, daß die fakultative Zivilehe von der Kirche schärfer angefochten werde, als die obligatorische. Die Regierung sei unter Aufrechterhaltung ihrer Prinzipien, zu denen die obligatorische Form der Zivilehe gehöre, bereit, alles zur Beruhigung des religiösen Gewissens zu thun. Er hofft von der Vorlage das Ersprießen eines neuen Lebens auf dem Gebiete der Religiosität.

In namentlicher Abstimmung wird hierauf mit 128 gegen 124 Stimmen beschlossen, den Zivilehegesetzentwurf als Grundlage der Spezialdebatte anzunehmen.

22. Juni. (Pest.) Magnatenhaus. Annahme der Zivilehe.

Nachdem mehrere Zusatzanträge des Primas Vaszary abgelehnt sind, beantragt Aladar Andrassy folgenden Zusatz: „Dieses Gesetz läßt die religiösen Pflichten unberührt.“ Der Justizminister erklärt ihn für überflüssig, hat aber nichts dagegen einzuwenden. Der Zusatz wird mit 114 gegen 79 Stimmen angenommen und das ganze Gesetz in 2. und 3. Lesung genehmigt.

Juni. (Ungarn.) Überschwemmungen.

Im Thale des Waagflusses finden verheerende Ueberschwemmungen

statt. Die Regierung verspricht im Abgeordnetenhause Unterstützung der Betroffenen und Vorkehrungen gegen eine Wiederholung des Unglücks. (22. Juni.)

23. Juni. (Pest.) Das Magnatenhaus verschiebt unter Zustimmung der Regierung die weitere Beratung der kirchenpolitischen Vorlage bis zur Herbstsession.

24. Juni. (Wien.) Eine große Volksversammlung im Prater fordert das allgemeine Wahlrecht.

Ende Juni. Eindruck der Ermordung Carnots.

Der Kaiser richtet ein eigenhändiges Beileidsschreiben an Frau Carnot und den Ministerpräsidenten Dupuy (25. Juni.)

Die Blätter brandmarken die That und prophezeien allgemeine Maßregeln gegen die Anarchisten. Das ungarische Parlament gibt seinem Schmerze und seiner Entrüstung protokollarisch Ausdruck.

26./27. Juni. (Pest.) Abgeordnetenhaus. Kirchenpolitische Vorlage.

Das Abgeordnetenhaus erledigt die Spezialdebatte des Gesetzentwurfes, betreffend die freie Religionsübung. Der von dem Magnatenhause dem Zivilgesetze eingefügte neue Paragraph wird genehmigt, ebenso der Gesetzentwurf über die Rezeption der jüdischen Religion (26. Juni), endlich die Vorlage betr. die Religion der Kinder (27. Juni).

28. Juni. (Preßburg.) Katholikentag. Agitation gegen die Zivilehe. Vaszary.

Es wird eine Agitation gegen die Zivilehe beschlossen, um den König zu bestimmen, dem Gesetze die Sanktion zu versagen. Hauptträger der Bewegung sind einige klerikale Magnaten, vornehmlich Graf Ferdinand Zichy, und der niedere Klerus; der Primas Vaszary und der größere Teil des Episkopats hält sich von der Agitation fern und erfährt deshalb mancherlei Angriffe. Die Klerikalen suchen den Primas in Gegensatz zum Papst zu bringen.

30. Juni. (Pest.) Das Abgeordnetenhaus nimmt die Delegationswahlen vor.

1./3. Juli. Der Kaiser nach Trient, von da nach Madonna di Campiglio (3. Juli).

3. Juli. (Pest.) Das Magnatenhaus erledigt die Delegationswahlen und vertagt sich bis zum 25. September.

4. Juli. (Pest.) Das Abgeordnetenhaus vertagt sich nach Entgegennahme der Magnatenhausnuntien.

7. Juli. (Prag.) Deutsche Parteibewegung.

Es bildet sich ein deutsch-nationaler Verein für Böhmen, der gegen die deutsch-liberale Partei Front macht. Die deutsche Presse klagt über den raschen Zerfall der deutsch-böhmischen Partei seit dem Tode Schmeykals.

8. Juli. (Pilsen.) Bombenattentat vor der deutschen Turnhalle, wobei einige Personen verletzt werden.

13. Juli. Der Kaiser nach Ischl.

13. Juli. (Pest.) Memorandumprozeß. (Vgl. S. 210.)

Die königl. Kurie verwirft sämtliche Nullitätsklagen der im Klausenburger Memorandumprozeß Verurteilten.

Das Urteil findet nicht überall Beifall; so tadelt der klerikale „Magyar Allan" die Verurteilung und führt aus, man müsse sie nun begnadigen und ihren berechtigten nationalen Wünschen Gehör schenken.

14. Juli. (Prag.) Versammlung jungtschechischer Abgeordneter. Veränderung der Opposition.

Da sich in der Oeffentlichkeit häufig Unzufriedenheit mit der Thätigkeit der jungtschechischen Vertreter geäußert hat, wird beschlossen, die bisherige Art der Opposition gegen die Regierung aufzugeben und eine ernste, sachliche, parlamentarische Opposition zu beginnen. Die Partei will aber an der Feindschaft gegen das Koalitionsministerium und an ihrem staatsrechtlichen Programm festhalten.

Infolge dieser Beschlüsse kommt es zu wiederholtem Zwist zwischen dem gemäßigteren Teile und dem radikalen, zur Omladina neigenden Flügel der Partei.

19.—26. Juli. (Ungarn.) Rundreise des Ministers des Innern Hieronymi in Siebenbürgen. Seine Aufnahme. Magyaren und Rumänen. Österreich-Ungarn und Rumänien.

Der Minister hält u. a. Ansprachen in Klausenburg und Kolozs, in denen er die Bestrebungen der rumänischen Nationalpartei scharf tadelt und namentlich ihre Forderung, den rumänischen Wahlzensus zu ändern, bekämpft. Allen thatsächlichen Uebelständen werde die Regierung abhelfen, aber gegen die Versuche, einen Teil des ungarischen Staates loszureißen, mit schonungsloser Strenge einschreiten.

Der Minister wird überall von den Magyaren und Sachsen lebhaft begrüßt, die Rumänen halten sich dagegen zurück. Auch Unterredungen mit Führern der rumänischen Partei führen zu keiner Annäherung, da die Rumänen ihr Programm nicht aufgeben wollen und zu der Regierung kein Vertrauen haben. In extrem magyarischen Kreisen werden die versöhnlichen Bestrebungen des Ministers ebensowenig anerkannt, sie werden als würdeloses Entgegenkommen bezeichnet.

Die rumänische Bewegung wird in Ungarn vielfach auf Unterstützung des Königreichs Rumänien zurückgeführt; die Presse fordert sogar energische Vorstellungen in Bukarest. Infolgedessen macht sich eine Spannung zwischen Oesterreich-Ungarn und Rumänien bemerkbar.

23. Juli. (Pest.) Graf Festetics wird zum Ackerbauminister ernannt.

Ende Juli. (Lemberg.) Polnische Versammlungen und Propaganda.

In Lemberg tagen gelegentlich der Ausstellung mehrere polnische Kongresse, so der polnische Aerzte- und Naturforschertag und der polnische Journalisten- und Schriftstellertag. Dieser beschäftigt sich mit dem Polentum in Oesterreich-Schlesien und nimmt folgende Resolution darüber an: „Die polnische Sache in Schlesien, das heißt die Erhaltung der polnischen Nationalität und deren Verbreitung, die Aufklärung in Schlesien auf nationaler Grundlage, wird als eine Sache der ganzen Nation und der polnischen Gesellschaft erklärt, insbesondere wird eine dahin zielende ständige

und systematische Unterstützung der Vereine in Schlesien als Pflicht der ganzen polnischen Presse und der ganzen polnischen Gesellschaft angesehen."

29. Juli. (Wien.) Erzherzog Wilhelm, Generalinspekteur der Artillerie, infolge eines Sturzes mit dem Pferde †.

30. Juli—1. August. (Brünn.) Tschechischer Katholikentag. Kirchliche und soziale Forderungen.

Die Versammlung verlangt in mehreren Resolutionen konfessionelle Schulen unter kirchlicher Aufsicht, Vermehrung der tschechischen Schulen in Mähren, Einführung der katholischen Soziologie an den katholischen Lehranstalten, Errichtung einer tschechischen Universität christlichen Charakters in Mähren, strenge Durchführung der Sonntagsruhe, Beschränkung der Arbeitsdauer in chemischen Fabriken und Bergwerken auf acht Stunden, Einrichtung von Arbeiterkammern auf Grund des allgemeinen Stimmrechts.

Ende Juli. (Südtirol.) Trient.

Die Stadtverwaltung von Trient hat dem Sieger von Kassala, General Baratieri, im Namen des Trentino ein Glückwunschtelegramm übersandt und zieht sich deshalb vom Statthalter einen Verweis zu, da sie nicht das Recht habe, im Namen des Trentino zu sprechen. Sie antwortet, das Telegramm sei nicht aus politischen Rücksichten hervorgegangen; man habe dem General Baratieri, der als geborner Südtiroler viele freundschaftliche Beziehungen in Trient habe, eine Aufmerksamkeit erweisen wollen. Mit dem Statthalter protestieren auch südtirolische Gemeinden gegen das Vorgehen Trients.

5. August. (Nagy Banya.) Wekerles Rechenschaftsbericht. Kirchenpolitik. Nationalitätenfrage.

Der Ministerpräsident Dr. Wekerle erstattet seinen Wählern Rechenschaft und gibt dabei einen Ueberblick über die politische Lag. Die kirchenpolitische Reform sei ein Kampf des Fortschritts gegen retrograde Tendenzen und es sei zu hoffen, daß angesichts der öffentlichen Kundgebungen für die Regierung das Oberhaus seinen Widerstand aufgeben werde. Eine Nationalitätenfrage erkenne er nicht an; wenn darunter jedoch die Aspirationen verstanden würden, daß in dem vielsprachigen Ungarn separate administrative Abgrenzungen nach verschiedensprachigen Nationalitäten gemacht werden sollten, um mit Zurücksetzung der Staatssprache anderen Sprachen das Uebergewicht zu verschaffen, so seien diese Aspirationen nicht neu, sondern über ein Jahrhundert alt — in neuester Zeit machten sich nur gewisse neue Auswüchse bemerkbar. Namentlich würden die Nationalitäten von auswärts unterstützt, zwar nicht von amtlichen Kreisen, welche solchem Gebahren nach seinem Wissen fernständen, sondern durch private Vereinigung. Ein anderer Auswuchs zeige sich darin, daß die ungarische Regierung vor dem Auslande einer inhumanen, gewaltthätigen und vernichtenden Magyarisierungspolitik angeklagt werde. Die Regierung wolle nur die Staatssprache jedermann zugänglich machen. Ebenso weise sie den Gedanken zurück, durch Gewährung einer administrativen Bezirkseinteilung nach Nationalitäten eine Sonderstellung und Sonderentwickelung der Rumänen innerhalb des ungarischen Staatsgebiets zu ermöglichen und zu garantieren. Die Regierung sei aber auch jener Pflicht eingedenk, in Anwendung der Gesetze zwischen verschiedensprachigen Staatsbürgern keinen Unterschied zu machen, ja in jedem Bürger des Staates das Bewußtsein wachzurufen, daß er in jeder Hinsicht ein vollberechtigter Staatsbürger sei.

7./8. August. (Lemberg.) Die ungarischen Minister Wekerle, Lukacs, Josipovich besuchen die Ausstellung, wo sie glänzend empfangen werden.

9. August. (Cisleithanien.) Landwehrordnung.

Das „Normalverordnungsblatt" publiziert Neuerungen über die Friedenseinteilung der Landwehr in Cisleithanien, deren Friedensformationen dem aktiven Heere ähnlich gestaltet werden.

11. August. (Wien.) Exkönig Milan von Serbien hat eine Zusammenkunft mit Kalnoky, dem Minister des Auswärtigen.

12. August. (Wien.) Zahlreiche Volksversammlungen fordern das allgemeine Stimmrecht.

14. August. (Prag.) Straßentafeln.

Das Ministerium weist die Beschwerden des Prager Stadtrats über die Verfügungen der Statthalterei in der Angelegenheit der Straßentafeln zurück und bestätigt diese Verfügungen. Das Ministerium bezeichnet die Art der Beschwerdeführung als ungeziemend, und weist die Behauptung, daß die Statthalterei und der Statthalter ungesetzlich vorgegangen sei, zurück; das Ansuchen, gegen dieselben vorzugehen, wird entschieden abgelehnt. (Vgl. 16. Juni.)

12.—14. August. (Lemberg.) Gewerbe- und Handwerkertag.

Der Versammlung wohnen mehrere 100 Delegierte, darunter über 40 aus Wien bei. Es werden Resolutionen angenommen über die Kranken- und Altersversorgung und die Dezentralisation der Armeelieferungen zu Gunsten der einzelnen Kronländer.

24.—28. August. (Innsbruck.) Internationaler Anthropologenkongreß.

26. August. (Lemberg.) Galizischer Bauerntag.

Ende August. (Lemberg.) Polen und Deutsche.

Gelegentlich der Anwesenheit des Finanzministers Dr. v. Plener und vieler Reichsratsmitglieder wird die Koalition und insbesondere das Bündnis zwischen Deutschen und Polen in mehreren Festreden gefeiert. Die Polen wenden sich namentlich gegen die Jungtschechen und ihre dreibundfeindliche Agitation.

1.—9. September. (Pest.) Internationaler Kongreß für Hygiene und Demographie.

1. September. Der Kaiser von Ischl nach Landskron zu den Manövern.

7.—11. September. Der Kaiser in Lemberg. Ansprachen. Besuch der Ausstellung.

Der Kaiser empfängt eine Adelsdeputation und erwidert auf die Ansprache des Führers, Landmarschall Fürst Sanguszko, der auf die Opferwilligkeit und Treue des Adels hingewiesen hatte: Wenn der Adel unter Berufung auf die gleiche Pflicht und Arbeit den Anspruch erhebe, bei der Lösung der der Dynastie, dem Staate und dem Lande gestellten Aufgaben mit gutem Beispiel voranzugehen, so gereiche ihm (dem Monar-

chen) das zur Genugthuung und bestärke ihn in der Ueberzeugung, daß der Thron im galizischen Adel eine feste Stütze finden werde. Beim Empfang anderer Deputationen sprach der Kaiser die Ueberzeugung aus, daß für Galizien nur dasjenige vorteilhaft und mit seiner Bestimmung vereinbar sei, was dem allgemeinen Staatsinteresse und der politischen Lage der Monarchie entspreche. Die Berücksichtigung nationaler Eigentümlichkeiten und historischer Traditionen habe das Band zwischen dem Gesamtstaate und Galizien noch fester geknüpft, so daß man der Zukunft getrost entgegensehen könne. (7. Sept.)

Beim Besuche der Ausstellung spricht der Kaiser in seiner Erwiderung auf die Ansprachen in polnischer und ruthenischer Sprache den Wunsch aus, Galizien möge sich in einträchtiger, ernster Arbeit zu jener hohen Stufe wirtschaftlicher Bedeutung erheben, welche zu erreichen es durch die natürlichen Quellen seines Wohlstandes, wie durch die angeborenen Charaktereigenschaften seines Volkes berechtigt sei. (8. Sept.)

11. September. (Lemberg.) Toast auf den Zaren.

Bei der Hoftafel bringt der Kaiser aus Anlaß des Namensfestes des Zaren folgenden Trinkspruch aus: „Auf das Wohl meines teuren Freundes, des Kaisers Alexander, den Gott erhalte!" Die Militärkapelle intoniert die russische Hymne.

12. September. (Wien.) Dank des Kaisers.

Die „Wiener Zeitung" veröffentlicht ein kaiserliches Handschreiben an den Statthalter von Galizien Grafen Badeni, worin dieser beauftragt wird, der gesamten Bevölkerung Galiziens den innigsten Dank des Kaisers für die zahlreichen ergreifenden Beweise patriotischer Gesinnung und den ihm bereiteten herzlichen Empfang zur Kenntnis zu bringen. Ferner teilt das amtliche Blatt ein kaiserliches Handschreiben an den Fürsten Sapieha mit, in welchem der Kaiser seinen Dank und seine volle Anerkennung ausspricht für das durch einträchtiges Zusammenwirken beider Volksstämme in der galizischen Landesausstellung geschaffene Werk, das zu der Zuversicht berechtige, daß sich der wirtschaftliche Wohlstand der Bevölkerung immer glücklicher entfalten werde.

12. September. (Lemberg.) Preußische Polen in Galizien.

Unter Führung des Abg. Cegielski und des Dr. Kußtelan treffen zahlreiche Polen aus Posen in Lemberg ein, wo sie glänzend empfangen werden. In der Begrüßungsrede sagt Fürst Sapieha: „Die Zeit ist gekommen, die Welt daran zu erinnern, daß wir leben und die Polen hinter der Kultur anderer Nationen nicht zurückgeblieben sind. Heute sind wir alle zur Einsicht gelangt, daß wir uns jetzt jener Waffen, mit denen wir früher gekämpft haben, nicht mehr bedienen können. Die Polen haben es immer wohlverstanden, aufzufassen, wie sie im gegebenen Augenblick vorzugehen haben. Früher wandelten sie andere Bahnen, jetzt wird das Schlagwort ausgegeben: „Entwicklung und Fortschritt". Im Sinne dieser Parole haben sie ihre Haltung eingerichtet. Niemals sind wir hinter der europäischen Zivilisation zurückgeblieben, weder damals, als wir ein besonderes Reich bildeten, noch jetzt, da wir es zu sein aufgehört haben." Dr. Kußtelan erwidert, daß alle Polen Kinder einer und derselben Mutter seien. Eine neue Epoche habe jetzt begonnen, eine Epoche der organischen Arbeit. Auf diesem Gebiete hätten die galizischen Polen glänzende Ergebnisse aufzuweisen. („Köln. Ztg.")

14. September. (Pest.) Eröffnung der Delegationen.

Vorsitzender der österreichischen wird Frhr. v. Chlumecky, der ungarischen Graf Ludwig Tisza.

Chlumecky spricht in seiner Eröffnungsrede die Ueberzeugung aus, die Delegation werde die Vorlagen mit aller Genauigkeit, Gewissenhaftigkeit und patriotischer Opferwilligkeit, aber auch mit tiefer Bedachtnahme auf die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung und das Gleichgewicht im Staatshaushalte behandeln. Der Friede sei zwar gesichert, aber an Abrüstung könne man nicht denken.

Tisza führt in seiner Ansprache aus, nebst dem Dreibund biete eine Garantie für die Erhaltung des Friedens die volle Kriegstüchtigkeit der Verbündeten, somit auch die der österreichisch-ungarischen Monarchie. Aber auch die Erhaltung des inneren Friedens sei notwendig; derselbe wiege gute Beziehungen mit den Nachbarstaaten auf. Indem Ungarn alle zur Erhaltung der Großmachtstellung nötigen Mittel zur Verfügung stelle, erwarte es, daß die Monarchie auch ihr ganzes Ansehen in die Wagschale legen werde gegen unbefugte äußere Einmengungen, deren Duldung den inneren Frieden stören könnte. Die Gewähr hierfür biete der König von Ungarn, der die Integrität der Gebiete der Stefanskrone zu wahren für seine heilige Pflicht halte.

14. September. (Pest.) Delegationen. Budget.

Der den Delegationen vorgelegte gemeinsame Staatsvoranschlag für 1895 weist ein Gesamterfordernis von 149,379,913 fl., gegen das Vorjahr also ein Mehrerfordernis von 4,131,413 fl. auf. Hiervon gehen an Zollüberschüssen 47,539,720 fl., gegen das Vorjahr höher veranschlagt um 3,169,540 Gulden ab, dazu kommt ein Mehrerfordernis für die Truppen des Okkupationsgebietes von 3,582,000 fl. (gegen das Vorjahr Mindererfordernis 28,000 fl.). Speziell beantragen der Minister des Aeußeren 3,684,500 fl., das Kriegsministerium 143,553,388 fl., gegen das Vorjahr mehr um 4,071,580 Gulden. Das Heeresordinarium zeigt ein Mehrerfordernis von 3,618,693 fl., das Extraordinarium ein Mindererfordernis von 50,693 fl., das Marineordinarium ein Mehrerfordernis von 214,380 fl., das Extraordinarium eine Mehrforderung von 289,200 fl. Die Gebahrungsrechnung für 1893 weist einen endgültigen Mehreingang an Zollüberschüssen von 12,673,291 fl., die Schlußrechnung für 1892 einen günstigeren Erfolg um 3,857,120 fl. auf. Das Mehrerfordernis des Heeresordinariums ist veranlaßt durch die im vorigen Jahr beschlossenen Erhöhungen des Bestandes, durch die weitere Vermehrung des Offizierstandes zur Sicherung des notwendigsten Bedarfs im Kriege, durch weitere Verstärkungen des Mannschafts- und Pferdebestandes, durch Maßnahmen zur Erleichterung der Mobilisierung, durch die Formierung der 16 Tiroler Jägerbataillone in 4 Regimenter und durch die Fortführung der Reorganisation der Pioniertruppe. Größere Beträge des Mehrerfordernisses entfallen ferner auf die Naturalverpflegung und Begünstigung. Im Extraordinarium erscheinen die Gesamtkosten der Einführung der rauchlosen Patronen infolge der Preissteigerung wie infolge der Erweiterung der Blumauer Fabrik und des Ankaufs einer Nitrocellulosefabrik um beiläufig zwei Millionen vermehrt. Für Fortifikationen sind 1,975,000 fl. eingestellt. Die für die Verbesserung des galizischen Barackenlagers vorgesehene Rate wird wegen des fortschreitenden Verfalls der Baracken und wegen der Notwendigkeit, größeren Kalamitäten zuvorzukommen, gefordert. — Das Mehrerfordernis des Marineministeriums ist hauptsächlich veranlaßt durch die Kosten für ein drittes Missionsschiff. Im Marine-Extraordinarium erscheint die erste Rate für sechs neue Torpedobote, deren Gesamtkosten auf 1,080,000 fl. veranschlagt sind.

16. September. (Pest.) Der Kaiser empfängt die Delegationen und erwidert auf die Ansprachen der Vorsitzenden folgendes:

„Die Versicherungen Ihrer treuen Ergebenheit, die Ich soeben vernommen habe, erfüllen Mich mit aufrichtiger Genugthuung, und Ich sage Ihnen hierfür Meinen herzlichen Dank. Es gereicht Mir zur lebhaften Befriedigung, daß die Zuversicht, die Ich, als die Delegationen das letzte Mal versammelt waren, auf die Erhaltung und Konsolidierung des Friedens aussprach, in der heutigen beruhigteren europäischen Lage ihre Bestätigung findet, und daß die sehr freundschaftlichen Beziehungen, die wir mit allen Mächten pflegen, zu der Hoffnung berechtigen, daß wir auch fernerhin uns ungestört der Entwickelung und Förderung der Wohlfahrt unserer Völker werden widmen können. Immerhin bleibt es eine Notwendigkeit und Meine Regierung hält es gleich den anderen Mächten für ihre Pflicht, in der Fortentwickelung der Wehrkraft der Monarchie keine Unterbrechung eintreten zu lassen. Die Voranschläge Meiner Kriegsverwaltung sind dementsprechend in dem Rahmen der den Delegationen im vorigen Jahre bekannt gegebenen, für die nächsten Jahre in Aussicht genommenen organisatorischen Progression gehalten, wobei eine gewissenhafte Rücksichtnahme auf unsere finanziellen Verhältnisse zur Grundlage genommen wurde. Bosnien und die Herzegowina werden auch im Jahre 1895 in der Lage sein, die Auslagen ihrer Verwaltung aus den eigenen Einnahmen vollständig zu bestreiten. Indem Ich die Prüfung der Ihnen zugehenden Vorlagen Ihrer bewährten patriotischen Einsicht empfehle, rechne Ich darauf, daß Sie Meine Regierung durch Ihre vertrauensvolle Mitwirkung unterstützen werden und heiße Sie freundlich willkommen."

17. September. Der Kaiser reist von Pest nach Balassa Gyarmat. Ansprache Vaszarys. Antwort des Kaisers.

Der Fürstprimas Vaszary empfängt den Kaiser an der Spitze des römisch-katholischen Klerus, begrüßt ihn als Friedensfürsten und fährt dann fort: „In dem unlängst durchgefochtenen geistigen Kampfe verteidigten wir das aus dem Dogma stammende Recht unserer Kirche, nicht nur nach unserer Religion, sondern auch nach unserer besten Ueberzeugung im Interesse des Vaterlandes und des Thrones. Wenn wir auch über die Möglichkeit, dieses Rechtes verlustig zu werden, weiter besorgt sind, kann dies doch unsere tiefste Unterthanenhuldigung und Treue nicht erschüttern. Wir bitten Gott, Eurer Majestät den wahren Pfad zu zeigen, auf dem Eure Majestät Ihre Völker lange, lange Zeit hindurch zur ewigen und zeitlichen Quelle des Wohlergehens führen möge. Wir bitten, uns die königliche Gnade auch fernerhin zu bewahren."

Der Kaiser erwidert: „Ich bin überzeugt, daß die Geistlichkeit unsrer heiligen Kirche ihre traditionellen Bürgertugenden auch fernerhin sorgsam bewahren wird, und versichere Sie Meiner unveränderlichen Gnade." Den Vertretern der übrigen Konfessionen sagt er, in seinem Herzen bilde der Unterschied der Religion seinen Völkern gegenüber keine Scheidewand; sie alle könnten jederzeit auf seine königliche Gnade und seinen Schutz rechnen.

17. September. (Pest.) Budgetausschuß der österreichischen Delegation. Kálnokys Rede.

Bei der Beratung des Budgets des Ministeriums des Auswärtigen sprechen die meisten Redner ihr Einverständnis mit der auswärtigen Politik aus, nur der Jungtscheche Pacak bekämpft den Dreibund und verweigert

das Budget wegen der Mitschuld Kálnokys an der innern Lage, namentlich dem Ausnahmezustande in Böhmen. Andere böhmische Delegierte bestreiten ihm das Recht, im Namen des böhmischen Volkes zu sprechen.

Minister des Auswärtigen Graf Kálnoky: Meine Herren! Sie haben gestern aus dem Munde Seiner Majestät eine, wie ich glaube, nach allen Seiten hin befriedigende Erklärung über die auswärtige Situation vernommen und dadurch von höchster Stelle bestätigt erhalten, was in dem Gefühle der Bevölkerung ohnehin gelegen war, und was den Wünschen und den Interessen der Monarchie am meisten entsprechen kann. Wenn ich die immer interessanten Aeußerungen der Presse, die der Eröffnung einer Delegations-Session im Hinblick auf das vorauszugehen pflegen, was der Minister des Aeußern zu sagen haben werde, und die ich stets aufmerksam verfolge, mir vor Augen führe, so sehe ich daraus einerseits, daß ich der Delegation über den Stand der auswärtigen Beziehungen nur wenig zu sagen habe, was sie nicht schon wüßte, andererseits kann ich aber aus diesen Besprechungen mit großer Befriedigung konstatieren, daß die Ziele und Zwecke der Politik, welche die Regierung nach außen hin verfolgt, vom großen Publikum genau verstanden und gekannt werden, so zwar, daß mir diese Aeußerungen der Presse die Worte beinahe aus dem Munde genommen haben, die ich über die äußere Lage zu sprechen habe. Es hat mich diese Wahrnehmung gefreut, weil es keine größere Befriedigung für den Minister geben kann, als wenn er sieht, daß seine Politik Verständnis findet, und er im Einverständnisse mit der öffentlichen Meinung jene Ziele verfolgt, die auch im großen Publikum als für das Reich am nützlichsten und ersprießlichsten bekannt sind. Ganz richtig hat der Delegierte Lupul den Dreibund nicht als einen aggressiven bezeichnet, sondern als einen zur Erhaltung des Friedens und, wie ich hinzufügen muß, für die Sicherung der Monarchie berechnetes Bedürfnis definiert. Diese feste Basis, die wir unserer Politik gegeben haben, ist nun bereits in das Bewußtsein und die Erkenntnis der Bevölkerung der Monarchie hineingewachsen, und, wenngleich aus anderen Gründen dissentierende Meinungen auch heute sich vernehmen lassen, so ist das, was wir gehört haben, gerade ein isolierter Standpunkt, und genießt jenes Land, wo sich diese absprechende Meinung geltend macht, die Segnungen des Friedens ebenso, wie alle anderen, und weiß dieselben auch ebenso zu schätzen. Es ist gesagt worden: „Warum denn der Dreibund?" Eine andere Kombination würde unseren Traditionen und friedlichen Zielen viel mehr entsprechen, und die großen Auslagen für die Armee, die kostspieligen Rüstungen würden dann sofort verschwinden. Es würde dadurch die ganze Monarchie gewinnen, weil diese Gelder dann für andere Zwecke verwendet werden könnten. Das scheint mir eine ganz falsche Auffassung zu sein; nicht, weil wir dem Dreibunde angehören, rüsten wir, sondern wegen unserer Sicherheit und zur Wahrung des Friedens. Gingen wir eine andere Kombination ein, so würden wir ganz ebenso die großen Armeen zu halten, gegen ein gerüstetes Europa uns zu schützen haben, wie jetzt. Es würde eine andere Kombination den angedeuteten Zweck, nämlich die Einstellung eines Friedensbudgets, heutigen Tages ebensowenig erreichen. Ich kann also nur mit Genugthuung darauf hinweisen, daß wir nach den durch mehr als ein Dezennium gesammelten Erfahrungen keinerlei Grund haben, die Vorteile, welche uns unsere gegenwärtigen Bündnisse verschaffen, aufzugeben, weil wir die Resultate derselben als solche sehen und erkennen, die nicht nur den Interessen der Monarchie, sondern auch dem europäischen Frieden zum Heil gereichen und auch in Europa allgemein erkannt und anerkannt werden. Es haben sich von dem Mißtrauen, das gegen den Dreibund bei seinem Erstehen und auch nachher vorhanden war, Schroffheiten

seither sehr abgeschliffen. Man hat sich gewöhnt, den Dreibund als einen Faktor zu betrachten, von dem der europäische Friede nichts zu fürchten, mit dem er aber zu rechnen hat.

Es ist im Laufe der Jahre auch für jene, die daran zweifelten, evident geworden, daß die Friedensliebe und die lauteren Absichten der Monarchen, die an der Spitze der verbündeten Staaten stehen, es dahin bringen, daß keine anderen Ziele, als die allbekannten, von denselben verfolgt werden. Wir sehen dies aus den sehr freundschaftlichen Beziehungen, die wir zu allen Mächten erhalten, auch zu denen, die sich außerhalb des Dreibundes befinden, und zwar nicht nur mit solchen, welche wir gewohnt sind, auf Grund alter Sympathien und der Interessengemeinschaft, wie England, an unserer Seite zu finden, sondern auch mit solchen, welche den Dreibund als gegen sich gerichtet ansehen. So haben unsere Beziehungen zur französischen Republik sich sehr freundschaftlich gestaltet, und hat der zufällige Anlaß, daß unser Herrscherpaar an der französischen Küste weilte, der französischen Republik und Bevölkerung Gelegenheit geboten, in zuvorkommendster und herzlichster Weise unseren Majestäten zu begegnen. Die wärmeren Töne, die hierdurch in unsere Beziehungen gebracht wurden, haben auch bei uns verständnisvollen Widerhall gefunden, wie sich bei der verabscheuungswürdigen und entsetzlichen Katastrophe, die Frankreich in so tiefe Trauer stürzte, gezeigt hat. Dasselbe sahen wir bei Rußland. Unsere Beziehungen zu demselben sind durchaus freundschaftliche; die Herrscher beider Staaten haben identische Ziele, in denen beide die Wohlfahrt und den Frieden ihrer Reiche anstreben, und es erfüllen deren Regierungen nur ihre Pflicht, indem sie zur Förderung guter Beziehungen das ihrige thun. Der kürzlich abgeschlossene Handelsvertrag ist ein wesentlicher Schritt in dieser Richtung. Er hat die besondere Bedeutung, daß er für einen Zeitraum von 10 Jahren nicht nur die materiellen Verhältnisse zwischen unserer Monarchie und Rußland stabilisiert, sondern auch eine engere Basis für gute Beziehungen überhaupt zu bilden geeignet ist, denn die Annäherung auf wirtschaftlichem Gebiet übt stets einen Rückschlag auch auf die politischen Verhältnisse aus. Wenn ich also heute die Lage als eine friedenverheißende und für uns beruhigende erkläre, und wenn ich in der Lage bin, es auszusprechen, daß die in die Festigung des Friedens gesetzten Hoffnungen uns eine große Zuversicht einflößen, es werde die zarte Pflanze des Friedens, die wir so sorgfältig pflegen und die immer der Gegenstand unserer Sorge bleiben wird, nach und nach feste Wurzeln fassen, so kann ich, von diesem Standpunkt ausgehend, die Ereignisse, die in kleineren Ländern vorgefallen sind, mit Ruhe ins Auge fassen, indem diese Vorfälle immerhin wichtig sind, aber deshalb keinen gefährlichen Charakter haben, weil wir sie wesentlich als lokale innere Fragen ansehen können, aus denen weitere Komplikationen nicht entstehen werden. Es sind mehrere Fragen über diese Nachbarländer an mich gestellt worden, und da kann ich gerade bei Serbien darauf hinweisen, daß die dort vorgekommenen Krisen zwar neuerdings von einem bedauerlichen Mangel an Stabilität Zeugnis geben, uns aber nur insofern berühren, als unsere Beziehungen dadurch tangiert werden. Ich habe es hier schon mehrere Male ausgesprochen, daß wir in Serbien keine Politik machen, sondern daß wir dort unsere Interessen auf nachbarliche Beziehungen beschränken. Davon sind wir vollkommen überzeugt, daß der junge König den ernsten Wunsch hat und diese Bestrebungen auch bei jeder Gelegenheit bethätigt, die freundschaftlichen Beziehungen mit den Nachbarmonarchien aufrecht zu erhalten, und daß auch die gegenwärtige Regierung, diesen Intentionen des Königs entsprechend, ihr Möglichstes thut, um den nach und nach angewachsenen Beschwerden gerecht zu werden.

Es ist daher unser Verhältnis zu Serbien ein befriedigenderes, als es vor 1½ Jahren war, und ich bin erfreut, einen Fortschritt in dieser Hinsicht konstatieren zu können, der uns hoffen läßt, daß bei dieser Richtung, welche man in Belgrad eingeschlagen hat, unsere Wechselbeziehungen auch noch weitere Fortschritte machen werden, wie dies unseren wohlwollenden Gesinnungen gegen Serbien entsprechen würde. Was Bulgarien anbetrifft, so hat der Herr Referent die letzten Ereignisse als eine Ueberraschung oder förmlich als eine Täuschung charakterisiert. Man hat vielleicht die dortigen Verhältnisse bei uns allzu optimistisch aufgefaßt, und es ist nun in dieser Beziehung ein Rückschlag eingetreten, der wieder zu weit geht, und zwar deshalb, weil die Verwirrung, die durch den unvorbereiten Umschwung eintrat, noch nicht soweit geklärt ist, daß man sich ein richtiges Bild der Zustände zu machen vermöchte. Man hatte sich in Europa daran gewöhnt, die Stabilität, welche in Bulgarien durch die feste Hand Stambulows eingetreten war, als eine bleibende Thatsache zu betrachten, und hat infolgedessen geglaubt, daß die inneren Verhältnisse Bulgariens solchen plötzlichen Ueberraschungen entrückt seien, wie sie sonst in jenen Ländern nicht ungewöhnlich zu sein pflegen. Leider zeigt es sich auch dort, daß, wenn politische Krisen eintreten, die mit großer Leidenschaft aufgefaßt werden und zum Parteihader führen, der sogar in Exzesse ausartet. Wir haben in allen Balkanländern gesehen, daß der Schritt von der Macht zur Anklagebank ein sehr kurzer ist, und ich fürchte, daß man in Bulgarien in diesem Augenblick die nötige Ruhe verloren hat, um diesen schweren Fehler zu vermeiden. Für uns, denen der frühere Minister für Ordnung und Sicherheit der Zustände eine große Gewähr geboten hatte, ist es bedauerlich, daß dieser anscheinend stabile Zustand umgestürzt worden ist, und unsichere Zustände eingetreten sind. Aber wir haben doch dafür nicht einzustehen oder mitzureden, wenn in Bulgarien ein Ministerwechsel eintritt, und können uns nicht darauf einlassen, daß wir deshalb die Nachfolge von vornherein ungünstig aufnehmen, oder, weil es andere Männer sind, den ganzen Stand der Dinge verurteilen. Ich halte die Männer, die gegenwärtig in Bulgarien ans Ruder gekommen sind, für gute Patrioten, für erfahrene und und kluge Politiker, die unter den heftigen Strömungen des Augenblicks erst Festigkeit erlangen müssen, um entschieden Stellung nehmen zu können. Ich glaube aber, daß die nötige Ruhe nach den Wahlen eintreten wird, und daß wir nicht besorgt sein dürfen, daß die politische Richtung, welche Bulgarien eingeschlagen hat, durch den Eintritt der neuen Minister sich wesentlich ändern werde; das Selbstgefühl und das Selbständigkeitsbewußtsein der Bulgaren ist denn doch zu sehr entwickelt, um zu erwarten, sie würden die unter großen Mühen und Gefahren erworbene feste und selbständige Stellung aufzugeben bereit sein. Ich möchte es vermeiden, über die inneren Verhältnisse eines anderen Landes ein Urteil abzugeben. Wir müssen eben die Ereignisse mit einiger Geduld abwarten. Doch möchte ich davor warnen, frühzeitig abzuurteilen über die Folgen der bulgarischen Krise, wie es heute schon oft vorgekommen ist. Die bulgarische Presse, welche in der herrschenden Aufregung etwas den Faden verloren hat, geht vielfach von der falschen Voraussetzung aus, daß die hiesige öffentliche Meinung sich mit dem Regime Stambulows bis zu dem Maße identifiziert, daß mit dessen Sturze in unseren Gesinnungen für Bulgarien ein Umschlag eingetreten sei. Dies ist, wie der verehrte Ausschuß es bestätigen wird, eine vollkommen irrige Auffassung. Das Wohlwollen, das wir für Bulgarien und alle Balkanvölker hegen, wird durch dergleichen innere Krisen, wenn sie nicht einen Umschlag der Politik bedeuten, gewiß nicht tangiert, und die Bulgaren können überzeugt sein, daß der Wunsch, welchen man in der

Monarchie für sie hat, und welcher von seiten der Regierung stets zum Ausdruck gebracht wird, nur der ist, daß das Land auf dem Wege der friedlichen und selbständigen Entwicklung, den es eingeschlagen, fortschreitet, sich kräftigt und möglichst prosperiert als Gewähr der Ordnung und Ruhe auf dem Balkan. Ein anderes Nachbarland, über welches der Herr Delegierte Dumba wünscht, daß ich einige Worte sage, ist Rumänien. Rumänien war von den außerhalb des Dreibundes stehenden Ländern eines der ersten, welches dessen wirklich friedliche Ziele anerkannt und sich entschlossen hat, sich zu demselben zu bekennen und eine Anlehnung an die europäischen Zentralmächte zu suchen. Die sehr freundlichen Beziehungen, die wir dementsprechend seit Jahren unterhalten, haben sich als haltbar bewährt und der Impuls, den der König und die Regierung in dieser Beziehung gegeben haben, hat im Lande wachsenden Anklang gefunden. Diese guten Beziehungen zu Rumänien und dessen Regierung berechtigen uns, die Ueberzeugung auszusprechen, daß sie agitatorische Strömungen, die in ihren Auswüchsen und in ihren Wirkungen gegen die Ruhe und Ordnung im Nachbarlande gerichtet sind, in den nötigen Grenzen werde zu halten wissen und dasjenige vorkehren werde, was thunlich ist, um ihren freundnachbarlichen Pflichten gerecht zu bleiben. Ich bin überzeugt, daß gerade das freundschaftliche Verhältnis zu den Regierungen über etwaige Schwierigkeiten hinüberhelfen werde, und wir jede Trübung nach dieser Richtung hin vermeiden können.

Auch mit Rumänien haben wir in handelspolitischer Beziehung einen Zustand geschaffen, der zwar nicht dem entspricht, was wir gewünscht hätten, nämlich einem Tarifvertrag, aber immerhin eine Regelung unserer Verhältnisse in sich schließt und eine Gewähr dafür bietet, daß auf diesem Gebiet bessere Verhältnisse als in den letzten Jahren eintreten werden. Ich glaube, daß dies für alle nur sehr erwünscht sein kann. Da ich von den Handelsverträgen spreche, möchte ich eine Anfrage des Herrn Delegierten Dr. Pacak beantworten, welcher es als auffällig bezeichnet, daß, obwohl unsere Verhandlungen mit Rußland zuerst begonnen haben, der deutsche Vertrag doch früher zum Abschluß gelangte, und wir uns, wie der Herr Delegierte meinte, von Deutschland überflügeln ließen. Ich fürchte, der Herr Delegierte wollte hiermit insinuieren, daß wir entweder von Deutschland übervorteilt wurden, oder daß wir in einer Art Konvenienz mit Deutschland diesem den Vortritt gestattet hätten und zwar zu unserem Nachteil. Ich glaube, der Herr Delegierte hat diese Frage nicht genug überdacht oder sich über die Verhältnisse nicht hinreichend informiert. Bekanntlich hat Deutschland sehr schwierige und langwierige Verhandlungen mit Rußland zu führen gehabt und schließlich einen sehr umfassenden und detaillierten Vertrag abgeschlossen, welcher nicht bloß ein Tarifvertrag war, sondern in welchem auch einschlägige Verkehrsverhältnisse u. s. w. geregelt wurden. Unser Vertrag mit Rußland ist ein sehr einfacher. Wir konnten Rußland sehr wenig bieten, indem die Einfuhr der Rohprodukte bei uns ohnedies meist zollfrei ist, unsererseits also auf dieser Basis keine Konzessionen zu machen waren. Unser Vertrag ist, um ihn kurz zu charakterisieren, ein Meistbegünstigungsvertrag mit Bindung der Getreidezölle. Bei einem solchen Vertrag aber kommt es wesentlich darauf an, welche Vorteile anderen Mächten geboten werden. Wir konnten also den Wert der Meistbegünstigung nicht beurteilen, bevor wir nicht wußten, wie der Vertrag Rußlands mit Deutschland ausfallen würde, da wir ja die diesem gewährten Vorteile auch mitgenießen sollten, und deshalb war es in unserem Interesse, sobald einmal die Verhandlungen mit Deutschland ernstlich in Fluß gerieten, den Ausgang der Beratungen abzuwarten, um beurteilen zu können, welcher Vorteile wir

teilhaftig werden würden. Die von dem Herrn Delegierten Dr. Pacak gestellte Frage, ob das von mir hinsichtlich der Balkanstaaten aufgestellte Prinzip der Nichteinmischung noch gelte, kann ich auf das Bestimmteste dahin beantworten, daß dasselbe noch unverändert in Kraft steht und daß es fortdauernd unser Wunsch ist, daß die Balkanvölker sich auf der Basis des Berliner Vertrags selbständig entwickeln und die Einmischung einer fremden Macht in ihre inneren Verhältnisse nicht stattfinde. Dies gilt von Bulgarien ebenso wie von Serbien. Mit letzterem Lande eine Militärkonvention einzugehen, ist uns nie eingefallen. Dergleichen hat allerdings in den Zeitungen gestanden, dort steht aber vieles, so z. B. auch die Unterredungen mit dem russischen Finanzminister Witte. Wie käme aber ich dazu, auf solche unbeglaubigte Aeußerungen zu replizieren, von welchen der Herr Delegierte Dr. Pacak sogar meint, daß sie als „offiziell“ anzusehen seien? Eine weitere Frage desselben Herrn Delegierten bezieht sich auf Bosnien. Er hat sich auf in- und ausländische Zeitungsstimmen berufen, in welchen — namentlich in den südslavischen — diese Frage in dem Sinne besprochen wurde, daß die Annexion Bosniens unmittelbar bevorstehe. Darauf kann ich ihm nur die Antwort geben, daß von einer Aenderung des staatsrechtlichen Verhältnisses Bosniens zur Monarchie in maßgebenden Kreisen nicht gesprochen wurde und daß die Regierung keinen Anlaß hatte, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Ich muß endlich, obwohl ich es nicht gerne thue, auch auf einige Bemerkungen zurückkommen, welche der Herr Delegierte Dr. Pacak gemacht hat. Natürlich werde ich den Dreibund nicht verteidigen, denn ich kann mich, wie der Herr Delegierte Lupul es ausgesprochen hat, auf seine Resultate berufen. Es läßt sich allerdings alles bekritteln, gegen alles etwas einwenden. Dem Geist, der alles verneint, wird man es nie recht machen können. Von jungtschechischer Seite wurde allerdings diesmal ein entgegenkommenderer Ton angeschlagen, als in den Vorjahren. Aber die Negation war auch heute das erste Wort, womit der Herr Delegierte Dr. Pacak seine Rede eingeleitet hat. Dagegen gibt es keine überzeugende Beweisführung. Ich kann nur eines wiederholen: die Tschechen partizipieren ebenso an den Vorteilen und Segnungen des Friedens, die ja doch — die Jungtschechen mögen sagen, was sie wollen — auf die von ihnen befehdete Bundespolitik zurückzuführen sind, wie die anderen Völker der Monarchie. Wir müssen bitten, sich vorläufig damit zu begnügen. Vielleicht wird einmal in einer Zeit eine andere Politik am Platze sein, aber hierauf können wir uns nicht einlassen. Wir haben es mit der Gegenwart zu thun und werden unverrückbar an der eingeschlagenen und bewährten Richtung festhalten. Gewiß ist der Friede, wie wir ihn jetzt haben, nicht das Ideal eines Friedens! Es ist ein bewaffneter Friede und wird noch geraume Zeit ein solcher bleiben müssen, weil für die Erhaltung des Friedens sichere Garantien vorhanden sein müßten, wenn man das Schwert beiseite legen wollte. Wenn die großen Ausgaben für Militärzwecke immer wieder beklagt werden, und wenn man sieht, wie Friedenskongresse auf Beseitigung der Kriegsgefahr und auf Einstellung der großen Rüstungen hinwirken, so ist es vielleicht hier am Platze, darauf hinzuweisen, daß die immer wiederkehrenden Alarme und Erschütterungen des Vertrauens in den Frieden, die wieder zur Fortsetzung der Rüstungen führen, nicht auf die Regierungen zurückzuführen sind. Es gibt keine Regierung in Europa, die nicht, wenn Kriegsbefürchtungen entstehen, sofort ihr Möglichstes thun würde, die Beunruhigungen zu zerstreuen und die aufgetauchten Besorgnisse zu beschwichtigen. Wenn wir nun der Sache nachgehen, so können wir trotz der größten Anerkennung für die Freiheit der Presse uns nicht verhehlen, daß jene oft auf ganz unbedeutende Vorfälle

begründete sensationelle Alarmierung der öffentlichen Meinung auf die Tagespresse und den Nachrichtendienst derselben zurückzuführen ist, in welcher auf die Nerven des lesenden Publikums und sogar auf die Leidenschaften politischer und nationaler Natur in einer Weise eingewirkt wird, die oft heftige Strömungen erzeugt, welche die Regierungen alle Mühe haben zu beruhigen. Wenn die Friedenskongresse sich mit der Friedensfrage beschäftigen, würde ich ihnen sehr empfehlen, dieser Thatsache ihr Augenmerk zuzuwenden und in dieser Richtung einen heilsamen Einfluß zu üben in allen Ländern, wo solches vorkommt. Zum Schluß möchte ich nur noch in Kürze darauf zurückkommen, daß der Herr Dr. Pacak mich an ein Wort erinnert hat, das ich voriges Jahr in einer Delegationssitzung gesprochen habe. Wie dem Ausschuß erinnerlich sein wird, haben die jungtschechischen Herren Delegierten damals wie heute mit meiner Politik sich nicht einverstanden erklärt. Es war meine Pflicht, ihre Argumente zu bekämpfen; in einem Punkt aber war ich in der Lage, mit den Herren vollkommen übereinzustimmen, und zwar war es merkwürdigerweise ihr jungtschechisches Programm, welches sie in der Delegation aufstellten. Zu meiner Befriedigung haben sie nämlich „den Frieden nach außen und im Innern" als das Programm hingestellt, das sie zu verwirklichen wünschen. Darüber habe ich mich sehr gefreut und geantwortet, daß die Herren hinausgehen möchten in ihre Heimat und den Frieden bei sich predigen, daß sie überzeugt sein könnten, daß von mir alles geschehen werde, um diesen auch von mir ersehnten inneren und äußeren Frieden zu fördern. Ich befasse mich zu wenig mit der inneren Politik, um zu beurteilen, ob die Herren auch wirklich hinausgegangen sind ins Land und den inneren Frieden gepredigt haben! Ich aber kann dafür einstehen, daß ich mein Wort gehalten und alles gethan habe, um, soweit mein Einfluß geht, für den Frieden nach jeder Richtung zu wirken. Den Appell, den der Delegierte Dr. Pacak heute an mich gerichtet hat, daß ich als einer der ersten Räte der Krone nicht nur „schöne Worte" machen, sondern auch an höchster Stelle meinen Einfluß im Sinne des inneren Friedens geltend machen solle, halte ich für überflüssig; denn es gibt niemanden hier, der nicht weiß, wie sehr unserem allergnädigsten Herrn der innere Friede am Herzen liegt, und wie sehr es den innigsten Wünschen Seiner Majestät entspricht, daß dieser innere Friede gepflegt und bewahrt und, wo er nicht besteht, hergestellt werde. (Lebhafter und anhaltender Beifall.)

Hierauf wird der Antrag des Referenten Dumba, „Der Budgetausschuß nimmt die Erklärungen des Ministers mit Befriedigung zur Kenntnis und spricht wiederholt sein volles Vertrauen in die Leitung der auswärtigen Politik durch den Minister aus", mit allen gegen eine Stimme — die des Delegierten Pacak — angenommen.

19./20. September. (Pest.) Budgetausschuß der ungarischen Delegation für auswärtige Angelegenheiten. Rede Kálnokys.

Referent Dr. Falk bespricht die Lage in Serbien und Bulgarien, die für Ungarn nichts beunruhigendes habe. Dagegen sei die Agitation in Rumänien gegen Ungarn bedrohlich. Ferner fordert er Aufklärung über die Rede Bonghis gegen den Dreibund und über die internationale Abmachung gegen den Anarchismus. Die rumänische Frage besprechen ferner Berczeviczy und Graf Apponyi. Ersterer hob hervor, in rumänischen Schulen würden Karten benutzt, welche Siebenbürgen und einen großen Teil Ungarns als rumänisches Gebiet darstellen. Erzbischof Samassa verlangt die Vorlegung eines Rotbuchs und bespricht die Aussichten Oesterreich-Ungarns beim nächsten Conclave. Er fragt, ob die österreichisch-

ungarische Regierung für den Fall der Papstwahl für die vollkommene Unabhängigkeit des Konklave Sorge tragen und gegenüber gewissen Kandidaten für den heiligen Stuhl das jus sententiae exclusivae in Anspruch nehmen wolle.

Minister des Auswärtigen Graf Kálnoky: Er lege großen Wert auf die Art und Weise, mit welcher die Vorredner über die Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu Rumänien sich äußerten, und es gereiche ihm zur Befriedigung, daß der Wert dieser guten Beziehungen allseits anerkannt wurde, sowie, daß auch die Schwierigkeiten vollauf gewürdigt wurden, mit denen die rumänische Regierung zu kämpfen hat. Er glaube, diese Art der Diskussion werde in Rumänien jedenfalls einen nützlichen Eindruck machen; ihm selbst sei die Besprechung der Angelegenheit, obwohl dieselbe heikler Natur sei, nichts weniger als ungelegen, denn er erwarte von derselben eine Klärung der Situation nach allen Seiten hin. Er habe bei seinem Amtsantritt die Frage, betreffend die Beziehungen zu Rumänien, vorgefunden und könne versichern, daß er seither diese Frage mit steter Aufmerksamkeit verfolgt habe und daher jetzt keineswegs einer lediglich momentanen Auffassung Ausdruck gebe. Schon die allgemein übliche Bezeichnung „Romania irredenta" zeige die Methode der Agitation, die keineswegs originell sei, sondern eine einfache Nachahmung von Italien. In Rumänien werde die italienische Irredenta kopiert. Er habe in Rumänien genau dieselben Erfahrungen gemacht wie in Italien, je bessere Beziehungen Oesterreich-Ungarn mit der Regierung unterhalte, desto mehr versiege die Wirksamkeit der Irredenta, letztere erhebe aber sofort ihr Haupt, wenn sie vermute, daß zwischen den Regierungen eine gewisse Erkaltung und Spannung eingetreten sei. Die Agitation in Rumänien sei also nicht etwas nicht Dagewesenes; auch anderwärts fänden ähnliche Agitationen in den sogenannten unerlösten Ländern statt. In solchen Situationen sei es immer sehr leicht, die ersten Schritte zu thun, energische Noten zu schreiben und auf diplomatischem Wege täglich mit möglichst weitgehenden Forderungen aufzutreten. Allein eine Macht, die auf ihre Würde halte, namentlich wenn sie als die stärkere einer kleinen gegenüberstehe, müsse, wenn sie einmal eine solche Stellung eingenommen habe, an dieser festhalten. Die durch die bisherige Erfahrung gerechtfertigte Vorgangsweise des Ministers sei, derlei Angelegenheiten mit fortwährender Aufmerksamkeit zu verfolgen und, so oft irgend ein neues Symptom auftaucht, sofort die betreffende Regierung aufmerksam zu machen und Abhilfe zu fordern. Er sei überzeugt, daß durch diese minder auffällige aber konstante Wirksamkeit sich mehr erreichen lasse, als wenn sofort mit harten Worten und übermäßig scharf aufgetreten werde. Dergleichen nationale Auswüchse ließen sich nicht so rasch unterdrücken, sondern erforderten große Geduld und Ausdauer bei der Bekämpfung. Die heutige nationale Strömung in Rumänien sei unleugbar eine ausgedehnte, sehr starke; sie werde gegen die dortige Regierung eben jetzt vor den Wahlen heftig ausgebeutet; wir dürfen von der letzteren nicht verlangen, was sie nicht leisten kann; wir würden nur die Geschäfte der von Demeter Sturdza geführten Opposition besorgen. Die Landkartenfrage sei schon vor Jahren aufgetreten; damals habe es sich um Landkarten unter wirklich amtlicher Firma gehandelt, während dieselben jetzt einen rein privaten Charakter haben. Auf die energische Einsprache der Regierung seien sie damals zurückgezogen. Seither sei ihm eine Klage hierüber nicht zugekommen. Daß solche, die unsinnigsten Grenzen enthaltende phantastische Machwerke verbreitet würden, lasse sich absolut nicht verhindern. Wenn hinzugefügt werde, man werde die Karten zur Wirklichkeit machen, Siebenbürgen und noch einiges Rumänien einverleiben, so sei dies eine Fanfaro-

nade, wie sie dem ganzen Charakter der rumänischen Irredenta entspreche, und ungeeignet, irgend welche Besorgnisse oder gar Furcht zu erregen. Zu einer agressiven Aktion fehle der gemeinschädlichen Agitation jede Vorbedingung. Von **Bulgarien** sagt der Minister, er bedauere die Art des Ministerwechsels, der freilich unvermeidlich geworden sei, aber keinen Systemwechsel bedeute. Ueber das Verhältnis zu **Serbien** und **Italien** verweist er auf seine Darlegungen in der österreichischen Delegation, und was speziell Prof. **Bonghi** betreffe, so genieße dieser nicht die genügende Wichtigkeit, daß die italienische Regierung Veranlassung haben sollte, sich amtlich mit seinen Auslassungen zu beschäftigen. Die Frage Falks, ob internationale Abmachungen gegen die Anarchisten vorlägen, verneint Kálnoky; dem Erzbischof Salmassa erwidert er, die Vorlegung eines Rotbuches sei überflüssig, da die Tagespresse alle Ereignisse so schnell veröffentlichte, daß das Rotbuch bei seinem Erscheinen nicht mehr aktuell wäre. Was ein künftiges Konklave anlange, so werde bei einem solchen die Wahlfreiheit aufrechterhalten und alles, was dem Monarchen an Rechten zustehe, gewahrt werden.

Am folgenden Tage spricht der Ausschuß dem Minister die Billigung seiner Politik und das Vertrauen in seine Leitung aus. (20. Sept.)

September. (**Lemberg**.) Polnische Kundgebungen. Koscielski. Kußtelan. „Neue Fr. Presse". „Gazeta Norodowa".

Bei einem großen Festmahle, dem viele Polen aus Preußen und Rußland beiwohnen, hält das preußische Herrenhausmitglied Herr v. **Koscielski** eine Rede über die Zusammengehörigkeit aller Polen und ihre politischen Aufgaben, in der er nach Berichten deutscher Blätter gesagt haben soll: „Polen sei unteilbar troß der Zerreißung, welche die Landkarte aufweise, welche die Polen zwar schmerzlich empfinden, die aber den polnischen Organismus nicht vernichtet habe. Es sei ein polnisches Volk geblieben, ein Herz, welches überall in gleicher Weise schlage und empfinde. Die preußischen Polen hätten von den galizischen die Arbeit für öffentliches Wohl, die Sammlung der politischen Kräfte und jene Klugheit gelernt, welche dem Gefühle häufig Stillschweigen auferlegt, damit nicht geäußert werde, was schaden, nicht aber nützen werde." (16. Sept.)

Nach dem „**Dziennik Poznanski**" hat er dagegen gesagt: „Eure Herzlichkeit beweist, daß wir an diesem Tische nicht Gäste, sondern Brüder sind; denn die Herzen, die Ihr uns entgegenbringt, sind nur für die Brüder. Einigen schien es, daß sie, nachdem gewisse Linien auf dem Körper der Nation gezogen und mit gewissen Farben bemalt worden, die Nation vernichten und in kleine Teile zerlegen werden. Trotzdem aber ist die ganze Nation nur ein Organismus, sie hat nur ein Herz, einen Gedanken. Materiell kann man uns teilen, aber die Gefühle kann niemand vernichten. Ihr weint über jeden bei uns aufgekauften Morgen Land, über jeden Ausgewiesenen und ebenso weint Ihr heute über jedes uns zugefügte Unrecht. Ihr hebt stets unsere Verdienste hervor -- wir haben ihrer nicht viel, das größte Verdienst aber ist, daß wir als die Ersten unseren jüngsten Bruder zur nationalen Arbeit berufen haben; als wir bemerkten, daß die Waffe unseren Händen entfiel, sorgten wir dafür, sie in dessen Hände zu geben, dieselben werden sie erheben, wenn wir nicht mehr sein werden. Dafür haben wir von Euch die Arbeit gelernt, welche nicht nach persönlichem Ruhm trachtet, sondern das Gemeinwohl im Auge hat. Die rückkehrende Woge ließ uns von Euch auch diejenige öffentliche Thätigkeit, den leitenden politischen Gedanken lernen, welcher uns gebietet, mit den Umständen zu rechnen — es gebührt also denjenigen alle Anerkennung, von welchen wir diesen leitenden politischen Gedanken gelernt haben."

Dr. Kußtelan (Posen) äußerte u. a.: „Wir kommen aus dem Lande des Unglücks, wo wir kämpfen und durch die That beweisen, daß wir uns nicht nationalisieren lassen. Wir sind zu Euch gekommen, um Trost und Hoffnung zu schöpfen und uns an Eurer Brust zu erwärmen. Wir versichern Euch, daß wir uns nicht ergeben. Das Land ist von dem Schweiß des polnischen Bauern durchtränkt, überall ist polnischer Geist, überall hören wir die Stimme unserer Vorfahren. Haltet Euch und ergebt Euch nicht. Wer in diesem polnischen Lande das Brot essen wird, muß früher oder später Pole werden."

An diese Reden knüpft sich eine große öffentliche Diskussion über die Polenfrage in Oesterreich und Preußen. (Vgl. Deutschland.)

Herr v. Koscielski wird von demokratischen polnischen Blättern heftig angegriffen; mit seiner Politik könne sich vielleicht der polnische Adel, nie aber die ganze polnische Nation einverstanden erklären.

Von deutscher Seite wird Koscielski wegen der Betonung der polnischen Solidarität angegriffen, so namentlich von der „Neuen Freien Presse", die unter Berufung auf die Rede des Fürsten Bismarck den reaktionären Einfluß der Polen auf die österreichische Regierung bespricht. (18. Sept.) Hiergegen erläßt Hr. v. Koscielski eine Erklärung, in der es heißt: „Ich habe allerdings in einer der Ansprachen, die ich in Lemberg zu halten Gelegenheit gehabt habe, die Solidarität der ganzen polnischen Nation, ohne Rücksicht auf die politischen Grenzen, hervorgehoben; aber ich habe zunächst die ethnographische Solidarität, die zu leugnen es wohl niemandem einfallen wird, gemeint, sodann die politische an der Erscheinung zu demonstrieren versucht, daß der Gedanke einer loyalen Anlehnung an das Herrscherhaus und eines freudigen Mitwirkens an den Aufgaben des Staates, der in Oesterreich so schöne Früchte gezeitigt, sich nunmehr auch in der polnischen Bevölkerung Preußens Bahn gebrochen und in stetiger Entwickelung begriffen ist. Ich glaube, daß es kaum möglich wäre, aus einer solchen Auffassung der Solidarität der ganzen polnischen Nation eine Bestätigung der vom Fürsten Bismarck neuerdings aufgestellten Behauptungen herauszukonstruieren. Ich will hier auf die Fürst Bismarcksche Rede um so weniger eingehen, als ich bald Gelegenheit zu haben hoffe, es in einer erschöpfenderen Form thun zu dürfen; was aber die vielbesprochene Rede Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm in Königsberg betrifft, so würde ich im Interesse der Größe und der Zukunft Preußens wünschen, dieselbe möchte in den Kreisen des deutschen Adels denjenigen freudigen Widerhall finden, den ich für dieselbe in Lemberg sowohl unter dem galizischen Adel als auch unter den dort zu der Zeit zahlreich vertretenen preußischen Polen konstatiert habe. Diese freudige Aufnahme der Botschaft seitens der Polen, die bekanntlich in Deutschland der agrarischen Bewegung prinzipiell ferngeblieben sind, liefert den Beweis, daß sich der polnische Adel denjenigen Elementen zuzählt, die der Kaiserliche Rufer um sich zu scharen bemüht ist, und daß er, falls die Fesseln seines Volkes gelöst werden, in diesem hehren Streite für Kultur, Recht und Ordnung nicht der letzte zu sein gesonnen ist. In dieser Gesinnung weiß sich der polnische Edelmann, als derzeitiger Anwalt der polnischen berechtigten Bestrebungen, mit allen Klassen seines Volkes eins und solidarisch und erblickt in dem künstlichen Unterscheiden zwischen denselben eine soziale Gefahr, für die er jede Verantwortung auf das entschiedenste ablehnt. Sollten dagegen, was Gott verhüten möge, in Preußen oder in Deutschland Maßregeln geplant werden, die auf eine Einschränkung der modernen politischen Errungenschaften hinzielen, so wird der polnische Adel in Preußen, wiederum in vollstem Einvernehmen mit allen Klassen seines Stammes, den Beweis zu führen wissen,

daß die Behauptung, der polnische Edelmann wäre das reaktionärste Gebilde aller Zeiten, auf einer zum mindesten gewagten Hypothese beruht." („N. Fr. Presse" 21. Sept.)

Auf die in vielen deutschen Blättern vertretene Anschauung, daß die Loyalitätsbeteuerungen der preußischen und österreichischen Polen durch die Lemberger Reden über den Zusammenschluß aller Polen widerlegt würden, antwortet die „Gazeta Norodowa", das Hauptblatt des galizischen Adels: „Da die nationale Politik der Polen niemals einen andern Endzweck hatte und auch niemals einen andern haben kann, als die Wiedererlangung des den Polen geschichtlich gebührenden selbständigen Bestandes, so geziemt es den Polen, die Frage zu beantworten, wie man die Loyalität Galiziens gegenüber Oesterreich, sowie die Loyalität Stablewskis und Koscielskis gegenüber Preußen mit jener prinzipiellen Hauptbestrebung der national-polnischen Politik vereinigen könne. Es ist dies in der That eine etwas heikle Frage. Wir sind jedoch überzeugt, daß es im Interesse der Polen liegt und daß es die Würde der Nation erheischt, auf diese Frage eine entschiedene und unzweideutige Antwort zu geben. Denn nur eine solche Antwort vermag unsere Gegner zum Stillschweigen zu bringen, die wider uns den Vorwurf erheben, daß die Politik der polnischen Parlamentsverteter in Wien und Berlin nicht aufrichtig sei. Sie ist aber ganz und gar aufrichtig und sie enthält keine Spur von Falschheit oder Lüge. Indem wir treu seit dem Bestande Polens auf dem Boden der westlichen Gesittung als geschichtliche Individualität stehen, befinden wir uns immer in dem Lager, das für die Ideale der westlichen Gesittung, für Recht, Ordnung und freiheitlichen Fortschritt kämpft. Wir haben den Glauben, daß der Endzweck des Dreibundes kein anderer ist, als die Gesittung und den Fortschritt in Schutz zu nehmen, was ja in entscheidenden Augenblicken unsere parlamentarischen Vertreter in Wien und Berlin in unzweideutiger Weise dargethan haben. Die Sache der Gesittung und Freiheit ist unsere Sache. Wir verlieren auch nicht die Hoffnung, es werde die Zeit kommen, daß die durch den Dreibund vertretene Politik es erfordern wird, der polnischen Nation zu einer selbständigen Rolle auf ihrem althergebrachten Posten zum Schutze der westlichen Gesittung gegen den Anprall vom Osten wieder zu verhelfen, und deswegen halten wir treu zum Dreibund und zu den durch den Dreibund vereinigten Mächten, da wir bei ihnen Schutz für unsern nationalen Bestand in der Ueberzeugung suchen, daß die geschichtliche Notwendigkeit grade diese Mächte im geeigneten Zeitpunkte und in entsprechender Weise veranlassen werde, in der internationalen Politik die lebensfähige Kraft, die dem polnischen Volke innewohnt und die so lange durch kleinmütige politische Systeme zum Schaden der Gesittung, des Rechtes und der Ordnung niedergehalten wurde, voll und ganz auszunützen. Das ist kurz die Aufklärung hinsichtlich dessen, woher die polnische Loyalität gegenüber Oesterreich und Preußen stammt, und worauf die Gewähr der Aufrichtigkeit dieser Loyalität beruht."

23. September. (Trautenau). Es wird ein „Bund der Deutschen Ostböhmens" gegründet.

24. September. (Pest.) Militärbudget.

Der ungarische Budgetausschuß genehmigt das Heeresbudget; der österreichische nimmt es am 27. September an.

24. September. Rückkehr des Kaisers nach Wien.

24. September. (Wien.) 66. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte.

25.—29. September. Der Kaiser in Begleitung des Königs von Sachsen und des Fürsten Windischgrätz nach Steiermark zur Hochwildjagd.

25. September. (Pest.) Der Reichstag tritt wieder zusammen. Das Magnatenhaus fährt in der Beratung der kirchenpolitischen Vorlage fort.

27. September. (Pest.) Konferenz der römisch-katholischen Bischöfe.

Fürstprimas Vaszary verliest ein Schreiben des Papstes vom Ende Juli, in welchem der Papst den ungarischen Episkopat auffordert, nur die Aenderung des Gesetzes über die Religion der Kinder anzustreben, den übrigen Teil der kirchenpolitischen Reform aber zu dulden („Pati debere").

28. September. (Wien.) Versammlung des Vereins für Sozialpolitik, an der mehrere Minister teilnehmen.

28. September. (Pest.) Oesterreich-Ungarn und Rumänien.

Graf Kálnoky teilt dem Ausschuß der ungarischen Delegation für das Auswärtige mit, er habe infolge der Interpellationen der Delegierten Berzeviczy und Graf Apponyi in Bukarest Erkundigungen eingezogen und die Versicherung erhalten, daß die von den Interpellanten bemängelten Schulbücher einer durchgreifenden Revision unterzogen seien bezw. es noch werden. Wenn übrigens auch siebenbürgische Komitate als rumänisches Gebiet dargestellt wurden, so habe dies keine aggressive Tendenz. Auch Bessarabien und Macedonien seien früher als rumänisches Gebiet dargestellt worden. Die rumänische Regierung habe auch versprochen, daß in den Schulen keine inkorrekten Karten in Gebrauch bleiben sollen. (Vgl. 19. Sept.)

30. September. (Budweis.) Hauptversammlung und Feier des 10jährigen Bestehens des Deutschen Böhmerwaldbundes. Die Wirksamkeit des Vereins ist besonders auf wirtschaftlichem Gebiete erfolgreich.

1. Oktober. (Pest.) Budget des Auswärtigen in der Plenarsitzung der österreichischen Delegation.

Die Jungtschechen Kaftan und Pacak legen dar, warum die slavischen Völker mit Ausnahme der Polen dem Dreibunde feindlich gesinnt seien, besprechen das Verhältnis der Balkanstaaten zu Oesterreich und erklären, solange es in Oesterreich unzufriedene Nationalitäten gebe, würden sie Kálnoky kein Vertrauen votieren. Bareuther und Fournier bestreiten den Jungtschechen das Recht, im Namen des böhmischen Volkes zu sprechen, Barvinski (Ruthene) erklärt seine Zustimmung zu der auswärtigen Politik Oesterreichs. Graf Kálnoky weist die Angriffe der Jungtschechen auf den Dreibund zurück und sagt über die Balkanstaaten: Man müsse es den Serben überlassen, ihre eigenen Angelegenheiten nach Gutdünken zu regeln; er wünsche, daß bald die notwendige Stabilität erreicht werde. Die Regierung werde sich in Bulgarien nicht einmengen und wünsche, daß die durch die Annexion Ostrumeliens geschaffenen Verhältnisse geregelt und von Europa anerkannt werden möchten. Die Regierung werde ihrerseits ihr Möglichstes thun, da geordnete Balkanverhältnisse die Friedensgewähr erhöhten.

Gegen die Stimmen der Jungtschechen wird das Budget des Auswärtigen angenommen und dem Minister das Vertrauen votiert.

2. Oktober. (Pest.) Budget des Auswärtigen in der Plenarsitzung der ungarischen Delegation.

Apponyi will das Budget bewilligen, aber dem Grafen Kálnoky kein Vertrauen votieren, da die Resultate der äußeren Politik nicht glänzend seien, namentlich Rußlands Einfluß sich am Balkan zum Schaden Oesterreichs vordränge. Für den Dreibund seien alle ungarischen Parteien. Hierauf wird das Budget angenommen und das Vertrauen votiert.

3. Oktober. (Pest.) Österreichische Delegation. Österreich-Ungarn und Serbien.

Pacak (Jungtsch.) verliest ein Militärabkommen zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien, das im Jahre 1882 abgeschlossen sein soll, und interpelliert den Minister des Auswärtigen hierüber. Kálnoky erklärt, der Text des Abkommens sei erfunden; im Jahre 1882 sei er bereits im Amte gewesen, habe aber ähnliches nicht abgeschlossen. Es sei möglich, daß vor ihm eine Abmachung zur Sicherung Serbiens vorhanden gewesen sei, ohne aber jetzt noch Gültigkeit zu haben. Eine Lächerlichkeit sei es jedoch, daß darin etwa Serbien von Oesterreich freie Hand bezüglich Bulgariens gelassen würde, wie Pacak erwähnt habe.

3./6. Oktober. (Pest.) Magnatenhaus. Gesetzentwurf über die freie Religionsübung.

Kardinal Schlauch erklärt die kirchenpolitischen Vorlagen für den Ruin des Staates und der Gesellschaft; die rumänischen und serbischen Patriarchen bekämpfen ebenfalls die Kirchenpolitik der Regierung; gegen den vorliegenden Gesetzentwurf erklärt sich auch der kalvinistische Bischof Szasz, der im übrigen die Kircheupolitik der Regierung billigt. Die Vorlage verteidigen der Kultusminister Eötvös und dessen Vorgänger Graf Czaky. (3. Oktober.)

Der reformierte Bischof Gabriel Pap führt aus, die Konfessionslosigkeit sei nicht gleichbedeutend mit Glaubenslosigkeit. Die Gewissens- und Glaubensfreiheit brauche niemand bange zu machen. Durch Gewissensfreiheit sei noch keine Nation zu Grunde gegangen, wohl aber durch Unduldsamkeit und Unterdrückung von Andersgläubigen. (5. Okt.)

Die Klerikalen beantragen, daß die Anerkennung einer neuen Konfession nicht der Regierung, sondern der Gesetzgebung zustehen solle. Wekerle und Eötvös bekämpfen den Antrag, der abgelehnt wird. Hierauf wird die Bestimmung, die Konfessionslosigkeit freizugeben, mit 122 gegen 96 Stimmen abgelehnt und endlich der ganze Gesetzentwurf mit großer Majorität abgelehnt. Mit der Mehrheit stimmen auch viele Liberale, da sie das Gesetz ohne die Konfessionsfreiheit nicht acceptieren wollen. (6. Okt.)

Oktober. (Wien.) Deutsche Parteibewegung. Gymnasiumfrage in Cilli.

Es wird bekannt, daß die Regierung beabsichtigt, das bisher deutsche Gymnasium in Cilli (Südsteiermark) mit slovenischen Parallelklassen zu versehen. Die deutsche Presse behauptet, bereits Graf Taaffe habe hierüber Zusagen gemacht und Graf Hohenwart bestehe nun auf der Erfüllung des Versprechens, um die sieben Slovenen seines Klubs der Koalition zu erhalten. In der deutschen Presse, vor allem in Steiermark, wird heftig dagegen protestiert, auch zahlreiche Volksversammlungen und Gemeindever-

tretungen verlangen, daß alle deutschen Parteien im Parlament die Absicht der Regierung vereiteln sollen.

8. Oktober. (Pest.) Das Magnatenhaus lehnt den Gesetzentwurf über die Rezeption der Juden mit 109 gegen 103 Stimmen ab.

9. Oktober. (Pest.) Das Magnatenhaus nimmt den Gesetzentwurf über die Religion der Kinder mit einigen von der Regierung gebilligten Änderungen einstimmig an.

9. Oktober. (Pest.) Abgeordnetenhaus. Budget.

Der Finanzminister Dr. Wekerle legt das Budget vor. Darin werden die Gesamtausgaben auf 467,792,748 fl. veranschlagt, die Einnahmen auf 467,811,057 fl. Der Ueberschuß beträgt somit 18,309 fl., gegenüber 111,000 fl. im Vorjahre. Die Bilanz des Ordinariums ergibt einen Ueberschuß von 24,322,000 fl. Die Ausgaben sind gegenüber dem Vorjahre um 26 Millionen höher, die Einnahmen um 28,400,000 fl. höher veranschlagt. Der Finanzminister glaubt, daß die Erhöhung der Voranschläge durch die thatsächlichen Ergebnisse der Schlußrechnungen für 1893 und durch die bisherigen Einnahmen für 1894 vollkommen gerechtfertigt würden.

10. Oktober. (Pest.) Magnatenhaus. Matrikelführung.

Der Gesetzentwurf über die staatliche Matrikelführung wird, nachdem Graf Ferdinand Zichy und Graf Szapary dagegen gesprochen haben, mit großer Majorität angenommen. Damit ist die Einführung der Zivilehe und der Zivilstandsregister gesichert.

12. Oktober. (Prag.) Österreich-Ungarn und Serbien.

Abg. Dr. Pacak erklärt in den „Narodni Listy“, daß er die angebliche „österreichisch-serbische Konvention“ aus „nicht anzuzweifelnder Quelle“ erhalten habe. Die Konvention datiere vom 1. Januar 1882 und sei im Januar 1894 abgelaufen, weshalb Graf Kálnoky mit Recht sagen konnte, daß die Angelegenheit nicht mehr aktuell sei. (Vgl. 3. Okt.)

14. Oktober. (Prag.) Deutsche Parteien Böhmens.

Auf einer Versammlung der deutsch-böhmischen Vertrauensmänner der deutsch-liberalen und deutsch-nationalen Parteien wird ein einstimmiger Beschluß gegen die Errichtung der slovenischen Parallelklassen in Cilli gefaßt und gegen die Stimmen der Deutsch-nationalen die Zustimmung zur Koalitionsregierung ausgesprochen.

14.—16. Oktober. Der König Alexander von Serbien besucht den Kaiser in Pest.

Oktober. (Cisleithanien.) Kundgebungen für das allgemeine Wahlrecht.

Im Lauf des Oktobers und der folgenden Monate kommt es in Wien und den größeren Städten wiederholt zu Massendemonstrationen für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. So in Wien und Brünn am 7. Oktober, in Wien am 15. Oktober. Meist verlaufen die Demonstrationen, die von sozialistischen und demokratischen Führern (Dr. Adler, Abg. Dr. Pernerstorfer und Kronawetter) geleitet werden, ruhig, nur am 18. Okt. kommt es in Wien zu einem Zusammenstoße mit der Polizei.

Oktober. Weinzollfrage.

Es finden Verhandlungen mit Frankreich über die Herabsetzung des Weinzolles statt, die die österreichisch-ungarische Regierung aber nur gegen erhebliche Zugeständnisse zugestehen will. Insbesondere verwirft sie den von Frankreich beanspruchten Mitgenuß des Italien eingeräumten Grenzbegünstigungszolles.

16. Oktober. (Wien.) Zusammentritt des Reichsrats. Budget.

Der Staatshaushalt, den Finanzminister v. Plener im Abgeordnetenhause vorlegt, weist gegen das Vorjahr eine Erhöhung von 16,596,867 fl. auf, die insbesondere in Mehransprüchen für die Landesverteidigung, den Kultus und Unterricht, für die Finanzverwaltung und den Handel begründet sind. Das Mehrerfordernis der gesamten indirekten Abgaben beträgt 1,415,867 fl., das Mehrerfordernis des Handelsressorts 7,238,670 fl., woran Staatsschuld, Posten, Telegraphen, Staatseisenbahnen und andere Anlagen vornehmlich Teil haben. Die Gesamtbedeckung gegen 1894 ist um 16,731,555 fl. höher; davon kommen auf direkte Steuern 1,183,000, Zollgefälle 1,920,103, indirekte Ausgaben 5,071,665, ferner auf das Handelsressort 9,214,640 fl., darunter die ordentlichen Betriebseinnahmen der Staatsbahnen mit 5,231,850 Gulden.

19. Oktober. (Wien.) Abgeordnetenhaus. Wahlreform.

Bei der Beratung des Budgets fordert Abg. Pernerstorfer die Dringlichkeit für die Wahlreform, die abgelehnt wird. Fürst Windischgrätz erklärt, die Regierung setze ihre Bemühungen, mit den koalierten Parteien zu einer Einigung über die Wahlfrage zu gelangen, fort und hoffe einen Entwurf noch in der gegenwärtigen Legislaturperiode vorlegen zu können. Der Ministerpräsident ermahnt angesichts der Straßendemonstrationen die Arbeiterführer entschieden zur Mäßigung und Gesetzlichkeit.

19. Oktober. (Pest.) Abgeordnetenhaus. Gesetzentwurf über die freie Religionsübung.

Das Haus beschließt nach einer längeren Rede des Justizmin. Dr. Szilagyi über die schädlichen Folgen des Konfessionszwanges, das Gesetz über die freie Religionsübung dem Oberhause zur unveränderten Annahme zurückzusenden.

20. Oktober. (Pest.) Abgeordnetenhaus. Rezeption der Juden. Religion der Kinder.

Das Haus beschließt mit allen gegen zwei Stimmen, den Gesetzentwurf über die Rezeption der Juden unverändert an das Magnatenhaus zurückzuverweisen. Das Haus nimmt ferner ohne Erörterung den vom Magnatenhause abgeänderten Gesetzentwurf über die Religion der Kinder an.

Oktober. (Pest.) Die liberale Partei und das Oberhaus.

Die liberale Partei beabsichtigt, falls das Magnatenhaus die Vorlagen auch zum zweiten Mal verwirft, im Unterhaus den Antrag zu stellen, den Zensus der Siebenbürger Magnaten auf 2000 fl. Grundsteuer herabzusetzen, da gegenwärtig der Hochadel Siebenbürgens des hohen Zensus wegen im Magnatenhaus nicht vertreten ist; dadurch würden über 30 Magnaten reformierter Religion ihre erblichen Sitze einnehmen. Die griechisch-katholischen und orthodoxen Prälaten billigen die Herabsetzung des Zensus, so daß die Annahme des Antrags im Oberhaus gesichert scheint.

28. Oktober. (Pest.) Franz Kossuth.

Franz Kossuth, der Sohn Ludwig Kossuths (vgl. S. 204) nimmt

seinen Wohnsitz in Pest. Die Unabhängigkeitspartei erhofft von seinem populären Namen große Erfolge. Er erklärt bei seiner Ankunft, er erstrebe die Unabhängigkeit Ungarns auf gesetzlichem Wege; der König werde erkennen, daß die reine Personalunion und ein freies Ungarn die beste Stütze seines Thrones sei.

Ende Oktober. Gymnasiumfrage in Cilli.

Die Deutsche Partei Mährens (Brünn 29. Okt.) und der Deutsche Verein für Oberösterreich (Linz 30. Okt.) verlangen die Ablehnung der Forderung für das slovenische Gymnasium in Cilli.

Oktober. November. (Istrien.) Streit um die doppelsprachigen Gerichtstafeln.

Auf Grund einer älteren Verfügung des Justizministeriums werden von Lokalbehörden an den Gerichtsgebäuden — auch in den Städten mit fast ausschließlich italienischer Bevölkerung — italienische und slovenische Gerichtstafeln angebracht, während bisher nur italienische existiert hatten. Es kommt darüber zu Tumulten in der italienischen Bevölkerung; in Pirano werden die doppelsprachigen Tafeln mit Gewalt entfernt, eine Versammlung istrischer Bürgermeister in Triest protestiert gegen die Verordnung, der Koroniniklub droht aus der Koalition auszutreten. Die Koalition erscheint gefährdet, da auch die deutsche Linke mit den Italienern wegen des rücksichtslosen Vorgehens der Slovenen sympathisiert. Die Regierung sucht zu vermitteln und erklärt auf eine Interpellation im Abgeordnetenhause (27. Oktober), eine Slavisierung Istriens liege ihr fern, sie würde in der Anbringung der doppelsprachigen Tafeln in jedem einzelnen Falle nach den lokalen Verhältnissen entscheiden. In Pirano wird schließlich die äußere doppelsprachige Tafel belassen, dagegen im Innern des Bezirksgerichts die einsprachige italienische wiederangebracht.

5. November. (Wien.) Abgeordnetenhaus. Beileidskundgebung für den Zaren.

Präsident Chlumecky widmet dem Zaren einen Nachruf, worin er ihn vornehmlich als Friedensfürsten preist. Als der Redner unter dem Beifall der Jungtschechen, Slovenen und Kroaten geendet hatte, ruft der polnische Demokrat Lewakowski: „Ich protestiere gegen diesen —", weiter läßt ihn der Präsident nicht sprechen. Großer Lärm. Der Dalmatier Bianchini ruft: „Das will ein Slave sein!" Der Jungtscheche Schamanek schreit gegen die Polen: „Barbaren, nicht einmal die Toten achten sie!" Lewakowski wird vom Polenklub getadelt, erhält aber aus Galizien viele Zustimmungskundgebungen.

November. (Ungarn.) Rundreise Kossuths.

Franz Kossuth beginnt (4. Nov.) eine mehrwöchige Agitationsreise, auf der er für sein Programm, Vernichtung des Ausgleichs und Personalunion zwischen Oesterreich und Ungarn, zu wirken sucht. Er wird in Czegled, Arad, Szegedin glänzend und nicht ohne Kundgebungen gegen die Dynastie empfangen, es machen sich aber auch Stimmen bemerklich, die gegen seine Politik protestieren. Die liberale Partei betrachtet im allgemeinen seine Agitation mit Ruhe und zieht sich je länger desto mehr von der Teilnahme an seinen Kundgebungen zurück.

7. November. (Pest.) Abgeordnetenhaus. Beileidskundgebung für Alexander III.

Der Präsident Banffy schlägt eine Beileidskundgebung für den

Zaren, der ein Freund des Königs und eine Stütze des Friedens gewesen sei, vor. Die äußerste Linke erklärt sich dagegen, da Rußland Ungarns Unabhängigkeit unterdrückt habe. Der Antrag wird gegen die Stimmen der äußersten Linken angenommen.

10. November. (Wien.) Abgeordnetenhaus. Militärbudget. Weinzollfrage.

Abg. Schauscher beantragt eine Resolution, welche die Regierung auffordert, in entsprechender Weise bei den befreundeten Regierungen die Idee einer allgemeinen Abrüstung anzuregen und die Einsetzung eines Völker-Schiedsgerichts in Vorschlag zu bringen. Der Landesverteidigungsminister bezeichnet die ungeheuren Rüstungen als ein Uebel der Menschheit, zu dessen Abstellung Oesterreich die Initiative jedoch nicht ergreifen könne. Oesterreich stehe gewiß nicht an der Spitze der zur steten Erhöhung der Rüstungen drängenden Bewegung und könne daher auch die Beseitigung der riesigen Belastung nicht herbeiführen.

Die Resolution wird mit großer Majorität abgelehnt und das Rekrutenkontingent bewilligt. Hierauf erklärt der Handelsminister Graf Wurmbrand aus Anlaß einer Interpellation über die Verhandlungen mit Frankreich über den Weinzoll, Oesterreich-Ungarn lehne nach wie vor die von Frankreich geforderte Gleichstellung mit den an Italien gewährten Begünstigungen ab.

12./13. November. (Wien.) Niederösterreichischer Katholikentag.

Auf der Versammlung sind fast ausschließlich koalitionsfeindliche Elemente vertreten. Nach einer Rede des Antisemitenführers Lueger wird eine Resolution angenommen, die eine Reform der Volksschule auf streng konfessioneller Grundlage fordert. Ferner spricht sich die Versammlung für die Wiederherstellung der territorialen Unabhängigkeit des Papstes aus und erklärt die Kirche für die einzige Macht, die die soziale Frage lösen könne.

16. November. (Wien.) Das Herrenhaus nimmt in Abwesenheit sämtlicher Polen eine Beileidskundgebung für den Zaren Alexander III. an.

November. (Wien.) Wahlreform.

Es finden Verhandlungen zwischen der Regierung und den koalierten Parteien statt über die Gestaltung des Wahlrechts. Den Vorschlag der Regierung, alle über 24 Jahre alten außerhalb des jetzigen Kreises der Wahlberechtigten stehenden Männer in einer neuen Kurie 43 Abgeordnete wählen zu lassen (vgl. S. 203), bekämpft Graf Hohenwart, der das Wahlrecht nicht auf die ländlichen Tagelöhner ausdehnen will, um nicht „eine Organisation der Besitzlosen“ zu schaffen; er will das Wahlrecht allein auf die Industriearbeiter ausdehnen und ihnen 22 Mandate überlassen. Die Linke stimmt ihm zu. Die Polen schlagen vor, alle jetzt nicht Wahlberechtigten mit Ausnahme der Dienstboten in eine Kurie zusammenzufassen und dieser 43 Mandate zu übertragen.

Ende November erklärt der Ministerpräsident Fürst Windischgrätz im Wahlreformausschuß, daß die Regierung nun die Beratung der Wahlreform im Ausschuß wünsche. Nach den bei den bisher gepflogenen Besprechungen mit den Koalitionsparteien gewonnenen Erfahrungen scheine die Einräumung einer parlamentarischen Vertretung an die Arbeiter allseitige Billigung gefunden zu haben; sie werde daher zunächst in Aussicht zu nehmen sein. Sollte jedoch die Berücksichtigung auch anderer Volks-

schichten, die bisher das Wahlrecht nicht besitzen, die Zustimmung der koalierten Parteien finden, so werde die Regierung, sofern die Anträge sich in dem Rahmen ihres Programms vom 23. November 1893 bewegen, bereit sein, an dem Zustandekommen von Gesetzentwürfen auf dieser Grundlage mitzuwirken. Namens der koalierten Parteien sprechen die Grafen Hohenwart, Stadnicki und Kuenburg ihre Zustimmung dazu aus, daß die Regierung die Wahlreform-Aktion auf den parlamentarischen Boden zurückgeleitet habe, und hoffen ein gedeihliches Ergebnis. Kuenburg insbesondere wünscht die Ausdehnung auch auf Nichtarbeiter und die Angliederung einer fünften Wahlkurie. Die Jungtschechen und Deutschnationalen sind unzufrieden mit der Regierungserklärung. Auf eine Bemerkung Fanderliks, das Beste wäre, auf die Wahlreform Taaffes zurückzugreifen, erklärt Windischgrätz, das allgemeine Stimmrecht könne die Regierung nie annehmen, sie könne nur einer von sämtlichen koalierten Parteien angenommenen Wahlreform zustimmen.

18. November. (Stuhlweißenburg.) Katholikentag.

Die Versammlung beschließt, ein Gesuch an den König zu richten, die Sanktionierung der kirchenpolitischen Vorlagen zu verweigern. Ferner wird die Gründung einer katholischen Volkspartei beschlossen, den nichtmagyarischen Nationalitäten wird Duldung ihrer Sprache in Schule und Kirche zugesagt. Diese letzte Erklärung ruft in der liberalen wie in der Unabhängigkeitspartei große Entrüstung hervor.

18. November. (Prag.) Alttschechischer Parteitag.

Alttschechische Vertrauensmänner beschließen, aus der politischen Passivität herauszutreten und die Partei zu reorganisieren. Es werden mehrere Resolutionen gegen die jungtschechische Politik, insbesondere gegen die Forderung des allgemeinen Wahlrechts angenommen.

19. November. (Debreczin.) Kossuthskandal.

Bei einem Bankett bringt Kossuth ein Hoch auf den König aus. Unmittelbar darauf spielt die anwesende Zigeunerkapelle ein Schmählied gegen die Deutschen, in das ein Teil der Anwesenden einstimmt.

Der Vorfall erregt überall die größte Entrüstung; Kossuth erklärt, das Ereignis beruhe auf einem Mißverständnis. Vgl. 21., 23. Nov.

21. November. (Pest.) Abgeordnetenhaus. Interpellation über Kossuth. (Vgl. 19. und 23. Nov.)

Der liberale Abg. Busbach hat folgende Interpellation eingebracht: „Warum läßt die Regierung den fremden Staatsangehörigen Franz Kossuth eine politische Rundreise unternehmen und durch aufreizende Reden den Landfrieden stören? Hat der Justizminister Verfügungen getroffen, um die auf dem Bankett zu Ehren Kossuths in Debreczin vorgekommene Majestätsbeleidigung aufs strengste zu ahnden?“ Der Minister des Innern Hieronymi verurteilt unter allgemeinem Beifall die Ausschreitung in Debreczin scharf und sagt strenge Untersuchung zu. Die Regierung wolle Franz Kossuth nicht als Fremden betrachten, da er sich um die ungarische Staatsbürgerschaft beworben habe, sie werde aber keine Gesetzwidrigkeit dulden.

23. November. (Debreczin.) Kossuthbankett.

Der Oberstadthauptmann stellt in der Untersuchung des Zwischenfalls beim Kossuth-Bankett fest, daß nach den Worten des Pfarrers Thotte: „Es lebe das Vaterland!“ Eljenrufe erschallten und der Name des Königs nicht gehört wurde. Die Zigeuner begleiteten den Trinkspruch mit dem üblichen Tusch und spielten erst später das Spottlied.

24. November. (Pest.) Abgeordnetenhaus. Nationalitätenfrage.

Abg. Serban greift die Regierung wegen ihrer Politik gegen die Rumänen an. Min. des Innern Hieronymi erwidert, die Rumänen legten der Ausgleichung der Gegensätze die größten Hindernisse in den Weg; ihre Führer zögen sich aus der Oeffentlichkeit zurück, sie kokettierten mit ausländischen Revolutionsparteien und schmiedeten Pläne zur Teilung Ungarns.

25. November. (Wien.) Audienz Wekerles beim König.

26. November. (Pest.) Ministerkrisis. Erklärung Wekerles. Kálnoky.

Infolge der Ablehnung der kirchenpolitischen Gesetzentwürfe durch das Oberhaus wird in der Presse die Möglichkeit einer Ministerkrisis erörtert. In der liberalen Partei erklärt der Ministerpräsident Dr. Wekerle, er sei beim König mit der Bitte erschienen um Aufschub der Verhandlung der zwei noch in Beratung stehenden Gesetzentwürfe, dagegen bitte er, die kirchenpolitischen Gesetzentwürfe vorher zu sanktionieren. Er habe die allerhöchste Ermächtigung zu der Erklärung erhalten, daß der König die kirchenpolitischen Vorlagen, und zwar unter dem gegenwärtigen Kabinet, sanktionieren werde. Dadurch sei zum ferneren Wirken des Kabinets nicht nur die Rechtsbasis, sondern gleichzeitig auch die Pflicht gegeben. Von einer Krisis sei keine Rede.

Mit dem Wiederauftauchen der Ministerkrisis wiederholen sich auch die Angriffe ungarischer Blätter auf Kálnoky. Das Wiener „Fremdenblatt" tritt diesen Angriffen entgegen.

26. November. (Wien.) Auszeichnung der Koalitionsparteien.

Aus jeder Koalitionspartei erhält ein Mitglied die Exzellenz-Würde, von der deutschen Linken das Herrenhausmitglied Graf Oswald Thun, von den Polen das Herrenhausmitglied Graf Badeni, vom Hohenwartklub Graf Eduard Palffy, vom Coroniniklub Baron Ludwigsdorff.

26. November. (Pest.) Franz Kossuth leistet den Unterthaneneid.

28. November. (Wien.) Abgeordnetenhaus. Immunität der Delegationsreden.

Abg. Pacak (Jungtsch.) beantragt, durch Abänderung des § 28 des Preßgesetzes die Immunität für die Wiedergabe von Reden auch auf die Delegationsreden auszudehnen. (Der Antrag ist veranlaßt durch die Beschlagnahme einer Delegationsrede des jungtschechischen Delegierten Kaftan seitens eines Lokalbeamten.) Justizmin. Graf Schönborn: Er halte Delegationsreden für ebenso immun wie Reichsratsreden, und er billige nicht die Beschlagnahmen, die den Antrag veranlaßt hätten. Der Minister wies jedoch darauf hin, daß die Frage, um die es sich handle, in der Litteratur und Praxis der österreichischen Jurisprudenz thatsächlich verschieden aufgefaßt würde. Er habe die nötigen Weisungen an die Oberstaatsanwaltschaften erteilt, sie sollten sich gegenwärtig halten, daß Delegationsreden immun seien. Der Minister des Innern bemerkt, die vom Justizminister verfügten Weisungen würden selbstverständlich auch den Bezirkshauptmannschaften für die ihnen zugewiesenen Preßangelegenheiten zur Richtschnur dienen.

Der Antrag, dessen Tendenz von allen Parteien gebilligt wird, wird an den Preßausschuß verwiesen.

28. November. (Hermannstadt.) Rumänenversammlung.

Eine unter dem Vorsitze des Erzpriesters Popovicin stattfindende Volksversammlung faßt folgenden Beschluß: „Die Versammlung erklärt den Erlaß des Ministers betreffend die Auflösung des Zentralkomitees für verfassungswidrig und gesetzwidrig; sie erneuert ihre Erklärung, an dem bisherigen Programme festhalten zu wollen, und protestiert gegen jede Art von Verfolgung. Die Versammlung verurteilt alle magyarisierenden Gesetze und beschließt, an dem einzuberufenden Nationalitäten-Kongresse teilzunehmen; sie dankt der ausländischen Presse und den ausländischen Staatsmännern für die Unterstützung der rumänischen Sache und protestiert schließlich gegen die Insinuation, daß die rumänische Nationalpartei irredentistische Zwecke verfolge." Die gemäßigten Führer, wie Mocsonyi, nehmen nicht daran teil, weil derartige Kundgebungen die Gegensätze nur verschärfen könnten.

29. November. (Debreczin.) Loyalitätskundgebung.

Eine Hauptversammlung der Stadt Debreczin nimmt einstimmig einen von sämtlichen Stadtverordneten unterzeichneten Antrag an, gegenüber den hiesigen Vorgängen eine loyale Kundgebung für den Kaiser zu beschließen. Der Antrag wird stehend angehört, der Beschluß mit minutenlangen, begeisterten Eljenrufen aufgenommen. Der Obergespan soll den Beschluß amtlich nach Wien melden.

3. Dezember. (Pest.) Abgeordnetenhaus. Theatervorlage.

Das Haus lehnt in der dritten Lesung die Vorlage, betreffend das unverzinsliche Darlehen für ein neues Lustspieltheater, in welchem jährlich 50 nicht ungarische Vorstellungen aufgeführt werden sollen, mit 2 Stimmen Majorität ab. In der zweiten Lesung war die Vorlage angenommen worden.

5. Dezember. (Wien.) Abgeordnetenhaus. Strafgesetz.

In der Beratung des Strafgesetzentwurfs lehnt das Haus den Antrag auf Aufhebung der Todesstrafe mit 148 gegen 66 Stimmen ab.

5. Dezember. (Wien.) Steuerreform.

Der Steuerreformausschuß beschließt, dem Hause eine progressive Einkommensteuer vorzuschlagen, deren Sätze sich von 0,6% bis 4% erstrecken. Der erhoffte Ueberschuß soll zur Herabsetzung der Grund-, Gebäude- und Erwerbssteuer verwendet werden.

7. Dezember. (Wien.) Abgeordnetenhaus. Eisenbahnen.

Das Haus genehmigt die Verstaatlichung der böhmischen Westbahn, der mährischen Grenzbahn, der mährisch-schlesischen Zentralbahn. (Genehmigung im Herrenhause am 11. Dez.)

10. Dezember. (Wien.) Der Kaiser genehmigt die vom ungarischen Reichstag angenommenen kirchenpolitischen Gesetze.

10. Dezember. (Pest.) Abgeordnetenhaus. Erklärung Wekerles über die kirchenpolitischen Vorlagen und Kálnokys Haltung.

In der Budgetberatung wird Wekerle von den Oppositionsparteien heftig wegen der Verzögerung der kgl. Sanktion der Kirchenvorlagen angegriffen. Die Lage der Regierung sei daher höchst unsicher und stelle die Nation bloß. Ferner werden Angriffe gegen Graf Kálnoky erhoben. Min.-Präs. Dr. Wekerle: Die Lösung der kirchenpolitischen Fragen habe sich nirgends ohne schweren Kampf vollzogen. Sich im voraus die Genehmigung der kirchenpolitischen Gesetze zu sichern, wäre eine Beschränkung der

Rechte der Krone gewesen. Als sich die Angelegenheit verzögerte, sei er mit nachdrücklichen Bitten aufgetreten, und zwar mit Erfolg, denn die Vorlagen seien mit der Genehmigung versehen und bereits eingetroffen. Auch die grundlose Beschuldigung einer unbefugten Einflußnahme des Ministers des Auswärtigen Grafen Kálnoky müsse jetzt verstummen. Graf Kálnoky habe eine unbefugte Einmischung nie unternommen und nie versucht. Niemand könne voraussetzen, daß irgend ein ernster politischer Faktor sich auf den unfruchtbaren Versuch einlassen werde, in Ungarn eine der herrschenden liberalen Richtung entgegengesetzte Politik einzuleiten. Kein ernster Faktor im Hause würde ein derartiges Vorgehen unterstützen. Eine weitere Bürgschaft biete die öffentliche Meinung, die unverbrüchlich für die liberalen Gedanken einstehe. Wir werden, ob wir hier sitzen oder nicht, stets dieser Richtung dienen! Sollte ich diesen Platz verlassen, so werde ich trachten, daß der Sturz ein parlamentarischer sein wird. (Beifall.) Der Zeitpunkt für die Aufwerfung der Vertrauensfrage nach oben bleibe mir überlassen. Da die Mehrheit des Hauses uns Vertrauen entgegenbringt, ist eine Vertrauensfrage hier überflüssig.

Dezember. (Ungarn.) Feier der Sanktion der Kirchengesetze.

In vielen Städten wird die Genehmigung der kirchenpolitischen Vorlagen mit Illumination, Festbanketts, Danktelegrammen an den König und Wekerle gefeiert, so in Preßburg, Temesvar, Klausenburg. In Pest findet ein großer Fackelzug statt. (13. Dez.)

12. Dezember. (Pest.) Das Abgeordnetenhaus genehmigt die Regelung der provisorischen Handelsbeziehungen mit Spanien ohne Debatte. (Genehmigung im Oberhause 17. Dez.)

13. Dezember. (Wien.) Das Abgeordnetenhaus nimmt den allgemeinen Teil des Strafgesetzentwurfs an.

14./15. Dezember. (Wien.) Abgeordnetenhaus. Budget. Pirano, Cilli, Wahlreform.

Abg. Spincic (Slov.) kritisiert das Vorgehen der Regierung in Istrien, insbesondere anläßlich der Angelegenheit in Pirano. Er bezeichnet dieses Vorgehen als ohnmächtig und erklärt, die Slovenen könnten einer solchen Regierung keinen Kreuzer bewilligen. Der Kampf in Istrien werde fortdauern. Der Italiener Rizzi erklärt, die Italiener widersetzten sich nicht der nationalen Entwicklung der Slovenen in Istrien, bekämpften jedoch deren übertriebene sprachliche Parität. Redner stimmt trotzdem für das Budget, indem er die Hoffnung ausspricht, die Regierung werde die nationale Begehrlichkeit der Slovenen nicht unterstützen und die einzige konservative Partei Istriens, die Italiener, nicht in die Opposition treiben. Der Deutschnationale Kindermann fordert, den ins Budget eingestellten Posten für die slovenischen Parallelklassen in Cilli zu streichen. Auf eine Anfrage über das Schicksal der Wahlreform antwortet Finanzmin. Dr. v. Plener: Die Wahlreform lasse sich nicht dem Hause über den Kopf werfen und sei nur im Einvernehmen der koalierten Parteien durchführbar. Von der Notwendigkeit der Erteilung des Wahlrechts an die Arbeiter seien alle Parteien überzeugt; viele seien auch für die Wahlrechtserteilung an die kleinsten Steuerträger, dies seien jedenfalls schon Marksteine der neuen Vorlage, auf die sich die Parteien hoffentlich einigen würden. Das allgemeine Wahlrecht sei nicht durchzusetzen, würde aber auch gewiß nicht zum Heile Oesterreichs gereichen. Der Minister mahnte die Koalitionsparteien dringend zur Einig-

keit. Die verwickelte Struktur des österreichischen Staates, so legte er dar, lasse es hier noch bedenklicher als sonstwo erscheinen, wenn revolutionäre, demokratische Bewegungen die Massen zur Herrschaft bringen, welche sich bisher nie mit öffentlichen Dingen beschäftigt hatten. Wie in England, so seien vielfach auch auf dem Festlande die alten Parteien eigentlich aufgelöst. Diese setzten ein traditionelles Gefühl des öffentlichen Lebens voraus, das nur bei jenen Klassen der Gesellschaft bestehen könne, die an eine jahrelange Führung der Geschäfte gewöhnt gewesen seien. Es sei kein Zweifel, daß die neuen Schichten, welche in England, wie anderwärts, mit der Ausdehnung des Wahlrechts eine immer größere Anzahl von Mandaten erringen, durch die Gewöhnung an die öffentlichen Geschäfte auch in die Stelle der alten regierenden Klassen einrücken würden, und dann müßten auch manche von den radikalen Forderungen in den Hintergrund treten. Um aber diesen Uebergang inmitten einer gährenden Zeit zu erleichtern, sei, zumal in Oesterreich, eine Koalition der staatserhaltenden Parteien gegenüber den noch unklar andrängenden Fraktionen unabweislich. Hr. v. Plener stellte die Koalition der gemäßigten Parteien Deutschlands, wie sie im Kartell bestand, als Beispiel hin. Er verlangte sogar, daß die Bekämpfung der Kandidaten der Koalition durch die verbündete Partei aufhören müsse. Man dürfe sich nicht darüber täuschen, so sagte der Minister, daß ein solcher Prozeß, damit er überhaupt gelinge — und man stehe erst am Anfang dieser ganzen Aktion — bestimmtere Formen annehmen müsse, wenn eine dauernde Mehrheit im Parlament möglich sein solle. („Allg. Ztg.")

Das Budgetprovisorium wird bewilligt.

17. Dezember. (Pest.) Magnatenhaus. Beileidskundgebung für Zar Alexander III.

20.—23. Dezember. Demission des ungarischen Ministeriums.

Am 20. wird Wekerle vom König in Wien empfangen. In der Audienz wird nach dem „Pester Lloyd" die Möglichkeit des Rücktritts erörtert, der König verspricht die Lösung nach den Feiertagen. Das neue Kabinet solle der liberalen Partei angehören. Wekerles Berufung ist ausgeschlossen, da er an den zwei unerledigten Kirchengesetzen festhalte.

Am 21. reicht das Ministerium seine Entlassung ein, am 23. genehmigt sie der König und betraut das Kabinet mit der Fortführung der laufenden Geschäfte.

20. Dezember. (Wien.) Das Abgeordnetenhaus genehmigt die Vorlage über die Sonntagsruhe. (Das Herrenhaus am 21.)

21. Dezember. (Wien.) Vertagung des Reichsrats.

Die „Köln. Ztg." schreibt über die Sitzungen des Reichsrats: „Im Ganzen hat das Abgeordnetenhaus während dieses Tagungsabschnittes seit dem 16. Oktober in 33 Sitzungen zwar nicht das Jahresbudget erledigt, aber doch das „Budgetprovisorium" und das „Rekrutenkontingent" bewilligt, zwar nicht die große Justizreform durchgeführt, aber doch den allgemeinen Teil des Strafrechts erledigt und die Zivilprozeßordnung durch Annahme eines abgekürzten Verfahrens sichergestellt, zwar nicht die Währungsfrage und die Beamtengehalte geregelt, aber eine Steuerreform wenigstens im Ausschuß angenommen und den kleinen Beamten kleine Zuschüsse gewährt, zwar nicht die Wahlreform zustande gebracht, aber doch eine Anzahl sozialpolitische Gesetze über Sonntagsruhe, Eisenbahnverstaatlichungen und Lokalbahnen, Verbesserung der Gendarmerie, Einschränkung der Ausverkäufe und des Hausiergewerbes und andere kleine Sondergesetze. Das ist schließlich

für eine Herbsttagung eine tüchtige Arbeit, und die Koalionsparteien könnten recht frohgemut in die Ferien gehen, wenn nicht die bösen Fragen der Wahlreform und der Cillischule (hinter welcher die nationale Kraftfrage steckt) im Frühling wieder bedrohlich aufsteigen würde."

27./28. Dezember. Einberufung von Landtagen.

Die Landtage von Böhmen, Ober- und Niederösterreich, Steiermark, Mähren, Schlesien, Görz und Gradisca treten am 27., die Landtage von Galizien und Krain am 28. Dezember zusammen.

27. Dezember. (Pest.) Erklärung Wekerles über den Rücktritt.

In der Versammlung der liberalen Partei gibt Wekerle als den Grund seiner Demission an, daß das Kabinet das Vertrauen der Krone verloren habe. Von einer Aenderung der kirchenpolitischen Gesetze könne aber nicht die Rede sein, daher möge die Partei jedes Ministerium unterstützen, das sie durchführen wolle. Graf Czaky (früher Kultusminister): Er bedauere Wekerles Rücktritt, aber das Vertrauen zwischen den konstitutionellen Faktoren müsse wiederhergestellt werden; wenn daher der König ein neues Kabinet bilden wolle, um die kirchenpolitische Gesetzgebung durchzuführen, müsse es rückhaltslos unterstützt werden. Eine reaktionäre Strömung sei bei dem konstitutionellen Sinn des Monarchen nicht zu besorgen.

28. Dezember. (Pest.) Reichstag. Demissionserklärung.

Wekerle motiviert seinen Rücktritt mit dem Verlust des kgl. Vertrauens und fügt auf Angriffe der Opposition im Abgeordnetenhause wegen der Kürze der Erklärung hinzu, der Rücktritt habe sich vollkommen parlamentarisch vollzogen. Die Krone brauche ihr Vertrauen zur Regierung nicht zu begründen; letztere könne daher keine konkreten Gründe anführen.

Ende Dezember. (Pest.) Der König verhandelt mit zahlreichen Führern der liberalen und Nationalparteien über die Neubildung des Kabinets.

III.

Portugal.

12. Januar. (Lissabon.) Der König billigt das Abkommen zwischen der Eisenbahngesellschaft und ihren Gläubigern.

Ende Januar. Februar. Gewerbesteuergesetz.

Zahlreiche kommerzielle und industrielle Vereinigungen fordern die Aufhebung des neuen Gewerbesteuergesetzes, das die Abgaben von Industrie und Handel ungefähr verdoppelt. Mehrere Vereine werden wegen dieser Agitation aufgelöst.

Mitte Februar. Portugal und Frankreich.

Der französische Gesandte Bihourd verläßt Lissabon, weil Portugal die französischen Gläubiger illoyal behandle. Portugal ruft seinen Gesandten Ende März aus Paris ab.

2. März. (Oporto.) Der König eröffnet die Kolonialausstellung und legt den Grundstein zum Denkmal Heinrichs des Seefahrers.

März. Konflikt mit England am Sambesi. S. Afrika.

15. April. Neuwahlen.

Es werden gewählt 109 Ministerielle, 49 Progressisten, 11 Unabhängige und 2 Republikaner.

April und Mai. Zahlreiche Cholerafälle in Lissabon.

Mai. Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Brasilien. S. Süd-Amerika.

Anfang Juni. (Oporto.) Oppositionsversammlung.

Ein großes Progressistenmeeting bezeichnet die Erhebung der Steuern als ungesetzlich, da das Budget noch nicht bewilligt sei, fordert die Schaffung eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes mit genauen Strafbestimmungen und die Reform des Wahlsystems.

Juli. Konflikt mit Deutschland in Ostafrika. S. Afrika.

4. September. Ministerwechsel.

Das Kabinet wird folgendermaßen zusammengesetzt: Hintze Ribeiro, Präsidium und Finanzen; Franco Castello Branco, Inneres; Piementel

Pinto, Krieg; Azevedo Castello Branco, Justiz; Brissac dos Neves Ferreira, Marine und Kolonien; Carlos Lobo Avila, Auswärtiges; Campos Henrique, öffentliche Arbeiten.

1. Oktober. (Lissabon.) Zusammentritt der Cortes.

30. Oktober. (Lissabon.) Budget.

Das der Kammer vorgelegte Budget für die Zeit vom 1. Juli 1894 bis zum 30. Juni 1895 beziffert die Staatseinnahmen auf 47,508, die Ausgaben auf 47,323 Contos Reis. Das Defizit des abgelaufenen Finanzjahres bleibt nach der amtlichen Konstatierung um 45 Prozent hinter der Schätzung des Voranschlags zurück. Der Staatsschatz schuldet der Bank von Portugal über 50 Contos Reis für Oktober 1893. Die Banknoten-Zirkulation beträgt 51,438 Contos Reis.

IV.

Spanien.

1. Januar. Handelspolitik.

Die Königin unterzeichnet eine Verordnung, durch welche Frankreich, Oesterreich, Deutschland, Dänemark, England und Italien die Vorteile des sich aus den Handelsverträgen mit der Schweiz, Schweden-Norwegen und Holland, welche heute in Kraft treten, ergebenden Vertragstarifes gewährt werden.

12. Januar. Republikanische Propaganda.

Der Führer der Republikaner, Zorilla, veröffentlicht ein Manifest, das sich gegen die Handelspolitik der Regierung wendet und die Armee zu gewinnen sucht. Es wird beschlagnahmt (13. Januar).

Januar. Kampf mit den Riff-Berbern. (S. 1883 S. 203.)

Die Rifioten geben nach, so daß die militärische Aktion von Martinez Campos unnötig wird. Er geht als außerordentlicher Gesandter zum Sultan von Marokko nach Tanger, um 30 Mill. Pesetas Entschädigung zu fordern.

Januar. Anarchistische Attentate.

An mehreren Orten finden Bombenexplosionen statt, meist ohne Schaden anzurichten; in Barcelona wird der Gouverneur durch einen Schuß verwundet (25. Januar).

Januar. Februar. Große Hungersnot in Südspanien. Die Bauern ziehen bettelnd umher, es bilden sich Räuberbanden.

Januar. Februar. Handelsverträge.

Viele kommerzielle und industrielle Vereinigungen aller Provinzen protestieren gegen die Handelsverträge mit Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien. Nur die Korkpfropfenindustrie ist dafür. Die Bewegung gegen die Verträge hält bis zum Sommer an.

Februar. Regierung und baskische Provinzen.

Die Regierung beabsichtigt, die vier baskischen Provinzen, deren Steuerleistung vertragsmäßig für immer fixiert ist, durch Aufhebung ihrer Sonderrechte, der Fueros, dem allgemeinen Steuersystem anzuschließen und ihnen dieselben Lasten wie den anderen Provinzen aufzuerlegen. Biscaya, Guipuzcoa und Alava einigen sich mit der Regierung auf eine Erhöhung

ihres Beitrages gegen Beibehaltung ihrer Selbstverwaltung, Navarra lehnt jedes Entgegenkommen ab.

5. März. Abkommen mit Marokko.

Nach langen Verhandlungen zwischen Marschall Martinez Campos und Muley Hassan, während deren der Marschall mit seiner Abreise droht, versteht sich der Sultan zur Zahlung der Entschädigung, die Spanien auf 20 Millionen ermäßigt. Zunächst sollen 5 Millionen gezahlt werden, der Rest in kleineren Raten. In Melilla soll das spanische Gebiet durch eine neutrale Zone gesichert werden, die am 31. Oktober abgesteckt sein muß.

10. März. Ministerwechsel.

Da unter den Ministern über verschiedene Fragen, wie die Erhebung der Weinsteuer, die Behandlung von Navarra, Differenzen herrschen, reicht das Kabinet seine Demission ein. Die Königin betraut Sagasta mit der Neubildung des Kabinets, das aus folgenden Personen zusammengesetzt wird: Sagasta, Präsidium; Amos Salvador, gegenwärtig Direktor der Tabakkompagnie, Finanzen; Aquilera, gegenwärtig Gouverneur von Madrid, Inneres; Groizard, öffentliche Arbeiten. Capdepon, Moret, Dominguez und Parquin behalten ihre Portefeuilles. (12. März.)

4. April. Zusammentritt der Cortes. Anarchistengesetz.

Ein vom Justizminister vorgelegter Gesetzentwurf setzt die Todesstrafe oder lebenslängliche Zwangsarbeit auf die Urheber von anarchistischen Attentaten mit Sprengstoffen; auf Hinlegung von Bomben in bewohnten Räumen wird die Todesstrafe ebenfalls festgesetzt. Die anarchistischen Vereine werden aufgelöst.

10. April. Spanische Pilgerfahrten nach Rom.

1400 Pilger brechen nach Rom auf. Bei der Einschiffung in Valencia finden Kundgebungen und Angriffe auf sie statt, wobei Hochrufe auf Garibaldi und die italienische Einheit ausgebracht werden.

20. Mai. Verurteilung von Anarchisten.

Von den der Teilnahme am Attentat gegen Martinez Campos angeklagten Anarchisten werden 6 zum Tode, 4 zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt. (Vgl. 1893 S. 204.)

8. Juni. Budget pro 1894/95. Defizit.

Das dem Ministerrate vorgelegte Budget pro 1894/95 setzt die Einnahmen auf 744,593,223 Pesetas, die Ausgaben auf 769,126,720 Pesetas fest. Das Defizit beläuft sich demnach auf 24,533,497 Pesetas. Der Minister wird einen Gesetzentwurf einbringen, demzufolge eine Anleihe durch die Tabaksteuer garantiert wird.

11. Juli. Vertagung der Cortes. Handelsverträge.

Ueber die Handelsverträge ist kein Beschluß gefaßt worden, da die mit der Vorberatung betrauten Kommissionen den Verträgen abgeneigt waren und die Beratungen verzögert haben.

12. Juli. Der deutsche Botschafter v. Radowitz zieht den deutsch-spanischen Handelsvertrag zurück.

Juli. Carlistenpartei.

Der Sohn des Prätendenten Don Carlos, Don Jaime, unternimmt eine Rundreise durch Spanien. Es erfolgen keine bedeutenden Kundgebungen; die Carlistenpartei zerfällt immer mehr, zumal da auch der Papst in den

Ansprachen an die spanischen Pilger zum Anschluß an die regierende Dynastie aufgefordert hat.

August. Heeresorganisation.

Das Kriegsministerium veröffentlicht folgenden Neugestaltungsplan: Die Infanterie soll in 56 Regimentern, 20 Jägerbataillonen und einigen Regional- und Strafbataillonen 52,000 Mann zählen, die Kavallerie in 28 Regimentern 12,500 Mann, die Artillerie 9900 Mann, die Genietruppe 3800 Mann. Mit Einrechnung des Generalstabes, der Intendantur, der Kriegsschulen und des Sanitätswesens soll die Friedensstärke 82,000 Mann betragen.

10. September. Bei den Provinzialwahlen siegen überall die Ministeriellen.

Ende September. Protestantismus in Spanien.

In Madrid wird ein evangelischer Bischof geweiht. Der Primas von Spanien, Kardinal Moneseillo, protestiert mit dem gesamten Episkopat in einem Hirtenbriefe gegen diese Duldung der Ketzerei, wodurch die Verfassung verletzt werde.

31. Oktober. Demission des Kabinets Sagasta wegen innerer Differenzen.

4. November. Neubildung des Kabinets.

Der mit der Neubildung wieder betraute Sagasta bringt folgendes liberale Konzentrationsministerium zu stande: Sagasta, Präsidium; Maura, ein Anhänger Gamazos, Justiz; Groizara, früher Gesandter beim Vatikan, Auswärtiges; Abarzuza, ralliierter Republikaner und Anhänger Castelars, Kolonien; Puigcerver, Demokrat, Ackerbau und Handel; Lopez Dominguez, Krieg; Capedepon, Inneres; Amos Salvador, Finanzen, und Admiral Pasquen, Marine.

November. Beleidigung der Königin.

Carlistenblätter verbreiten die Behauptung, die Königin gehöre dem Freimaurerorden an. Das Gerücht erregt großes Aufsehen und wird in der Kammer von den Ministern als eine Beleidigung der Königin entschieden zurückgewiesen.

15. Dezember. Demission des Finanzministers Salvador.

Da die Deputiertenkammer sich für die Erhöhung der Weinzölle ausspricht, nimmt der Finanzminister seine Entlassung; er wird durch den früheren Justizminister Canalejas ersetzt (17. Dez.).

V.

Großbritannien.

1. Januar. Eröffnung des Manchesterkanals, der Manchester mit der irischen See verbindet.

5. Januar. (Unterhaus.) Achtstündiger Arbeitstag.

Der Kriegsminister Campbell-Bannermann erklärt, die Herabsetzung der Arbeitsstunden auf 48 per Woche oder 8 per Tag sei in allen Werkstätten, Arsenalen u. s. w. des Kriegsministeriums für möglich befunden worden und erfolge ohne Lohnherabsetzung.

9. Januar. Bau neuer Kriegsschiffe.

Ein Ministerrat genehmigt die Vorschläge des Marineministers Lord Spencer, eine große Anzahl neuer Kriegsschiffe zu bauen und die Flottenmannschaften erheblich zu vermehren. Je 4½ Millionen Pfd. sollen in den nächsten Jahren mehr auf die Flotte verwendet werden. (Vgl. 1893 19. und 22. Dez.).

11. Januar. (Abrüstung.)

Gladstone erwähnt im Unterhause, Lord Clarendon habe kurz vor seinem Tode die allgemeine Abrüstung angeregt und von einer großen Macht eine ermutigende Antwort erhalten. (Vgl. Revue bleue 15. April 1893.)

17. Januar. (Leicester.) Der Kongreß der englischen Bergarbeiter spricht sich für Nationalisierung der Bergwerke aus.

Januar. (Herzog von Koburg.)

Debatten im Unterhause über die Stellung des Herzogs von Koburg. Die Radikalen behaupten, er habe aufgehört, Engländer zu sein, sobald er den deutschen Thron bestieg, liberale und konservative Kreise sind der Meinung, der Prinz bleibe Engländer, solange er noch nicht in Deutschland förmlich naturalisiert sei. (Vgl. Deutschland 5. II, England 1893, 21. Dez.)

Januar. Zerwürfnis mit dem Khedive von Egypten s. Egypten.

29. Januar. (Oberhaus.) Haftpflichtgesetz.

Das Oberhaus verwirft mit 125 gegen 22 Stimmen die Unteranträge des Unterhauses zu den Unteranträgen des Oberhauses in betreff der Haftpflichtsbill.

Ende Januar. Alle größeren Blätter äußern sich befriedigt über den Besuch des Fürsten Bismarck in Berlin, reserviert sprechen sich nur die „Dealy News", Gladstones Organ, aus.

Januar. Februar. (London.) Demonstrationen Arbeitsloser.

Jüdische Arbeitslose fordern von ihren wohlhabenden Glaubensgenossen stürmisch Brot und Arbeit; der Sozialistenführer Williams kündigt trotz des Verbots Versammlungen auf dem Trafalgar Square an und hält anarchistische Reden in zahlreichen Versammlungen. Die Presse fordert Maßregeln gegen diese Agitation, was Asquith, der Minister des Innern ablehnt.

31. Januar. Ankündigung von Gladstones Rücktritt.

Die Meldung der „Pall Mall Gazette", Gladstone, der augenblicklich in Biarritz weilt, gedenke binnen kurzem zurückzutreten, erregt großes Aufsehen und wird nur lau dementiert.

Februar. Anarchismus. Gegenmaßregeln.

In London findet eine Bombenexplosion statt, bei welcher der Urheber ums Leben kommt (15. Febr.) In der Beantwortung einer Interpellation über die Einwanderung zahlreicher Anarchisten vom Festlande nach England erklärt sich der Minister des Innern Asquith gegen die Erweiterung der Ausweisungsgewalt und erwartet mehr von gegenseitigen polizeilichen Informationen der einzelnen Mächte und gemeinsamen Aktionen zur Entdeckung und Bestrafung der Schuldigen.

Februar. März. Kirchspielsbill.

Das Oberhaus nimmt einige Zusatzanträge des Unterhauses an, beschließt aber, daß nicht nach dem Beschlusse des Unterhauses Orte mit 200, sondern solche mit 300 Einwohnern einen Kirchspielrat wählen sollen. (14. Febr.).

Dem Unterhause empfiehlt Gladstone, um die einzige Frucht der Session nicht zu verlieren, die Amendements des Oberhauses unter Protest anzunehmen. Gladstone erklärt ferner, die Nation werde über die Konflikte zwischen der Volkskammer und dem Oberhause entscheiden müssen, was Balfour als eine Kriegserklärung gegen die Reichsverfassung bezeichnet. Die Amendements werden mit 273 gegen 137 Stimmen angenommen. (1. März.)

20. Februar. (Unterhaus.) Haftpflichtgesetz. (Vgl. 1893. 8. Dez.)

Das Unterhaus lehnt die Amendements des Oberhauses ab, worauf die Bill von der Regierung zurückgezogen wird.

Februar. März. Bewegung gegen das Oberhaus.

Infolge der Ablehnung der Haftpflichtbill und der Abänderung des Kirchspielgesetzes durch das Oberhaus wird in radikalen und liberalen Kreisen der rücksichtslose Kampf gegen das Oberhaus gefordert. Gladstone wird wegen des kampflosen Zurückziehens des Haftpflichtgesetzes lebhaft getadelt.

3. März. Wechsel des Premierministers. Lord Rosebery.

Gladstone gibt aus Gesundheitsrücksichten seine Entlassung und empfiehlt der Königin als seinen Nachfolger den bisherigen Minister des Auswärtigen, Lord Rosebery, der den Posten des Premier annimmt. Staatssekretär des Auswärtigen wird der Earl of Kimberley, bisher Staatssekretär für Indien, der durch Fowler ersetzt wird.

März. Preßstimmen über Gladstone.

Die Blätter der Regierungspartei, vornehmlich die „Dealy News“ überhäufen Gladstone und seine Politik mit Lobsprüchen, die konservativen erkennen seine große Bedeutung an, verweisen aber auf viele Schattenseiten seiner Politik, so wirft ihm der „Dealy Telegraph“ vor, über unbedeutenden Gesetzentwürfen der inneren Politik die englische Marine vernachlässigt zu haben und die „Times“ konstatieren, daß er die liberale Partei in chaotischer Verwirrung zurücklasse.

März. Aufnahme Roseberys.

Die Radikalen unter Führung Labouchères protestieren dagegen, daß ein Peer Premierminister werde und fordern Sir W. Harcourt als Nachfolger Gladstones. Die Parnelliten bekämpfen ebenfalls Lord Rosebery und beschuldigen Gladstone des Verrats an den Iren. Die große Mehrheit der Regierungspartei und der Antiparnelliten ist aber mit der Berufung Roseberys einverstanden. Die Konservativen erhoffen von dem neuen Premier eine Aenderung in der inneren Politik, was die „Dealy News“ ablehnen.

5. März. Schluß der Parlamentssession.

11. März. Eröffnung des Parlaments.

Die Thronrede lautet:

„Meine Lords und Gentlemen!

Ich bedauere, angesichts der kürzlichen Vollendung Ihrer anstrengenden Arbeiten, Sie so bald entbieten zu müssen, um sie zu erneuern. Meine Beziehungen zu den auswärtigen Mächten sind fortdauernd freundschaftlich und befriedigend. Die Verhandlungen zwischen meiner Regierung und der des Kaisers von Rußland zur Ordnung der Grenzfrage in Mittel-Asien schreiten vorwärts im Geiste gegenseitigen Vertrauens und Wohlwollens, welche jede Hoffnung einer baldigen und billigen Regelung geben. Verhandlungen sind auch im Gange mit der Regierung der Vereinigten Staaten zum Zwecke der Durchführung des Spruches des Schiedsgerichts über die Frage des Robbenfanges in der Behringssee. Es freut mich auch, Ihnen mitteilen zu können, daß die langwierigen und verwickelten Anordnungen zur Feststellung der Grenze zwischen meinem birmanischen Gebiet und dem des Kaisers von China zu befriedigendem Abschluß gelangt sind durch die Unterzeichnung einer formellen Konvention. Zwei Zusammenstöße, verbunden mit beklagenswertem Verlust an Menschenleben, haben kürzlich mit den französischen kolonialen Streitkräften in Westafrika stattgefunden. Ich erwarte das Ergebnis der Untersuchung, welche über diese bedauernswerten Vorkommnisse eingeleitet worden ist, im vollen Vertrauen, daß dieselben in ruhiger und würdiger Stimmung geprüft werden, wie es zwei großen Nationen bei solchem Anlaß geziemt.

Gentlemen vom Hause der Gemeinen!

Die Voranschläge für den öffentlichen Dienst des Jahres werden Ihnen vorgelegt werden. Dieselben machen, wie Sie finden werden, volle und genügende Vorkehrungen für die Verteidigung des Reiches.

Meine Lords und Gentlemen!

Die kürzliche Besserung in der Lage Irlands ist beständig und sichtbar gewesen, und agrarische Verbrechen sind unter der Anwendung des gewöhnlichen Gesetzes zum niedrigsten Punkt herabgesetzt worden, welcher in den letzten 15 Jahren erreicht worden ist. Jedoch bedarf die Lage einer erheblichen Anzahl vertriebener Pächter in jenem Lande ehestens der Beachtung, und es wird Ihnen eine Maßregel vorgelegt werden, um eine

Frage zu verständiger Ordnung zu bringen, welche tief in die Wohlfahrt Irlands eingreift. Bills werden Ihnen unterbreitet werden zur Abänderung der Wahlregister und zur Abschaffung des mehrfachen Stimmens bei Parlamentswahlen. Maßregeln werden Ihnen vorgelegt werden über die kirchlichen Staatseinrichtungen in Wales und Schottland. Auch werden Ihnen Bills zugehen zur Gleichmachung der Umlagen in London, der Gründung eines Systems der Lokalverwaltung in Schottland auf derselben Grundlage, welche kürzlich England und Wales gewährt worden ist, und zur Ausübung einer direkten örtlichen Kontrolle über den Ausschank von geistigen Getränken. Auch werden Sie gebeten werden, Maßregeln zur Förderung der Versöhnung in Arbeiterstreitigkeiten, zur Abänderung der Fabrik- und Bergwerksakte und zur Reform der gegenwärtigen Methode der Untersuchung von Unglücksfällen in Schottland zu treffen. Auf alle Ihre Arbeiten und Erwägungen erflehe ich demütig den Segen und die Leitung des allmächtigen Gottes."

März. Rosebery über Home Rule und soziale Reformen.

Lord Rosebery erklärt im Oberhause, eine Vorlage über Home Rule werde in der gegenwärtigen Session nicht eingebracht werden, die liberale Partei halte aber an ihrem Programm fest. (12. März.) Aehnlich äußert er sich in einer Volksversammlung in Edinburg, wo er auch die Möglichkeit, daß Schottland eine größere Selbständigkeit verlangen könne, anerkennt. Die Reform des Oberhauses bezeichnet er als dringend notwendig, der Anstoß dazu müßte aber von der öffentlichen Meinung ausgehen. Einer liberalen Abordnung des Londoner Grafschaftsrats erklärt Rosebery, jetzt stünden die sozialpolitischen Aufgaben im Vordergrunde des Interesses, sie seien wichtiger als alle Verfassungsfragen. (21. März.)

Die Konservativen sprechen sich ziemlich geringschätzig über diese Reden aus; für seine sozialpolitischen Anschauungen findet Rosebery namentlich bei den Radikalen warme Zustimmung.

10. April. Das Unterhaus nimmt die Bill zur Durchführung des Schiedsspruches in der Behringsmeerfrage in 3. Lesung an.

12. April. (Unterhaus.) Sir W. Harcourt teilt mit, daß Uganda zu einem britischen Schutzgebiete erklärt werden soll. (Vgl. 2. Juni.)

13. April. (Unterhaus.) Wahlreform.

Die Regierung legt einen Gesetzentwurf vor, wonach weitere 600,000 wahlmündige Männer, die im eigenen Hause wohnen oder eine eigene Wohnung gemietet haben, das Stimmrecht für die Parlamentswahlen erhalten. Die Wahlen sollen in allen Wahlkreisen gleichzeitig stattfinden und jeder Mann soll nur *eine* Stimme haben, während bisher ein Grundbesitzer in allen Kreisen stimmen konnte, in denen er angesessen war.

16. April. (Unterhaus.) Budget.

Sir W. *Harcourt* veranschlagt die Einnahmen auf ca. 1820 Mill. Mark, die Ausgaben auf 1910 Mill. Mark (80 Mill. mehr als im Vorjahre). Das Defizit von 90 Mill. Mark will Harcourt durch Aussetzung und Verminderung der Amortisierungen der letzten Anleihe für Heer und Marine auf 47 Mill. Mark herabsetzen und den Rest durch eine Einkommen- und Erbschaftssteuer sowie durch eine Steuer auf Bier und Spirituosen decken.

21. April. (Unterhaus.) Herzog von Koburg.

Ein radikaler Antrag, die Weiterzahlung der Apanage an den Herzog von Koburg einzustellen, wird von Harcourt und Balfour, dem Führer der Opposition, bekämpft und mit 298 gegen 67 Stimmen abgelehnt.

April. Samoa. (Vgl. S. 100.)

Die neuseeländische Regierung teilt dem Kabinet mit, daß der Zustand auf Somoa nicht mehr haltbar sei und erklärt sich zur Uebernahme der Verwaltung bereit. Unterstaatssekretär Grey erklärt im Unterhause, dieser Wunsch widerspreche dem Berliner Vertrage. (25. April.)

27. April. (Unterhaus.) Schottischer Ausschuß.

Das Haus nimmt mit 232 gegen 207 Stimmen den Antrag Trevelyan auf Errichtung eines großen ständigen Ausschusses für schottische Angelegenheiten an. Hiernach soll im Unterhause aus sämtlichen Vertretern Schottlands und 15 anderen Mitgliedern ein schottischer Großausschuß gebildet werden, dem sämtliche schottische Angelegenheiten überwiesen werden sollen.

Anfang Mai. Gesetzentwurf zur Erweiterung der Fabrikakte.

Die Regierung bereitet einen Gesetzentwurf vor, wonach die staatliche Aufsicht über die Fabrikarbeit bedeutend erweitert wird. Die Gerichte erhalten die Befugnis, ungeeignete Arbeitsräume sofort zu schließen, die Frauen- und Kinderarbeit wird beschränkt und kann in bestimmten Branchen durch den Minister des Innern ganz verboten werden. Die Massenwohnungen der Fabrikarbeiter unterliegen ferner behördlicher Kontrolle in sanitärer Beziehung.

2. Mai. Zusammentritt der internationalen bimetallistischen Konferenz in London.

3. Mai. (London.) Rede Roseberys.

Es machen sich viele Stimmen gegen den Harcourtschen Budgetentwurf geltend; namentlich, heißt es, würden die Iren wegen der Getränkesteuer dagegen stimmen. Lord Rosebery führt deshalb im nationalen Klub der Liberalen aus, eine solche Abstimmung würde allein der konservativen irenfeindlichen Partei zu gute kommen. Er erklärt, die Regierung werde im Kampfe für Home Rule und gegen das Oberhaus festbleiben, selbst wenn sie bei der Abstimmung über das Budget nur mit zwei Stimmen die Majorität erhalten sollte.

10. Mai. Das Unterhaus nimmt das Budget mit 308 gegen 294 Stimmen an.

10. bis 15. Mai und 18. bis 23. Mai. Zwei deutsche Geschwader besuchen Edinburg.

12. Mai. Abkommen zwischen England und dem Kongostaat. (S. Afrika und 14. Juni.)

24. Mai. (Unterhaus.) Vertrag mit der Britisch-Südafrikanischen Gesellschaft.

Nach dem von der Regierung vorgelegten Vertrage soll die Verwaltung des Maschano- und Matabele-Landes der Gesellschaft übertragen werden, doch wirkt die Regierung bei der Ernennung der Beamten mit.

2. Juni. Das Unterhaus bewilligt 50,000 Pfd. zur Errichtung der Schutzherrschaft in Uganda. (Vgl. 12. April.)

14. Juni. (Unterhaus.) Proteste gegen das Kongoabkommen.

Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Sir Grey teilt mit, Frankreich beanspruche das Vorkaufsrecht beim Kongo-Gebiet auf Grund des Abkommens, das es am 23. April 1884 mit der Internationalen Association des Kongo, die hernach zum Kongo-Staat sich entwickelte, geschlossen habe. Auch Deutschland protestiere gegen das Abkommen, jedoch nur gegen Artikel 3, und der Botschafter der Pforte habe auf die Nachricht von der angeblichen Besetzung Wadelais durch England mündlich erklärt, die Pforte betrachte Wadelai noch als integrierenden Bestandteil der egyptischen Besitzungen.

Juni. England und Frankreich.

Die englische Presse aller Richtungen protestiert eifrig gegen die schroffen Erklärungen der französischen Regierung und Deputierten über englisch-französische Differenzen in der Kolonialpolitik (vgl. The Economist, Juni 1894). Der deutsche Einspruch gegen das Kongoabkommen wird viel wohlwollender behandelt als der französische.

20. Juni. (London.) Kampf gegen das Oberhaus.

Die Konferenz des nationalen Verbandes der liberalen Vereine fordert in einer Resolution, daß die Befugnis des Oberhauses, die von der gewählten Volksvertretung genehmigten Gesetzesvorlagen abzulehnen oder zu verstümmeln, beseitigt werden müsse. Die Regierung wird aufgefordert, eine Vorlage einzubringen, die das Vetorecht des Oberhauses abschafft. Ein Antrag Labouchères, der völlige Beseitigung des Oberhauses fordert, wird verworfen.

25. Juni. (Schottland.) Beginn des Ausstandes der schottischen Bergarbeiter. An 60,000 Arbeiter feiern.

26. Juni. (Unterhaus.) Kongoabkommen.

Sir Grey teilt mit, daß entsprechend einer Aufforderung des Königs der Belgier der 3. Artikel des Vertrages vom 12. Mai bedingungslos zurückgezogen sei.

6. Juli. (Oberhaus.) Anarchismus.

Lord Salisbury beantragt eine Abänderung des Einwanderungsgesetzes. Die Regierung solle die Landung von Idioten und Verarmten, die vermutlich dem Staate zur Last fielen, verbieten können, ebenso die Landung von solchen, die an ansteckenden Krankheiten leiden. Ferner soll die Regierung die Befugnis erhalten, alle, die sie für den öffentlichen Frieden gefährlich halte, auszuweisen, da in England häufig anarchistische Verschwörungen zur Ausführung von Verbrechen auf dem Kontinente angezettelt seien. Lord Rosebery ist mit der Tendenz des ersten Teiles des Antrages einverstanden, weist aber den zweiten, insbesondere die Behauptung von der Anzettelung anarchistischer Verschwörungen auf englischem Boden, entschieden zurück. Der Antrag wird in erster Lesung angenommen (zweite Lesung 18. Juli, Annahme mit 89 gegen 37 Stimmen).

20. Juli. (London.) Schiedsgericht zwischen Grubenbesitzern und Grubenarbeitern.

Die seit dem großen Strike im vergangenen Jahre zwischen den Grubenarbeitern und Grubenbesitzern schwebenden Streitpunkte sind von dem dazu eingesetzten Schiedsgerichte nunmehr durch folgende Bestimmungen ge-

regelt worden: 1. Vom 1. August 1894 bis zum 1. Januar 1896 tritt eine 5prozentige Reduktion auf die letzten beiden Lohnerhöhungen ein. 2. Vom 1. August 1894 bis zum 1. August 1896 sollen die Löhne mindestens um 30 Proz., höchstens um 45 Proz. höher sein als diejenigen des Jahres 1888. 3. Vom 1. Januar bis zum 1. August 1896 wird das Schiedsgericht die Löhne innerhalb der Grenzen der zweiten Bestimmung festsetzen.

30. Juli. Das Oberhaus genehmigt die Budgetbill.

6. August. (Cowes.) Ankunft des deutschen Kaisers.

7. August. (Cowes.) Teilnahme des deutschen Kaisers an der Regatta.

8. August. (Unterhaus.) Irische Pächterbill.

Das Haus genehmigt in dritter Lesung mit 199 gegen 167 Stimmen die Bill zur Besserung der Lage der exmittierten irischen Pächter.

13. August. (Aldershot.) Große Truppenschau in Gegenwart des deutschen Kaisers.

14. August. Der deutsche Kaiser besucht die Kaiserin Eugenie.

15. August. Der deutsche Kaiser verläßt England.

15. August. Das Oberhaus lehnt die Pächterbill mit 249 gegen 30 Stimmen ab.

15. August. Vertrag mit Japan. S. Asien.

20./21. August. (Unterhaus.) Die Oberhausfrage.

Radikale und irische Abgeordnete weisen darauf hin, daß das Oberhaus wichtige Gesetzentwürfe, z. B. die Pächterbill, vereitelt habe, und suchen die Regierung zu einer bestimmten Erklärung über ihr beabsichtigtes Vorgehen gegen die Lords zu drängen. Sir Harcourt weicht jedoch jeder Erklärung aus. Am folgenden Tage beantragen irische und walisische Abgeordnete, vom Etat des Oberhauses 20,000 Pfd. zu streichen, was erst nach langer Debatte abgelehnt wird.

25. August. Schluß der Parlamentssession.

26. August. (London.) Kundgebung im Hydepark gegen das Oberhaus.

3. September. (Norwich.) Kongreß der englischen Gewerkvereine.

Von seinen Beschlüssen sind folgende hervorzuheben: Einführung des achtstündigen Arbeitstages (6. Sept.), Verstaatlichung aller Mittel zur Erzeugung, zur Verteilung und zum Austausch von Gütern (7. Sept.), Beschränkung der Einwanderung (8. Sept.). Die Resolutionen beweisen, daß die Arbeiter mehr und mehr sozialistischen Tendenzen anheimfallen.

Mitte September. (Schottland.) Der Bergarbeiterausstand ist gescheitert, in den meisten Gruben wird die Arbeit wieder aufgenommen.

4. Oktober. (London.) Unerwartete Einberufung eines Ministerrates.

Diese Nachricht erregt großes Aufsehen. In der Presse wird behauptet, die Berufung sei erfolgt, um über die Sicherheit der englischen Unterthanen in China zu beraten; nach anderen handelt es sich um die Wahrung der englischen Interessen in Madagaskar. (Vgl. 26. Okt.)

Anf. Oktober. Verstärkung des englischen Geschwaders in Ostasien.

6. Oktober. England und der Koreanische Krieg.

Earl of Kimberley ladet die Großmächte zu einer gemeinsamen Intervention in Ostafrika ein. (Vgl. S. 164.) Da die Aufforderung erfolglos bleibt, wird die Regierung wegen dieser diplomatischen Niederlage von den konservativen Zeitungen scharf angegriffen.

Anf. Oktober. England und Frankreich.

In der Regierungspresse wird die definitive Schlichtung der vielen Differenzen mit Frankreich, insbesondere in Aegypten, Siam, Madagaskar, auf diplomatischem Wege gefordert. Der Hauptwortführer dieser Richtung ist die Wochenschrift „The Speaker". Konservative Organe fordern in erster Linie die Sicherung der Straße nach Indien.

10. Oktober. (Birmingham.) Chamberlains soziales Programm.

Der Führer der liberalen Unionisten stellt in einer öffentlichen Ansprache folgendes Reformprogramm auf: 1. Mäßigkeitsreform; 2. staatliche Beihilfe für den Handwerker; 3. Alterspensionen; 4. staatliche Schiedsgerichte für Arbeiterstreitigkeiten; 5. Verkürzung der Arbeitszeit in den Werkstätten rc.; 6. ein neues Haftpflichtgesetz, welches dem Arbeiter das Recht gewährt, den Arbeitgeber von der staatlicherseits statuierten Haftpflicht zu entbinden, und 7. Beschränkung der Einwanderung mittelloser Ausländer.

25. Oktober. (Sheffield.) Rosebery über die auswärtige Politik.

Der Premierminister motiviert in einer Rede bei einem Bankett die Aufforderung an die Mächte vom 6. Oktober; England könne der Auflösung Chinas nicht gleichgültig zusehen. Die Frage der Intervention habe der Ministerrat vom 4. nicht erörtert. Dem französischen Vorgehen gegen Madagaskar werde England keine Hindernisse bereiten, da es das französische Protektorat über die Insel anerkannt habe.

27. Oktober. (Bradford.) Rosebery über die Oberhausfrage.

Rosebery erklärt, der baldige Appell an die Wählerschaft sei unvermeidlich, weniger wegen Homerule und der übrigen schwebenden Fragen als wegen der Reform des Oberhauses. Die seit mehreren Menschenaltern unverändert gebliebene Zusammensetzung des Oberhauses sei mit den liberalen Prinzipien unvereinbar, und es sei unhaltbar, daß die konservative Mehrheit der Privilegierten sich dem Willen der liberalen Volksvertretung widersetzen. Die Reform sei folgendermaßen zu gestalten: das Unterhaus solle einen von der Regierung beantragten Beschluß fassen, worin die Revision der Verfassung gefordert und erklärt wird, daß das Unterhaus der ausschlaggebende Faktor der Gesetzgebung sein müsse. Dem Lande werde dann dieser Beschluß zur Genehmigung vorgelegt werden und davon werde das Schicksal der Oberhausfrage abhängen.

30. Oktober. (Edinburg.) Salisbury über die Oberhausfrage.

Der Führer der Konservativen entgegnet auf die Angriffe Roseberys gegen das Oberhaus, daß früher die Majorität der Lordskammer liberal gewesen, aber durch die Gladstonesche Politik der liberalen Sache abtrünnig geworden sei. Die von Rosebery vorgeschlagene Art der Reform sei verfassungswidrig; eine Resolution gegen das Oberhaus könne im Unterhause nur mit Hilfe irischer Stimmen angenommen werden und werde beim Wahlkampfe ohne Einfluß bleiben.

1. November. Sozialistische Erfolge.

Bei den Wahlen zur Erneuerung der städtischen Vertretungskörper in England und Wales gewinnen die Sozialisten mehrere Sitze.

9. November. (London.) Rosebery über das Verhältnis zu Rußland und Frankreich.

Beim Lordmajorsbankett erklärt der Premier, England suche im Verein mit Rußland den Frieden in Ostasien wieder herzustellen. Die Beziehungen zu Rußland seien herzlich, die Grenzfestsetzung in Zentralasien habe alle Schwierigkeiten entfernt. Auch zu Frankreich sei das Verhältnis freundschaftlich. Die fortgesetzte Erforschung Afrikas durch die Kolonialmächte sei zwar eine beständige Friedensgefahr, aber unvermeidlich.

November. Vertrag zwischen Rußland und England über Pamir. (S. Asien.)

November. Dezember. Die Presse über die auswärtige Politik.

Die englische liberale Presse bespricht die Annäherung an Rußland und Frankreich und das Bestreben, auswärtige Verwicklungen zu vermeiden, höchst anerkennend; in konservativen Blättern fehlt es nicht an Widerspruch. Die rußlandfreundliche Presse schreibt das Verdienst der englisch-russischen Entente dem Prinzen von Wales zu.

4. Dezember. Kirchspielratswahlen.

12. Dezember. (Plymouth.) Rosebery kündigt die Einbringung einer Resolution auf Aufhebung des Vetorechts des Oberhauses an.

VI.

Frankreich.

Anf. Januar. Zahlreiche Verhaftungen und Haussuchungen bei Anarchisten in den größeren Städten.

Anf. Januar. Urteil von Angoulême. Antiitalienische Arbeiterbewegung.

Die Freisprechung der Angeklagten im Prozesse von Aigues-Mortes (vgl. 1893 30. Dez.) wird von gemäßigten Blättern, wie dem „Temps“ und Figaro“ getadelt; die radikalen billigen sie. Die französische Regierung bietet der italienischen Regierung 400,000 Frcs. Entschädigung für die Opfer von Aigues-Mortes an. Im übrigen ist die Abneigung gegen fremde Arbeiter allgemein, das beweist u. a. die Gründung einer Liga zum Schutze der nationalen Arbeit durch den sozialistisch-boulangistischen Deputierten Mercy mit der Devise: „Keine Ausländer in unsern Werkstätten, keine ausländischen Produkte in unsern Magazinen! Frankreich den Franzosen!“

7. Januar. Senatswahlen.

Von 94 erledigten Mandaten erhalten die gemäßigten Republikaner 79, die Radikalen 9, die Monarchisten, die 8 verloren, 6. (Zusammensetzung des Senats: 225 gem. Republ., 47 Konf., 23 Rad.)

9. Januar. (Paris.) Zusammentritt der Kammern. Präsident wird in der Deputiertenkammer Dupuy, Vizepräsidenten de Mahy, Faure, Etienne, Lockroy. Im Senat erhält Challemel-Lacour den Vorsitz.

10. Januar. (Paris.) Verurteilung Vaillants.

Vaillant (vgl. 1893 S. 246) wird zum Tode verurteilt. Seine Hinrichtung findet am 5. Februar statt, nachdem der Kassationsgerichtshof die Berufung verworfen und Carnot ein von den sozialistischen Deputierten eingereichtes Begnadigungsgesuch abgelehnt hat. Für die Begnadigung waren nur radikale und sozialistische Blätter eingetreten.

10. Januar. Besetzung Timbuktus durch Oberst Bonnier. (S. Afrika.)

13. Januar. Waddington, Diplomat, zuletzt Gesandter in England, †.

Januar. Angriffe auf die Marineverwaltung.

Clémenceau erhebt in der „Justice" schwere Anklagen gegen die Marineverwaltung und beruft sich dabei auf amtliche Dokumente, die er von Beamten des Marineministeriums erhalten haben will. In der Kammer wiederholt Lockroy die Anklagen. Zur Untersuchung dieser Fragen ernennt die Regierung eine außerparlamentarische Kommission, der 7 Senatoren, 11 Abgeordnete und mehrere Regierungsvertreter angehören. (18. Jan.)

16. Januar. (Deputiertenkammer.) Rentenkonversion.

Die Konversion der 4½ %igen Rente in eine 3½ %ige wird mit 495 gegen 1 Stimme angenommen. Ein Antrag Jaurès' (Soz.), den aus der Konversion gewonnenen Nutzen zu einem Steuernachlaß für den bebauten Grundbesitz zu verwenden, wird mit 306 gegen 201 Stimmen abgelehnt. Der Senat genehmigt die Vorlage einstimmig. (17. Jan.)

20. Januar. Die Deputiertenkammer genehmigt den am 3. Oktober abgeschlossenen Vertrag mit Siam. (Vgl. Staats-Archiv Bd. 56.)

27. Januar. (Deputiertenkammer.) Anarchistendebatte.

Die Interpellation des Sozialisten Clovis Hugues über die Verhaftungen von Anarchisten und die Haussuchungen führt zu einer stürmischen Sitzung und zur Ausschließung des soz. Abg. Thivrier. Die Kammer lehnt die von Clovis Hugues beantragte Tagesordnung, welche die Angriffe auf die individuelle Freiheit tadelt, mit 441 gegen 73 Stimmen ab und nimmt mit 408 gegen 64 Stimmen eine Tagesordnung an, in welcher die Zustimmung zur Haltung der Regierung und das Vertrauen zu ihrem festen Willen, die Ordnung und die Ruhe aufrecht zu erhalten, ausgedrückt wird.

29. Januar. (Deputiertenkammer.) Marineverwaltung.

Lockroy behauptet in der Kammer, die vom Parlament bewilligten Gelder würden vorschriftswidrig verwendet, die Mannschaften ungenügend ausgebildet, die Schiffe seien mangelhaft, die Küstenverteidigung sei schlecht organisiert, die Magazine und Depots würden bestohlen und enthielten nicht die gesetzlich vorgeschriebenen Vorräte. Ihm antwortet der Marineminister Lefebvre. Lockroy's Verlangen, neben dem außerparlamentarischen Ausschuß eine parlamentarische Kommission zur Untersuchung dieser Fragen einzusetzen, wird von Casimir Perier bekämpft und von der Kammer abgelehnt. (1. Febr.) Daß die Marineverwaltung im einzelnen verbesserungsbedürftig sei, geben beide Minister zu.

Januar. Februar. Handelspolitik.

Der Zollausschuß der französischen Kammer beschließt eine Erhöhung der Getreidezölle. In der Presse finden die hohen Zölle hier und da Widerspruch, weil man durch sie den russischen Getreidehandel zu ruinieren und damit Rußlands Gunst zu verlieren fürchtet, zumal da sich Deutschland und Rußland durch den Handelsvertrag einander nähern.

Februar. (Timbuktu.)

Auf die Nachricht von der Niederlage Bonniers (s. Afrika) verlangt die französische Presse einmütig Auswetzung der Scharte und Festhaltung Timbuktus. C. Perier sagt in der Kammer Festhaltung Timbuktus zu und erklärt, Bonnier habe seine Expedition ohne Befehl unternommen. (10. Febr.)

7. Februar. Eröffnung der internationalen Sanitätskonferenz zu Paris durch Casimir Périer.

12. Februar. Bombenattentat des Anarchisten Henry im Hotel Terminus.

17./21. Februar. (Deputiertenkammer.) Getreidezölle.

Die Regierung schlägt die Erhöhung des Zolles auf 7 Frcs. vor. Abg. Jaurès stellt den Antrag, der Regierung das Monopol des Verkaufs des eingeführten Getreides zu übertragen. Der Ackerbauminister Viger erklärt sich dagegen, und der Antrag wird mit 481 gegen 52 Stimmen abgelehnt. (20. Febr.) Der Antrag Rathier, den Zoll auf 8 Frcs. zu erhöhen, wird, nachdem sich außer dem Ministerpräsidenten auch der Abg. Méline, der Führer der Schutzzöllner, dagegen ausgesprochen hat, mit 371 gegen 152 Stimmen abgelehnt und hierauf die Erhöhung auf 7 Frcs. mit 371 gegen 172 angenommen. Weiterhin wird eine Erhöhung der Zölle auf Mehl, Gries und Griesmehl beschlossen und die ganze Vorlage mit 361 gegen 155 Stimmen genehmigt.

Januar. Februar. Frankreich und Italien.

Pariser Blätter bringen Alarmnachrichten über Verstärkungen der italienischen Garnisonen an der französischen Grenze. Die „Riforma“ bezeichnet diese Gerüchte als böswillige Erfindung.

26. Februar. Die Kammer erklärt die Wahl Wilsons, des Schwiegersohnes Grévys, für ungültig. (Vgl. 6. Mai.)

Februar. März. Frankreich und Rußland.

Der „Figaro“ bringt Enthüllungen über Intriguen innerhalb der französischen Gesandtschaft in Kopenhagen. Ein französischer Militärbevollmächtigter, Kapitän Beauchamp, habe im Auftrage von General Borius, dem Chef des Militärstabes Carnots, auf eigene Hand Politik getrieben und mit Hilfe der dem Zaren befreundeten Prinzessin Waldemar (geb. Prinzessin v. Orleans) genaueres über die Ansichten des Zaren über ein russisch-französisches Bündnis zu erfahren gesucht. Der Artikel wird viel besprochen und als gegen Carnot, dem damit eine persönliche Politik untergeschoben wird, gerichtet aufgefaßt. Der französische Gesandte in Kopenhagen, Graf d'Aunay, der als Verfasser des Artikels gilt, wird seiner Stelle entsetzt. (1. März.) Die „Cocarde“ behauptet, Lord Dufferin, der englische Botschafter in Paris, habe den Artikel inspiriert, was eine offiziöse Note der „Agence Havas“ dementiert.

1. März. Carnot und Kaiser Franz Josef.

Carnot telegraphiert an Kaiser Franz Josef, der von Mentone einen Ausflug nach Cap Martin macht:

„Ich schätze mich glücklich, Euere Majestät bei Ihrer Ankunft in Frankreich meine Willkommensgrüße zu übersenden, und ergreife mit Vergnügen die günstige Gelegenheit, die Gefühle aufrichtiger Freundschaft zu wiederholen.“

Der Kaiser erwidert:

„Tief gerührt durch die liebenswürdigen Worte Ihres Telegramms beeile Ich Mich, dafür zu danken. Der Aufenthalt in Cap Martin wird, davon bin Ich überzeugt, Mir die größte Genugthuung bereiten. Ich bitte Sie, den Ausdruck vorzüglicher Hochachtung und der Gefühle aufrichtiger Freundschaft entgegenzunehmen.“

3. März. (Deputiertenkammer.) Kirchenpolitik. Der „neue Geist“.

Der kons. Abg. Cochin interpelliert die Regierung, ob sie den Beschluß des sozialistischen Gemeinderates von St. Denys, der das öffentliche Zurschautragen religiöser Embleme bei Beerdigungen untertersagt habe, dulden wolle. Kultusminister Spuller erwidert, die Regierung könne gesetzlich den Gemeinderat nicht zum Verzicht auf seine Anordnung zwingen, billige sein Vorgehen aber nicht. Die Regierung selbst werde, ohne irgend ein staatliches Recht preiszugeben, in ihrer Kirchenpolitik das Prinzip der Duldsamkeit und der Freiheit hochhalten und „in einem neuen Geiste“ zur Geltung zu bringen suchen. Wegen dieser Worte wird Spuller von den Radikalen in der Kammer und in der Presse des Verrats der freiheitlichen Rechte an die Kirche beschuldigt, die Mehrheit billigt dagegen seine Erklärung. Freilich führen auch Gemäßigte aus, daß eine Vertrauensseligkeit gegen die katholische Kirche nicht am Platze sei.

15. März. (Paris.) Bombenattentat in der Madeleinekirche, dem der Urheber allein zum Opfer fällt.

16./19. März. Kolonialministerium.

Die Kammer genehmigt die Umwandlung des Unterstaatssekretariats der Kolonie in ein Ministerium und bewilligt dazu 150,000 Frcs. Der Senat nimmt die Vorlage — in Unterbrechung seiner am 17. begonnenen Osterferien — am 19. an. Kolonialminister wird der Senator Boulanger

17. März. Carnot und Kaiser Franz Josef. Vgl. 1. März.

Franz Josef richtet bei seiner Abreise folgendes Telegramm an Carnot:

„Bevor ich Cap Martin verlasse, bitte ich Sie, Hr. Präsident, sich versichert zu halten, daß ich von dem Aufenthalt in diesem schönen Lande die angenehmsten Erinnerungen bewahre, und mit dem Ausdruck meiner aufrichtigen freundschaftlichen Gefühle meinen lebhaftesten Dank entgegenzunehmen, für die liebenswürdige Gastfreundschaft, sowie die Aufmerksamkeiten, welche Mir in Frankreich von allen Seiten entgegengebracht worden sind.“

Der Präsident erwidert:

„Ich bin sehr bewegt über die Gefühle, welche Ew. Majestät mir beim Verlassen von Cap Martin aussprechen, und danke Ew. Majestät für die liebenswürdigen Worte, in denen Sie mir die Mitteilung machen von der angenehmen Erinnerung, welche Ew. Majestät von dem Aufenthalte in Frankreich mit sich nehmen. Ich ergreife mit Freuden die Gelegenheit, Ew. Majestät meiner aufrichtigen Freundschaft zu versichern.“

28. März. Konflikt mit Portugal. (Vgl. S. 246).

Ministerpräsident Casimir Périer teilt im Ministerrate mit, daß es sich im Konflikt mit Portugal um folgende Punkte handle: 1) um ostafrikanische Differenzen, 2) um die Ansprüche eines bei den Hafenbauten in Lissabon beschäftigt gewesenen französischen Ingenieurs, der entlassen wurde, während man seine Maschinen zurückbehielt und 3) um die Reklamationen der französischen Inhaber portugiesischer Eisenbahnobligationen, die mit den portugiesischen Besitzern gleichgestellt sein wollen. Die ersten beiden Fragen seien fast erledigt, die dritte Forderung wolle Portugal noch nicht anerkennen.

29. März. (Paris.) Der österreichische Botschafter Graf

Hoyos übergibt in feierlicher Audienz dem Präsidenten Carnot das Großkreuz des Stephanordens.

2. April. Zusammentritt der Generalräte in den Departements.

Einige Präsidenten sprechen sich bei Eröffnung der Sitzungen scharf gegen den „neuen Geist" Spullers aus; die meisten danken der Regierung für ihr Auftreten gegen die Anarchisten.

4. April. (Paris.) Anarchistisches Attentat.

Durch eine Bombenexplosion im Restaurant Foyot werden viele Personen verwundet, darunter ein anarchistischer Schriftsteller.

16. April. Budgetentwurf.

Der den Deputierten übersandte Budgetentwurf pro 1895 veranschlagt die Einnahmen auf 3,424,407,631 Frcs. (gegen 1894 14,623,401 Frcs. mehr) und die Ausgaben auf 3,423,893,762 (gegen 1894 15,126,861 Frcs. weniger), so daß also ein Ueberschuß von 513,869 Frcs. bliebe. Das ursprünglich erwartete Defizit von 140 Millionen ist durch die letzte Konversion, durch Erhöhung der Einnahmen aus indirekten und direkten Steuern und durch Reduktion der Zinsgarantie für die Bahnen von 135 auf 79 Millionen beseitigt. Die Ausgaben für das Heer und die Marine beziffern sich auf 926 Millionen Frcs.

Der Finanzminister plant eine Steuer auf das Einkommen und die Wohnungsmieten, verbunden mit einer Dienstbotensteuer. Thür- und Fenstersteuer soll dafür wegfallen.

19. April. Maßregelung des Erzbischofs von Lyon.

Der Ministerrat beschließt das Gehalt des Erzbischofs von Lyon zu streichen wegen eines Hirtenbriefs, in dem er sich mißbilligend über das Gesetz betr. die staatliche Kontrolle des Kirchenvermögens ausspricht.

20. April. Die vom Pariser Gemeinderat ausgeschriebene Anleihe von 200 Mill. Frcs. wird 98½mal überzeichnet.

22. April. (Paris.) Jungfrau von Orleans.

Anläßlich der Seligsprechung der Jungfrau von Orleans findet in der Kathedrale von Notre-Dame eine Feier statt, an der der Kriegsminister General Mercier, der Gouverneur von Paris, General Saussier, der Nuntius, der österreichische und der russische Botschafter, verschiedene Mitglieder des Hauses Orleans und zahlreiche Senatoren und Deputierte teilnehmen.

26. April. Marineverwaltung.

Der Bericht der nach Toulon entsendeten Subkommission des außerparlamentarischen Marineausschusses stellt fest, daß das Panzerschiff „Magenta" in vielen Punkten den Anforderungen nicht entspricht. (Vgl. S. 261).

29. April. (Lyon.) Eröffnung der Industrieausstellung durch Casimir Périer.

6. Mai. (Loches.) Wilson wird zum zweiten Mal gewählt. (Vgl. 26. Febr.)

8. Mai. (Deputiertenkammer.) Toussaint.

Die Regierung verlangt Genehmigung der gerichtlichen Verfolgung des soz. Abg. Toussaint, der in einem Strike die Arbeiter aufgereizt hatte. Nachdem Casimir Périer die Kabinetsfrage gestellt hat, genehmigt

die Kammer mit 291 gegen 220 Stimmen die Verfolgung. Die Mehrheit kommt nur mit Hilfe der Monarchisten und Bekehrten zustande, da ein großer Teil der gemäßigten Republikaner mit der Minderheit stimmt. (Toussaint wird am 7. Juni zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt.)

17. Mai. (Deputiertenkammer.) Kirchenpolitik.

Radikale Abgeordnete interpellieren die Regierung wegen eines Rundschreibens des päpstlichen Nuntius an die französischen Bischöfe, in dem er gegen die staatliche Kontrolle des Kirchenvermögens protestiert. Casimir Périer entgegnet, das Rundschreiben sei wider den Willen des Nuntius veröffentlicht, und die Regierung habe beim Vatikan erklärt, eine Aenderung des Gesetzes sei vorderhand unmöglich.

19. Mai. (Deputiertenkammer.) Hinrichtung. Todesstrafe.

Die Kammer lehnt einen Gesetzentwurf über die Ausschließung der Oeffentlichkeit bei Hinrichtungen ab, ebenso einen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe.

Mai. Protest gegen das englisch-italienische Abkommen vom 5. Mai. S. Afrika.

22. Mai. Demission des Ministeriums Casimir Périer.

Abg. Salis befragt die Regierung, warum die Eisenbahngesellschaften ihren Angestellten und Arbeitern zu dem bevorstehenden Kongreß der Eisenbahnsyndikate keinen Urlaub erteilten. Arbeitsminister Jonnart antwortet, er könne nicht amtlich auf die Gesellschaften einwirken. Er habe sie nur auffordern können, ihren Arbeitern jeden möglichen Urlaub zu gewähren. Die Regierung könne aber nicht gestatten, daß sich die Arbeiter der Staatseisenbahnen zu Syndikaten vereinigten, weil sie Beamte des Staates seien. Es werden nun zwei Tagesordnungen eingebracht, die erklären, daß das Gesetz über die Syndikate sich ebenso auf die Angestellten der Staatsbahnen wie Privatbahnen beziehe, während Casimir Périer die einfache Tagesordnung verlangt. Diese wird mit 265 gegen 225 Stimmen abgelehnt, worauf das Kabinet seine Demission einreicht.

30. Mai. Neubildung des Kabinets.

Das neue Ministerium besteht aus folgenden Mitgliedern: Conseilpräsidentschaft, Inneres und Culte: Dupuy; Auswärtiges: Hanotaux; Justiz: Senator Jules Guérin; Finanzen: Abg. Poincaré; Unterricht und schöne Künste: Abg. Georges Leygues; Krieg: General Mercier; Marine: Abg. Felix Faure; Kolonien: Abg. Delcassé; Handel: Senator Lourties; Bauten: Abg. Barthou; Ackerbau: Viger. In der Kammer erklärt der Präsident Dupuy, das Kabinet werde im allgemeinen die Politik des alten fortführen. (31. Mai.)

31. Mai. (Deputiertenkammer.) Affäre Turpin.

In der Presse ist die Nachricht aufgetaucht, Turpin, der als Erfinder des Melinits gilt, habe eine neue wichtige Erfindung gemacht und sie der französischen Regierung angeboten, sei aber zurückgewiesen worden. Die Regierung wird daher über diese Angelegenheit interpelliert. Der Kriegsminister Mercier erklärt, die Erfindung des Melinits durch Turpin sei eine Legende, es handle sich im vorliegenden Falle offenbar um einen Erpressungsversuch. (Vgl. 5. August.)

2. Juni. Die Deputiertenkammer wählt Casimir Périer an Stelle Dupuys zum Präsidenten.

5. Juni. (Deputiertenkammer.) Galliffets angebliche Empfehlung der Abrüstung.

Abg. Grousset befragt die Regierung wegen einer im „Figaro" publizierten Aeußerung eines nicht genannten Generals, der im Kriegsfalle eine Armee kommandieren würde. Er habe erklärt, in einem demokratischen und disziplinlosen Lande wie Frankreich sei die Aufstellung eines wahren Volksheeres wie in Deutschland aus Mangel an militärischem Geiste unmöglich, überdies sei es fraglich, ob man die großen Heeresmassen ernähren könne; eine allgemeine Abrüstung sei also nicht ungünstig für Frankreich. Grousset fordert eine Untersuchung gegen den General, der die Institutionen seines Landes beschimpft habe. Kriegsminister Mercier verteidigt den nicht mit Namen aber erkennbar bezeichneten General (Galliffet) und verliest eine Stelle des deutschen Generalstabswerkes über Sedan, wo dieser sich ausgezeichnet hat. Unter allgemeiner Erregung wird Groussets Antrag abgelehnt und ein Vertrauensvotum mit großer Majorität angenommen.

7. Juni. (Deputiertenkammer.) Kongoabkommen.

In einer Interpellation über die französische Kolonialpolitik erklärt Minister des Auswärtigen Hanotaux, die Konvention zwischen England und dem Kongostaate mißachte die bestehenden Vorzugsrechte Frankreichs. Es handle sich aber nicht allein um das Kongobassin, sondern auch um das Nilbassin und um die Integrität der Türkei, die sich auf formelle Akte gründeten, durch welche die Rechte des Sultans auf den äquatorialen Sudan festgestellt seien. Die französische Regierung habe in London und Brüssel die bestimmtesten Vorbehalte gemacht. Dieselben seien zuerst nicht berücksichtigt worden, aber kürzlich habe die englische Regierung mitgeteilt, daß sie bereit sie, mit Frankreich zu diskutieren. Inzwischen betrachte Frankreich die englisch-kongostaatliche Konvention als nichtig. Die Türkei und Deutschland hätten ebenfalls Vorbehalte gemacht. Frankreich habe den Willen und die Kraft, seine Rechte zu verteidigen.

9. Juni. (Deputiertenkammer.) Kolonialpolitik. Altersversicherung.

Die Kammer genehmigt einen Kredit von 1,800,000 Frcs. zum Schutze der französischen Interessen in Afrika ohne Debatte mit 348 gegen 37 Stimmen. (Annahme im Senat 12. Juni.) Ferner genehmigt sie einen schon vom Senat angenommenen Gesetzentwurf über Altersversicherung der Bergarbeiter fast einstimmig.

13. Juni. Änderung des Budgetentwurfs.

Finanzminister Poincarré erklärt im Budgetausschuß, er wolle die von seinem Vorgänger Burdeau aufgestellten Steuerprojekte einstweilen vertagen, da sich die öffentliche Meinung dagegen erklärt habe. Das Defizit hofft er durch erhebliche Ersparnisse in den einzelnen Ministerien und durch die Reform der Erbschaftssteuer zu decken.

23. Juni. Carnot und Dupuy nach Lyon zum Besuche der Ausstellung.

24. Juni. (Lyon.) Ermordung Carnots.

Carnot wird abends 9 Uhr während der Fahrt durch das festlich geschmückte Lyon vom Ausstellungspark nach dem Theater von einem italienischen Anarchisten, Cäsario Giovanni Santo, der auf das Trittbrett des Wagens springt, durch einen Dolchstoß schwer verwundet und stirbt nach einigen Stunden. Der Mörder wird sofort verhaftet.

25. Juni. Die Presse über den Mord.

Die Zeitungen drücken durchweg ihren Abscheu über den Mord aus und betonen, man dürfe nicht Italien für die That eines einzelnen italienischen Verbrechers verantwortlich machen. Trotzdem ist die Erbitterung gegen die Italiener so groß, daß diese polizeilich geschützt werden müssen. Namentlich in Lyon und Südfrankreich kann die Polizei zahlreiche Ausschreitungen nicht verhindern. (Vgl. Italien.) In radikalen und sozialistischen Blättern wird die Sorge laut, das Attentat könne zu die Freiheit beschränkenden Gesetzen Anlaß geben.

25./26. Juni. Beileidsbezeugungen.

Von allen Seiten laufen Beileidsbezeugungen im Elysé ein, so vom diplomatischen Korps, den Abgeordneten, den Behörden u. s. w. Auch aus dem Auslande treffen zahlreiche Kundgebungen ein, die erste vom deutschen Kaiser: „An Madame Carnot in Paris. Ihre Majestät die Kaiserin und Ich sind auf das Tiefste betroffen über die schreckliche Nachricht, die Wir aus Lyon erhalten. Seien Sie überzeugt, Madame, daß Unsere volle Sympathie und alle Unsere Gefühle in diesem Augenblick bei Ihnen und Ihrer Familie sind. Möge Gott Ihnen die Kraft verleihen, diesen furchtbaren Schlag zu ertragen. Seines großen Namens würdig, ist Herr Carnot wie ein Soldat auf dem Felde der Ehre gestorben. gez. Wilhem. I. R.

König Humbert telegraphiert an Mme. Carnot: „Der Streich, der Ihren Gemahl getroffen, erfüllt gleichzeitig Mein Herz und das Herz der Königin mit tiefem Schmerze. Italien ist nicht minder wie Fraukreich durch das verübte Verbrechen verwundet und schließt sich ganz und gar Ihrer Trauer an. Ich bin niemals so sicher gewesen als heute, seine wirklichen Gefühle zu verdolmetschen. — und an Dupuy: „Die verabscheuungswürdige That, welche Frankreich seines Staatsoberhauptes beraubte, dessen Person die allgemeine Achtung und Sympathie genoß, hat Mich in den innersten Gefühlen meines Herzens getroffen. Der Tag, welcher bisher dem Gedächtnisse des gemeinsamen Ruhmes beider Nationen gewidmet war, vereinigt sie heute in gemeinsamer Trauer."

26. Juni. Das Telegramm des deutschen Kaisers wird in vielen Blättern sympathisch begrüßt, z. B. im „Echo de Paris" und im „Temps".

27. Juni. (Versailles.) Präsidentenwahl.

Nachdem vom Präsidenten der Nationalversammlung, dem Senatspräsidenten Challemel-Lacour ein sozialistischer Antrag, die Präsidentschaft der Republik abzuschaffen, zurückgewiesen und der Namensaufruf der Deputierten beendet ist, wird zur Abstimmung geschritten. Von 851 abgegebenen Stimmzetteln sind 6 unbeschrieben, 451 lauten auf Casimir Périer, 195 auf Brisson, 97 auf Dupuy, 59 auf Février, 27 auf Arago, 22 sind zersplittert. Casimir Périer ist also gewählt, der die Wahl annimmt.

Urteile über die Wahl Casimir Périers.

Die gemäßigt republikanische Presse begrüßt die Wahl mit Freude, da sie im neuen Präsidenten einen Vorkämpfer gegen den Anarchismus und Sozialismus sieht; die radikale greift ihn eben deshalb auf das heftigste an. Die Monarchisten bezeichnen C. Périers Präsidentschaft als Uebergang zur Monarchie.

28./30. Juni. Ministerkrisis.

Dupuy reicht die Demission des Kabinets ein; Casimir Périer be-

auftragt Burdeau mit der Kabinetsbildung, der aber am 30. wieder zurücktritt, worauf das Ministerium Dupuy wieder eintritt.

1. Juli. (Paris.) Beisetzung Carnots im Pantheon. An der Gruft sprechen Dupuy, der Senatspräsident Challemel-Lacour und der Kammerpräsident De Mahy.

1. Juli. Begnadigung der in Glatz internierten französischen Offiziere.

Die Nachricht wird mit großer Anerkennung aufgenommen; Casimir Périer und viele politische Persönlichkeiten sprechen dem deutschen Botschafter ihren Dank aus, die Presse begrüßt sie zum Teil mit enthusiastischem Danke.

3. Juli. Casimir Périer erläßt folgende Botschaft an die Kammer und den Senat:

„Von der Nationalversammlung zum ersten Beamten des Landes berufen, bin ich nicht der Mann irgend einer Partei, sondern ich gehöre Frankreich und der Republik an. Ein verabscheuenswürdiges Verbrechen, welches von dem nationalen Bewußtsein verdammt wird, hat dem Vaterlande einen unbescholtenen Bürger, der sieben Jahre ein eifriger Wächter unsrer Institutionen war, geraubt. Möge das Andenken an diesen Helden der Pflicht mich leiten und führen! Das Gewicht meiner Verantwortlichist zu groß, als daß ich wagte, von meiner Erkenntlichkeit zu sprechen. Ich liebe mein Vaterland zu heiß, um an dem Tage, da ich sein Oberhaupt werde, glücklich zu sein. Möge es mir vergönnt sein, in meiner Vernunft und in meinem Herzen die nötige Kraft zu finden, um Frankreich würdig zu dienen. Der Akt der Nationalversammlung, welcher die Uebertragung der Gewalt in wenig Stunden sicherte, war in den Augen der Welt eine neue Weihe für die Institutionen der Republik. Ich spreche meinen Dank aus für die vorgestrige bewundernswerte Kundgebung der Dankbarkeit und Achtung. Ein Land, welches inmitten so grausamer Prüfungen sich einer solchen moralischen Disziplin und einer solchen politischen Kraft fähig zeigt, wird auch die beiden sozialen Kräfte zu vereinigen wissen, ohne welche die Völker zu Grunde gehen: die Freiheit und eine Regierungsgewalt, welche entschlossen ist, die für eine republikanische Demokratie notwendigen sittlichen Eigenschaften zu bekunden. Es ist meine feste Absicht, die Geschicke der Republik nach Ablauf der sieben Jahre, für welche sie mir anvertraut sind, anderen Händen zu übergeben. Von Ehrfurcht vor dem Willen der Nation durchdrungen und von dem Gefühl der Verantwortlichkeit, werde ich mich verpflichtet fühlen, die mir von der Verfassung anvertrauten Rechte weder zu verkennen noch sie irgendwie verkümmern zu lassen. Frankreich, das seiner selbst sicher ist, das auf seine Armee und seine Marine vertrauen kann, das soeben von den Regierungen und Völkern einstimmige rührende Beweise der Sympathie erhalten hat, kann erhobenen Hauptes seine Liebe zu einem seiner selbst würdigen Frieden versichern. Es wird eine sichere Stätte für den Geist der Aufklärung, der Toleranz und des Fortschrittes bleiben. Senat und Kammer werden verstehen, den Wünschen des Landes zu entsprechen, indem sie sorgsam alle Maßregeln prüfen, welche dem guten Rufe Frankreichs dienen können und dazu beitragen, Ackerbau, Industrie und Handel weiter zu entwickeln und den öffentlichen Credit noch mehr zu stärken. Das Parlament wird den Beweis zu liefern wissen, daß die Republik, weit davon entfernt, eine unfruchtbare Rivalität persönlichen Ehrgeizes zu zeitigen, fortdauernd bestrebt sein wird, in materieller und moralischer

Hinsicht das Beste des Landes zu suchen, in nationaler Bethätigung fruchtbarer Gedanken und edler Empfindungen. Dies wird das Bestreben einer Regierung sein, welche unverdienten Leiden gegenüber nicht unempfindlich ist, deren Mitglieder niemals diejenigen täuschen werden, welche nichts anderes haben können, als Hoffnungen. Zur Durchführung dieser Ideen fordert die Regierung Sie auf. Die Vergangenheit hat uns belehrt; Frankreich muß aber in die Zukunft blicken, seine Zeit verstehen und an den Fortschritt glauben. Ihn wollen, heißt die öffentliche Ordnung und den sozialen Frieden sichern." —

17.—27. Juli. (Deputiertenkammer.) Anarchistengesetz. (Vgl. Italien.)

Ein von der Regierung beantragtes Gesetz gegen die Anarchisten verweist im ersten Artikel die von der Presse begangenen Vergehen vor die Zuchtpolizeigerichte; der zweite wendet sich gegen die Propaganda durch Mittel jeder Art; der dritte bestimmt, daß die wegen solcher Vergehen verhängte Gefängnisstrafe, sobald sie ein Jahr übersteigt, in Einzelhaft verbüßt werden und mit Landesverweisung verbunden sein muß; der vierte setzt Gefängnisstrafen auf die Veröffentlichung der Prozeßverhandlungen gegen Anarchisten. In der Kammer wird beantragt, das Gesetz nur für eine bestimmte Zeit zu erlassen, doch Dupuy besteht auf der unbegrenzten Dauer. Es wird mit 268 gegen 163 Stimmen angenommen. (26. Juli.) Annahme im Senat (27. Juli.).

Mitte Juli. Casimir Périer und Bonghi.

Der Vorsitzende des italienisch-französischen Versöhnungsausschusses Signor Bonghi hat eine Unterredung mit Casimir Périer, deren Inhalt in der Presse berichtet wird. Der Präsident soll geäußert haben, der friedliche Zustand Europas lasse die Vermutung zu, daß man trotz dem Fortbestande der Tripelallianz, dank dem glühenden Verlangen nach Beschwichtigung, welches die verschiedenen europäischen Staaten beseele, einer friedlicheren und gedeihlicheren Zukunft entgegengehe, so daß die Erneuerung des Vertrags zwischen den drei Mächten nicht stattfände. Obwohl Bonghi diese Nachricht dementiert, wird sie doch in der Oeffentlichkeit viel diskutiert (vgl. S. 229.)

28. Juli. Schluß der Kammern.

3. August. (Lyon.) Caserio wird vom Schwurgericht zum Tode verurteilt. Seine Hinrichtung findet am 16. statt.

5. August. (Paris.) Turpinaffäre. (Vgl. 31. Mai.)

Infolge der Turpin günstigen Strömung der öffentlichen Meinung hatte sich das Kriegsministerium mit ihm in Verbindung gesetzt, um seine Erfindung zu prüfen. Der Bericht der Kommission erklärt, die Vorschläge Turpins enthielten für die nationale Verteidigung nichts wertvolles und berührten sich mit Versuchen, die das Kriegsministerium seit mehreren Jahren angestellt habe. Turpin protestiert gegen die Publikation dieses Berichtes.

August. In Südfrankreich wird für die Herstellung eines Kanals Bordeaux-Narbonne agitiert.

14. August. Unterzeichnung des Abkommens zwischen Frankreich und dem Kongostaat. (S. Afrika.)

8. September. (Stowehouse.) Der Graf von Paris †.

Die Royalisten huldigen seinem Sohne „Philipp VII."

13. September. (Orleans.) Bekränzung von Soldatengräbern.

Nach Schluß der Manöver bei Orleans legen der deutsche Militärbevollmächtigte v. Schwarzkoppen und ein französischer Offizier Kränze auf die Gräber der in den Kämpfen um Orleans gefallenen deutschen und französischen Krieger.

14. September. (Nantes.) Der Nationalkongreß der französischen Arbeiterpartei beschließt, die sozialistische Agitation auf das platte Land zu tragen.

15. September. (Macon.) Frankreich und die Schweiz.

Die Konferenz zur Beratung wirtschaftlicher Fragen fordert die Wiederanbahnung besserer handelspolitischer Beziehungen mit der Schweiz. Der Beschluß findet als Protest gegen die Ueberspannung des Schutzzollsystems viel Beifall.

Ende September. Die Budgetkommission tritt vor der Kammereröffnung zusammen.

1. Oktober. (Paris.) Zusammentritt des internationalen Kongresses für Soziologie.

4. Oktober. (Paris.) Zusammentritt des internationalen Kongresses der Eisenbahnangestellten.

10. Oktober. (Budgetkommission.) Militärverwaltung.

Abg. Roches tadelt die bei der Militärverwaltung sich kundgebende Tendenz, bei den Truppenteilen zahlreiche Mannschaften teils auf Urlaub gehen zu lassen, teils abzukommandieren, ohne hiefür ausreichenden Ersatz zu schaffen, so daß der Effektivbestand der Cadres dem Sollbestand vielfach nicht entspreche. Der Kriegsminister entgegnet, man habe den an der Grenze stehenden Truppenteilen einen erhöhten Mannschaftsstand gegeben, die andern aber nicht geschwächt. Im nächsten Jahre hoffe man die innernationalen Cadres auch zu erhöhen. Die Erklärung befriedigt nicht; das „Journal des Débats,“ warnt den Minister in die Spuren Leboeufs zu treten.

23. Oktober. Zusammentritt der Kammer.

30. Oktober. (Deputiertenkammer.) Mirman.

Der sozialistische Abg. Mirman soll zur Ableistung seiner militärischen Dienstpflicht einberufen werden, er verlangt während seiner Dienstzeit die Pflichten seines Mandates ausüben zu können. Der Kriegsminister Mercier betont, in der Armee dürfe keine Politik getrieben werden, die Ausübung des Mandats sei also unstatthaft. In stürmischer Beratung findet die Anschauung der Regierung die Mehrheit.

Ende Oktober. Die Presse über den deutschen Kanzlerwechsel.

Die Ernennung Hohenlohes, eines „Baiern und Katholiken“, wird vielfach als der erste Schritt zur Emanzipation Deutschlands von der preußischen Vormundschaft bezeichnet und daher freudig begrüßt.

Anf. November. Trauer um den Zaren.

Die Presse ist unerschöpflich in ihren Trauerkundgebungen für Alexander III., den sie als Begründer des französisch-russischen Bündnisses feiert. Viele Blätter erscheinen mit Trauerrand. Hier und da tritt die Besorgnis einer Annäherung zwischen Deutschland und Rußland hervor wegen vermeintlicher persönlicher Beziehungen zwischen Wilhelm II. und

Nikolaus II. Es werden zahlreiche Beileids- und Dankestelegramme zwischen der französischen und russischen Regierung gewechselt. Kammer und Senat beschließen eine feierliche Kundgebung und heben zum Zeichen der Trauer die Sitzung auf. (5. Nov.) Am Beisetzungstage findet ein Trauergottesdienst statt, dem Casimir Périer und die Minister beiwohnen.

November. Gegen die Direktoren mehrerer Blätter werden Anklagen wegen Erpressung erhoben.

13. November. (Deputiertenkammer.) Die Madagaskarfrage und das Ausland.

In der Beantwortung einer Interpellation führt der Minister des Auswärtigen Hanotaux aus: Frankreich habe Madagaskar erst wertvoll gemacht und dort ein Handelszentrum geschaffen. Die bisherigen Resultate der Zivilisation ließen weitere Erfolge erhoffen. Bezüglich der auswärtigen Mächte sei Frankreich nach keiner Seite hin gebunden. Der Brüsseler Kongreß im Jahre 1890 erkannte Frankreich das Recht zu, Maßregeln gegen die Einfuhr von Waffen anzuordnen. England habe das Protektorat Frankreichs mit allen Konsequenzen anerkannt, sodaß Frankreich völlige Aktionsfreiheit habe. 15,000 Mann würden zur Expedition hinreichend sein.

26. November. (Deputiertenkammer.) Madagaskarfrage.

Die Kammer genehmigt mit 377 gegen 143 Stimmen einen Kredit von 65 Mill. Frcs. zur Durchführung der Madagassischen Expedition. Es wird ferner bestimmt, daß zu der Expedition 8000 Mann der Kontinentalarmee entnommen werden dürfen, nachdem der Kriegsminister erklärt hat, daß die Armee ohne Nachteil soviel entbehren könne. (Der Senat nimmt die Vorlage am 6. Dezember fast einstimmig an.)

November. Dezember. Verhaftung des Hauptmanns Dreyfus. Angriffe auf die Botschaften.

Am 1. Nov. wird der Artilleriehauptmann Dreyfus verhaftet, weil er verdächtig ist, fremden Militärbevollmächtigten geheime Aktenstücke mitgeteilt zu haben. In der Presse ruft die Nachricht allgemeine Erregung hervor, umsomehr, da die Regierung von der Untersuchung lange Zeit nichts bekannt gibt. Es beginnt eine heftige Preßfehde gegen die fremden insbesondere die deutschen und italienischen Militärbevollmächtigten, die in deutschen Blättern auf den Kriegsminister Mercier zurückgeführt wird. Infolge der fortdauernden Angriffe auf die deutsche Botschaft protestiert der deutsche Botschafter Graf Münster dagegen und der Minister Hanotaux verspricht Genugthuung. Eine offiziöse Note der „Agence Havas“ erklärt hierauf die Behauptung der Presse, daß fremde Botschaften in die Spionenaffäre verwickelt seien, für gänzlich unbegründet. Trotzdem kommt ein großer Teil der Presse noch bis zum Ende des Jahres auf diese Angelegenheit zurück.

3. Dezember. (Deputiertenkammer.) Budget.

Das meiste Interesse erregt die geplante progressive Einkommen- und Erbschaftssteuer, die 25 Mill. Frcs. mehr ergeben soll. Dafür sind unbedingt die Linke und der größte Teil der Opportunisten, dagegen die Rechte, als deren Wortführer Léon Say auftritt. Er bekämpft das Projekt als sozialistischer Natur und prophezeit der Regierung, die Unterstützung der Radikalen werde sie bis zum Sozialismus fortreißen. Finanzminister Poincarré antwortet, daß Gesetz bedeute nicht die Nivellierung der Gesellschaft;

die Unterstützung einer guten Maßregel durch die Linke könne die Regierung nicht in ihrer Politik beeinflussen.

7. Dezember. (Paris.) Ferdinand Lesseps, der Erbauer des Suezkanals, fast 90 Jahre alt †.

12. Dezember. (Paris.) Burdeau, Präsident der Deputiertenkammer, †.

17. Dezember. Die Deputiertenkammer genehmigt ohne Debatte den Vertrag mit dem Kongostaate vom 14. August.

18. Dezember. (Deputiertenkammer.) Präsidentenwahl.

Der Radikale Brisson wird mit 249 Stimmen gegen den Opportunisten Méline, der 213 Stimmen erhält, zum Vorsitzenden gewählt.

22. Dezember. Verurteilung von Dreyfus.

In einem unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführten Prozeß verurteilt das Kriegsgericht den Hauptmann Dreyfus einstimmig zur lebenslänglichen Deportation und Einschließung in einen befestigten Platz.

22. Dezember. (Deputiertenkammer.) Eisenbahnabkommen.

Die Kammer genehmigt, nachdem Minister Barthou die Vertrauensfrage gestellt hat, das zwischen dem Staat und der Südbahngesellschaft geschlossene Abkommen mit 299 gegen 171 Stimmen.

24. Dezember. (Deputiertenkammer.) Spionengesetz.

Der Kriegsminister bringt folgenden Gesetzentwurf ein: „Mit Zwangsarbeit ist bedroht, wer einer fremden Regierung oder den Agenten dieser Regierung oder anderen Personen, von denen er wußte, daß sie auf Spionage ausgingen, Gegenstände, Pläne, Schriften, Dokumente oder Auskünfte ausgeliefert oder mitgeteilt hat, deren Geheimhaltung für die Landesverteidigung oder die äußere Sicherheit des Staates von Wichtigkeit ist Wenn der Schuldige Militär, Beamter des Land- oder Seeheeres, Offizier der Reserve oder der Landwehr ist oder im Dienste des Staates irgend welchen Posten bekleidet, oder wenn er auf Grund einer ihm anvertrauten Mission oder einer ihm überwiesenen Arbeit über solche Gegenstände, Pläne, Schriften, Dokumente, genaue Angaben unterrichtet worden ist, so trifft ihn die Todesstrafe.“ („Allg. Ztg.“)

27. Dezember. Frankreich und Spanien.

Der handelspolitische Modus vivendi mit Spanien, welcher am 31. d. erlöschen würde, wird auf unbestimmte Zeit verlängert, so daß derselbe bis zur ausdrücklichen Kündigung, welche drei Monate vorher auszusprechen ist, in Giltigkeit bleibt.

VII.

Italien.

1. Januar. (Rom.) Neujahrsempfang.

Der König äußert beim Empfange der Abordnungen des Senats und der Kammer die Hoffnung, Sizilien bald beruhigt zu sehen. Den Unruhen liege nur der Wunsch, die materielle Lage zu verbessern, zu Grunde.

Anf. Januar. Das Urteil von Angoulème. Vgl. Frankreich Dez. 1893.

Die italienischen Blätter, auch die franzosenfreundlichen, sind empört über die Freisprechung der angeklagten Franzosen. In einigen Städten Franzosenverfolgungen, die rasch unterdrückt werden. Die Regierung setzt 30,000 Frcs. als Entschädigung für die dabei geschädigten Franzosen aus. Einige Stimmen fordern die Abweisung der französischen Entschädigung.

Januar. Die Unruhen auf Sizilien und dem Festlande. Belagerungszustand.

Die Aufstände auf Sizilien dauern fort, die Garnisonen werden erheblich verstärkt, zahlreiche Agitatoren verhaftet und der Belagerungszustand über die Insel durch den Oberbefehlshaber, General Morra, verhängt. (3. Jan.) Die Einfuhr von Feuerwaffen wird verboten und die Einwohner werden aufgefordert, ihre Waffen bei der Polizeibehörde niederzulegen. Es kommt zu Zusammenstößen zwischen Militär und Aufrührern. Der Abg. De Felice, der als Mitglied des Zentralkomités der „Fasci" ein aufrührerisches Manifest unterzeichnet hat, wird verhaftet. Auch in Bari, Neapel, Mantua, Ancona und vornehmlich in Massa und Carrara finden Tumulte statt, die mit Energie unterdrückt werden. In Massa-Carrara, wo die Arbeiter der Marmorsteinbrüche den Hauptteil der Insurgenten bilden, wird der Belagerungszustand verhängt.

Die meisten Blätter, auch radikale, fordern zur energischen Aufrechterhaltung der Ordnung und zum rücksichtslosen Einschreiten gegen die Ruhestörer auf. Crispis Vorgänger, Giolitti, wird getadelt, daß er beim Beginn der sizilianischen Revolution weder Ausnahmemaßregeln traf noch ernste Reformversuche in Angriff nahm. Die Sozialisten benutzen das strenge Vorgehen Crispis, um gegen den Despotismus der Regierung zu agitieren.

Mitte Januar. (Sizilien.) Da die Beruhigung fortschreitet, werden die Truppen allmählich vermindert.

Januar. Enthüllungen über Rudini.

Die „Times" behauptet, Rudini habe, als er Minister war, den Dreibund aufgeben und sich Frankreich nähern wollen. Die „Tribuna" entgegnet, Rudini habe den Dreibund nicht verlassen, sondern nur Italiens Stellung darin modifizieren wollen, die Verhandlungen mit Frankreich hätten sich aber bald zerschlagen, und so sei der Dreibund erneuert worden. Rudini erhebt in der „Opinione" Widerspruch.

25. Januar. Crispis „Riforma" begrüßt das „große Berliner Ereignis", die Aussöhnung zwischen Kaiser Wilhelm und Bismarck, mit größter Befriedigung.

31. Januar. (Massa.) Anarchistenprozesse vor dem Kriegsgericht.

Das Kriegsgericht verurteilt mehrere Anarchisten zu mehrjährigen Gefängnisstrafen, darunter den Rechtsanwalt Molinari zu 23jährigem Kerker wegen Vereinigung gegen die Familie, die Person und das Eigentum und wegen Aufreizung zu Verwüstung, Plünderung und Metzelei in den Städten Massa und Carrara". Die Presse bezeichnet den Spruch fast durchweg als zu hart, da Molinari nur theoretisch an den Bestrebungen der Anarchisten teil genommen habe. (Vgl. 19. März.)

1. Februar. In den Papieren des verhafteten Anarchisten Merlino findet die Regierung Beweise, daß die Anarchisten eine Zerreißung Italiens planen.

20. Februar. Zusammentritt der Kammer.

21. Februar. (Deputiertenkammer.) Budgetentwurf. Finanzreform.

Der Finanzminister Sonnino legt den Budgetvoranschlag für 1894/95 vor. Er beginnt mit der aufrichtigen rückhaltlosen Darlegung der gegenwärtigen Finanzlage, die pro 1894/95 ein effektives Defizit in Höhe von 177 Millionen voraussehen lasse. Die Schuld des Schatzkontos übersteige eine halbe Milliarde. Von dieser Finanzlage rühre teilweise die innere Krisis des italienischen Marktes her. Deshalb müsse nicht nur für das Budget und den Schatz, sondern auch für den Geldumlauf und die Banken vorgesorgt werden. Der Minister faßt eine Reihe von Ersparnissen im Gesamtbetrag von 45 Millionen ins Auge, von denen ein Betrag von 27 Millionen sofort, der Rest aber in den zukünftigen Gebahrungsperioden zu realisieren sei. Die größten Ersparnisse würden durch eine Reform der inneren Verwaltung auf der Basis der Dezentralisation und der Vereinfachung des Dienstes gesichert werden können. Für diese Reform verlangt die Regierung unbedingte Vollmacht von der Kammer. Der Finanzminister schlägt ferner eine Reihe von neuen Auflagen vor, die insgesamt 100 Millionen ergeben sollen, nämlich 1) die Wiedereinführung des Zuschlags von zwei Zehnteln auf die Grundsteuer, wodurch 17 Millionen erzielt werden dürften; 2) die Erhöhung der Steuersätze bei allen Steuerkategorien für bewegliches Vermögen und der Einkommensteuer; dadurch würde dem Staat ein Ertrag von 52 Millionen zugeführt werden, den gegenwärtig die Gemeinden aus dieser Steuer ziehen. Die allgemeine Steuer für Mobiliarvermögen wird auf 20% erhöht. Es wird dann 3) eine Erhöhung des Salzpreises beabsichtigt, die einen Mehrertrag von 8 Millionen ergeben würde; 4) eine Erhöhung der Erbschaftstaxen um 4 Millionen; 5) eine Er-

höhung der Alkoholsteuer um 3½ Millionen; 6) weitere kleinere Steuererhöhungen mit einem Ertrage von ca. 2 Millionen und 7) die Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer vom 1. Januar 1895 an, die zunächst 10 Millionen jährlich ergeben soll. Mit der allmählichen Entwickelung dieser Steuer hofft der Minister die Umgestaltung des Steuerwesens in Angriff nehmen und die derzeitigen Steuersätze herabmindern zu können. Von allen genannten Steuererhöhungen sollen nur die Mindestbesteuerten befreit bleiben. Die Erhöhung des Salzpreises und der Alkoholsteuer wird auf Grund eines königlichen Dekrets schon heute in kraft treten. Um das Gleichgewicht im Budget sicherzustellen, schlägt der Minister ferner die Konvertierung einer Serie amortisierbarer Schulden vor; der Amortisationsdienst soll der caisse des dépôts et consignations übertragen werden. Derselben würden zu diesem Behuf 19 Millionen Rente übergeben, welche bereits im Besitz des Schatzes und der öffentlichen Kassen sind. Eine neue Rentenemission soll nicht erfolgen. Der Finanzminister kündigt noch weitere wichtige Maßnahmen in Bezug auf die öffentliche Schuld und den Schatz an. Den Inhabern von Titeln der 5prozentigen konsolidierten Schuld wird vom 1. Januar 1895 ab die Konvertierung ihrer Schuldtitel in neue mit 4 Prozent netto verzinsliche Titel angeboten worden. Diese Schuldtitel werden jetzt und in Zukunft vollkommen steuerfrei sein. Es wird ferner eine innere 4½ %ige konsolidierte Rente mit Vierteljahrskoupons geschaffen werden, welche die gegenwärtige 5%ige Rente bei der Konvertierung ersetzen wird. Im Laufe von 25 Jahren wird eine Reihe amortisierbarer Titel allmählich getilgt werden. Um die derzeitige Lage des Papiergeldumlaufs gesetzlicher zu gestalten, wird durch königl. Dekret verkündet werden, daß die Staatsnoten nicht konvertierbar sind. Die Menge der in Umlauf befindlichen Noten soll indessen durchaus nicht vermehrt werden. Um den dringenden Bedarf an Scheidemünze zu decken, wird durch königl. Dekret die Ausprägung von 20 Millionen Francs in Nickelmünzen zu 20 Centimes angeordnet und gleichzeitig die Prägung von Kupfermünzen eingestellt. Die Regierung wird nach Kräften die Schaffung eines großen Instituts zur Flüssigmachung der hauptsächlich infolge der Münzkrisis totliegenden Kapitalien begünstigen. Schließlich kündigt der Minister an, daß durch königliches Dekret der Getreidezoll auf 7 Frcs. per Doppelzentner (100 Kilogramm) erhöht und gleichzeitig die für Rechnung der Regierung in geschlossenen Gemeinden erhobene Verzehrungssteuer auf Mehl, Brot und Teigwaren abgeschafft werden soll. Diese Verzehrungssteuer beträgt ungefähr 2 Frcs. per 100 Kilogr. Die Erhöhung des Getreidezolls von 5 auf 7 Frcs. ist also eine einfache Uebertragung der Verzehrungssteuer an die Grenze. Gleichbedeutend mit dem Wert dieser Maßnahme als finanzielle Operation ist der Umstand, daß dieselbe eine der drückendsten Lokalabgaben beseitigt, von welcher die Landleute Siziliens und Süditaliens so hart betroffen worden sind, während andererseits den Ackerbautreibenden durch die Zollerhöhung größerer Schutz geboten, ihren lebhaft kundgegebenen Wünschen Genüge gethan und ihnen eine teilweise Entschädigung für den Zuschlag zur Grundsteuer geboten wird. Der Minister appelliert an den Patriotismus des Parlaments. Er betont die traurige Lage, erachtet aber die vorhandenen Uebel für heilbar, vorausgesetzt, daß keine Zeit verloren werde. Diese Maßnahmen — so bemerkt Sonnino resumierend — werden dem Staate im ganzen 150 Millionen Mehreinnahmen per Jahr zuführen. Auf diese Weise wird der italienische Kredit im Auslande und Inlande gesichert, ohne irgend eine neue Emission von öffentlichen Schuldtiteln oder von Papiergeld. Alle diese Maßnahmen werden die Menge des umlaufenden Papiergeldes nicht erhöhen. Das Werk wird vervollständigt durch eine Reform der Zivil- und Militär-

dienstzweige innerhalb der von den Verhältnissen des Landes gezogenen Grenzen. Der Minister schließt mit der Bemerkung, daß er, im Bewußtsein, eine Pflicht gegen das Land zu erfüllen, der Kammer anempfehle, rasche Vorsorge zu treffen, weil Gefahr im Verzug sei. („Allg. Ztg.")

21. Februar. Zollerhöhung.

Durch königliche Dekrete werden erhöht: der Getreidezoll von 5 auf 7 Frcs. pro Doppelzentner, mit einer entsprechenden Zollerhöhung für die Erzeugnisse aus Getreide, der Salzpreis von 35 auf 40 Centimes pro Kilo und die Taxe für den Verkauf von Spirituosen von 20 auf 40 Frcs. pro Hektoliter.

22. Februar. (Deputiertenkammer.)

Crispi beantragt einen Gesetzentwurf, welcher der Regierung volle Machtbefugnis zur Reform des Zivil- und Militärdienstes gewährt. Crispi verlangt, daß dieser Entwurf, sowie die Entwürfe über die finanziellen Maßnahmen an zwei direkt von der Kammer erwählte Kommissionen überwiesen werden. Der Antrag wird fast einstimmig angenommen.

23. Februar. (Präsidentenwahl.) Die Deputiertenkammer wählt an Stelle Zanardellis, der verzichtet, Biancheri zum Vorsitzenden.

Ende Februar. Anf. März. (Deputiertenkammer.) Verhandlung über Crispis Maßregeln.

Zahlreiche Interpellationen wegen der Vorgänge auf Sizilien und in Massa-Carrara. Die Hauptredner der Opposition sind Imbriani und Cavolotti. Crispi begründet die Verfassungsmäßigkeit der Verhängung des Belagerungszustandes und der Einsetzung der Kriegsgerichte mit dem anarchistischen Charakter der revolutionären Bewegung. Er schließt: „Italien bedarf der Konsolidierung und der Festigung; dazu ist jedoch Zeit notwendig. Ich bitte Sie, mir in meinem Programm zu folgen. Schließen wir uns eng an den König an, der das Symbol der Einheit ist, er sei unser Hort! Ich sage dies heute, wie ich es 1864 gesagt habe: nur die Monarchie bezeichnet die Einheit, die Zukunft des Vaterlandes. In diesem Glauben, welcher der Glaube des Vaterlandes ist, müssen wir alle Gefahren vermeiden, die inneren, wie die äußeren Feinde bekämpfen und Italien zu jener Größe erheben, die wir angestrebt haben, und ohne welche es nicht bestehen könnte." Auch der Justizminister betont die Gesetzlichkeit der Regierungsmaßregeln (28. Febr.) Die Kammer billigt mit 343 gegen 45 Stimmen das Vorgehen der Regierung (3. März).

5. März. (Deputiertenkammer.) Münzunion.

Die Kammer genehmigt in geheimer Abstimmung mit 195 gegen 40 Stimmen das am 15. Nov. 1893 in Paris unterzeichnete Abkommen der Staaten der lateinischen Münzunion über die italienischen Scheidemünzen.

Anf. März. Die „Riforma" begrüßt die Ernennung Lord Roseberys zum Premier sympathisch und hofft von ihm eine entschiedenere italienfreundliche Politik als von Gladstone.

8. März. Bombenexplosion vor der Kammer, wodurch einige Passanten verletzt werden.

19. März. (Rom.) Molinari.

Der Kassationshof verwirft die Höhe der gegen Molinari erkannten Strafe und verweist die Sache vor das ordentliche Militärkriminalgericht (vgl. 31. Jan.)

29. März—5. April. (Rom.) Tagung des internationalen medizinischen Kongresses.

5. April. (Rom.) Äußerungen des Königs.

Der König erklärt in einer Unterredung mit einem Pariser Journalisten, alle Gerüchte über kriegerische Absichten des Dreibundes seien böswillige Erfindungen. Italien und Frankreich seien befreundete Nachbarn. Seine bevorstehende Zusammenkunft mit Kaiser Wilhelm sei rein freundschaftlicher unpolitischer Natur.

6. April. Der König nach Venedig.

7.—9. April. (Venedig.) Zusammenkunft des Königs mit dem deutschen Kaiser.

10. April. (Florenz.) Der König besucht die Königin von England.

13. April. Beschluß des Budgetausschusses.

Die Kommission beantragt anstatt der 100 Mill. neuer Steuern, die Sonnino verlangt, nur 50 Mill. zu bewilligen, die Etats des Heeres und der Marine um 20 Mill. zu reduzieren und die notwendigen Eisenbahnbauten mit Hilfe einer Anleihe auszuführen. Von Sonninos Steuerprojekten verwirft sie die Erhöhung der Rentenkouponsteuer und die Einkommensteuer, ferner will sie die Grundsteuer nur um ein Zuschlagszehntel erhöhen. An neuen Steuern schlägt sie vor die Militärsteuer für Ersatzreservisten zweiter Klasse, einen Abzug von den Gehältern neu ernannter und beförderter Beamten eine Erhöhung der Konzessionsgebühren und der Steuern auf Renten aus beweglichem Vermögen.

April. (Deputiertenkammer.) Militäretat.

In den Beratungen über das Budget weisen Crispi und Sonnino den Gedanken an Herabsetzung des Militäretats als Verirrung zurück. Am 21. April wird eine Tagesordnung Cavalotti, die Ersparnisse im Militärhaushalt verlangt, mit großer Majorität abgelehnt.

4./5. Mai. (Deputiertenkammer.) Erklärungen über den Dreibund.

Radikale Deputierte tadeln die Allianzpolitik der Regierung, die den Bruch der Handelsbeziehungen zu Frankreich und damit die wirtschaftliche Krisis Italiens verschulde. Der Dreibund müsse aufgelöst werden, damit Italien abrüsten könne. Crispi betont dem gegenüber den friedlichen Charakter des Dreibundes, und daß eine Abrüstung unmöglich sei, wenn Italien nicht bei einem europäischen Konflikte die Kosten bezahlen wolle. Der Minister des Auswärtigen Blanc weist darauf hin, daß die neutrale Schweiz von Frankreich ebenso behandelt werde wie Italien.

5. Mai. Vertrag mit England. S. Afrika.

21. Mai. Die Deputiertenkammer genehmigt in geheimer Abstimmung mit 229 gegen 98 Stimmen das Heeresbudget.

27. Mai. (Deputiertenkammer.) Irredenta.

Einen Versuch Imbrianis durch eine Anfrage an den Minister-

präsidenten Crispi und an den Minister des Auswärtigen, Baron Blanc, ob dieselben beabsichtigten, zur Wahrung der unterdrückten nationalen Rechte der lateinischen Völker Oesterreich-Ungarns eine Aktion einzuleiten, den Memorandumprozeß (S. 210) zu besprechen und gegen die Allianz mit Oesterreich zu protestieren, vereitelt Crispi, indem er die Beantwortung verweigert.

30. Mai. (Palermo.) De Felice.

Das Kriegsgericht verurteilt den Abg. De Felice zu 18 Jahren Zuchthaus, Verlust der Ehrenrechte und des Deputiertenmandats. Andere Häupter der Fasci werden ebenfalls mit längerem Zuchthaus bestraft.

Juni. Finanzreform. Ministerkrisis.

In der Beratung der Finanzreform stellt Crispi folgenden Antrag: „In der Absicht, vorgängig festzustellen, welche Besserung der Finanzlage durch eine Verminderung der Staatsausgaben erzielt werden kann, erteilt die Kammer einer von ihren Bureaux zu ernennenden Kommission von 18 Deputierten den Auftrag, bis zum 30. d. M. einen Gesetzentwurf vorzulegen, betr. die Reform der Verwaltung behufs Vereinfachung derselben und Herbeiführung größtmöglicher Ersparnisse im Staatsbudget. Bis dahin unterbricht die Kammer die Beratung der finanziellen Maßregeln.“ (2. Juni). Der Antrag wird von der Kammer mit 11 Stimmen Mehrheit angenommen (4. Juni). Wegen dieser geringen Majorität reicht Crispi seine Demission ein. (5. Juni.) Der König unterhandelt in den folgenden Tagen mit mehreren Häuptern der Opposition, wie Zanardelli, Rudini, Brin, die aber die Kabinetsbildung ablehnen, so daß Crispi wieder mit der Neubildung betraut werden muß. Sonnino tritt das Finanzministerium an den bisherigen Ackerbauminister Boselli ab und wird zum Schatzminister ernannt, das Ackerbauministerium übernimmt der Deputierte Barazzuoli, (14. Juni). Im übrigen finden keine Veränderungen statt.

13. Juni. (Vico Equense.) Nicotera, früherer Minister, †.

14. Juni. (Deputiertenkammer.) Neues Finanzprogramm der Regierung.

Crispi legt ein neues Projekt vor, um mit der Kammer zur Verständigung zn kommen. Die Veränderungen bestehen in folgenden Punkten: Die Regierung verzichtet auf die zwei Zehntel der Grundsteuer, welche 17 Millionen eingebracht hätten, ferner auf die Steuer für die Wechselindossierung, auf die Einkommensteuer und auf die Abänderung des Gesetzes über Gewichte und Maße, die 6 Millionen ergeben hätten. Der Ausfall wird durch Ersparnisse und durch eine Reform der Alkoholgesetze ergänzt. Ferner übernimmt das Ministerium, unter Aufrechterhaltung der von Sonnino angekündigten Ersparnisse von 45 Millionen für 1894/95, die Verpflichtung, weitere Ersparnisse im Betrage von 20 Millionen herbeizuführen. Diese Ersparnisse sollen durch eine Kommission von 18 Mitgliedern herbeigeführt werden, welche die Kammer im Zusammenhang mit den Vorarbeiten für das Gesetz über die Reorganisation der Verwaltung ernennen soll. Der Kriegsminister ernennt eine Kommission von Generalen zur Einführung von Reformen und Ersparnissen in seinem Ressort. Mit Crispis Zustimmung verschiebt die Kammer die Wahl der Kommission bis zum November.

16. Juni. (Rom.) Mißlungenes Attentat auf Crispi durch einen Anarchisten Lega.

21. Juni. (Rom.) Die von der Regierung ernannte Kom-

mission von Generalen zur Vorbereitung von Heeresreformen (s. 14. Juni) beginnt ihre Arbeiten.

25. Juni. (Deputiertenkammer.) Beileidskundgebung für Carnot.

Ende Juni. Eindruck der Ermordung Carnots.

Die That wird von allen Seiten gebrandmarkt, die Sozialisten suchen sie von sich abzuschütteln. Da viele Italiener aus Furcht vor Mißhandlungen Frankreich verlassen, kommt es zu Rachekundgebungen gegen Frankreich, die aber schnell unterdrückt werden.

29. Juni. (Deputiertenkammer.) Annahme des Finanzprogramms.

Nach mehrtägiger Beratung genehmigt die Kammer das Finanzprogramm der Regierung in geheimer Abstimmung mit 180 gegen 74 Stimmen. (Der Senat nimmt es am 21. Juli mit großer Majorität an.)

30. Juni. (Livorno.) Bondi ermordet.

Der Journalist Bondi, ein alter Garibaldianer, wird von einem Anarchisten ermordet wegen einiger gegen die Anarchisten gerichteten Zeitungsartikel.

1. Juli. Crispi bringt einen Gesetzentwurf zur Agrarreform auf Sizilien ein.

7.—11. Juli. (Deputiertenkammer.) Anarchistengesetze.

Nach längerer Beratung genehmigt die Kammer in geheimer Abstimmung mit 188 gegen 16 Stimmen die Gesetzentwürfe betreffende Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Sicherheit. Die Gesetze legen harte Freiheitsstrafen auf den Besitz von Sprengstoffen, auf Herbeiführung von Explosionen, auf die Verherrlichung von Verbrechen in der Presse und bestimmen Strafdomizile für solche, die wegen Verbrechen gegen die öffentliche Sicherheit verurteilt oder aus Mangel an Beweisen freigesprochen sind, sowie für die Mitglieder anarchistischer Gesellschaften. (Annahme im Senat 16. Juli.)

17. Juli. Sieg General Baratieris bei Kassala. S. Afrika.

Es laufen vom Auslande Glückwunschtelegramme und Schreiben ein, u. a. vom deutschen Kaiser, ferner von der Stadt Trient (vgl. S. 219).

17. Juli. (Senat.) Kirchenpolitik.

Der Senator Piola wünscht, die Gründe für die Verweigerung des Exequatur zu kennen, welche gegen etwa dreißig in letzter Zeit ernannte Bischöfe in Anwendung gebracht war. Der Justizminister Calenda bei Tavani und Crispi erwidern, die Kurie habe die Rechte der Krone mißachtet und Bischöfe in Diözesen ernannt, wo die Berufung dem Könige zustand. Deshalb seien auch die nicht unter königlichem Patronat stehenden Bischöfe nicht anerkannt worden. Das Kabinet habe durch Anerkennung mehrerer Bischöfe seine Versöhnlichkeit bewiesen, und von weiteren Verhandlungen sei die gänzliche Regelung dieser Frage zu hoffen (vgl. 7. Sept.).

19. Juli. (Rom.) Lega wird wegen des Mordversuchs auf Crispi zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt.

23. Juli. Schluß der Parlamentssitzung.

28. Juli. (Rom.) Prozeß der Banca Romana. (Vgl. 1893.)

Sämtliche Angeklagte werden freigesprochen. Es ist während des Prozesses festgestellt, daß von den durch die Polizei beschlagnahmten Papieren Tanlongos viele bei Seite geschafft worden sind. Wegen dieser und anderer Unregelmäßigkeiten setzt der Justizminister eine Kommission ein, welche das Verhalten der Untersuchungsrichters und der übrigen Behörden prüfen soll. (4. Aug.)

Juli. August. Konflikt mit der Pforte.

Der italienische Botschafter in Konstantinopel wird abberufen und durch Catalani, bisher Gesandter am dänischen Hofe, ersetzt. Die Pforte will ihn anfangs ablehnen gibt aber bald nach, da die italienische Regierung auf ihrem Willen besteht.

August. September. Sizilien.

Am 13. August wird der Belagerungszustand aufgehoben, aber infolge neuer Unruhen wird am 4. Sept. die Leitung der Polizei dem Kommandeur des 12. Armeekorps in Palermo übertragen.

7. September. Die Regierung erteilt dem Bischof von Venedig das Exequatur. (Vgl. 17. Juli.)

8. September. Erdbeben in Sizilien.

10. September. (Neapel.) Crispi hält eine Rede, in der er im Namen der Religion zum Kampfe gegen den Anarchismus aufruft.

22. September. (Rom.) Der König amnestiert eine Anzahl in den sizilischen Unruhen Verurteilte.

2./6. Oktober. (Mailand.) Tagung des internationalen Kongresses für Arbeiterunfallversicherung.

22. Oktober. Auflösung sozialistischer Vereine.

Durch Dekret werden gleichzeitig in allen Provinzen sämtliche Vereinigungen, welche sich als sozialistische oder italienische Arbeiterpartei bezeichneten, aufgelöst, ebenso die Gesellschaften, welche Sektionen solcher Vereinigungen bildeten und Vereine, welche, obgleich zu philanthropischen oder wirtschaftlichen Zwecken gegründet, sich dem sozialistischen Parteiprogramm zuwandten. Das Motiv der Maßregel ist, daß dieses Programm zwischen den verschiedenen Klassen der Gesellschaft Streit erregt und Umsturzideen verbreitet habe. Es bildet sich infolge dessen eine „Liga zum Schutze der Freiheit" aus Radikalen und Sozialisten.

16.—18. November. Erdbeben in Kalabrien.

21. November. Staat und Kurie.

Der zum apostolischen Präfekten von Erythräa ernannte P. Michael macht vor seiner Abreise Crispi und dem Minister des Auswärtigen einen Besuch.

22. November. (San Remo.) Spionageprozeß.

Der französische Hauptmann Romani, der in Uniform italiienisches Gebiet betreten hatte, wird wegen Spionage zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt.

4. Dezember. Zusammentritt der Kammern.

7. Dezember. (Deputiertenkammer.) Giolitti und der Prozeß gegen die Banca Romana.

In der Untersuchung gegen Tanlongo war konstatiert worden, daß eine Anzahl Dokumente verschwunden seien, weshalb nach Abschluß des Prozesses eine Untersuchung hierüber eingeleitet wurde. (Vgl. S. 280). Während dieser Untersuchung erklärte Giolitti öffentlich, ihm seien als Ministerpräsident während des Bancaprozesses zahlreiche für politische Persönlichkeiten kompromittierende Papiere zugesandt worden, die er aber dem Gericht nicht überwiesen habe, weil sie keine Bedeutung für den Prozeß gehabt hätten. Allgemein wird angenommen, daß Giolitti hiermit gegen Crispi eine Drohung aussprechen will.

Mit Bezug hierauf interpelliert Abg. Colajanni die Regierung, ob sie nicht gegen Staatsbürger einschreiten wolle, die Dokumente im Besitze hätten, die sich auf die Justizverwaltung und das öffentliche Leben beziehen. Crispi erklärt, er wisse nicht, was die Papiere enthielten.

10. Dezember. (Deputiertenkammer.) Finanzprogramm.

Der Schatzminister Sonnino führt aus, daß das Defizit fast 80 Mill. Lire, betrage. Davon sollen 53 durch Ersparnisse und 27 durch neue Steuern gedeckt werden. Die 27 Millionen, erklärt Sonnino, sollen in folgender Weise aufgebracht werden: 3 Millionen durch Erhöhung der Alkoholbesteuerung, 4½ Millionen durch eine Stempeltaxe auf Zündhölzchen, 11 Millionen durch Zölle von 3 Lire auf Roh-Baumwolle, von 5 Lire auf raffinierten Zucker mit verhaltnismäßiger Erhöhung des Zolles auf Rohzucker, von 4 Lire auf Palmöl von Kokosnüssen, ferner durch Erhöhung des Getreidezolls um 50 Centimes, endlich durch Maßnahmen zur Sicherstellung der Einhebung der bestehenden Zölle, 8½ Millionen durch eine geringe Taxe auf den Verbrauch von Gas- und elektrischem Licht seitens Privater und durch Reform des Gesetzes über Maße und Gewichte, sowie durch Einführung von Hypothekartaxen. Von diesen 27 Millionen neuer Steuern sollen 18 Millionen schon von heute ab auf Grund eines königlichen Dekrets erhoben werden, um unerlaubte Spekulationen hintanzuhalten. Durch diese angeführten Maßnahmen erscheint das Gleichgewicht im Budget 1895/96 unbedingt gesichert, ohne daß zu irgend einer Emission von Titeln der öffentlichen Schuld im Auslande oder Inlande, welcher Art auch immer geschritten werden müßte.

11./12. Dezember. (Deputiertenkammer.) Giolittis Dokumente.

Giolitti übergibt dem Kammerpräsidenten die in seinem Besitze befindlichen Dokumente und überläßt der Kammer die Entscheidung, ob sie verlesen werden sollen oder nicht. Nach stürmischer Beratung wird beschlossen, daß eine Kommission von fünf Deputierten zur Prüfung der Giolittischen Dokumente ernannt werden soll. Die Kommission soll, nachdem sie die an den Dokumenten Interessierten vernommen hat, Bericht erstatten. (11. Dez.) Die Kommission berichtet am folgenden Tage über den Inhalt der Dokumente, die u. a. Schriftstücke enthalten, die auf den Banca-Prozeß Bezug haben und von der römischen Polizei angefertigt sind. Die Kammer beschließt alle diese Dokumente, ausgenommen die, welche sich auf Senatoren oder verstorbene Politiker beziehen, zu publizieren. Nicht veröffentlicht werden Schriftstücke, welche sich auf die Verhandlungen beziehen, die ohne Wissen der Regierung im August und September 1892 zwischen

der Banca Nationale und der Banca Romana stattfanden, sowie eine Anzahl Privatbriefe von Crispi und dessen Gemahlin. (12. Dez.)

15. Dezember. Ein königliches Dekret vertagt die Kammer.

16. Dezember. Giolitti reist nach Berlin.

22. Dezember. Der Senat erklärt die Dokumente Giolittis, in denen Senatoren genannt werden, für bedeutungslos.

24. Dezember. (Rom.) Kundgebung für die Rumänen.

270 Deputierte aller Parteien übermitteln dem Kammerpräsidium folgende Resolution: Die Kammer beseelt von den Prinzipien des Völkerrechts, die Italien seine Existenz gaben, drückt den rumänischen Völkern, die ebenso edel kämpfen, um ihre Unabhängigkeit und die gemeinsame lateinische Nationalität zu verteidigen, ihre tiefe Sympathie aus.

VIII.

Die Römische Kurie.

19. Februar. (Rom.) Feier des 50jährigen Bischofsjubiläums Leos XIII.

2. März. (Rom.) Feier des Geburtsfestes und des Jahrestages der Krönung Leos XIII.

Der Papst empfängt das Heilige Kollegium und weist in seiner Ansprache der Kirche die Pflicht zu, die aus dem öffentlichen Leben entschwundene Moral zurückzuführen, bei den Völkern den Sinn für Unterwerfung, bei den Herrschenden für Lauterkeit zu wecken und die Studien durch die Regeln christlicher Weisheit zu läutern.

7. März. Der Papst empfängt den Prinzen Heinrich von Preußen.

23. März. Enzyklika an die polnischen Bischöfe.

Der Papst erinnert an die alte Anhänglichkeit der Polen an den päpstlichen Stuhl der nichts lehre, was sich gegen die Macht der Fürsten oder das Wohl der Völker richte, sondern für die öffentliche Wohlfahrt sorge. Die polnischen Katholiken Rußlands erinnert die Enzyklika daran, daß der Papst im Jahre 1882 ein Uebereinkommen abschloß, durch welches die freie Verwaltung der Seminarien durch die Bischöfe, eine ausgedehnte Jurisdiktion des Erzbischofs von Mohilew über die geistliche Akademie von St. Petersburg und sonstige Garantien zu Gunsten des Klerus stipuliert wurden, und zwar auf Grund von direkt an den Kaiser, dessen freundlichen und gerechten Sinn der Papst hervorhebt, gerichteten Gesuchen. Die Enzyklika ermahnt die Bischöfe des russischen Polen, über die Rechte der Religion zu wachen, aber jede Feindseligkeit gegen die bürgerliche Autorität zu vermeiden und auf die Beobachtung der mit dem heiligen Stuhle abgeschlossenen Uebereinkünfte zu dringen. Den Katholiken Galiziens empfiehlt der Papst, dem Kaiser für seinen religiösen Eifer erkenntlich zu sein, und schärft ihnen ein, für das Gedeihen der Universität von Krakau und der religiösen Orden

besonders desjenigen der Basilianer in Galizien, von denen er ein Emporblühen des Ruhmes der ruthenischen Kirche in der Einigkeit des Glaubens und der Verschiedenheit der Riten erhofft, zu sorgen. Die preußischen Polen erinnert der Papst daran, daß die Ernennung des Erzbischofs von Gnesen-Posen nach ihren Wünschen erfolgt sei, und ermahnt sie, Vertrauen zu der Gerechtigkeit des Kaisers zu haben und die Gesetze zu beobachten. (Nach der „Allg. Ztg.“).

Anf. April. (Rom.) Der Papst und die Polen.

Dunajewski, Erzbischof von Krakau dankt dem Papste für die durch die Enzyklika bewiesene Fürsorge für die Polen. Der Papst spricht die Hoffnung aus, daß die Polen sein Streben, die religiöse Lage der Polen in Rußland zu verbessern, würdigen würden.

April. Die spanischen Pilger in Rom. (Vgl. Spanien.)

Am 15. April findet in Gegenwart von 7000 Pilgern und zahlreichen anderen Personen die feierliche Seligsprechung des Johannes Davila v. Cadix statt; am 18. und 24. wohnen die Wallfahrer einer vom Papst zelebrierten Messe in der Peterskirche bei.

18. Mai. Der Papst bestätigt den von den syrischen Bischöfen zum Bischof von Antiochien gewählten Behnam Benni und bewilligt ihm das Pallium.

31. Mai. Centenarfeier für Pius IX., zu der zahlreiche Wallfahrer und Deputationen eingetroffen sind.

18. Juni. Der russische Ministerresident Isvolski überreicht dem Papste sein Beglaubigungsschreiben. (Vgl. Rußland 5. Juni.)

20. Juni. Enzyklika „an alle Fürsten und Völker der Erde“.

Der Papst erklärt, er wolle, gleich wie Christus, bis an sein Lebensende alle Menschen zur Glaubenseinheit aufrufen. Er erinnert die nichtchristlichen Völker an die Religionseinheit, welche ehemals ein gemeinsames Vatererbe inmitten des irdischen Kampfes bildete, und die Griechisch-Katholischen daran, daß ihre Vorfahren den römischen Pontifex anerkannten und daß die Lateiner und die Griechen auf den Konzilien von Lyon und Florenz gemeinsam tagten. Er lädt sie ein zu völliger Vereinigung mit der römischen Kirche und verheißt ihnen, er werde ihre Riten und patriarchalischen Privilegien aufrechthalten. Besonders gelte die Einladung den slavischen Völkern. Der Papst wendet sich auch an die Protestanten, denen die feste Richtschnur des Glaubens und der Autorität mangle, so daß einige von ihnen die Gottheit Christi und den göttlichen Ursprung der heiligen Schriften leugneten und dem Naturalismus und Materialismus verfielen. Er gedenkt der erleuchteten Protestanten, die heilsbegierig zum Katholizismus zurückkehrten, und ermahnt die übrigen zur Nachahmung, damit alle denselben Glauben, dieselbe Hoffnung und dieselbe Liebe auf dasselbe Evangelium gegründet hätten. Er ermahnt die Katholiken, aus der Gleichgültigkeit inmitten der vielfach drohenden Gefahren sich aufzurütteln, den kirchlichen Oberen unbedingt zu gehorchen und sich versöhnlich gegenüber den bürgerlichen Gewalten zu erweisen. Die Kirche sei bereit, mit letzteren die nötigen Vereinbarungen zu treffen. Die Enzyklika beklagt die neuerlichen Unterdrückungen der Kirche und wendet sich gegen die Freimaurer, deren

Despotismus die Italiener und Franzosen abschütteln sollten, damit die Glaubenseinheit die Uebel und die Kriege beschwöre, welches aus der Lage Europas erwüchsen. Sie empfiehlt ferner eine Behandlung der sozialen Frage gemäß dem Evangelium und fordert in politischer Hinsicht die Völker auf zur Uebereinstimmung mit den herrschenden Gewalten, gleichviel um welche Staatsform es sich handle. Der Papst ersucht die Regierungen, auch ihrerseits die religiöse Einigkeit mit allen Kräften zu unterstützen, damit nicht das Ende dieses Jahrhunderts dem stürmischen Ende des vorigen gleiche. („Allg. Ztg.“)

(Den deutschen und lateinischen Text s. „Staatsarchiv“ Bd. 57. Vgl. dazu Harnack, preußische Jahrbücher Bd. 77, S. 321.)

13. August. Enzyklika an die Bischöfe Brasiliens.

Der Papst fordert von der Geistlichkeit Heiligkeit und Sittenreinheit. Sie solle sich mit dem Unterricht der Kinder beschäftigen und Wohlthätigkeitseinrichtungen gründen.

7. September. Der Papst ernennt den Pater Michael di Carbonare zum Leiter der apostolischen Präfektur in Erythräa. (Vgl. Italien 21. Nov.)

24. Oktober—28. November. (Rom.) Konferenzen zur Vereinigung der orientalisch-unierten Kirche mit der römischen unter Vorsitz des Papstes.

Es nehmen teil eine Anzahl Kardinäle, der syrische und melchitische Patriarch, und ein Vertreter des Maronitischen, dem armenischen hat die Pforte die Beteiligung untersagt.

6. Dezember. Konstitution für die orientalische Kirche.

Sie sanktioniert die Konferenzbeschlüsse über die unierten Kirchen. Zunächst gedenkt sie der ruhmreichen und opferreichen Geschichte der Kirche im Orient und der Beweise von Liebe und Ehre, welche ihr von seiten der römischen Kirche zu teil geworden seien, seitdem Petrus den Bischofsstuhl in der weltbeherrschenden Stadt bestiegen hatte. Die Konstitution erwähnt sodann die Kollegien, welche die Päpste im Orient begründeten und welche Papst Leo XIII. zu gunsten der Angehörigen der katholisch-orientalischen Kirche weiter zu entwickeln beabsichtige. Ferner wird die Notwendigkeit betont, die Lehren der orientalischen Kirche unverändert aufrecht zu erhalten, weil dieselbe in ihrer Machtfülle ein glänzender Ausdruck der Einheit der Dogmen der katholischen Kirche sei. Nachdem die Konstitution die vom Papst Benedikt XIV. erlassenen Bestimmungen zu Gunsten der Aufrechterhaltung des Ritus der orientalischen Kirchen angeführt hat, werden 13 Punkte derselben erläuternd bestätigt. Sie besagen im wesentlichen: Jeder lateinische Missionar, welcher Angehörige einer orientalischen Kirche verleiten würde, zum lateinischen Ritus überzutreten, soll ipso facto der Suspension und dem Verlust seines Amtes verfallen. An allen Oertlichkeiten des Orients, wo den Gläubigen des einen Ritus ein eigener Priester fehlt, können sie die Eucharistie nach dem anderen Ritus empfangen, ohne dem Vorwurfe zu verfallen, den eigenen Ritus verlassen zu haben. Die im Orient zur Leitung der Kirchenkollegien begründeten religiösen Orden werden Sorge tragen, daß die der orientalischen Kirche angehörenden Zöglinge nach ihrem bezüglichen Ritus unterwiesen werden. Ohne päpstliche Ermächtigung darf kein weiteres Kolleg von lateinischen religiösen Orden im Orient gegründet

werden. Alle orientalischen Gläubigen, die außerhalb des Patriarchats-sprengels lebenden inbegriffen, werden auch fernerhin in den Kirchen-büchern ihres Ritus eingetragen bleiben. Den zur katholischen Kirche Uebertretenden soll der Uebertritt nach orientalischem Ritus gestattet sein. In Eheangelegenheiten werden die orientalischen Gläubigen in gewissen Fällen an die congregatio de propaganda Fide verwiesen. Schließlich kündigt die Konstitution an, daß Papst Leo XIII. die Seminarien und Kollegien im Orient vermehren wolle. Es sollen mit dem edelmütigen Beistand der Katholiken aller Länder zu diesem Zweck reichliche Mittel aufgewendet werden.

IX.

Schweiz.

29. Januar. (Zürich.) Tumulte.

Italienische und deutsche Sozialisten und Anarchisten demonstrieren vor dem italienischen Konsulat. Infolge dessen werden zahlreiche Anarchisten ausgewiesen.

24. Februar. (Olten.) Demokratisch-freisinniger Parteitag.

Ein von 343 Delegierten besuchter Parteitag, an dem fast alle Kantone teilnehmen, lehnt eine Initiative der Verfassung wegen des Rechts auf Arbeit, die Unentgeltlichkeit der Krankenpflege sowie das Tabaksmonopol und die Verteilung eines Teiles der Zolleinnahmen unter die Kantone einstimmig ab. (Vgl. 1893 5. Nov.)

4. März. Eine Volksabstimmung verwirft die Revision der Bundesverfassung hinsichtlich der Gewerbegesetzgebung.

22. März. (Bern.) Unterzeichnung eines Handels- und Niederlassungsvertrages mit Schweden und Norwegen. (Genehmigung am 9. Juni.)

29. Märn. (Bern.) Anarchistengesetz. (Vgl. 1893 S. 273.)

Der Ständerat genehmigt den Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Anarchisten mit einigen Aenderungen. Danach ist die Denunziationspflicht beseitigt, die Hauptbestimmungen gegen den Besitz von Sprengstoffen u. s. w. sind erhalten.

4. April. (Bern.) Zündhölzermonopol.

Der Nationalrat lehnt das vom Bundesrat beantragte, vom Ständerat genehmigte Zündhölzermonopol mit einer Stimme Mehrheit ab.

6. April. (Bern.) Der Nationalrat genehmigt das Anarchistengesetz.

14. April. Schluß der außerordentlichen Bundesversammlung.

19. Mai. Schweiz und Italien.

Das italienische Verlangen, die Zollabgaben in Metallgeld zu zahlen (vergl. Italien 1893 11. Nov.) wird definitiv abgelehnt. Der Bundesrat schlägt Italien ein Schiedsgericht über diese Frage vor, was Italien ablehnt.

3. Juni. Volksabstimmung über das „Recht auf Arbeit“.

Das von sozialdemokratischer Seite aufgestellte Begehren nach Garantierung des „Rechtes auf Arbeit" durch die Verfassung wird durch Volksabstimmung mit etwa 290,000 gegen 71,000 Stimmen verworfen. Kein einziger Kanton hat das Begehren angenommen.

4. Juni. (Bern.) Eröffnung der ordentlichen Sommersession der Bundesversammlung.

22. Juni. (Bern.) Zollinitiative.

Die Bundesversammlung beschließt in beiden Räten mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Ultramontanen, dem Volke die Ablehnung des von 70,000 Bürgern eingereichten Begehrens nach Abtretung von 6 Millionen Francs der Zolleinnahmen (zwei Franken pro Kopf der Bevölkerung) an die Kantone zu empfehlen. (Vgl. 4. Nov.)

Juli. August. Einwanderung zahlreicher Anarchisten aus Italien und Frankreich infolge der dortigen neuen Anarchistengesetze.

13. August. (Luzern.) Ultramontaner Parteitag.

Eine von 19 Kantonen beschickte Delegiertenversammlung beschließt die Partei straffer als bisher zu organisieren und sich fortan anstatt katholisch-konservative Partei „katholische Volkspartei" zu nennen. Die Abstimmung über die Zollinitiative (22. Juni) wird zur Parteisache erklärt.

24. August. Simplonbahn.

Der Bundesrat beschließt mit der italienischen Regierung über die Durchstechung des Simplon in Verhandlung zu treten.

25. September—3. Oktober. (Bern.) Tagung der internationalen diplomatischen Konferenz zur Veröffentlichung von Staatsverträgen.

4. November. Volksabstimmung über die Zollinitiative.

Für den Antrag (den sogen. „Beutezugsantrag" oder „Zweifrankeninitiative") werden 140,000 Stimmen, dagegen ungefähr 330,000 abgegeben. In 13½ Kantonen ist die Mehrheit dagegen in 8½ dafür.

November. Budget für 1895.

Das eidgenössische Budget für 1895 schließt dem Voranschlage nach ab mit 76,535,000 Frcs. Einnahmen, bei einer Ausgabe von 78,635,000 Frcs. Es ist also ein Fehlbetrag von etwa zwei Millionen Frcs. zu decken.

15. Dezember. Heeresorganisation. (Vgl. 1893 S. 273.)

Der Nationalrat weist den ersten Abschnitt der Heeresorganisation, die Truppenordnung, an den Bundesrat zurück und fordert baldigste Vorlegung des Gesamtentwurfs.

X.

Belgien.

Anf. Januar. (Brüssel.) Reclus.

Die Entlassung des anarchistischen Professors der Geographie, Elisée Reclus, veranlaßt Tumulte der radikal-sozialistischen Partei, an denen auch Studenten teilnehmen. Eine Anzahl von ihnen wird relegiert.

10./15. Januar. (Brüssel.) Ministerkrisis.

Da ein Teil der klerikalen Partei unter Führung des Abg. Woeste die Vertretung der Minderheiten aus der Wahlreform streichen will, gibt der Ministerpräsident Beernaert seine Entlassung. (10. Jan.) Nach mehrtägigen Verhandlungen erklären sich die Klerikalen zur Beratung über diesen Punkt bereit, und Beernaert zieht sein Demissionsgesuch zurück. (15. Jan.)

18. März. (Brüssel.) Ministerwechsel.

Die Sektionen der Kammer sprechen sich gegen die Minderheitsvertretung aus. Infolgedessen tritt Beernaert zurück und wird Ende März durch de Burlet ersetzt.

28. März. (Quaregnon.) Der Kongreß der belgischen Sozialisten beschließt, die Beseitigung der Monarchie in sein Parteiprogramm aufzunehmen.

3. April. Die Regierung zieht den Gesetzentwurf über die proportionelle Vertretung zurück und kündigt die Einführung von Getreidezöllen an.

5. Mai. (Antwerpen.) Eröffnung der Internationalen Ausstellung.

16. Mai. (Brüssel.) Belgien und der Kongostaat.

Eine Versammlung der Aktionäre der Kongoeisenbahn genehmigt das Abkommen mit der belgischen Regierung, wonach diese Aktien im Betrage von 10 Millionen zeichnet. Die Regierung reserviert sich das Recht, die Konzession binnen 10 Jahren zurückzukaufen.

Mai. (Lüttich.) Verhaftung von Anarchisten, die einer internationalen Vereinigung angehören.

28. Mai. (Brüssel.) Vermählung des Prinzen Karl von Hohenzollern mit der Prinzessin Josefine von Belgien.

6. Juni. (Brüssel.) Wahlgesetz.

Die Kammer nimmt das Wahlgesetz mit 70 gegen 44 Stimmen an, der Senat am 27. Juni. Die Verfassungsrevision ist damit beendet.

1,370,687 Belgier von mindestens 25 Jahren haben das Stimmrecht zur Erwählung der Repräsentantenkammer. 853,628 besitzen eine Stimme, 293,678 zwei, 223,381 drei Stimmen. Die Gesamtheit der Stimmen beträgt 2,111,127. Das Mindestalter der Senatswähler ist 30 Jahre, daher nur 1,158,714 Belgier über die Zusammensetzung der höheren Kammer zu entscheiden haben; von diesen besitzen 647,778 eine Stimme, 285,862 sind zweifache, 215,174 dreifache Wähler. Im ganzen beläuft sich die Zahl der Stimmen auf 1,874,924.

1. Juli. (Brüssel.) Ein liberaler Kongreß beschließt, auf ein Wahlbündnis aller antiklerikalen Parteien hinzuarbeiten.

Anf. Juli. Cholerafälle in Lüttich.

15. Juli. (Brüssel.) Wahlbewegung.

Eine sozialistische Delegiertenversammlung beschließt nur mit solchen Parteien, die sich zum sozialistischen Programm d. h. Kollektivismus und Republik bekennen, ein Wahlbündnis einzugehen.

20. August. (Brüssel.) Wahlbewegung.

Die Sozialisten beschließen infolge einer Abstimmung der Sozialisten Brüssels den Progressisten, dem linken Flügel der Liberalen, ein Wahlbündnis anzubieten.

28. August—1. September. (Antwerpen.) Tagung des Friedenskongresses.

1. September. (Brüssel.) Abschluß eines Wahlbündnisses zwischen den Progressisten und gemäßigt Liberalen.

18. September. (Brüssel.) Die Arbeiterpartei lehnt das angebotene Wahlbündnis mit beiden liberalen Parteien ab.

20. September. Auflösung der Kammern.

14. Oktober. Neuwahlen.

Nach Abschluß der Stichwahlen (21. Oktober) besteht die Regierungskammer aus 104 Klerikalen, 20 Liberalen, 28 Sozialisten, der Senat aus 52 Klerikalen und 24 Liberalen. Die frühere Zusammensetzung war: Kammer: 96 Klerikale, 59 Liberale; Senat: 46 Klerikale, 30 Liberale.

28. Oktober. Provinzialratswahlen.

Die Klerikalen verstärken ihre Stellung, die Liberalen verlieren zahlreiche Sitze an die Klerikalen und Sozialisten.

13. November. (Brüssel.) Zusammentritt der Kammern.

1. Dezember. (Brüssel.) Der König über die politischen Aufgaben.

In einer Ansprache an eine Deputation der Kammer und des Senats erklärt der König die Beschleunigung sozialer Reformen zur Bekämpfung der Sozialisten für notwendig, ferner betont er die Notwendigkeit der Heeresverstärkung im Interesse der äußern und innern Politik und endlich fordert er eine Reform der Gemeindewahlordnung.

5./6. Dezember. (Deputiertenkammer.) Sozialistische Demonstrationen.

Am 5. bringen die Sozialisten einen Antrag ein, alle wegen politischer oder Strikevergehen Verurteilten zu amnestiren, der mit 79 gegen 41 Stimmen verworfen wird. Am 6. protestieren sie gegen die Dotation des Grafen v. Flandern, die mit 97 gegen 35 Stimmen bewilligt wird. Der Sozialdemokrat Vandervelde erklärt dabei die Monarchie für eine unnütze aber teuere Maschine.

14. Dezember. (Deputiertenkammer.) Militäretat.

Die Kammer lehnt den Antrag Coremans auf Herabsetzung des Jahreskontingents von 13,000 auf 10,000 Mann gegen die Stimmen der Sozialisten und einiger Klerikaler ab und genehmigt die Regierungsvorlage, die den alten Zustand erhält.

XI.

Niederlande.

9. März. (Haag.) Da die Kammer das Wahlreformgesetz amendiert, zieht die Regierung den Gesetzentwurf zurück.

17. März. Auflösung der Zweiten Kammer.

10. April. Neuwahl der Zweiten Kammer. Die Gegner des Wahlreformentwurfs erhalten die Majorität.

28. April. Demission des Kabinets.

8. Mai. Neubildung des Kabinets.

Es ist folgendermaßen zusammengesetzt: Roell, Präsidium und Auswärtiges; van der Kaay, Justiz; van Houten, Inneres; van der Wyck, bisher Generalsekretär der Kolonien, Marine; Sprenger van Eyk, Finanzen; Generalleutenant Schneider, Krieg; van der Heyden Waterstaat, Handel und Industrie; Bergsmar, ehemaliger Rat für Indien, Kolonien.

16. Mai. Zusammentritt der Generalstaaten.

Der Ministerpräsident erklärt, das Programm des neuen Kabinets bestehe in einer Wahlreform auf breiter Grundlage, welche die Wahlen zur Zweiten Kammer, sowie die Munizipal- und Provinzialwahlen umfassen werde.

23. Juli. (Haag.) Zusammentritt des internationalen Kongresses für Fluß- und Binnenschiffahrt.

1. September. Sendung von Verstärkungen nach Lombok.

4. September. (Haag.) Eröffnung der interparlamentarischen Friedenskonferenz.

18. September. (Haag.) Die Königin-Regentin eröffnet die Generalstaaten. In der Thronrede wird u. a. ein Wahlreformentwurf angekündigt.

25. September. Die Regierung beantragt die Erhöhung des Zolltarifes für Niederländisch-Indien.

1. Oktober. (Haag.) Tumulte der Arbeiterpartei.

3. Dezember. (Haag.) Der höchste Gerichtshof erklärt den „sozialdemokratischen Bund" als der öffentlichen Ordnung widersprechend und löst ihn auf.

XII.

Luxemburg.

Juni. Dem Erbgroßherzoglichen Paare wird am 14. eine Tochter geboren, die am 16. in anscheinend demonstrativer Abwesenheit des Großherzogs katholisch getauft wird.

20. Dezember. (Luxemburg.) Eisenbahnbau.

Die Kammer nimmt nach kurzer Debatte einstimmig den Gesetzentwurf an, wodurch der Bau der Luxemburg-Petinger Eisenbahn der Prinz Heinrich Bahn übertragen wird.

XIII.

Dänemark.

Anf. Januar. (Kopenhagen.) Neutralitätsfrage.

Der Kriegsminister Bahnson wendet sich in einer im Arbeiterverein gehaltenen Rede entschieden gegen die von mehreren Kreisen geforderte Neutralisation Dänemarks, weil damit die selbständige politische Stellung Dänemarks beseitigt würde. (Vergl. hierüber von Bruchhausen und Dalhoff-Nielsen in den „Preuß. Jahrbb. Bd. 78.)

13. Januar. (Kopenhagen.) Verwaltungsorganisation.

Der Departementsdirektor Hörring wird zum Minister des Innern und der bisherige Minister des Innern, Ingerslev, zum Leiter des neu errichteten Ministeriums der öffentlichen Arbeiten ernannt.

15. März. (Folkething.) Agrarpolitik.

Das Folkething nimmt den agrarfreundlichen Antrag der Partei der Linken an, der Staat möge aus dem Ueberschuß des Budgets für 1894/95 die Hälfte der in den Aemtern zu erhebenden kommunalen Steuern bezahlen, um den landwirtschaftlichen Steuerzahlern die Steuerlast zu erleichtern. Der Betrag dürfte sich auf 2½ Millionen Kronen belaufen.

1. April. Ende des Verfassungskonflikts.

Das Folkething und Landsthing bewilligen zum ersten Male seit 1885 das Finanzgesetz und billigen die von der Regierung früher ohne Einwilligung der Volksvertretung getroffenen Maßregeln mit Ausnahme der Einrichtung des Gendarmeriekorps

3. April. Das Folkething hebt die in den Konfliktsjahren provisorisch erlassenen Gesetze über die Errichtung eines Gendarmeriekorps, die außerordentliche Polizei und die Verschärfung des Preßgesetzes auf.

9./10. April. Heeresorganisation.

Folkething und Landsthing genehmigen die vom Abg. Steffenson eingebrachte Heeresvorlage, welche die numerische Stärke der Infanterie beschränkt, die der Festungsartillerie und des Geniekorps dagegen vermehrt. Es ergibt sich daraus für das Ordinarium der Heeresverwaltung eine Ersparnis von 250,000 Kronen jährlich. Die aktive Dienstzeit der Wehrpflichtigen ist auf insgesamt 400 Tage vermindert. Für den Kriegsfall ist die Infanterie um 6000 Mann vermindert. Der Kriegsminister hatte den Antrag befürwortet.

2. Mai. Schluß des Reichstags.

10. Juni. (Island.) Neuwahlen zum Althing.

28. Juli. Das Kronprinzenpaar feiert seine silberne Hochzeit.

7. August. (Kopenhagen.) Ministerwechsel.

Der Ministerpräsident Estrup reicht seine Entlassung ein, die der König mit folgendem Schreiben annimmt: „Da Sie wiederholt Uns den Wunsch aussprachen, Sie von Ihren Stellungen als Ministerpräsident und Finanzminister zu entbinden, sobald der vieljährige politische Streit abgeschlossen sei, und da Sie jetzt, nachdem der Reichstag das Budget für 1894/95 und die neuen Armeegesetze angenommen hat, wiederum Ihren Abschied erbitten, haben Wir geglaubt, Ihrem Wunsche entsprechen zu müssen. Wir fühlen Uns gedrungen, Ihnen unsern wärmsten Dank auszusprechen für das Opfer, das Sie dargebracht haben, indem Sie seinerzeit Unserm Rufe folgten, und besonders dafür, daß Sie während einer so langen Reihe von Jahren unter ernsten und schwierigen Verhältnissen Uns zur Seite standen als treue Stütze und als ein Ratgeber, zu welchem Wir jederzeit mit vollstem, unbedingtem Vertrauen hinschauen konnten. Wir bleiben Ihnen stets in aller königlichen Gnade gewogen. Christian."

Der bisherige Minister des Aeußern, Reedtz-Thott wird Conseilpräsident, unter Beibehaltung des Ministeriums des Aeußern, Generalleutnant Thomsen, Kriegsminister, Gutsbesitzer v. Lüttichau, Finanzminister, Stiftsamtmann Bardenfleth, Kultusminister. Die übrigen Minister behalten ihre Portefeuilles.

1. Oktober. Dänemark tritt der internationalen Konvention zum Schutz des gewerblichen Eigentums bei.

1. Oktober. Eröffnung des Reichstages.

2. Oktober. (Reichstag.) Budget.

Der Finanzminister legt dem Reichstage das Budget für 1895/96 vor, das einen Voranschlag von 62,800,000 Kronen Einnahmen und 61,800,000 Kronen Ausgaben aufweist. Mit der Oeffnung des Kopenhagener Freihafens fällt die bisherige Staatsabgabe von den in Ausland gehenden Schiffen fort. Hiedurch verliert die Staatskasse jährlich eine Einnahme von einer Million Kronen; hingegen wird aus der Erhöhung der Biersteuer von 7 auf 10 Kronen per Faß eine Mehreinnahme von 600,000 Kronen erwartet.

9. November. (Kopenhagen.) Eröffnung des Freihafens.

4. Dezember. (Landsthing.) Staatsanleihe.

Im Landsthing wird die Regierungsvorlage, betreffend die Emission einer 3prozentigen Staatsanleihe im Betrage von 25 Millionen Kronen und die Konvertierung der jetzigen 3½ proz. Staatsschuldverschreibungen in 3proz., definitiv angenommen.

XIV.

Schweden und Norwegen.

Januar—Februar. (Norwegen.) In der Presse wird die Abtretung oder Austauschung norwegischen Gebietes im Eismeer an Rußland viel erörtert. (Vgl. S. 299.)

18. Januar. (Stockholm.) Eröffnung des Reichstags.

1. März. (Stockholm.) Wahlreform.

Der Reichstag genehmigt einen Gesetzentwurf, welcher die Verfassung dahin abändert, daß die Zahl der Mitglieder der Ersten Kammer auf 150, die der Zweiten auf 230 vermindert wird. Von den letzteren sind 150 auf dem Lande und 80 in den Städten zu wählen.

8. März. (Stockholm.) Der Reichstag lehnt mehrere Anträge auf Erhöhung des Getreidezolles ab.

13. März. (Christiania.) Universitätsbudget.

Das Storthing bewilligt das Universitätsbudget nur unter der Bedingung, daß sich die Regierung vor Neubesetzung von vakanten Professorenstellen mit dem Storthing verständigt. (Vgl. 5. Septbr.)

3. April. (Christiania.) Apanagen.

Das Storthing verwirft den Antrag des Abg. Rinde von der radikalen Linken, die Apanage des Königs auf 100,000 Kronen herabzusetzen, beschließt aber, die Apanage des Kronprinzen nicht zu bewilligen, bis die dem Thronfolger zugeschriebene Aeußerung über einen bewaffneten Einfall in Norwegen dementiert sein werde. (Vgl. 13. Juli.)

28. April. (Christiania.) Manöverkosten.

Das Storthing lehnt, gemäß dem Antrage des Militärausschusses, mit 77 gegen 34 Stimmen die Bewilligung von 253,000 Kronen für die Feldmanöver dieses Sommers ab.

30. April. (Stockholm.) Der Reichstag verwirft die Erhöhung des Kaffeezolles.

7. Mai. (Stockholm.) Der Reichstag lehnt mit 214 gegen 126 Stimmen den Antrag auf Erhöhung der Branntweinsteuer von 50 auf 60 Öre pro Liter ab.

19. Juni. (Christiania.) Attaché-Stipendien.

Das Storthing verweigert mit 59 gegen 48 Stimmen die gewöhnliche jährliche Bewilligung von 15,000 Kronen, welche zur Aufbesserung des Gehalts der im gemeinschaftlichen diplomatischen Dienst angestellten Norweger als sogenannte Attaché-Stipendien bisher verwendet wurden.

13. Juli. (Christiania.) Apanage des Kronprinzen.

Das Storthing bewilligt mit großer Mehrheit die Apanage des Kronprinzen, nachdem festgestellt ist, daß er die Aeußerung über einen Einfall in Norwegen nicht gethan hat. (Vgl. 3. April.)

20. Juli. (Christiania.) Konsulatsbudget.

Das Storthing beschließt gegen die Stimmen der Rechten und Moderaten, die Ausgaben für das gemeinsame Konsulatswesen für das laufende Jahr zu bewilligen mit dem Hinzufügen, daß vom 1. Januar 1895 eine Trennung des Konsulatswesens eintreten soll. (Vgl. 24. Juli.)

24. Juli. (Stockholm.) Der König verweigert die Sanktion des Storthingbeschlusses vom 20. Juli.

2. August. Einweihung der Schwedischen Nordbahn durch den König.

5. September. Der König annulliert den Storthingbeschluß vom 13. März.

Mitte November. (Stockholm.) Der König fordert in einem offenen Briefe seine Unterthanen auf, den 9. Dezember, den Geburtstag Gustav Adolfs, als nationalen Festtag zu begehen.

27. November. (Norwegen.) Die Neuwahlen zum Storthing sind beendet. Die Linke hat einige Sitze verloren, aber die Mehrheit behalten.

9. Dezember. (Schweden.) Feier des Geburtstags Gustav Adolfs. An den feierlichen Gottesdiensten nimmt der König und u. a. Prinz Heinrich von Preußen teil.

XV.

Rußland.

1. Januar. Die Krone kauft die Mitauer Eisenbahn an.

Januar. Budget.

Das Reichsbudget für 1894 schließt in den Einnahmen und Ausgaben mit 1,083,601,000 Rubel ab. Die ordentlichen Einnahmen beziffern sich auf 1,004,823,000 Rbl., die außerordentlichen Einnahmen betragen 19,765,000 Rubel und setzen sich wie folgt zusammen: Kriegsentschädigung 3,337,000 Rbl., ewige Einlagen bei der Reichsbank 1,500,000 Rbl., Rückzahlung der Eisenbahnen 14,928,000 Rbl. Aus der Realisation der 3prozentigen Goldanleihe von 1891 wird noch frei verfügbar 59,013,000 Rbl. Die ordentlichen Ausgaben werden auf 981,223,000 Rbl., die außerordentlichen Ausgaben auf 102,387,000 Rbl. veranschlagt.

26. Januar. (Helsingfors.) Eröffnung des finnischen Landtages.

Die durch Graf Heyden verlesene Thronrede lautet:

„Vertreter des finnländischen Volkes! In unaufhörlicher Fürsorge für alle meine treuen Unterthanen habe ich für wohl befunden, Sie gegenwärtig für den bevorstehenden Landtag zur Beratung neuer, für die Wohlfahrt des Landes wichtiger legislativer Maßnahmen zu berufen. Zu diesen gehört auch das Gesetzprojekt über einige Abänderungen in dem neuen Strafgesetzbuche, welches Projekt Ihnen in bereits endgiltig redigierter Form zugehen wird. Gleichzeitig habe ich bereits, um Ihnen die Ausfindigmachung von Mitteln zum Unterhalte der Truppen und der Volksschulen zu erleichtern, befohlen, für diese Zwecke aus den Ueberresten der Staatssummen 6 Millionen Mark anzuweisen. Ich hoffe, daß Sie, von dem Bewußtsein der Pflicht erfüllt, in der Lage sein werden, in der vom Gesetze anberaumten Frist die von Mir Ihnen auferlegten Arbeiten gewissenhaft und erfolgreich auszuführen. Gott der Herr helfe Ihnen bei den bevorstehenden Arbeiten zum Wohle Ihres Heimatlandes. Ich erkläre den Landtag als eröffnet. Alexander."

Januar. Der Zar erkrankt an der Influenza.

Februar. Die „Nowoje Wremja" befürchtet von der Erhöhung der französischen Getreidezölle eine Vernichtung des russischen Getreideexportes nach Frankreich.

Januar. Februar. (Finnischer Landtag.) Russifizierung. Strafgesetz. Sprachenstreit.

Die Führer der Stände protestieren energisch gegen die Russifizierungspolitik. Als Mittel der Russifizierung wird auch das neue Strafgesetz bezeichnet, das von russischen Juristen ausgearbeitet ist und der Selbständigkeit Finnlands nicht genügend Rechnung trägt. Es ist z. B. darin nicht von einem Großfürstentum Finnland, sondern nur von einem Teile des russischen Reiches die Rede.

In der Ritterschaftskurie entsteht ein Streit, ob neben der schwedischen auch die finnische Sprache auf dem Landtage zulässig ist. Diese Uneinigkeit veranlaßt die russische Presse zur Forderung, die russische Sprache einzuführen.

Februar. Stimmen über den Handelsvertrag mit Deutschland.

Die Unterzeichnung des Vertrages (9. Febr.) wird in den meisten Zeitungen mit großer Befriedigung begrüßt, so von der „Petersburgskije Wjedomostie", die ihm aber im Gegensatz zur deutschen Regierung keine politische Bedeutung beilegt. Die „Nowosti" sind unbeschadet ihrer Sympathie für die russisch-französische Verbrüderung" über die friedliche Entwickelung der deutsch-russischen Handelsbeziehungen erfreut. Die „Rußkaja Schism" ist vornehmlich über die Beendigung des Zollkrieges befriedigt, während nach der Meinung des „Grahsdanin" Rußland im Zollkriege weit weniger als Deutschland gelitten hat.

Gegen den Handelsvertrag macht sich nur eine schwache Opposition geltend, wie von den Moskauer Wollfabrikanten, die einen Rückgang der russischen Schafzucht befürchten. Ihre Agitation wird vom Finanzminister streng zurückgewiesen.

25. Februar. Verstärkung der Grenztruppen an der türkischen und persischen Grenze.

2. März. (Petersburg.) Cholera.

Sämtliche Gouvernements im Gebiet des Zarenreiches, ausgenommen die Gouvernements Wolhynien, Kowno, Plozk und Tschernigow werden für cholerafrei erklärt.

Anf. März. (Petersburg.) Sektenverfolgung.

Das Unterrichtsministerium verfügt, daß die zur Sekte der Stundisten gehörenden Schüler der Staats- und Gemeindeschulen, falls sie sich weigern, an dem Religionsunterrichte teilzunehmen, aus allen Lehranstalten des Reiches ausgeschlossen werden sollen.

12. März. Der Zar und Carnot.

Präsident Carnot richtet an den Zaren anläßlich des Geburtsfestes desselben ein Telegramm, in welchem es heißt: „Ich fühle mich gedrungen, Ew. Majestät unsere aufrichtigsten und herzlichsten Wünsche anläßlich Ihres Geburtsfestes auszudrücken und teilzunehmen an den Bezeugungen der Ergebenheit, welche Ihnen am heutigen Tage entgegengebracht werden." Der Kaiser erwidert: „Für den Beweis der freundschaftlichen Gesinnung, welchen Sie mir anläßlich meines Geburtsfestes zugehen ließen, danke ich Ihnen herzlichst."

16. März. (Petersburg.) Abkommen zum deutsch-russischen Handelsvertrag.

Auf Grund des Art. 19 des russisch-deutschen Handelsvertrags wird

zwischen den Vertretern der beteiligten deutschen und russischen Eisenbahnverwaltungen eine Konvention, betreffend die Feststellung direkter Tarife für Transporte nach den Häfen von Danzig, Königsberg und Memel unterzeichnet. Die Konvention, welche hauptsächlich der Ausfuhr von russischem Getreide und Bauholz nach Preußen zu gute kommt, ist für die Dauer von 10 Jahren abgeschlossen worden.

Ende März. Aufnahme des Handelsvertrags.

Petersburg, Odessa und andere Handelsstädte richten an den Zaren und den Finanzminister Dankadressen für den Abschluß des Handelsvertrages.

2. April. Beginn des österreichisch-russischen Handelsprovisoriums.

Es dauert bis zum 1. Juli a. St. In dieser Zeit soll der Handelsvertrag endgültig formuliert werden. Rußland gewährt Oesterreich nicht die Spezialvergünstigungen, welche Norwegen zugestanden wurden, im deutsch-russischen Handelsvertrag aber fehlen. Oesterreich gewährt dagegen Rußland nicht die Vergünstigungen, welche Serbien für Getreide und Rumänien für Petroleum zugestanden wurden. Sollte Oesterreich diese Vergünstigungen jedoch einer dritten Macht zugestehen, so erhält Rußland sie auch. Rußland bindet für die Dauer des Vertrages alle Deutschland zugestandenen Zollherabsetzungen, Oesterreich verpflichtet sich ebenso lange, den Getreidezoll nicht zu erhöhen.

8. April. Offizieller Bericht über den deutsch-russischen Handelsvertrag.

Er führt aus, daß die von Deutschland zugestandenen Tarifermäßigungen in ihrer Gesamtheit den russischen Export in einem Betrag von 210 Millionen Kreditrubel betreffen und eine Zollermäßigung von 6,200,000 Rubel bedeuten, während die Gesamtheit der russischen Zugeständnisse auf einen Import von 49 Millionen Rubel Bezug haben und einen Zollverlust von nicht mehr als 2,600,000 Rubel nach sich ziehen. Nach der Schilderung des letzten Zollkriegs wird in dem Bericht über die letzten Konferenzen und deren Ergebnis das Folgende mitgeteilt:

„Auf dieser Konferenz brauchten wir bloß — und darin bestanden die Vorteile unserer Lage — die Anwendung des Konventionstarifs zu fordern, Deutschland dagegen mußte nicht nur die Beseitigung des Maximaltarifs, sondern noch einige Ermäßigungen im russichen Normaltarif beanspruchen. Unter solchen Umständen konnte die deutsche Regierung selbstverständlich nicht darauf rechnen, ihre ursprünglichen Wünsche befriedigt zu sehen. Demnach waren die Verhandlungen sehr schwierig: häufig mußte unser Botschafter Graf Schuwalow der deutschen Regierung über die wichtigsten Fragen Auskunft geben, und erst die persönliche Einmischung des Deutschen Kaisers führte zu einem Abschluß der Arbeiten der Konferenz. Was unsere Zugestände betrifft, die hauptsächlich in Tarifermäßigungen bestehen, so weichen sie sehr wenig von den Weisungen der unter dem Vorsitz des Geheimrats Bunge niedergesetzten Kommission ab und erfordern wegen der hohen Zollsätze des Tarifs von 1891 von unserer Industrie keine wesentlichen Opfer. In der Mehrzahl der Fälle werden die Opfer nur in etwas kleinerem Gewinn unserer Fabrikanten bestehen, was ihnen schwerlich Schwierigkeiten bereiten wird. Man kann kühn behaupten, daß wir Deutschland in keinem Fall mehr gaben als wir von ihm erhielten."

April. (Petersburg.) Verwaltungsorganisation.

Das Domänenministerium wird in ein Ministerium für Ackerbau

und Domänen umgewandelt, ferner wird ein Beirat für landwirtschaftliche Angelegenheiten ins Leben gerufen, der aus Regierungsvertretern und 15 Großgrundbesitzern des Reiches bestehen soll. Er soll alljährlich zu einer sechswöchigen Session zusammentreten.

20. April. Verlobung des Thronfolgers s. S. 112.

29. April. (Helsingfors.) Enthüllung eines Denkmals Alexanders II. Abermaliger Sprachenkonflikt unter den Festteilnehmern.

April. (Gouv. Petrikau.) Arbeiterunruhen.

Bei einem großen Weberstrike werden Arbeiteransammlungen durch Militär auseinandergesprengt und viele Verhaftungen vorgenommen.

Anf. Mai. Russifizierung der Balten.

Eine kaiserliche Ordre verfügt für die Studenten der Universität Jurjew (Dorpat) die Einführung einer gleichen Uniform, wie sie an den anderen russischen Universitäten besteht.

Anf. Mai. In Petersburg, Moskau und anderen großen Städten finden zahlreiche Verhaftungen statt wegen angeblicher Verschwörungen gegen den Zaren.

26. Mai. Veränderung der Beamtenstellung.

Ein kaiserlicher Ukas entzieht den Ministern, Gouverneuren und sonstigen hohen Beamten die Macht, Subalternbeamte zu ernennen oder zu entlassen, und stellt unter unmittelbarer Kontrolle des Kaisers den Spezialkontrollausschuß wieder her, welcher unter Kaiser Nikolaus bestanden hatte.

Der Ukas ist anscheinend auf die Besorgnis vor revolutionären Umtrieben unter den Beamten zurückzuführen und wird von den Beamten mit allgemeiner Bestürzung aufgenommen.

Mai. Juni. (Finnischer Landtag.) Judenfrage. Schluß.

Der Landtag nimmt das Strafgesetz an und fordert, daß dem im Jahre 1897 wieder zusammentretenden Landtag ein Gesetzvorschlag unterbreitet werde, wodurch es den in Finnland geborenen Juden, sowie auch denjenigen, welche sich längere Zeit im Großfürstentum aufgehalten haben, gestattet werden soll, daselbst überall unbehindert zu verweilen, ihren Geschäften nachzugehen und religiöse Gemeinden zu bilden. Bis dahin sollen sie wie andere Ausländer behandelt werden.

Der Landtag wird durch ein kaiserliches Reskript, das für die geleisteten Dienste und die Versicherung der Unterthanentreue dankt, geschlossen. (2. Juni.)

5. Juni. Rußland und der Vatikan.

Der Kammerherr Iswolski wird zum Ministerresidenten am päpstlichen Stuhl ernannt. Die russische Regierung erhofft davon eine Steigerung der Loyalität beim katholischen Volke und Klerus in Rußland.

14. Juni. Duellmandat für Offiziere.

Das Offiziersehrengericht entscheidet, ob ein Duell unvermeidlich ist. Bejahendenfalls erhält der Offizier, welcher das Duell verweigert, seinen Abschied. Ueber jedes zwischen Offizieren stattgefundene Duell ist dem Kriegsminister Bericht zu erstatten, welcher im Einverständnis mit dem Justizminister beim Kaiser die Niederschlagung des gerichtlichen Verfahrens erbitten kann. Das Ehrengericht ist befugt, die Ausschließung von Offi-

zieren aus dem Offizierskorps wegen mangelnden Ehrgefühls auch dann zu beschließen, wenn die betreffenden Offiziere formell Satisfaktion gegeben haben.

15. Juni—24. Juli. Reise des Thronfolgers nach England.

Juni. (Livland.) Ausbreitung der russischen Sprache.

Das Unterrichtsministerium beschließt die Errichtung einer dritten Lehranstalt in Livland zur Heranbildung von Lehrern, welche befähigt sind, in den Gemeinde- und Pfarrschulen der Ostseeprovinzen den Unterricht in russischer Sprache zu erteilen. Die neue Anstalt wird provisorisch in Riga und späterhin definitiv in Walka errichtet werden.

Juli. (Ufa und Orenburg.) Auswanderung der Mohammedaner.

Die mohammedanische Bevölkerung der Gouvernements wandert aus Furcht vor gewaltsamer Christianisierung massenhaft nach der Türkei aus. Infolge dessen erlassen die Gouverneure ein Manifest, daß das Recht der freien Religionsausübung in Rußland unantastbar sei, daß keine Regierung in Rußland die Gewissensfreiheit zu beschränken wagen würde; alle gegenteiligen Gerüchte seien böswillige Erfindungen.

Juli. Rußland und Bulgarien.

Trotz der Entlassung Stambulows und der russenfreundlichen Aeußerungen des Fürsten Ferdinand ist die feindliche Stimmung gegen den Fürsten im allgemeinen geblieben; die Presse hält ein Bündnis mit ihm, den sie als einen permanenten österreichischen Vorposten bezeichnet, für unmöglich.

Juli. Ein Kriegshafen im Eismeere.

Finanzminister Witte reist nach Norden um die Anlegung eines Kriegshafens im Eismeere zu betreiben. In der Presse ist diese Angelegenheit schon länger erörtert worden, auch von der Erwerbung norwegischen Gebietes ist die Rede gewesen. (Vgl. S. 292). Ebenso wird der Bau einer Eisenbahn nach Archangelsk geplant.

27. Juli. (Petersburg.) Steuerverordnungen.

Das Gesetzblatt publiziert eine Verordnung, betreffend die Erhöhung der Steuer auf nicht garantiertes Einkommen von Eisenbahnaktien auf 5 Prozent, und eine Verordnung, betreffend die Ermäßigung der Kronsteuer auf Eisenbahnpassagierbillets und Eilgutfrachten.

Juli. August. Rußland und der koreanische Krieg.

Die russische Presse widmet dem Kriege zwischen Japan und China große Aufmerksamkeit und fordert unbedingt die Erhaltung der Integrität und Selbständigkeit Koreas. Gegen die etwaige Einmischung einer einzelnen europäischen Macht wird protestiert.

1. September. Die kaiserliche Familie nach Bjelowesch.

15. September. Die kaiserliche Familie nach Spala. Es werden Gerüchte über eine schwere Erkrankung des Zaren laut.

29. September. (Spala.) Krankheit des Zaren.

Der Berliner Professor Leyden wird vom Zaren konsultiert. Die Krankheit wird offiziell als Nierenkrankheit bezeichnet. Es wird behauptet, daß der Petersburger Professor Sacharjin die Krankheit als unheilbar bezeichnet habe.

1. Oktober. Das Kaiserpaar reist nach Livadia (Krim.) Für den Winter wird ein Aufenthalt in Korfu geplant.

17. Oktober. (Livadia.) Krankheit des Zaren.

Die Königin von Griechenland und Großfürstin Konstantin reisen zum Zaren, in ihrem Gefolge befindet sich der Heilkünstler Pater Johann v. Kronstadt. Es heißt, Pobedonoszew habe dem Zaren geraten, ihn kommen zu lassen, um für seine Genesung zu beten, und der Zar habe schließlich eingewilligt.

22. Oktober. Die Braut des Thronfolgers, Alix von Hessen, trifft in Livadia ein. Viele Mitglieder der kaiserlichen Familie finden sich ferner dort ein.

24. Oktober. (Reval.) Der Gouverneur von Estland, Fürst Schachowskoi, †.

(Vgl. über ihn Secundus, Ein Russifikator. Preuß. Jahrb. Bd. 79.)

Ende Oktober. Sektenwesen.

Der amtliche Bericht des Oberprokurators der Heil. Synode über das Jahr 1890/91 teilt mit, daß die verschiedenen Sekten der Raskolniki in Rußland in der letzten Zeit eine nicht unbeträchtliche Zunahme erfahren haben. So zählte man im angegebenen Jahre in der Saratower Diözese 70,000, in der Samarer 52,000, in der Wjatker 72,000, in der Tschernigower 50,000, in der Polozker 82,000, in der vom Don 106,000 und in Sibirien 170,000 Raskolniki. Die Anhänger aller dieser Sekten sind nach dem Bericht von Haß gegen die Orthodoxen erfüllt.

1. November. Tod des Zaren 2 Uhr nachmittags.

2. November. (Livadia.) Zar Nikolaus II. erläßt folgendes Manifest:

„Wir thun allen treuen Unterthanen kund: Es war der Wille Gottes, auf unerforschlichem Wege dem kostbaren Leben Unseres heißgeliebten Kaiserlichen Vaters ein Ziel zu setzen. Sein schweres Leiden wich nicht der ärztlichen Kunst, noch dem wohlthätigen Klima der Krim, und so starb er in Livadia am 20. Okt., umgeben von seiner Familie, in den Armen der Kaiserin und den Unsern. Unser Schmerz ist unaussprechlich, aber ihn versteht jedes russische Herz und Wir glauben, daß es keinen Ort im weiten russischen Reiche gibt, wo nicht heiße Thränen fließen werden um den vorzeitig abberufenen Kaiser, der von seinem Lande schied, das er mit der ganzen Kraft seiner russischen Seele liebte und auf dessen Wohlergehen er alle seine Gedanken richtete, weder Gesundheit noch Leben schonend. Aber auch weit hinaus über Rußlands Grenzen wird man nicht aufhören, das Gedächtnis des Zaren zu ehren, der die unerschütterliche Wahrheit und den Frieden verkörperte, der kein einziges Mal unter seiner Regierung gebrochen wurde. Allein es geschah der Wille des Allerhöchsten. Uns stärkt Unser unerschütterlicher Glaube an die Weisheit der Vorsehung, Uns tröstet das Bewußtsein, daß Unser Schmerz der Schmerz des ganzen geliebten Volkes ist, und dieses wird nicht vergessen, daß die Kraft und die Stärke des heiligen Rußlands in seiner Einheit mit Uns und in der unbegrenzten Ergebenheit gegen Uns liegt. Wir aber gedenken in dieser schmerzlichen, aber feierlichen Stunde der Besteigung des Thrones des russischen Reichs und des von diesem unzertrennlichen Zarentums Polen und des Großfürstentums

Finland des Vermächtnisses Unsres verewigten Vaters, und geloben, von diesem Vermächtnis durchdrungen, heilig vor dem Angesicht des Allerhöchsten Unser Ziel zu finden in dem friedlichen Wohlergehen und dem Ruhm Unsres teuren Rußlands und in der Förderung des Glücks aller treuen Unterthanen. Möge der Allmächtige, welcher Uns zu dem hohen Beruf ausersehen, Uns Seine Hilfe verleihen! Indem Wir innige Gebete zum Thron des allerhöchsten Herrschers für die reine Seele des Verewigten senden, befehlen Wir Unsern Unterthanen, den Treueid zu leisten Uns und Unserm Thronfolger, dem Großfürsten Georg Alexandrowitsch, der auch den Titel des Thronfolgers und Cäsarewitsch führen wird, bis es Gott gefallen wird, Unsre bevorstehende Vermählung mit der Prinzessin Alix von Hessen-Darmstadt mit der Geburt eines Sohnes zu segnen. Gegeben Nikolaus."

November. Urteile über Alexander III.

Die Presse feiert in ihren Nekrologen Alexander III. vor allem als Friedensfürsten und Vertreter einer nationalen Politik, die Rußland für die Russen verlangte. Auch als Begründer der russisch-französischen Allianz, die alle aggressiven Pläne des Dreibundes zu nichte gemacht habe, wird er bezeichnet.

6. November. (Livadia.) Der Zar richtet an Finnland folgenden Erlaß:

„Nachdem Wir nach Gottes Fügung in den ererbten Besitz des Großfürstentums Finland gekommen, wollen Wir fernerhin die Religion und die Grundgesetze dieses Landes bestätigen, sowie die Rechte und Privilegien, welche jeder Stand und Einwohner insgesamt, hoch und nieder, in genanntem Großfürstentum laut der Verfassung dieses Landes bisher genossen; Wir versprechen, alle diese Vorrechte und Verfassungen fest und unverrückt in Kraft und Giltigkeit zu erhalten."

9. November. Rundschreiben an die Vertreter Rußlands im Auslande.

Der Minister des Auswärtigen Giers beauftragt die Vertreter Rußlands den fremden Regierungen mitzuteilen, Zar Nikolaus werde die friedliche Politik seines Vaters fortsetzen und mit allen Mächten freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten suchen.

19. November. (Petersburg.) Beisetzung Alexanders III.

Anwesend sind u. a. Prinz Heinrich von Preußen, die Thronfolger von Oesterreich und England, die Könige von Dänemark, Griechenland und Serbien.

26. November. (Petersburg.) Vermählung des Zaren mit der Prinzessin Alix von Hessen, die den orthodoxen Glauben und die Namen Alexandra Theodorowna angenommen hat.

November. Rußland und England.

Die Rede Roseberys (S. 259) über das englisch-russische Einverständnis in Asien und die russenfreundlichen Ausführungen der englischen Presse werden in der russischen Presse vielfach verspottet.

18. Dezember. (Polen.) Gouverneurwechsel.

General Gurko wird wegen seiner zerrütteten Gesundheit seiner Stellung als Generalgouverneur und Höchstkommandierender in Warschau enthoben. Sein Nachfolger wird Graf Schuwalow, bisher Botschafter in Berlin, von dem man eine mildere Behandlung der Polen erwartet.

XVI.

Die Türkei und ihre Vasallenstaaten.

1. Türkei.

11. Januar. Montenegrinisch-albanesische Unruhen.

Wegen der Unruhen an der montenigrischen Grenze teilt der Vali von Skutari den albanesischen Führern den Befehl des Sultans mit, die Angriffe auf Montenegro zu unterlassen. Türkische Truppen schreiten gegen die Friedensstörer ein.

15. Januar. Ordensverleihung an die deutsche Kaiserfamilie.

Der Divisionsgeneral Schakir Pascha reist in Begleitung des Artillerie-Instruktors von Grumbckow Pascha nach Berlin, um dem Kaiser Wilhelm II. und der Deutschen Kaiserin die Insignien des vor einigen Monaten neu gestifteten Hausordens der osmanischen Dynastie (Hanedani Osmani) und dem Deutschen Kronprinzen den Großkordon des Osmanie-Ordens in Brillanten zu überbringen.

Anf. März. Abkommen mit Bulgarien über die Pachtung der Eisenbahn Bellova-Sarembey durch Bulgarien.

Die Bahn führt die rumänischen Tarife ein und zahlt der bulgarischen Regierung, welche die Betriebskosten trägt 5000 Frcs. für den Kilometer.

April. Verstärkung der Truppen in Albanien zur Verhütung von Verletzungen montenegrinischen Gebietes.

März. April. Makedonisch-bulgarische Schulfrage.

Anfang März schließt die Pforte mehrere bulgarische Schulen in Makedonien, was in Bulgarien große Erregung hervorbringt; der bulgarische Exarch in Konstantinopel und die bulgarische Regierung protestieren dagegen. Der Sultan unterzeichnet infolge dessen eine Irade, worin er die bulgarischen Forderungen bewilligt und die Schließung aufgehoben wird. (24. April.) Ferner wird dem bulgarischen Exarchen die Ernennung zweier bulgarischen Bischöfe zugestanden. Stambulow richtet eine Dankesnote an die Pforte (28. April).

Anf. Mai. (Konstantinopel.) Der ökumenische Patriarch protestiert gegen die Ernennung der bulgarischen Bischöfe durch den Exarchen. Das türkische Justizministerium weist den Widerspruch ab.

Juni. Agrarische Unruhen auf Kreta.

25. Juni. Ankunft des Khediven in Konstantinopel.

Ende Juni. Der König von Serbien in Konstantinopel.

Juli. Erdbeben in Pera.

Juli—August. Konflikt mit Italien. S. Italien.

19. Juli. (Konstantinopel.) Der Khedive tritt eine Reise nach Venedig und Scheveningen an.

20. Oktober. (Konstantinopel.) Orientalische und römisch-katholische Kirche.

Die heilige Synode des ökumenischen Patriachats beschließt, daß der Patriach an alle Eparchien einen Hirtenbrief erlassen solle, in welchem er der von dem Papste angestrebten Vereinigung der beiden Kirchen entgegentreten, gleichzeitig aber auch die Gläubigen der griechisch-orthodoxen Kirche vor der katholischen Propaganda warnen solle. Es ist die Antwort auf die päpstliche Enzyklika vom 20. Juni. (Vgl. Röm. Kurie.)

12. November. (Konstantinopel.) Demission des ökumenischen Patriarchen Neophytos.

November. Dezember. Armenische Frage.

Die europäische, vornehmlich die englische Presse bringt Nachrichten über Grausamkeiten der türkischen Truppen gegen die Armenier. Die Pforte protestiert dagegen, es handle sich nur um die Unterdrückung einer Insurrektion, und erklärt eine Kommission zur Untersuchung der armenischen Vorgänge einsetzen zu wollen. Mitte Dezember verhandelt der Sultan mit England und Rußland über die Entsendung von drei Konsuln nach Armenien und lädt auch die Dreibundmächte zur Beteiligung ein. (Näheres s. Uebersicht.)

2. Bulgarien.

11. Januar. (Sofia.) Budgetgesetz.

Das Budgetgesetz für 1894 setzt die Höhe der gesamten Ausgaben auf 102,270,982 Frcs. fest. Darunter entfallen auf die öffentliche Schuld 17¼ Millionen, auf das Kriegsbudget 22½, auf die öffentlichen Arbeiten 13, auf das Unterrichtsbudget 9 Millionen Frcs. Die Gesamteinnahmen sind auf 101,077,550 Frcs. veranschlagt, wovon auf die direkten Abgaben 42, auf die indirekten 22¼ Millionen Frcs. gerechnet sind.

Mitte Januar. Die russische Regierung erinnert die bulgarische an die Ende 1892 überreichte Note betr. die Zahlung der rückständigen Okkupationsschuld.

29. Januar. (Sofia.) Iwanow wird des Mordversuchs gegen den Fürsten als schuldig zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. (Vgl. 1893.)

30. Januar. (Sofia.) Geburt eines Thronerben, der den Namen Boris und den Titel Herzog v. Tirnowa erhält. Taufe am 5. Februar nach römischem Ritus.

3. Februar. Bei 13 Ergänzungswahlen zur Sobranje siegt die Regierungspartei.

Anf. März. Eisenbahnabkommen mit der Pforte. (S. Türkei.)

10. April. (Sofia.) Der Ministerrat überträgt der Ungarischen Bank für Industrie und Handel die Ausprägung von drei Millionen Gold- und zwölf Millionen Silbermünzen.

März. April. Makedonisch-bulgarische Schulfrage s. Türkei.

27. April. Der Kriegsminister Sawow nimmt seine Entlassung und wird durch den Oberst Petrow ersetzt.

29.—31. Mai. Kabinetswechsel.

Nachdem längere Zeit, namentlich seit Sawows Rücktritt, Krisengerüchte aufgetaucht waren, reicht das Kabinet Stambulow seine Entlassung ein (29. Mai). Das am 31. gebildete neue Ministerium ist folgendermaßen zusammengesetzt: Stoilow Präsidium und Inneres, Natschewitsch Aeußeres und interimistisch öffentliche Arbeiten, Geschow Finanzen, Radoslawow Justiz und interimistisch Unterricht, Petrow Krieg, Tontschew Handel und Ackerbau.

Ende Mai. Anf. Juni. Unruhen aus Anlaß der Krisis.

Es finden Tumulte in Sofia, Varna und anderen Städten statt, wobei es zu blutigen Konflikten zwischen den Anhängern und Gegnern Stambulows, sowie zwischen der Menge und der Polizei kommt.

1. Juni. (Tirnowa.) Metropolit Clement, dessen Verbannung (vgl. 1893) aufgehoben ist, übernimmt seine Diözese wieder.

2. Juni. (Sofia.) Das Kabinet erläßt ein Rundschreiben an die bulgarischen Vertreter im Auslande, daß die auswärtige Politik nicht verändert werden solle.

Juli. Verhältnis zu Rußland.

In Unterredungen mit auswärtigen Journalisten sprechen sich Prinz Ferdinand und die neuen Minister sehr freundlich über Rußland aus und tadeln die unversöhnliche Politik Stambulows. Bulgarien werde in seiner auswärtigen Politik strenge Neutralität befolgen.

Juli. Verhältnis der neuen Regierung zu Stambulow.

Prinz Ferdinand erklärt einem russischen Journalisten, der allgemeine Haß gegen Stambulow habe dessen Entlassung notwendig gemacht. Es beginnt ein erbitterter Kampf zwischen Stambulow und der Regierung; Stambulow tadelt in der „Swoboda“ und in Gesprächen mit Journalisten auswärtiger Blätter die russophile Politik des Kabinets; die Regierung beschlagnahmt die Druckmaschine der „Swoboda“ als Staatseigentum und läßt den Redakteur verurteilen; das Regierungsblatt „Swobodno Slowo“ behauptet die Beweise zu besitzen, daß Stambulow den Fürsten habe opfern wollen, um sich mit Rußland auszusöhnen.

9. Juli. (Sofia.) Die Gemeindewahlen ergeben einen großen Sieg der Regierungspartei.

14. Juli. Die Regierung bittet in einer Note an die Mächte, die bulgarischen Eingangszölle erhöhen zu dürfen.

15. August. (Sofia.) Begnadigungen.

Prinz Ferdinand begnadigt anläßlich des Jahrestages seiner Thronbesteigung 245 wegen gemeiner Verbrechen Verurteilte, außerdem alle wegen politischer Verbrechen Verurteilte, worunter sich Rizow und Arnandow, die im Panitzaprozesse Verurteilten, ferner Wasiliew, Bobekow, Dzudzew und Welikow vom Beltschewprozeß befinden. Nur Karawelow wird nicht begnadigt, weil er sich geweigert hatte, den Prinzen um Gnade zu bitten.

6. September. (Sofia.) Verfolgung Stambulows.

Stambulow wird angeklagt, den Prinzen Ferdinand in einem Gespräch mit einem Mitarbeiter der „Frankf. Ztg." beleidigt zu haben. Nach Stellung einer Kaution wird er aus der Untersuchungshaft entlassen.

23. September. Neuwahlen zur Sobranje.

Die Regierung erringt einen entschiedenen Sieg über die Opposition. Resultat: 87 ministerielle Konservative, 38 Russophilen, 30 Radoslawisten. Tontschew ist nicht wiedergewählt.

29. September. Radoslawow und Natschewitsch treten die Portefeuilles der öffentlichen Arbeiten und der Justiz an Welikow und Peschew ab.

13. Oktober. Rücktritt Tontschews.

22. Oktober. Der Sultan verleiht Stoilow den Groß-Kordon des Osmanie-Ordens.

27. Oktober. (Sofia.) Eröffnung der Sobranje durch den Fürsten.

Die Thronrede lobt die Ruhe, mit der die Wahlen vollzogen wurden. Die Hebung der Industrie und des inneren Wohlstandes solle Hauptaufgabe der Sobranje sein.

Zum Präsidenten wird mit 102 von 149 Stimmen der Regierungskandidat gewählt.

5. November. (Sobranje.) Erklärung Stoilows über die auswärtige Politik.

Der Minister erklärt, die Beziehungen zu Rußland seien vor der Berufung des Prinzen Ferdinand abgebrochen worden und die jetzige Regierung habe diese Lage vorgefunden. „Sie betrachtet dieselbe als schädlich und anormal. Es ist gar kein Grund vorhanden, daß zwei stamm- und religionsverwandte Staaten mit einander in solcher Feindschaft leben. Ueberdies ist die heutige anormale Lage Bulgariens auch nur eine Folge der anormalen Beziehungen zu Rußland. Die Regierung wird daher mit allen Kräften dahin arbeiten, daß Bulgarien dahin gelange, mit allen Mächten, Rußland inbegriffen, in besten und normalen Beziehungen zu leben. Das Ideal der Regierung ist, für Bulgarien eine solche Stellung zu erlangen wie Belgien, welches ausschließlich durch seinen inneren Fortschritt die Freundschaft aller Mächte errungen hat und dauernd behauptet. In erster Linie steht das Vaterland; die Unabhängigkeit und das Interesse Bulgariens werden stets ausschlaggebend sein. Gegenüber etwaigen Bedingungen, die Rußland aufstellen sollte, sei daran zu erinnern, daß schon die bulgarische Konstitution die Wahrung der territorialen und politischen Selbständigkeit vorschreibt. Von Konzessionen in dieser Richtung kann nie und für keinen Bulgaren die Rede sein. Ebensowenig kann die Zulassung

fremder Offiziere in die bulgarische Armee in Betracht kommen. Vollends die Behauptung, daß eine Bedingung Rußlands die Entfernung des Fürsten wäre, muß aufs schärfste zurückgewiesen werden. Die Stellung des Fürsten ist für Bulgarien und überhaupt vom staatsrechtlichen Gesichtspunkte völlig legal. Der Berliner Vertrag bestimmt, daß der Fürst von Bulgarien frei gewählt wird und sodann die Sanktion des Sultans erhalten muß. Bloß die erste dieser Bedingungen, die freie Wahl, berührt Bulgarien, welches dieselbe auch erfüllt hat. Daher besteht auch für Bulgarien und die Bulgaren keine dynastische Frage, weil die Thronfrage vom staatsrechtlichen Gesichtspunkte endgültig gelöst ist. Der Fürst hat allen in ihn gesetzten Hoffnungen und Erwartungen völlig entsprochen, und was ihn dem Volke besonders wert macht, ist seine demokratische Gesinnung.

Die Sobranje votiert mit 135 gegen 10 Stimmen ihr Vertrauen zur auswärtigen Politik der Regierung.

Anf. November. Bulgarien und Rußland.

Der Fürst erhält auf seine Beileidskundgebung an Zar Nikolaus die Antwort: „Ich danke Ihnen aufrichtig." Die Absendung einer Trauerdeputation unterbleibt, weil man erfährt, daß sie nicht angenommen werden soll.

Ende November. Österreich-Ungarn stimmt der Erhöhung des bulgarischen Eingangszolles von $8^1/_2$ auf $12^1/_2$% prinzipiell zu.

2. Dezember. (Sofia.) Makedonische Frage.

Eine große Versammlung makedonischer Bulgaren beschließt, in einer Resolution die Großmächte aufzufordern, bei der Pforte auf Grund des Berliner Vertrages wegen des traurigen Loses der makedonischen Bulgaren Vorstellungen zu erheben.

Dezember. Ministerkrisis.

Da in der Sobranje zahlreiche Wahlen der Radoslawisten annulliert werden, tritt Radoslaw mit seinen Parteigenossen zurück. Das Kabinet wird am 21. neugebildet: Stoilow, Natschewitsch, Geschow, Petrow behalten ihr Portefeuille. Welitschkow übernimmt das Unterrichtsministerium; der derzeitige diplomatische Agent in Wien, Mintschewitsch, wird zum Justizminister und Madharow zum Bautenminister ernannt.

29. Dezember. (Sobranje.) Amnestie.

Die Sobranje beschließt eine allgemeine Amnestie, von welcher nur Minister, welche seit 1883 in Ausübung ihrer Funktionen die Gesetze verletzten, sämtliche gemeinen Verbrecher und die militärischen Chefs, welche bei der Entführung des Fürsten Alexander am 9./21. August 1886 beteiligt gewesen, ausgeschlossen sein sollen. Zankow und Karawelow sind somit in die Amnestie einbegriffen.

3. Egypten.

Januar. Der Khedive und England.

Der Khedive tadelt bei einer Revue demonstrativ die von englischen Offizieren befehligten Truppen. Auf kategorische Forderung Englands muß er den Truppen und Offizieren durch Zurücknahme des Tadels Genugthuung geben und den Kriegsminister Maher Pascha, auf den diese antienglischen Tendenzen zurückgeführt werden, entlassen.

16. April. Kabinetswechsel.

Nubar Pascha übernimmt den Vorsitz und das Ministerium des Innern, Butros das des Auswärtigen, Mustapha Fehmy das des Krieges, Ibrahim Fuad das der Justiz, Fakir das Ministerium des Unterrichts und der öffentlichen Arbeiten und Mazlum das der Finanzen.

Juni. Reise des Khedive nach Europa s. Türkei.

14. September. (Alexandria.) Rückkehr des Khedivs.

15. September. (Kairo.) Sklavenprozeß.

Die des Sklavenankaufs angeklagten Paschas Ali Scherif und Mehemed werden vom Kriegsgericht freigesprochen, ihre Helfershelfer werden zu Zwangsarbeit verurteilt. Der Oberbefehlshaber General Kitchener verweigert die Bestätigung der Freisprechung.

3. November. Der Khedive ernennt Th. Gorst zum englischen Rat im Ministerium des Innern.

XVII.

Rumänien.

2. Januar. Annahme des Handelsvertrages mit Deutschland.

Mitte Februar. Unbotmäßigkeit von Kavallerieoffizieren.

Eine große Anzahl jüngerer Kavallerieoffiziere reicht den Abschied ein, mit der Begründung durch Einschiebnng von Infanterie- und Generalstabsoffizieren im Avancement benachteiligt zu sein. Der Vorgang ist auf die Agitation der Opposition zurückzuführen und wird als eine Kundgebung gegen den Kriegsminister Lahovary aufgefaßt. Von den Gesuchen werden einige genehmigt (20. Febr.), die meisten werden nach energischen Erklärungen des Ministers in der Kammer zurückgezogen.

24. Februar. Annahme des Handelsvertrags mit Österreich-Ungarn.

März. Bauernunruhen in der Moldau.

6. März. Der Kriegsminister Lahovary reicht seinen Abschied ein, an seine Stelle tritt provisorisch Ministerpräsident Catargi, Ende Juni General Poenaru.

5. April. Schluß der Parlamentssession.

17. April. Abkommen mit Rußland zur Erleichterung der Gerichtskorrespondenz in den Grenzbezirken.

April. Mai. Großrumänische Agitation.

Aus Anlaß des Memorandumprozesses finden zahlreiche antimagyarische Demonstrationen statt, so in Bukarest am 6. Mai. Die Bukarester Universitätsprofessoren richten später eine Zustimmungsadresse an die im Memorandumprozesse Verurteilten.

18. Mai. (Sulina.) Eröffnung des Donaukanals durch den König.

17. September. In den Wahlen zur Gemeindevertretung siegen die Anhänger der Regierung.

14. November. Das Königspaar feiert die silberne Hochzeit.

28. November. Parlamentseröffnung.

25./27. Dezember. (Deputiertenkammer.) Großrumänische Agitation.

Die Opposition beantragt, das Bureau der Kammer solle der italienischen Kammer danken für den Antrag einer Anzahl von italienischen Deputierten, den Rumänen für die Verteidigung ihrer Nationalität Sympathie auszudrücken. (Vgl. Italien.) Die Regierung lehnt die Verantwortung dafür ab, der Präsident läßt die Abstimmung nicht zu. Infolge dessen verfaßt der Deputierte Nikolaus Filipesco eine Adresse, welche von allen Deputierten unterzeichnet und ohne Vermittelung des Bureaus der Kammer direkt an die italienischen Deputierten abgesandt wird. (27. Dez.)

XVIII.

Serbien.

22. Januar. Exkönig Milan von Paris nach Belgrad. Demission des Kabinets. Bruch des Königs mit der radikalen Partei.

24. Januar. (Belgrad.) Neubildung des Kabinets.

Es wird ein liberal-fortschrittliches Koalitionskabinet gebildet: Simitsch Präsidium, Aeußeres und interimistisch Finanzen, General Zdrawkowitsch Bauten, Staatsrat Nikolajewitsch Inneres, Oberst Milovan Pawlowitsch Krieg, Hochschulprofessor Lozanitsch Handel und Ackerbau, Hochschulprofessor Andra Gjorgjewitsch Justiz und interimistisch Unterricht. — Später übernimmt der Fortschrittler Mijatowitsch das Portefeuille der Finanzen, der Liberale Nesitsch, Hochschulrektor, das des Unterrichts.

24. Januar. Vertagung der Skuptschina, die dem neuen Ministerium ihr Mißtrauen kundgibt.

26. Januar. (Belgrad.) Der König amnestiert die im Prozesse Amakumowitsch Angeklagten. (Vgl. 1893 S. 299.)

5. März. (Belgrad.) Der König ernennt seinen Vater zu seinem Stellvertreter als obersten Befehlshaber der Armee.

Ende März. (Belgrad.) Der oberste Gerichtshof erklärt Milans Anwesenheit in Serbien für ungesetzlich.

2. April. Ministerwechsel.

Nachdem der Finanzminister aus persönlichen Gründen zurückgetreten ist, demissioniert das ganze Kabinet. Mit der Bildung des neuen Kabinets wird der Minister des Innern Nikolajewitsch betraut. Das Ministerium ist wie folgt zusammengesetzt: Nikolajewitsch Präsidium und Inneres, bisheriger Handelsminister Lozanitsch Aeußeres, bisheriger Justizminister Giorgiewitsch Unterricht, Vukasin Petrowitsch Finanzen, bisheriger Sektionschef

im Handelsministerium Jowanowitsch Handel, Kassationsrat Andonovitsch Justiz, Bautenminister Zdrakowitsch, sowie Kriegsminister General Pawlowitsch behalten ihre Portefeuilles.

29. April. Rehabilitierung der königlichen Eltern.

Der König erläßt einen Ukas, durch den seine Eltern in ihre früheren Rechte wieder eingesetzt werden. Die Radikalen opponieren dagegen; Ministerpräsident Nikolajewitsch verbietet jede Kritik des Ukases in öffentlichen Ansammlungen.

17. Mai. (Belgrad.) Der Kassationshof erklärt den Ukas vom 29. April für nichtig.

21. Mai. Aufhebung der Verfassung.

In einer Proklamation an das serbische Volk suspendiert der König die Verfassung vom 22. Dezember 1888 und ruft die vom 29. Juni 1869 wieder ins Leben. Ferner werden alle mit der Verfassung im Widerspruch stehenden Gesetze betreffs der Presse und der Gemeindewahlen abgeschafft. Die früheren aus der Verfassung vom Jahre 1869 hervorgegangenen Gesetze sind wieder in Kraft gesetzt. Präsident des durch den Ukas neuernannten Staatsrates wird der frühere Ministerpräsident Nikola Christitsch, Vizepräsident der ehemalige Minister Welikowitsch. Der Kassationshof wird gebildet unter dem Vorsitz des bisherigen Präsidenten des Appellationsgerichts, Babowitsch, und der Rechnungshof unter dem Vorsitz Georg Stefanowitschs.

Die Proklamation erklärt, durch die während der Minderjährigkeit erlassenen Gesetze, die mit der Verfassung in Widerspruch ständen und nur den Parteileidenschaften dienen sollten, sei eine geordnete Regierung unmöglich gemacht. Wenn die Leidenschaften beruhigt und die Ordnung wieder hergestellt sei, solle eine neue Verfassung ausgearbeitet werden.

29. Mai. (Belgrad.)

Ein königlicher Ukas suspendiert wegen großer Gefahr für die Sicherheit des Landes die Thätigkeit der Untersuchungsrichter für Uebertretungen und überträgt dieselbe den Polizeibehörden, und stellt den Wirkungskreis der Präfekturen nach der alten Organisation von 1839 wieder her.

23. Juni. Der König reist nach Konstantinopel.

Juni—September. Parteibewegung.

Die Liberalen treten immer mehr zur Opposition über, während sich unter den Radikalen die Tendenz, mit dem Hofe wieder Fühlung zu suchen, bemerkbar macht.

13.—22. Oktober. Der König in Österreich-Ungarn und Deutschland.

27. Oktober. Ministerwechsel.

Nikola Christitsch übernimmt das Präsidium und das Innere, Milan Bogitschewitsch das Aeußere, General Zdrawkowitsch die öffentlichen Bauten, Petrowitsch die Finanzen, Michael Giorgiewitsch die Justiz und in Vertretung den Kultus, General Pawlowitsch das Kriegs- und Sima Lozanitsch das Handelsdepartement.

14. November. Der König reist nach Petersburg zur Beisetzung Alexanders III.

10. Dezember. (Semlin.) Beginn des Prozesses Tschebinatz.

Die Anklage lautet auf Hochverrat und Verschwörung gegen die Dynastie.

Ende Dezember. Serbien und Rumänien.

Der rumänisch-serbische Streit wegen des Salzvertrags wird beendet. Serbien verpflichtet sich auf acht Jahre, jährlich 300,000 Meterzentner aus den rumänischen Salzwerken zu übernehmen, wogegen Rumänien den Preis um einen halben Franc den Meterzentner herabsetzt.

XIX.

Montenegro.

Januar. Unruhen an der albanesischen Grenze, die sich das ganze Jahr über wiederholen.

März. Montenegro protestiert in Konstantinopel gegen die Grenzverletzungen der Albanesen.

14. August. Der Kaiser von Rußland ernennt den Erbprinzen Danilo von Montenegro zum Oberst im 15. Jäger-Regiment.

XX.

Griechenland.

3. Januar. (Kammer.) Budget für 1894.

Das vom Finanzminister Trikupis vorgelegte Budget für 1894 weist eine Neuerung auf, indem es unter den Einnahmen zwei Kategorien unterscheidet, Einnahmen, deren Höhe nur schätzungsweise festgestellt, und Einnahmen, deren Eingang mit Sicherheit erwartet wird. Die ersteren betragen 96,229,000, die letzteren 87,134,000 Drachmen. Ein Betrag von 7 Millionen ist im Budget aufgeführt für die Kursdifferenz von 30 Prozent der Coupons, welche gemäß dem Uebereinkommen den Gläubigern in Gold zu zahlen sind. Die Verpflichtungen des Staates betragen einschließlich der Kursdifferenz 22½ Millionen Drachmen. Trikupis erklärt, das Budget sei unter Berücksichtigung der weniger günstigen Verhältnisse aufgestellt worden.

April. Erdbeben in Lokris und auf Euböa, wobei einige Hundert Menschen umkommen.

9. August. Die deutschen und französischen Gläubiger weisen die Anerbietungen der griechischen Regierung zurück.

1. September. (Athen.) Ausschreitung von Offizieren.

Eine Anzahl Offiziere zerstört die Geschäftsräume der Zeitung „Akropolis“, die in einigen Artikeln das Offizierkorps angegriffen hatte.

21. November. (Kammer.) Im Budget für 1895 veranschlagt Trikupis die Einnahmen auf 91,333,118, die Ausgaben auf 90,150,380 Drachmen.

XXI.

Vereinigte Staaten von Nord-Amerika.

8. Januar. (Repräsentantenhaus.) Zolltarif.

Der neue Entwurf des Zolltarifs wird dem Repräsentantenhause vorgelegt. Wilson, der Urheber des Entwurfs, hält eine Rede, in welcher er die Finanzverwaltung der Republikaner heftig angreift und ihr die ungünstige Finanzlage zur Last legt. Mit 175 Stimmen gegen 1 beschloß das Repräsentantenhaus in die Beratung des Tarifentwurfs einzutreten und bis zum 27. d. M. einen definitiven Beschluß zu fassen.

23. Januar. Das Repräsentantenhaus beschließt, daß Rohzucker und raffinierter Zucker auf die Freiliste gesetzt werden sollen.

1. Februar. (Repräsentantenhaus.) Zolltarif.

Das Repräsentantenhaus nimmt mit 200 gegen 135 Stimmen einige Tarifbestimmungen an, wodurch die Mc. Kinleybill durchbrochen und namentlich die Einfuhr von Rohprodukten erleichtert wird.

März. (Kongreß.) Silberprägung.

Der Kongreß beschließt auf Antrag Blands die monatliche Ausprägung von 2 Mill. Dollars aus dem im Staatsschatze befindlichen, von der Prägegebühr herrührenden Silber. (15. März). Präsident Cleveland legt sein veto gegen das Gesetz ein. (28. März.)

April. (West-Pennsylvanien.) Streik der ungarischen Kohlenbergleute. Blutige Konflikte der Ausständigen mit den Behörden.

April. Zug der Arbeitslosen.

Ein Agitator Coxey hat alle Arbeitslosen aufgefordert, aus allen Teilen des Unionsgebiets in hellen Haufen zur Bundeshauptstadt zu ziehen und dem Kongreß ihre Beschwerden und Forderungen mit gehörigem Nachdruck vorzutragen. Der Ruf findet lebhaften Widerhall und von weither strömen die Beschäftigungslosen herbei. Vielfach bemächtigen sie sich der Eisenbahnzüge. Die meisten Kolonnen werden von der Miliz zurückgetrieben.

21. April. Allgemeiner Strike der Grubenarbeiter in sechs Staaten.

Anf. Mai. (Senat.) Die demokratischen Senatoren beantragen zahlreiche Amendements zur Tarifvorlage.

Mai. Der Bergarbeiterausstand nimmt einen immer mehr revolutionären Charakter an.

Juni. Juli. Großer Strike in Chicago und Kalifornien.

Die Arbeiter der Pullmannschen Eisenwerke fordern höheren Lohn und legen die Arbeit nieder, als er ihnen mit Rücksicht auf die schlechte Geschäftslage verweigert wird. Ferner legen die Eisenbahnarbeiter die Arbeit nieder und verhindern die Absendung der Eisenbahnwagen. Es kommt zu heftigen Tumulten, einige Tage herrscht in Chicago förmliche Anarchie. Cleveland verhängt den Belagerungszustand über Chicago (9. Juli) und verstärkt die Polizei und Truppen. Nach mehreren Zusammenstößen erklärt der Strikeführer Debs das Ende des Ausstandes (13. Juli) und die Ruhe wird allmählich wieder hergestellt.

Auch in Kalifornien kommt es zu allgemeinem Ausstande und Ausschreitungen, die erst nach der Verhängung des Belagerungszustandes über Sacramento (14. Juli) unterdrückt werden.

3. Juli. (Senat.) Tarifreform.

Der Senat genehmigt mit 39 gegen 34 Stimmen die Tarifvorlage, nachdem er durch zahlreiche Amendements die Tarifsätze namentlich für Eisen, Wolle und Zucker erhöht und so die Fassung des Repräsentantenhauses erheblich verändert hat.

4.—7. Juli. (Kanada.) Interkolonialer Kongreß in Ottawa.

Die Versammlung — bestehend aus Vertretern der selbständigen englischen Kolonien — befürwortet ein Zollsystem zwischen dem Mutterlande und den Kolonien, das den einzelnen Teilen des Reichs günstigere Bedingungen als den fremden Nationen gewähren soll.

19. Juli. (Washington.) Brief Clevelands an Wilson über den Zolltarif.

Wilson verliest im Repräsentantenhause einen Brief des Präsidenten vom 2. Juli, in dem dieser sich durchaus für die freie Einfuhr von Rohstoffen ausspricht. Ueber die Besteuerung des Zuckers sagt er: „Entsprechend unserer Parteiplatform und in Uebereinstimmung mit unserm Parteiprogramm ist Zucker ein zulässiger und gerechtfertigter Besteuerungsartikel. Unglückseligerweise jedoch haben einige Zwischenfälle verschiedene Stadien der jetzt der Konferenz zu unterbreitenden Gesetzgebungsarbeit begleitet, die in diesem Zusammenhang die natürliche demokratische Entrüstung gegen die Methoden und Manöver der Trusts und Interessentenvereinigungen erregt haben. Doch scheint es mir, daß wir uns möglicherweise hinreichend über Vorurteile hinwegsetzen könnten, um einer kühlen Erwägung der Gesichtspunkte fähig zu sein, welche bei der Abfassung eines Tarifgesetzes unsere Behandlung des Zuckers als eines besteuerbaren Artikels leiten könnten. Wir sollten allerdings keine Zärtlichkeit für Trusts hegen und ich bin entschieden dagegen, daß ihnen unter der Gestalt eines Tarifsatzes eine Gelegenheit zur Förderung ihrer eigentümlichen Methoden geschaffen werde, aber ich rate, wir sollten uns nicht von unsern demokratischen Grundsätzen und unsrer Politik, die zur Besteuerung des Zuckers führt, durch eine übertriebene Furcht abbringen lassen, wir könnten durch die Bethätigung dieser Grundsätze und Politik mittelbar die Vereinigung der Zuckerraffinerie-Interessen übermäßig ermutigen. Ich weiß, daß dies unter den gegenwärtigen

Umständen ein heikler Gegenstand ist, und ich weiß die Tiefe und Stärke der Gefühle zu schätzen, die seine Behandlung geweckt hat. Ich glaube nicht, daß wir Uebles thun sollten, damit Gutes komme; aber es scheint mir, daß unser Ziel die Vollendung der Tarifbill, und indem wir den Zucker zu geeigneten Zwecken in vernünftigen Grenzen besteuern, sind wir was man auch über unsre Handlungsweise sagen möge, nicht in Gefahr, gegen demokratische Grundsätze zu verstoßen. Bei allem, was dort auf dem Spiele steht, muß doch in der Behandlung dieses Artikels ein Fleck sein, auf welchem wir alle Raum finden können, und wo Nachsicht und Versöhnlichkeit gestattet sind, um die Aufgabe zu lösen, ohne daß die Preisgabe feststehender Gewissensüberzeugungen erfordert wird."

Ende Juli. Repräsentantenhaus und Senat in der Zollfrage.

Die Erhöhung des Zolltarifs durch den Senat ruft im Repräsentantenhause große Erregung hervor, die durch den das Vorgehen des Senats verurteilenden Brief Clevelands noch gesteigert wird. Die Kammer billigt Clevelands Haltung und bringt mit 134 gegen 48 Stimmen eine Verfassungsänderung in Vorschlag, wonach der Senat nicht mehr durch die gesetzgebenden Körperschaften der einzelnen Staaten sondern durch das Volk direkt gewählt werden soll. Hierdurch hofft man die reformfeindliche Mehrheit des Senats zu beseitigen.

Der Senat beharrt auf seinem Standpunkte; Konferenzen zwischen Senatoren und Repräsentanten führen zu keiner Verständigung.

8. August. Der Senat genehmigt einen Gesetzentwurf zur Beschränkung der Einwanderung fremder Anarchisten.

13. August. (Washington.) Annahme des Zolltarifs.

Da der Senat nicht nachgibt, genehmigt das Repräsentantenhaus die Zusätze des Senats. Der Hauptkämpfer gegen die hohen Zollsätze, Wilson, rät unter den obwaltenden Umständen selbst zur Annahme und charakterisiert die Bill folgendermaßen: „Welcher Art aber auch die Mängel der Bill in der vorliegenden Gestalt sein mögen, so viel weiß ich wenigstens, daß sie noch besser ist als die Mc. Kinleybill. Ich weiß, daß sie in einigen ihrer Teile den Steuerzahlern des Landes beträchtliche Erleichterung gewährt und den riesigen Monopolen, welche die Steuerzahler bedrücken und die Gesetzgebung hemmen, die Flügel beschneidet. Man nehme die Zollansätze für Eisenerze und Kohlen, bei welchen wir gegen die großen Eisenbahnsyndikate des Landes anzukämpfen hatten: diese Zollansätze sind um nahezu 50 Prozent unter die der Mc. Kinleybill herabgesetzt. Die Zuckerparagraphen, über welche der hartnäckigste Kampf stattgefunden hat, mögen so, wie der Senat sie formuliert hat, verwerflich, d. h. noch immer drückend für das Volk, günstig für den Trust sein, aber sie sind es doch keineswegs in dem Grade, wie die im McKinley-Tarif, dank denen der Trust so furchtbar erstarkt ist, daß seine jetzige Macht eine Drohung für das amerikanische Volk bedeutet. Denjenigen, welche zwar bedauern, daß nicht erreicht worden ist, was im Wunsche des Volkes lag, welche aber glauben, daß man sich an das unter den Umständen Erreichbare halten müsse, kann die Wahl zwischen dieser und der Mc. Kinleybill keinen Augenblick schwer werden."

Der Präsident verweigert dem Gesetze seine Unterschrift, das trotzdem am 27. August in Kraft tritt.

14. August. Der Senat ratifiziert einen Vertrag mit China, wodurch die Einwanderung der Chinesen beschränkt wird.

11. September. (Maine.) In den Wahlen siegen die Republikaner.

6. November. (Wahlen zur Repräsentantenkammer.) Großer Sieg der Republikaner.

Die Demokraten, die bisher die Mehrheit hatten, erleiden eine völlige Niederlage: die Republikaner werden über eine Mehrheit von 140 Stimmen verfügen. Der Norden, namentlich New York, hat republikanisch gewählt, der Süden ist den Demokraten im allgemeinen geblieben.

3. Dezember. (Washington.) Botschaft Clevelands an den Kongreß.

Er hebt hervor, die von Belgien der Einfuhr von gewissen Nahrungsprodukten auferlegten Beschränkungen seien unnötig. Die strenge Ueberwachung in Amerika biete genügenden Schutz gegen die Ausfuhr von krankem Vieh und Fleisch. Cleveland beklagt den vernichtenden Krieg zwischen den mächtigsten Nationen des Ostens. Er würde nicht zögern, irgend welcher Andeutung Gehör zu geben, daß eine freundliche Beihilfe der Union zu einer ehrenvollen Beendigung der Feindseligkeiten beiden Kriegführenden annehmbar sein werde. Der Präsident weist auf den Fortschritt Japans hin, sowie auf dessen lobenswerte Bemühungen, seine vollständige Autonomie in inneren Angelegenheiten und eine vollkommene Gleichheit in der Familie der Nationen zu erhalten. Die deutsche Regierung protestiere gegen die Bestimmung des Tarifgesetzes, welche einen Differentialzoll von ein Zehntel Cent auf Zucker aus Ausfuhrprämien zahlenden Ländern lege; Deutschland habe erklärt, diese Maßregel laufe den Artikeln 5 und 9 des im Jahre 1828 mit Preußen abgeschlossenen Vertrages zuwider. Im Interesse des Handels beider Länder und, um selbst die Beschuldigung der Vertragsverletzung zu vermeiden, empfiehlt Cleveland die Aufhebung desjenigen Teiles des Gesetzes, welcher jenen Differentialzoll auferlegt. Der Präsident empfiehlt wiederholt entschieden die Zollfreiheit von Kohlen und Eisen und spricht sich für die Beseitigung jeden Differentialzolles für raffinierten Zucker aus.

Im weiteren empfiehlt Cleveland die Beseitigung des noch bestehenden Hindernisses für die Teilnahme Amerikas an dem fremden Transportverkehr auf See und befürwortet die Aufhebung des Gesetzes, welches den im Auslande gebauten, Amerikanern gehörigen Schiffen die Eintragung in das amerikanische Schiffsregister versagt. Cleveland erörtert ausführlich die Währungsfrage und den beständigen Goldausfluß aus dem Schatzamte. Er erklärt sich entschlossen, die Ausgabe von Schatzobligationen fortzusetzen, falls eine Erhöhung des Goldes im Schatzamte notwendig werden würde, um den Kredit des Landes aufrecht zu erhalten, und legt die Hauptpunkte der von ihm und dem Schatzminister befürworteten Bankreform dar, deren Zweck sei, ein elastischeres Umlaufsmittel zu schaffen und den Staatsbanken das Recht zu verleihen, unter gewissen Beschränkungen steuerfreie Umlaufsnoten auszugeben. Es sei beabsichtigt alle Gesetze aufzuheben, welche die Hinterlegung von Unionsbonds als Sicherheit für Umlaufsmittel bestimmen und den Nationalbanken zu gestatten, Noten bis zu 75 pCt. ihres eingezahlten Kapitals zu emittieren, vorausgesetzt, daß sie bei der Regierung in gesetzlichen Währungsmitteln eine Summe hinterlegen, welche 30 pCt. des Betrages der Noten, die sie auszugeben beabsichtigen, gleichkommt. Die Botschaft weist auf die unbefriedigende Lage Samoas unter der Wirkung des Berliner Vertrages hin. Die letzten Ereignisse zeigten, daß die von

den drei Vertragsmächten eingerichtete Regierung, welche den Samoanern gegen deren hartnäckige Feindseligkeit aufgezwungen worden sei, nur durch fortgesetzte Anwesenheit fremder Militärmacht aufrechterhalten werden könne. Die gegenwärtige Regierung ermangelte, die Uebel, welche sie hintanhalten sollte, abzustellen, wenn sie dieselben nicht sogar verschlimmerte. Die Beteiligung Amerikas gegen den Wunsch der Eingeborenen sei geradezu eine Herausforderung der konservativen Lehren und der Warnungen weiser Patrioten gewesen, welche den Grund zu den amerikanischen freien Einrichtungen gelegt hätten. Cleveland ersucht den Kongreß, seine Meinung auszusprechen über die Angemessenheit etwaiger Schritte, wodurch die Regierung der Vereinigten Staaten von ihren Engagements mit den anderen Mächten bezüglich Samoas unter billigen Bedingungen, welche die bestehenden amerikanischen Rechte nicht beeinträchtigten, zurücktreten könnte.

3. Dezember. (Kongreß.) Bericht des Schatzsekretärs.

Die gesamten Einkünfte der Bundesregierung betrugen in dem am 30. Juni abgelaufenen Finanzjahr 372,802,498 Dollars, die Ausgaben 442,605,758 Dollars, das Defizit betrug somit 69,803,260 Dollars. Der Wert der zur Verzollung gelangten Artikel stellte sich auf 275 1/4 Mill. Dollars, das ist 146 5/8 Millionen weniger als im Jahre 1893. Der Wert der zollfrei eingeführten Artikel betrug 379 3/4 Mill. Dollars, das ist gegen 1893 eine Abnahme um 64 3/4 Millionen. Die Zolleinnahmen weisen eine Abnahme um 73 1/2 Millionen auf, die internen Einnahmen eine Abnahme um 13 7/8 Millionen. Die Waarenausfuhr hat um 44 1/2 Millionen zugenommen. Der Gesamtbetrag des exportierten Goldes belief sich auf 76 7/8 Millionen gegen 108 5/8 Millionen im Vorjahre, die Goldeinfuhr betrug 72 1/2 Millionen gegen 21 1/8 Millionen im Jahre 1893, die Silbereinfuhr 13 1/4 Millionen, die Silberausfuhr 50 1/2 Millionen. Das Defizit des laufenden Finanzjahres wird auf 20 Millionen geschätzt. Der Vorrat an Metallgeld in den Vereinigten Staaten am 1. Juli 1894 in Münze und Barren wird auf 628 Millionen Gold und 624 3/8 Millionen Silber geschätzt.

14. Dezember. (Washington.) Der Präsident erklärt in einem Schreiben an den Senat, ein Grund in Armenien einzuschreiten liege nicht vor.

XXII.

Mittel- und Süd-Amerika.

Januar. Krieg zwischen Honduras und Nicaragua.

Januar. (Brasilien.) Fortschritte der Aufständischen vor Rio de Janeiro. Einmischung des nordamerikanischen Geschwaders zu Gunsten der Regierungspartei, wodurch die Aufständischen in ihren Operationen behindert werden.

1. Februar. (Venezuela.) Die Eisenbahn Caracas—Valencia wird dem Verkehr übergeben.

2. Februar. Grenzregulierung zwischen Mexico und England.

Februar. (Chile.) Unruhen, erregt durch Balmacedisten, führen zur Verhängung des Belagerungszustandes über Santiago.

Februar. Grenzstreit zwischen Peru und Ecuador.

2. März. (Uruguay.) Zum Präsidenten wird Ellauri gewählt, der die Wahl ablehnt. Später wird daher Idiate Borda gewählt.

März. (Brasilien.) Zum Präsidenten der Republik wird Moraes gewählt.

Anf. März. (Chile.) Kongreßwahlen.

Senat: 21 Liberale und 11 Konservative. Kammer: 28 Liberale und Konservative, 22 Balmacedisten, 6 Radikale.

13. März. (Brasilien.) Da Gama, der Führer des Blockadegeschwaders vor Rio, gibt den Kampf auf und flüchtet sich auf ein portugiesisches Schiff.

Anf. April. Ministerwechsel in Chile.

Mitte April. (Brasilien.) Niederlage der Insurgenten in den Südprovinzen. Der Aufstand ist fast beendet; Admiral De Mello flüchtet sich nach Argentinien.

April.—Juni. (San Salvador.) Eine Revolution vertreibt den Präsidenten Ezeta.

14. Mai. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Brasilien und Portugal wegen der Aufnahme flüchtiger Insurgenten an Bord portugiesischer Schiffe.

Mai. Konflikt zwischen Portugal und Argentinien.

Der Zwischenfall war dadurch entstanden, daß der Befehlshaber eines portugiesischen Kreuzers die seinem Schutz anvertrauten flüchtig gewordenen brasilianischen Insurgenten von Bord einer argentinischen Barke auf sein Schiff zurückführen ließ. Er wird durch Notenaustausch schnell beigelegt.

Juli. August. Zusammenstöße zwischen englischen Unterthanen und Truppen von Nicaragua an der Mosquitoküste. Sieg der Engländer.

August. (Peru.) General Cáceres wird Präsident der Republik.

Oktober. (Argentinien.) In einem Abkommen mit Spanien wird der Tabakzoll ermäßigt.

16. November. (Brasilien.) Der neue Präsident Moraes tritt sein Amt an.

Anf. Dezember. (Chile.) Bildung eines liberalen Ministeriums.

XXIII.
Australien und Südsee.

Januar. (Hawaii.) Die Vereinigten Staaten verlangen die Wiedereinsetzung der Königin, was verweigert wird.

März. (Samoa.) Aufstand in Samoa infolge der Bestrafung widersetzlicher Häuptlinge durch den Oberrichter Ide.

4. Juli. In Hawaii wird die Republik proklamiert.

17. Juli. (Neusüdwales.) Niederlage der Schutzzöllner bei den Generalwahlen.

9. August. Die Vereinigten Staaten erkennen die Republik Hawaii an.

7. September. Neusüdwales beschließt den achtstündigen Arbeitstag für die Bergarbeiter.

September. (Samoa.) Besiegung der Aufständischen mit Hilfe deutscher und englischer Kriegsschiffe.

XXIV.
Afrika.

1. Januar. (Deutsch-Südwestafrika.) Major v. François schlägt die Witboois an der Dorisibschlucht bei Gansberg.

10. Januar. Oberst Bonnier besetzt Timbuktu.

14. Januar. Bonnier wird mit einem Teile seiner Kolonne bei Timbuktu von Tuaregs niedergemetzelt.

Januar. Tod des Matabelekönigs Lobengula. (Vgl. 1893 31. Okt.)

Januar. (Dahomey.) General Dodds setzt Behanzin ab und läßt Gonthili zum König wählen.

13. Februar. Zweite französische Besetzung Timbuktus durch Joffré.

24. Februar. Deutsch-Südwestafrika.

Der neue Landeshauptmann, Major Leutwein, unterwirft den Stamm der Khauashottentoten, deren Häuptling Andries Lambert wegen Ermordung eines deutschen Händlers hingerichtet wird.

24. Februar. (Togo.) Zollabkommen zwischen Deutschland und England.

Deutschland und Großbritannien treffen ein Abkommen über die Einführung eines einheitlichen Zollsystems für Togo und das Gebiet der Goldküste östlich vom Volta. Spirituosen, Pulver und Gewehre sollen höher besteuert werden, der Tabakzoll soll erhöht werden, der Salzzoll wegfallen. Der Vertrag tritt am 1. Juni in Kraft. (Publiziert wird es am 26. Mai.)

Februar. (Kongostaat.) Die Truppen des Kongostaates schlagen den Araberhäuptling Rumaliza.

18. März. (Kongostaat.) Mahdisten.

Die Mahdisten greifen die befestigte Stellung Mundu nahe der Wasserscheide des Nil an und werden von den Kongotruppen unter Delanghe geschlagen.

18. März. Kamerunvertrag zwischen Deutschland und Frankreich.

Deutschland verzichtet auf das seit 1885 noch strittige Hinterland seiner Kolonie und auf die Verbindung mit dem Zentralsudan. Es erhält einen Zugang zum Sanga und einen Teil des Oberlaufs des Schari. (Den Text des Abkommens s. Staats-Archiv Bd. 57.)

5. Mai. (Aden.) Abkommen zwischen England und Italien zur Abgrenzung der italienischen und der englischen Einflußsphäre in den Regionen des Golfs von Aden. Frankreichs Einspruch wird von Italien zurückgewiesen.

12. Mai. Vertrag zwischen England und dem Kongostaat.

Der erste Artikel lautet: „A. Es wird ausgemacht, daß die Einflußsphäre des Unabhängigen Kongostaates begrenzt wird im Norden der deutschen Sphäre, in Ostafrika, durch eine Linie, welche dem 30. Meridian von Greenwich folgt bis an dessen Durchschnitt mit der Wasserscheide des Nil und des Kongo und dieser Scheide in der Richtung nach Norden und Nord-Westen. B. Die Grenze zwischen dem Unabhängigen Kongostaat und der britischen Sphäre im Norden des Sambesi wird eine Linie folgen, welche direkt von der äußersten Spitze des Kap Akalunga, am nördlichsten Punkte der Cameronbucht des Tanganyikasees ausgeht, dann ungefähr dem 8. Gr. südl. Br., am rechten Ufer des Luapula, wo dieser Fluß aus dem See Mosro austritt, folgt. Die Linie wird dann direkt bis zur Mündung dieses Flusses am See verlängert, doch muß sie nach dem Süden des Sees so gezogen werden, daß sie die Insel Kilwa Großbritannien beläßt. Dann folgt sie dem Thalweg des Luapula bis zu dem Punkte, wo dieser Fluß aus dem See Bangwelo tritt. Sie wird dann südlich dem durch diesen Punkt gehenden Meridian bis zur Wasserscheide des Kongo und Sambesi und dieser Scheide bis zur portugiesischen Grenze folgen."

In den folgenden Artikeln geben sich England und der Kongostaat gegenseitig Gebiete in Pacht.

Der dritte Artikel, gegen den Deutschland protestiert, lautet: „Der Unabhängige Kongostaat gibt Großbritannien in Pacht zur Verwaltung, sobald es ihn besetzt, unter den nachstehend festgesetzten Bedingungen und für die bestimmte Zeit einen 25 Kilometer breiten Landstrich, der sich vom nördlichen Hafen am Tanganyika, einschließlich dieses Hafens, bis zu dem

südlichsten Punkte am Albert Edward-See erstreckt. Diese Pacht wird dieselbe Dauer haben wie diejenige, welche für die westlich vom 30. Meridian östl. L. v. Gr. gelegenen Länder festgesetzt ist."

Deutschland, Frankreich und die Pforte protestieren gegen den Vertrag. (Den vollständigen Text und den Notenwechsel zwischen Deutschland, England und dem Kongostaat s. Staats-Archiv Bd. 57.)

7. Juni. (Marokko.) Sultan Muley Hassan †. Nachfolger wird Abd-ul-Aziz.

Juli—September. (Ostafrika.) Grenzfestsetzung zwischen Deutschland und Portugal.

Als Grenzlinie wird eine Linie angenommen, die von dem unter dem 10. Grad 40 Minuten n. Br. gelegenen Punkt der Küste westlich bis zum Rovuma sich hinzieht, so daß die Rovumamündung mit Kionga Deutschland zufällt, Cap Delgado dagegen Portugal.

1. Juli. (Sudan.) Die Franzosen schlagen den Marabut Alikari von Bosso.

Juli. Der Artikel III des englisch-kongolesischen Abkommens wird zurückgezogen. (Vgl. 12. Mai.)

17. Juli. General Baratieri, der Gouverneur der italienischen Kolonie Eritrea, erobert Kassala, den Hauptstützpunkt der Derwische.

14. August. Abkommen zwischen Frankreich und dem Kongostaat.

Der erste Artikel setzt fest, daß die Grenze des Kongostaates durch den Thalweg des Mbomu und die Wasserscheide des Kongo und des Nil bestimmt wird. Der zweite gibt Frankreich unter gewissen Bedingungen das Recht der Polizei über den Lauf des Mbomu und das Recht des Uebertritts auf das linke Ufer. Ferner verzichtet der Kongostaat auf die Besetzung des Gebiets im Norden und Westen einer Linie, beginnend beim 30. Meridian und endigend am Nil im Norden von Lado.

August. Kaffernrevolte in Transvaal.

August. (Deutsch-Südwestafrika.) Unterwerfung Witbois.

Major Leutwein erstürmt das Lager Hendrik Witbois bei Naukluft. (27. Aug.) Witboi unterwirft sich der deutschen Schutzherrschaft und erhält Gibeon als Wohnort angewiesen.

August. (Südafrika.) Kaffernaufstand in den portugiesischen Besitzungen bei Laurenco-Marques.

30. Oktober. (Deutsch-Ostafrika.) Der Gouverneur Oberst v. Scheele besiegt die Wahehes und zerstört ihre Hauptstadt Kuirenga.

13. November. (Südafrika.) Grenzregulierung zwischen England und Portugal im Manika-Lande.

November. Madagaskar.

Die Hovasregierung lehnt das von Le Myre de Vilers überreichte

Ultimatum ab. Es wurde gefordert: Anerkennung des effektiven Protektorats Frankreichs mit allen politischen und diplomatischen Konsequenzen, Bildung einer dauernden französischen Garnison in Antananarivo.

12. Dezember. (Deutsche Schutzgebiete.) Die Verwaltung der deutschen Schutzgebiete wird der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes unterstellt.

XXV.

Asien.

Januar. (China.) Aufstand in der Provinz Kanton.

1. März. Vertrag zwischen England und China über die Abgrenzung Birmas.

Vom 23° 41′ s. B. an wird der Salweenfluß die Grenze bilden, von Kunglong aus geht sie dann in östlicher Richtung. Kunlong verbleibt Großbritannien, China aber behält den Staat Kokang. Von dort zieht sich die Grenze zum Mekongfluß hin. Ueber die Abgrenzung des nördlich vom 25° 35′ belegenen Gebiets soll eine besondere Vereinbarung getroffen werden, sobald das Land besser bekannt sein wird.

9. März. (Japan.) Das Kaiserpaar feiert seine silberne Hochzeit.

10. März. (Indien.) Annahme einer neuen Tarifordnung. Hiedurch wird England zum Nachteil Indiens im Zoll begünstigt.

Mai. Aufstand in Korea. Intervention der Chinesen und Japaner.

Mitte Juni. (Holländisch-Indien.) Es wird eine Expedition nach Lombok zur Bestrafung der unbotmäßigen Balinesen beschlossen.

Mitte Juni. (Korea.) Nach Niederwerfung des Koreanischen Aufstandes verlangt China die Zurückziehung der japanischen Truppen. Japan weigert sich und besetzt Söul.

30. Juni. Korea erklärt sich für unabhängig.

Juli. Verhandlungen zwischen Japan und China über die Einführung von Reformen in Korea unter englischer und italienischer Vermittlung.

25. Juli. (Korea.) Zusammenstoß zwischen japanischen und chinesischen Kriegsschiffen. Niederlage der Chinesen.

1. August. Kriegserklärung Japans an China.

August. Erklärungen Japans und Chinas über die Entstehung des Krieges;

Die japanische Proklamation lautet: „Wir, infolge einer seit unvordenklichen Zeiten nicht unterbrochenen Succession des Reiches Groß-Japan Kaiser, thun hiemit, der himmlischen Hilfe vertrauend, unsern tapferen und getreuen Unterthanen kund, daß wir China den Krieg erklärt haben. Alle unsere Beamten und Offiziere werden sich in Erfüllung unserer Wünsche bemühen, die nationalen Ziele zu fördern und innerhalb der Grenze ihrer Befugnisse und in einer dem Völkerrecht nicht widerstreitenden Weise alle Mittel zu diesem Zweck anwenden. Mehr denn 20 Jahre sind jetzt seit unserer Thronbesteigung vergangen. Während dieser Zeit haben wir beständig eine Friedenspolitik verfolgt, auch hat unser Verhältnis zu den auswärtigen Mächten sich zusehends günstiger gestaltet. Dagegen läuft Alles, was China betreffs Koreas gegen uns unternommen, den Grundsätzen zuwider, welche die Beziehungen zwischen befreundeten Nationen regeln sollten. Korea ist ein unabhängiges Land, das zuerst von Japan bewogen wurde, dem Auslande seine Thore zu öffnen und den ihm gebührenden Platz unter den Nationen der Welt einzunehmen. Trotzdem hat China es stets als seinen Vasallen hingestellt und sich öffentlich und im geheimen in seine Angelegenheiten eingemischt. Bei dem jüngsten koreanischen Aufstande sandte China unter dem Vorwande, den Tributärstaat vor Unheil zu bewahren, Truppen dorthin. Auch wir bemühten uns, auf Grund des Vertrags von 1885 Korea vor inneren Unruhen zu schützen, entsandten gleichfalls Truppen dahin und ersuchten China, mit uns gemeinschaftlich vorzugehen; China aber lehnte dies ab. Darauf rieten wir Korea, die Mißbräuche in seiner Verwaltung abzustellen und seine Rechte als unabhängiger Staat zur Geltung zu bringen. Korea nahm diesen Rat an, China aber widersetzte sich den Reformen und begann zu Wasser und zu Lande zu rüsten. Um sein Ziel zu erreichen, verstärkte es seine Truppen in Korea und griff unsere Kriegsschiffe in den koreanischen Gewässern an. Es benahm sich also gegen Japan in einer dem Recht durchaus zuwiderlaufenden Weise. Es unterliegt keinem Zweifel, daß es die Absicht Chinas war, die für die Wahrung des Friedens in Korea verantwortliche Autorität zu vernichten, das Land, welches Japan als unabhängigen Staat der Welt bekannt machte, zu erniedrigen, die Verträge zu mißachten und den Frieden im Osten für immer unmöglich zu machen. Dahin hat sich die Lage allgemach entwickelt. Obgleich es nun unser steter Wunsch ist, mit allen Nationen in Frieden zu leben, bleibt uns jetzt nur übrig, den Krieg zu erklären, in der Hoffnung, dadurch mit der Zeit den Frieden wiederherzustellen und das Ansehen Japans zu sichern."

In dem Rundschreiben des chinesischen Ministeriums des Auswärtigen an die Vertreter Chinas im Auslande heißt es: „Unsere kaiserliche Majestät sandte Truppen nach Korea ab, wie es bei früheren Aufständen auf der Halbinsel geschehen war. Diese Truppen zogen aber nicht in Söul ein, sondern marschierten direkt nach dem Schauplatz des Aufstandes, um denselben zu unterdrücken. Die Rebellen zerstoben sofort, als sie von dem Vormarsch der chinesischen Truppen hörten. Nachdem dieselben dem armen Volk geholfen hatten, dachten sie daran, siegreich den Rückzug anzutreten. Zu unserm Erstaunen aber sandte nun auch Japan Truppen nach Korea, unter dem Vorwande, bei Unterdrückung des Aufstandes zu helfen. Der wirkliche Zweck aber war, Söul zu besetzen. Und das geschah in der That; außerdem aber besetzten die Japaner alle wichtigen Pässe. Sie verstärkten sich fortwährend, bis ihre Zahl auf 10,000 angewachsen war. Dann forderten sie, daß Korea sich von China lossagen und seine Unabhängigkeit erklären solle. Japan entwarf außerdem viele neue Vorschriften zur Abänderung der Verwaltung Koreas, und verlangte deren

Genehmigung durch den König. Daß Korea seit undenklichen Zeiten ein Vasallenstaat Chinas gewesen ist, weiß alle Welt, deshalb hatten die auswärtigen Regierungen, wenn sie Verträge mit Korea abschlossen, dieselben von uns genehmigen zu lassen. Die hochmütige Ignorierung dieser Thatsache seitens Japans ist eine Beleidigung der Würde und Autorität Chinas und ein schwerer Bruch der vorher bestandenen einträchtigen Beziehungen."

August. **Vertrag zwischen Japan und England.**

England verzichtet auf die besondere Jurisdiktion der englischen Unterthanen in Japan nach Ablauf von 5 Jahren und gesteht die Erhöhung des japanischen Einfuhrtarifs zu.

25. August. (**Niederländisch-Indien.**) Niederlage der holländischen Expedition auf Lombok.

26. August. **Bund zwischen Japan und Korea.**

Korea soll die Unabhängigkeit erhalten, die Chinesen sollen aus Korea vertrieben werden. Japan übernimmt die kriegerischen Operationen gegen China; Korea verpflichtet sich dagegen, den japanischen Truppen alle Erleichterung zu gewähren. Der Vertrag bleibt in Kraft, solange die Feindseligkeiten zwischen China und Japan andauern.

15. September. (**Krieg zwischen China und Japan.**) Großer Sieg der Japaner bei Ping Yang.

17. September. (**Ostasien.**) Seesieg der Japaner an der Yalumündung.

15. Oktober. (**China.**) Die kaiserliche Regierung übernimmt die Verantwortung für den Schutz aller Ausländer.

18.—23. Oktober. (**Hierohshima.**) Der Reichstag bewilligt in außerordentlicher Session eine Anleihe von 100 Millionen Yen zur Bestreitung der Kriegskosten.

Ende Oktober. (**Krieg zwischen China und Japan.**) Der japanische Marschall **Yamagata** überschreitet den Yalu.

4. November. (**Britisch-Indien.**) Wasiristämme greifen ein englisches Lager an, werden aber zurückgeschlagen. Da sie Genugthuung verweigern, soll eine Expedition gegen sie unternommen werden.

Anf. November. **China** erklärt sich den Vertretern der Mächte bereit, auf die Oberherrschaft über Korea zu verzichten.

November. (**Pamirfrage.**) England und Rußland bilden zwischen ihren Einflußgebieten eine neutrale Zone.

18. November. (**Holländisch-Indien.**) Die Niederländer stürmen Tjakra Negara auf Lombok und nehmen den Rajah gefangen. Die Balinesen sind damit niedergeworfen.

21. November. (Krieg zwischen China und Japan.) Die Japaner nehmen Port Arthur nach 18stündigem Kampfe.

Ende November. (Ostasien.) Die Vereinigten Staaten suchen zwischen Japan und China zu vermitteln. Japan weist die Vermittlung ab.

20. Dezember. Beginn von Friedensverhandlungen zwischen Japan und China.

24. Dezember. (Yokohama.) Eröffnung des japanischen Parlaments.

Uebersicht
der politischen Entwickelung des Jahres 1894.

Allgemeine auswärtige Politik.

Die politische Lage in Europa hat sich im Jahre 1894 kaum verändert. Der Dreibund besteht nach wie vor, und auch die ihm feindlichen Mächte befinden sich in demselben Verhältnis wie früher, sowohl untereinander wie der Tripelallianz gegenüber. Hierin hat auch der Thronwechsel in Rußland keine Änderung geschaffen. In den letzten Jahrgängen des Geschichtskalenders ist wiederholt dargelegt worden, daß die Wahrung des europäischen Friedens wesentlich von Rußland abhängt; es wäre Alexander dem III. ein leichtes gewesen, durch das Versprechen der Hilfeleistung die Franzosen zum Angriff auf Deutschland zu reizen und damit einen Weltkrieg zu entzünden. Da er es unterließ, ist die Erhaltung des Friedens sein Werk; die Motive, die ihn dabei leiteten, kennen wir freilich nicht: vielleicht waren es politische Erwägungen, vielleicht auch das Gefühl, einem solchen Weltkampfe nicht gewachsen zu sein. Das Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland also ist für die Sicherheit des Friedens entscheidend; solange Rußland mit Deutschland keinen Krieg will, wird ihn auch Frankreich unter normalen Umständen nicht machen, und Rußland wird andererseits der Balkanverhältnisse wegen nicht mit Österreich brechen, um Deutschland nicht zum Kriege zu zwingen. Das relativ freundschaftliche Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland nun hat sich im letzten Jahre nicht verschlechtert, sondern durch den Abschluß des russischen Handelsvertrages eine entschiedene Besserung erfahren. Wie

Prof. v. Schulze-Gävernitz in den „Preußischen Jahrbüchern" ausgeführt hat, ist die aggressive Tendenz in Rußland vorwiegend durch die Industrie vertreten, die agrarische Bevölkerung ist friedlich gesinnt, und dieser letzten kommt der Handelsvertrag zu gute. Man mache sich klar: wäre der Handelsvertrag nicht geschlossen und der Zollkrieg geblieben, so würden die hierdurch aufs schwerste betroffenen landwirtschaftlichen Kreise ohne Zweifel ebenfalls zur Kriegspartei übergetreten sein: die Gefahr eines Bruches wäre damit bedeutend gesteigert. Wenn daher die — wenn man will negative — politische Bedeutung des Handelsvertrages nicht unterschätzt werden darf, so darf man auf der anderen Seite nicht übersehen, daß der letzte Grund des russisch-deutschen Gegensatzes nicht berührt wird. Die gegenwärtige politische Lage Osteuropas ist durch den Anspruch Rußlands, die Balkanhalbinsel zu beherrschen, geschaffen worden. Der Erfüllung dieses Wunsches muß die Niederwerfung Österreichs vorhergehen, und da Deutschland diese unmöglich dulden kann (Jahrg. 1892, S. 326), so muß Rußland auch in Deutschland einen Gegner erblicken. Solange daher Rußland seine auf die Traditionen Katharinas und Alexanders des I. zurückgehende Balkanpolitik nicht aufgibt, kann sich auch das Verhältnis zu seinen westlichen Nachbaren nicht von Grund aus ändern. Allerdings ist in den letzten Jahren der Gedanke an die Eroberung Konstantinopels in Rußland etwas verblaßt, verschwunden ist er aber keineswegs, und die Äußerungen über den Fürsten Ferdinand von Bulgarien, der geflissentlich als österreichischer Vorposten bezeichnet wird, beweisen, daß man die Balkanhalbinsel als den Zankapfel zwischen Rußland und Österreich betrachtet. Daneben fehlt es in Rußland auch an Stimmen nicht, die die Expansionspolitik nach Süden überhaupt verwerfen und dafür eine um so eifrigere Kolonialpolitik in Asien empfehlen; welche Bedeutung dieser Anschauung freilich zukommt, läßt sich vorderhand nicht ermessen. Daß die Russen die Wichtigkeit der Ausbreitung in Asien wohl erkennen, beweist ihre asiatische Politik des letzten Jahrzehnts und die Aufmerksamkeit ihrer Presse während des koreanischen Krieges. Welche Bedeutung insbesondere der Thronwechsel in dieser Beziehung haben kann, muß die Zukunft lehren.

Februar. (Chile.) Unruhen, erregt durch Balmacedisten, führen zur Verhängung des Belagerungszustandes über Santiago.

Februar. Grenzstreit zwischen Peru und Ecuador.

2. März. (Uruguay.) Zum Präsidenten wird Ellauri gewählt, der die Wahl ablehnt. Später wird daher Idiate Borda gewählt.

März. (Brasilien.) Zum Präsidenten der Republik wird Moraes gewählt.

Anf. März. (Chile.) Kongreßwahlen.

Senat: 21 Liberale und 11 Konservative. Kammer: 28 Liberale und Konservative, 22 Balmacedisten, 6 Radikale.

13. März. (Brasilien.) Da Gama, der Führer des Blockadegeschwaders vor Rio, gibt den Kampf auf und flüchtet sich auf ein portugiesisches Schiff.

Anf. April. Ministerwechsel in Chile.

Mitte April. (Brasilien.) Niederlage der Insurgenten in den Südprovinzen. Der Aufstand ist fast beendet; Admiral De Mello flüchtet sich nach Argentinien.

April.—Juni. (San Salvador.) Eine Revolution vertreibt den Präsidenten Ezeta.

14. Mai. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Brasilien und Portugal wegen der Aufnahme flüchtiger Insurgenten an Bord portugiesischer Schiffe.

Mai. Konflikt zwischen Portugal und Argentinien.

Der Zwischenfall war dadurch entstanden, daß der Befehlshaber eines portugiesischen Kreuzers die seinem Schutz anvertrauten flüchtig gewordenen brasilianischen Insurgenten von Bord einer argentinischen Barke auf sein Schiff zurückführen ließ. Er wird durch Notenaustausch schnell beigelegt.

Juli. August. Zusammenstöße zwischen englischen Unterthanen und Truppen von Nicaragua an der Mosquitoküste. Sieg der Engländer.

August. (Peru.) General Cáceres wird Präsident der Republik.

Oktober. (Argentinien.) In einem Abkommen mit Spanien wird der Tabakzoll ermäßigt.

16. November. (Brasilien.) Der neue Präsident Moraes tritt sein Amt an.

Anf. Dezember. (Chile.) Bildung eines liberalen Ministeriums.

XXIII.
Australien und Südsee.

Januar. (Hawaii.) Die Vereinigten Staaten verlangen die Wiedereinsetzung der Königin, was verweigert wird.

März. (Samoa.) Aufstand in Samoa infolge der Bestrafung widersetzlicher Häuptlinge durch den Oberrichter Ide.

4. Juli. In Hawaii wird die Republik proklamiert.

17. Juli. (Neusüdwales.) Niederlage der Schutzzöllner bei den Generalwahlen.

9. August. Die Vereinigten Staaten erkennen die Republik Hawaii an.

7. September. Neusüdwales beschließt den achtstündigen Arbeitstag für die Bergarbeiter.

September. (Samoa.) Besiegung der Aufständischen mit Hilfe deutscher und englischer Kriegsschiffe.

XXIV.
Afrika.

1. Januar. (Deutsch-Südwestafrika.) Major v. François schlägt die Witboois an der Dorisibschlucht bei Gansberg.

10. Januar. Oberst Bonnier besetzt Timbuktu.

14. Januar. Bonnier wird mit einem Teile seiner Kolonne bei Timbuktu von Tuaregs niedergemetzelt.

Januar. Tod des Matabelekönigs Lobengula. (Vgl. 1893 31. Okt.)

Januar. (Dahomeh.) General Dodds setzt Behanzin ab und läßt Gonthili zum König wählen.

13. Februar. Zweite französische Besetzung Timbuktus durch Joffré.

24. Februar. Deutsch-Südwestafrika.

Der neue Landeshauptmann, Major Leutwein, unterwirft den Stamm der Khauashottentoten, deren Häuptling Andries Lambert wegen Ermordung eines deutschen Händlers hingerichtet wird.

24. Februar. (Togo.) Zollabkommen zwischen Deutschland und England.

Deutschland und Großbritannien treffen ein Abkommen über die Einführung eines einheitlichen Zollsystems für Togo und das Gebiet der Goldküste östlich vom Volta. Spirituosen, Pulver und Gewehre sollen höher besteuert werden, der Tabakzoll soll erhöht werden, der Salzzoll wegfallen. Der Vertrag tritt am 1. Juni in Kraft. (Publiziert wird es am 26. Mai.)

Februar. (Kongostaat.) Die Truppen des Kongostaates schlagen den Araberhäuptling Rumaliza.

18. März. (Kongostaat.) Mahdisten.

Die Mahdisten greifen die befestigte Stellung Mundu nahe der Wasserscheide des Nil an und werden von den Kongotruppen unter Delanghe geschlagen.

18. März. Kamerunvertrag zwischen Deutschland und Frankreich.

Deutschland verzichtet auf das seit 1885 noch strittige Hinterland seiner Kolonie und auf die Verbindung mit dem Zentralsudan. Es erhält einen Zugang zum Sanga und einen Teil des Oberlaufs des Schari. (Den Text des Abkommens s. Staats-Archiv Bd. 57.)

5. Mai. (Aden.) Abkommen zwischen England und Italien zur Abgrenzung der italienischen und der englischen Einflußsphäre in den Regionen des Golfs von Aden. Frankreichs Einspruch wird von Italien zurückgewiesen.

12. Mai. Vertrag zwischen England und dem Kongostaat.

Der erste Artikel lautet: „A. Es wird ausgemacht, daß die Einflußsphäre des Unabhängigen Kongostaates begrenzt wird im Norden der deutschen Sphäre, in Ostafrika, durch eine Linie, welche dem 30. Meridian von Greenwich folgt bis an dessen Durchschnitt mit der Wasserscheide des Nil und des Kongo und dieser Scheide in der Richtung nach Norden und Nord-Westen. B. Die Grenze zwischen dem Unabhängigen Kongostaat und der britischen Sphäre im Norden des Sambesi wird eine Linie folgen, welche direkt von der äußersten Spitze des Kap Akalunga, am nördlichsten Punkte der Cameronbucht des Tanganyikasees ausgeht, dann ungefähr dem 8. Gr. südl. Br., am rechten Ufer des Luapula, wo dieser Fluß aus dem See Moëro austritt, folgt. Die Linie wird dann direkt bis zur Mündung dieses Flusses am See verlängert, doch muß sie nach dem Süden des Sees so gezogen werden, daß sie die Insel Kilwa Großbritannien beläßt. Dann folgt sie dem Thalweg des Luapula bis zu dem Punkte, wo dieser Fluß aus dem See Bangwelo tritt. Sie wird dann südlich dem durch diesen Punkt gehenden Meridian bis zur Wasserscheide des Kongo und Sambesi und dieser Scheide bis zur portugiesischen Grenze folgen."

In den folgenden Artikeln geben sich England und der Kongostaat gegenseitig Gebiete in Pacht.

Der dritte Artikel, gegen den Deutschland protestiert, lautet: „Der Unabhängige Kongostaat gibt Großbritannien in Pacht zur Verwaltung, sobald es ihn besetzt, unter den nachstehend festgesetzten Bedingungen und für die bestimmte Zeit einen 25 Kilometer breiten Landstrich, der sich vom nördlichen Hafen am Tanganyika, einschließlich dieses Hafens, bis zu dem

südlichsten Punkte am Albert Edward-See erstreckt. Diese Pacht wird dieselbe Dauer haben wie diejenige, welche für die westlich vom 30. Meridian östl. L. v. Gr. gelegenen Länder festgesetzt ist."

Deutschland, Frankreich und die Pforte protestieren gegen den Vertrag. (Den vollständigen Text und den Notenwechsel zwischen Deutschland, England und dem Kongostaat s. Staats-Archiv Bd. 57.)

7. Juni. (Marokko.) Sultan Muley Hassan †. Nachfolger wird Abd-ul-Aziz.

Juli—September. (Ostafrika.) Grenzfestsetzung zwischen Deutschland und Portugal.

Als Grenzlinie wird eine Linie angenommen, die von dem unter dem 10. Grad 40 Minuten n. Br. gelegenen Punkt der Küste westlich bis zum Rovuma sich hinzieht, so daß die Rovumamündung mit Kionga Deutschland zufällt, Cap Delgado dagegen Portugal.

1. Juli. (Sudan.) Die Franzosen schlagen den Marabut Alikari von Bosso.

Juli. Der Artikel III des englisch-kongolesischen Abkommens wird zurückgezogen. (Vgl. 12. Mai.)

17. Juli. General Baratieri, der Gouverneur der italienischen Kolonie Eritrea, erobert Kassala, den Hauptstützpunkt der Derwische.

14. August. Abkommen zwischen Frankreich und dem Kongostaat.

Der erste Artikel setzt fest, daß die Grenze des Kongostaates durch den Thalweg des Mbomu und die Wasserscheide des Kongo und des Nil bestimmt wird. Der zweite gibt Frankreich unter gewissen Bedingungen das Recht der Polizei über den Lauf des Mbomu und das Recht des Uebertritts auf das linke Ufer. Ferner verzichtet der Kongostaat auf die Besetzung des Gebiets im Norden und Westen einer Linie, beginnend beim 30. Meridian und endigend am Nil im Norden von Lado.

August. Kaffernrevolte in Transvaal.

August. (Deutsch-Südwestafrika.) Unterwerfung Witbois.

Major Leutwein erstürmt das Lager Hendrik Witbois bei Naukluft. (27. Aug.) Witboi unterwirft sich der deutschen Schutzherrschaft und erhält Gibeon als Wohnort angewiesen.

August. (Südafrika.) Kaffernaufstand in den portugiesischen Besitzungen bei Laurenco-Marques.

30. Oktober. (Deutsch-Ostafrika.) Der Gouverneur Oberst v. Scheele besiegt die Waheheś und zerstört ihre Hauptstadt Kuirenga.

13. November. (Südafrika.) Grenzregulierung zwischen England und Portugal im Manika-Lande.

November. Madagaskar.

Die Hovasregierung lehnt das von Le Myre de Vilers überreichte

Ultimatum ab. Es wurde gefordert: Anerkennung des effektiven Protektorats Frankreichs mit allen politischen und diplomatischen Konsequenzen, Bildung einer dauernden französischen Garnison in Antananarivo.

12. Dezember. (Deutsche Schutzgebiete.) Die Verwaltung der deutschen Schutzgebiete wird der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes unterstellt.

XXV.

Asien.

Januar. (China.) Aufstand in der Provinz Kanton.

1. März. Vertrag zwischen England und China über die Abgrenzung Birmas.

Vom 23° 41′ n. B. an wird der Salweenfluß die Grenze bilden, von Kunglong aus geht sie dann in östlicher Richtung. Kunlong verbleibt Großbritannien, China aber behält den Staat Kokang. Von dort zieht sich die Grenze zum Mekongfluß hin. Ueber die Abgrenzung des nördlich vom 25° 35′ belegenen Gebiets soll eine besondere Vereinbarung getroffen werden, sobald das Land besser bekannt sein wird.

9. März. (Japan.) Das Kaiserpaar feiert seine silberne Hochzeit.

10. März. (Indien.) Annahme einer neuen Tariforduung. Hiedurch wird England zum Nachteil Indiens im Zoll begünstigt.

Mai. Aufstand in Korea. Intervention der Chinesen und Japaner.

Mitte Juni. (Holländisch-Indien.) Es wird eine Expedition nach Lombok zur Bestrafung der unbotmäßigen Balinesen beschlossen.

Mitte Juni. (Korea.) Nach Niederwerfung des Koreanischen Aufstandes verlangt China die Zurückziehung der japanischen Truppen. Japan weigert sich und besetzt Söul.

30. Juni. Korea erklärt sich für unabhängig.

Juli. Verhandlungen zwischen Japan und China über die Einführung von Reformen in Korea unter englischer und italienischer Vermittlung.

25. Juli. (Korea.) Zusammenstoß zwischen japanischen und chinesischen Kriegsschiffen. Niederlage der Chinesen.

1. August. Kriegserklärung Japans an China.

August. Erklärungen Japans und Chinas über die Entstehung des Krieges;

Die japanische Proklamation lautet: „Wir, infolge einer seit unvordenklichen Zeiten nicht unterbrochenen Succession des Reiches Groß-Japan Kaiser, thun hiemit, der himmlischen Hilfe vertrauend, unsern tapferen und getreuen Unterthanen kund, daß wir China den Krieg erklärt haben. Alle unsere Beamten und Offiziere werden sich in Erfüllung unserer Wünsche bemühen, die nationalen Ziele zu fördern und innerhalb der Grenze ihrer Befugnisse und in einer dem Völkerrecht nicht widerstreitenden Weise alle Mittel zu diesem Zweck anwenden. Mehr denn 20 Jahre sind jetzt seit unserer Thronbesteigung vergangen. Während dieser Zeit haben wir beständig eine Friedenspolitik verfolgt, auch hat unser Verhältnis zu den auswärtigen Mächten sich zusehends günstiger gestaltet. Dagegen läuft Alles, was China betreffs Koreas gegen uns unternommen, den Grundsätzen zuwider, welche die Beziehungen zwischen befreundeten Nationen regeln sollten. Korea ist ein unabhängiges Land, das zuerst von Japan bewogen wurde, dem Auslande seine Thore zu öffnen und den ihm gebührenden Platz unter den Nationen der Welt einzunehmen. Trotzdem hat China es stets als seinen Vasallen hingestellt und sich öffentlich und im geheimen in seine Angelegenheiten eingemischt. Bei dem jüngsten koreanischen Aufstande sandte China unter dem Vorwande, den Tributärstaat vor Unheil zu bewahren, Truppen dorthin. Auch wir bemühten uns, auf Grund des Vertrags von 1885 Korea vor inneren Unruhen zu schützen, entsandten gleichfalls Truppen dahin und ersuchten China, mit uns gemeinschaftlich vorzugehen; China aber lehnte dies ab. Darauf rieten wir Korea, die Mißbräuche in seiner Verwaltung abzustellen und seine Rechte als unabhängiger Staat zur Geltung zu bringen. Korea nahm diesen Rat an, China aber widersetzte sich den Reformen und begann zu Wasser und zu Lande zu rüsten. Um sein Ziel zu erreichen, verstärkte es seine Truppen in Korea und griff unsere Kriegsschiffe in den koreanischen Gewässern an. Es benahm sich also gegen Japan in einer dem Recht durchaus zuwiderlaufenden Weise. Es unterliegt keinem Zweifel, daß es die Absicht Chinas war, die für die Wahrung des Friedens in Korea verantwortliche Autorität zu vernichten, das Land, welches Japan als unabhängigen Staat der Welt bekannt machte, zu erniedrigen, die Verträge zu mißachten und den Frieden im Osten für immer unmöglich zu machen. Dahin hat sich die Lage allgemach entwickelt. Obgleich es nun unser steter Wunsch ist, mit allen Nationen in Frieden zu leben, bleibt uns jetzt nur übrig. den Krieg zu erklären, in der Hoffnung, dadurch mit der Zeit den Frieden wiederherzustellen und das Ansehen Japans zu sichern."

In dem Rundschreiben des chinesischen Ministeriums des Auswärtigen an die Vertreter Chinas im Auslande heißt es: „Unsere kaiserliche Majestät sandte Truppen nach Korea ab, wie es bei früheren Aufständen auf der Halbinsel geschehen war. Diese Truppen zogen aber nicht in Söul ein, sondern marschierten direkt nach dem Schauplatz des Aufstandes, um denselben zu unterdrücken. Die Rebellen zerstoben sofort, als sie von dem Vormarsch der chinesischen Truppen hörten. Nachdem dieselben dem armen Volk geholfen hatten, dachten sie daran, siegreich den Rückzug anzutreten. Zu unserm Erstaunen aber sandte nun auch Japan Truppen nach Korea, unter dem Vorwande, bei Unterdrückung des Aufstandes zu helfen. Der wirkliche Zweck aber war, Söul zu besetzen. Und das geschah in der That; außerdem aber besetzten die Japaner alle wichtigen Pässe. Sie verstärkten sich fortwährend, bis ihre Zahl auf 10,000 angewachsen war. Dann forderten sie, daß Korea sich von China lossagen und seine Unabhängigkeit erklären solle. Japan entwarf außerdem viele neue Vorschriften zur Abänderung der Verwaltung Koreas, und verlangte deren

Genehmigung durch den König. Daß Korea seit undenklichen Zeiten ein Vasallenstaat Chinas gewesen ist, weiß alle Welt, deshalb hatten die auswärtigen Regierungen, wenn sie Verträge mit Korea abschlossen, dieselben von uns genehmigen zu lassen. Die hochmütige Ignorierung dieser Thatsache seitens Japans ist eine Beleidigung der Würde und Autorität Chinas und ein schwerer Bruch der vorher bestandenen einträchtigen Beziehungen."

August. Vertrag zwischen Japan und England.

England verzichtet auf die besondere Jurisdiktion der englischen Unterthanen in Japan nach Ablauf von 5 Jahren und gesteht die Erhöhung des japanischen Einfuhrtarifs zu.

25. August. (Niederländisch-Indien.) Niederlage der holländischen Expedition auf Lombok.

26. August. Bund zwischen Japan und Korea.

Korea soll die Unabhängigkeit erhalten, die Chinesen sollen aus Korea vertrieben werden. Japan übernimmt die kriegerischen Operationen gegen China; Korea verpflichtet sich dagegen, den japanischen Truppen alle Erleichterung zu gewähren. Der Vertrag bleibt in Kraft, solange die Feindseligkeiten zwischen China und Japan andauern.

15. September. (Krieg zwischen China und Japan.) Großer Sieg der Japaner bei Ping Yang.

17. September. (Ostasien.) Seesieg der Japaner an der Yalumündung.

15. Oktober. (China.) Die kaiserliche Regierung übernimmt die Verantwortung für den Schutz aller Ausländer.

18.—23. Oktober. (Hierohshima.) Der Reichstag bewilligt in außerordentlicher Session eine Anleihe von 100 Millionen Yen zur Bestreitung der Kriegskosten.

Ende Oktober. (Krieg zwischen China und Japan.) Der japanische Marschall Yamagata überschreitet den Yalu.

4. November. (Britisch-Indien.) Wasiristämme greifen ein englisches Lager an, werden aber zurückgeschlagen. Da sie Genugthuung verweigern, soll eine Expedition gegen sie unternommen werden.

Anf. November. China erklärt sich den Vertretern der Mächte bereit, auf die Oberherrschaft über Korea zu verzichten.

November. (Pamirfrage.) England und Rußland bilden zwischen ihren Einflußgebieten eine neutrale Zone.

18. November. (Holländisch-Indien.) Die Niederländer stürmen Tjakra Negara auf Lombok und nehmen den Rajah gefangen. Die Balinesen sind damit niedergeworfen.

21. November. (Krieg zwischen China und Japan.) Die Japaner nehmen Port Arthur nach 18stündigem Kampfe.

Ende November. (Ostasien.) Die Vereinigten Staaten suchen zwischen Japan und China zu vermitteln. Japan weist die Vermittlung ab.

20. Dezember. Beginn von Friedensverhandlungen zwischen Japan und China.

24. Dezember. (Yokohama.) Eröffnung des japanischen Parlaments.

Uebersicht
der politischen Entwickelung des Jahres 1894.

Allgemeine auswärtige Politik.

Die politische Lage in Europa hat sich im Jahre 1894 kaum verändert. Der Dreibund besteht nach wie vor, und auch die ihm feindlichen Mächte befinden sich in demselben Verhältnis wie früher, sowohl untereinander wie der Tripelallianz gegenüber. Hierin hat auch der Thronwechsel in Rußland keine Änderung geschaffen. In den letzten Jahrgängen des Geschichtskalenders ist wiederholt dargelegt worden, daß die Wahrung des europäischen Friedens wesentlich von Rußland abhängt; es wäre Alexander dem III. ein leichtes gewesen, durch das Versprechen der Hilfeleistung die Franzosen zum Angriff auf Deutschland zu reizen und damit einen Weltkrieg zu entzünden. Da er es unterließ, ist die Erhaltung des Friedens sein Werk; die Motive, die ihn dabei leiteten, kennen wir freilich nicht: vielleicht waren es politische Erwägungen, vielleicht auch das Gefühl, einem solchen Weltkampfe nicht gewachsen zu sein. Das Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland also ist für die Sicherheit des Friedens entscheidend; solange Rußland mit Deutschland keinen Krieg will, wird ihn auch Frankreich unter normalen Umständen nicht machen, und Rußland wird andererseits der Balkanverhältnisse wegen nicht mit Österreich brechen, um Deutschland nicht zum Kriege zu zwingen. Das relativ freundschaftliche Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland nun hat sich im letzten Jahre nicht verschlechtert, sondern durch den Abschluß des russischen Handelsvertrages eine entschiedene Besserung erfahren. Wie

Prof. v. Schulze-Gävernitz in den „Preußischen Jahrbüchern" ausgeführt hat, ist die aggressive Tendenz in Rußland vorwiegend durch die Industrie vertreten, die agrarische Bevölkerung ist friedlich gesinnt, und dieser letzten kommt der Handelsvertrag zu gute. Man mache sich klar: wäre der Handelsvertrag nicht geschlossen und der Zollkrieg geblieben, so würden die hierdurch aufs schwerste betroffenen landwirtschaftlichen Kreise ohne Zweifel ebenfalls zur Kriegspartei übergetreten sein: die Gefahr eines Bruches wäre damit bedeutend gesteigert. Wenn daher die — wenn man will negative — politische Bedeutung des Handelsvertrages nicht unterschätzt werden darf, so darf man auf der anderen Seite nicht übersehen, daß der letzte Grund des russisch-deutschen Gegensatzes nicht berührt wird. Die gegenwärtige politische Lage Osteuropas ist durch den Anspruch Rußlands, die Balkanhalbinsel zu beherrschen, geschaffen worden. Der Erfüllung dieses Wunsches muß die Niederwerfung Österreichs vorhergehen, und da Deutschland diese unmöglich dulden kann (Jahrg. 1892, S. 326), so muß Rußland auch in Deutschland einen Gegner erblicken. Solange daher Rußland seine auf die Traditionen Katharinas und Alexanders des I. zurückgehende Balkanpolitik nicht aufgibt, kann sich auch das Verhältnis zu seinen westlichen Nachbaren nicht von Grund aus ändern. Allerdings ist in den letzten Jahren der Gedanke an die Eroberung Konstantinopels in Rußland etwas verblaßt, verschwunden ist er aber keineswegs, und die Äußerungen über den Fürsten Ferdinand von Bulgarien, der geflissentlich als österreichischer Vorposten bezeichnet wird, beweisen, daß man die Balkanhalbinsel als den Zankapfel zwischen Rußland und Österreich betrachtet. Daneben fehlt es in Rußland auch an Stimmen nicht, die die Expansionspolitik nach Süden überhaupt verwerfen und dafür eine um so eifrigere Kolonialpolitik in Asien empfehlen; welche Bedeutung dieser Anschauung freilich zukommt, läßt sich vorderhand nicht ermessen. Daß die Russen die Wichtigkeit der Ausbreitung in Asien wohl erkennen, beweist ihre asiatische Politik des letzten Jahrzehnts und die Aufmerksamkeit ihrer Presse während des koreanischen Krieges. Welche Bedeutung insbesondere der Thronwechsel in dieser Beziehung haben kann, muß die Zukunft lehren.

Die sechste Großmacht endlich, England, hat im wesentlichen seine bisherige politische Stellung beibehalten, und nur gegen Schluß des Jahres hat sich eine leise von der bisherigen auswärtigen Politik abweichende Strömung geltend gemacht. In früheren Jahrgängen ist ausgeführt worden, daß England dem Dreibunde näher stehe als seinen Gegnern, und diese Anschauung war auch in England so verbreitet, daß ein von hervorragenden politischen und militärischen Schriftstellern verfaßtes Werk über den Zukunftskrieg (The great war of 189—. London, Heinemann, 1893) dem Inselreiche den maßgebendsten Anteil am Kampfe gegen Rußland und Frankreich zuschreiben wollte. Dem gegenüber ist im verflossenen Jahre von der Presse und der Regierung wiederholt die Idee behandelt worden, ernstlich eine Verständigung mit Rußland und Frankreich über die zahlreichen Gegensätze in allen Weltteilen zu suchen. Praktische Resultate hat dieses Bestreben noch nicht erzielt; zu schroff stehen sich die Interessen im Mittelmeere, auf der Balkanhalbinsel, in Egypten, in Asien und Afrika gegenüber, um in absehbarer Zeit eine Ausgleichung erwarten zu lassen. Die russische Presse antwortete auf den ersten englischen Annäherungsversuch wenig entgegenkommend, und die Verständigung mit Frankreich wird durch die bevorstehende Unterwerfung Madagaskars nicht erleichtert werden.

Deutschland.

In Deutschland stand der Anfang des Jahres 1894 unter dem Zeichen des Kampfes um die Steuerreform (vgl. 1893 S. 346) und den russischen Handelsvertrag. Der Grundgedanke des Steuerplanes, das Reich von den Matrikularbeiträgen der Einzelstaaten unabhängig zu machen, wurde zwar im Prinzip von den meisten Parteien anerkannt, aber die konkreten Vorschläge der Regierung fanden keine Mehrheit; die Tabak- und Weinsteuer mußten zurückgezogen werden, doch kündigte der Reichskanzler am Schluß der Session die Einbringung neuer finanzpolitischer Vorschläge für die nächste Session an. In der That ist dem Reichstage ein neuer Gesetzentwurf über die Tabaksteuer zugegangen.

Ein besseres Schicksal hatte der russische Handelsvertrag, der im Reichstage trotz heftigsten Widerstandes der agrarischen Parteien mit einer Mehrheit von ungefähr 50 Stimmen angenommen wurde.

Gegen den Vertrag wurde geltend gemacht, daß die Herabsetzung der Zölle gegen Rußland die Überschwemmung Deutschlands mit billigem russischen Getreide zur Folge haben und so die deutsche Landwirtschaft ruinieren werde; die Freunde des Vertrags erwiderten, daß der Vertrag mit Rußland unmöglich eine solche Wirkung haben könne: da der niedrige Zollsatz von 3,50 Mark bereits Österreich und Amerika zugestanden sei, werde Deutschland seinen Bedarf eben aus diesen billig produzierenden Ländern decken; die Ablehnung des Vertrages schädige also nur die Industrie, der durch den Zollkrieg das russische Absatzgebiet verloren gehe, ohne der Landwirtschaft zu nützen. Der Versuch der Agrarier, durch Monopolisierung der Getreideeinfuhr und Fixirung des Verkaufspreises des importierten Getreides die Getreidepreise zu heben, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt (S. 104), doch wurde unmittelbar darauf die Wiedereinbringung des Antrages in der nächsten Session angekündigt.

Preußischer Landtag.

Die Notlage der Landwirtschaft, um die sich die Reichstagsdebatten zum großen Teil drehten, beherrschte auch die preußische Gesetzgebung. Um der Landwirtschaft eine ständige Vertretung zur Beratung der Regierung in agrarpolitischen Maßregeln zu schaffen, brachte die Regierung einen Gesetzentwurf zur Errichtung von Landwirtschaftskammern ein, der auch nach längeren Kommissionsberatungen mit einigen Modifikationen durch eine konservativ-nationalliberale Mehrheit angenommen wurde (S. 121). Bisher hat indessen noch keine Provinz die Kammern ins Leben gerufen. Ein anderer Vorschlag, der auch der Landwirtschaft zu gute kommen sollte, dem Staate die ausschließliche Gewinnung der Kali- und Magnesiasalze zu übertragen, um im Interesse von Landwirtschaft und Industrie die Preise der Produkte regulieren zu können und zugleich eine rationelle Ausbeutung der Kaliwerke zu sichern, wurde abgelehnt; der Grund war teils die Abneigung gegen die Vergrößerung der staatlichen Thätigkeit auf wirtschaftlichem Gebiete, teils die Schwierigkeit der Entschädigung der Privatbesitzer. Abgelehnt wurde ferner der Dortmund-Rheinkanal, und zwar durch die Stimmen der östlichen Agrarier, die sich in ihrem Votum nach allgemeiner Annahme weniger durch sachliche Gründe als durch

partikulare Interessen und durch ihren Unmut über die Annahme des der westlichen Industrie, der der Kanal in erster Linie zu statten gekommen wäre, günstigen russischen Handelsvertrages leiten ließen. Genehmigt wurde dagegen der Elb-Travekanal.

Leidenschaftliche Debatten verursachte der Gesetzentwurf über die Synodalordnung, vor allem die Bestimmung, daß ein mit Zweidrittelmajorität gefaßter und vom König auf Vorschlag des Staatsministeriums sanktionierter Beschluß der Generalsynode das kirchliche Wahlrecht abändern könne, während bisher dazu ein Gesetz erforderlich war. Dem Entwurfe stimmte schließlich die Mehrheit der evangelischen Abgeordneten zu, da der Hauptführer der kirchlichen Mittelpartei, Prof. Beyschlag, ihn mit der Begründung empfohlen hatte, daß der Landtag nicht mehr Gewähr gegen eine parteiische Änderung des Wahlrechts biete als der vom Staatsministerium beratene König.

Kanzlerwechsel.

Innerhalb der preußischen Regierung und der Reichsregierung hat das verflossene Jahr große Änderungen hervorgebracht. Der Reichskanzler Graf Caprivi ist durch den früheren Statthalter von Elsaß-Lothringen, den Fürsten Hohenlohe, ersetzt, zugleich schieden der preußische Ministerpräsident Graf Eulenburg, der Landwirtschaftsminister v. Heyden und der Justizminister v. Schelling aus dem Amte. Über die Ursachen des Kanzlerwechsels sind auf S. 167 ff. die verbreitetsten Annahmen zusammengestellt; was im einzelnen davon zutrifft, ist mit Sicherheit noch nicht erkennbar, nur darüber scheint jeder Zweifel ausgeschlossen, daß eine persönliche Verstimmung zwischen dem Kaiser und dem Grafen Caprivi den Ausschlag zur Entlassung des Kanzlers gab. Wie verschieden die Politik und Bedeutung Caprivis gewürdigt worden ist, zeigt S. 169 des Kalendariums; wir wollen die Masse der subjektiven Urteile nicht um ein neues vermehren, sondern nur hervorheben, daß den Höhepunkt seines staatsmännischen Wirkens unstreitig die Militärvorlage bildet, sowohl sachlich wie persönlich. An politischer Bedeutung übertraf sie weitaus alle anderen Gesetzesvorschläge der letzten Jahre und dann ist ihre parlamentarische Vertretung, die dem Reichskanzler fast ganz allein zufiel, seine beste parlamentarische Leistung. Viele Angriffe hat seine auswärtige Politik erfahren, und hierfür ver-

weisen wir auf den nächsten Jahrgang des Kalenders, da während der Drucklegung des vorliegenden Jahrganges diese Frage im Reichstag erörtert worden ist.

Die Parteien.

Äußerlich zeigen die Parteien dasselbe Aussehen wie im Vorjahre; Neuwahlen haben nicht stattgefunden und die wenigen Nachwahlen konnten das Stärkeverhältnis nicht ändern.

Konservative.

Die Konservativen standen zu Beginn des Jahres in schärfster Opposition zur Regierung; die Handelsverträge bekämpften sie aufs heftigste, und Graf Caprivi persönlich wurde von den agrarischen Agitatoren mit derselben Schärfe angegriffen, wie früher im Kampfe um das Volksschulgesetz und die Militärvorlage von den Wortführern der Linken. Am Schluß des Jahres dagegen erscheint die konservativ-agrarische Opposition bedeutend gemildert; namhafte Führer der Konservativen haben die Ausschreitungen der Agitatoren wiederholt getadelt, so Abg. v. Manteuffel auf dem konservativen Parteitage in Thüringen und die „Kreuz-Zeitung" in der Besprechung der kaiserlichen Rede vom 6. September. Daß dieser Rede mit ihrem scharfen Tadel der agrarischen Demagogie eine große Bedeutung für den allmählichen Stellungswechsel der konservativen Partei zuzuschreiben ist, steht außer Zweifel; sie zeigte den Konservativen deutlich, wie weit die Entfremdung zwischen der Krone und der konservativen Partei infolge ihrer gehässigen Agitation gediehen sei, und legte ihnen die Notwendigkeit nahe, einen versöhnlicheren Ton gegen die Regierung anzuschlagen und sich mit der durch die Handelsverträge geschaffenen Situation abzufinden. Erleichtert wurde ihnen der Stellungswechsel in der Folge ohne Frage durch den Rücktritt des Grafen Caprivi und des Ministers v. Heyden, auf denen nun einmal das Odium des mangelnden Interesses für die Landwirtschaft lastete; ob es freilich ihren Nachfolgern gelingen wird, auf die Dauer den Frieden zwischen Regierung und Konservativen herzustellen, darüber läßt die kurze Amtszeit des neuen Ministeriums noch keinen Schluß zu.

Antisemiten.

Die der konservativen Partei nahestehenden Antisemiten haben ihre verschiedenen Gruppen zu einer Partei vereinigt; ob damit aber alle inneren Zwistigkeiten aufhören und ob die Parteileitung imstande sein wird, alle unlauteren Elemente auszuschließen, erscheint noch recht zweifelhaft.

Zentrum. Das Zentrum hat wiederum heftige innere Kämpfe zwischen dem konservativen und demokratischen Flügel zu bestehen gehabt. Die Ursache des Streites war, daß bei der Abstimmung über den russischen Handelsvertrag die Partei sich spaltete und fast gleich viel Stimmen für und gegen den Vertrag abgab. Abg. Lieber, der Hauptredner der Partei für den Handelsvertrag und der erste parlamentarische Führer seit Windthorsts Tode, mußte deshalb manche Vorwürfe, daß er die ehemals ausschlaggebende Stellung der Partei aufgeopfert habe, erdulden; er antwortete mit scharfen Angriffen auf die Freiherrn v. Schorlemer und Loë, aus deren Kreisen die kritischen Stimmen stammten. Der Streit wurde so heftig geführt, daß zeitweilig von der Mandatsniederlegung Liebers die Rede war; positive Ergebnisse hatte er indessen nicht, und auch der Kölner Katholikentag (S. 137) hat keine Klärung in diese Gegensätze gebracht, die vorläufig wieder von der Oberfläche verschwunden sind.

Jesuiten und Redemptoristen. Trotz dieses inneren Zwistes hat das Zentrum einen großen Erfolg gehabt: die Wiederzulassung der Redemptoristen. Am 16. April genehmigte der Reichstag den Antrag des Zentrums auf Aufhebung des Jesuitengesetzes, am 9. Juli beschloß der Bundesrat, daß zwar das Jesuitengesetz nicht aufgehoben werden solle, daß es aber entsprechend einem Antrage der bayerischen Regierung auf die Redemptoristen und die Väter vom heiligen Geist nicht mehr anzuwenden sei. Die Verhandlungen, die diesem Beschluß vorhergingen, und seine Motive entziehen sich unserer Kenntnis, wir wollen daher nur kurz die Anschauung wiedergeben, wie sie in evangelischen Kreisen besteht, und zwar im Anschluß an Prof. Beyschlag (Deutsche evangelische Blätter und Deutsches Wochenblatt Nr. 29). Man nimmt an, daß die bayerische Regierung im Bundesrate die Redemptoristen für einen von den Jesuiten wesentlich verschiedenen, nicht staatsgefährlichen Orden erklärt und sich dafür auf ein Gutachten Döllingers berufen habe. Die Entstehung dieses Gutachtens hat Prof. Beyschlag vor mehreren Jahren aufgeklärt (Deutsche evangel. Blätter 1891). Der bayerische Minister v. Lutz schrieb im Jahre 1889 an den in der Sommerfrische weilenden Döllinger und forderte von ihm ein Gutachten über den Charakter der Redemptoristen, insbesondere über ihre Verwandtschaft mit den Jesuiten.

Die Ausdrucksweise des Briefes beweist, daß der Minister eine Antwort erwartete, die ihm die Möglichkeit gab, im Bundesrate die Verschiedenheit zwischen beiden Orden zu vertreten. Döllinger, wie Beyschlag hervorhebt, fern von wissenschaftlichen Hilfsmitteln, bescheinigte ihm kurz einige Unterschiede zwischen den Orden und fügte die — nach Beyschlag ironische — Bemerkung hinzu, es liege seit dem vatikanischen Konzil kein Grund vor, die Redemptoristen für staatsgefährlicher als andere Orden (die nämlich seitdem alle mit jesuitischem Geiste erfüllt seien) anzusehen. Nicht lange darauf starb Döllinger, und nun wurde diese den Redemptoristen anscheinend günstig lautende Bemerkung zum Beweise ihrer Harmlosigkeit benutzt. Das wirkliche, wissenschaftliche Urteil Döllingers über die Redemptoristen, wie es in seinen „Moralstreitigkeiten in der römisch-katholischen Kirche seit dem 16. Jahrhundert" zu finden ist, lautet dagegen ganz anders; hier ist unzweideutig der Nachweis erbracht, daß die Moraltheologie der Redemptoristen durchaus jesuitischen Charakters ist und beide Orden sich in wesentlichen Punkten berühren, daß dagegen die Unterschiede von geringem Belang sind. Trifft also die Anschauung zu, daß vor allem jenes von Lutz veranlaßte Gutachten Döllingers für den Bundesrat maßgebend gewesen sei, so würde die Bundesratsmehrheit sich im Irrtum über die wahre Meinung Döllingers befunden haben.

Die anderen bürgerlichen Parteien.

Von den übrigen bürgerlichen Parteien, den Freikonservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen ist wenig zu sagen; ihre Position ist unverändert geblieben, und nur die freisinnige Volkspartei machte einen Versuch, durch die Revision ihres Programms in sozialpolitischer Beziehung den verlorenen Boden im Volke wiederzugewinnen; der einzige Erfolg war aber, daß ihr Führer, Abg. Eugen Richter, sich mit einem Teile seiner Partei völlig überwarf und in der Presse wieder eben so heftige Angriffe erfuhr, wie das Jahr zuvor nach seiner Niederlage im Wahlkampfe.

Sozialdemokraten.

Größere politische Bedeutung haben die Vorgänge innerhalb der sozialdemokratischen Partei. Wie in früheren Jahrgängen ausführlich dargelegt worden ist, existieren in der Sozialdemokratie zwei Richtungen; die eine vertreten vornehmlich durch die älteren Führer wie Liebknecht und Bebel, die anderen durch die bayerischen Abge-

ordneten v. Vollmar und Grillenberger. Die zweite nun, die ohne das letzte Ziel, Vernichtung der herrschenden Gesellschaftsordnung und Errichtung des kommunistischen Staates, aus dem Auge zu verlieren, die unmittelbare Beteiligung an den Aufgaben der Gegenwart nachdrücklicher betont als die andern, hat in diesem Jahre einen entschiedenen Sieg erfochten. Der Beschluß der bayerischen Landtagsabgeordneten, das Budget zu bewilligen (S. 125), galt den norddeutschen Parteigenossen in ihrer großen Mehrzahl als ein entschiedener Abfall von den sozialistischen Prinzipien, denn wie könne man die Zertrümmerung des modernen Staates erreichen, wenn man ihm die Mittel zu ihrer Existenz weiter gewährt? Trotz dieser offenbaren Inkonsequenz in der Haltung der bayerischen Genossen gelang es dem Abgeordneten Bebel nicht, den Parteitag zu einem Tadelsvotum gegen die Bayern zu drängen; die Partei fürchtete durch einen solchen Beschluß den offenen Konflikt hervorzurufen und lehnte Bebels Antrag ab, allerdings auch ohne das Vorgehen der Bayern ausdrücklich gutzuheißen. Die Kluft, die beide Richtungen trennt, blieb daher zum erstenmale unüberbrückt, während man auf den früheren Parteitagen stets eine Formel gefunden hatte, um die Anschauungen äußerlich zu vereinigen. Wenn schon die Diskussion hierüber bedenkliche Differenzen unter den Führern bloßgelegt hatte, so bewies der Antrag, die Parteigehälter zu reduzieren, daß auch die Masse nicht mehr mit dem früheren Vertrauen zu den Führern emporblickt, und der unmittelbar nach dem Parteitage ausbrechende, mit allen Waffen grobkörniger Polemik geführte Federkrieg zwischen Bebel und Vollmar bildete eine vortreffliche Illustration zu der Versicherung des Parteitagspräsidenten Singer, daß die innere Einigkeit der Partei über allen Zweifel erhaben sei. Bezeichnend für die innerhalb der Sozialdemokratie gährenden Gegensätze ist auch der Verlauf des Berliner Bierboykotts. Offenbar gegen den Willen der Führer von der Masse unternommen (S. 119, 162) konnte der Bierkrieg, nachdem seine Aussichtslosigkeit klar geworden war, von den Führern nur dadurch beendet werden, daß sie die Arbeiterschaft vor ein fait accompli stellten, welches diese freilich widerwillig genug aufnahm. (S. 198). Trotz dieser inneren Spaltung hat die sozialdemokratische

Berliner Bierboykott.

Partei in diesem vom Zaune gebrochenen Kampfe eine Opferwilligkeit gezeigt, von der in den bürgerlichen Parteien keine Spur vorhanden war; während die ganze sozialistische Partei die Sache der entlassenen Böttcher sogleich zu der ihrigen machte und große Summen zur Unterstützung der Arbeitslosen aufbrachte, ließen die bürgerlichen Parteien die Brauereien ohne Unterstützung, gleich als ob sie der ganze Kampf überhaupt nichts anginge. Daß die Brauereien trotzdem nicht unterlagen, sondern ihre Hauptforderungen durchsetzten, verdankten sie ihrer günstigen wirtschaftlichen Lage und ihrem geschickten, von allen übertriebenen Ansprüchen freien Auftreten. (Vgl. Rösicke, „Preuß. Jahrbücher", Bd. 79).

Umsturzbekämpfung.

Neben den anarchistischen Verbrechen in Frankreich und Italien war es der Berliner Bierkrieg, der in den bürgerlichen Parteien den Ruf nach Staatshilfe stärker und stärker werden ließ, bis schließlich die Einbringung der sogen. Umsturzvorlage (S. 183) erreicht wurde. Wie diese Idee die Öffentlichkeit beschäftigt hat und wie die Vorlage aufgenommen worden ist, ist im Kalendarium zusammengestellt (S. 131, 136, 143, 163); was das Resultat dieser Bewegung sein wird, steht noch dahin.

Fürst Bismarck.

In dem Verhältnis zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Bismarck wurde das mit der Günser Depesche begonnene Versöhnungswerk durch den vom Kaiser veranlaßten Besuch des Fürsten in Berlin und den Gegenbesuch des Kaisers in Friedrichsruh vollendet. Der ungeheure Jubel, der den Fürsten in Berlin empfing, bewies, daß damit ein Herzenswunsch der Nation erfüllt war. Eine unmittelbare politische Folge, wie viele erwartet hatten, hatte der Besuch freilich nicht; nicht einmal in der Frage des russischen Handelsvertrages, dessen Freunde und Gegner sich auf die Autorität des Fürsten berufen hatten, nahm der Fürst eine bestimmte Stellung. Die Wirkung der Aussöhnung zeigte sich in dem wesentlich milderen Tone, den der Fürst der Regierung gegenüber anschlug; verglichen mit den Reden des Jahres 1892 und der Rede vor den Frankfurtern 1893 tragen seine diesjährigen Auslassungen trotz ihres kritischen Inhalts einen weit friedlicheren Charakter.

Polenfrage.

Es war vor allem die Polenpolitik der preußischen Regierung, die Fürst Bismarck vor seinen Besuchern besprach: ohne Zweifel die

Frage, die neben der Bekämpfung des Umsturzes die öffentliche Meinung in der zweiten Hälfte des Jahres am meisten beschäftigt hat. Es handelt sich vornehmlich um die Frage: Wie ist die polnische Bevölkerung Preußens zu zuverlässigen Staatsbürgern zu machen? Zwei Antworten sind hierauf erteilt worden; die eine darf man wohl als die Durchschnittsmeinung der nationalgesinnten Deutschen bezeichnen, die andere wird vorläufig nur vertreten durch einen engeren Kreis von höheren Beamten und Gelehrten, als deren bedeutendster literarischer Vorkämpfer Prof. Hans Delbrück aufgetreten ist. („Preuß. Jahrbb." Bd. 76 und in der Broschüre „Die Polenfrage", Berlin, Walther 1894). Dieser charakterisiert die unter den Deutschen herrschende Anschauung folgendermaßen: „Die Polen sind Staatsbürger auf die wir uns niemals voll verlassen können. Sie streben nach der Wiedererrichtung eines großen polnischen Reiches und müssen das thun, wenn sie ihrer Nation getreu bleiben wollen. Sie sind nur Preußen auf Kündigung. Die Gefahr, die hieraus für Deutschland erwächst, müssen wir suchen, möglichst zu verringern, indem wir den Polonismus auf jede Weise bekämpfen. Durch deutsche Schulen, deutsche Amtssprache und deutsche Beamte muß die deutsche Sprache und das Deutschtum in den polnischen Provinzen möglichst gefördert werden. Die polnischen Rekruten müssen in deutsche Regimenter eingestellt werden, um vollständig deutsch zu lernen. Alle polnischen Aspirationen müssen durch die Regierung scharf unterdrückt werden. Eine systematische Kolonisation, mit Aufwendung großer Mittel, muß deutsche Ansiedler, namentlich Bauern, in diese Gegenden führen; die Güter des polnischen Adels, des Hauptträgers des Polentums, müssen zu dem Zweck aufgekauft werden. Umgekehrt muß weitere Zuwanderung von Leuten polnischer Zunge aus Russisch-Polen oder Galizien abgesperrt werden. Die Polen sollen nicht mit Gewalt zu Deutschen gemacht werden, denn das wäre barbarisch und unmöglich, aber sie sollen deutschem Wesen möglichst genähert und namentlich soll weitere Ausbreitung und Wachsen des Polentums schlechterdings verhindert werden."

Die Kritik Delbrücks gegen diese Sätze wendet sich zunächst gegen die Ansiedlung deutscher Grundbesitzer durch Ankauf von pol-

nischen Rittergütern. Einmal geht die Ansiedlung trotz ungeheurer Kosten sehr langsam und kann im ganzen in dem numerischen Verhältnis zwischen Polen und Deutschen keinen Umschwung hervorrufen, ferner aber wird der Zweck, allmähliche Gewinnung des polnischen Grundbesitzes für die Deutschen, nicht erreicht. Die ausgekauften Polen haben nicht selten durch den Verkauf ihres Gutes an die Ansiedlungskommission zu hohen Preisen ihre wirtschaftliche Lage verbessert und hierauf neuen Grundbesitz erworben, oft genug von Deutschen. Die Ansiedlung hat das polnische Element also nicht etwa geschwächt, sondern vielfach geradezu gestärkt. Auch die Ausbreitung der deutschen Sprache durch die Schule hat sich in der Praxis nicht bewährt. Die Schule, in der deutsche und polnische Kinder zusammen unterrichtet werden, zählt dem Gesamtverhältnis entsprechend gewöhnlich mehr polnische als deutsche Kinder; der Erfolg ist daher nicht, daß die deutschen Kinder einen germanisierenden Einfluß ausüben, sondern umgekehrt dem polonisierenden unterliegen, dem namentlich die deutschen Kinder katholischen Glaubens ausgesetzt sind. Daß der Unterricht nur langsam vorwärts schreiten kann, und die deutschen Kinder in ihrer Entwickelung gehemmt werden, wenn der Lehrer auf eine große Anzahl des Deutschen nicht oder wenig mächtigen Kinder Rücksicht nehmen muß, liegt auf der Hand. Endlich verschafft man den Polen, dadurch, daß man sie zweisprachig macht, während man die Deutschen am Polnisch-Lernen möglichst verhindert, eine wirtschaftliche Überlegenheit über den Deutschen, die die Ausbreitung des Polentums in gemischtsprachigen Bezirken befördern muß. Die Kenntnis der deutschen Sprache bürgt fernerhin keineswegs für eine deutsche Gesinnung, wie sich an vielen Beispielen im einzelnen und im großen an dem analogen Verhältnis zwischen England und Irland nachweisen läßt. Daher kann auch die Verschickung der polnischen Rekruten in brandenburgische und sächsische Regimenter keinen großen Nutzen haben, zumal da in posenschen und westpreußischen Truppenteilen ebenfalls ein starker Prozentsatz Deutscher vorhanden ist. Ein weiterer Schaden der Germanisierung von Staatswegen ist dann, daß hierdurch die Initiative der deutschen Bevölkerung gelähmt wird; sie gewöhnt sich daran, die Verteidigung ihres Volkstums der Regierung zu

überlassen und verliert daher stetig an Terrain an die rührigen und infolge des Druckes von außen geeinigten Gegner. Eine statistische Berechnung hat bewiesen, daß in der That in der Zeit von 1861—90 die polnische Sprache erheblich vorgedrungen ist trotz aller antipolnischen Maßregeln.

In seinen Polenreden (S. 144, 152) bezeichnete auch Fürst Bismarck den polnischen Adel als den Hauptvertreter der deutschfeindlichen Bestrebungen, die Masse fühle sich unter dem preußischen Szepter wohl. Hiergegen hat bereits die Tagespresse einige Vorbehalte gemacht und Prof. Delbrück verweist darauf, daß gerade der Adel in seiner Abneigung gegen den Panslavismus, in dem sich großrussisch-absolutistische und demokratische Ideen verquicken, auf die Erhaltung des modernen preußischen und österreichischen Staates angewiesen ist, denn nur diese können ihn in seiner nationalen und sozialen Eigenart gegen das Untergehen im Panslavismus schützen. Der Träger der deutschfeindlichen Tendenzen sei der junge aber bereits einflußreiche polnische Mittelstand. Das ist ungefähr in flüchtigen Umrissen der Hauptinhalt der polnischen Streitfrage; wie die Regierung und öffentliche Meinung sich definitiv zu ihr stellen werden, ist vorläufig nicht abzusehen.

Kolonialpolitik.

Für die Kolonialpolitik begann das Jahr 1894 unter dem Eindrucke des Kameruner Aufstandes (S. 43), und die Kolonialdebatten im Reichstage zeigten (S. 55), welche Unzufriedenheit mit der Regierung sich gerade auf diesem Gebiete angesammelt hatte. Der Vertrag über die Abgrenzung von Kamerun befriedigte zwar die Freunde der Kolonialpolitik noch nicht, aber die entschiedene Vertretung der deutschen Interessen in der Samoafrage (S. 100), gegenüber dem englisch-kongolesischen Abkommen und endlich die Erklärung des neuen Reichskanzlers, daß er sich der Kolonialpolitik mit größerer Wärme annehmen werde als sein Vorgänger, haben einen großen Teil der Mißstimmung beseitigt. Kriegerische Unternehmungen waren in Südwestafrika und Ostafrika notwendig; hier unternahm der Gouverneur v. Scheele eine erfolgreiche Expedition gegen die Waheheš, dort schlug der Landeshauptmann Leutwein Hendrik Witbooi aufs Haupt und wies ihm einen Wohnsitz an, auf dem sich der alte Unruhestifter bisher ruhig verhalten hat.

Werfen wir zum Schluß noch einen Blick auf das wirtschaftliche Leben in Deutschland, so finden wir im allgemeinen dieselbe Depression wie im Vorjahre. Nach wie vor wird über schlechten Geschäftsgang, vor allem zu niedrige Preise auf allen Gebieten, geklagt; die Unternehmungslust hat sich abgeschwächt und dem entsprechend ist der Vorrat an barem Gelde gestiegen. Dieser letzte Übelstand wird noch vergrößert dadurch, daß die diesjährige wirtschaftliche Krisis in Nordamerika, wie früher die Krachs in Argentinien, Portugal und Griechenland, viele deutsche Kapitalisten veranlaßt hat, große Summen, die in amerikanischen Werten angelegt waren, nach Deutschland zu ziehen und somit das Angebot auf dem Geldmarkte noch zu vermehren. Der Zinsfuß ist daher fortwährend gesunken und steht gegenwärtig so tief wie niemals im letzten Menschenalter. Die Wirkung des russischen Handelsvertrags insbesondere war auf dem Gebiet der Eisenindustrie, die große Hoffnungen auf ihn gesetzt hatte, gering, da in Rußland mit Hilfe ausländischen Kapitals große industrielle Etablissements zur Anfertigung von Eisenwaren gegründet worden sind; ob diese auf die Dauer die deutsche Konkurrenz aus dem Felde schlagen können, steht dahin. In der Textilbranche hat dagegen der Export nach Rußland einen entschiedenen Aufschwung genommen.

Wirtschaftsleben.

Wenden wir uns nun zu Deutschlands Nachbarlande und Bundesgenossen Österreich-Ungarn. In Cisleithanien stand im Vordergrunde des politischen Lebens die Frage der Wahlreform. Das Ministerium Windischgrätz war 1893 berufen, um das Wahlrecht zu reformieren, jedoch sollte nach ausdrücklichem Willen der parlamentarischen Mehrheit die Einführung des allgemeinen Stimmrechts ausgeschlossen sein. Die Verhandlungen der Regierung mit den Mehrheitsparteien zogen sich das ganze Jahr hindurch; mannigfache Vorschläge wurden gemacht, und das Prinzip, den bei dem jetzt geltenden Zensuswahlsystem beschränkten Wählerkreis zu erweitern allgemein angenommen, über konkrete Bestimmungen hat man sich aber noch nicht einigen können. Die Abneigung der Regierung und der Koalition gegen das allgemeine Stimmrecht, zu dessen Gunsten sich viele Volksversammlungen aussprachen, ist geblieben; radikale und antisemitische Abgeordnete, die diese Forde-

Österreich-Ungarn.

Wahlreform.

rung im Parlament vertraten, erfuhren eine entschiedene Zurückweisung. Im übrigen war die Koalitionsregierung auf legislatorischem Gebiete nicht ohne Erfolge: die Valutaregulierung wurde weitergeführt, die Landsturmordnung verbessert, die Reformierung des Justiz- und Steuerwesens in Angriff genommen und zur Besserung der Beamtengehälter der erste Schritt gethan.

Nationalitäten und Parteien.

Das Parteiwesen bietet denselben Anblick wie früher: ein heftiger Kampf zwischen den Nationalitäten in Presse, Parlament und Gemeinde. Nationale Eifersucht rief auch durch die Forderung der Errichtung eines slovenischen Gymnasiums in der deutschen Stadt Cilli (S. 235) den ersten ernstlichen Zwist unter den Koalitionsparteien hervor, der noch nicht beigelegt ist. An ein Nachgeben in dieser Prinzipienfrage scheint man auf deutscher Seite nicht zu denken; wenn auch die Parteiführer vielleicht, um die Koalition nicht zu gefährden, sich das slovenische Gymnasium gefallen lassen würden, so fordert doch die Wählerschaft unbedingt die Ablehnung, in der Überzeugung, daß nur die rücksichtslose Wahrnehmung des eigenen Interesses nach dem Beispiel der Slaven, selbst auf die Gefahr hin, die Regierung zu stürzen und aufs neue eine Oppositionsstellung einnehmen zu müssen, den Deutschen den ihnen gebührenden Einfluß verschaffen kann. Andere Kennzeichen der nationalen Bewegung sind das Zunehmen der antisemitischen deutsch-nationalen Richtung, ferner der Streit um die Gerichtstafeln in Istrien (S. 238) und der Versuch der Polen, ihr Volkstum in Schlesien zu verstärken. Hierbei werden sie in erster Linie den Widerstand der Tschechen zu überwinden haben. Unter diesen selbst hat sich eine neue Partei gebildet: der linke Flügel der Jungtschechen hat sich von der Partei getrennt, um eine selbständige Fraktion mit politisch-radikalen und sozialistischen Prinzipien zu bilden. Auch die Alttschechen beschlossen, wieder an der Politik teilzunehmen, doch bot das verflossene Jahr noch keine Gelegenheit, die Bedeutung dieser Vorgänge zu erkennen.

Ungarn.

Die Geschichte Ungarns im Jahre 1894 wird charakterisiert durch den Kampf um die kirchenpolitischen Reformen, den Kossuthkultus und den Nationalitätenstreit. Der Kampf um die Kirchengesetze war im vorigen Jahre vorbereitet (vgl. 1893 S. 333), dieses

Jahr wurde er auf parlamentarischem Boden ausgefochten. Die Zivilehe, die wichtigste Neuerung, die zuerst zur Abstimmung gelangte, wurde im Unterhause mit großer Majorität angenommen, im Oberhause abgelehnt (10. Mai). Der Konflikt zwischen Regierung und Unterhaus auf der einen, dem Oberhaus auf der andern Seite wurde um so bedenklicher, als das Oberhaus die Anschauungen des Königs zu vertreten behauptete, wofür das ablehnende Votum mehrerer Hofwürdenträger den Beweis zu erbringen schien. Die Situation wurde ferner dadurch verschärft, daß der König durch die überschwenglichen Feierlichkeiten zu Ehren Kossuths anscheinend verletzt und gegen die ungarische Regierung, die nichts für ihre Einschränkung gethan hatte, eingenommen worden war. Es ist daher erklärlich, daß der König dem Minister Wekerle, der mit Hilfe eines Pairsschubs den Willen des Oberhauses brechen wollte, diesen Vertrauensbeweis nicht erteilte, sondern Wekerles hierauf nachgesuchte Demission annahm, und nach seiner unvermeidlichen Wiederberufung wenigstens den Rücktritt der im Kampf gegen das Oberhaus und den angeblich höfischen Einfluß am schärfsten hervorgetretenen Kabinetsmitglieder forderte. Dieser Wunsch wurde nur zum Teil erfüllt, der Hauptgegner des Oberhauses, der Justizminister Szilagyi, behielt sein Portefeuille, da Wekerle ohne ihn das Vertrauen seiner Partei zu verlieren fürchtete. Angesichts der so — notdürftig allerdings — hergestellten Einigkeit zwischen Krone und Regierung gab das Oberhaus nach und nahm die obligatorische Zivilehe an (22. Juni), ebenso einige weitere Reformgesetze, lehnte aber den Entwurf über die freie Religionsausübung und Rezeption der Juden ab (6. 8. Okt.). Die Gefahr einer Ministerkrisis tauchte damit wieder auf, und wiederum wurde sie durch Vorgänge, die sich an den Namen Kossuth knüpften, unvermeidlich. Der Sohn Ludwig Kossuths verlegte seinen Wohnsitz von Turin nach Pest und begann, noch ehe er die Nationalisierung erhalten hatte, eine politische Rundreise durch Ungarn, auf der er zwar nicht wie einst sein Vater die Absetzung der Habsburger, aber die Aufhebung der geltenden Verfassung forderte und für eine reine Personalunion zwischen Österreich und Ungarn eintrat. Taktlosigkeiten und Demonstrationen seiner Anhänger erregten nicht nur in Wien, sondern

auch in Pest Verstimmung; wiewohl die Regierung dem Agitator keine Unterstützung zu teil werden ließ und in der liberalen Partei scharfer Tadel über sein Treiben laut wurde, so scheint doch der Umstand, daß die Regierung es nicht zu verhindern gewußt hat, die Unzufriedenheit des Königs mit dem Ministerium gesteigert zu haben. Er vollzog zwar trotz der Abmahnungen der Klerikalen die Sanktion der im Parlament angenommenen Ehegesetze (10. Dez.), gab aber dem Ministerpräsidenten seine Unzufriedenheit so deutlich zu erkennen, daß dieser seine Entlassung nehmen mußte. In den Verhandlungen, die hierauf zwischen der Krone und den Parteihäuptern begannen, zeigte sich bald, daß die liberale Partei am Ruder bleiben und nur die leitenden Persönlichkeiten durch andere ersetzt werden sollten.

Nationalitäten.

In der Nationalitätenfrage schritt die magyarische Regierung auf der seit mehr als zwanzig Jahren betretenen Bahn fort, der Unterdrückung alles nichtmagyarischen Wesens mit Hilfe der Staatsgewalt. Ein klassisches Beispiel bietet dafür der Memorandumprozeß (S. 210). Der Gegensatz zwischen dem herrschenden Stamm und den übrigen Völkerschaften — denen übrigens in den Grundgesetzen ihre Sprache und Sitte in Schule, Kirche und Gericht feierlich garantiert ist, Bestimmungen, die freilich nie praktisch geworden, sondern durch administrative Verordnungen längst illusorisch gemacht worden sind — hat sich durch die kirchenpolitische Gesetzgebung wenn möglich noch verschärft; die Nationalitäten sehen in der Selbständigkeit ihrer Kirche einen Schutz ihrer nationalen Eigenart und fürchten, daß durch die Steigerung des staatlichen Einflusses auf die Kirchenverwaltung der Magyarisierung Vorschub geleistet werde. (Vgl. Tullius, „Preuß. Jahrbücher" Bd. 79). Sie waren daher die besten Bundesgenossen der Klerikalen im Kampfe gegen die Kirchenpolitik der Regierung. Den Dank empfingen sie dafür auf dem Stuhlweißenburger Katholikentage (S. 240), wo die magyarischen Klerikalen die Achtung der Rechte der Nationalitäten versprachen und sich dadurch den Groll der liberalen und radikalen magyarischen Parteien zuzogen. Ob die neue Regierung den Nationalitäten mehr entgegenkommen wird, ist nicht erkennbar; auf die Dauer scheint es aber unumgänglich notwendig, umsomehr, da

sich auch eine soziale Bewegung in Ungarn geltend zu machen beginnt (S. 209) und die Aufgaben der Regierung zu vermehren und zu erschweren droht.

Auswärtige Politik.

In der auswärtigen Politik ist Österreichs Stellung durch die Zugehörigkeit zum Dreibunde bestimmt und daher im wesentlichen dieselbe geblieben wie früher. In dem Verhältnis zu dem Bundesgenossen Italien haben auch gelegentliche Kundgebungen der Irredenta keine Änderung hervorgerufen. Die Vorgänge in den Balkanstaaten betrachtete der Kaiserstaat nach der Versicherung Graf Kálnokys mit Aufmerksamkeit, doch ohne Unruhe; allein mit Rumänien kam es infolge großrumänischer Kundgebungen zu Auseinandersetzungen. Eine dauernde Entfremdung konnte aber umsoweniger Platz greifen, als Rumänien nach Kálnokys Wort einer der ersten außerhalb des Dreibundes stehenden Staaten war, der dessen friedliche Ziele erkannte und sich ihm näherte. Der Abschluß von Handelsverträgen mit Rußland und Rumänien trug dazu bei, die Beziehungen zu diesen Ländern zu befestigen.

Spanien.

Das innere Leben Spaniens war vorwiegend von wirtschaftlichen Kämpfen in Anspruch genommen. Die Hungersnot in den Südprovinzen nahm unter den niederen Klassen während der Wintermonate eine bedenkliche Ausdehnung an, und Mittel zur dauernden Verhütung der Wiederholung einer solchen Kalamität sind noch nicht beschafft. Das wichtigste Ereignis war der Versuch der Regierung, die Handelsverträge mit Deutschland und anderen Ländern zu erneuern. Dies führte zu heftigen Fehden zwischen den Schutzzöllnern und Freihändlern, die auch innerhalb des Ministeriums ausgefochten wurden. In den hieraus entstehenden Ministerkrisen wußte sich zwar der Ministerpräsident Sagasta durch geschickte Konzessionen an die Konservativen stets im Amte zu erhalten, aber die Dauer seiner Regierung ist damit keineswegs gesichert. Es gelang der Opposition, den Abschluß der Handelsverträge zu hintertreiben; mit Frankreich wurde zwar das provisorische Handelsabkommen erneuert, die Möglichkeit einer Verständigung mit Deutschland scheint dagegen ausgeschlossen. Auch anarchistische Umtriebe und Attentate fehlten nicht, doch führten sie nicht zu so blutigen Exzessen wie 1893.

Streit mit Marokko.

Von Wichtigkeit ist ferner die Beendigung des Konflikts mit Marokko. Die Bedingungen haben wir auf S. 249 mitgeteilt; eine der bedeutendsten, die Abgrenzuug der neutralen Zone um Melilla, ist noch nicht erfüllt, wiewohl die festgesetzte Frist längst verstrichen ist. Die Ursache dieser Verzögerung ist der Tod des Sultans Muley Hassan von Marokko und die infolge dessen in Marokko herrschende allgemeine Unsicherheit.

England. Ministerwechsel.

Wie für Deutschland so hat das verflossene Jahr auch für England einen Wechsel in der Person des leitenden Staatsmannes gebracht: der greise Gladstone legte aus Gesundheitsrücksichten sein Amt als Premierminister nieder, und sein Nachfolger wurde Lord Rosebery, der bisherige Minister des Auswärtigen. Von ihm, dem Peer, erwartete man nach innen eine weniger radikale und nach außen eine dreibundfreundlichere Politik als von Gladstone, aber beides ging nicht in Erfüllung: er setzte den von Gladstone begonnenen Kampf gegen das Oberhaus fort und suchte ernstlich ein näheres Verhältnis zu Rußland und Frankreich.

Reform des Oberhauses.

Die durch die Ablehnung der Homerulebill im Oberhause geschaffene Differenz zwischen beiden Häusern des Parlaments wurde verschärft durch die Abänderung des Haftpflichtgesetzes, das die Regierung infolge dessen zurückzog, durch die Amendierung des Kirchspielratsgesetzes und durch die Verwerfung der irischen Pächterbill. Ein Nachgeben des Oberhauses war bei der geringen Majorität der Regierung im Unterhause nicht zu erwarten, und so gab Rosebery die Losung aus, Reform des Oberhauses, ein Thema, das er seitdem in mehreren öffentlichen Reden behandelt hat (S. 255, 258). Nicht abgeschafft soll die Lordskammer werden, sondern nur so umgestaltet, daß das Haus der Gemeinen den ausschlaggebenden Faktor in der Gesetzgebung bildet. Wie diese Verfassungsänderung durchzuführen ist, darüber hat er sich noch nicht bestimmt geäußert, und bis zum Schluß des Jahres scheint er bei der Masse der Wählerschaft nur wenig Anklang mit dieser Idee gefunden zu haben.

Kirchspielratsbill.

Einer gründlichen Umgestaltung ist die ländliche Gemeindeverwaltung unterzogen worden. Bisher war sie in der Hauptsache vom Großgrundbesitzer und Geistlichen ausgeübt worden. Die Kirchspielratsbill verleiht nun den Gemeinden mit mehr als 300 Ein-

wohnern das Recht, eine Gemeindevertretung nach weitgehendem demokratischen Wahlrecht zu wählen, der die Hauptzweige der Lokalverwaltung, Kirchen- und Schulangelegenheiten, Verwaltung der Gemeindesteuern, Armenwesen, Altersversorgung, Lokalpolizei übertragen werden sollen. Bei den Orten unter 300 Einwohnern entscheidet der Grafschaftsrat auf deren Ansuchen, ob eine Gemeindevertretung gewählt werden soll oder nicht; falls keine Wahl stattfinden soll, erledigt die alljährlich zusammentretende Wählerversammlung selbst die kommunalen Angelegenheiten. Stimmrecht besitzen auch die selbständigen Frauen.

Arbeiterpartei.

Diese Neuerung bedeutet ohne Zweifel einen starken Fortschritt in der Demokratisierung der englischen Verfassung, und dieselbe Tendenz der Entwickelung in radikaler Richtung zeigen auch die Arbeiterverbände. Wenn sich auf dem Berliner internationalen Kongreß der Bergarbeiter (S. 120) die englischen Sozialisten durch ihre Mäßigung noch vor ihren kontinentalen Parteigenossen auszeichneten, so gewann im Laufe des Jahres die radikale Strömung mehr und mehr die Oberhand, wie die Beschlüsse vom 3. September beweisen. In einem großen Ausstande der Bergarbeiter Schottlands erlitten die Sozialisten zwar eine Niederlage, errangen aber dafür in den Wahlen zur städtischen Gemeindevertretung in England und Wales Erfolge. Die Versammlungen der Arbeitslosen in London zu Anfang des Jahres endlich zeigen, daß der Regierung die Lösung einer großen sozialpolitischen Aufgabe bevorsteht. Hervorragende Parteiführer haben bereits Stellung dazu genommen (S. 254, 258).

Egypten

In Egypten machte zu Beginn des Jahres der Khedive einen schwachen Versuch, sich von England zu emanzipieren; auf einer Revue tadelte er die von englischen Offizieren befehligten Truppen auf das heftigste, mußte jedoch auf die kategorische Forderung Englands den Beleidigten Genugthuung gewähren und in die Versetzung des antienglisch gesinnten Unterstaatssekretärs im Kriegsministerium willigen. Der Ministerwechsel im April schädigte den englischen Einfluß nicht, da insbesondere der neue Kriegsminister ein entschiedener Anhänger Englands ist und auch der Premier Nubar Pascha, der nicht immer vom Verdachte englandfeindlicher

Gesinnung frei war, für das britische Interesse gewonnen zu sein scheint. Einige spätere Veränderungen im Personal der Verwaltung steigerten die Abhängigkeit des Khediven von England.

Vertrag mit dem Kongo-staate.

Über die auswärtige Politik ist das wesentliche schon oben mitgeteilt worden, wir wollen nur noch mit den Worten der „Köln. Ztg." den Vertrag mit dem Kongostaate und die sich daran schließenden Verhandlungen charakterisieren, deren Resultat eine Niederlage Englands war. „Durch einen am 12. Mai in Brüssel mit der Regierung des Kongostaates abgeschlossenen Vertrag ward das Einflußgebiet des Unabhängigen Staates im Norden von Deutsch-Ostafrika durch eine Linie begrenzt, die dem 30. Grad ö. L. bis zur Wasserscheide des Nil und des Kongo folgt und alsdann nach Nord-Westen hin diese Wasserscheide einhält. Jedoch überließ Großbritannien über diese Linie hinaus dem Kongostaat „pachtweise" und für die Dauer der Regierung Leopolds II. das Gebiet des Bahr-el-Ghasal bis zum Nil und bis zum Albertsee; nach dem Tode des Königs soll die Abgrenzung des also in Pacht gegebenen Gebietes geändert werden. Als Gegenleistung räumte der Kongostaat unter ähnlichen Bedingungen Großbritannien einen 25 km breiten Landstreifen vom Tanganjikasee bis zum Albertsee ein, mit der Ermächtigung, eine Telegraphenlinie zur Verbindung Südafrikas mit dem Nil darüber zu führen. Gegen diese Bestimmung des Vertrages erhob Deutschland Einspruch auf Grund des 1884 mit dem Kongostaat abgeschlossenen Anerkennungsvertrags, wonach die Zustimmung Deutschlands zu einer Grenzveränderung nach dieser Seite erforderlich ist. Deutschland konnte und mochte nach den bisherigen Erfahrungen, welche die Engländer als hinterlistige und mißgünstige Nachbarn kennzeichnen, seine Zustimmung nicht erteilen, und ihnen die Herstellung der Gebietsverbindung vom Cap nach dem Nil zu ermöglichen, wäre auch gegen sein Interesse. Vor dem Einspruch Deutschlands fiel diese Bestimmung des Vertrages sofort, und in England erhielt die Regierung von befreundeter wie von feindlicher Seite Vorwürfe wegen der Unterlassungssünde, die deutsche Reichsregierung nicht über ihre Ansicht vorher befragt zu haben. Auch von Frankreich kam Widerspruch, mit parlamentarischem und Zeitungslärm gepaart: der Kongostaat mußte sich dazu bequemen,

in dem Vertrag, worin er Frankreich das Gebiet nördlich vom Ubangi und vom M'Bomu unbilligerweise abzutreten gezwungen ward, auf die Besetzung des Bahr-el-Ghasal zu verzichten und sie auf ein kleines Gebiet südlich davon, am Nil, zu beschränken. Also hatte Frankreich angeblich die Rechte des Sultans und des Khedivs gewahrt; das Ministerium in Downing Street aber hatte das Nachsehen."

Bei einem Rückblicke auf die innere Geschichte Frankreichs fällt das Auge zunächst auf die anarchistischen Verbrechen, deren tiefere Ursachen im vorigen Jahrgange dargelegt worden sind. Nachdem sich in Paris die Attentate in den ersten Monaten Schlag auf Schlag gefolgt waren, erreichte der anarchistische Schrecken seinen Höhepunkt mit der Ermordung des Präsidenten der Republik in Lyon (24. Juni). So laut sich die Entrüstung über die Unthat kundgab, so pomphaft die Trauerfeier auch war, so hatte doch das Ereignis irgend welche politischen Folgen von Belang nicht. Der Posten des Präsidenten der französischen Republik ist so machtlos, daß es für Frankreich und die internationale Politik recht gleichgültig ist, ob der Präsident Carnot oder Casimir Périer heißt, und daß selbst ein Personenwechsel unter so anormalen Umständen eine Krisis von geringer Bedeutung ist. Die von französischen Politikern und Zeitungen zur Schau getragene Genugthuung über die schnelle Ordnung der Nachfolge, die das Entstehen neuer politischen Krisen verhindert habe, war daher recht unberechtigt und zum guten Teil wohl aus nationaler Eitelkeit zu erklären. Die französische Verfassung müßte auf schwachen Füßen stehen, wenn sie durch einen Präsidentenwechsel erschüttert werden sollte. In jedem anderen Lande Europas würde der unvorhergesehene Tod des Oberhauptes eine größere Lücke zurücklassen als in Frankreich.

Frankreich.

Tod Carnots

Ganz ohne Wirkung blieb indessen Caserios That nicht. Wozu die Attentate des Winters die erste Anregung gegeben hatten, das wurde jetzt unter dem Eindruck des Schreckens und Abscheues ausgeführt: die Schaffung eines Anarchistengesetzes. (S. 269). Da aber seit dem Sommer die anarchistischen Ausschreitungen sich nicht wiederholten, so hat das Gesetz noch keine größere praktische Bedeutung erlangt.

Anarchistengesetz.

Im übrigen bietet das innere Frankreich wenig von Interesse; die Kammersession war im ganzen unfruchtbar, da fortwährende Interpellationen eine ersprießliche Thätigkeit verhinderten. Dieser Interpellationswut fiel auch das Ministerium Casimir Périer zum Opfer (S. 265). Es wurden nur wenige Gesetze von Wichtigkeit geschaffen, so die Versicherung der Bergarbeiter und die Anbahnung einer Steuerreform, die den ersten Schritt zu einer sozialpolitischen Gesetzgebung bedeuten.

Dreyfus.

Sogenannte „sensationelle Fälle“, an denen die französische Geschichte der letzten Jahre so reich ist, fehlten auch im Jahre 1894 nicht: die Enthüllungen des „Figaro“ über Interna in der französischen Gesandtschaft am dänischen Hofe stellten dem politischen Taktgefühl eines Teiles der französischen Diplomatenwelt ein wenig günstiges Zeugnis aus, viel größere politische Bedeutung hatte aber die Verhaftung des Hauptmanns Dreyfus. (S. 271). Sie gab den chauvinistischen Tendenzen Gelegenheit, ihr Haupt ebenso kühn wie zur Glanzzeit der Deroulédeschen Patriotenliga zu erheben und heftige Anklagen gegen die Vertreter der fremden Mächte in Paris zu richten, die sogar zu einer Erörterung zwischen der deutschen Botschaft und dem französischen Minister des Auswärtigen führten. Endlich nahm gegen Schluß des Jahres die Anklage wegen Erpressung gegen hervorragende Journalisten das Interesse des französischen Publikums in Anspruch, doch ist diese Angelegenheit noch zu wenig geklärt, um ihre Bedeutung genügend erkennen zu können.

Kolonialpolitik.

Wie im Vorjahre Asien so war 1894 Afrika der Schauplatz einer energischen und erfolgreichen französischen Expansionspolitik. Auf einer Strafexpedition gegen die Tuaregs besetzte Oberst Bonnier Timbuktu und trotz seiner bald darauf erfolgten Niedermetzelung war Frankreich entschlossen, den neu erworbenen Besitz festzuhalten. Wie es scheint ist es das Ziel der französischen Regierung ein großes nordwestafrikanisches Kolonialreich, das sich von Algier und Tunis bis zum Senegalgebiet erstrecken soll, zu begründen. (Vgl. Anton, Deutsches Wochenblatt 1894, Nr. 24). Wie entschieden ferner Frankreich seine Rechte gegen England und den Kongostaat vertrat, haben wir bereits gesehen, und gegen Schluß des Jahres traf es Anstalten, Madagaskar, das sich dem seit 1885 anerkannten Protektorate

Frankreichs zu entziehen und die Engländer zu begünstigen begann, unter strengere Abhängigkeit von Frankreich zu bringen.

Italien. Kein Land Europas ist im vergangenen Jahre von solchen Erschütterungen heimgesucht worden wie Italien. Der gegen Ende des Jahres 1893 auf Sizilien ausgebrochene Aufstand nahm um die Jahreswende größere Dimensionen an, und zu gleicher Zeit brachen an verschiedenen Orten des Festlandes gefährliche von anarchistischen Umtrieben nicht freie Tumulte aus, so daß der Belagerungszustand wie über Sizilien, so auch über Carrara, den Hauptherd der revolutionären Agitation auf der Halbinsel verhängt werden mußte. Die Ursache der sizilischen Unruhen liegt in den agrarischen Verhältnissen der Insel. Der größte Teil des Landes, namentlich im Westen, besteht aus Großgrundbesitz, der keineswegs vom Besitzer selbst bewirtschaftet sondern an einen oder mehrere Unternehmer verpachtet wird, die dann ihren Anteil wiederum zerschlagen und an zahlreiche kleine Afterpächter auf kurze Zeit übertragen. Diese kleinen Afterpächter haben also mit ihrer Arbeit den Lebensunterhalt der Besitzer und der Unternehmer zu bestreiten. Ihre Lage ist überall eine äußerst gedrückte; sie sind völlig in der Hand des Unternehmers, von dem es abhängt, ihnen nach Ablauf der kurzen Pachtzeit eine neue Parzelle zu bewilligen oder nicht: er wuchert sie durch Vorschüsse aus und verlangt bei Erhöhung der Getreidepreise einen erhöhten Pachtzins, ohne beim Sinken die Pacht zu ermäßigen. Daß die Bildung der Landbevölkerung auf niedrigster Stufe steht, ist unter diesen Umständen selbstverständlich. Endlich gibt die Lokalverwaltung der Landstädte, die durchweg in den Händen der Unternehmer und ihres Anhanges ist, weitere Gelegenheit zur Ausbeutung der Bauern: ihnen werden die Hauptkosten der Munizipalverwaltung aufgebürdet, ohne daß diese aber für bäuerliche Bedürfnisse, wie die Anlage von Schulen, Wasserleitungen, Wohlfahrtseinrichtungen sorgte. Sie steht vielmehr ausschließlich im Dienste der durch die Unternehmer repräsentierten höheren Stände. (Vgl. Hartwig, Siciliana, „Nation“ 1894, 15, 16). Unter diesen Umständen ist der Haß der untersten sozialen Schichten gegen ihre Bedränger erklärlich, und ebenso einleuchtend ist, daß sozialistische Ideen bei ihnen Eingang fanden. Hier und da richtete

Sizilien.

sich der Unwille ausschließlich gegen die unmittelbaren Bedrücker, die Pächter, Advokaten, Munizipalbeamten u. dgl., aber nicht gegen die staatlichen Einrichtungen; die Truppen wurden sogar mit Hochrufen auf den König empfangen, ein Beweis, daß die Aufrührer von ihm eine Beseitigung der lokalen Mißstände erwarteten. Es ist daher auch nicht unwahrscheinlich, daß die Arbeiterbünde (fasci), wiewohl sie von sozialistischen Agitatoren gegründet sind, doch nicht alle sozialistische Tendenzen vertreten, sondern nur Besserung ihrer materiellen Lage erstreben.

Den Aufstand schlug Crispi mit großer Energie nieder, aber von einer dauernden Beruhigung der Insel kann nicht die Rede sein, solange die agrarischen Übelstände nicht abgeschafft sind. Hierzu ist noch kein Anfang gemacht, es wurde wohl ein Gesetzentwurf vorbereitet, kam aber im Parlament noch nicht zur Erledigung.

Finanzreform.

Das wichtigste Werk, das außer der Ordnung der sizilischen Verhältnisse dem Ministerium Crispi oblag, war die Regelung der Finanzen. Mit rücksichtsloser Offenheit legte der Finanzminister Sonnino dar, daß ein Defizit von 177 Mill. Lire existiere, und er hatte den Mut trotz der schlechten Geschäftslage von der Kammer 100 Mill. neuer Steuern zu fordern, während er zugleich eine Steuerreform und größere Sparsamkeit in der Verwaltung, zu deren Durchführung das Ministerium eine außerordentliche Vollmacht begehrte, verhieß. Das Kabinet fand in der Kammer wenig Verständnis; nach langen Verhandlungen, die bis zu einer Krisis und einer unwesentlichen Personalveränderung im Kabinet führten, wurde es gezwungen, die neu geforderten Steuern auf ungefähr die Hälfte zu ermäßigen und auf den Hauptinhalt der Steuerreform, vor allem auf die die besitzenden Klassen treffenden Steuern, vorläufig zu verzichten. (S. 278). Als das Parlament nach viermonatlicher Pause wieder zusammentrat, wurde ein neues Budget vorgelegt; das Defizit betrug jetzt nur noch 99 Mill. Lire und sollte im folgenden Jahre auf 80 Mill. sinken 1896/7 aber ganz verschwinden. Die Steuererhöhung war bereits auf 27 Mill. reduziert, den Rest gedachte man durch Ersparnisse zu decken. (S. 281). Noch ehe die Kammer ihr Votum darüber abgeben konnte, wurde sie aus Anlaß der Bank- und Prozeßskandale, deren Beratung sie

mehrere Sitzungen gewidmet hatte, (S. 280, 81), vertagt. Mag der Grund hierzu sein, daß Crispi, wie seine Gegner behaupten, sich durch Giolittis Papiere bedroht fühlte und eine Diskussion in der Kammer vermeiden wollte, oder mag er, was wahrscheinlicher ist, der Überzeugung gewesen sein, daß die Kammer vor lauter persönlichen Skandalen nicht zur Erledigung der dringendsten Geschäfte kommen werde: das letzte Wort über die Finanzreform wurde wieder nicht gesprochen und die Neuwahlen, zu denen Crispi entschlossen scheint, werden nicht nur hierüber, sondern auch über die Zukunft Siziliens, vielleicht gar über die auswärtige Politik Italiens zu entscheiden haben.

Anarchismus.

Wie Frankreich ist auch Italien von anarchistischen Verbrechen heimgesucht worden. Dem Bombenanschlage vor der Kammer folgte der Mordanfall auf Crispi und die Ermordung Bondis. Die Folge war der Erlaß eines Anarchistengesetzes und die Auflösung der sozialistischen Vereine. Das Vertrauen auf die Thatkraft Crispis wurde hierdurch in weiten Kreisen gestärkt.

Verhältnis zum Papst.

Über das Verhältnis der italienischen Regierung zur Kurie läßt sich kein bestimmtes Urteil abgeben, doch wird vielfach angenommen, daß eine Annäherung stattgefunden hat. Die Erteilung des Exequatur an mehrere Bischöfe, denen es noch vorenthalten war, die versöhnliche Rede Crispis im Senat, seine Aufforderung im Namen der Religion der umstürzlerischen Bewegung entgegenzutreten, die Ernennung eines päpstlichen Präfekten von Erythräa scheinen zu beweisen, daß die Spannung nachgelassen hat und man auf beiden Seiten mit der Möglichkeit rechnet, einander gelegentlich zu bedürfen.

Die Kurie.

Der Charakter der päpstlichen Politik von 1894 wird bestimmt durch die Tendenz, eine Annäherung der orientalischen Kirchen an die römische herbeizuführen. Das große Sendschreiben vom 20. Juni ruft die Slaven, Griechen und Orientalen zur Vereinigung mit Rom auf, und die im November in Rom abgehaltenen Konferenzen beweisen, wie ernst es Leo XIII. mit diesem Appell war. Ganz aussichtslos ist der Versuch nicht; nach Harnack sind in der griechischen Kirche manche Kräfte vorhanden, die einem Anschluß an die römische Kirche nicht ungünstig sind: die Existenz zahlreicher

unierter Kirchen im Orient, die zunehmende nationale Selbständigkeit der Kirchen in den Balkanstaaten, wodurch der orthodoxe Patriarch von Konstantinopel mehr und mehr an Ansehen einbüßt, die Abneigung der Balkanvölker gegen Rußland und seine Kirche, ihre Empfänglichkeit für die abendländische Kultur, endlich die zahlreichen Sekten und Richtungen in Rußland selbst, die mit der geltenden orthodoxen Kirche unzufrieden sind. Ein Zeichen der Annäherung an die orientalischen Kirchen ist auch die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit Rußland, wodurch zugleich die Stellung der Kurie auf der Seite Rußlands und Frankreichs befestigt wird.

Belgien. Für Belgien wird das Jahr 1894 durch den Abschluß der Wahlreform und die Neuwahlen nach dem neuen Modus bezeichnet. Im Vorjahre war bereits über das Stimmrecht beschlossen, nur die Frage der Proportionalvertretung harrte noch ihrer Erledigung. In der Beratung über dieses Problem kam der Ministerpräsident Beernaert zu Fall (S. 288); sein Nachfolger de Burlet erklärte es für unmöglich, bis zum Juni, in welchem Monat das Mandat der Kammer ablief, einen Gesetzentwurf zu stande zu bringen, und die Deputierten stimmten ihm zu. Das neue Ministerium kündigte zugleich eine Erhöhung der Getreidezölle an und hätte sie gern noch in der alten Kammer durchgesetzt, aber sein Versuch, die Kammer zu diesem Zwecke über die verfassungsmäßige Tagungsfrist hinaus zusammenzuhalten, scheiterte an dem Widerstande der Linken und einiger Klerikalen, die für diesen Fall die Teilnahme an den Sitzungen verweigerten.

Neuwahlen. In der Wahlagitation trat eine klaffende Uneinigkeit innerhalb der liberalen Partei zutage; die Fortschrittler suchten Anschluß an die Sozialisten, die Gemäßigten unter Führung Frère-Orbans lehnten ein Kompromiß mit dieser Partei unbedingt ab; die Sozialdemokraten ihrerseits hätten wohl einem Bunde mit den Fortschrittlern zugestimmt, verwarfen aber das Zusammengehen mit den Gemäßigten. Schließlich kam ein Bündnis zwischen den beiden liberalen Parteien zu stande, eine Allianz zwischen Progressisten und Sozialdemokraten nur in wenigen Wahlkreisen. Die Klerikalen waren zwar ebenfalls vielfach gespalten, aber am Wahltage hielten

sie fest zusammen und errangen, vornehmlich gestützt auf den vlämischen Volksstamm, einen großen Wahlsieg, der ihnen eine stärkere Majorität als früher in Kammer und Senat sicherte. Die Kosten trugen die Liberalen, die vor allem die industriellen Bezirke an die Sozialdemokraten verloren und als die schwächste Partei in die Kammer zurückkehrten. Die Wahl von fast 30 Sozialisten, die sich in der Kammer sogleich durch energische Demonstrationen bemerkbar machten, hatte die Ankündigung sozialpolitischer Reformen durch die Regierung zur Folge, positives ist jedoch noch nicht geschaffen. Diese Angelegenheit wie die Frage der Heeresverstärkung wird ein wichtiges Moment in der Gesetzgebung der nächsten Jahre bilden.

Niederlande.

Auch im Nachbarlande Belgiens, im Königreiche der Niederlande, stand im Jahre 1894 die Neuordnung des Wahlsystems auf der Tagesordnung. An Stelle des auf plutokratischer Grundlage ruhenden Wahlrechts beantragte das Ministerium Tak die Einführung des allgemeinen Stimmrechts; nur wer aus öffentlichen Kassen Unterstützung erhielt oder mit den Steuern im Rückstande war, sollte ausgeschlossen sein. Der Beschluß der Kammer am 9. März, das Wahlrecht von einem Zensus abhängig zu machen, bewog den Minister die Vorlage zurückzuziehen und die Kammer aufzulösen. Bei den Neuwahlen unterlagen die Anhänger Taks einer Koalition aus den bisherigen Gegnern, Liberalen und Klerikalen, die die Furcht vor dem allgemeinen Stimmrechte zusammengeführt hatte. Das Ministerium trat daher zurück, und die Wahlreform wurde verschoben.

Innerhalb der Arbeiterschaft Hollands kam es zu wiederholten Straßendemonstrationen und Ausständen, die aber von nachhaltiger Bedeutung nicht waren; wichtiger ist, daß sich in der Arbeiterpartei mehr und mehr ein Gegensatz zwischen den Gemäßigten, die nach Art der deutschen Sozialdemokratie eine Besserung der materiellen Lage der Arbeiter auch mit Hilfe des Parlamentarismus und der übrigen staatlichen Institutionen erstreben, und dem radikalen, anarchistischen Ideen zuneigenden, Flügel geltend macht. Deren Organisation, der „sozialdemokratische Bund", ist am Ende des Jahres vom obersten Gerichtshof aufgelöst worden; die Zukunft

muß lehren, welchen Einfluß diese Maßregel und die Verweigerung des allgemeinen Wahlrechts auf die Entwickelung der sozialistischen Partei ausübt.

Lombok. Viel Aufmerksamkeit erforderten die Vorgänge in den holländischen Kolonien. Die Bedrückung der Sassaks durch die kriegerischen Balinesen und die Unbotmäßigkeit ihres Rajah machten eine Expedition nach der Insel Lombok erforderlich (Juni). Der Rajah unterwarf sich zum Schein; er begann sogleich mit der Abtragung der ihm auferlegten Kriegsentschädigung, überfiel aber die Niederländer plötzlich bei Mataram und Tjakranegara und fügte ihnen schwere Verluste zu. (25. Aug.). Erst einer neuen Expedition, die mit anerkennenswerter Energie sogleich ausgeführt wurde, gelang die definitive Überwältigung und Gefangennahme des Fürsten. (November).

Dänemark. In Dänemark hat das Jahr 1894 die Beendigung des Verfassungskonflikts gebracht, der seit neun Jahren das ordnungsmäßige Zustandekommen des Budgets verhindert hatte. Seit 1885 hatte die der Linken angehörende Majorität des Folkething die Bewilligung der zur Befestigung von Kopenhagen notwendigen Gelder verweigert, die Regierung hatte den Festungsbau im Einverständnis mit dem Landsthing trotzdem weitergeführt. Da in diesem Jahre der Bau vollendet wurde, fiel der eigentliche Streitpunkt weg und es bot sich die Möglichkeit eines Ausgleichs, der schon 1893 vergeblich versucht worden war. Die Linke war bereit Indemnität für die finanziellen Maßregeln der Konfliktsjahre zu gewähren, forderte aber dafür den Rücktritt des verhaßten Ministerpräsidenten Estrup, eine Bedingung, die die Rechte zurückwies. Als aber die Rechte hierauf in die Forderung der Linken auf Herabsetzung des Heeresetats willigte, ging ein Teil der Linken dennoch auf den Ausgleich ein, so daß eine Majorität im Folkething für das Budget geschaffen wurde. Estrup erklärte sich nach der Einigung zum Rücktritte bereit und nahm auch wenige Monate darauf seine Entlassung.

Schweden und Norwegen. Weniger friedlich war das innere Leben auf der skandinavischen Halbinsel. Die radikale Mehrheit des norwegischen Storthings setzte ihren Kampf gegen die Gemeinsamkeit der diplomatischen Vertretung und des Konsulatswesens (vgl. 1893) fort und bewilligte

das Konsulatsbudget nur unter der Bedingung, daß Norwegen vom 1. Januar 1895 sein eigenes Konsulatswesen haben und daß der Gesandtschaftsposten in Wien aufgehoben werden solle. Wie ähnliche Beschlüsse früherer Jahre annullierte der König auch diesen Beschluß, und die Kosten für die Konsulate mußten aus anderen Mitteln gedeckt werden. Große Hoffnungen setzten die Radikalen auf die Storthingswahlen; sie hofften hier die Zweidrittelmajorität in der Kammer zu gewinnen, so daß es möglich wurde, das konservative Ministerium vor das Reichsgericht zu stellen. Aber trotz aller Anstrengungen schlug die Erwartung fehl; sie behielten zwar die Mehrheit, verloren aber mehrere Sitze, so daß in der neuen Kammer nur 59 Radikale 55 Konservativen und Gemäßigten gegenüberstehen. Angesichts dieser geringen gegnerischen Majorität blieb das Ministerium Stang noch im Amte.

In Schweden war das wichtigste legislatorische Werk die Fixierung der Zahl der Abgeordneten in der ersten Kammer auf 150, in der zweiten auf 250, womit die Möglichkeit, daß die städtischen Abgeordneten bei zunehmender Bevölkerung ein entschiedenes Übergewicht über die ländliche bekommen könnten, abgeschnitten ist. Ereignisse von weiterem Interesse waren ferner die Eröffnung der Nordbahn und die Feier des Geburtstags Gustav Adolfs, daneben mag noch die Agitation der Schutzzöllner auf Erhöhung der Getreidezölle erwähnt sein.

Rußland.

In Rußland gab der Thronwechsel zu mancherlei Hoffnungen — oder Befürchtungen — auf ein liberaleres und westlichen Einflüssen zugänglicheres Regiment Anlaß, Erwartungen, die nicht ohne Grund waren, wenn man weiß, daß in den letzten 100 Jahren ein Thronwechsel stets einen Umschwung des politischen Systems hervorgebracht hat. Vorläufig ist aber davon noch nichts zu bemerken; Pobedonoszew scheint nach wie vor die kaiserliche Gunst zu besitzen und die deutliche Erklärung des Zaren im Januar 1895, das autokratische Regiment beibehalten zu wollen, spricht auch nicht für jene Vermutungen. Das letzte Jahr Alexanders des III. war in der innern Politik kaum von den früheren verschieden: die Verfolgung der Sekten und nichtrussischen Nationalitäten nahm ihren Fortgang und dehnte sich auch auf das eine gewisse Selbständigkeit genießende

Großfürstentum Finnland aus, dessen Landtag es zwar nicht an lauten Protesten fehlen ließ, sich aber selbst durch innere Spaltungen schwächte. Die russische Finanzlage und der Kredit hat sich entschieden gebessert, wie der Erfolg einer Anleihe, die Rußland gegen Ende des Jahres auf den Markt brachte, beweist.

Balkanstaaten. Serbien. Auf der Balkanhalbinsel ziehen vor allem die Veränderungen in Serbien und Bulgarien die Blicke auf sich. Die schwersten Erschütterungen hat Serbien durchgemacht. Die Rückkehr König Milans, den König Alexander, wie er sagte, zurückgerufen hat, um in der verwirrten Situation einen zuverlässigen Ratgeber an seiner Seite zu haben, vollendete den Bruch des Königs mit den Radikalen und führte die Berufung eines neutralen Ministeriums herbei unter dem Vorsitz von Simitsch, dem bisherigen Gesandten in Wien. Die Folge war die heftigste Opposition der Radikalen; sie schonten auch den König nicht und richteten namentlich gegen Milan die gehässigsten Angriffe. Simitsch war der Opposition nicht gewachsen und trat das Ministerpräsidium an den Minister des Innern Nikolajewitsch ab. Dieser nahm den Kampf gegen die Radikalen, die viele antidynastische Elemente in ihren Reihen zählen, mit großer Energie auf. Um den Angriffen auf Milan, die das Ansehen der Krone schwer schädigen mußten, zu steuern, erließ der König einen Ukas, der seinem Vater die Rechte eines Mitgliedes der königlichen Familie zurückgab, und als der oberste Gerichtshof den Ukas für ungültig erklärte, hob der König die von seinem Vater 1888 auf demokratischer Basis verliehene Verfassung auf und setzte die alte von 1869 wieder in Kraft. (21. Mai). Innere Zwistigkeiten, wie es scheint, bewogen auch Nikolajewitsch zum Rücktritt, und nun ging der Vorsitz im Ministerrate an den Liberalen Christitsch über, von dessen Energie man die endgültige Bändigung der Radikalen erhoffte. In der That hat im Laufe der letzten Monate eine Annäherung der Radikalen an die Regierung stattgefunden. Ohne Zweifel besitzen die Radikalen in der weit überwiegenden bäuerlichen Bevölkerung die Majorität; wenn es trotzdem der Regierung, die sich nicht einmal immer auf die gemäßigten Parteien der Liberalen und Fortschrittler verlassen konnte, gelang, die Suspension der Verfassung durchzusetzen und die Ordnung im

ganzen aufrecht zu erhalten, so liegt der Grund offenbar darin, daß sie des Heeres und eines großen Teiles der Beamten unbedingt sicher ist. Wenn wir einem Beobachter an Ort und Stelle trauen dürfen, so hat sich die finanzielle Lage Serbiens seit der Entlassung des radikalen Kabinets bedeutend gebessert; die Steuern, die im vergangenen Jahre lässig eingingen, wurden rücksichtslos eingetrieben, und seit langer Zeit konnten die Gehälter der Offiziere und Beamten wieder regelmäßig bezahlt werden. (Vgl. Pfeiffer, Deutsches Wochenblatt 1894, 21.) Hiernach wird das Festhalten der Armee und der Beamtenschaft an der Krone erklärlich.

Bulgarien.

Auch Bulgarien erlebte einen Personenwechsel in der Regierung von weittragender Bedeutung: der Schöpfer seiner Selbständigkeit und langjährige Leiter seiner Politik, Stambulow, wurde entlassen. Der gewaltige Mann hatte durch sein strenges und parteiisches Regiment im innern eine erbitterte Opposition gegen sein System geschaffen, und auch mit dem Fürsten nicht in Übereinstimmung zu bleiben gewußt, so daß dieser vor der Alternative stand, entweder seinen Minister zu entlassen oder sich ihm in allen Stücken unterzuordnen. Nach dem Abschied Stambulows wurde ein Kabinet aus der gemäßigten Opposition gebildet, das in der politischen Kardinalfrage, dem Verhältnis zu Rußland nicht wesentlich verschieden von seinem Vorgänger sein wollte: es sprach sich zwar für die Herbeiführung einer Verständigung mit dem Zarenreiche aus, wies aber jede Beschränkung der bulgarischen Selbständigkeit, namentlich in militärischer Beziehung, oder gar die Aufopferung der koburgischen Dynastie als Preis einer Versöhnung weit ab. Die Neuwahlen der Sobranje haben im allgemeinen dieser Richtung Recht gegeben; wie weit indessen das Ministerium auf der Bahn der Versöhnungspolitik fortschreiten wird, nachdem es die entschiedensten Parteigänger Rußlands und die langjährigen Gegner des Fürsten Ferdinand, Karawelow und Zankow, aus der Verbannung zurückgerufen hat, läßt sich noch gar nicht erkennen. Zu großen Bedenken hatte die Thätigkeit Stambulows auf wirtschaftlichem Gebiete Anlaß gegeben, und hier sucht die neue Regierung entschieden Abhilfe zu schaffen. Vor allem suchte sie der tief darniederliegenden Industrie aufzuhelfen durch Erhöhung der Eingangszölle,

23*

doch sind die Verhandlungen darüber noch nicht abgeschlossen. Über die Zukunft der bulgarischen Industrie sind freilich sehr pessimistische Urteile gefällt worden; so führt Boris Minzes aus (Sozialpolit. Zentralblatt 1894), daß die fast nur aus kleinen Gewerbetreibenden bestehenden bulgarischen Industriellen der ausländischen Konkurrenz nicht standhalten können und in jüngster Zeit in eine noch schlimmere Lage geraten sind, da man angefangen hat, in Bulgarien selbst größere Betriebe zu gründen.

Türkei. Viel Aufregung in das europäische Publikum brachte die Pforte am Schluß des Jahres. Es wurde im Herbst bekannt, daß in armenischen Bezirken harte Kämpfe zwischen christlichen Armeniern und muselmännischen Kurden ausgefochten wurden, in denen die türkischen Behörden für die Kurden Partei ergriffen und die Armenier mit blutigster Strenge niedergeworfen haben sollten. Wie wir einem Bericht der „Köln. Ztg." entnehmen, erhielt hiervon der englische Botschafter in Konstantinopel, Sir Currie, zuerst Nachricht und forderte von der Pforte Aufklärung über diese Vorgänge. Da er keine befriedigende Auskunft erhielt, drohte er den englischen Militärbevollmächtigten in Konstantinopel nach dem Schauplatze jener Greuelthaten zur Untersuchung abzusenden. Die Pforte versprach infolge dessen durch eine Kommission von unparteiischen Beamten die Frage untersuchen und feststellen zu lassen, wen die Schuld an den Unruhen träfe und ob die den türkischen Truppen zugeschriebenen Grausamkeiten auf Wahrheit beruhten. (Nov.). Der englische Botschafter war anfangs damit einverstanden, aber aus einigen Äußerungen der türkischen Regierung schöpfte er den Verdacht, daß die Untersuchung parteiisch zum Nachteil der Armenier geführt werden würde, und deshalb verlangte er, daß der englische Konsul in Erzerum die Untersuchung führen solle. Um das zu vermeiden, schlug die türkische Regierung vor, dem Konsul der Vereinigten Staaten die Sache zu übertragen. Der Botschafter stimmte zu, obwohl er zu dem Amerikaner, der zu der türkischen Regierung in vertraulichen Beziehungen stand und der Angelegenheit kein Interesse entgegenbrachte, kein großes Zutrauen hegte. Die Absendung des Amerikaners unterblieb aber, da sie Cleveland, dem der Konsul die armenischen Vorgänge als ziemlich harmlos

hingestellt hatte, nicht gestattete. Nun waren alle Vermittlungsversuche erschöpft und England, gedrängt von der öffentlichen Meinung, die sich der Armenier lebhaft angenommen hatte, trug den Mächten die Frage vor mit der Erklärung, daß irgend ein Schritt zur Abstellung der armenischen Wirren geschehen müsse. In den Verhandlungen, die hierauf erfolgten, wurde über die Bildung einer europäischen Untersuchungskommission beraten, an der Vertreter Rußlands, Frankreichs, Englands und Italiens teilnehmen sollten; über weitere Schritte ist jedoch Zuverlässiges noch nicht bekannt geworden.

Vereinigte Staaten.

In Nordamerika wurde ein großer parlamentarischer Kampf um die Reform des Zolltarifs ausgefochten. Die hohen Zollsätze der Mac Kinleybill wurden von der demokratischen Mehrheit des Repräsentantenhauses bedeutend herabgesetzt, aber von dem Senat, der trotz seiner demokratischen Majorität schutzzöllnerischen Einflüssen zugänglich war, wieder beträchtlich erhöht. Nach langen gereizten Verhandlungen zwischen beiden Häusern fügten sich die Repräsentanten, und der Tarif des Senats, die Gormanbill, trat mit Zöllen von 20—50 Prozent des Wertes in Kraft. Große Erbitterung unter den Demokraten hatte insbesondere die Erhöhung des Zuckerzolles erregt, die auf die Einwirkung des Zuckerringes zurückgeführt wurde. In der demokratischen Partei kam es darüber zu heftigen Erörterungen, es wurde sogar der Präsident Cleveland, der der demokratischen Partei angehört, für das Zustandekommen dieser Zollerhöhung verantwortlich gemacht, da er in seinem Schreiben an Wilson (S. 312) sich wohlwollend über den Zuckerzoll ausgesprochen und zu wenig Energie in der Bekämpfung der Trusts entfaltet habe; eine große demokratische Zeitung New-Yorks, die „World", warf ihm sogar vor, daß er einen hohen republikanischen Beamten, der öffentlich Senatorenstimmen gekauft habe, ruhig gewähren lasse. Gegen die Erhöhung des Zuckerzolles protestierte in der Folge Deutschland, das darin eine Verletzung des Handelsvertrages zwischen den Vereinigten Staaten und Preußen von 1828 sah, und Cleveland empfahl, den Einspruch zu berücksichtigen (S. 314), doch ist im Jahre 1894 darüber noch keine Entscheidung getroffen worden. Das Schicksal der Tarifreform ist um

so zweifelhafter, als bei den Wahlen zum Repräsentantenhause die protektionistisch gesinnten Republikaner einen großen Sieg erfochten haben und eine Erneuerung der Mac Kinleysätze nicht ausgeschlossen scheint. Die Ursachen der demokratischen Niederlage werden sehr verschieden angegeben; nach den einen hat das von den Demokraten angeregte Einkommensteuergesetz ihnen die Gunst der Wohlhabenden und damit die zu den Wahlen notwendigen Gelder entzogen, nach anderen war der Grund die Herabsetzung der Zollsätze, andererseits wird auch behauptet, daß die Abschwächung der Mac Kinleybill der Mehrheit der Wähler noch nicht weit genug ging, endlich soll auch die Ausbeutung der Staatsverwaltung zu gunsten der demokratischen Partei eine Ursache sein.

Sehr viel haben die Vereinigten Staaten mit Strikes und Arbeiterunruhen, die zu förmlichen Aufständen ausarteten, zu schaffen gehabt (S. 311, 312), deren letzte Ursachen ohne Zweifel in dem langen wirtschaftlichen Niedergange zu suchen sind. Am schlimmsten lagen die Dinge in Chicago. Hier entwickelte sich im Anschluß an einen Strike ein Aufruhr der Arbeitermassen, gegen den sich die Regierung von Illinois mit ihrem Milizenaufgebot ohnmächtig zeigte. Den Aufständischen kam die unklare Abgrenzung der Kompetenzen zwischen der staatlichen und Bundesgewalt zu statten, so daß es einige Zeit dauerte, ehe Cleveland zur Absendung von Bundestruppen schreiten konnte, zumal da der Gouverneur von Illinois, Altgeld, gegen diesen Eingriff in die staatlichen Rechte protestierte. Daher waren die Empörer mehrere Tage Herren der Stadt, der sie durch Plünderung und Zerstörung industrieller Anlagen große Verluste zufügten. Ähnlich ging es in San Francisco. Daß das wirtschaftliche Leben sich unter diesen Umständen nicht gehoben hat, ist einleuchtend.

Südamerika.

In Südamerika ist das bedeutendste Ereignis die Niederwerfung des föderalistischen Aufstandes in Brasilien. Zu Beginn des Jahres hielt Admiral da Gama mit einem Teile der aufständischen Flotte Rio de Janeiro blockiert und errang nicht unwesentliche Erfolge, so daß er an die Mächte die Forderung stellte, als kriegführende Macht anerkannt zu werden, was aber abgelehnt wurde. Mit Hilfe der Nordamerikaner, deren Observationsgeschwader eine

strikte Durchführung der Blockade nicht zuließ, gelang es dem Präsidenten Peixoto endlich, der aufständischen Flotte vor Rio Herr zu werden (März). Auf dem Lande, vornehmlich in den Südprovinzen, dauerte der greuelvolle Bürgerkrieg noch fort, endlich wurde auch hier die Insurrektion niedergeschlagen. Noch ehe volle Ruhe hergestellt worden war, wurde ein neuer Präsident der Republik gewählt, dessen Hauptaufgabe zunächst die Ordnung der durch den Bürgerkrieg zerrütteten Finanzen sein wird. In den übrigen Republiken Mittel- und Südamerikas fehlte es ebenfalls nicht an Unruhen mancherlei Art, an Präsidentschaftswechseln, Ministerkrisen, Aufständen und äußeren Konflikten, doch sind alle diese Ereignisse von geringerer Bedeutung als die brasilianische Insurrektion.

Asien.

Schließen wir mit einem Blicke auf den Krieg zwischen China und Japan. Den Ausgangspunkt des Streites bildet die Halbinsel Korea, seit langen Jahren ein Tributärstaat Chinas, der schon wiederholt zu Konflikten zwischen den beiden Kaiserreichen des Ostens Anlaß gegeben hat. Zwei Parteien stehen sich in Korea gegenüber; die konservative, die die alte Kultur erhalten und den Zusammenhang mit China erhalten will, die andere huldigt modernen Ideen und wünscht Korea der europäischen Zivilisation zu erschließen. Sie sucht naturgemäß Anschluß an Japan, durch dessen Vermittlung sie mit der europäischen Kultur bekannt geworden ist. In Korea ist sie noch ohne Einfluß; das Land wird durchaus im Geiste der korrumpiertesten orientalischen Despotie regiert. Gegen diese Mißwirtschaft brach nun im Frühjahr ein Aufstand aus, den die zerrüttete Regierung nicht bewältigen konnte. Sie suchte Hilfe bei dem Suzerän, und China sandte in der That ein Truppenkorps nach Korea, nachdem es einem Vertrage von 1885 entsprechend die japanische Regierung von seiner Intervention benachrichtigt hatte. Japan hat nun auf Korea nicht weniger Interessen als China. Fast der gesamte koreanische Handel ist in den Händen japanischer Kaufleute, und diese waren soeben durch finanzielle Maßregeln der koreanischen Regierung empfindlich geschädigt worden. So war ein Ausfuhrverbot für Kaffeebohnen, die einen bedeutenden Handelsartikel nach Japan bilden, erlassen worden, ferner

hatten die Handeltreibenden durch eine Münzverschlechterung bedeutende Verluste erlitten, und endlich hatten sie von der herrschenden antijapanischen Partei mancherlei Drangsal zu erleiden. Japan war daher sogleich entschlossen, die Gelegenheit zur Intervention und zur Abstellung dieser Übelstände zu benutzen und besetzte die koreanische Hauptstadt Söul mit einem starken Truppenkorps. Als der Aufstand gedämpft war, forderte China den Rückzug der japanischen Truppen, Japan aber verlangte zuvor den Abmarsch der chinesischen und schlug zugleich die Einführung von Reformen in Korea vor, die die Wiederholung des Aufstandes unmöglich machen sollten, sowie die Anerkennung der Unabhängigkeit Koreas. Die Reformen sollten selbstverständlich die japanfreundliche Partei zur Herrschaft bringen und so Japans Einfluß in der Halbinsel sicher stellen. Aus diesen Gegensätzen entsprang der Krieg zwischen den beiden Rivalen. Das Kriegsglück war den Japanern bisher günstig; zu Wasser und zu Lande schlugen sie die Chinesen, die trotz ihrer ungeheuren Menschenzahl kaum ein Heer von der Stärke der japanischen Armee zusammenbringen konnten, das überdies nach innerer und äußerer Beschaffenheit den Japanern weit nachstand. Die kolossale Überlegenheit der Kultur über die Barbarei zeigte sich eklatant. Gegen Schluß des Jahres waren die Japaner bereits tief in die Mandschurei eingedrungen und ein Marsch auf Peking ist nicht ausgeschlossen, die Chinesen haben schon wiederholt Friedensanerbietungen gemacht, doch ist über den Verlauf der Verhandlungen noch nichts Sicheres bekannt geworden. Von den europäischen Mächten sind in erster Linie England und Rußland an der Frage, wer künftig in Korea dominieren soll, interessiert; beide haben vorläufig strenge Neutralität beobachtet, und der Versuch Englands, ein gemeinsames Einschreiten der europäischen Mächte herbeizuführen, mißlang gänzlich (S. 164, 258).

Alphabetisches Register.

(Die Ziffern bezeichnen die Seitenzahlen.)

Personalien.

Presse.

Preußen.

Reichstag.

Frankreich. Uebers. 345.

Presse.

Sozialismus.

Italien. Uebers. 347.

Personalien.

Druckfehler.

S. 129 Zeile 13 ist zu lesen (Baden) statt (Berlin).
S. 201 Zeile 21 ist zu lesen 4. Februar statt 4. Juli.
S. 202 Zeile 3 ist zu lesen Straßentafeln statt Sprachentafeln.
S. 199 Zeile 4 von unten ist zu lesen (Vgl. 30. Okt.) statt (Vgl. 29. Okt.).
S. 266 Zeile 3 von unten ist zu lesen Caserio statt Cäsario.
S. 260 Zeile 4 von oben ist zu lesen (Vgl. 25. Okt.) statt (Vgl. 26. Okt.).
S. 252 Zeile 3 ist zu lesen „Daily“ statt „Dealy“.

Digitized by Google




Princeton University Library
32101 066152826

